Preußiſches und Teutſches.

Von

Karl Heinzen.

Den

preußiſchen und teutſchen Landtagsdeputirten

gewidmet.

Belle-Vue, bei Conſtanz,

Verlags- und Sortiments-Buchhandlung zu Belle-Vue.

1843.

Preußisches und Teutsches.

Preußisches und Teutsches.

Die Stauung in dem Fluß der Geschichte hat gegenwärtig einen seltenen Grad der Höhe erreicht. Die Reaktion hat es im bedeutendsten Theil der Welt dahin gebracht, daß alle Fragen sich auf einen Haufen drängen und mit Ungestum ihre Erledigung fordern. Hier ist es der politische, dort der sociale, dort der theologische Theil der Entwickelung, welcher an die Gewalt anprallt und Platz gemacht haben will. Alle Seiten im Schuldbuch der Geschichte werden auf einmal addirt und die Rechnungen der Volksgläubiger überlaufen die gewalthabenden Schuldner, als sei ein Neujahr im großen Kalender der Welt signalisirt. Und so ist es auch. Die Menschheit ist im Begriff, einen neuen Ring der Kultur anzusetzen. Es ist wieder eine große Zeit der Geburt gekommen; ob die Entbindung morgen oder übermorgen erfolgen werde, darüber sind die Geburtshelfer noch nicht im Reinen: aber die Schwangerschaft ist konstatirt und

der Junge muß an's Licht. Die Nutznießer der alten Herrlichkeit sind in Verzweiflung. Sie glaubten die Zeit für immer unfruchtbar gemacht oder an die Keuschheit gewöhnt zu haben; aber die Zeit hat ihre verstoßene Zärtlichkeit an den Mann gebracht und jetzt ist das Unglück vor der Thüre. Der geflüchtete Erbe hat sich schon angemeldet und den Anzeichen nach wird er die Erfahrung bestätigen, daß die Kinder der verbotenen Liebe weit lebhafter und verständiger zu sein pflegen, als diejenigen der „legitimen".

Wenn man für die politische Kultur den Anfangspunkt im Osten sucht, so stuft sie sich etwa so herauf, daß China die unterste, Rußland die zweite, Preußen die dritte Stufe einnimmt; denn das preußische Staatswesen, wie groß auch die Verständigkeit und sittliche Bildung eines großen Theils der Bevölkerung sein mag, ist den Grundprinzipien nach durchaus chinesischer und russischer Natur. Eine theologisch hinaufgetriebene Stellung der Regierung gegenüber der sorgfältig gehüteten Nichtigkeit der „Unterthanen" bildet im einen wie im andern der drei Länder die Grundlage des Staatsrechtes, und sind einmal diese Grundregeln gleich, so kommt auf die gefälligere Einkleidung, auf die versteckteren Anwendungen derselben und auf die äußere Politur wenig an. Das

gleißende Aeußere läßt vielmehr den Gegensatz zum Innern nur greller hervortreten, sobald derselbe einmal in's Auge gefaßt ist. Freilich läßt das in ihm hervortretende Mißverhältniß auch um so eher die Nothwendigkeit der Ausgleichung erkennen und voraussehen.

Das staatsrechtliche Mißverhältniß in Preußen rechtfertigt vollkommen die Stufenfolge, wonach man diesen Staat und nicht Oesterreich auf Rußland folgen läßt. Das preußische Prinzip ist verhältnißmäßig weit despotischer, thut der Bevölkerung weit mehr Zwang an, ist mit dem Geiste derselben weit weniger in Uebereinstimmung, als das österreichische. Oesterreich will despotisch sein und unterläßt es daher, in seiner Bevölkerung eine Kultur hervorzurufen, die sich mit dem Despotismus nicht verträgt; Preußen dagegen hat neben der Herrschwillkür die Anmaßung der Kulturbeförderung und will diesen Widerspruch nicht bloß nicht anerkennen, sondern eben die Kultur der Willkürherrschaft zur Unterlage (Folie) dienen lassen. Das ist es hauptsächlich, was sowohl an sich als in seinen Folgerungen die preußische Politik so verhaßt macht. Hat Herr Bulow-Kummerow in seiner neuesten Schrift „die europäischen Staaten" u. s. w. etwa die Absicht gehabt, durch seine Kritik russischer und österreichischer Zustände die preußischen in ein günstige-

ses Licht zu heben, so konnte er sich diese Mühe sparen, wenn er jenes Mißverhältniß bedachte.

Die Kultur, die gleich dem Wind ihren Umzug um die Erde hält, hat in neuerer Zeit sogar in dem erstarrten Reiche der Mitte einen Keim der Bewegung zu pflanzen verstanden. Aus dem Lande der Engel sind die Teufel gekommen, welche in dem himmlischen Reiche sich einzunisten gewußt haben, und diese Luzifer lassen sich nicht wieder hinauswerfen. Der fette Herrgott zu Peking soll seit einiger Zeit von bedeutungsvollen Ahnungen gepeinigt werden und fürchten, daß die „sehr reine Dynastie" bei eintretender Untersuchung ein wenig schmutzig werde befunden werden. Sein Gehör ist in den letzten Jahren bei seiner gesteigerten Aufmerksamkeit sehr scharf geworden und so soll er denn mitunter schon die schrecklichen Holzwürmer der neuen Zeit in den jahrtausendalten Säulen seiner göttlichen Herrlichkeit nagen hören. Die konstitutionellen Sendlinge John Bulls haben ihm allerlei Schreckbilder in sein erhabenes Gehirn gesetzt und er soll bereits darauf bedacht sein, beratende Provinzialstände, vielleicht sogar mit Oeffentlichkeit, jedenfalls aber schon mit Nennung der Deputirtennamen, einzuführen. Kurz, [illegible] in das abgestandene Gekneete des Chinesenthums ist

endlich der Sauerteig des Fortschrittes gelegt und das Brod wird müssen gebacken werden.

Der siebenfüßige Mann zu Petersburg soll sich mitunter noch bedenklicher am Schnurrbart ziehen, als der fette Mann zu Peking am Zopf. In Rußland soll sich dann und wann ein furchtbares, geheimes Messerschleifen vernehmen lassen und wer ein wenig Phantasie hat, kann dort Blutströme fließen sehen, auf welchen ein Dreimaster mit der ganzen Equipage seiner flüchtenden hohen Familie dahinsegeln könnte. Auf dem Kirchhofe Polen beginnen selbst vernünftige Leute an den Umgang von Gespenstern zu glauben, und wie tief man die Gräber dort auch graben mag, die Gespenster kommen immer wieder herauf und schütteln ihr Gerippe. Ein kleines Erdbeben — und der ganze Kirchhof thut sich auf, die Erde wird lebendig und der jüngste Tag der Petersburger Würggötter ist gekommen. In Rußland wird die Kultur bei ihrem nächsten Fortschritte bis an den Hals durch Blut gehen müssen; deßhalb zögert sie so lange und sucht einen Ausweg, der nicht mehr zu finden ist. Der Sauerteig ist gelegt und das Brod muß gebacken werden.

Woher so blutige Aussichten für Rußland? Wir stützen sie auf zweierlei: erstens auf die einfache Gewiß-

heit, daß selbst die Russen, wie die Chinesen, Menschen sind, und was einmal zur Menschheit gehört, läßt sich nicht für alle Ewigkeit zum Thiere machen; zweitens aber auf die — russenfeindliche Politik des benachbarten Preußen. Der siebenfüßige Mann zu Petersburg hat sich zwar jüngst in einem Belobungsschreiben an den preußischen Gesandten auf sein inniges Verhältniß zu seinem Schwager in Berlin berufen; aber der „Rheinische Beobachter", der hinter die Koulissen sieht, hat indirekt diese Berufung sofort als eine Flunkerei dargestellt und uns belehrt, daß zwischen Berlin und Petersburg große Kälte herrsche (den Thermometerstand hat er nicht angegeben), und daß die freisinnige Berliner Politik sich offenbar von derjenigen zu unterscheiden beabsichtige, welche, nachdem sie ihr ganzes Land zu einem Gefängniß auch für Nichtsträflinge gemacht hat, zur Vollstreckung der Gefangnißstrafen die Verbrecher in ein besonderes Land, Sibirien genannt, spediren muß. Er versichert sogar ganz naiv, daß in Zukunft nicht mehr geheime russische Einwirkungen u. s. w. bei der preußischen Politik Eingang finden werden. Wir hatten zwar auch stets eine geheime Vermuthung, daß die Berliner Politik nicht mit der Petersburger völlig gleich stehen wolle und die geheimen Einwirkungen nicht bis zur Einführung der

Knute gelangen zu lassen beabsichtige; da wir aber keine diplomatische Verbindungen haben, hielten wir unsere Vermuthungen bescheiden zurück und freuen uns jetzt, sie durch den kundigen „Rheinischen Beobachter“ bestätigt gesehen zu haben.

So wie also in China und in Rußland, so ist auch in Preußen der Sauerteig gemengt und das Brod muß gebacken werden. In Preußen geschieht aber sogar das Mengen des Sauerteiges durch die Regierung, während es in Rußland, China u. s. w. von unten her bewerkstelligt wird. Das Kneten des Sauerteiges geschieht bekanntlich in der Regel durch Fußtritte. Die Abweichung der preußischen Politik von der russischen wird nach den Andeutungen des „Rheinischen Beobachters“ als das entscheidende Merkmal angesehen werden können, daß Preußen einen großen, nicht mehr zurückzuthuenden Schritt auf dem Wege des Fortschrittes gethan hat. Welche Folgen dieser Schritt für das unglückliche, nunmehr verlassen dastehende Zaarenreich haben werde, ist oben schon angedeutet und wir könnten dreist im Besondern noch die Revolutionirung Polens, die Wiedereinverleibung der polnischen Provinzen in ihr Mutterland, die Groberung der russischen Ostseeländer, die Vertheilung verbotener Bücher unter die Kosaken, die Sendung eines pommer-

schen Hülfskorps nach Tscherkessien, die Stiftung eines Jugendbundes in Sibirien, die Abberufung aller preußischen Schneidergesellen aus Petersburg u. s. w. in Aussicht stellen. Doch wir dürfen uns bei den auswärtigen Angelegenheiten nicht gar zu lange aufhalten, da unsere Aufmerksamkeit von den inneren in zu großem Maße in Anspruch genommen wird. Thun wir nun, die beiden andern Glieder der Trias, China und Rußland, bei Seite lassend und von dem hohen Standpunkte des Rheinischen Beobachters wieder herabsteigend, einen Blick auf die preußische Politik im Zusammenhange ihrer neueren Kundgebungen, um darnach den Standpunkt zur Beurtheilung ihrer Zukunft zu gewinnen und zu ermessen, in welches Verhältniß sie sich zu dem neuen Ankömmling stellen werde, mit dem, wie oben bemerkt worden, die Zeit schwanger geht.

Preußen hat erst vor etwa dreißig Jahren angefangen, den Anfang zu einer Volksgeschichte zu machen. Bis dahin bestand gar kein Volk, es war nur eine Dynastie vorhanden. Die ganze frühere Geschichte Preußens ist blos Dynastiegeschichte und das Volk kommt nur in Bezug auf die Art und Weise zur Sprache, wie es sich hat drucken, prügeln, ausbeuten, todtschießen lassen. Das Todtschießen brachte endlich in seinem Verhältniß eine

Aenderung hervor. Die Dynastie, welche eine lange, zum Theil glänzende Geschichte der Erfolge ihres Ehrgeizes und ihrer Vergrößerungssucht hinter hatte, sah sich plötzlich durch einen emporgekommen bürgerlichen Artillerielieutenant, der sich auf die Kunst des Todtschießens besser verstand, als sie, von der Bahn ihrer Entwürfe verdrängt und am Schlusse ihrer Geschichte angelangt. In dieser Noth kam man auf den Einfall, von den „Unterthanen", die man bis dahin wie Münze beliebig aber vergebens dran gesetzt hatte, endlich an das freiwillige Volk zu appelliren, und das freiwillige Volk half der Dynastie wieder auf den frühern Platz, ja es erhob sie noch um eine ganze Stufe höher. Aber das Volk, einmal anerkannt und sich fühlen lernend, begann jetzt ebenfalls in die Geschichte einzutreten und konnte nicht sofort auf seine frühere Stufe zurückgewiesen werden. Man suchte sich daher mit ihm auseinander zu setzen, sicherte ihm einen Antheil an der Geschichte zu und die Form dieser Zusicherung war ein „königliches Wort". Nach und nach glaubte man aber zu erkennen, daß bei der Erfüllung dieses Wortes, welches der Demokratie nach Verhältniß der früheren Zustände ansehnliche Konzessionen in Aussicht stellte, der Dynastie, welche früher die Geschichte allein besessen hatte, sowie ihren Dienern zu wenig ver-

bleiben werde, ließ daher das Versprechen einschlafen, schuf ein hinhaltendes Ersatzmittel für das Versprochene, wodurch die Volkskraft in machtlose Ständeabtheilungen zersplittert wurde, und brachte es zu einem langen Zustand passiver Unentschiedenheit, der den Glauben erweckte, das Volk werde den Beginn seiner Geschichte wieder vergessen lernen, sich mit dem ertheilten Ersatzmittel begnügen und alles Uebrige wieder der Dynastie und ihrer im geheimen Krieg gegen das Aufkommen des Volksgeistes stark gewordenen Dienerschaft überlassen. In diesem Glauben scheint Friedrich Wilhelm III. gestorben zu sein und nahm also den offenbarsten Wortbruch der Geschichte mit in's Grab.

Aber das Volk, wie große Proben von Einfalt es auch abgelegt, hatte unter seinen geistigen Fähigkeiten wenigstens die des Gedächtnisses festgehalten, hatte im Stillen das Studium des Kalenders betrieben, und ließ den 22. Mai 1815 nicht aus der Erinnerung fahren. Diesen Tag auch Andern in's Gedächtniß zurückzurufen, hatte es gewartet bis zur Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV.

Hatte man Unrecht, auf diesen König zu hoffen? Der Antheil desselben an der preußischen Geschichte nach 1815 war Wenigen bekannt, und es liefen günstige An-

sichten über ihn umher. Wenn also das Volk auf ihn eine Hoffnung übertrug, die es unter dem vorigen König hatte aufgeben müssen, so konnte man ihm dieß auf seinem Standpunkte nicht übel nehmen. Zwar hätte, wer das dynastische System Preußens in seiner früheren Geschichte verfolgte, und die Beibehaltung desselben in der späteren Regierung Friedrich Wilhelms III. in's Auge faßte, schon vorher berechnen können, daß dessen Sohn dieß, sogar durch ein unersetzliches moralisches Opfer aufrecht erhaltene System nicht umstoßen werde. Doch damals herrschte über das preußische System im Allgemeinen noch zu viel Unklarheit im Volke, und man schuf sich daher, die ungünstigen Anzeichen mit Vertrauen bedenkend, aus den geringfügigsten günstigen Zeichen allerlei Aussichten für die Zukunft.

Ob man nun aber zur Beibehaltung dieser Aussichten ein Recht hatte oder nicht, darüber mußte man sich jedenfalls klar werden bei den ersten entscheidenden Regierungshandlungen der neuen Thronbesteigung. Worin bestanden diese? Zunächst wurde in einer sehr auffallenden und andauernden Weise der Tod des verstorbenen Königs zum Gegenstande einer pflichtgemäßen Volkstrauer gemacht, dessen Person auf eine ihm bis dahin von Niemand zuerkannte Stufe der Größe und

Tugend erhoben, und die Ergebenheit so übertrieben kultivirt, daß sie dem Volke fast in aufdringlicher Weise gegenübertrat, und in einer Art loyaler Heiligung alles Zurückgreifen auf frühere Dinge bannen zu wollen schien. Wenn diesen Bekanntmachungen etwa die Verkündigung gefolgt wäre, daß durch Friedrich Wilhelm III. die Erfüllung des mißlichen Versprechens seinem Nachfolger übertragen sei, so würde Zukunft und Vergangenheit zugleich eine andere Gestalt angenommen haben. Da aber in dieser Beziehung alle ängstigen Zweifel, durch die Antwort auf die Königsberger Adresse, welche letztere die Trauer um Friedrich Wilhelm nicht verstanden hatte, niedergeschlagen wurden, mußten wir, wenn wir Politiker waren, Alle zusammen, den Abstich zwischen der ruhmenden Liebe gegen den verstorbenen König und dessen unerfülltem Wort uns nicht entgehen lassen, und sofort in seiner wahren Bedeutung auffassen.

Noch sprechender, als diese Dinge, war die vorangegangene Veröffentlichung des „Testaments" Friedrich Wilhelms III., welche mit viel Berechnung geschah, und allerlei zu verstehen gab, ohne es geradezu auszusprechen, so daß es schien, man traue der Gesetzlichkeit der „getreuen Unterthanen" zu, sie würden sich die Anden-

tungen zu Herzen nehmen, der neuen Herzenspolitik sich getrost in die Arme werfen und die alte Frage nicht zum Aufsehen bringen. In der jenem „letzten Willen" vorausgeschickten Einleitung des jetzigen Königs heißt es u. A.: „Ich bin mit Gott entschlossen, in den Wegen des Vaters zu wandeln." In dem Testamente selbst, das als ein unmittelbares Regierungsprogramm dienen sollte, kommen folgende Stellen vor: „Hüte Dich (lieber Fritz) vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht, hüte Dich vor unpraktischen Theorien" (worunter damals nur die Theorien über Repräsentativverfassung zu verstehen waren); ferner die unzweideutige Anweisung: Vor Allem mögen Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie von einander trennen: ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten." Wer nun einen Blick auf die russische und österreichische Politik wirft, und neben einem vom Vater auf den Sohn testamentarisch und öffentlich übertragene Einverständniß mit dieser Politik die freiwillige Einführung einer preußischen Volksvertretung für möglich hält, der muß mit gänzlicher Blindheit geschlagen sein, so wie es das Vertrauen bis zum Blödsinn treiben heißt, wenn man hinter der Erklärung solchen Einverständnisses die

ihm schnurstracks entgegenlaufende Absicht jener Einführung suchen wollte. Und doch haben wir dieß wie das Andere zur Zeit fast Alle übersehen. Diesen Streich spielte dem Einen seine teutsche Ehrlichkeit, dem Andern seine teutsche Loyalität, welche beide in der Politik gleichbedeutend sind mit Einfalt.

In gleichem Sinne, wie die oben angeführten Worte, sprach sich die Anrede bei der „Huldigungsfeier" zu Berlin aus: „Wer Gewährleistung für die Zukunft verlangt, dem gebe ich diese Worte. (Es war von der Rechenschaft vor dem „allerhöchsten Herrn" die Rede. Friedrich Wilhelm III. hatte als „Gewährleistung für die Zukunft" bloß ein „königliches Wort gegeben.) Eine bessere Gewährleistung kann weder ich noch irgend ein Mensch auf Erden geben. (!) Sie wiegt schwerer und bindet fester als alle Krönungseide, als alle Verschreibungen auf Erz und Pergament verzeichnet" u. s. w. Hier wird also der Wille, es auf keine „Verfassungsurkunde" ankommen zu lassen, klar genug ausgesprochen, und die Verfassungsgewähr besteht demnach in der „liberalen Souverainetät" unter der angerufenen Kontrolle des „allerhöchsten Herrn."

Wer trotz Allem dem noch im Zweifel über die Absichten des neuen Regenten war, konnte sich nach der

Zuſammenberufung der „Ausſchüſſe“ und der Veröffentlichung der bekannten Landtagsabſchiede völlige Gewißheit verſchaffen.

Wir haben dieſe kurze Wiederholung für nöthig gehalten, um den jeſuitiſchen rothen Faden der dynaſtiſchen Politik nachzuweiſen, der durch die neueſte preußiſche Geſchichte läuft, und um zu zeigen, daß an den leeren Hoffnungen, womit ſich das preußiſche Volk ſeit einigen Jahren getragen, und zum Theil noch trägt, Friedrich Wilhelm IV. weniger Schuld hat, als die Blindheit der Hoffenden. Er hat ſich, trotz ſeiner ſonſtigen liberalen Redeweiſe und augenblicklichen Schwankungen bei entſcheidender Gelegenheit unzweideutig genug und ſtets in gleichem Sinne ausgeſprochen, und überdieß durch die Wahl ſeiner Hauptminiſter und Räthe (Thile, Eichhorn, Arnim, Bodelſchwingh, Bunſen ꝛc.), welche alle, mehr oder weniger, einer rückgängigen und zugleich frömmelnden Richtung huldigten, und dieß, den liberalen Verdächtigungen der nichtswürdigen Journaliſtik zum Trotze, in ihren Amtsverrichtungen wahrlich verſtändlich genug an den Tag legten, ſeinen Worten in der Ausführung kein entſchiedenes und nachhaltiges Dementi gegeben. Der Anſchein eines ſolchen entſprang offenbar hauptſächlich aus der Furcht, daß das Volk ſeinen

Hoffnungen auf die „liberale Souverainetät" zu enge Gränzen ziehen, und dadurch die eingeführte Vertrauenspolitik zu sehr gefährdet werden könnte. Wenn man alles dieß nicht zeitig und allgemein genug erkannt hat, so werde man aus seiner eigenen Blindheit gerecht, und suche die Schuld nicht allein bei Andern. Den Andern gegenüber zeige man eben, daß man seine Blindheit abgelegt hat. Einem Prinzen von einiger Befähigung, der sich seit Jahrzehnten auf seine Thronbesteigung vorbereitet hat, kann man zumuthen, daß er sich für seine Regierung bestimmte Pläne mit einem festen Systeme gebildet, und wenn er die Hauptgrundsätze dieses Systems nach seinem Regierungsantritt kund gegeben, so ist es Thorheit, darauf zu hoffen, er werde ohne Noth nach entgegengesetzten Grundsätzen handeln.

Nachdem man über die Absicht Friedrich Wilhelms IV., keine Volksvertretung zuzulassen, im Reinen war, hatte man sich nach den Gründen dieser Absicht zu fragen. Man mußte sie, außer in persönlichen Begriffen von der göttlichen Stellung der „liberalen Souveränetät" in dem preußischen Systeme finden, welches der neue Regent nur entweder ganz annehmen oder ganz verwerfen konnte. Dieß System ist ein rein dynastisches. Auch ohne die geheime Denkschrift vom Jahr 1822, welche

als ein Markſtein für die Wendung der neueren preußiſchen Politik gelten kann (die Geſetze über die Provinzialſtände ſind um dieſelbe Zeit entſtanden), konnte das preußiſche Syſtem nicht lange im Dunkeln bleiben. Die preußiſche Politik iſt, wie die ruſſiſche, eine mehr auswärtige als innere. Die innere dient als Mittel der äußeren, während z. B. in Oeſterreich die äußere als Mittel der inneren dient. Vermehrung des preußiſchen Einfluſſes und demnächſt gelegentliche Ausdehnung der preußiſchen Grenzen — das iſt mit wenig Worten der Hauptzweck der Berliner Politik, und der Boden für dieß Streben iſt hauptſächlich Teutſchland. Seine teutſchen Projekte hat Preußen um ſo mehr feſtgehalten und erweitert, je weniger das eiferſüchtige Oeſterreich im Stande war, ſie ſeinerſeits zu verfolgen. Oeſterreich iſt zu Teutſchland in durchaus defenſive Stellung gerathen, während die preußiſche immer angreifender geworden iſt. Der Plan einer preußiſchen Obergewalt, welcher früher nur angedeutet und geheimnißvoll behandelt wurde, liegt jetzt aller Welt, die ſehen will, klar vor Augen, trotz der Unverſchämtheit, womit die Preußendiener es abzuläugnen ſuchen. Aber nicht etwa eine große Idee, als deren Träger Preußen zu betrachten wäre, nicht die Freiheit des preußiſchen Volkes ſoll die Oberherrſchaft erringen und eine Pe-

reinung auch des ganzen teutschen Volkes gründen: nur der Dynastie, des „Hauses" wegen, sind primo loco alle Kräfte zur Vermehrung des preußischen Uebergewichts in Thätigkeit gesetzt worden, und daß es dabei nicht an Helfershelfern fehlt, die beim Gelingen ebenfalls besondere Aussichten haben, versteht sich von selbst. Nicht aus der reinen Quelle eines hohen Menschheitsstrebens, nur aus der unreinen Quelle des Ehrgeizes, der Sucht nach Macht, Glanz u. s. w. entspringt also die wahrscheinlich von Friedrich dem Großen eingeleitete, so moralisch eingekleidete und sich so liberal geberdende neuere preußische Politik. Was in ihrem Gange Menschliches und Volksthümliches mit untergelaufen, war nicht Zweck, sondern nur Mittel. Sogar die Kultur mußte ihr als Mittel der Unkultur dienen. Schwarz auf Weiß ist dieß Alles ausgesprochen in der erwähnten Denkschrift vom Jahr 1822 und diese Denkschrift ist nicht eher widerlegt, als bis die preußische Politik sich vom Volke abhängig macht und sich aller Mittel begibt, welche ihr erlauben, gegen den Willen des Volkes zu agiren. Preußen ist so lange Teutschlands geheimer Feind, als es nicht darauf ausgeht, von der russischen und österreichischen Kabinetspolitik getrennt, in Teutschland die Volksherrschaft

zu befördern und der teutschen Freiheit seine Entwürfe einer besondern Großmacht zum Opfer zu bringen. Die preußischen Redensarten von Beschützung Teutschlands, vom Mittelpunkte teutscher Bildung, von teutscher Einheit u. s. w. sind rein gar nichts als Köder und sie werden nicht eher eine Wahrheit, als bis Preußen seine Politik von einem teutschen Parlament sich vorschreiben lassen will.

Dieß führt uns auf die Verfassungsfrage zurück. Es ist klar, daß es das angedeutete System aufgeben hieße, wenn man dem Volke wirkliche Vertretungsrechte zugestände. Das Volk würde sie zunächst benutzen, um die Abgaben zu vermindern, das kostspielige und verderbliche Militärwesen zu reduziren, das riesenhafte Verwaltungswesen zu beschneiden, den Hofluxus einzuschränken, die hohen Verbindungen zu lähmen, eine andere Haltung gegen Rußland zu erzwingen, kurz, der Kabinetspolitik nach Innen und nach Außen alle Mittel aus der Hand zu winden, welche zu andern als zu Volkszwecken benutzt werden könnten. Alles dieß würde bereits erreicht sein, und Preußen mit Teutschland auf einer weltgebietenden Höhe der Freiheit und Volkskraft stehen, wenn das Versprechen Friedrich Wilhelms III. bei Zeiten erfüllt worden wäre. Um es dahin nicht kommen zu lassen,

sondern die Entscheidung aller Angelegenheiten der Gewalt „von Gottes Gnaden" auch fürder zu sichern, zugleich aber sich nicht in ganz mittelbaren Widerspruch mit den herausgeforderten Rechten und Ansprüchen des Volkes zu setzen, hat man berathende Provinzialstände geschaffen. Man hat zunächst das divide et impera provinzweise in Ausführung gebracht, und dann die Staatsbürger, die als solche keinen Unterschied unter sich kennen und anerkennen dürfen, künstlich in vier Stände abgetheilt, um dieselben mit ihren verschiedenen Vortheilen und Ansprüchen unter sich in Widerspruch zu setzen, und der Gefahr zu entgehen, daß sie, wenn z. B. einmal keine „Fürsten" und „Ritter" hineingewählt würden, zu frei zusammengesetzt werden könnten. Um diese Gefahr noch mehr zu beschränken, hat man den „Fürsten" und „Rittern" eine aller Vernunft und allem Recht Hohn sprechende Uebermacht der Stimmen gesichert. Ferner hat man dafür gesorgt, daß die eigentliche Vernünftigkeit des Bürgerstandes gar nicht vertreten ist, und das Recht, in dem geheimen Standesaal den Geist für das Volkswohl leuchten zu lassen, wird nur erlangt durch den geistlosen Besitz todter Erde und den Betrieb toter Handgeschäfte. Der sonstigen Beschränkungen, des Mangels an Oeffentlichkeit, der Beaufsichtigung des Pe-

titionirens, der Unterdrückung aller Volkstheilnahme an den „Berathungen“ von Männern, welche ſich nach dem Miniſter von Arnim nur dem für ſie „ſtets offenen Ohr ihres Königs und Herrn“*) mitzutheilen haben, der kindiſchen Lächerlichkeit, daß dieſe Männer als Volksabgeordnete nicht einmal mehr Namen haben, ſondern nur als unbekannte „Referenten,“ „Abgeordnete des Ritterſtandes“ u. ſ. w. hinter den Kouliſſen handeln ſollen, der ferneren Lächerlichkeit, daß ihre Berathungen, durch die Filtrirmaſchine der Staatskontrolle gezogen, nach und nach wie eine Dachtraufe das Volk beträufeln, nachdem der Regen der Landtage längſt vorüber iſt, kurz aller der kleinlichen, ächt preußiſchen Beengungen, angſtvollen Berechnungen, lothweiſen Abwägungen, zollweiſen Zumeſſungen u. ſ. w. braucht man gar nicht erſt zu

*) Es iſt eine wahrhaft rieſenmäßige Anmaßung des abſolutiſtiſchen Geiſtes, daß Volksabgeordnete nur für diejenige Macht beſtimmt ſein ſollen, gegen welche ſie ihrer eigenen Natur nach beſtimmt ſind. Volksabgeordnete zu Regierungsdeputirten machen zu wollen, heißt etwa ſo viel, als den Gewichtſtein, der einem Gegenſtand die Wage halten ſoll, zu dieſem Gegenſtand in die Schale legen. Aber ſolche Widerſinnigkeit folgt folgerecht aus dem Grundſatze, welcher Alles in der „Krone“ vereinigt, ein Grundſatz, der in dem Herrn von Arnim einen ſeiner folgerechteſten Ausleger gefunden hat.

erwähnen, um es klar zu machen, daß die Provinzialstände, ihrer Bestimmung wie ihrer Beschaffenheit nach, aller volksthümlichen Natur und Kraft entbehren, daß sie vollständige Possen sind, und selbst die früher versprochene Volksvertretung und die bundesgesetzlichen Verpflichtungen geradezu verspotten. Sie thun dieß um so mehr, wenn man bedenkt, daß man zu ihrer Einrichtung den Vorwand einer „organischen" Weiterbildung aus der Geschichte heraus benutzt hat, während der volksthümliche Sinn unserer Vorfahren von solchen ohnmächtigen berathenden Landtagen gar keine Ahnung hatte. Es wäre „organisch" gewesen, wenn man auf das frühere königliche Wort" und die ihm vorangegangenen Verbesserungen im Staatsleben zurückgegangen wäre. Aber für das Recht kennt man keinen Organismus, wenn der Eigennutz in's Spiel kommt. Statt sich an die unabweisbarsten Verpflichtungen und Thatsachen zu halten, hat man dem „königlichen Wort" zuwider auch nicht einmal bei der Einrichtung der Provinzialstände das Volk einwirken lassen, freilich aus nahe liegenden Gründen. Das Volk aber hat darnach noch immer die auch in staatsmännischer Bezeichnung „rechtliche" Verwahrung, daß sie ihm gegen das frühere Gesetz und Versprechen einseitig aufgedrungen sind. Sie sind auf einen Boden

gepflanzt, womit eine beſſere Pflanze gewaltſam zugedeckt iſt, und können ſchon aus dieſem Grunde keine „rechtliche" Wurzeln ſchlagen. Sie laſſen die Anſprüche des Volkes auf eine „zeitgemäße Volksvertretung" ganz unberuhrt, ſchmälern daran rechtlich um kein Haar, beeinträchtigen dem „Zeitgemäß" nicht im Mindeſten die wachſende Ausdehnung, und das Volk bindet ſich ſelbſt die Hände, wirft ſelbſt ſein Recht hinweg, untergräbt ſich ſelbſt ſeine Zukunft, wenn es bei einer etwa zu bildenden allgemeinen Verfaſſung die Provinzialſtände zur Grundlage machen läßt. Es muß eine volksthümliche Verfaſſung erringen, oder Alles von der Hand weiſen. Das iſt ſeine nächſte Aufgabe, die ihm, von Vernunftgründen abgeſehen, die Geſchichte der letzten dreißig Jahre zugeſchoben hat.

Doch wir kommen auf das Syſtem der preußiſchen Politik zurück. Wahre Volksvertretung iſt, wie wir geſehen, mit ihm nicht verträglich, und, wie ſich von ſelbſt verſteht, eben ſo wenig freie Preſſe und ſonſtige Freiheit der Volksbewegung. Dieß iſt die verneinende Seite ſeiner Mittel. Erwähnen wir nun kurz ſeine poſitiven Mittel. Die Zeiten, wo unter dieſen das Schwert obenan ſtand, ſind vorbei. Zur Anwendung deſſelben iſt weder Muth noch eine günſtige Weltlage vorhanden. Man

muß vielmehr Alles aufbieten, um das Schwert in der Scheide zu halten, da es vor der Hand zu ganz andern Ergebnissen führen würde, als man beabsichtigt. Es dient daher einstweilen nur, um nach Außen und nach Innen zu imponiren, wobei die Absicht, es bei ganz günstiger Weltlage, nach gehöriger Bearbeitung des Bodens, wirklich anzuwenden, sich im Hintergrunde hält. Die Mittel, deren sich die preußische Politik jetzt bedient, sind also sogenannte friedliche. Unter ihnen sind insbesondere folgende zu erwähnen:

1) Anscheinende Begünstigung des Fortschrittes in geistigen und politischen Dingen. Daß diese Begünstigung eben nur eine scheinbare ist, und sehr bald ihre Gränze erreicht, wenn sie einigermaßen ernstlich auf die Probe gestellt wird, hat sich an hundert Thatsachen gezeigt. Sobald der Fortschritt aufhören kann, Mittel des selbstsüchtigen Systems zu sein, wird er durch rohe Gewalt gehemmt. Da er übrigens in den sonstigen Staaten Deutschlands eben so wenig werkthätige Beförderung findet, so wird es Preußen mit seinen größeren Mitteln immer noch leicht, geistig eine hervorragende Stellung einzunehmen, und den „Mittelpunkt teutscher Bildung" darzustellen. Diese Stellung würde aber sehr bald gefährdet sein, wenn z. B. Sachsen, Hannover, Würtem-

berg u. s. w., sich der Bundespolizei möglichst entziehend, der Presse mehr den Zügel schießen ließen, den Universitäten mehr Freiheit gewährten, und den ausgezeichneten Gelehrten in dieser Freiheit ihren Wirkungskreis anwiesen.

2) Anscheinende Vollkommenheit der inneren Verwaltung, wodurch nach Innen das Volk möglichst beschwichtiget, und nach Außen ein lockendes Vorbild aufgestellt werden soll. Wie es mit dieser Vollkommenheit, namentlich in Bezug auf die behagliche Stimmung, die natürliche Bewegung und das zu materielle Wohlbefinden des Volkes beschaffen ist, darüber ist in neuerer Zeit so viel Licht verbreitet worden, daß weitere Ausführungen hier gespart werden können. Es sei nur noch die Bemerkung angeknüpft, daß man in Preußen den Absolutismus mit Hülfe der Verwaltung ausbilden, daß man ihn stets halten zu können glaubt, indem man ihn zeitgemäß zurecht macht. Es kommt uns dieß vor, als wollte man das Eis des Winters während des Frühlings und Sommers dadurch erhalten, daß man es mit künstlichen Blumen und Aehren überzöge.

3) Die Einwirkung auf die Bundestagsgesandten der kleineren Staaten darf man aus dem Grunde nicht zu hoch anschlagen, weil diese Gesandten in wichtigeren

Dingen jedenfalls nach besonderen Verhaltungsbefehlen ihrer Höfe handeln, mithin die letzteren zu verantworten haben, was Preußen (und Oesterreich) bei ihnen durchsetzen.

1) Ein Meisterstück der preußischen Politik war die Gründung des Zollvereins. Er faßte nicht bloß das deutsche Volk bei seinen nächsten Vortheilen, sondern gab auch Preußen, das die Leitung des Vereins in seinen Händen behielt, nach Innen wie nach Außen, ein Uebergewicht, welches in der Landesverfassung gar nicht vorgesehen war, und neben dieser sich geltend machen konnte.

Was bei den Grundsätzen, die Preußen in der Zollvereinspolitik festhält, am Meisten auffallen muß, ist seine eifrige Vertretung der Handelsfreiheit. Kein Mensch von aufgeklarten Ansichten wird sich für beschränkte Volksabsperrung und ein veraltetes Schutzzollsystem erklären können: aber wenn man bedenkt, daß die Freisinnigkeit Preußens in solchen Dingen gar nicht zu seinen sonstigen Grundsätzen paßt, so wird man versucht, besondere Gründe dahinter zu wittern. Hat man etwa, um mit Holland anzufangen, sich durch die holländischen Geldleute besondere Verpflichtungen auferlegen lassen, oder hofft man, die hollandischen Mitempfindungen für be-

sondere mögliche Fälle zu ködern? Fürchtete man, die Widerstrebung der Engländer zu sehr zu erregen, und eine neuerdings so eifrig kultivirte protestantische Verbindung zu gefährden, die später, bei etwaiger Ausdehnung der preußischen Grenzen nach der See hin, und bei einer Schilderhebung in Frankreich unentbehrlich sein würde, vielleicht auch nach einer etwaigen nothgedrungenen Trennung von Rußland das russische Bündniß ersetzen soll? (Die preußische Politik möchte gar zu gerne in England *populär* werden; deßhalb scheut sie auch Angriffe der englischen Presse am allermeisten.) Oder sucht man hinter den Grundsätzen der Handelsfreiheit Schutz für den unverantwortlichen und verdächtigen Mangel an Thatkraft, den man aus politischen oder sonstigen Rücksichten an der russischen Gränze an den Tag legt? So viel ist sicher, daß, wenn der Zollverein bloß eine *französische* Gränze hätte, Preußen in Handels- und Zollsachen sich nicht in den Ruf zu großer Nachsicht und Freisinnigkeit bringen würde. Frankreich, als der Sitz der grundsätzlichen Volksherrschaft, ist auch ohne die Erinnerung an die Kriege von 1806 u. s. w. Preußen weit mehr verhaßt, als unter irgend welchen Verhältnissen England sein würde, dessen konservativere Zustände, mit ihren aristokratischen Stoffen, man im Noth-

fälle als ein Abfindungsmittel annehmen zu können gl
ben mag, ohne zu bedenken, daß sich nicht mit
Staatseinrichtungen auch die Grundstoffe übernehm
lassen, welche in ihnen wirksam sind.

Hat Preußen übrigens mit dem Zollverein wirk
die „teutschen" Absichten, die es vorkehrt, so gibt
die Leitung desselben aus den Händen, und sucht da
eine teutsche Zentralbehörde zu schaffen. Es versteht
von selbst, daß die Verhandlungen dieser Behörde un
dem Einflusse der Volksorgane stehen, und nicht in
Weise der jetzigen geheimen Geschäftsverhandlungen
pflogen werden müßten. Es ist Sache der übrigen V
einsstaaten, welchen die preußische Zollobhut ohne
schon drückend zu werden angefangen hat, auf das
gedeutete Ziel hinzuarbeiten.

5) Der Protestantismus. Er dient als
ter Reservehebel des preußischen Einflusses, und Preu
wurde eher sein stehendes Heer von Soldaten abschaff
als sein knieendes Heer von Pfaffen, mit deren Hülfe
die Rolle eines „Beschützers des Protestantismus
dem Festlande" spielt. Doch hat es nicht bloß Beschü
sondern auch Missionär einer Lehre sein wollen, du
welche es sich einen inneren Einfluß auf jede Seele sich
zu können gedenkt, die es ihr gewinnt (Rom ist es ni

allein, das den Herrgott zum Werber macht). In jenem Streben iſt denn der proteſtantiſche Werbergeiſt mitunter trotz aller Schlauheit zu voreilig geweſen und den Katholiken ſo nahe auf den Leib gerückt, daß dieſe eiferſüchtig und aufſäßig geworden ſind. Es war namentlich die Kölner Geſchichte, welche der Berliner Politik die Überzeugung beibrachte, daß es zu bedenklich ſei, den begonnenen Kampf gegen zwei Fünftel der Staatsbevölkerung in der früheren Weiſe durchzuführen. Hätte die katholiſche Bevölkerung aus wenigen Tauſenden beſtanden, ſo würde man ſchon Mittel gewußt haben, mit ihr fertig zu werden. Die zu große Zahl aber nöthigte zum Rückzug. Man ſchlug nun, um den Verdacht böſer Abſichten möglichſt auf die Seite zu ſchaffen, ganz den entgegengeſetzten Weg ein. Man gewährte (obſchon z. B. der von dem Rheiniſchen Landtage abgewieſene Strafgeſetzentwurf wieder hinterhaltige Plane fürchten ließ) dem Katholizismus völlig freie Hand und räumte ihm eine Selbſtſtändigkeit ein, die er bis dahin nicht beſeſſen hatte. Könnte ſich die preußiſche Politik zu dem Grundſatze erheben, daß man die Wahrheit wie die Unwahrheit ſich ſelbſt und ihren Kämpfen überlaſſen müſſe, wenn man der einen zum Siege, der andern zur Niederlage verhelfen wolle, ſo würde man hinter der Liberalität gegen den Katholizis-

nus den großartigen Plan suchen können, denselben durch seine eigenen Uebertreibungen sich aufreiben und auflösen zu lassen. Man würde denken können, sie sei zu der Einsicht gekommen, daß die religiöse Finsterniß nur dann hartnäckig festgehalten wird, wenn man ihr die Gewalt oder Proselytenmacherei als ihre Feindin darstellen kann. Aber daß die Berliner Staatsmanner solche Ansichten gehegt hatten, als sie dem Katholizismus sogar bis in die Wohnung des heiligen Rockes unter die Arme griffen, darf man ihnen neben den sonstigen Proben ihrer Einsicht und ihres Wahrheitseifers nicht zutrauen. Vielmehr darf man hinter der neueren Politik gegen den Katholizismus nur die Furcht erkennen und etwa den Versuch, denselben durch Nachgiebigkeit allmalig mit der protestantischen Macht zu versöhnen. Doch die Triebfeder ihrer Politik mag gewesen sein, welche sie wolle, ihr Ergebniß war ein ungewöhnliches. So wie der politische Absolutismus in seiner Abwehr drückender wird, als in dem Angriffe; so wie er, wenn er seinem Ende naht, seine letzten Kräfte noch im brutalsten Despotismus zusammenzuraffen pflegt, so setzt auch der religiöse Absolutismus, worunter wir hier den Katholizismus verstehen, wenn er sein Grab vor Augen sieht, alle seine den Geist allmalig niederdrückenden Mittel mit gesteigerter Tha-

tigkeit in Bewegung, um das Unabwendbare wenigstens hinzuhalten.

Die Zusammenfassung dieser Mittel zeigt sich im Jesuitismus. Der Katholizismus wird und muß gegenwärtig ganz in Jesuitismus aufgehen, und der Jesuitismus ist seine letzte Wandlung. Zu einem Hauptsitze dieser letzten Gegenwirkung hatte man Trier ausersehen, wo die Pfaffen einen klugen Streich zu begehen glaubten, wenn sie die Größe und Dauer ihrer Macht durch den „heiligen Rock“ auf die Probe stellen ließen. Sie hatten nicht bedacht, daß der Mangel einer Nath im heiligen Rock durch einen Riß in den weiten Mantel ihres römischen Generalissimus könne ausgeglichen werden. Einer ihrer frühern Amtsbrüder kam auf den Einfall, über die Trier'sche Komödie ein kunstrichterliches Urtheil zu schreiben. Die Zeitstimmung bemächtigte sich dieses zufälligen Anstoßes, und die römischen Schafe, denen es gar zu schwül in ihrem alten Stalle geworden war, begannen auf das gegebene Zeichen massenweise in einen neuen Pferch zu laufen. Da im gewöhnlichen Verlaufe die Geschichte ihre Schulden der Vernunft nur in kleinen Summen abzutragen pflegt, so muß man es von diesem Gesichtspunkte aus auch nicht verschmähen, die Entstehung des Neukatholizismus in das „Haben“ zu

verzeichnen, und wie gleichgültig es an ſich der Vernunft auch iſt, ob die Leute ohne einen Papſt oder mit einem Papſt katholiſch ſind, ſo fällt wenigſtens der Umſtand politiſch in's Gewicht, daß die Neukatholiken nicht den römiſchen Gebieter mit einem weltlichen vertauſchen können, ſo lange ſie nicht auf poſitivem Gebiete einen Schritt weiter, nämlich in den „königlichen" Proteſtantismus thun, ſo wie der fernere Umſtand, daß die religiöſe Unabhängigkeit, die man ihnen zuſtehen muß, eine Anregung für den volksthümlichen Geiſt in andern Sphären werden kann. Die theilweiſe Auflöſung des Katholizismus kam der Schutzwacht des Proteſtantismus gewiß ſehr erwünſcht, ſie hat die Leute vom heiligen Rock ſicher recht ſelbſtvergnügt in's Fäuſtchen ausgelacht, und bei der geduldeten Beförderung des neuen Glaubenszwinges kann ihr der früher aufgeſtellte, nach den Umſtänden beliebig auszudehnende oder zu beſchränkende Grundſatz der Glaubensfreiheit vortrefflich zu Statten. Aber die Ausſtellung des heiligen Rockes hatte auch auf ihrer Seite eine Folge, welche ſie eben ſo wenig vorhergeſehen, als das Trier'ſche Pfaffenthum den Neukatholizismus auf ſeiner Seite. Indem nämlich der Katholizismus einen Schritt vorwärts machte, that der Proteſtantismus desgleichen. Dieſen Umſtand, ſo wie die Gewaltthätigkeiten

katholischer Glaubensschwärmer, wahrscheinlich auch Metternichsche und erzbischöfliche Vorstellungen, legten plötzlich der Beförderung der gepriesenen „Glaubensfreiheit" wieder einen Hemmschuh an, und man griff in die religiöse Entwickelung, nach alter Weise, mit der Polizei ein. Was die Furcht von der einen Seite hervorgerufen, beeilte sich jetzt, die Furcht von der andern Seite zurückzuhalten. Aber es ist jetzt zu spät, und die Polizei wird so wenig mehr ausrichten, als die Offenbarungsphilosophie. Der Sauerteig der neuen Zeit ist gemengt, und das Brod muß gebacken werden. Die wirksame Folge für die Politik wird sein, daß die Schutzmacht des Protestantismus einen guten Theil ihrer Schützlinge verlieren wird, die sich von ihrer religiösen Oberhoheit losmachen, wie die Neukatholiken von der Oberhoheit des Papstes. Man wird zu der Erkenntniß kommen, daß der Entwurf einer Staatskirche durch die Protestanten eben so sehr gekreuzt wird, als durch die Katholiken. Preußen ist in dieser Beziehung den Engländern voraus, die trotz aller politischen Freiheit, es in der Religion noch nicht einmal bis zu „Nichtfreunden" gebracht haben. Zwar sucht man den Protestantismus noch dadurch ungetheilt in der Hand zu behalten, daß man ihm Spielraum in einer Freiheit anweist, die man früher durch

Stimmkugeln hineinrieb, nämlich in der Sektenfreiheit. Diese Freiheit soll das ultimum refugium der Unfreiheit sein. Aber die Vernunft hat in der neueren Zeit so weit vorgearbeitet, daß man von der Sektenfreiheit die beiden ersten Silben nach und nach wird streichen müssen, und wenn erst die Neuprotestanten ehrlich werden, und massenweise die Heuchelei abstreifen, womit sie sich noch an die früheren Verhältnisse anklammern, dann wird auch von Amts wegen das Gebiet geöffnet werden müssen, in welchem es keine Sekten mehr gibt, nämlich das Gebiet der völligen Geistesfreiheit.

Wenn man nun die hier angeführten Mittel in's Auge faßt, wodurch die preußische Politik ihre Pläne vornehmlich zu fördern gedenkt, so muß man gestehen, daß dieselben, wie klug sie auch angelegt sind, doch alle zusammen keine Dauer haben, und der Oeffentlichkeit eben so wenig widerstehen können, als der Zweck, dem sie dienen sollen. Gerade je höher sie zum Theil gegriffen sind, um so abstoßender wirken sie, sobald man ihren Zweck erkennt. Diese Erkenntniß, welche außerhalb Preußens schon ziemlich Fuß gefaßt zu haben scheint, muß die preußische Politik mit der Zeit in die größte Verlegenheit bringen, und wird ihr, wenn darnach gehandelt wird, am Ende keine andere Wahl lassen,

als entweder, mit Beibehaltung ihrer Zwecke, und auf Rußland geſtützt, den Weg der offenen Gewalt zu verſuchen, was ſo viel heißt, als auf einmal den Hals zu brechen, oder aber, ihre Pläne aufzugeben, und ſich offen und gänzlich auf dem Wege volksthumlicher Verfaſſung dem übrigen Teutſchland anzuſchließen und einzuverleiben.

Der Verlegenheit nach Außen, die wir hier angedeutet haben, ſteht die eben ſo große Verlegenheit nach Innen zur Seite. Wir kommen durch ſie wieder auf die Verfaſſungsfrage zurück. Die Nichterfüllung des berühmten „königlichen Wortes," das man endlich eingeſchlafen glaubte, iſt in neuerer Zeit von der öffentlichen Meinung förmlich in kriminaliſtiſchem Sinne zu Protokoll genommen worden, und hat ſich als ein unſeliger Pfal im Fleiſche der preußiſchen Politik gezeigt. Gab dieſe Politik der in jener Protokollirung liegenden moraliſchen Nöthigung, trotz ihren ſouveränen Erklärungen, nach, ſo geſtand ſie zwar zu, daß ſie ſich an eine ſittliche Pflicht hatte mahnen laſſen, und räumte dem Volksgeiſt ein bedeutendes politiſches Uebergewicht ein, aber ſie hätte dafür noch immer eine Volkspolitik werden können: wollte ſie die Nöthigung nicht erkennen, ließ ſie ſich alſo vergebens an ſittliche Pflichten mah-

nen, so behauptete sie zwar äußerlich ihre Machtvollkommenheit, gab aber innerlich dem Volksgeist ein noch bedeutenderes moralisches Uebergewicht, und kam völlig mit ihm auseinander. Sie hat von beiden Uebeln (um dieses Wort in ihrem Sinne zu gebrauchen) das größte gewählt.

Das „königliche Wort" hat also durch die Nichterfüllung dem Volke und nicht der Regierung seine Dienste geleistet. Die Protokollirung hat Statt gefunden, und das „königliche Wort" ist ein Schwert in der Hand der Volksherrschaft geworden. Die Erfüllung jetzt noch in dem frühern Sinne zu fordern, wäre Thorheit, zumal da man, die Nichterfüllung in der Hand, jetzt die Ansprüche bedeutend steigern kann und muß. Es kommt jetzt zwar auch noch, so lange die Geschichte keinen andern Gang nimmt, auf eine sogenannte „zeitgemäße Verfassung" an, aber eben so sehr auf den zeitgemäßen Umstand, daß das Volk es ist, welches sie erringt. Die Hauptsache ist jetzt, daß nichts mehr oktroyirt werde. Die preußische Politik ist zu rathlos und innerlich zu machtlos geworden, um den Ansprüchen des Volkes auch in friedlicher Zeit noch lange widerstehen zu können. Mit ihrem bisherigen Systeme kann sie nicht mehr vorwärts und nicht mehr zurück. Sie

muß dem Volke ihr System zum Opfer bringen. Wird sie es freiwillig thun? Es wäre Thorheit, das zu glauben. Sie wird nichts geben, als was sie geben muß, aber daß sie geben muß, hat sie schon an Nebendingen genug bewiesen. Trotz dem Gerede von der Unabhängigkeit ihrer Entschlüsse, welche sich nicht imponiren lasse u. s. w., sei man so versichert, wie von der Abwechselung zwischen Tag und Nacht, daß jede Nachgiebigkeit, die sie macht, nur eine unfreiwillige, eine durch den erwachenden Volksgeist abgenöthigte ist. Bei diesem Nachgeben sucht sie für ihr System zwar zu retten, was sie kann, aber auch diese Hoffnung wird sie aufgeben, wenn der Volksgeist ihre Verlegenheit zu benutzen weiß, und Festigkeit und Folgerichtigkeit zeigt. Sie ist, wie aller Widerstand unserer Zeit, in verzweifelter Abwehr, die zur Niederlage wird, sobald sie völlig enthüllt ist. Es wird die Zeit kommen, wo sie die Erfüllung ihres alten Versprechens dem Volke aufdringen möchte, natürlich ist es dann zu spät, sich auf dergleichen einzulassen. Zwei Mächte sind es namentlich, die sich im Widerstande gegen sie vereinigen müssen, und deren vereinigte Opposition ihr Gesetze vorschreiben kann, nämlich der Geist der Preußen, und der Geist der „konstitutionellen" Teutschen.

Fassen wir zuvörderst das Gesagte zusammen, so ergibt sich Folgendes:

1) Die preußische Politik ist entschieden und „unwiderruflich“ gegen jede Verfassung, welche dem Volke eine Macht über sie in die Hand gibt, und auf die freiwillige Gewährung einer solchen Verfassung zu hoffen, ist die größte Thorheit;

2) sie handelt nach diesem natürlichen Widerwillen nicht bloß vermöge ihres unbeschränkten Regierungsgrundsatzes an sich, sondern hauptsächlich aus Rücksicht auf ihre Entwürfe einer Oberherrschaft;

3) das preußische Volk kann und darf diese Politik nicht theilen, theils weil es dadurch Verrath an der Vernunft und seinen natürlichen Rechten, theils weil es Verrath an dem übrigen Teutschland begehen würde;

4) es muß also klarer und entschiedener in's Auge gefaßt werden, daß zwischen dem Regierungsgrundsatze der preußischen Politik und dem Grundsatze des Volkes ein unvereinbarer Widerspruch obwaltet, der nur durch entscheidenden Sieg des Volksgrundsatzes gelöst werden kann;

5) es entsteht darnach die Frage, welches ohne Hülfe einer Staatsumwälzung, die im Nothfalle immer nicht fehlen kann, die beste Art und Weise sei, dem

Volksgrundsatze den Sieg zu verschaffen, und diese Frage soll uns jetzt beschäftigen.

So wie die preußische Politik einstweilen auf sittliche Wirkungen verwiesen ist, so sind es auch sittliche Wirkungen, welche ihr am meisten Eintrag thun. Sie macht sich in derselben Weise geltend, wie früher ihre Militärmacht sich geltend gemacht hat, nämlich durch den Schein; sie wird aber auch dasselbe Schicksal erfahren, wie ihre Militärmacht, wenn der Volksgeist auf eine moralische Schlacht bei Jena mit ihr anlegt. Sie besteht von der einen Seite durch den Schein, und von der andern durch die Feigheit, welche es nicht wagt, den Schein auf die Probe zu stellen. Die eigentlich sittliche Unterstützung des Volkes fehlt ihr durchaus, aber sie hat das Volk so erzogen, daß es zum Theil noch selbst glaubt, es unterstütze sie.

Der schlimmste Feind der Preußen, wie der Deutschen überhaupt, ist ihre blinde Unterthanentreue. Ein wahrhaft religiöser Kultus, der ihnen durch eine schmähliche Erziehung eingeblaut wurde, wirft sie der Gewalt unbedingt zu Füßen, und sie beten sie so gut an, wenn sie Fußtritte erhalten, als wenn ihnen ein Almosen hingeworfen wird. Die einfache Wahrheit, daß die Regierung des Volkes wegen, nicht das Volk der Regierung

wegen da sei, daß folglich auch, um von Anderem zu schweigen, das Volk der Regierung, nicht die Regierung dem Volke das Zeugniß auszustellen habe, schon diese Wahrheit begreifen sie nicht, und sollte sie ihnen als tägliches Brod auf den Tisch gesetzt werden. Sie halten sich dabei, daß sie betteln müssen, wenn es ihre Rechte gilt, daß sie schmeicheln müssen, wenn sie eine Vorstellung wagen, daß sie danken müssen, wenn man sie am Leben läßt, daß sie kriechen müssen, wenn man sie mit ungnädigem Auge ansieht. Daß es eine Ungnade des Volkes geben könne, davon haben sie so wenig eine Ahnung, als daß es ein Recht des Volkes gibt. Diese Erniedrigung des Volksgefühls und des männlichen Sinnes geht durch alle Klassen: sie blühet unter den Volksabgeordneten wie unter den Unterthanen, unter den Schriftstellern wie unter den Volksvertretern. Wo Einer ein kühnes Wort sprechen oder eine männliche Haltung annehmen will, da wird jedenfalls bei dem Unterthanengehorsam die Gränze seiner Kühnheit sein. Es ist hier nicht die Rede davon, daß die bedenkliche Gesetzgebung, welche die Loyalität zu hüten bestimmt ist, leichtsinnig durchbrochen werden, und die mannichfache Ehre sich jedesmal im Kerker erproben soll: es handelt sich hier nicht sowohl von einem Thun, als

von einem Unterlaſſen, von einer ſtummen Sprache, einem leidenden Beweisführen, einer ſchweigenden Ehrlichkeit, einem Maßhalten in der Unterwürfigkeit, welche Denjenigen ſchändet und brandmarkt, der im Rechte iſt. Das Volk iſt aber immer im Recht, und es hat eben ſo wenig um ſein Recht zu betteln, als dafür zu danken.

Die Selbſtverurtheilung zur Erniedrigung, von der hier die Rede iſt, zeigt ſich nicht bloß in dem Benehmen der Einzelnen, ſondern ſie bleibt auch nicht aus beim Auftreten ganzer Maſſen. Ich übergehe hier das eckelhafte Hurrahſchreien und Sklavengejubel, welches noch immer in Straßen und Pagoden jede Erſcheinung der Gewalthaber verfolgt; wenden wir uns von der Straße zu denjenigen „Unterthanen“, welche im Bürgerſaale allgemeine Wünſche oder Forderungen anzubringen haben. Der ganze Ton, in welchem dergleichen geſchieht, drückt in der Regel ein ſo knechtiſches Verzichtleiſten auf jede Rechtsüberzeugung aus, daß man ſich wundern muß, wie ſolcher Selbſterniedrigung nur noch das Recht eingeräumt wird, irgend einen Wunſch zu Papier zu bringen. Wie können in Denen berechtigte Lebendige anerkannt werden, die ſich bei jeder Gelegenheit nur bemühen, in „tiefſter Unterthänigkeit zu erſterben“? Man möchte ſich erbrechen, wenn man die unterthänigen Mäuler frei-

geborner Menſchen von ſolchem Speichelfluß der Loyalität überlaufen und die Wegwerfung ihres Menſchenthums in die Worte kleiden ſieht, die unter dem Fußtritte eines Despoten in der Kehle eines winſelnden Sklaven entſtanden zu ſein ſcheinen. Man wende nicht ein, daß dieß auf Aeußerlichkeiten zu viel Gewicht legen hieße. Die Heilighaltung dieſer hergebrachten Formen der Erniedrigung druckt es nur zu ſehr aus, daß der Geiſt, der ſich in ſie kleidet, auch in ſie paßt. Kein freier Mann wird ſich zu irgend einem Zwecke in die Formen der Sklaverei zwängen laſſen. Auch ſind es gerade ſolche Formen, welche dem unſelbſtſtändigen Geiſte der Menge Achtung einflößen; man ſchaffe die Formen ab und man entfeſſelt den Geiſt. Nach oben hin aber muß Derjenige, welcher ſich in den alten Formen ſelbſt erniedrigt, die Ueberzeugung unterhalten, daß er in den alten Formen auch von Andern noch erniedrigt werden dürfe. Kommt man durch Abſchaffung ſolcher Formen in den Ruf der Illoyalität, ſo ſorge man nur dafür, daß man Geſellſchafter in dieſer Fragend erhalte; die Zahl der Theilnehmer ſichert jedem Fortſchritte ſeine Geltung.

Vom Volke zu ſeinen Vertretern übergehend, halte ich mich, um meine Meinung klar zu machen, an ein be- [illegible] Beiſpiel und wähle hierzu die Verhandlungen

des freisinnigsten preußischen Landtags, nämlich des rheinischen, über die Verfassungsfrage. Die Art, wie hier von fast allen Abgeordneten auf Erlangung einer Verfassung hingearbeitet wird, macht es zweifelhaft, ob es darauf ankomme, dieselbe für das Volk oder für die Regierung zu erlangen. Von einem Rechte und einer Forderung des Volkes ist keine Rede; nicht dieß Recht bildet den Gesichtspunkt, von welchem ausgegangen wird, sondern nur die Gnade der Regierung. Die Vertreter sprechen, wie es scheint, nicht, um die Regierung zur Annahme ihrer Ansichten zu bestimmen, sondern nur, um sich den Ansichten der Regierung möglichst zu fügen, und kommt dabei nichts heraus, so bescheidet man sich mit seiner pflichtmäßigen Treue und ist dann überglücklich, hierin noch das Band der Einigung zwischen „Thron und Volk" gefunden zu haben. Daß die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Volke zu bleiben suchen müsse, indem sie bei Zeiten seine Forderungen erfüllt, fällt Keinem ein; es ist nur die Rede davon, daß das Volk im Einklange mit der Regierung zu bleiben suchen müsse, indem es ihr seine Forderungen opfert oder deren Erfüllung in Bettlerweise allerunterthänigst anheimstellt. Für die Sünde jedes freien Wortes sucht man sich sofort die Absolution durch eine pflichtgetreue Er-

niedrigung zu ſichern. Man ſetzt ſich lieber der Gefahr aus, alle Rechte und Forderungen des Volkes preiszugeben, als durch ein einziges Wort in den Verdacht zu gerathen, daß man nicht loyal genug gegen die „Krone“ geſinnt ſei; und wenn Einer ein freimüthiges Wörtchen für das Volk ſagen will, ſo ſei man verſichert, daß er es mit einer ganzen Ladung treugehorſamer Redewendungen und nichtswürdiger Schmeicheleien einhüllt. Zieht man, um in der Sprache der Krämer zu reden, mit deren Natur ein ſolches hündiſches Feilſchen und Anwedeln am erſten übereinſtimmt, von dem Bruttoballen der gegenwärtigen „Rechtsvertretung“ die loyale Tara ab, ſo kommt netto ſo viel heraus, daß, wenn die Vorſtellung unberückſichtigt bleibt, die Regierung nichts zu verantworten und das Volk allerunterthänigſt weiter zu dulden und zu ſchweigen hat. Doch ich werde das Verfahren der Volksmänner an Einzelnheiten nachweiſen.

Der „Referent“ (von Bianco heißt der Mann) behandelt die Sache vom Standpunkte der Regierung aus. Daß er von pflichtmäßigem Gehorſam überſprudelt, verſteht ſich von ſelbſt. Dennoch hat ſeine unterwürfige Geſinnung Anſpruch auf Mittheilung einiger Proben. Zuvor will er darzuthun ſuchen, daß eine einheitliche Verfaſſung des Staates und die provinziellen Verſchiedenheiten

nicht zu einander passen, entledigt er sich folgender Weisheit: „Wo der Mittelpunkt des Staates, die Souveränetät, feststeht, wo die Krone allfördernd den Zusammenhang des Ganzen vermittelt, leidet auch beim Fortbestand der provinzialständischen Vertretung der Nationalgeist (preußischer Nationalgeist!) darunter nicht. Dieser ist weit mehr in der Gleichheit der Gefühle, der Treue, der Anhänglichkeit, welche die Staatsbürger beseelen, in der gemeinsamen Liebe zum König und (!) Vaterland zu suchen und anzutreffen. Nicht festeres Anschließen der Provinzen Preußens aneinander thut Noth, sondern aufrichtiges Hingeben jedes Einzelnen an das gemeinsame große Vaterland" (d. i. an den König). Hat man je ein solches Sammelsurium von Schlußfolgerungen einer pflichtmäßigen Verwirrung gelesen? Wo der König allein zu befehlen hat, da besteht die Einheit nur in dem Gehorsame gegen diese Befehle, und die Anbauung dieses Gehorsams ist die beste Kultivirung der Einheit. Das ist mit zwei Worten des Pudels Kern. Um diesen Kern der Versammlung beizubringen, wirft der loyale Redner „Souveränetät" und „Nationalgeist," „König" und „Vaterland", „Hingebung" und „Staatsbürgerthum" in einen Topf zusammen und ist der festen Meinung, daß

seine Gäste glauben werden, alle Volksrechte zu sich genommen zu haben, wenn sie, wie er, das Maul recht voll von Hingebung an die „Souveränetät" nehmen. Und seine Zumuthung ist, wie sich später zeigen wird, im Allgemeinen durchaus nicht am unrechten Orte. Die Herren sind fast alle zusammen mit ihm darüber einverstanden, daß „die Souveränetät feststeht," und demgemäß könnten sie eben so gut russische als preußische Provinzialstände bilden. Blicken Sie nach Rußland, Herr von Bianco, und freuen Sie sich der wohlthuenden Erscheinung, wie dort die „Souveränetät feststeht," mittelst der Knute und der Ukase „die Krone allfördernd den Zusammenhang des Ganzen vermittelt" und den „Nationalgeist" kultivirt. Dort bedarf man zu diesem Kunststück nicht einmal der Provinzialstände, geschweige der Reichsstände. Der Herr von Bianco, der sich bei gleichgültigen Gelegenheiten mitunter freisinnig geberdet, möge erkennen, daß sein provinzialständisches Herz ein russisches ist.

Mit den angeführten Redensarten hätte selbst der loyale „Referent" sich begnügen können. Aber er beschenkt uns u. A. noch mit folgenden: „Unser einsichtsvoller Monarch wird vom höheren Standpunkte aus zur rechten Zeit die schwierige Aufgabe zu lösen wissen, die

Prinzipien des Fortschritts und des Erhaltens in ein glückliches Gleichgewicht zu stellen." Dann spricht er von der „Thatkraft unseres freisinnigen Beherrschers," von dem „erhabenen Gemüthe unseres Königs," von dem „Bande zwischen Fürst und Volk," von den „Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung gegen einen guten und gerechten König," und schließt endlich mit folgender Stylprobe: „Treuer Ausleger des Volks, welches ihm horcht, wird er (nämlich der König) als seinen lieblichsten Wunsch zur rechten Zeit die politischen Reformen verkünden, die uns wahrhaft ersprießlich sind." Was ist das, ein „Ausleger des Volks?" Ist das Volk ein symbolisches Buch; welches ausgelegt wird? Und wem wird es ausgelegt? Dem Buch selbst, „welches ihm horcht!" Das sind mir schöne Staatstheorien, die sich in solchen Unsinn einkleiden. Und dann der „lieblichste Wunsch!" Er erinnert an die süßliche Sprache der katholischen Gebetbücher, worin von der Lieblichkeit des Herrn u. s. w. die Rede ist. Die Uebereinstimmung dieser Redeweisen ist übrigens nicht bloß eine äußerliche, denn dem Herrn Referenten ist der Staat ein Stück Theologie und sein irdischer Hergott ist der Inhaber der „Souveränetät." Doch auf die Staatstheorien solcher Volksmänner einzugehen, kann Einem nicht mehr einfallen.

Der im Allgemeinen freisinnige „Korreferent“ (von Beckerath), welcher dem Verkündiger des „lieblichsten Wunsches“ folgt, kann sich nicht enthalten, sogleich im Eingange schon von des „hochseligen Königs Majestät“ und seinem „erhabenen Nachfolger“ zu reden. War es denn mit dem verstorbenen und regierenden König nicht genug? Gehören solche Redensarten durchaus zur Sache? So wenig, als die Versicherung, daß die Worte des Volksabgeordneten „dem treuesten Herzen entquollen“ seien. Entquollen! Um die Rechte des Volks handelt es sich ja allein, nicht um das Quillen der Treue, und wer von dem Volk „Treue“ erwartet, der beweise sie ihm zuvor. Das vom Korreferenten beantragte Gesuch (Petitum) lautet folgendermaßen: „In tiefster Unterthänigkeit haben die getreuen Stände dem Throne, um (zuerst und hauptsächlich, oder vor allen Dingen) ihren unverbrüchlichen Gehorsam gegen den Königlichen Willen, **dem die Geschicke des Vaterlands anheim gegeben sind,** und zugleich (gleichsam nebenbei, als Nebensache) die ehrfurchtsvolle Ueberzeugung (wie kann eine Ueberzeugung ehrfurchtsvoll sein?) auszusprechen, daß die Ausführung der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Mai 1845, wie sie als ein dringen-

des Bedürfniß der Gegenwart erscheint, zugleich das Werk einer glorreichen Vergangenheit vollenden, das Vaterland zum Gipfel seiner Größe erheben und der dankbaren Liebe des preußischen Volks zu Ew. Maj. eine unvergängliche Dauer sichern würde. Die getreuen Stände glauben, einem unabweisbaren Gebote der Pflicht durch diese Darlegung zu genügen und bitten Ew. königl. Maj. in tiefster „Ehrfurcht, dieselbe in Allerhöchste Erwägung zu ziehen." Aber, Herr von Beckerath, wie konnten Sie solch ein Gesuch (Petitum) vorschlagen? Wie konnten Sie, mit allem Streitzeug des Rechts versehen, sich an einen „Willen" wenden, dem „die Geschicke des Vaterlands anheim gegeben" seien? Wären Sie bereit, diesen Satz als einen Rechtssatz zu vertreten? Was bringen solche Wendungen dem Volke ein? Wird nicht dadurch dem Volke sein Recht unter der Hand wegstipitzt (eskamotirt)? Wie wäre es, wenn Sie das Gesuch etwa folgendermaßen gefaßt hätten: „Die Ständeversammlung erinnert den König an das, mit der Regierung auf ihn übergegangene „Königliche Wort" seines Vorgängers, dessen Erfullung die erste, politisch wie moralisch unabweisbare Pflicht der Regierung ist und, wenn auch die vorangeschrittenen Rechtsansprüche des seit dreißig Jahren har-

renden Volks nur im beschränktesten Maße befriedigen, doch als ein Beginn fernerer Verbesserungen einstweilen noch willkommen geheißen werden würde." Ein solches Gesuch würde zwar aller Wahrscheinlichkeit nach wenig Anklang bei den überloyalen Herren der Versammlung gefunden haben; aber es hätte jedenfalls wirksamere Erörterungen veranlaßt und einen größern sittlichen Erfolg gehabt, als das andere. Es hätte bei der einstweiligen Absteckung des Rechtsgebiets ein Zeichen aufgepflanzt, welches in der Zukunft ein besserer Anhalt werden konnte.

Nach Herrn von Beckerath läßt sich der Landtagsmarschall vernehmen, den wir als eine zur Loyalität von vornherein verurtheilte Person ganz übergehen. Sodann kommt ein „Abgeordneter der Städte" (Namens Münch) an die Reihe, welcher seinen Wählern ein wenig schmeichelhaftes Zeugniß ausstellt, indem er seine Einwendungen gegen den Verfassungsantrag zunächst durch das Geständniß begründet, daß er „einen in der praktischen Uebersicht des vorliegenden umfassenden Gebiets beschränkten Standpunkt einnehme." Daß sich an diesen allertags sehr beschränkten Grund dasjenige der Rücksicht gegen den souveranen Willen anschließt, wird Niemanden Wunder nehmen. Nachdem Herr Münch durch einige Redensarten über „königlichen Willen," „königliche Wor-

te," „Thron," „Pietät" und „Ehrfurcht gegen die Majestät" hindurch gestolpert, faßt er endlich Stand und sammelt seine Ansicht dahin: „dem gerechten Sinne und der Weisheit unseres erhabenen Landesvaters die Lösung jener Frage vertrauensvoll zu überlassen, zu vertrauen auf das königliche Herz, daß dieses, so wie es bei dem verewigten Vater (wessen Vater? des „Abgeordneten der Städte?") nach den glorreichen Kämpfen von 1813 und 1814 aus eigner Bewegung ein Versprechen gab, welches dem Volk (!) so theuer ist, auch bei dem von Gott berufenen vortrefflichen Sohne und Nachfolger jenes Versprechen nicht vergessen habe (nämlich das Herz, beim Vater und beim Sohn), vielmehr geneigt sei (noch immer das „Herz",) u. s. w. und die Entwickelung aller Volksklassen, welche es (das Herz) mit gleicher Liebe umfaßt (unumgängliche Redensart), durch zeitgemäße Reformen und Garantien zu sichern. Zu diesem hingebenden Vertrauen, auf welchem nach meiner innigsten Ueberzeugung das Heil des Volks beruht, sind wir fortwährend durch unzweideutige (s. oben) Gesinnungen unseres Monarchen berechtigt und verpflichtet u. s. w. Der Redner würde sicher keine Einwendungen machen, wenn man etwa folgenden Antrag stellte: „Der König stammt von Gottes Gnaden und ist eine

irdiſche oder politiſche Verkörperung Gottes. Bei Gott ſtellt man keine Anträge und gegen Gott hat man keine Rechte geltend zu machen. Man hat nur ſeiner unerſchöpflichen Weisheit zu vertrauen und zu ſeiner unausſprechlichen Gnade zu beten. Daſſelbe Verhältniß muß daher auch der Majeſtät des Königs gegenüber eintreten. Von dieſem Geſichtspunkt aus wird es als eine zu weit gehende Nachgiebigkeit zu betrachten ſein, daß man uns in den Fall der Anmaßung geſetzt hat, dieſen Saal zu einem Sitzungsſaale berathender Stände zu machen und unſern Rath der königlichen Majeſtät aufzudringen. Ich trage daher darauf an, daß dieſer Saal in eine Kirche der Loyalität und jeder Seſſel in eine Bank zum Knien umgewandelt werde, auf daß in Zukunft die Volksvertreter ihre Aufgabe durch ſtilles Gebet voll „hingebenden Vertrauens“ und vorläufiger Dankbarkeit vor der aufgeſtellten Büſte ihres königlichen Herrn erfüllen können. Amen!“

Ein anderer „Abgeordneter der Städte“ (zu unſern Bauern Herr Kamphauſen) ſucht, in der Art der zenſirten Zeitungsartikel, ſeinen Bemerkungen Bahn zu brechen durch vorangeſchickte Ergießungen über das „warme Herz unſers Königs,“ „Sein reiches Gemüth,“ „Seinen hohen Geiſt“ u. ſ. w. Er will in ſeinen An

trägen sogar „eine Pflicht persönlicher Hingebung“ an den König erblicken. In des Teufels Namen, meine Herrn, besteht denn für Sie gar kein Volk? Wer heischt Sie, als Volksvertreter zum Beweggrunde Ihrer Handlungen „persönliche Hingebung“ an die Staatsgewalt zu nehmen? Persönliche Hingebung an das Volk und seine Rechte wird Ihnen besser anstehen. Der Redner kommt nach allerlei Windungen auf den Zweck der Volksvertretungs-Verfassungen und will ihn in der „Harmonie zwischen dem Monarchen und den Unterthanen“ erkennen. Hätte er seine übertriebene Unterthanentreue bei Seite gelassen, so würde ihm sein Verstand gesagt haben, daß der Zweck des Volksvertretung die möglichste Verwirklichung des Volkswillens, also die möglichste Förderung des eigentlichen Volkswohles sei. Wollte er auch jene „Harmonie“ zur Sprache bringen, welche zwischen „Monarchen“ und „Unterthanen“ sittlich gar nicht denkbar ist und nur in der zeitgemäßen Verwirklichung der Volksrechte mit entsprechender Aufgebung der Regierungsvorrechte begründet sein kann, so hätte er sie höchstens als die Folge der Erreichung besagten Zweckes darstellen können. Mit zwei Worten: ist das Volk Zweck, oder die Regierung? Kann die Regierung vernünftigerweise etwas anders sein, als Mittel des Volkszwecks? Kann

folglich jene „Harmonie" Folge von etwas Anderem sein, als von der Erreichung des Volkszwecks? Aber der erste Blick der Herren ist immer auf die Gewalt gerichtet, wie der erste Blick der Zeitungsschreiber auf die Zensur, und durch die Rücksicht auf die Gewalt lassen sie sich alle Logik und die einfachste Wahrheit noch auf den Lippen zum Gegentheile herumdrehen. Freilich wird sich über die letztere wie die erstere auch aus andern Gründen noch mit einem Redner streiten lassen, der „eine Vertretung des Volks nothwendig erachtet," dabei aber „die Lehre von der Volkshoheit verurtheilt" und zugleich erklärt, „der Weisheit, dem freien Entschlusse unseres königlichen Herrn müsse anheimgestellt bleiben, was er in Bezug auf die Rechte und Pflichten einer künftigen reichsständischen Versammlung anzuordnen für angemessen halten werde. Wie aber, wenn der „königliche Herr" sich plötzlich für Volkshoheit erklärte, wie es (indirekt) auf versteckte Weise schon sein Ahn gethan hat? würde der „Abgeordnete der Städte" sie dann auch noch „verurtheilen?" Muß übrigens Alles dem „königlichen Herrn" anheimgestellt werden, warum stellt dann der Abgeordnete von Köln nicht die ganze Frage kurzweg anheim? Wozu denn überhaupt noch Antrage und Vertretung des Volks? Die „Weisheit," welche über die „Rechte"

der Volksvertretung entscheiden soll, wird auch über die Nothwendigkeit derselben zu entscheiden wissen und der „Weisheit" eines „Abgeordneten der Städte" gar nicht bedürfen, der, es mag zugestanden oder vorenthalten werden, was da wolle, ohne gefragt zu sein, sich mit großem Gepränge dafür erklärt, daß „dem Monarchen nachher wie vorher unsere volle Treue, unser voller Gehorsam gebühre, daß wir ihm nachher wie vorher unsere volle Treue, unseren vollen Gehorsam bewahren werden." Folgerechter Weise würde Herr Kamphausen sich von einem Nero „voll Treue und Gehorsam" auf das Schaffot schicken lassen, wenn er einen Nero zum Monarchen erhielte. Es ist schwer zu begreifen, wie Herr Kamphausen seinen Vortrag mit seinem Antrag reimen will, der, wenn auch noch so pflichtschuldig diplomatisirend, doch der Absicht nach illoyal erscheinen mußte. Die negative Ehre, welche dem Antragsteller bei einer spätern Gelegenheit zu Theil geworden, hätte er jedenfalls billiger haben können, als um den Preis so großer Unterthanentreue.

Dem Herrn von Loë, welcher nunmehr das Wort nimmt, muß man das Zeugniß geben, daß er sich in Sachen der Loyalität dießmal ziemlich gut benommen hat. Er kann überhaupt mit seiner zwangfreien Sprache

manchem „Abgeordneten der Städte“ zum Muſter dienen. In ſeinem Auftreten ſpricht ſich jedenfalls perſönliches Bewußtſein aus, und wo er beſondere Loyalität verbraucht (wie z. B. im Jahr 1837 bei den Berathungen über die „Autonomie“), da verbraucht er ſie mit einer ſelbſtiſchen Berechnung, welche über das breiweiche Altweibergefühl der bürgerlichen Loyalität hoch erhaben iſt. Er weiß, daß auf die demüthigen bürgerlichen Herzen ſolche Mittel die meiſte Wirkung ausüben, und der Zweck ſeiner Wirkſamkeit geht bloß dahin, mit Hülfe jener Herzen den Adel in die Höhe zu bringen. Dieß iſt es, was auch ihm das Uebergewicht der verhaßten Beamtenherrſchaft (Bureaukratie) läſtig macht, dieß iſt es ferner, was ihn von der einen Seite zum Kämpen des der Regierung imponirenden Ultramontanismus wappnet, während es ihn von der anderen Seite gelegentlich für die „Rechte der Krone“ u ſ. w. begeiſtert. Er will von der einen Seite freiſinnig erſcheinen, um als Stütze der Oppoſitionellen möglich zu bleiben, und von der anderen Seite will er unbeſchnittene „Rechte der Krone“, weil er unbeſchnittene Rechte des Adels will. Ein katholiſcher Tory am Rhein zu werden und als ſolcher eine gewiſſe adliche, halbfreie Zwiſchenſouveränetät auszuüben mit allen den täglich ſich geltend machenden Merkmalen der

Obergewalt, nämlich der „Huldigung," des „Vertrauens," der „Hingebung," des „patriarchaliſchen Gehorſams" u. ſ. w., das erſcheint dem Herrn von Loë als das höchſte Ziel eines durch äußere und innere Mitgift zu freiem, unabhängigem Streben berufenen Menſchen. Der Herr von Loë macht ſich weit kleiner, als er iſt, indem er ſich größer machen will. Vielleicht trägt ſeine Erziehung die Schuld. Dem Lob übrigens, das wir ihm dießmal wegen ſeiner Mäßigung in der Loyalität ertheilen, müſſen wir ein Gegengewicht entgegenſetzen durch Hervorhebung ſeiner Logik. Die Denkkunde iſt es in der Regel, über welche die Verfechter der mittelalterlichen Lehren zuerſt ſtolpern, und dieß Unglück begegnet auch ſehr häufig dem Herrn von Loë. Wer noch keine Logik ſtudirt hat, der mache ſeinen Lehrgang (Kurſus) mit folgender religiös-politiſch-ſozialen Ausführung.

„Die Gleichheit aller Menſchen hat allerdings einen tiefen und wahren Sinn. Es iſt eine religiöſe Wahrheit, die Jeder wohlthut, zu beherzigen. Wer ſich deſſen bewußt iſt, wird vor Allem den Grundſatz beachten: Was du nicht willſt, daß dir geſchehe, das thue auch keinem Andern. Er wird ſich dadurch bewogen finden, in jedem Menſchen das Ebenbild Gottes zu ſehen, und ihm ohne Unterſchied der Farbe, des Standes und der

Religion, so weit es seine übrigen Pflichten gestatten, dasjenige leisten, was er im gleichen Falle selbst zu erhalten wünschen würde."

„Dieß ist der Grundsatz der Gleichheit, wie ihn die Lehre des Christenthums feststellt. Dieser Grundsatz hört aber auf wahr zu sein, sobald er in das Weltliche übersetzt, (sehr naiv!) und hier zum Umsturz des Rechts und der Freiheit gemißbraucht werden soll. Er gestaltet sich dann zur Karrikatur jener christlichen Wahrheit, und führt nothwendig zu der bekannten Lehre: Einem Jeden nach seiner Fähigkeit, und einer jeden Fähigkeit nach ihren Werken. Es gibt also keine Wahl; entweder gleiche Gerechtigkeit, d. h. Heiligkeit jedes Besitzes und Eigenthums, oder gleiche Rechte, das heißt, Krieg der Armen gegen die Reichen."

„Ich sage deßhalb nicht, daß der Begriff von Gleichheit in seiner wahren und christlichen Bedeutung nicht auch auf dem Gebiete des Staates seine Bedeutung haben müsse. Jedem muß das Seinige gegeben und gelassen werden, und für Alle muß eine gleiche Gerechtigkeit Statt finden. Diese Gleichheit liegt schon im Begriffe der Gerechtigkeit; sie schließt aber die natürliche Ungleichheit der Rechte nicht aus, im Gegentheil, sie

schützt dieselbe, indem sie Jedem das Seinige erhält.

Es ist Schade, daß solche religiös-politisch-soziale Logik nicht immer berücksichtigt worden ist. Der Herr von Loë wäre sonst, statt Landrath von Siegburg, vielleicht ein Siegburger Raubritter, und zwar vermöge des Rechts, vermöge der „Heiligkeit jedes Besitzes," dessen Erhaltung seine Ahnen, durch Herbeiziehung der angeführten Bibelstelle, auf das Christenthum gründen konnten. Doch noch eine andere Probe. Um zu beweisen, daß in dem Streben nach bürgerlicher Gleichheit (im Gegensatze zu der Ständeunterscheidung) „ein großer und gefährlicher Irrthum liege," bedient er sich dieser Schlußfolge: „Der Umstand allein beweist schon, welche Gefahr darin für die Freiheit liege, daß auch das Streben des Beamtenthums auf Nivelliren, Individualisiren und Centralisiren gerichtet ist." Edler Freiherr, das ist doch gar zu stark. Der gleiche Besitz von Rechten ist deßhalb gefahrlich und verwerflich, weil die Feinde der Rechte einen gleichen Mangel an Rechten wollen. Wir sollen deßhalb kein gleiches Leben wollen, weil der Tod uns alle gleich todt macht. Hier, edler Freiherr, haben Sie der Logik so viel Gewalt angethan, daß es nicht mehr möglich ist, eine Absicht auszuschließen,

und absichtliche Verstöße gegen die Denklehre bezeich
man mit dem gelindesten Ausdruck, als Täuschungsve
suche. Wir würden in einen hier unpassenden Ernst ve
fallen müssen, wollten wir solche Versuche auch da nac
weisen, wo Sie, religiöser Mann, das Versprechen v
1815 als unverbindlich darzuthun sich bemühen.

Mit abermaliger Ueberspringung des Landtagsko
missärs, welcher, durch den schönen Vortrag des Her
von Loë ermuthigt, die Versammlung zur Aufgeb
ihrer Anträge bewegen zu können glaubt, und eines „A
geordneten der Städte" (Mohr), welcher sich diesem A
sinnen angemessen widersetzt, gelangen wir zu dem a
führlichen und gründlichen Vortrage eines „Abgeordne
des Ritterstandes" (von Sybel). Dieser Vortrag ent
manches vergleichsweise kühne Wort; Schade darum,
er gegen den Schluß hin in das gewöhnliche pflich
treue Gejammer, und zwar auf eine wahrhaft klägl
Weise umschlägt. „Es ist Pflicht, von der Gerechtig
und Liebe unseres allverehrten, allergnädigsten Kö
und Herrn ehrfurchtsvoll die Reichsstände zu erbitt
„In welcher Menschenbrust schlägt ein edelgesinnteres,
größeres Herz, als in der unseres königlichen G
ters? Es hieße, seinen großen Eigenschaften mißtr
und sie verkennen, wollten wir zweifeln u. s. w."

Gegentheile, ich habe das Vertrauen zu der großen königlichen Gesinnung unseres hohen Gebieters u. s. w.“ „Die Rheinprovinz, eine der schönsten Perlen in des Königs Krone, und bewohnt von einem seinem König treu ergebenen Volke u. s. w.“ Meine Herren, wenn ich König von Preußen wäre, ich würde bei solchen Kriechereien geradezu ausspucken; ehe ich aber durch so unverschämte Schmeicheleien meine offen ausgesprochenen Entschlüsse in Zweifel stellen oder ändern ließe, würde ich die Schmeichler lieber hart behandeln, bis auf's Blut, wie sie es verdienen. Ich würde die Herren fragen: „Wo habt ihr meine großen Eigenschaften gemessen, deren Größenverhältnisse ihr bei jeder Gelegenheit in's Unendliche zu ziehen sucht? Zeigt die Proben auf von der Größe, die ihr mir andichtet, oder ich werde euch Proben geben, daß euch die anbetenden Augen übergehen. Ich werde euch, umgedrehten Verläumdern, wegen einer Majestätsbeleidigung zu Leibe gehen, die ihr nicht im Landrechte, aber im Rechte des Landes zu suchen habt. Seid ihr als Schmeichler der „Krone“ oder als Vertreter des Volkes zusammen getreten? Hat euch das Volk berechtigt, mir den Glauben beizubringen, daß der Werth und Stolz einer Provinz von drei Millionen gesitteter Menschen darin bestehe, eine bloße „Perle“ in einer

„Krone" zu sein? Ihr rühmet mich, der ich alle Ursache habe, bescheiden zu sein; als den Großen, und die „Kölnische Zeitung" vom 27. Mai 1845 bringt meine Größe sogar in Verse, indem sie „singt:"

Dem deutschen König, der das Wort gesprochen,
Der groß und gut, es durch die That bewährt,
Der Gottvertrau'nd den alten Bann gebrochen,
Den als den Großen sein Jahrhundert ehrt u. s. w.

Wißt ihr, was ich euch auf alle die mittel- und unmittelbaren Zusammenstellungen mit meinem sogenannt „großen" Ahn zu erwiedern habe? Ich erwiedere bloß dieß mit Friedrich „dem Großen" (und er war kleiner als ihr denkt) habe ich (dafür sorgt ihr) jedenfalls die Aehnlichkeit, daß ich noch bei meinem Ende hinreichende Ursache haben werde, „müde zu sein, über Sklaven zu herrschen."

Ein „Abgeordneter der Städte" (Wittgenstein), welcher eine „Fortbildung der ständischen Institutionen" für nöthig hält, aber aus Gründen der Pietät die Verordnung von 1815 begraben wissen will, flicht in seinen Grabgesang folgende begeisterte Stellen ein: „Preußens Volk hat es vor drei Dezennien bewiesen, was es in seiner Kraft zu leisten vermag, wenn das Gefühl der Liebe zu König und Vaterland die verborgensten Fibern

seines Herzens erregt, und mit den Worten, womit unser König (nicht allergnädigster, erhabener, allverehrter?) zum erstenmal an Sein Volk Sich wendete, hat er ihm (warum nicht: er Ihm?) ein Zeugniß der Mündigkeit ausgestellt, um das uns die Völker der Erde beneiden." Es ist doch unerhört, den Unsinn des Knechtsinns so weit zu treiben. Wie wir hören, haben die Engländer und Nordamerikaner eine Adresse an ihre Regierungen eingereicht, worin sie allerunterthänigst darauf antragen, daß ihnen ihre Verfassung genommen und dafür das beneidete preußische testimonium maturitatis ertheilt werde.

Unser Redner fährt fort: „In der Begeisterung Seiner Liebe zu Seinem herrlichen Vaterlande und zu Seinem Volke hat unser König (wieder nicht: unser allergnädigster u. s. w.) am Huldigungstage eine Frage gestellt und ein Ja darauf empfangen, das Er Sein eigen nennt, das Er nicht lassen will, das unauflöslich in gegenseitiger Liebe und Treue Sein Volk mit Ihm verbindet, das Er in Seiner Sterbestunde nicht vergessen will. Einem Könige, der so zu Seinem Volke sprach, sollen wir nun aber- und abermals ein Gesetz, als verbindlich für Ihn, vorführen, das Er für unverbindlich erklärt hat? — Geschieht es, so thun wir unserem hochherzigen

Könige wehe, doch wir thun auch einem großen Theile des gesunden, kräftigen Kerns des Volkes wehe.

Mag auch die grübelnde Vernunft lächelnd dieses Gefühl der Pietät des Volkes für seinen Herrscher bespötteln, — dieses Gefühl lebt in mir und in den Bewohnern der von mir vertretenen Stadt des Wupperthals, und nie werde ich Ja zu einem Antrage sprechen, der das Gesetz vom 22. Mai 1815 als noch verbindlich für den König hinstellt." Soll zu diesen Worten eine Erläuterung gegeben werden, so überlassen wir das den „Bewohnern der Stadt des Wupperthales."

Der Abgeordnete von der Mosel (Mohr), dessen Vortrag in dem amtlichen Abdrucke der Verhandlungen ganz fehlt, führt eine andere Sprache als der Abgeordnete von der Wupper. Er hält sich zwar auch nicht ganz frei von loyalen Einflechtungen, aber er entwürdigt sich nicht dadurch und schlägt ein Petitum vor, worin der König an „die Verpflichtung seines hohen Berufes" erinnert wird. Natürlich hatte Niemand den Muth, sich solchem Antrag anzuschließen.

Ein „Abgeordneter des Fürstenstandes" (der Fürst von Wied) gibt seiner pflichtmäßigen Treue eine noch höhere Färbung, als der Abgeordnete des färberreichen Wupperthales, eine wahrhaft fürstliche Färbung. Er will

es nicht haben, daß die Abgeordneten es für ihre „Pflicht“ ansehen, einen Antrag in der Verfassungsfrage zu stellen, und weist ihnen ihren Standpunkt folgendermaßen an: „Das Wort Pflicht scheint mir hier nicht am rechten Orte, denn wir haben das Recht zu bitten, aber die Pflicht zu gehorchen; der König hat das Recht zu befehlen, aber die Pflicht, Seine Handlungen vor Gott und den Menschen (das ist ja alles Mögliche!) zu verantworten. Es wird sich herausstellen, wo das Recht und wo die Pflicht ist.“ Nun soll es sich noch erst herausstellen, nachdem der Redner es schon auf die unwiderleglichste Weise gezeigt hat. Sollten wir zu seiner Doktrine den Senf unserer bescheidenen Demokratenweisheit hergeben, so würden wir ehrfurchtsvoll folgende Aenderung vorzuschlagen uns erkühnen: „Der König hat nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, zu befehlen; das Volk hat nicht bloß die Pflicht, sondern auch das Recht zu gehorchen, und damit es dieß herrliche Recht in voller Freiheit ausüben könne, ist ihm das fernere Recht ertheilt, in zweifelhaften Fällen um Allerhöchste Anweisung zu bitten, wie es gehorchen solle. Dieses letztere Recht nennt man das Petitionsrecht.“

Ein „Abgeordneter des Ritterstandes“ (v. Groote*)

*um das Band nicht ganz verloren gehen zu lassen,

will Alles der höheren Weisheit überlassen, die da „stehend auf der Höhe der Zeit, reichbegabt die Zustände überschaut" u. s. w. Um aber zu zeigen, daß seine Gewährleistungen vollständig seien, stützt er sich auf die Tombaureden. Auch ist er der Meinung, daß der Erfolg eines Verfassungsantrages „nur der entgegengesetzte des beabsichtigten sein würde". Darin spricht er die verderbte, nichtswürdige Politik von Millionen jener schwachmüthigen Staatsklügler aus, die da glauben, die Gewalt *könne*, und die da aufstellen, die Gewalt *dürfe* dem Volke Das vorenthalten, was es als Recht erkennt und ernstlich fordert. Ein Volk, das seine Rechtsforderungen unterdrücken zu müssen glaubt, um Bettelei oder duldende Ergebenheit an die Stelle treten zu lassen, ist nicht werth, seinen Namen zu tragen. Vollends niederträchtig aber ist es, einer *Rechtsforderung* die *Rechtsvorenthaltung* als *Strafe* hinzuhalten. Der vorliegende „Abgeordnete des Ritterstandes" (wir denken uns nämlich, daß er vor seinem Herrn auf den Knien liegt)

womit dieser freisinnige Redner ursprünglich an das bürgerliche Volk geknüpft ist, muß hier das Geheimniß verrathen werden, daß sein Name aus Holland stammt, nicht *von*, sondern *van* oder *de* (der) *Groote* (Große) heißt, das *van* oder *de* aber *keinen Adel* bezeichnet.

iſt nach unſern Begriffen werth, aus der Ständeverſammlung ausgeſtoßen zu werden.

Ein anderer „Abgeordneter des Ritterſtandes“ (von Wüllenweber) fließt ebenfalls von „Weisheit“ und „Vertrauen“ über, verſenkt ſich in die „Tiefe des edeln Herzens“, taucht wieder auf, um zu verkünden, wie Großes in fünf Jahren „für Staat und Kirche“ geſchehen, und will Proſelyten ſeines Votums gegen den Verfaſſungsantrag durch folgende, in dem loyalen Kauderwelſch von der entgegengeſetzten Seite entnommene Mahnung gewinnen: „Wer die Zeichen der Zeit gewahrt, der achte darauf!“ Ja, Herr Abgeordneter des Ritterſtandes, das ſagen auch wir und ſetzen hinzu: „wer ſie nicht gewahren oder nicht darauf achten will, der wird ſich den Kopf daran einrennen, er mag ihn ſo hoch tragen wie er wolle.“

Ein „Abgeordneter des nämlichen Standes“ (Diergardt) iſt ebenfalls der Meinung, „daß wir das Gewünſchte viel eher erreichen, wenn wir mit Vertrauen zu der Weisheit und Liebe Sr. Maj. für Sein Ihm treu ergebenes Volk abwarten“ u. ſ. w. Man begreift in der That nicht, warum die Herren ihre Wahl zu Abgeordneten annehmen, da ſie doch zu Hauſe im Bette oder hinter der Flaſche weit ruhiger „vertrauen“ und „abwarten“ können, als im „Ständeſaale“.

Der nunmehr auftretende „Abgeordnete der Städte“ (Merkens) spricht es zwar ziemlich unumwunden aus, daß die Volksmeinung und diejenige Meinung, welcher so viele seiner Kollegen Alles anheimstellen wollen, sich schnurstracks entgegen sind: aber auch er muß sich, um die Berechtigung und den Mut zu solcher Aufrichtigkeit zu gewinnen, in loyale Begeisterung versetzen und ruft nachdrucksvoll aus: „Ich war auch dabei und auch ich rief in heiliger Treue und wahrer Ehre das in die Wolken dringende „Ja!“ beim Huldigungseide auf die Frage des königlichen Herrn: Wollen Sie mir helfen und beistehen?“ u. s. w. Dann folgen die bekannten Redensarten von „Streben nach Licht“, „Altersweisheit“, „Jugendkraft“, „wahrer Ehre“ u. s. w. Mit der „wahren Ehre“ eines unzensirten Abgeordneten verträgt sich übrigens nicht die durch die Zensur in Schwung gebrachte Berufung auf amtliche Aeußerungen zu dem Zwecke, ihnen einen liberaleren Sinn unterzulegen, als sie erwiesener Maßen haben sollten, und auf diese Weise in der offiziellen Umhüllung seine oppositionelle Waare durchzubringen; mit der „wahren Ehre“ verträgt sich nicht die zudringliche Anknüpfung von Hoffnungen und Vertrauen an Aeußerungen, deren unzweifelhaft gewordener Sinn gerade solche Hoffnungen und solches Ver-

trauen zurückweist. In solchen Fällen bleibt dem ehrlichen Manne nur übrig, durch das Beimwortnehmen den wahren Sinn derartiger Aeußerungen vollends zu enthüllen und es ihnen vorzuhalten, daß sie die Herausdeutung eines andern Sinnes veranlaßt haben, oder aber, wenn die Verhältnisse solche Ehrlichkeit nicht zulassen, die Redensarten zu ignoriren.

Herr Lensing „Abgeordneter des vierten Standes“ (die Feder sträubt sich, solche Ständenumerirung nachzuzeichnen, welche beinahe an die Personennumerirung in Sibirien erinnert) hat für seinen Beitritt zu dem Verfassungsantrag keinen anderen Beweggrund, als die bereits berührte Harmonie zwischen „Thron und Volk“, wobei er die millionenmal bis zum Ekel abgedroschene „Erhebung wie Ein Mann“ zur Folie wählt. Diese „Erhebung wie Ein Mann“ ist ebenfalls einer von den stehenden Artikeln des pflichtgetreuen Knechtsinnes, die er bei jeder Gelegenheit zu Markte bringt, um die Form der Schweifwedelei mit der Form des Gewehrpräsentirens abwechseln zu lassen. Wenn die loyalen Preußen etwas in Anspruch zu nehmen haben, so thun sie es nur auf dem Rosenwanier der „Liebe“ zu dem „angestammten Herrscherhause“, und wenn sie dabei so recht von „Liebe“ erfüllt sind, die doch, sollte man meinen, mit Todtschla-

gen nichts zu thun hat, ſo werden ſie plötzlich grimmig, erheben ſich „wie Ein Mann“ und freſſen vor lauter Liebe ein paar Armeen Franzoſen. Ohne ein Gericht Franzoſen im Leibe können ſie gar nicht auseinandergehen. Ja auch wenn eine einzelne Perſon nur eine Immediateingabe wegen fünf Thaler zu machen hat, ſo kann man in acht Fällen von zehn verſichert ſein, daß ſie ſich eines günſtiges Erfolges durch Darbringung einer Doſis Opferthierwuth „für Gott, König und Vaterland“ zu ſichern ſucht. Beſonders glücklich fühlen ſich dieſe Opferthiere, wenn ſie ſich mit ihrem Medaillenpatriotismus an den Kloben einer offiziellen Redensart aufhängen können. Namentlich konſumiren ſie jetzt ſtark den „Geiſt, der vor ſo viel Jahren unſere Ketten brach und die Schmach des Vaterlandes wandte“, ohne im Mindeſten daran zu denken, daß die legitimen Ketten und die legitime Schmach, unter welcher jener Geiſt jetzt daherkriecht, zehnmal ſchmählicher ſind, als Niederlagen durch die fremden Bajonete eines thatkräftigen Volkes. Ich weiß augenblicklich den Namen des Muskels nicht, welcher beim Aufſtehen beſonders angeſtrengt wird; vielleicht heißt er der Erhebungsmuskel. Dieſer Muskel muß bei den loyalen Preußen eine herkuliſche Ausbildung erlangt haben, denn ſie ſetzen ihn bei allen Gelegenheiten in Thätigkeit, um ſich zu er-

heben „wie Ein Mann“. Sie feiern einen Namenstag und erheben ſich „wie Ein Mann“; ſie haben eine Berathung und erheben ſich „wie Ein Mann“; ſie haben ein Feſteſſen und erheben ſich „wie Ein Mann“; ſie haben Jahr aus Jahr ein den Torniſter ihrer Erbärmlichkeit geſchnallt, um ſich zu erheben „wie Ein Mann“; ſie können nicht eſſen und nicht trinken ohne ſich zu erheben „wie ein Mann“. Wenn man ihnen die Franzoſen auf den Hals ſchicken könnte, man ſollte es wahrhaftig thun, damit ſie für ihr unaufhörliches niederträchtiges Prahlen mit der „Erhebung wie Ein Mann“ gehörig gezüchtigt würden „wie Ein Mann“. Wißt ihr, was ſie „erheben“, wenn man eine Aufforderung zur „Erhebung wie Ein Mann“ an ihren politiſchen Freiſinn richtet? — Den Schweif, um zu wedeln! Die Hunde!

Wenn in England oder Frankreich ein Abgeordneter eine Motion unterſtützen wollte durch ſo eine preußiſche Redensart einer „Erhebung wie Ein Mann“, es würde ſich ein ganzer Sturm von Hohngelächter erheben, vor welchem der arme Patriot ſofort alle Segel ſeiner bedientenhaften Bereitwilligkeit ſtreichen müßte. Denn die Engländer wie alle Völker von Selbſtgefühl haben keinen Begriff von jenem amtlichen Nationalknechtſinn, der ſich bei jeder Gelegenheit erbieten zu müſſen glaubt, Andere

zu prügeln, damit er ſelbſt keine Prügel bekomme; ſie haben keinen Begriff von jener Erniedrigung, worin man, um das Recht zu leben in den Mund nehmen zu dürfen, ſich erſt bereit erklärt, für Andere ſich todtſchießen zu laſſen. Wenn ſie ſich erheben „wie Ein Mann", ſo thun ſie es bloß für ſich ſelbſt, und ſich ſelbſt macht man darüber kein: Vereinwilligkeitserklärungen; das thun nur jene Sklavenhelden, die jede Erbärmlichkeit nach Innen mit einer Albernheit nach Außen einkleiden zu müſſen glauben.

„Vertrauen iſt das Schönſte und Höchſte, was die Menſchen unter einander, was den Monarchen mit ſeinem Volke verbindet. Ich hege das unerſchütterliche Vertrauen zu Sr. Majeſtät, daß Sie" u. ſ. w. So ſpricht wieder ein „Abgeordneter der Städte" (Hagenklever). Have, pia anima! Möge der Gute glücklich das Ende ſeiner Tage erreichen und wenn er einſt zur ewigen Ruhe eingeht, ſo möge er ſein Haupt mit dem Vertrauen in die mütterliche Erde betten laſſen, daß er auch ohne Maximax gut ſchlafen werde.

Ihm folgt ein anderer „Abgeordneter der Städte" (unter Herrn), welcher zwar auf Volksvertretung dringt, aber der Art mit „Treue", „Gehorſam", „Ehrfurcht" u. ſ. w. um ſich wirft, daß wir uns ein freies Auf-

treten bei einer andern Gelegenheit gar nicht zu erklären wissen.

Der ihm folgende „Abgeordnete des Ritterstandes“ (Bergisosse) ist der einzige der ganzen Reihe, welcher sich rein an die Sache hält und sie nicht unter loyalen Redensarten erstickt. Freilich enthält sein Vortrag nur eine Zurückweisung des Einwurfs, daß durch eine allgemeine Vertretung eine Gleichmachung aller Staatseinrichtungen und dadurch eine Gefährdung des Rheinischen Rechtswesens herbeigeführt werden könne. Aber es thut schon wohl, eine solche Zurückweisung nicht etwa mit folgenden Redensarten begleitet zu sehen: Uebrigens läge ja in der Furcht, daß die Rheinischen Rechtseinrichtungen gefährdet werden könnten, eine Beleidigung des Vertrauens der getreuen Rheinischen Unterthanen zu ihrem erhabenen Herrscherhaus, welches unsere Rechtsinstitutionen stets mit starker Hand geschützt hat, so daß nicht ein Jota davon verloren gegangen ist.“

Ein in der Loyalität sich ziemlich mäßigender Vortrag des „Korreferenten“ schließt mit den Worten: „durch Preußens Fortschritt Deutschlands Größe, Deutschlands Herrlichkeit!“ Mit diesem Wunsche kann man, freilich in minder pflichtmäßigem Sinne, sich einverstanden erklären. Wir werden auf den Punkt später zurückkommen.

Der „Referent“ sucht dem wiederholten Auftreten des „Korreferenten“ Waage zu halten, indem er versichert, es sei Alles in der schönsten Ordnung, und wenn man Protestantismus und Katholizismus gleichmäßig mit der Zensurscheere beschneide und die Rheinländer nicht mehr wegen ihrer Rechtseinrichtungen beunruhige, so sei die Stimmung, auch ohne Volksvertretung vollkommen befriedigt. Diese Beweisführung ist zu schlagend, als daß ich ihr etwas entgegenzusetzen wußte. Advocem Rechtsinstitutionen bemerke ich nur gelegentlich, daß dieselben, wenn sie nicht durch allmälige Verderbniß vollständig ihren Charakter verlieren, den Rheinländern nicht gesichert sind und nicht gesichert sein werden. Sie passen nun und nimmermehr in das preußische System, weil sie besser sind, als dasselbe, und volksthümliche Stoffe enthalten, welche in die systematische Parteilosmachung (Neutralisirung) alles selbstständigen Volksgeistes eine merkliche Lücke bringen könnten.

Der jetzt auftretende Redner gilt für einen Vorkämpfer der Rheinischen Opposition. Es ist Herr Hansemann. Ich halte es für nöthig, halte es für „Pflicht,“ der Hansemann'schen Art mich entgegen zu stellen, ohne alle Rücksichten entgegenzutreten. Es liegt nichts Entschiedenes, nichts Ganzes, kein „Entweder, oder“ da-

rin. (Vom Standpunkte der Anſichten wird hier ganz abgeſehen.) Eine Gegenpartei, die ohne beſondere Unfolgerichtigkeit unter den geheimen Miniſterialräthen eines unbeſchränkten Monarchen Platz nehmen könnte, iſt keine Volksoppoſition. In Preußen gibt es keine andere wirkliche Gegenpartei, als die ſich von vornherein „unmöglich macht. An's Volk allein muß ſie ſich halten, im Volke allein zu wurzeln ſuchen. Eine Widerſtandspartei, welche mit der einen Hand ſich an den Zipfel der ſchrankenloſen Gewalt anklammert, während ſie mit der anderen die Forderungen des Volks aufzeichnet, lähmt ſich ſelbſt. Sie kann es höchſtens dahin bringen, daß ſie es mit beiden Theilen verdirbt. Nirgends ſo ſehr, als hier, gilt der Spruch, daß man nicht zwei Herrn zugleich dienen könne. Entweder, oder; es gibt keine andere Wahl. Nur ſo wird man etwas Ganzes, nur ſo kann man wirken, nur ſo übt man im Nutzen der Sache die wahre Klugheit. Es iſt keine Klugheit, zu ſchonen, wo man ſiegen muß, ſo wie es keine Würde iſt, erſt zu loben, wenn man tadeln will. Iſt man aber ſogar bei der Volksvertretung zu zwei Dritteln bloß pflichttreu, ſo ſchlägt ſich das dritte Drittel auch dazu. Herr Hanſemann iſt nicht bloß nach Verhältniß ſeiner Stellung und perſönlichen Perſönlichkeit, ſondern auch nach ſeinen Aeuße-

rungen an sich, der loyalste Redner und größte Schmeichler des ganzen Landtags. Er ermahnt seine Gefährten, daß sie als „politische Männer“ den Verstand nicht durch „das Gefühl“ sollen verdrängen und sich nicht durch das letztere verleiten lassen, den Verfassungsantrag aus Rücksicht auf die Majestät zu unterdrücken. Nach diesem Eingange, der eine besondere Kühnheit erwarten läßt, fährt er fort: „Niemanden, meine Herren, raume ich das Recht ein, zu glauben, er trage mehr Ehrfurcht in seinem Herzen, mehr Anhänglichkeit für die erhabene Person Sr. Maj., als ich. Aber gerade, weil ich den König liebe, weil ich ihn ehre, muß ich meine Pflicht gegen Ihn (nicht gegen das **Volk**?) thun, auch wenn sie mir hart ist. Das ist die bequeme Erfüllung der Pflicht, wenn man von Vertrauen und Liebe spricht, und nicht den Muth hat, dem Könige zu sagen, was dem Throne (!), was dem Staate diene, wenn man den Beruf dazu, wenn man die Pflicht dazu hat, es zu sagen; und in diesem Falle befinden wir uns hier. Wie! der erhabene Monarch, dessen großen Geist ich tief ehre, der sollte uns es übel deuten, daß wir in tiefer Ehrfurcht in einer Zuschrift Ihm ausdrücken, was die Bedürfnisse des Landes (!) sind? Nein, ich achte den König zu hoch, das wird der König nimmer thun'

Also hinweg mit dieser Besorgniß, sie ist nach meiner innigen Ueberzeugung eine völlig grundlose." Zunächst achte man auf die Begriffsverwirrung und die Widersprüche, in die Herr Hansemann wie alle Loyalen sich verwickelt, weil er zwei wie Wasser und Feuer von einander verschiedene Dinge, die „Volksrechte" und die „Rechte" von Gottes Gnaden, zusammenfassen und vermitteln will. Zuerst spricht er von einer „harten Pflicht" gegen den König, von der Pflicht nämlich, ihm die Wahrheit zu sagen; später ist es seine „innigste Ueberzeugung," daß der König in seiner Größe die Wahrheit nicht übel nehmen werde, wonach also die Pflicht, sie ihm zu sagen, unmöglich eine „harte" sein kann. Sodann spricht er von einem „Muthe" dem König zu sagen, was dem Throne, (was dem Staate) diene;" später spricht er davon, ihm zu sagen, „was die Bedürfnisse des Landes sind." An einer andern Stelle seines Vortrags sagt er, „den Fortschritt in der Freiheit des Volks bringe die Zeit von selbst", deßhalb sei es vorzugsweise das Interesse des „Thrones," welches eine Erledigung der Verfassungsangelegenheit erheische. Worin besteht nun dasjenige, was er hier den „Fortschritt in der Freiheit des Volks" nennt? Nach seinen bescheiden konstitutionellen Ansichten doch nur in der besprochenen

Verfassung. Diese bringt aber „die Zeit von selbst;“ weßhalb ist es denn nöthig, den „Thron“ darum zu bitten? Gewährt dagegen der „Thron“ die Verfassung, was bleibt denn der „Zeit“ noch übrig „von selbst zu bringen?“ Soll man etwa die Meinung des Redners auf gut Teutsch also übersetzen: was dem Volke nicht bei Zeiten gegeben wird, das nimmt es sich später selbst, deßhalb bleibt dem „Thron“ nur die Wahl, entweder zu geben oder nehmen zu lassen? Doch wir hüten uns vor dieser Auslegung und stellen lieber den Hansemann'schen „Verstand,“ als seine Loyalität bloß. Die Mahnung, den „Verstand“ nicht von dem „Gefühle“ für den „Thron“ überwältigen zu lassen, hätte Herr Hansemann zuerst an sich richten sollen: denn kaum hat er sie ausgesprochen, so kann seine Pflichtmäßigkeit mit seinem „Verstand“ davon. Es ist traurig, solche Blößen nachweisen zu müssen; aber es ist nöthig, durchaus nöthig, damit den Loyalen ein kleiner Spiegel vorgehalten werde, in welchem sie über die maßlose Verwirrung ihres „Verstandes“ und die widerwärtigen Wirkungen ihres „Gefühls“ an's Nachdenken kommen.

Man nimmt es, wie billig, mit Herrn Hansemann genauer, als mit manchen Andern. Deßhalb unterlasse ich es auch nicht, ihm folgende Stellen vorzurücken:

„Das ist aber der schöne Unterschied unserer Zeit, die von der Zivilisation gedrängt ist, gegen die frubere, daß es nicht die Gewalt ist, sondern daß es die ehrfurchtsvollen Bitten treuer, gehorsamer Unterthanen sind“ (was nämlich den Fortschritt hervorbringt). Der Fortschritt, durch die Bitten treuer, gehorsamer „Unterthanen“? Das ist in der That stark. Aber wenn nun die „Bitten“ nicht gehört werden? Bringt dann „die Zeit den Fortschritt von selbst?“ Allerdings läßt sich das, wie wir gesehen haben, in gewissem Sinne sagen; aber wahrlich nicht in dem folgenden Sinne des Herrn Hansemann: „Der Unterthan muß sich bescheiden, auch wenn seine Bitten abgeschlagen werden, treu und gehorsam dem König zu sein.“ Gesetzt nun, die Bitte um eine Volksvertretung wird abgeschlagen, so gebietet die „Treue“ und der „Gehorsam“ sie gar nicht wieder vorzubringen; da es aber nur „die ehrfurchtsvollen Bitten der treuen, gehorsamen Unterthanen“ sind, welche den Fortschritt hervorbringen, so muß auf die Verfassung, nach dem abschläglichen Bescheide, ganz verzichtet werden. Diese Folgerung hat Herr Hansemann ebenfalls gefühlt, und deßhalb hebt er die Worte, worin er die Möglichkeit des abschläglichen Bescheides ausspricht, sofort wieder durch das folgende predigerhafte Anhängsel

auf „Aber dergleichen Bitten vorgetragen, werden einen guten Ort finden, werden besonders dazu beitragen, die Hindernisse zu beseitigen.“ Ein solches Treben und Winden, Zehentreten und Schaukeln zwischen halber Wahrheit und dreidoppelter Loyalität nimmt sich bei einem Manne, wie Herr Hansemann ist, dreidoppelt kläglich aus. Herr Hansemann bedauert, daß „das Mittelalter zu Ende gehe,“ und eine loyalere Selbsterniedrigung eines unabhängigen Mannes, als die Hansemann'sche, ist im Mittelalter schwerlich da gewesen. Der Hansemann'sche Vortrag ist, von seinen amtlich nicht mit abgedruckten, ziemlich unumwundenen Bemerkungen, über die Einwirkungen der russischen Politik, des Fürsten Metternich und der Beamtenherrschaft abgesehen, der traurigste in der ganzen Verhandlung, und beeinträchtigt auf eine bedauerliche Weise den Eindruck seiner Bemühungen für das rheinische Rechtswesen. Ehe ich ihn verlasse, muß ich dem Redner noch einige Auskunft abverlangen über die Eigenschaften des „großen Geistes,“ den er seinem König zuschreibt. Der Geist eines Königs ist eine Privateigenschaft, die nicht an das Amt geknüpft werden braucht, er kann also erörtert werden, ohne daß der „Unterthan“ die Unterthanentreue verletzt. Herr Hansemann hat also hier freies Feld. Ich meinerseits ha

von einem „großen Geiſt“ einen großen Begriff, und wenn ein unumſchränkter König einen großen Geiſt hat, ſo kann er nach meiner Anſicht in einem Jahre mehr ausrichten, als Andere während ihres ganzen Lebens, zumal wenn er ſeine Unumſchränktheit für ihr Gegentheil zu benutzen ſucht. Ich fordere Herrn Hanſemann auf, uns die Spuren des „großen Geiſtes“ nachzuweiſen, den er „ſo tief ehrt.“ Bücher hat der König von Preußen nicht geſchrieben, wie etwa der König von Baiern oder Friedrich der Große. In dieſem Gebiete fehlt alſo der Maßſtab ganz. Vorher abgefaßte Reden hat er zwar gehalten; aber ſolche Reden ſind es nicht, was ein „großer Geiſt“ auf dem „Throne“ zum Mittel ſeiner Kundgebung wählt. Sind denn etwa ſtaatsmänniſche Plane oder Ideen bekannt geworden, welche eine ungewöhnliche Auffaſſung der Geſchichte und der Menſchenbeſtimmung verriethen, die geiſtloſe Selbſtſucht geſchichtlicher „Rechte“ verwürfen, der geiſtloſen Verfinſterung den Krieg erklärten, die geiſtloſe Geiſtesknechtſchaft verdammten, das geiſtloſe Getriebe im Staatsweſen bedrohten, den geiſtloſen Militärſtand verabſcheuten, ſich den Einwirkungen des geiſtloſen ruſſiſchen und öſterreichiſchen Syſtems entgegenſtellen, und allen den tauſend ſonſtigen Geiſtloſigkeiten ein Ende verkündeten, die einem mit „erhabener

Gesinnung gepaarten „großen Geiste“ den größten Abscheu einflößen müssen? Diese Fragen, denen sich noch eine ganze Reihe über allgemeine und besondere Angelegenheiten von selbst anschließt, muß uns Herr Hansemann, und zwar bejahend, beantworten, wenn seine Loyalität aus der Verlegenheit gerathen soll, die sehr großen Ansprüche zufrieden zu stellen, welche an einen „großen Geist“ auf dem Throne gemacht werden müssen.

Nach Herrn Hansemanns Auftreten wird zwar noch Einiges über die Fragestellung hin und her verhandelt; ich kann mich aber nicht überwinden, noch nach mehr Loyalitätsproben mich darin umzusehen. Ich habe genug, in zweifachem Sinne. Das Ergebniß der Verhandlung ist bekannt. Nach großer Anstrengung bringt es die pflichtmäßige Versammlung zu einem unmittelbaren, sehr bescheidenen Antrag, welcher durch die persönliche Vermittlung des Landtagskommissars an seine Bestimmung gelangen soll! Was der Landtagsabschied darauf antworten wird, ist natürlich nicht zweifelhaft. Das Höchste, was er in Aussicht stellen kann und wird, ist das Schauspiel, daß die acht Landtage ihre bewahrte acht Ohnmachten vereinigen, und eine landständische Probe auf das Beispiel machen dürfen: Acht Mal Nichts ist Nichts*)

*) Sollte eine auf die angedeutete Weise zu Stande

Ich habe nun (und man sei versichert, daß solche widerwärtige Arbeit Selbstüberwindung kostet) in den zusammengestellten Proben dargethan, auf welche Art die Loyalität der rheinischen Abgeordneten selbst den bescheidensten Rechtsforderungen des Volkes Arme und Beine zerbricht. Ich bin dabei mit derjenigen Schonungslosigkeit zu Werke gegangen, welche meine freiere Stellung mir zur Pflicht macht. Weder heimathliches Mitgefühl, noch sonst persönliche Rücksichten dürfen einen Menschen in meiner Stellung hindern, die Freiheitssünden Derer zu rügen, welchen daheim die Vertretung der Volksrechte übertragen ist; und säßen meine besten Freunde in der Ständeversammlung, ich würde sie, wenn sie die Würde eines Volksmannes aus den Augen ließen, noch schärfer tadeln als die Andern. Man muß, man soll, man wird es auch in Preußen endlich

kommende „Repräsentation" sich zur Bewilligung einer Anleihe mißbrauchen lassen, so würde sie den Fluch des Landes verdienen. Abgesehen davon, daß ohne ungeheure Unterschlagungen und Verschleuderungen die Staatsgewalt bereits Mittel genug in Händen hat, um Anleihen unnöthig zu machen (Staatsschatz, Steuerüberschüsse u. s. w.), so ist es auch keine Scheinrepräsentation gewesen, welcher man die Bewilligung von Anleihen vorbehalten hat.

nach allen Seiten hin erkennen und anerkennen, was Wahrheit ist. In unserem Falle hier besteht die Wahrheit darin, daß bei aller an den Tag gelegten sachlichen Kenntniß und Intelligenz fast kein einziger der rheinischen Abgeordneten seinen Beruf ganz erkannt und streng im Auge behalten hat. Sie haben sich um die Ehre der größten Loyalität gestritten, wo es die Ehre der größten Freimuthigkeit galt; sie haben die Regierung in's Auge gefaßt, wo sie es allein mit Sachen des Volkes zu thun hatten. Durch das wahrhaft theologische Verhältniß, in welches sie sich mit Gewalt zum „Throne" stellen, stärken sie gerade dasjenige Element, um dessen Schwächung es ihnen doch zu thun sein muß, wenn sie nicht in geradem Widerspruche mit ihren eigenen Anträgen kommen wollen. Auf solche Weise nöthiget man der Gewalt wahrlich nichts ab, und ohne Abnöthigung wird nichts gegeben. Das ist die Lehre der neuesten Geschichte noch mehr als der ältern. Wenn man auch zugibt, daß die polizeiliche Erziehung in Preußen den „Unterthanen" die knale Furcht in succum et sanguinem (in Saft und Blut) zu saugen gewußt hat, so sollten wenigstens die Volksvertreter den Anfang machen, die Einwirkungen jener Erziehung endlich von sich abzuschütteln, und Andern mit männlichem Beispiele vorangehen. Wer die

Pflichtmäßigkeit gegen die Regierung dem Volksrechte voranstellt und von pflichttreuen Gefühlen überfließt, wo er eine feste Gesinnungshaltung behaupten sollte, der werde Regierungsmann, nicht Volksvertreter. Es gibt in der That nichts Kläglicheres und Widrigeres in der Welt, als jenes hohle, heuchlerische, feige, durchaus anhalt- und würdelose loyale Pathos, welches den Beruf einer freien, männlichen Rechtsvertretung halb unter angenommenen amtlichen Redensarten, und halb unter dem Schwalle eigener Herzenszerquetschung begräbt. Wie ein Mann, der die mindeste Achtung für seinen Verstand und für seine Gesinnung in Anspruch nimmt, sich zu solchem feststehenden Unsinne und solcher kniefälligen Selbsterniedrigung verstehen kann, das ist reinweg unbegreiflich! Und ist es nicht zugleich durch und durch lächerlich, meine Herren, daß solche Selbsterniedrigung, die den Stempel sklavischer Verzichtleistung auf alles Recht an der Stirne trägt, mit Rechtsforderungen in der Hand vor den Altar ihrer Herrgotts tritt? Einen Orden gebe man ihr, aber keine Rechte!

Wenn man nun von dem Auftreten des rheinischen Landtages, welcher mit dem ostpreußischen für den freisinnigsten gilt, Schlüsse auf den pommerschen, brandenburgischen u. s. w. zieht, so kann man sich vor-

stellen, welch' eine Wirkung eine so demuthige, fußfällige, zerknirschte Volksvertretung auf den Gang der Regierung sich versprechen darf. Die Lehre, welche aus der obigen Zusammenstellung sich ergeben soll, ist also die, daß die Landtage unmöglich wirken können, was sie, trotz ihrer Beschränkung indirekt zu wirken im Stande waren, so lange die Abgeordneten nicht mit mehr Selbstbewußtsein, Selbstständigkeit und volksthümlicher Würde auftreten, wobei zugleich zu bemerken, daß ihnen die Gesuche des Volkes in einer gesinnungsfesteren Fassung und Form an die Seite treten müssen.

Ein anderer Punkt, den ich hier gleich mit zur Sprache bringe, betrifft die Gegenstände der Bittschriften. Wenn Einem auch (und man braucht dazu sich nicht erst zum Republikanismus zu bekennen) die preußischen Landtage ihrer Form und Bestimmung nach sehr lächerlich vorkommen, so soll man doch an dem praktischen Grundsatze festhalten, daß in allen Verhältnissen die angegebenen Mittel des Widerstandes nicht wegen ihrer unzureichenden Beschaffenheit aufgegeben, sondern eher ganz ausgebeutet werden müssen. Dieß kann in Bezug auf die Provinziallandtage bei Weitem mehr, als es der Fall gewesen, geschehen, durch die Wahl der Petitionsgegenstände. Ich schlage meinen Landsleuten für

künftige Gelegenheiten andeutungsweise u. A. folgende Gesuche vor (für welche aber möglichst alle Klassen zu gewinnen wären):

1) Verminderung des Heerwesens und der Abgaben;

2) Befreiung der Proletarier von der Steuerentrichtung;

3) Abschaffung des Ständeunterschiedes und Ertheilung des Wahlrechts an jeden unbescholtenen Bürger;

4) Auskunft über den Verbleib der vielen Millionen, welche schon seit Jahren über den Staatsbedarf hinaus an Abgaben erhoben worden sind;

5) Verwendung des angesammelten Staatsschatzes zum Besten der unbemittelten Bürger;

6) Aenderung in den Verhältnissen zur russischen Politik;

7) Zurücknahme der neuen Gemeindeordnung, Gesindeordnung und sonstiger Ordnungen;

8) Abschaffung des Schulgeldes, auch auf den Gymnasien;

9) u. s. w., u. s. w.

Das bloße Dasein derartiger Gesuche würde schon seine Wirkung thun, und den Keim zu Weiterem in sich tragen.

Ich habe oben die Worte des Herrn Peckerath an-

geführt: „Durch Preußens Fortschritt Deutschlands Größe, Deutschlands Herrlichkeit!“ Aehnliche Aussprüche hört man sehr häufig wiederholen, seitdem die Gewalt selbst bei allen Gelegenheiten die Stärke Preußens als zum Besten Deutschlands unentbehrlich dargestellt hat, aber in einem ganz entgegengesetzten Sinne, in dem Sinne nämlich, den der gewesene Minister, von Arnim, bureaukratischen Andenkens, also ausdrückt: „Kein starkes Deutschland ohne ein starkes Preußen, kein starkes Preußen ohne ein starkes (d. i. absolutes) Königthum!“ Wer nun den deutschen Fortschritt durch den preußischen will, der sehe sich ja vor, daß er nicht in den Arnim'schen Sinn verfalle, und ihn durch seine Beweisführungen unterstütze. Jeder, der nicht besonderer Diener der preußischen Herrscherfamilie und Staatsunterhandlungskunst mit ihren Oberherrlichkeitsentwürfen und sonstigen Plänen werden will, mache es sich klar, daß es durchaus nicht darauf ankommen kann und darf, Preußen *für sich* in dem bisherigen Sinne mächtig, selbstständig und glorreich zu machen, sondern daß es sich im Gegentheile nur um die Mittel handelt, *Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen*. Diese Mittel ergeben sich eben aus dem Uebergewichte des Volkes, durch volksthümliche Staatseinrichtungen gesichert; denn sobald das Volk die Entscheidungen der Politik in Händen hat

hören die Oberherrschaftsentwürfe auf, und die ganze Kraft Preußens geht in die teutsche Kraft über. Diesen wichtigen Punkt lassen alle die Vaterlandsfreunde ganz aus dem Auge, welche sich die Begeisterung für Preußens und Teutschlands Größe aus amtlicher Quelle einränken lassen. Mögen sie daher aufhören, den Nachdruck auf Preußen zu legen, von preußischem „Nationalgeiste," preußischer Bestimmung, preußischem Ruhme, preußischem Vortheile, wornach, wie Herr Hansemann sagt: „Der Thron um so glänzender strahlen soll in der gestärkten Macht einer dem König treu ergebenen Nation," und dergleichen preußische Aberwitzigkeiten zu schwatzen. Preußen hat für sich gar keine Bestimmung, seine hochfahrende Herrscherreihe muß sich bescheiden lernen; seine Besonderrolle ist ausgespielt und hat nur eine Zukunft, wenn es ihm entweder gelingt, einen Theil Teutschlands zu verschlingen, oder wenn es sich bequemt, sich von Teutschland verschlingen zu lassen. Das Gelingen des ersteren Versuches ist sehr zweifelhaft geworden, und wird sicher von keinem ehrlichen Manne befördert werden; das Gelingen des letzteren ist es, worauf die Preußen und die konstitutionellen Teutschen mit vereinter Kraft hinarbeiten müssen. Ein freies Preußen schafft ein starkes Teutschland; ein starkes Preußen (im Arnim'schen Sinne)

ist Deutschlands Verräther. Lernet es demnach begreifen, ihr preußischen Vaterlandsfreunde, daß Preußen und Deutschland im Grunde durchaus Gegensätze sind, und daß ein „guter Preuße" nimmermehr ein guter Deutscher, sondern höchstens ein guter Russe werden kann.

Ob die preußischen Volksabgeordneten fähig sind oder nicht:

Erstens: In der Form ihres Auftretens die Würde und den Charakter von Volksmännern zu behaupten.

Zweitens: Den deutschen Standpunkt dem preußischen überzuordnen.

Drittens: Aber den Standpunkt des Volksrechts und der Vernunft über allen andern Standpunkten im Auge zu behalten,

Das wird auf eine große und entscheidende Probe gestellt werden, wenn man sie zur Berathung einer allgemeinen Vertretung für Preußen zusammenberuft.

Dort wird es an ihnen liegen, entweder für das preußische und deutsche Volk den Weg eines neuen politischen Lebens anzubahnen, oder, an den Ränken der Diplomatie sich betheiligend, der alten Erbärmlichkeit (Misere) eine längere Fortdauer in einer neuen Form zu bereiten. Sie haben zwar die großen Entscheidungen des Jahrhunderts nicht in der Hand, aber auch die Ein-

leitungen, die ihnen zugetheilt werden, sind schon wichtig genug, um ihnen entweder ein vivat oder ein pereat aus dem Munde des Volksgeistes zu sichern. Daß sie vor der „Majestät“ auf Einführung einer Republik dringen sollen, verlangt von ihnen selbst ein Republikaner nicht, wenn er Besonnenheit genug besitzt, die Verhältnisse im Besondern wie im Allgemeinen nicht außer Acht zu setzen; auch natürlich schon aus dem Grunde nicht, weil ein Republikaner schwerlich in einer brandenburgischen Versammlung Platz nehmen wird. Aber was jeder mit der Zeit einigermaßen fortgeschrittene Mann aus dem Volke von ihnen erwarten wird und muß; das ist der Wille, der hartnäckige Wille, möglichst viel Abschlagszahlung auf die Volksherrschaft zu erlangen und deren Rechnung nicht wieder mit dem loyalen Schwamm zu verwischen: das ist die Kraft, nicht die Hand zur Errichtung eines Gebäudes zu leihen, dessen Plan den Gesetzen auch einer konstitutionellen Vernunft widerstreitet und worin dem Volk der Platz in Bedientenkammern und Kasematten angewiesen wird. Sie dürfen sich nun und nimmer überreden lassen, daß es möglich sei, eine „organische“ politische Schöpfung auf Grundlagen zu stützen, welche, im Widerstreite nicht nur mit der Vernunft, sondern auch mit der geschichtlichen Wahrheit bloß

nach beſonderen und augenblicklichen Vortheilen der Gewalt, ihrer Diener und ihres adelichen Anhangs gebildet, improviſirt ſind. Das organiſche Geſetz des Staats liegt in der Vernunft, nicht in ſolchen Sondervortheilen vorgezeichnet; dieß wird doch ſogar ein Abgeordneter aus dem Wuppertha! zugeſtehen. Die Standeunterſcheidung, die Wahlberechtigung nach der Erdſcholle oder dem Geldbeutel, die Vertretung einer Macht, welche nicht in die Politik gehört, nämlich der Geiſtlichkeit, das unſinnige Zweikammerſyſtem, die Verfügung der Regierung über das Abgabenweſen, die Beſchränkung der Volkstheilnahme an der Volksvertretung, die Beſchränkung der Oeffentlichkeit und Meinungsäußerung in irgend einem Gebiete, die Gewalt der Regierung über die perſönliche Sicherheit der Bürger u. ſ. w. — alles dieß ſind Dinge, welche eine Abgeordnetenverſammlung unſerer Zeit, die ſich mit einer Staatsverfaſſung beſchäftigen ſoll, meilenweit und mit Nachdruck von ſich fern halten und abweiſen muß. Sie unterlaſſe nicht, die gewaltige Entfernung zwiſchen den aufgehäuften Forderungen der Zeit und den beſtehenden Zuſtänden zu meſſen; aber ehe ſie eine Annäherung durch nutzloſes Flickwerk verſucht, laſſe ſie lieber die Entfernung noch größer werden. Sie fürchte jetzt nicht mehr, daß ein derartiger Widerſtand das Volk um irgend etwas

bringen werde. Die Zeit iſt gekommen, wo das preußiſche Volk, wie es früher in Württemberg geſchah, die Geſchenke ruhig von der Hand weiſen kann, welche ihm nicht mehr zuſagen. Das Zurückgewieſene wird verdoppelt von Neuem dargeboten, ſogar trotz der wohlberechneten Metternich-Berliniſchen Bundespolitik, welche alle entſcheidende Gewalt um jeden Preis in den Händen der Fürſten feſthalten will. Es wäre eine Schmach für das ganze Volk, wenn ſeine Vertreter im entſcheidenden Augenblicke den dreißig Jahren keine Rechnung trügen, vor welchen man bereits mehr zugeſichert hat, als man jetzt einräumen will.

Man weiß, daß Viele ſich noch immer ängſtigen laſſen durch die alten Schreckbilder und Redensarten, wornach eine „Schwächung des monarchiſchen Grundſatzes“ u. ſ. w. als eine Verletzung göttlicher Glaubensſätze und als eine Untergrabung aller ſtaatlichen Ordnung erſcheinen ſoll. Wer noch ſo weit mit ſeinen Anſichten zurück iſt und keine Ahnung davon beſitzt, daß der Geiſt der ſtaatlichen Ordnung in der Menſchheit und dem Volke ſelbſt ſeinen Sitz hat, dem läßt ſich freilich die Angſt vor jenen Schreckbildern nicht mit einem Male nehmen; aber auf den Kindergrundſatz wenigſtens muß man auch die Aengſtlichſten immer zurückführen, daß nicht die Regie-

rung, sondern das Volk die Hauptsache im Staat ist, daß also von Seiten der Regierung keine Gewalt festgehalten werden darf, welche die Rechte des Volks schmälert, daß die allmälige Aufopferung der geschichtlichen Vorrechte der Regierung an die Rechte des voranschreitenden Volks eben das Hauptmoment der politischen Entwickelung, mithin das endliche Aufgehen der abgesonderten Regierung in das Volk selbst geschichtliche Vernunftnothwendigkeit ist, also selbst diejenige Regierung kein wirkliches Recht, sondern nur ein Unrecht aufgeben würde, welche, wenn das Volk die erforderliche Reife erlangt hätte, vom monarchischen Throne auf die Rednerbühne (Tribune) der Republik herabstiege. Wer eine solche allmälige Schwächung der einseitigen Regierungsgewalt für ein Unglück und nicht für eine Nothwendigkeit ansieht, der hat keinen Begriff von politischer Entwickelung; wer einen solchen Entwickelungsgang nicht anerkennen und nicht in ihm dem Volke nach Maßgabe seiner politischen Reife die Stellung anweisen will, der muß in jeder Zunahme der Volksmacht wie in jeder Abnahme der regierenden Eigenmacht eine Verirrung der Geschichte suchen und der würde nur dann folgerecht handeln, wenn er, als preußischer Abgeordneter, statt auf eine Volksvertretung, auf Wiederherstellung der Zeiten Friedrich Wilhelms I. antrüge.

Beim Vergleich mit der Rolle, welche dieſer König mit dem ſouveranen Stocke in der Hand geſpielt hat, findet ſich das „monarchiſche Prinzip“ jetzt bedeutend geſchwächt.

Man braucht mit der Autokratie in Preußen gar nicht mehr zu unterhandeln, man kann ihr ganz offen heraus ſagen, was man will und was man vorausſieht, ohne die mindeſte Furcht, daß ſie noch im Stande ſei, es zu hintertreiben. Das nächſte Wort in ihrer Geſchichte iſt das Wort Nothwendigkeit. Der Sauerteig iſt gemengt und das Brod muß und wird gebacken werden. Sie kann ihren bisherigen Gang nicht mehr fortſetzen. Setzt ſie den offenen Forderungen der Volksabgeordneten offene Weigerung entgegen, ſo mögen dieſelben ſich in feſter Ruhe zurückziehen und die Geſchichte des Fabius Cunctator ſtudiren; und ſollte alsdann die Gewalt ihr Unrecht erzwingen wollen und ihre Zügel noch ſo ſtraff anziehen, man warte das Ende nur ruhig ab. Man beobachte mit ſicherm Blick in dem gehemmten Strome des Fortſchrittes das Steigen der Gewäſſer und überlaſſe es der Gewalt, ſie überſteigen zu laſſen. Jeder entſchiedene Politiker muß ſich einer verſtockten Gewalt gegenüber im Nothfalle zu der Lehre bekennen, welche das Wort Peſſimismus (die Meinung, daß die Welt durchaus ſchlecht ſei) an die Hand gibt, und zu einem Peſſimismus läßt es

ſich ſogar in Teutſchland bringen. Er führt zwar manche Unbequemlichkeit mit ſich und treibt den Staatskörper zu einer Radikalkur; aber wenn einmal harte Kuren nicht zu umgehen ſind, ſo ſind jedenfalls Radikalkuren die beſten. Das Volk iſt es nicht, welches bei ſolchem Heilverfahren den Kürzeren zöge und auf welches die ahnenden Worte eines preußiſchen „Ritters“ und Staatsmannes zu beziehen wären: „es iſt möglich, daß wir alle verloren ſind!“ Ja, Herr Ritter, wir Andern theilen Ihre Ahnung: es wird nur darauf ankommen, ob ſie in humaner oder brutaler Form verwirklicht wird. Wir ſind alle Menſchen und deßhalb wurde es uns Leuten des Volkes eine Befriedigung nicht gewähren, diejenigen gewaltſam vernichten zu können, welche uns geknebelt und gedrückt haben: aber wenn die Knebelei und der Druck nicht nachlaſſen, wenn ſie ſogar als ein Recht, ein göttliches Recht verewigt werden ſollen, dann kommen wir Andern in die Nothwahl, uns zu fragen, ob wir, das Volk, „verloren“ ſein ſollen oder unſere Dränger? Und bei dieſer für ein teutſches Gemüth ſo kitzlichen Frage ſind ſelbſt wir nicht uneigennützig genug, zu Gunſten der andern Seite zu antworten. Wir erklären Ihnen alſo, Herr Ritter, Sie ſollen „verloren“ ſein: aber teutſch, wie wir ſind, ſetzen wir noch hinzu: wenn

Sie es ſo haben wollen. Zu retten ſind Sie noch, aber nur durch freiwillige Niederlagen. Auf den Sieg mögen Sie unterdeſſen ſelbſt ſchon verzichtet haben; es gilt für Sie nur, entweder ohne Sieg zu leben oder ohne Sieg zu ſterben. Ziehen Sie das Letztere vor, ſo laſſen Sie es darauf ankommen. Wir warnen Sie nicht mehr, dazu haben wir zu viel Empfindſamkeit abgelegt; aber wir geben Ihnen zu verſtehen, daß wir unſerer Sache gewiß ſind, heute oder morgen. Was die Zeit für ihren nächſten Sprößling in Anſpruch nimmt, das iſt zwar mehr, als Sie und Ihr Gebieter durch zu ſpät gekommene Konſtitutionsentwürfe beibringen können; aber es iſt möglich, daß die große Zahlungsfriſt noch durch verbürgte und nicht zu kleine Abſchlagszahlungen unblutig eingeleitet und dadurch die Schuldentilgung nicht bloß dem Zähler, ſondern auch dem Empfänger erleichtert werden kann.

Bis hierher habe ich mir erlaubt, den preußiſchen Landtagsabgeordneten mittel- und unmittelbarer Weiſe kurz meine Meinung zu ſagen. Mögen ſie nicht die Offenheit, womit ich es gethan, als Anmaßung zurückweiſen; und wenn ich weit entfernt bin, ihrer Einſicht meine Anſichten aufdringen zu wollen, ſo mögen ſie mir wenigſtens zugeſtehen, daß ich ein Recht habe, über die

Art ihres Auftretens ein dreistes Urtheil abzugeben. Die Gesinnung, welcher dieß Urtheil entsprang, wird sich weder in Bezug auf das Bewußtsein ihrer Berechtigung, noch in Bezug auf die Redlichkeit ihrer Absicht auch nur um ein Haarchen verkleinern lassen.

Sei es nun gestattet, ein Wort an die Abgeordneten der konstitutionellen Staaten Deutschlands zu richten. Zu wiefern der Vorwurf einer übertriebenen, einer knechtischen Loyalität, welche die Volksrechte hinter die Rücksichten auf die Miene der Regierung zurückstellt, auch auf sie passe, möge nach dem Vorangegangenen der Einzelne mit sich ausmachen. Was aber die Gegenstände ihrer Wirksamkeit betrifft, so ist es nicht überflüssig, ihre Aufmerksamkeit auf einen bereits angedeuteten Punkt, die Vereinigung nämlich mit dem Streben der preußischen Landtagsabgeordneten, zurückzulenken. Wenn man es als ausgemacht annimmt, daß hauptsächlich der preußische Fortschritt, den allgemein deutschen bedingt und daß zugleich dem letztern namentlich durch die preußische Politik mittelst des Bundestags auf alle mögliche Weise entgegengewirkt worden ist, so begreift man nicht, daß nicht schon lang die Abgeordneten der konstitutionellen deutschen Staaten alle ihnen zu Gebot stehenden Mittel angewandt haben, um das preußische Volk in seinen Bestrebungen

zu unterstützen und die Blößen der Berliner Politik aufzudecken. In jetziger Zeit, wo so viel vorgearbeitet ist und die Mahnungen von allen Seiten sich regen, ist jene Aufgabe eine völlig unabweisbare geworden. Keine ihrer innern Fragen ist für die konstitutionellen Abgeordneten so wichtig, als die preußische, deren Erledigung aber die Hauptvorbedingung zur Erledigung jener Fragen ist. Auch mögen sie bedenken, daß ihre Wirksamkeit nach Außen hin vielleicht die einzige ist, bei welcher sich die loyale konstitutionelle Heuchelei am Meisten umgehen laßt. Aber die Sache will mit Entschiedenheit angefaßt sein, nicht mit diplomatischen Glacehandschuhen. Es muß mit Muth und mit Kraft auf die Entscheidung der Fragen hingedrängt werden, ob Preußen (und Oesterreich) Pflichten anerkennen oder nicht, ob sie Teutschlands Feinde sein wollen oder nicht, ob sie länger zum teutschen Bunde gehören sollen, oder nicht!

Nun zum Schluß noch ein Wort von allgemeinerem Gesichtspunkte aus, an Fortschrittsfreunde in andern Stellungen.

Es ist eine Frage, ob der Fortschritt der Menschheit im Allgemeinen durch das Zurückbleiben eines einzelnen Staates beeinträchtiget werde; ob nicht die Thätigkeit

des Menschengeistes, wenn sie auf der einen Seite gehemmt wird, dieß Versäumniß dadurch einhole, daß sie auf der andern Seite unvermerkt und unbewußt Dinge schafft, welche bei späterem Anstoße den Fortschritt in den Hauptsachen um so schleuniger fördern; ob nicht, wenn die Kultur verhindert wird, hier oder da in hohe Spitzen aufzuschießen, dadurch ihre Stoffe mehr in die Breite gedrängt werden; ob nicht, wenn das eine Volk in seiner Kraftentwickelung zurückbleibt, die sich von selbst an die Hand gebende Benutzung dieses Zurückbleibens durch andere Völker, die letztern in der Ausgleichung zu Treibern oder Schleppern des zurückgebliebenen macht; ob nicht, wenn z. B. in Preußen die Volksherrschaft so lange niedergehalten wird, bis die Ansätze dazu sich auch in andern Ländern (Oesterreich, Rußland u. s. w.) gebildet haben, alsdann der preußische Durchbruch seine Verspätung durch das Weitgreifende seiner Wirkungen gut machen werde? Sehr wahrscheinlich sind diese Fragen sämmtlich mit Ja zu beantworten, und sind sie das, so wird Derjenige, welcher eine kalt-erhabene Stellung über der ganzen Menschheit einnimmt, sich damit beruhigen können, daß der Menschheit im Allgemeinen durch Unterdrückungen und Hemmungen nichts verloren gehe. Aber eine allgemeine Ausnahme dieser Ansicht in

der Ausführung würde eine philoſophiſche Thatloſigkeit ſchaffen, womit der Menſchheit eben ſo wenig gedient wäre, als mit der Ausſpinnung neuer Beglückungstheorien, über deren Verwirklichung Niemand eine beſtimmte Anſicht hat. Wie ſehr man alſo auch beſtrebt ſein muß, den höhern, allgemeinen Standpunkt feſtzuhalten, ſo kann und darf ſich doch Keiner der Aufgabe entziehen, an den beſondern Standpunkt, welcher ſeine und ſeines Volkes Eigenthümlichkeit einnimmt, ſeine werkthätigen Beſtrebungen anzuknüpfen, denn hierbei bietet ſich ihm Rüſtzeug dar, welches er anderwärts nicht finden wird. Schon aus dieſem Grunde möchte man es den vielen Kräften, welche ſich in Preußen und Teutſchland auf einen zu luftigen Standpunkt ſtellen, zum Vorwurf machen, daß ſie nicht mehr, als geſchieht, praktiſch Hand anlegen, um namentlich den preußiſchen Staat voran zu treiben. Auf die Gefahr, daß durch das vereinte Streben die Spitze der preußiſchen Kultur eine zu ausnahmsweiſe Höhe erreichen könnte, mag man es ſchon ankommen laſſen. Der Einfluß der preußiſchen Geiſtesbildung iſt zu groß, als daß man nicht gerade ſie vorzugsweiſe auf das Korn nehmen ſollte. Gelingt es, Preußen von ſeiner Sandbank loszubringen, und die Maſſe von Geiſt zu entfeſſeln, welche durch eine falſche Berechnung in die-

dem Staate hervorgerufen worden ist, und jetzt an der Polizeikette gefesselt liegt, so ist auch bei der jetzigen Wendung ein mächtiger Anstoß nicht bloß für ganz Deutschland, sondern für ganz Europa gegeben. Deßhalb sollte sich Alles auf Preußen werfen. Der Schreiber dieß bittet, in diesem Sinne auch seine schwachen Anstrengungen zu deuten, welche sich nicht verdrießen lassen werden, einen und denselben Gegenstand immer wieder in anderer Form zur Sprache zu bringen. Wenn man Breche schießen will, so darf man sich nicht mit Einer Kugel begnügen, und das Breschschießen in die bestehenden Festungen der alten Zeit ist bei Eroberung der neuen Zeit die Hauptsache.

Die Anstrengungen für den preußischen Fortschritt haben aber auch im Besondern und in der Nähe eine größere Aussicht auf ermuthigenden Erfolg, als irgend andere. Wie es auch im Vorhergehenden genugsam angedeutet worden, steht die bisherige preußische Politik, trotz allen romantischen und unromantischen Prahlereien, auf so schwachen Füßen, daß es mit ihrem Streben, eine Weltmacht im Parademarsch zu erobern, zu Ende gehen muß. Der Tod der preußischen Politik ist, daß man sie erkennt. Diese Erkenntniß aber muß und wird mit der Zeit eine allgemeine werden. Wer sich einigermaßen mit

Politik beschäftiget hat, dem muß die preußische, trotz allen ihren Masken, so klar auf der Hand liegen, wie ein Tropfen Wassers aus ihrem „freien, deutschen Rhein.“ Sie stemmt sich mit aller Anstrengung und aller Wuth noch gegen die Macht der Oeffentlichkeit, welche sie an's Licht zieht, und kein Polizeikunststückchen und kein Bureaumittelchen ist ihr zu kleinlich und lächerlich, um es zu ihrem Schutz zu verwenden. Aber Alles ist vergebens. Ihr System ist einmal die Zielscheibe geworden, und muß es immer mehr werden. Die Scheibe ist bereits so durchlöchert, daß weder Personen noch Dinge sich lange mehr hinter ihr verbergen können. Preußen kann sich der Untersuchung nicht mehr entziehen, trotz aller Polizei und aller Zensur; so bemächtige sich die Erörterung seiner ganz, und zerfasere dieses künstliche Gewebe, bis kein Faden seiner Täuschungen mehr halten will. Die preußische Politik ist im Innern gebrochen; ihre Vergangenheit liegt, trotz allen Verschleierungen, in ihrer Lüge, ihre Gegenwart, trotz allen Anstrengungen in ihrer Rathlosigkeit, vor Augen, und ihre Zukunft ist, trotz allen Vorkehrungen, in der Hand des Volkes. Nachdem einmal ihre Mittel erkannt sind, will keines mehr verfangen, nachdem sie einmal mit ihren Absichten durchschaut ist, eilt jeder ihrer Handlungen schon

die Berechnung des Mißtrauens voran, und untergräbt im Voraus die Wirkung. Man braucht nicht zu den blinden Umwälzungssanguinikern zu gehören, um einem allseitig so unterhöhlten und unnatürlichen Zustande, wie derjenige der preußischen Politik geworden ist, das Ende zu prophezeihen, und der Leichenstein dieser Politik wird ein bedeutungsvoller Titel für das Buch der teutschen Zukunft werden. Lacht, ihr brandenburgischen Sandjunker; wir werden später lachen!

Es liegt ein herrlicher Triumph für das geveinigte Rechtsgefühl und die unterdruckte Wahrheitsliebe darin, der widerrechtlichen und lügenhaften Gewalt den Weg der Verzweiflung vorzeichnen zu können, den sie gehen wird, gehen muß. Nicht mehr die theilnehmende Feierlichkeit der Kassandra (Kassandren werden immer verlacht), die verachtende „Siegesgewißheit“ der Nemesis sage es ihr.

Teutsche Revolution.

Gesammelte Flugschriften

von

A. Heinzen.

Bern.
Druck und Verlag von Jenni, Sohn.
1847.

Vorwort.

Die Veranlassung zur Herausgabe dieser Sammlung ist zunächst eine bloß polizeiliche. Man jagt mich wegen meiner Schriften seit mehreren Wochen wie ein wildes Thier umher und noch weiß ich nicht, wo diese Jagd ihr Ende finden wird. In dieser Ungewißheit fühle ich mich aufgefordert, von meiner Wirksamkeit im Ausland, namentlich in der Schweiz, Rechenschaft abzulegen, und ich thue es durch Herausgabe dieser Sammlung. Sie enthält, die Schrift über mein „Beamtenleben" abgerechnet, sämmtliche Flugschriften und pamphletartige Aufsätze, welche ich seit 1815 im Ausland habe drucken lassen. Hoffentlich sind sie nicht meine letzten. Für den Fall aber, daß meine Thätigkeit auf die eine oder andre Weise für längere Zeit unterbrochen werden sollte, mögen sie in ihrer Reproduktion die Lücke einiger Massen ausfüllen. *)

*) Für den Fall, daß ich in naher Zukunft zu einer Revision und Herausgabe meiner gesammelten Schriften kommen sollte, bittet die verlegende Sammlung den Sinn Dank.

Ich hoffe, diese Sammlung wird Manchen nicht ohne Interesse in die Hand nehmen. Sie liefert in ihrer chronologischen Zusammenstellung ein Bild der politischen Entwickelung eines Deutschen, der durch den Cosmopolitismus und die Freiheit zugleich gebildet wurde; sie bildet in ihrer Rücksichtslosigkeit einen angemessenen Gegensatz zu der gewissen Entschuldigungsrede meiner Landsleute; sie ist endlich in ihrem revolutionären Verlauf ein Spiegel der Zustände, durch welche sie hervorgerufen worden, so wie ein Vorbote der Zukunft, auf welche sie hinarbeiten hilft. Wer einst die Geschichte der deutschen Revolution zu schreiben haben wird, der wird diese Sammlung nicht bei Seite liegen lassen.

Die Entwickelung eines Menschen muß gewinnen durch die Vielseitigkeit der Einwirkungen, denen sie unterliegt, vorausgesetzt, daß er diese Einwirkungen durch ein festes Prinzip zu regeln weiß. Ich bin ein Deutscher, und ich bin es geblieben; aber indem ich die Sympathieen für den „nationalen" Wirkungskreis festhielt, in welchen mich der Zufall der Abstammung verwiesen hat, habe ich zugleich die Lehren, welche mir das Ausland gab, für meine „nationale" Thätigkeit benutzt und verarbeitet. Ich habe darum den Vorzug vor den deutschen Vaterlandsfreunden voraus, daß ich auf ihre Befangenheit aus einem freien Gesichtspunkt hinab-

schauen kann; zugleich aber habe ich vor den teutschen Radikalen den Vortheil voraus, daß ich meine Theorie in einer praktischen Schule zu bilden Gelegenheit hatte. Meine Schriften sind daher ein Produkt nicht bloß meiner Persönlichkeit, sondern auch des Lebens innerhalb und außerhalb meines Vaterlandes. Sie sind dadurch zugleich der Ausdruck fester und nothwendiger Grundsätze, welche nur die Verwirrtheit zensirter Loyalen oder die Taktik polizeilicher Abwehr als willkürliche Extravaganzen darstellen kann.

Erblickt in mir, ihr keuschen, zensirten Seelen zum ersten Mal einen Teutschen, der sein Herz ganz ausschüttet, der allem Grimm und aller Qual, welche ihr Andern in euch „hineinfressen" müßt, ohne irgend eine andere Rücksicht, als die Rücksicht auf die Wahrheit, Luft gemacht hat. Könnt ihr das Beispiel betrachten, ohne es nachzunahmen, ohne den Sargdeckel eures lebendig begrabenen Menschenthums zu sprengen? Den Vorwurf der Heuchelei, den Vorwurf der Feigheit, den Vorwurf der Halbheit, den Vorwurf der „Klugheit", den Vorwurf der Selbstentwürdigung — alle diese Vorwürfe, von denen Tausende sich bis an das Ende ihrer Tage müssen verzehren lassen, habe ich rein von mir abgethan. Sei, was du bist, und sei es ganz, oder — schieße dir eine Kugel vor den Kopf! Eine

andre Wahl kenne ich nicht für einen Menschen, dem der Stolz der Freiheit es unmöglich macht, sein Menschenbewußtsein, sein Recht und seine Würde der Nichtswürdigkeit feiger Gewaltmenschen zum Opfer zu bringen. Heraus, offen heraus mit Allem, was der Gedanke entwickelt und was im Herzen gährt! Das ist der Grundsatz, nach welchem ich gehandelt habe und handeln werde. Keine Verfolgung, keine Gewalt soll mich diesem Grundsatz untreu machen. Ich will ein Mensch, ein freier, offener, wahrer, ganzer Mensch sein, und als solcher mein volles Recht freier Geistesthätigkeit ausüben; ich will, ich muß die Probe darauf machen, was die Wahrheit wirken kann, wenn sie alle die Rücksichten wegwirft, welche sie bis jetzt entwürdigt haben. Seid dabei unbesorgt, ihr „gemäßigten" Feiglinge und ihr polizeilichen Kritiker, daß ich in pathetischer Haltlosigkeit mich überstürzen, oder durch lächerliche Phantasterei euch einen Triumph bereiten werde. Diesen Triumph haben euch schon viele halbtolle Schwärmer bereitet, die blos vom Pathos und von der Phantasie lebten. Ich versichere euch aber, ich habe einen Gesellen in mir, der sehr solider Natur ist und auch im wildesten Sturm politischer Leidenschaft das Steuer mit sicherer Hand dirigirt, und dieser Geselle heißt Humor. Einen Menschen mit gesundem Humor und gesundem

Willen ruinirt ihr nicht. Er ist an der rechten Seite eiskalt, während er an der linken glüht; er verliert den nüchternen Blick nicht, wenn auch der Zorn ihm die Augen rothet; er vergißt nicht, was er will, und er will es morgen wie heute und über zehn Jahre wie morgen; er läßt auch nicht los, wie oft ihr ihn auch abzuschütteln sucht, und er lacht euch aus, wenn ihr schon glaubtet, ihn vernichtet zu haben.

Spart euch daher auch die Mühe, durch polizeiliches Geschrei ihm und Anderen einbilden zu wollen, er habe etwas Unrechtes im Schilde geführt. Ihr guten Leute, wer weiß, was er will, und warum er es will, der hat einen andern Maßstab zur Hand, als euren polizeilichen, und der läßt sich sogar nicht irre führen durch die verzweifelte Kunstelei einer „Preuß. Allg. Zeitung", welche den kühnen Versuch gemacht hat, ob das Publikum mein Streben für Wahnsinn halten werde, weil sie kein Bedenken getragen, es durch exzerpirte Stellen auf ihre Weise zu charakterisiren. „Der Mensch will Revolution, wahrhaftig Revolution! Ja, er will Republik, wie unglaublich es auch klingen mag bei den geordneten Zuständen, deren wir uns erfreuen und bei der freien Verfassung, die uns beglückt!" Es ist in der That zum Verwundern, daß die Polizeiblätter nicht aus-

rufen: „Seht, der Mensch begeht das Unerhörte, uns frei und glücklich machen zu wollen! Entsetzlich! Man nehme sich ein Beispiel, wie weit die verbrecherische Vermessenheit dieser Wühler sich versirrt. Sogar Menschenglück und Freiheit suchen sie zu erringen. Man hüte sich, an solcher teuflischen Tendenz sich zu betheiligen, wenn man nicht dahin gelangen will, aus der Gesellschaft ehrbarer Leute ausgestoßen zu werden!" Nach den abgelegten Proben kann man sich auf solche Tiraden gefaßt halten. Glaubt ihr denn wirklich, ihr Heuchler, daß ihr durch solch' affektirtes Erstaunen einen vernünftigen Menschen über euer böses Gewissen täuschen und über den Gegenstand eures Erstaunens irre machen werdet? Freilich findet ihr in Deutschland noch Ermuthigung genug zu solchem Glauben, und wann ihr selbst „liberale" Blätter in ihrer Polizeiangst Tendenzen desavouiren seht, welchen weder ihre geheime Gesinnung noch ihr Verstand irgend etwas entgegen zu setzen hat und welche sie als den Hauptfeind auch des „gemäßigten" Fortschritts anerkennen müssen, so mögt ihr bei euern Heucheleien einiger Maßen zu entschuldigen sein: aber laßt euch wenigstens den Irrthum nehmen, daß ihr durch den verbrauchten Kniff des polizeilichen Erstaunens und des moralischen Brandrufens bei denen etwas ausrichten könntet, gegen welche

eure Taktik geriviret ist. Wir lachen euch aus nach wie vor, und halten fest an Revolution und Republik nach wie vor. So lang ihr uns nicht köpft, beseitigt ihr uns nicht, und solltet ihr sogar dazu gelangen, uns köpfen zu können, so wird noch auf dem Blocke unsre Zunge euch zurufen, daß ihr Schurken seid und daß euer Blut die Spuren des unsrigen abwaschen wird.

So wenig aber, wie ihr uns „schamlose" Revolutionäre irre führt, werdet ihr die Hauptverbrecherin, die schamlose Geschichte, irre führen, welche euch mit der Exekution unserer Ideen immer näher auf den Leib rückt. So sicher, wie wir wissen, daß im Mai die Blumen blühen, obschon wir jetzt noch hinter dem Ofen sitzen, so sicher wissen wir, daß euer Gewaltsystem in nicht ferner Zukunft gestürzt sein wird, obschon jetzt noch der Arm eurer Polizei über den halben Kontinent reicht. Beklagenswerthe Leute, deren ganzes Leben in der Bemühung aufgehen muß, sich vor dem Untergang zu bewahren! Ist nicht jedes Wort, das ihr sprecht, und jeder Schritt, den ihr thut, eine Manifestation jener verzweifelten Bemühung? Und ihr „feigen Memmen, welche das Bewußtsein ihres Verraths und ihres Meineids nie ruhig schlafen läßt", *)

*) Marie Louise.

ihr redet noch von Selbstvertrauen und von Festigkeit? Wahrlich, wenn ihr mit euren Anhängern allein uns gegenüberständet, wir würden uns kaum mehr die Mühe nehmen, euch anzugreifen; wir wissen aber, daß das irregeleitete und korrumpirte Volk willenlos euer mächtigster Bundesgenosse ist, und deßhalb sind wir bestrebt, dessen Köpfe aufzuklären und seine Gesinnung zu kräftigen. „Mit den Mächtigen, sagt Börne, muß man nicht sprechen, man muß sie erschrecken, denn die Angst ist ihre einzige Gerechtigkeit und die Furcht ihre ganze Moral.“ Das namentlich ist es, was wir den gutmüthigen und bedenklichen Teutschen begreiflich machen werden, und haben sie es einmal begriffen, so wird man euch „Mächtigen“ eben so gründlichen Unterricht in der „Moral“ geben wie in der „Gerechtigkeit.“

Indem ich Rechenschaft über meine Wirksamkeit im Ausland ablege, bin ich verpflichtet, auch den ökonomischen Punkt zu berühren. Der größte Theil der vorliegenden Broschüren ist erschienen, nachdem die Büreaukratie und Polizei mir selbst alle finanziellen Mittel zum Wirken abgeschnitten hatte. Meine Landsleute sind mir daher zu Hülfe gekommen und es sind mir bis jetzt etwa 2000 Gulden für meine Zwecke eingesandt worden, durch den Ertrag der Broschüren (Honorare und Verkauf

— eine Menge Buchhändler und Schelme —) sind nicht einmal die Druck-, Versendungs- und sonstigen Kosten aufgebracht worden. Jene 2000 Gulden haben also mich und meine Bestrebungen, trotz den Kosten der Flüchtlingsreisen, bisher auf den Beinen gehalten. Man ersehe hieraus, was sich mit geringen Mitteln ausrichten läßt. Mit der Hälfte des Geldes, das vom Volk für die Restauration des Kölnischen Mittelalters beigesteuert worden ist, wäre die ganze Reaktion in die Luft zu sprengen. Daß man den Verfolgungen derselben ökonomisch trotzen könne, ist das erste Erforderniß; Stützen für den moralischen Trotz brauchen wir weiter nicht. Aber „betteln" können wir jetzt nicht mehr! —

Bern, im Januar 1847.

R. Heinzen.

Ein Steckbrief.

I.

Mein Versprechen.

Einmal zum Gegenstand öffentlicher Besprechungen geworden und zwar durch den Kampf gegen eine Macht, die eben so wenig von einem Einzelnen als mit einem Schlage zu vernichten ist, trage ich um so weniger Bedenken, für meine Angelegenheit noch ferner die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch zu nehmen, da meine Erfahrungen für die Allgemeinheit nicht minder lehrreich und interessant sein werden, als für den Einzelnen. Zugleich wird sich ein unumwundenes Wort über Allgemeineres füglich damit verbinden lassen.

Meine Absicht ist gewesen, ein offenes, rechtliches, rechenschaftfertiges Handeln selbst der preußischen Büreaukratie gegenüber durchzuführen (so weit dergleichen ohne leichtsinnige Tollkühnheit zu unternehmen war), um ein weitgebietendes Unrecht durch die Macht des Rechts vor dem Forum des Publikums in ein anderes Geleise hinübertreiben zu helfen. Bin ich bei diesem Unternehmen zum Theil ein Thor gewesen, so soll wenigstens das Unrecht nicht auf Seiten der Thorheit gesucht werden. Was mir in jüngster Zeit begegnet ist, eignete sich nur dazu,

alle Berechnungen einer offenen Handlungsweise zu durchkreuzen. Es hat gezeigt, daß die Hauptthorheit darin besteht, der Schlechtigkeit gegenüber nicht genug Mißtrauen zu besitzen. Ich hatte mit Begeisterung einen Kampf begonnen, in welchem ich die Friedensvorschläge, das Herz der humanen Versöhnung zwischen den Gegensätzen der Zeit, unter dem kriegerischem Rocke trug. Man hat die Begeisterung mit dem ätzenden Wasser der Tücke begossen und das Herz der Humanität unter den Fuß der Gewalt treten wollen. Vom Unrecht der Gewalt erwartet man vergebens, daß es in irgend einer Sache sich selbst untreu werden könne; das Unrecht, in ein System gebracht, verfolgt seine Konsequenzen noch hartnäckiger, als das Recht, weil es einerseits keine humanen Rücksichten kennt und andrerseits sich der Gewißheit seiner Niederlage zu wohl bewußt ist, als daß es dem Angriff irgend ein Gebiet, selbst im Gerichtssaal, überlassen sollte. Das Unrecht muß das Recht zum Verbrechen machen, wo es in Konflikt mit demselben geräth, und kann ihm dieß Kunststück nicht vor der Oeffentlichkeit gelingen, so steht ihm bei der jetzigen Lage der Dinge noch immer die unschätzbare Hülfe der Heimlichkeit zu Gebot. Man hat meine offene Absicht, dem Recht und dem Unrecht eine spezielle Arena zu eröffnen, sträflich befunden; jetzt hat man mich heimlich in die Lage gebracht, die sträfliche Absicht nicht ausführen zu können. Diese zarte Besorgniß für mein Seelenheil hat mich denn wenigstens vor der Gefahr geschützt, in dem Schmutz zu versinken, den ich aufgerührt habe. Das Uebrige sei dem Forum überlassen, vor welches die Sache jetzt gebracht wird. Die Probe auf mein Exempel hat nicht gemacht werden dürfen, weil — das Exempel falsch oder richtig war? Die Oeffentlichkeit soll die Frage beantworten, die man in Berlin und Köln zu einer geheimen zu machen verstanden. Die Oeffentlichkeit soll es erfahren, wie die

Gewalt einen äußerlichen Triumph über mich erlangt hat, um innerlich eine um so schimpflichere Niederlage zu erleiden. Ich weiß sehr gut, daß meinen Richtern zu Köln mein Versprechen, mich ihnen unter Bedingungen zu stellen, keine Verfahrensnorm abgeben, daß es ihnen sogar gleichgültig sein konnte; aber mir ist es nicht gleichgültig, daß die Geschichte dieses Versprechens bekannt werde.

Nach der Ankunft meines Buches über die „Preußische Büreaukratie" in Köln wurde sofort der Prozeß gegen mich eingeleitet. Die Anklage, von meinem ordentlichen Gericht erhoben, lautete nach §. 151 des Landrechts auf „Erregung von Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung." Gegen diese Anklage, die auf ordentlichem Wege sich erhob und, mochte sie sonst begründet oder unbegründet befunden werden, sich wenigstens mit Fug auf ein entsprechendes Gesetz stützte, hatte ich vom Standpunkt eines preußischen „Unterthanen" aus natürlich keinen Protest einzulegen; eben so wenig hätte ich gegen eine etwaige Anklage auf wirkliche Majestätsbeleidigung, obschon die letztere sich aus meiner Schrift nimmermehr nachweisen ließ, oder auf irgend ein anderes vom Gesetz geschaffenes Vergehen eine Einwendung machen können, sofern sie von meinem ordentlichen Gericht ausging, gesetzlich auftreten konnte und auf rechtlichem, auf „ordentlichem und geradem" Weg ihren Verlauf hatte.

Das Urtheil von Juristen lautete dahin, daß der eingeleitete Prozeß in zwei bis drei Wochen beendigt sein könne, da die Instruktion die inkriminirte Handlung auf keinen Umwegen zu verfolgen hatte. Meine Handlung lag in der Schrift offen vor; weil sie offen vorlag, konnte sie auch sofort ganz übersehen werden; weil sie ganz übersehen werden konnte, wurde auch sofort die Anklage erhoben und konnte der Prozeß auch sofort zu Ende geführt werden. Durfte man erwarten, daß jener Anklage später noch eine zweite folgen

werde, die trotz ihrem geringeren Strafmaximum, in Bezug auf das Verfahren des Gerichts wie die Stellung des Angeklagten schwerer wog, als die erste? Konnte man der dienstfertigen, inquisitionsbegierigen Staatsanwaltschaft zumuthen, daß sie gerade für ein Vergehen blind sein sollte, für das sie sonst einen so staunenerregenden offiziösen Scharfblick hat? Sie verdient abgesetzt zu werden, wenn ihr erst von Berlin aus der Staar hat gestochen werden müssen. Ist es nicht sträflich, wenn die Anwaltschaft in jedem Prozeß dem Herrn Justizminister die Mühe macht, sich die Akten kommen zu lassen, damit der Herr die Verbrechen aufsuche, die der Blindheit des Dieners entgingen?

Nach dem Rheinischen Gerichtsverfahren mußte meine Sache, so lange es bei der ersten Anklage blieb, öffentlich verhandelt werden, öffentlich konnte ich mich vertheidigen, öffentlich mußte der Richter sein Urtheil sprechen und begründen!

Ein öffentliches Verfahren in einem politischen Prozeß in Preußen! In der Rheinprovinz! In Köln! Ein öffentliches Verfahren in dem Prozeß über ein Buch, welches die Heimlichkeiten Preußens ans Licht zu ziehen und auf die preußische Politik die moralische Probe zu machen bestimmt war! Man wird zugeben, daß es sich in dieser Sache um wichtige Dinge handelte und daß ich, als ich dieß erkannte, alle Ursache hatte, selbst auf der Erfüllung meines Versprechens, mich der erhobenen Klage vor dem Gericht gegenüberzustellen, so lang als möglich zu bestehen.

Aber was geschah? Mehrere Wochen nach der Einleitung des Prozesses wird plötzlich auf Berliner Inspiration eine zweite Anklage erhoben, eine Anklage, durch welche, wenn das Gericht sie zuließ, die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen wurde! Und welche Anklage! Man beurtheile sie zunächst aus folgendem Schreiben, welches ich nach Empfang der Nachricht, daß der Anklagesenat des

Appellhofes zu Köln die Klage zugelassen, zu meiner vollständigen Selbstberuhigung wegen der ferneren Schritte, wie zur Dokumentirung einer gewissenhaften Erwägung der Angelegenheit an mehrere Freunde und Bekannte in Brüssel richtete. Ich nenne unter ihnen als allgemein bekannten Namen A. Kretzigrath.

„Ich bitte Sie um die Entscheidung einer Frage, die für mich eben so wichtig ist, als sie für sich interessant sein dürfte.

„In der Vorrede zu meiner Schrift über die preußische Büreaukratie habe ich Folgendes erklärt:

„„Der Verfasser dieser Schrift erwartet keinen Vorwurf einer die Verhältnisse mißachtenden Unbesonnenheit; er will auch dem Recht sich nicht entziehen und erklärt sich nach ruhiger Ueberlegung bereit, jede rechtsgemäße Probe seiner Ueberzeugungen zu bestehen. Er sieht sich aber, durch die Erfahrungen Anderer gewitzigt, veranlaßt, gegen jedes, vom ordentlichen, geraden, gesetzlichen Weg abweichende, die freie Vertheidigung beeinträchtigende und die persönliche Sicherheit vor dem richterlichen Endurtheil antastende Verfahren von vorn herein als gegen eine rachsüchtige Barbarei und Gewaltthat zu protestiren.““

„Der Zweck dieser Erklärung liegt am Tage. Ich wollte ein Beispiel geben, daß man der Gewalt die Wahrheit sagen müsse, ohne sie zu scheuen, und ich hoffte zugleich, durch den Erfolg des zu erwartenden Prozesses darthun zu können, daß die Gewalt, trotz ihren bedenklichen Gesetzen zur Erdrückung oder Abschreckung der Wahrheit nicht ausreiche, wenn sie den „ordentlichen, geraden, gesetzlichen Weg“ nicht verlasse. Dem gemäß und auf die Wirkung jener Erklärung mich verlassend, beschloß ich, in Köln ruhig abzuwarten, was man gegen mich unternehmen werde.

„Am 11. November traf meine Schrift in Köln ein. Sofort erfolgte gerichtliche Haussuchung bei den dortigen

Buchhändlern und die Einleitung der Untersuchung gegen mich. Die gerichtliche Vorladung, welche ich am 13. erhielt, sprach sich gar nicht über das mir angeschuldigte Vergehen aus; erst durch den Steckbrief vom 16. November erfuhr ich offiziell,*) daß dasselbe (nach §. 151 des Landrechts) in „Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung" bestehen solle. Um die Zeit des Empfangs der gerichtlichen Vorladung wurde mir von mehreren Seiten versichert, daß es im Werke sei, mich nicht blos zu verhaften, sondern auch, mich nach Berlin zu transportiren. Diese Versicherungen, verbunden mit den Vorstellungen meiner Freunde über meine Verhältnisse als Versorger einer Familie u. s. w. bewogen mich, am 13. Abends, mich durch die Flucht nach Belgien vorläufig in Sicherheit zu bringen. Ob jene Versicherungen mit der Wirklichkeit übereinstimmten, weiß ich nicht; jedenfalls waren sie mir glaubhaft genug, um mich zu überzeugen, daß man die Verwahrung in meiner Vorrede nicht geachtet habe oder nicht achten werde. Da übrigens mein Wille, „mich dem Recht nicht zu entziehen," dadurch nicht alterirt wurde, so versprach ich, auf die citirte Vorrede verweisend und natürlich im Sinn und zur Wahrhaltung derselben, vor meiner Abreise dem Instruktionsrichter schriftlich auf mein Ehrenwort, daß ich mich dem erkennenden Richter jedenfalls, **) aber auch dem instruirenden sofort dann stellen werde, wenn man mir die amtliche Ver-

*) Während dieser Steckbrief vom 16. November 1843 nur von dem erwähnten Vergehen spricht, fügt der „Erscheinungsbefehl" derselben Oberprokuratur vom 14. Januar 1845 auch noch das zweite Vergehen hinzu, wovon unten die Rede sein wird.

**) Dieß „jedenfalls" deutet auf die Nichtmittheilung der Anklage in der Citation, so wie auf die Voraussicht hin, daß ich mich erst in zweiter Instanz einfinden würde.

sicherung gebe, daß meine persönliche Freiheit nicht vor der richterlichen Entscheidung werde gefährdet werden."

„Die Antwort auf dies Schreiben an den Instruktionsrichter war der erwähnte Steckbrief und die Anordnung aller möglichen Polizeimaßregeln zu meiner Habhaftwerdung."

„Der Steckbrief gab mir natürlich mein Ehrenwort zurück, indem er dasselbe für wirkungslos erklärte; dennoch wiederholte ich am 20. November von Verviers aus in einem Schreiben an den Oberprokurator Grundschöttel zu Köln, welcher den Steckbrief ausgestellt, die Versicherung, daß ich mein Ehrenwort nicht im Stich lassen und mein Urtheil persönlich empfangen werde, indem ich damals noch nicht die Möglichkeit annehmen konnte, daß man durch offene Rechtsverdrehungen mich mit meinem Vorsatz in Kollisien bringen werde. Es versteht sich von selbst, daß mein Wille und meine Versicherungen in Betreff meines persönlichen Erscheinens fortwährend nur im Sinn der Vorrede zu meiner Schrift sich auf die Unterstellung gründeten, es werde nicht vom „ordentlichen, geraden und gesetzlichen Wege" abgewichen werden, da ich eben so wenig mein Wort darauf geben konnte, mich z. B. von außerordentlichen Richtern und nach willkürlich geschaffenen Gesetzen richten, als mich etwa nach Botany-Bay oder nach Sibirien transportiren zu lassen. Ich konnte und wollte nur ein solchergestalt bedingtes Versprechen geben; fielen die Voraussetzungen, auf die es sich stützte, so mußte natürlich das Versprechen ebenfalls fallen und alsdann mein Erscheinen in mein Belieben gestellt sein.

„Nachdem ich in der Nähe der belgischen Grenze über einen Monat auf den Augenblick gewartet, wo die gerichtliche Verhandlung mir öffentlich Gelegenheit bieten würde, mit meinem Recht zugleich mein Versprechen zu behaupten,

erfahre ich plötzlich, daß man, von Berlin aus angewiesen, der Klage des öffentlichen Ministeriums zu Köln wegen „Erregung von Unzufriedenheit" nachträglich die fernere Klage wegen Majestätsbeleidigung hinzugefügt habe, aber nicht wegen einer direkten Beleidigung der regierenden „Majestät" durch Urtheile oder Aeußerungen über diese selbst, sondern wegen meiner Aeußerungen über den verstorbenen König, welche „mittelbar" auch den jetzt regierenden als „Sohn und Thronfolger" beleidigen sollen.

„Die Paragraphen des Landrechts, welche von Majestätsbeleidigung handeln, lauten folgendermaßen:

§. 196. „Wer das Oberhaupt des Staats in seiner Würde persönlich beleidigt, ohne daß dabei eine hoch- oder landesverrätherische Absicht erhellte, der begeht das Verbrechen der beleidigten Majestät."

§. 199. „Wer sich des Verbrechens der beleidigten Majestät durch ehrenrührige Anmaßungen des Oberhaupts im Staate mit Worten, Schriften, oder andern feindlichen Darstellungen schuldig macht, der hat zwei- bis vierjährige Zuchthaus- oder Festungsstrafe verwirkt."

§. 200. „Auch haben andere dergleichen boshafte, die Ehrfurcht gegen den Landesherrn verletzende Aeußerungen über — die Person und Handlungen Desselben sollen mit Gefängniß- oder Festungsstrafe auf sechs Monate bis zu einem Jahr geahndet werden."

„Die gegen mich nachträglich erhobene Anklage wegen „mittelbarer" Majestätsbeleidigung ist genutzt auf den verstehenden §. 200. Ich soll also durch Aeußerungen über den verstorbenen „Landesherrn" gegen ein Gesetz gefehlt haben, welches mit den unzweideutigsten, klarsten, unverdrehbarsten, zwingendsten Worten nur von dem regierenden redet. Es ist hiernach nicht mehr einzusehen, warum freie Urtheile über den großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich II., Friedrich Wilhelm II. nicht

eben so gut zu „mittelbaren" Majestätsbeleidigungen gestempelt werden können, als Aeußerungen über Friedrich Wilhelm III. Abgesehen davon, daß ich diesen Friedrich Wilhelm III. auf das schonenste behandelt und mit keiner Silbe geschmäht habe, ist es ein unerhörtes Verfahren, einen Menschen vor Gericht zu stellen, wegen eines Vergehens, das nur durch die Anklage geschaffen wird, und dabei sich auf ein Gesetz zu stützen, welches der Anklage geradezu widerstreitet.

„Es ist keine größere Beleidigung eines Richters zu denken, als die Furcht, daß er auf eine solche Anklage ein Schuldig aussprechen werde. In dieser Beziehung konnte ich daher nur über dieselbe lachen, so lang ich nicht Erfahrungen machte, welche mir eine durchaus ungünstige Vorstellung von meinen Richtern aufdrängten. Es kam zunächst auf die Annahme der Klage durch das Gericht zu Köln an. Die Folge dieser Annahme war von der einen Seite, einer Kabinetsordre über derartige Fälle gemäß, Ausschließung der Oeffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlung, und von der andern Seite für mich die begründetste Voraussetzung, daß ein Gericht, welches eine dem Gesetz so offenbar widerstreitende Klage zuzulassen im Stande sei, auch darauf eine Verurtheilung auszusprechen kein Bedenken tragen werde. Doch abgesehen von dieser Verurtheilung (da nicht die Folgen, sondern nur die Rechtmäßigkeit des Verfahrens für mich maßgebend sein dürfen), kommt es in Bezug auf meine Person auf die Frage an, ob nach der Zulassung jener gesetzwidrigen Klage meine Verbindlichkeit zur Erfüllung des gegebenen Versprechens fortbestehen bleibt oder nicht.

„Die Zulassung der Klage ist jetzt wirklich erfolgt und es giebt gegen diesen Streich kein Rechtsmittel mehr. Die Rathskammer des Kölner Landgerichts hatte sie in erster Instanz abgewiesen. Der Prokurator appel-

lirte gegen dieſe Abweiſung. Mein Advokat reichte beim Appellſenat eine Schrift ein, worin er darthat, daß die gedachte mittelbare Majeſtätsbeleidigung nicht exiſtire und geſetzlich nicht exiſtiren könne. Das öffentliche Miniſterium beim Appellhof war derſelben Anſicht und trug auf Verwerfung der Klage an. Dennoch hat der Appellſenat ſie zugelaſſen und ſomit — die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeſchloſſen.

„Die Frage, die ich jetzt an Sie als Männer und als Freunde richte, iſt die, ob ich nach dem Vorangeführten als Mann von Ehre noch verpflichtet bin, mich aus Rückſicht auf mein Verſprechen meinen Richtern zu ſtellen, oder nicht?“

Brüſſel, den 21. Januar 1845.

K. H.

Die Antwort auf dies Schreiben lautet:

„Die nicht zu bezweifelnde Richtigkeit der uns in Ihrem Schreiben vom 21. Januar mitgetheilten Fakten angenommen, ſind wir einſtimmig der Meinung, daß Sie nicht verpflichtet ſind, Ihr bedingungsweiſe gegebenes Wort zu halten, und zwar:

„1. weil man es Ihnen durch einen Steckbrief „beantwortet und dadurch von vorn herein abgewieſen;

„2. weil ganz abgeſehen hiervon, durch die gegen Sie „nachträglich erhobene zweite Klage und deren Folgen die Vor„ausſetzungen zerſtört ſind, unter welchen Sie Ihrer Vor„rede gemäß Ihr Verſprechen gegeben haben, indem

„a. jene Klage Sie auf eine nicht „ordentlich“ und „„gerade“ zu nennende Weiſe in Ihrer Vertheidigung „lähmt und

„b. dies Resultat erlangt durch Aufstellung einer noch „weniger „gesetzlich" zu nennenden Verbrechens-Katego„rie, welcher vielmehr das citirte Gesetz offen und un„zweideutig widerstrebt."

„Unter diesen Umständen sind Sie, unserer oben ausgesprochenen Ansicht nach, nicht nur nicht verpflichtet, das gegebene Versprechen zu erfüllen, sondern würden vielmehr durch solche Erfüllung die Pflichten gegen sich und die Ihrigen, wie nicht minder gegen Ihr Vaterland unnützer Weise verletzen, da Sie nach der von dem Gericht zu Köln gegebenen Probe sich auf kein wirkliches Recht mehr Hoffnung zu machen haben."

Brüssel, den 22. Januar 1845.

(Folgen die Unterschriften.)

Diese Beantwortung meines Schreibens bestätigt gleich allen sonst mir zukommenden Urtheilen meine Ueberzeugung, daß ich durch das Verfahren des Kölnischen Gerichts meines Versprechens, mich demselben zu stellen, völlig entbunden bin.

Es entsteht jetzt für mich die Frage, ob ich nicht dennoch der Sache und mir schuldig sei, nach Köln zurückzukehren?

Ich habe mir diese Frage gestellt, sie mit andern besprochen und sie endlich mit einem entschiedenen Nein beantworten müssen, weil ich unter den gegenwärtigen Umständen durch meine Rückkehr der Allgemeinheit nichts nützen und mich mit den Meinigen nutzlos zu Grunde richten, überdies auch eine Inkonsequenz gegen meine erklärten Vorsätze begehen würde. Nachdem man einmal meine Sache von einer Seite auf- und angefaßt hat, daß man kein Bedenken getragen, darin nachträglich unter tückischen Anzeichen (nicht einen Blick in die Akten hat man meinem Advokaten gestattet) gegen den klaren Buch-

haben des Geſetzes ein neues Verbrechen aufzuſtellen, ſchützt mich auch nichts mehr vor der nah liegenden Konſequenz, daß man mich dieſes neugeſchaffenen Verbrechens in heimlicher Verhandlung für ſchuldig erklären, mich ſodann nach preußiſcher Deutungsweiſe wegen des Mangels „patriotiſcher Geſinnungen" der glorreichen „Nationalkokarde" und mit ihr meiner ſchützenden Qualität als Landwehroffizier, die mir wenigſtens Feſtungsarreſt ſicherte, berauben, mich „geſetzlich" in eine Strafſektion oder eine andere Anſtalt der Humanität unter die gemeinſten Verbrecher plaziren und durch den Konflikt mit der Gefängnißjuſtiz auf den ſichern Weg entweder zum Schaffot *) oder zum Kirchhof bringen werde. Warum? Weil ich die fatalſte Wahrheit Preußens aufgefriſcht, weil ich ſie in einer Weiſe geſagt habe, daß die ſtolze, bajonnetenreiche Gewalt gezwungen iſt, entweder ſie zu reſpektiren, oder mit dem Brandmal der Schurkerei an der Stirne ſich vor dem Blick des geringſten, ehrlichen „Unterthan" zu verbergen. Einem gegen dieſe Wahrheit einmal in's Werk geſetzten Verfahren iſt jedes Mittel recht. Ein Verfahren, welches angebliche Beleidigungen der Todten unter das Geſetz über die Beleidigungen gegen die Lebendigen zu bringen verſteht, wird auch nicht viel Mittel aufzuwenden haben, um die Lebendigen zu den Todten zu bringen. Wer bürgt mir nach dem Geſchehenen dafür, daß man nicht, ſelbſt wenn ich nur wegen des erſten Vergehens verurtheilt werde, nach meinem Strafantritt mir mit bewährter Erfindungsgabe ein neues Verbrechen anſinnt? Wer

*) Mein Advokat war der Meinung, daß mein Karakter ſich dem Gefängnißverfahren, wie er es kannte, nicht fügen, ſondern mich in Konflikte bringen werde, die mit dem Schlimmſten endigen.

bürgt mir nach dem Geſchehenen dafür, daß man nicht, ſelbſt wenn ich gänzlich freigeſprochen werde, den Freigeſprochenen einkerkert und die Schuld in einer endloſen Unterſuchung nachträglich darzuthun ſucht? Wer bürgt mir nach dem Geſchehenen noch dafür, daß man nicht die Gerüchte verwirklicht, die über das mir zugedachte Schickſal kurſiren? Nach dem Geſchehenen habe ich in Preußen keinen Muth des Rechts und kein Vertrauen auf die Gerichte mehr; nach dem Geſchehenen darf ich nur noch Furcht haben. Nach dem Geſchehenen dürfte ich mich ſelbſt mit einem preußiſchen Miniſterialpaß nicht mehr in Preußen blicken laſſen. Nach dem Geſchehenen ſchwebt mir das Loos des edlen Mannes vor Augen, den ein nichtswürdiger Mätreſſenknecht ſeiner beleidigten Erbärmlichkeit in endloſen Martern durch eben ſo erbärmliche Schergen opfern läßt. Nach dem Geſchehenen ſchlägt mir das Herz in ſibiriſchen Weiſen: nach dem Geſchehenen wittere ich nur Verrath und träume von Tücke. Nach dem Geſchehenen mußte ich auf Alles gefaßt ſein, denn das Unrecht der Gewalt, wenn es einmal aus der Verſchleierung der Heuchelei ſcheulos hervorzutreten wagt, ſucht ſeine einzige Rettung in grauſamer Konſequenz, eine Konſequenz, die einem Volk gegenüber den Hals bricht, den Einzelnen aber vernichtet. Wollte ich trotz dem Geſchehenen durch Feſthaltung meines Verſprechens und durch eine energiſche Vertheidigung vor dem geheimen Tribunal das Unrecht der Gegner forciren, man würde mich unfehlbar der Rache ſeines bedrängten Gewiſſens zum Opfer bringen und mit ſeinem Opfer zugleich ſeine Schuld zu beſeitigen trachten. Man hat mir jetzt ſo viel Unterricht in der büreaukratiſchen Pſychologie gegeben, daß ich unbeſcheiden genug geworden bin, mit dem Erlernten ſogar bis in den letzten Hintergrund des preußiſchen Inquiſitions- und Kaſemattenverfahrens vorzudringen.

Vielbeneidetes Rheinland, ich gratulire dir zu deinem Gerichtswesen und stimme in das bekannte Lob über die Unabhängigkeit der preußischen Richter ein. Ist es etwa ein Karnevalswitz, daß Menschen, die dem letzten Rechte der Bürger auf so schamlose Weise Gewalt anthun, die „Erregung von Unzufriedenheit" noch bei Andern suchen?

Ich habe mein Versprechen öffentlich gegeben; ich nehme es öffentlich zurück. Ich will Wort gehalten wissen und halte es selbst, wo ich dazu verpflichtet bin. Aber ein Narr des gegebenen Worts werden und das Wort halten zur Komödie herabwürdigen lassen, das kann ich doch nicht. Ich kann mich nicht nutzlos zum geopferten Helden solcher Komödie machen und denen gegenüber auf dem gegebenen Wort bestehen, denen es nicht um die Erfüllung desselben zu thun war, die es zurückstoßen und die Bedingungen vernichten, unter welchen es gegeben worden. Ich kann nicht ohne Verpflichtung ein persönliches Beispiel geben wollen, wo dasselbe nicht mehr zur Ermuthigung dienen, sondern nur zur Entmuthigung Gelegenheit bieten würde. Ich kann mich nicht mit Gewalt in das Faß des Regulus drängen wollen, bloß um an dessen Nägeln zu verbluten. Ich kann nicht selbst einen Römer übertreffen wollen, wenn meine Gegner nicht einmal Karthager sind!

Preußen, lebe wohl! Das Schiff meiner Rückkehr steht jetzt in Flammen. Ich werde mir eine andere Heimath suchen und muß die Zahl deiner verbannten Söhne vermehren helfen. Ein Jahr Gefängniß wäre ein geringer Preis, um die Rückkehr in das Vaterland zu erkaufen. Aber da ist für mich kein Vaterland mehr, wo der Ekel vor Sklaverei und Schurkerei mein steter Begleiter sein würde. Selbst gänzliche Freisprechung soll mich nicht mehr zurückrufen: die preußische Polizeiluft, von den Fluchseufzern der Freien und den Angstseufzern der Sklaven geschwängert, ist mir jetzt völlig unerträglich

geworden. Lebe wohl, glückliches Preußen, mit deinem heimlichen Gerichtsverfahren; lebe wohl mit deinem höllischen Landrecht und deinen mittelbaren und unmittelbaren Majestätsbeleidigungen; lebe wohl mit deiner Zensur und Polizei; lebe wohl mit deiner unromantischen Büreaukratie und deinem romantischen Despotismus; lebe wohl mit deinen Geheimnissen, deinen Knechtschaftskünsten, deinen Heucheleien und übertünchten Schurkereien ohne Maß und ohne Ende!

Mein teutsches Vaterland, lebe wohl! Ein künftiges, hoffentlich ein freies! Ich hoffe dir stets beweisen zu können, daß ich ein treuer Sohn meiner Mutter bin, und daß ich als solcher deine Schurken so wenig vergesse wie dich.

II.

Abschiedswort an den würdigen Anklage-Senat des Appellhofs zu Köln.

Meine Herren! Sie waren bestimmt, mich zu richten; Ihre Bescheidenheit hat die Rollen vertauscht und mich berufen, Sie zu richten. Wohlan, ich werde Sie richten, wie Sie es verdienen.

Meine Herren! Ich habe Vertrauen zu den rheinischen Richtern gehabt; Sie haben mir dieß Vertrauen genommen und, so weit Sie zu diesen Richtern gehören, mir Verachtung an die Stelle gegeben.

Meine Herren! Sie haben die Justiz gebrandmarkt, Sie haben den Richterstand und das ganze Rheinland beschimpft. Sie hatten den höchsten Triumph der unabhängigen Justiz in der Hand und Sie haben den Triumph in eine Schande verwandelt. Sie konnten den Richterstuhl über Königsthrone und Ministersessel erheben und Sie haben ihn zum Fußschemel der Gewalt erniedrigt. Ich schütte das vollste Füllhorn der Schmach über Ihre

Häupter aus. Könnte Ihr Verfahren seine Stützen in das Gebiet hineinstellen, welches dem richterlichen Ermessen von Rechtswegen überlassen bleiben muß, so würde ich schweigen; aber Ihr Verfahren mit seinen unzweideutigen Absichten rennt schnurstracks alles Recht und Gesetz über den Haufen und würde seine Natur selbst dem Urtheil eines Kindes nicht verbergen können. Sie haben gegen Ihre Ueberzeugung geurtheilt, wenn man nicht geradezu temperairen Wahnsinn bei Ihnen supponiren soll, und dieß Urtheil mag Ihnen auf der Seele brennen. Nach der abgelegten Probe nehme ich es als gewiß an, daß Sie in einem wichtigeren Fall kein Bedenken tragen würden, sich den Richtern des Generals Prim an die Seite zu setzen.

Meine Herren! Sie hatten die schönste Aufgabe, die jemals einem preußischen Richter übertragen worden ist. Sie hatten die unschätzbare Gelegenheit, nicht bloß die Vorzüge eines offenen Gerichtsverfahrens in einer seltenen Probe sich bewähren zu lassen, sondern auch unter dem Schutz des Gesetzes und der Gerechtigkeit die Sünden der Großen offen vor dem Volk auf die Waage legen zu lassen, so daß sie gemahnt und belehrt wurden, es gebe noch einen Hort für das Recht und die Wahrheit und es gebe auch innerhalb der Staatseinrichtungen noch eine Macht, die höher stehe, als die Gewalt der Polizei und der Bajonnete. Diese Aufgabe und diese Gelegenheit haben Sie mit Füßen getreten, und Ihre Feigheit hat den Vorhang des Geheimnisses vor das Tribunal gezogen, um den zu verderben, der Ihnen jene Gelegenheit bereitet hatte. Zwar wußte ich von vorn herein, daß ich einer Politik gegenüber stand, bei welcher nach dem Zeugniß der äußern wie der innern Geschichte der scheinheilige Jesuitismus, die gleißnerische Tücke, der feige Verrath und die perfide Gewaltthätigkeit stets zu Hause waren; aber ich hatte

doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß in unserm die Gradheit liebenden Rheinland trotz allen Berliner Korruptionen wenigstens das Gewissen des Richterstandes noch eine Zufluchtsstätte für die wahrheitliebende Offenheit und die Gradheit des Rechts bewahrt habe. Sie haben es verstanden, mich und die Welt über diese Zufluchtsstätte zu belehren. Ihr feiger Arm hat in die Waage der Themis den Dolch der Tücke geworfen; Ihr Servilismus hat die natürlichen und berufenen Vertreter des öffentlichen Gerichtsverfahrens selbst der Verachtung derer überliefert, deren Rechtssinn man in den finstern Gelassen des heimlichen Verfahrens zum Krüppel aufzuerziehen sucht. Ein geheimes Gericht in Ostpreußen hat den Ueberzeugungsmuth gehabt, einen Mann freizusprechen, der zur Zeit von der Gewalt vielleicht mit noch feindlicheren Augen angesehen wurde, als ich, und — Rheinische Richter sind feige genug, durch wahre Gewaltthat gegen das Gesetz mich um die ersten Garantieen eines unparteiischen Urtheils zu betrügen. Verdienen solche Männer die Ehre, auch nur dem Scheine nach, noch länger zu den Vertretern jenes Restes von Liberalität zu zählen, den die lichtscheue Inquisitions-Politik der Berliner Zaarendiener dem geschändeten Rheinischen Gerichtswesen noch gelassen hat?

Meine Herren! Sie haben durch die gewissenlose Zulassung der unsinnigen Anklage auf mittelbare Majestätsbeleidigung mir ein neues Vergehen angerichtet, um die alten Vergehen Anderer dem Licht zu entziehen. Die Bestimmungen des Landrechts, welche von Majestätsbeleidigung handeln, bezeichnen dieselbe ausdrücklich nur als direkte „persönliche" Beleidigungen des lebenden Regenten. Der §. 180 sagt: „wer das Oberhaupt des Staats in seiner Würde persönlich beleidigt, der begeht das Verbrechen der beleidigten Majestät;" der §. 200, auf dessen Grund Sie mich zum Verbrecher machen!

wollten, redet nur von „beobachten, die Ehrfurcht gegen den Landesherrn verletzenden Aeußerungen über die Personen und Handlungen desselben“ *). Ich frage Sie, wenn eine Aeußerung nach anderer Seite hin durch „mittelbare“ Ueberführung auf die „Majestät“ zur Majestätsbeleidigung gemacht werden kann, ob dann noch irgend eine Aeußerung in der Welt vor dieser Deutung sicher ist, sobald Ihr verdammter Serviliemus supponiren darf, daß der Geschmack, oder die Laune, oder das Gewissen, oder meinetwegen die Schwachköpfigkeit einer preußischen Majestät dadurch Unbehagen empfinden könnte? Ich frage Sie ferner, ob der verstorbene König, durch dessen Beurtheilung ich den jetzigen soll „beleidigt“ haben, ich frage Sie, ob der Mann, den man vor vier Jahren in Berlin begraben hat, noch das „Oberhaupt des Staats“ und der „Landesherr,“ und als solcher etwa „mittelbar“ in den jetzigen übergegangen ist? Wohlan, wenn dies majestätliche oder landesherrliche Einschachtelungssystem Propaganda macht, so ist auch der früher begrabene Ahn jenes begrabenen Mannes, so ist auch derjenige noch der „Landesherr,“ welcher den „Antimachiavell“ geschrieben und die Lehre widerlegt hat, daß ein Fürst nicht an sein Versprechen gebunden sei. Warum nehmen Sie den „Landesherrn“ in Schutz, der diese Lehre bestätigt, und nicht denjenigen, welcher sie verdammt hat? Glaubt Ihr blinder Scharfsinn wirklich die preußische Geschichte heilig sprechen zu können, wenn er die zu Majestätsverbrechen stempelt, welche die lügnerischen Grabsteine von dem historischen Kirchhof aufzuheben wagen? Glauben Sie wirk

*) Diese entscheidenden Worte „über die Personen und Handlungen desselben“ hat man in der Citation ausgelassen, während der §. 151, welcher über die „Erregung von Unzufriedenheit“ handelt, vollständig darin wiedergegeben ist. Jene Auslassung ist sprechend genug.

lich, das seit einigen Jahren so eifrig betriebene Geschäft unterstützen zu können, welches darauf ausgeht, dem verblichenen Glanz des faulen Absolutismus durch Vertuschung und Verkleisterung der frühern Sünden eine neue Folie zu bereiten? Wußten Sie nicht, daß es Schulden und Sünden giebt, die selbst unter richterlichem Schutz niemals verjähren können, und die um so lauter mahnen müssen, je länger sie ungetilgt bleiben? Fast bin ich versucht, Sie als Mitarbeiter an dem dummschlauen, von dem Landtag abgewiesenen Strafgesetzentwurf anzusehen, welcher, so viel ich mich erinnere, eine besondere Bestimmung zum Schutz der verstorbenen Majestäten und ihres Bluts enthielt, eine Bestimmung, die nur von der Furcht vor den Mahnungen an 1813 und von dem bösen Gewissen der preußischen Regenten, Prinzen und Büreaukraten Geschichte diktirt sein konnte. Mein Buch kam dieser Bestimmung in einem Hauptpunkte zuvor, ehe sie Gesetz werden konnte. Das hat man in Berlin schmerzlich bedauert und nun suchen Sie die Bestimmung durch das Landrecht des vorigen Jahrhunderts zu ersetzen. Man hat in Preußen sehr oft Gelegenheit, etwas zu bewundern, was sehr groß ist, nämlich die „Pfiffigkeit;" aber es giebt in Preußen auch etwas, das noch größer ist, als diese „Pfiffigkeit," nämlich die — Dummheit. Diese Dummheit wird nicht eher, als bis sie zu Grunde gegangen, begreifen lernen, daß die größte Klugheit die — Ehrlichkeit ist.

Meine Herren! Ihr Scharfsinn hat das Geheimniß entdeckt, die ganze preußische Geschichte unter den Schutz des §. 280 des Landrechts zu stellen. Mit Ihrem Scharfsinn ist es ein Leichtes, sogar ein Bonmot über Adam im Paradiese zu einer „mittelbaren" Beleidigung der Preußischen Majestät zu machen, denn Adam hat ohne allen Zweifel Hohenzollerisch gesprochen und ist jeden Falls nur

auf die Welt geſetzt worden, um „mittelbar" die preußiſche Majeſtät zu produziren. Unter Ihrem Scharfſinn, der die Lebenden an die Stelle der Todten und die Todten an die Stelle der Lebenden zu ſetzen verſteht, hat kein Ausdruck der Sprache mehr ein Recht auf ſeine Bedeutung, denn Sie werden alle Bedeutungen nach allen Seiten hin zu vertauſchen wiſſen. Unter Ihrem Scharfſinn iſt der Mann nicht mehr ſicher, den Geſetzen über das Weib, der Vater nicht mehr ſicher, den Geſetzen über den Sohn, der Kaufer nicht mehr ſicher, den Geſetzen über den Verkäufer zu entgehen, denn die Mittelbarkeit iſt das Band, wodurch ſich die ganze Welt zuſammenfädeln läßt. Unter dem Meſſer Ihres Scharfſinns verblutet auf höheres Geheiß die Unſchuld ſo gut wie die Schuld, denn ſelbſt die Unſchuld und die Schuld laſſen ſich „mittelbar" zuſammenkoppeln.

Meine Herren! Sie glauben einen klugen Streich zu machen und Sie haben Ihrer lebenden wie Ihrer todten Majeſtät einen ſchlechten Dienſt geleiſtet. Zunächſt haben Sie auf gewaltſame Weiſe die große Zahl der Majeſtätsbeleidigungen vermehrt, an welchen auffallender Weiſe Preußen reicher iſt, als irgend ein Land der Erde, ſo daß man fragen muß, ob die Schuld an der Kaprice der Beleidiger oder an den beſondern Eigenſchaften der Majeſtät, oder an denen liegt, welche „mittelbar" beide zuſammenfahren. Sie haben die Verlegenheit erhöht, in die man durch alle die Majeſtätsbeleidigungen gerathen muß, ſo daß man ſich ihrer durch einen abgenöthigten Akt der Amneſtie wird entledigen müſſen, eine Amneſtie, von welcher hoffentlich wenigſtens kein Flüchtling unter dem jetzigen Syſtem Gebrauch machen wird. Sodann haben Sie durch Ihr Urtheil, „mittelbar" und offiziel erklärt und feſtgeſtellt, daß der Grundſatz des Wortbaltens eine Beleidigung für die preußiſchen Majeſtäten iſt und daß ſich trotzdem auf die lebende die fatale Makel des nicht erfüllten Worts der

toten „mittelbar" fortgeerbt hat. Wenn ich nun auch nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts, wonach man mit den Activis auch die Passiva übernimmt, in Bezug auf jenes Forterben völlig mit Ihnen einverstanden bin, obschon man die große Passivverbschaft durch schöne Worte und despotische Machtsprüche auf alle Weise zu kachiren versucht hat, so habe ich, der ich mich als einen Republikaner denunzirt, es doch noch besser mit Ihren Majestäten gemeint, als Ihr kurzsichtiger loyaler Servilismus und die Schlauheit derer, welche Sie inspirirt haben, denn ich habe noch den Weg anzubahnen gesucht, auf welchem durch nachträgliche Erfüllung des zur Zeit so prahlerisch verkündeten und später so kläglich im Stich gelassenen „königlichen Worts" die durch Unredlichkeit rathlos gewordene preußische Politik in eine rechtliche Bahn wieder eingelenkt werden konnte.

Wenn auch von der preußischen Komödianten-, Jesuiten- und Finten-Politik eine aufrichtige und freiwillige Bekehrung im Grunde nicht erwartet werden durfte, da diese mit der Zeit von jedem Kinde bis in die Nieren durchschaute Politik immer noch an die Wirksamkeit ihrer schändlichen Spiegelfechtereien zu glauben scheint, so hatte ich meinerseits wenigstens die Möglichkeit jener Bekehrung offen gelassen, die Sie jetzt, „mittelbar" auf offizielle Weise zu schließen sich bestrebt haben. Ihr Verfahren spricht es „mittelbar" aus, daß auch jetzt, nachdem die Schulden der Regierung auf dem moralischen Konto vorgerechnet worden, eine Tilgung derselben nicht stattfinden soll. Sie haben „mittelbar" einen gerichtlichen Sanktionsakt über den königlichen" Wortbruch gemacht. Es fehlt bloß noch eine unmittelbare Erklärung, etwa in einem Landtagsabschied, über diesen Punkt, so soll jeder preußische „Unterthan," Beamte und Soldat seines Eides für entbunden erklärt sein, denn wenn die Versprechen einmal von Regierungs-

wegen als ungültig dargethan worden, so sind es auch die Eide, die nichts Anderes sind, als Versprechen mit Förmlichkeiten. Es ist nur zu hoffen, daß die Landtagsdeputirten endlich die Verfassungssache beim rechten Ende anzufassen und den moralischen Rechtspunkt derselben zum Eklat zu bringen den Muth haben werden. Die Zeit hat der Menschheit mit ihren Ideen schon so weit vorgearbeitet, daß es sogar den Deputirten der geheimen Landtage endlich lächerlich vorkommen muß, noch länger wie die Kinder mit Petitionen und Abschieden über Dinge Fangball zu spielen, über die das Volk schon vor dreißig Jahren hätte hinweg sein sollen. Es ist ein wahrer Rechtsskandal, daß jetzt noch immer im Ton der armen Sünder um zollweise Annäherung an einen Punkt gebettelt werden soll, bis zu welchem man schon vor dreißig Jahren mit einem einzigen Schritt vorzuschreiten sich verpflichtet fühlte. Es ist empörend, daß das Volk noch am Spieß der Gnade um Dinge zappelt, die vor dreißig Jahren selbst der Zähigkeit der Pflicht zu geringfügig erschienen. Die Schuld von 1815 und zwar mit dreißigjährigen Zinsen, nicht ohne diese, muß in kürzester Zeit abgetragen sein, sonst sagen wir: ein Lügner ist ein Lügner und ein Schurke ist ein Schurke, und hätte er seinen Sitz zwischen Donner und Blitzen aufgeschlagen. In diesem Sinne müssen die Landtage zu sprechen beginnen, wenn ihre Wirksamkeit nicht ein Possenspiel bleiben soll. Das nicht erfüllte „königliche Wort" ist ein Hebel, womit sich das ganze reaktionäre System aus den Angeln heben läßt, wenn er richtig angesetzt wird. Es sei ein „ceterum censeo" gegen das neue Karthago. Im Jahr 1815 noch um Nennung der Deputirtennamen und derartige Spottkonzessionen petitioniren, das ist wahre Selbstverhöhnung, insbesondere wenn man es in dem hergebrachten, sich selbst bescheidenden Tone thut, wodurch man in der Petition selbst verräth, daß man auf deren Gewäh-

rung nicht einmal Rechnung mache. Das teutsche Petitionswesen ist ein wahres Hundegewedel und es trieft immer von unendlichem Vertrauen, während es auf gar nichts vertraut und vertrauen kann. Mögen die Landtagsdeputirten zeigen, daß sie keine politischen Kinder mehr sind, und sollten auch ihre Berathungen unter die Kanonen der Festungen versetzt und ganze Provinzen mit dem unerhörten Unglück bedroht werden, in ganzen acht Tagen keinen Orden zu erhalten. Die Landtagsdeputirten mögen die ganze Last der Verantwortlichkeit erwägen, die auf ihnen ruht, wenn man mit der Zeit, durch die Noth gedrängt, ihnen vielleicht eine Bunsensche, Arnimsche oder gar Metternichsche Scheinverfassung nebst einer durch landrechtliche Schaffotte umstellten Preßfreiheit zur Beschwichtigung aufzutischen beliebt. Ohne den moralischen Zwang des Volks und seiner Vertreter ist von Berlin niemals etwas Wahres zu erwarten, mögen die servilen Lügenblätter davon schwatzen soviel sie wollen. Etwas Wahres aber muß erlangt werden. Nachdem man so lange Zeit Alles verweigert, muß man jetzt Alles gewähren. Etwas Ganzes oder gar nichts. Der absolutistische Hochmuth, der so lang das Recht und die Menschennatur in uns verhöhnt hat, und die Geschichte nur für sich geschaffen glaubt, muß und soll sich endlich beugen lernen unter die gerechten Forderungen des Volks, oder die aufgestauten Wogen der Zeit werden seine morschen Wehren mit einem Mal in Trümmer brechen. Das Volk und seine Deputirten haben ihn in der Gewalt mit dem bloßen „königlichen Wort;" die Zeit rückt heran, wo das preußische Volk dem „Trugsystem, das mit ihm spielt," wird befehlen können, befehlen mit dem unüberwindlichen Scepter der einfachen Moral! Sobald ein Volk seiner Regierung moralisch über den Kopf wächst, hat es ihre Bajonnete wie ihre Polizei besiegt. Das nicht erfüllte Versprechen von 1815 kann die Wurzel

der preußischen Volkssouveränetät werden, nachdem die pflichtvergessene Königssouveränetät es zum Exekutionsmittel der ausgemachtesten Rechtsforderungen hat werden lassen. „Es ist die letzte Instanz, wenn von der Politik an die Moral appellirt werden muß" — und diese Instanz ist unerschütterlich. Man appellire und man hat den Prozeß gewonnen!

Meine Herren! Wenn dieser Prozeß gewonnen ist, dann haben wir auch in politischen Dingen öffentliches Verfahren. Ich suche Sie, obschon Sie so große Freunde der Heimlichkeit sind, speziell darauf vorzubereiten, indem ich Sie jetzt eine so große Quantität Oeffentlichkeit verschlucken lasse. Suchen Sie unterdessen für ihre Handlungsweise nach einer Beruhigung, so will ich Ihnen großmüthig auch diese an die Hand geben. Mögen Sie ihre Beruhigung darin finden, daß Sie wieder eine Illusion vernichtet und dem Volk eine große Lehre gegeben haben. Sie haben ihm gezeigt, daß die Politik, welche so lang mit ihm gespielt hat, an den Symptomen anzulangen beginnt, wodurch die Geschichte das Nahen ihrer großen Entscheidungen zu markiren pflegt, denn wo auch die Justiz sich zum Werkzeug der Gewalt herabwürdigt, da ist die letzte moralische Kraft des Systems gebrochen, da bröckeln die Zeichen herab, daß der Wurm der moralischen Verderbniß sein Werk zu vollenden, sich bis ans Ende durchzufressen im Begriff ist.

Meine Herren! Ein Bischen Verfolgung und schlechte Justiz gegen meine Person kann mich nicht bewegen, meinen Grundsätzen oder Ueberzeugungen untreu und aus einem Gegner der Revolutionstheorie ein Anhänger derselben zu werden.*) Eben so verleugne ich nach wie vor mein persönliches Glaubensbekenntniß und schließe mich in

*) Das hat sich geändert und mußte sich voraussichtlich ändern. Anmerk. des Correktors.

der Praxis z. B. denen an, die in Preußen noch am Fuß des Konstitutionsberges keuchen, suche nach Kräften die Hand des Bestehenden oder Gewordenen als dienstfertiger Gehülfe auf dem Weg zum Werdenden festzuhalten und kann nur die Unheilbaren als Feinde der Freiheit entschieden verwerfen. Aber dennoch gestehe ich Ihnen, daß die Politik, welcher Sie gehorchen, von Tag zu Tag mehr Hoffnung hat, nicht bloß mich, sondern auch eine Menge anderer Anhänger eines „gesetzlichen" oder humanen Fortschrittes, wenn nicht in ihrer Theorie wankend, so doch ihre Theorie überflüssig zu machen, und daß die Erweiterung der Glaubensbekenntnisse auf erfreuliche Weise zunimmt, so daß sich die Schritte mit der Zeit von Tag zu Tag werden vergrößern lassen. Indem ich Ihnen dieß gestehe, damit Sie es bei geschlossenen Thüren geziemend in Berathung nehmen, zitire ich Ihnen folgende, auf Preußen sich beziehende Worte eines berühmten Schriftstellers, die Ihnen am Besten andeuten werden, wie spät es an der Zeit ist: „Wohl ist es eine sträfliche Thorheit, mit Revolutionen zu drohen, als sei es von kurzweiligem Theaterschrecken, den man wohl für den Effekt brauchen könnte. Die Völker haben andere Mittel, als die plumpe Gewalt, gelernt, ihre Rechte zu wahren. Gegen ihren Haß mag sich z. B. eine Regierung eine Zeit lang halten, gegen ihre Verachtung auf die Länge nimmermehr."

Meine Herren! Nachdem ich plötzlich Ihrer Zensur und ihrem Landrecht entlaufen bin, gedenke ich nicht von meiner neuen Freiheit unwürdigen Mißbrauch zu machen. Sie werden mir daher das Zeugniß geben, daß ich mich, auch ohne Rücksicht auf den §. 151, möglichst gemäßigt habe, und sogar mitunter noch immer „wohlmeinend" gewesen bin. Zum Schluß nehme ich Ihre Aufmerksamkeit nur noch für einen Gegenstand auf kurze Zeit in Anspruch. Es ist der folgende Steckbrief, den Sie den

gerichtlichen Akten einverleiben mögen, zumal da die Andeutungen dazu schon in meinem Buch, über die Büreaukratie werden zu finden sein. Ich erwarte, daß die zensirten Zeitungen ihn ebenfalls mittheilen und ihn mit dem Kommentar ihrer unerschöpflichen Loyalität begleiten werden.

III.

Steckbrief.

„Die der Verspottung der Moralgesetze und des ewigen Rechts durch schamlosen Wortbruch und „mittelbar" der beleidigten Volksmajestät, so wie der Konspiration gegen den freien Geist der Menschheit beschuldigte preußische Politik „hat sich der gegen sie eingeleiteten Untersuchung" durch öffentliche und geheime Zensurinstruktionen, so wie durch heimliches Gerichtsverfahren „entzogen." „Indem ich deren Signalement hierunter mittheile, ersuche ich sämmtliche resp. ehrliche Leute, auf dieselbe zu vigiliren," und, wenn sich sonst kein geeignetes Tribunal darbieten sollte, „dieselbe mit vorfahren zu lassen." Ich rechne dabei auf Wahrheit und Gewissenhaftigkeit, besonders bei Mittheilungen von Thatsachen, da es nicht darum zu thun und zugleich unnöthig ist, die Beschuldigte durch Unwahrheiten und Verleumdungen zu graviren.

Signalement:

Größe: Keine.

Alter: Da sie sich schminkt, hält man sie in der Regel noch für ziemlich jung und glaubt, daß sie erst am 22. Mai 1815 geboren sei; sie ist indeß weit älter und die Zeit ihrer Geburt fällt in das vorige Jahrhundert. Aber im Jahre 1815 legte sie den Hauptgrund zu ihrem Ruf.

Geburtsort: Der Eine glaubt, sie sei in Wien, der Andere, sie sei in Petersburg geboren. Sie ist indeß eine

echte Berlinerin, und in Wien und Petersburg wohnen bloß ihre Pathen und Schwestern.

Religion: Die schlechteste von allen, nämlich protestantischer Jesuitismus. Dieser Jesuitismus fügt dem Prinzip des katholischen, die Mittel durch den Zweck zu heiligen, noch das Kunststück hinzu, den Zweck durch die Mittel zu heiligen. Er dient nicht angeblich „Gott" mit Hülfe des Teufels, er dient wirklich dem Teufel mit Hülfe „Gottes." Um den Schein, sein Alles und sein Höchstes, zu retten, ist er im Stande, das Blut unter dem Henkerbeil sogar mit dem Altarkelch aufzufangen.

Aeußeres: Sie erscheint in der Regel als evangelischer Pfaffe in Soldatenuniform gekleidet und „pflegt stets" außer dem Korporalstocke, der einen deutlichen Ansatz zum Knutenstiel hat, einen Kirchenschlüssel „zu tragen", der aber zugleich ein Kerkerschlüssel ist.

Besondere Kennzeichen: Dieser besonderen Kennzeichen hat sie eine besondere Menge. Mehrere derselben hat sie zwar mit Andern gemein, aber selbst diese tragen einen besonderen Stempel, namentlich den Stempel der oben besagten „Religion."

Ihr Hauptkennzeichen ist ein verdeckter, aber dennoch an seiner charakteristischen Eigenlüchtigkeit sofort erkennbarer Despotismus, welcher zugleich ihr höchstes Prinzip bildet. Dieser Despotismus, in seiner obersten, verhüllten Spitze nur auf Herrschsucht, Streben nach Macht und eitle Verherrlichung eines Hauses und dessen Dienerschaft hinauslaufend, soll von einem neuen norddeutschen Kaiserthum, in Verbindung mit einem weltlichen deutschen Papstthum, und derartigen Dingen träumen, ja er soll sogar in diesem Traume mit seinem würdigen Bruder in Petersburg, der ihm mit seinem griechischen Papstthum als Vorbild vorleuchtet, ein geheimes eventuelles Theilungskomplott gegen Deutschland gesponnen haben, dessen Verwirklichung auf

den Verfall der Türkei und die damit zusammenhangenden Verwicklungen, Hülfeleistungen und Ausgleichungen wartet. Deshalb hält sie auch die Hand vor das Gesicht, sobald man Russisch spricht, und bittet ganz höflich durch Vermittlung der Polizei, man möge diese Sprache nicht zu laut sprechen. Oesterreich, das glücklich unglückliche Oesterreich, kennt diesen Plan und ist nicht damit einverstanden, da es bei seiner auflösungssüchtigen Beschaffenheit nicht recht weiß, wie es sich ihm, etwa als katholisches Papstkaisertum, anschließen oder sich davor schützen soll; aber dennoch hat es mit den beiden Kontrahenten, bei der innern Politik in den Hauptsachen von gleichem Prinzip ausgehend, eine auf Gegenseitigkeit gegründete Assekuranz des Despotismus geschlossen, welcher die feurigen teutschen Gehülfen aus Schwäche oder aus Blindheit oder aus Egoismus fleißig in die Hände arbeiten. Um einstweilen eine bequeme Polizeieristenz zu fristen, lassen diese den sogenannten teutschen Bund statt zu einem einigenden Mittelpunkt von Rechten, zu einer bloßen Polizeianstalt herabwürdigen, welche die besagten Gebieter mit Hülfe durchtriebener Diplomaten benutzen, so lange sie dient, und umstoßen können, wenn die Zeit gekommen ist, um ihre Plane durchzusetzen und die bedenklich überhandnehmende Zahl ihrer Prinzen unterzubringen.

Ihr oberstes Prinzip im Auge, sucht Inkulpatin der Verwirklichung desselben einstweilen auf friedlichem Wege und in der Stille fleißig vorzuarbeiten und bedient sich dabei namentlich des Anhängigkeitsgefühles der teutschen Nation und der teutschen Einheit. So hat sie denn auch einen Zollverein geschaffen, der zwar Teutschland mannigfache Vortheile bringen kann, dessen oberste Leitung sie aber in der Hand zu halten weiß und der ihr in gutmüthiger Untergebenheit die bedenkliche Macht zur Vertretung der materiellen Interessen Teutschlands überliefert, ausgenommen

z. B. Hannover, dessen Despot die Berliner Gehülfin früher benutzte, um seine Plane durchzusetzen, zugleich aber die Schlaue, die ihn zur politischen Nivellirung ihres künftigen Zuwachsgebiets zu gebrauchen glaubte, mit englischem Scharfblick durchschaut hat und jetzt im Stich läßt. Den Zollverein gedenkt sie in einer Zeit, wo eine Begünstigung der materiellen Interessen den Kaufpreis für alles Mögliche bildet, zugleich als Forderungsmittel ihrer äußeren Politik zu benutzen und es würde in ihren Augen immer als ein guter Handel erscheinen, wenn sie z. B. durch eine Modifikation eines Pönens im Zolltarif die Ausweisung unbequemer Schriftsteller erlangen könnte.

Ihre Berechnung stellt sich vor, daß, wenn sie einmal als nominelle oder als wirkliche Vertreterin der teutschen Einheit gelte, aus der teutschen später leicht eine preußische Einheit werde zu machen sein. In dieser Berechnung fungirt sie nicht bloß als Leiterin des Zollvereins, sondern sie sucht auch dem übrigen Teutschland immer wieder von Neuem den bereits traditionell gewordenen Glauben einzuimpfen, daß sie zum Schutze desselben ein Land voll Bajonnete unterhalten müsse. Und die Dummheit der nationalen Hohlköpfe ist stets bereit, diesen unseligen Glauben aufzunehmen und zu verbreiten. Neuerdings wird das nationale Aushängeschild mit romantischem Schmuck ausstaffirt, damit den poesielosen Stützen des Zollvereinsmaterialismus und des Gamaschenheldenthums der umnebelnde Reiz der Gemüthseligkeit nicht fehle. So hat man denn auch, auf die bewährte Dummheit des Michelthums rechnend, sogar in dem guten Kölner Dom einen Anknüpfungspunkt für nationale Einheitssympathieen auf preußischem Boden zu schaffen gedacht. Und aus dem ganzen Teutschland ist der dumme Eifer der Romantik zusammengelaufen, um in den Dombausteinen neue Grabsteine für den politischen Verstand zusammenzutragen. Die guten Teutschen betrachten und

bedenken noch immer nicht, daß die teutsche Einheit einzig und allein aus der teutschen Freiheit hervorgehen kann und daß sie bis dahin nur besteht in der teutschen Polizei einerseits und der teutschen Dummheit anderseits.

Die Berechnung der Inkulpatin legt es darauf an, an Bildung, Aufklärung, kurz an geistigem Element immer so viel im Lande „unter den Fittichen (d. i. den Klauen) des Adlers" zu erhalten, daß Preußen durch seinen geistigen Schein zwischen den übrigen Bundesstaaten als Mittelpunkt zu figuriren geeignet bleibe; niemals aber läßt sie das geistige Element zu einer wirklichen und selbstständigen Macht werden, damit es nicht dem Egoismus, der es benutzt, über den Kopf wachse und ihn in den Dienst des Volks oder der Menschheit hinabzwinge. Sie würdigt den Geist herab, indem sie ihn zu heben scheint; sie kokettirt mit ihm, indem sie ihn in Ketten schlägt. In derselben Berechnung sucht sie ihre ganze Maschinerie, in welcher jede moralische Kraft avilirt wird, mit einem moralischen Firniß anzustreichen und galvanisirt in steter Bemühung mit den Mitteln der durchtriebensten und despotischsten Saatomedizin die Leiche ihrer Korruption in ein moralisches Scheinleben hinein, bis — der Galvanismus seine Wirkung verliert und die Leiche auseinanderfällt.

Trotz dem Schein äußerer Perfektion, den sie ihrem Werk mit Hülfe ihrer zahllosen Werkzeuge zu geben gewußt hat, beginnt ihr doch mit der Zeit bange vor demselben zu werden, da sie auf ihrer Seite jede innere Kraft angefressen oder vernichtet fühlt und es ihr nicht gelingen will, diese Kraft auf der andern Seite ebenfalls zu vernichten. Sie sucht daher, so weit sie kann, auf dem Wege der scheinbaren Transaktion oder der Ueberläuferei zwischen beiden eine Brücke zu erbauen. So hat sie es verstanden, sich für den Augenblick sogar den Anschein

eines „sozialistischen" Mittelpunkts zu verschaffen, indem sie, dem Andrang einer aus den untern Staatsschichten hervorbrechenden Macht zuvorkommend, sich durch das Mittel künstlich hervorgerufener Scheinvereine für die untern Klassen an die Seite jener Macht zu schleichen suchte, um den Gegner an der Hand büreaukratischer Vermittler und dienstwilliger Kommerzienrathsnaturen in ihr eignes Lager herüberzuspielen. Sie hat damit im Grunde nichts gewonnen, sondern nur eine neue Gelegenheit zur Enttäuschung derer geschaffen, die noch etwa glauben, als Werkzeuge einer egoistischen Gewalt einen bürgerlichen oder menschlichen Selbstzweck erreichen zu können.

So wie durch jene Vereine, sucht sie auch durch andere Puffer oder elastische Einschieber so lang es geben will den äußern Konflikt mit dem Volk oder der Welt zu verhüten oder zu brechen. Besonders wendet sie hierzu ein zur Schau getragenes untergeordnetes Wohlwollen an, welches in einzelnen Fällen der kranken Volkshoffnung einen Ermunterungsbissen zuwirft, aber das Rechtsgefühl immer auf Wasser und Brod zu erhalten weiß, so daß es weder recht verzweifeln noch sich erholen kann. Dieß Wohlwollen versteigt sich niemals zu einem Rechtswollen und giebt nur da, wo es entweder Almosen der Gnade austheilen oder das Gegebene in jedem Augenblick wieder zurücknehmen kann. Nur auf Zins, den Zins der Dienstbarkeit zu den Gewaltzwecken, wird dem Volk Etwas gegeben; aber man läßt es nie so weit kommen, daß es auf wirkliche, festgestellte Rechte gestützt, sagen könnte, es lasse sich nicht zu Zwecken gebrauchen, die außer ihm selbst liegen. Nach dem Wohlwollen der Gnade muß es geizen und von dessen Beleidigung den Zorn des Himmels fürchten lernen. Deßhalb darf es auch keine Inkonsequenz darin erblicken, wenn die Sammtpfote des gnädigen Wohlwollens, von der es heute gestrichen worden, morgen ihre

Krallen enthüllt; und es kostet dem gnädigen, geldverschleudernden Wohlwollen keinen einzigen Scrupel, wenn es Menschen, die es trotz den aufgehäuften, dem Volk abgepreßten Millionen heute nicht für gut befunden hat, vor dem Hungertode zu schützen, mit Flintenkugeln kalten Bluts aus seinem Bereich erlöst oder dem Wohlwollen des Büttelstocks überliefert. Und ist diese Wohlthat vollbracht, so schreit man, daß alle hungrigen Mägen vor Freude zittern: „den Webern soll und muß geholfen werden." Darauf schleudert man Tausende für elende Opern und dergleichen Nichtswürdigkeiten zum Fenster hinaus und die Weber hungern und zahlen Steuern wie zuvor.

In ihrer Berechnung kultivirt Inkulpatin nichts so eifrig, als den „Glanz des Hauses" und den Nimbus des Absolutismus. Für ihn hat sie ungezählte Millionen übrig, nur den schlesischen Webern, denn ohne ihn würden die schlesischen Weber — keinen Zweck mehr haben. Für ihn ist Alles bestimmt, auf ihn ist Alles berechnet. Sie stützt ihn, außer in den, mittelst der eigentlichen Staatseinrichtungen geschaffenen Stützen, dem Soldatenthum und der Büreaukratie, nebenbei besonders in dem Adel ab, welcher sich gleichsam wie ein romantischer Feudalschweif durch das Land hinunterziehen soll. Außerdem sucht sie die preußischen Könige, und wären sie gefühllose Tyrannen und Thiernaturen, unter die Götter zu erheben und ihre Sünden durch Strafgesetze zu schützen, damit der „Glanz des Hauses" nicht getrübt werde und würdig für das zukünftige Kaiserthum bleibe. Was ihre sonstigen Nebenmittel betrifft, so ist sie namentlich stark in der Erfindung und Einführung sinnender Redensarten, die nichts bedeuten, aber bei den gedankenlosen Gewohnheitsmenschen eine bannende Wirkung ausüben. So spricht sie u. A. sehr viel von den „Rechten der Krone," als ob es für eine „Krone" andere Rechte geben könne, als diejenigen,

die ihr das Volk giebt und die sie im Namen des Volks ausübt. Unter ihren „Rechten der Krone" benutzt sie keins fleißiger, als das Recht, die Narren und die Sklaven mit Orden zu brandmarken. Sie führt sogar jährlich große Ordenskomödien auf, in welchen Prinzen und Prinzessinnen als Statisten und Figuranten mitspielen, und wenn sie bei diesen „Festen" ihre Knechte mit frischen Sklavenbändern behängt hat, läßt sie zum Nachspiel ein feierliches „Tedeum" abhalten, um der Welt zu beweisen, daß es keinen Herrgott gebe, denn gäbe es einen, er hätte längst alle seine Ungewitter über solche nichtswürdige Komödien losgelassen.

In ihrer Berechnung begünstigt Inkulpatin unbeschadet ihrer berühmten Intelligenz und Aufklärung die religiöse Verfinsterung, wo sie kann, da sie weiß, daß diese Verfinsterung die mächtigste Alliirte des Despotismus ist. Zugleich aber wünscht sie, die katholischen Verfinsterer, deren Sympathieen sie durch jene Begünstigung zu erregen hofft, im Geheimen zu zersetzen, damit sie sich allmälig, nicht zu Protestanten, sondern zu protestantischen Verfinsterern qualifiziren lernen. Denn nicht um den eigentlichen Protestantismus mit seinen freien Konsequenzen ist es ihr zu thun, da diese der Gewalt in das unbeherrschbare Reich des Geistes entwachsen würden, sondern sie hofft den Protestantismus auf einen nebelhaften Standpunkt, auf welchem Protestanten und Katholiken gleichzeitig neben und durch einander existiren könnten, zu fixiren, damit er nicht die Fähigkeit verliere, ein gouvernementales Mittel des norddeutschen Papstkaiserthums zu sein. In dieser Berechnung täuscht sie sich nun zwar auf eine bedauerliche Weise, da die katholischen Verfinsterer, die etwas Ganzes bleiben wollen, sie durchschauen und ihr unter Komplimenten und Danksagungen einen Machtzuwachs nach dem andern ablocken, aber sie arbeitet doch

für den schlimmsten Fall immer der Verfinsterung in die Hände, mit welcher sich zu jeder Zeit noch ein Pakt schließen läßt, und bleibt möglich, auch in katholischen Ländern, als „Beschützerin des Glaubens."

Inkulpatin ist im übrigen Teutschland überall verhaßt, da man theils eine geheime, ahnende Furcht vor ihr hat und theils das Gemisch, das durch die Verfolgung ihrer geheimen Plane aus ihrem Charakter geworden ist, verabscheut. Sogar teutsche Fürsten schimpfen und spotten über sie, d. h. im Geheimen, und in vielen Gegenden Teutschlands hat sie unter dem Volk das Wort „Preuße" zum Schimpfnamen zu machen gewußt. Dennoch versteht sie ihr Uebergewicht einstweilen zu bewahren, was ihr namentlich dadurch gelingt, daß sie gelegentlich den Schein der Fortschrittsbegünstigung anzunehmen weiß und daß das übrige Deutschland über die Stimmung in Preußen selbst getäuscht wird. Die Preußen selbst, namentlich aber die Rheinländer, deren zwar wenig energischer aber doch offener und gerader Charakter niemals durch das demoralisirende Gift des Berliner-Sklaventhums hinlänglich wird korrumpirt werden können, hassen sie im Geheimen wie das Feuer, aber die Furcht vor der Polizei und die in den zensirten Zeitungen sich wälzende Niederträchtigkeit journalistischer Speichellecker lassen die wahre Gesinnung des Volks nicht an das Licht kommen.

Inkulpatin besitzt verschiedene Sonderbarkeiten, die ihre Wurzel ebenfalls in dem obersten Prinzip haben. Unter ihren Sonderbarkeiten zeichnet sich namentlich die aus, daß sie eine leidenschaftliche Freundin von Versprechen ist, daß man aber die meiste Ursache hat, sich vor ihr in Acht zu nehmen, wenn sie von Anfällen dieser Leidenschaft heimgesucht wird. Sie verspricht nichts ohne Hinterhalt, sie thut nichts ohne Berechnung und sie giebt nichts, ohne eine Handhabe zum Zurücknehmen anzubrin-

gen. Wenn man sich unhöflich über sie ausdrücken wollte, so würde man sagen müssen: sie lügt immer. Sie betet und — lügt; sie versichert und — lügt: sie verspricht und — lügt; sie prahlt und — lügt; sie droht und — lügt; sie hält Reden und — lügt; sie glaubt und — lügt; sie vertraut und — lügt; sie schreitet fort und — lügt; sie ist „liberal" und — lügt; sie ist „human" und — lügt; sie weint sogar und lügt. Nur wo sie Feigheit zeigt, wo sie schleicht und wo sie im geeigneten Moment despotisch drein fährt, lügt sie nicht. Ihrer Lügennatur macht natürlich nichts mehr Noth, als die Wahrheit. Wo sie die Wahrheit gar nicht umgehen kann, da sucht sie wenigstens Wahrheit und Lüge zusammenzubringen. Wo man über die Anwesenheit der Inkulpatin zweifelhaft ist, spreche man bloß das Wort Wahrheit aus und man wird sie sofort an ihren Krämpfen erkennen. Sie und ihre beiden Schwestern in Petersburg und in Wien sind die einzigen, welche die Wahrheit auch im Ausland verfolgen. Sie sind die drei Parzen für die Wahrheit und die Scheere dieser Parzen — Schande für Europa! — beherrscht den Kontinent.

Die Sonderbarkeiten und Eigenheiten der Inkulpatin sind bald sehr kurzweilig, bald aber sehr langweilig. Immer indeß verrathen sie als ihren Ursprung eine maßlose Einbildung von dem separaten Beruf und der individuellen Größe des norddeutschen Hegemonenthums, dessen Ausflüsse unter allen Umständen als verehrungswürdig gelten sollen, so wie eine eben so maßlose Geringschätzung des Volks und des Menschengeistes. In England oder einem andern freien Lande würde es niemals der Gewalt in den Sinn kommen können, für persönliche Einfälle und Kuriositäten die Aufmerksamkeit oder gar Betheiligung des Volks in Anspruch zu nehmen. Inkulpatin hält das Volk für einen stets bereit gepflügten Acker, in den sie beliebig

jedes Unkraut ihrer Laune hineinsäen könne. So z. B. ist sie fähig, in einem romantisch gelaunten Augenblick, und zwar außerhalb der Karnevalszeit, plötzlich wie vom Himmel gefallen aller Welt ihren „Gruß zuvor" zu entbieten und dann im Styl der himmlischen Glückseligkeit die Stiftung eines neuen Ordens der schwanenreinen Jungfrau Maria zu verkünden. Alle Welt stutzt, sieht sich verwundert an, zuckt die Achseln und bricht in ein boshaftes Gelächter aus. Darauf zieht Inkulpatin ihre Verkündigung verdutzt wieder ein und sinnt darauf, den Eindruck ihrer romantischen Uebereilung durch denjenigen eines despotischen Machtspruchs zu ersetzen, vor welchem die schwanenreine, zarte Jungfrau Maria sich betroffen in ihr Mirakelkabinet zurückzieht.

Dieß eine Probe von ihren kurzweiligen Sonderbarkeiten. Zu den langweiligen gehören z. B. folgende. Sie „legt ihr Haupt ruhig in den Schooß jedes Unterthanen" und läßt dabei vor lauter Vertrauen die „Unterthanen" Tag und Nacht mit Polizei, Zensur und allen möglichen Hexmitteln verfolgen. Wenn aber gar eine Stube voll „Unterthanen" zusammentritt, um den „Schooß" zu erweitern, so haben die Getreuen gleich eine Revolution im Schilde. Ein andres Beispiel ist dieses: Sie schreit bei jedem Festessen und bei allen sonstigen Gelegenheiten „Vorwärts!" wie der Marschall Blücher, und sucht dann vor lauter Fortschrittsdrang den Staatswagen aus Leibeskräften in den Weg der feudalistischen Willkühr und des mittelalterlichen Obskurantismus zurückzuschieben. Ferner: Sie nimmt den Reichszepter in die Hand, läßt die große Trommel des „Unterthanen" — Konvents rühren und droht allen Bösewichtern groß und klein, daß sie „Gerechtigkeit üben werde ohne Unterschied der Person." Darauf läßt sie die verhungerten Gerippe der Armen mit Flintenkugeln zusammenschießen, weil sie sich an den Meubles ihrer

Vampire vergreifen, und die adelichen Kannibalen frei ausgehen, nachdem sie ihre Sklaven zu Tode geprügelt oder die Liebhaber ihrer Hasen dutzendweise haben niederschießen und gleich Holzblöcken haben verbrennen lassen. Ferner: Sie legt ihre strenge Moralität durch Abschaffung der Hurenhäuser an den Tag und demoralisirt gleichzeitig auf alle erdenkliche Weise ein ganzes Volk. Auch gehört folgender Einfall hierher: Sie bemerkt, daß ihre „getreuen Unterthanen" an einer bösen Leidenschaft, am Neide laboriren, indem sie nämlich die Belgier oder Engländer oder Nordamerikaner um ihre freie Verfassung beneiden. Da diese Leidenschaft total unchristlich ist, so beschließt sie, dieselbe mit einem Mal völlig zu heilen. Sie beruft daher „Ausschüsse" aus den omnipotenten Provinzialständen nach Berlin, läßt ihnen sehr gnädig ein Schloß vor den Mund hängen und verkündet ihnen zum Beweise des allergnädigsten Vertrauens, daß sie zu schweigen hätten, bis sie gefragt würden.

Um diesem psychologischen Signalement noch ein Wort über die sonstige Beschaffenheit der Inkulpatin hinzuzufügen, so sei bloß bemerkt, daß sie in ihren halbslavischen Zügen eine große Disposition zu bedenklichen Krankheiten verräth. Besonders soll sie stark an zwei fatalen Uebeln, nämlich an dem Verrath Polens und an dem Wortbruch von 1815 laboriren. Manche Aerzte erklären diese Uebel für unheilbar und wollen daraus die Auflösung der Patientin prophezeien.

Dieß kurze Signalement macht Anspruch darauf, naturgetreu und mit mäßigen Farben gezeichnet zu sein. Es wird einstweilen hinreichen, um diejenigen, welche Inkulpatin bisher nicht genauer in's Auge gefaßt hatten, auf dieselbe fernerhin aufmerksam zu machen. Da von ihrem Betragen so sehr Vieles bei dem teutschen Fortschritt abhängt, vigilire man unabläßig auf sie und lasse

ihr keine Ruhe, bis sie gebessert oder vernichtet ist. Wir haben uns alle einer sündhaften Trägheit anzuklagen, daß wir im Sicherheitsdienst der Menschheit nicht eifriger darauf bedacht gewesen sind, jene hochmüthige und heuchlerische Gewalt, die für uns Alle nur Knechtsdienst und Polizei übrig hat, endlich in den Bereich unserer Polizei zu bringen. Es wird sich zeigen, welche Polizei die wirksamste ist. Das Bollwerk, welches die Politik hinter der Nothwendigkeit der Regierungsautorität findet, stürzt zusammen, wenn diese Politik, die höchsten aller Rücksichten, die Rücksichten auf die Rechte des Volks und den Geist der Menschheit verlachend, sich selbst alles Anspruchs auf Rücksichten für baar erklärt. Sie stehe fortan, wo es nur Freunde der Freiheit und der Wahrheit gibt, unter Polizeiaufsicht. Und reichte der Arm ihrer Verfolgung bis an das Ende der Welt: bis an das Ende der Welt, so lang unser Mund eine Stimme hat und unsre Hand eine Feder führen kann, müssen wir es ausrufen und wahrhalten, daß ein Narr ein Narr und ein Despot ein Despot und ein Lügner ein Lügner und ein Schurke ein Schurke ist und hätte er seinen Sitz zwischen Donner und Blitzen aufgeschlagen.

Greifen wir in den Köcher unserer Kraft und langen wir den Schild unseres Bewußtseins hervor! Beim ewigen Geist der Menschheit, es muß, es kann, es wird anders mit uns werden!

Ihr Millionen alle, die ihr heute wie gestern und morgen wie heute gesenkten Blicks und bebenden Herzens unter der Zuchtruthe eurer Dränger daherschleicht und nur mit zagendem Schaamgefühl an eure freigeborene Menschennatur die Frage richten könnt, für wen ihr eigentlich in der Welt seid, ihr müßt, wenn noch ein Fünkchen von Freiheitsstolz in eurem Herzen glüht, euch die aufstachelnde Antwort geben, daß ihr besser im Mutterschooß erstickt

wäret, als an die freie Luft des unendlichen Weltenraums hervorgetreten, nur um in jerem Moment eures Daseins willenlose Werkzeuge fremden Willens, fremder Plane, fremden Eigennutzes zu sein. Ihr seid es! Ihr habt eure Existenz, um nicht zu existiren; ihr habt das Pfund eures Lebens auf Zins verschrieben und der Zins ist Sklaverei. Ihr eßt euch satt, so weit euch das Loos begünstigt, und tröstet euch mit polizeilich zugemessenem Vergnügen. Das ist euer Lebensglück, daß ist euer Menschenthum und — ein zweites Leben gibt es nicht, in welchem ihr die Sünden eurer Erniedrigung gut machen könntet. Nachdem ihr ohne euren Willen gefesselt seid, laßt ihr euch freiwillig vernichten. Wie das Opferthier unter das Schlachtmesser, so beugt ihr gutwillig euer Haupt unter den Zwang, der euch entmenscht. Ihr opfert euch nicht für euch, nicht für eure Kinder, nicht für den Staat, nicht für die Menschheit; ihr opfert euch nur für die Gewalt, die gerade das von euch ausscheidet, was euch zum Menschen macht, und nur das an euch braucht, was ihr durch das Thier können remplaciren lassen. Ihr laßt euch mißbrauchen von einer Politik, die der Geringste unter Euch an Werth überragt, sobald er das Selbstgefühl des freien und sittlich gewillten Menschen in seinem Bewußtsein sammelt. Ihr dient einer Macht, welcher ihr gebieten könnt, ihr respektirt eine Politik, die ihr verachten müßt. Ihr nehmt mit sklavischem Danke täglich an, was längst euer Eigenthum ist und was aufgehört ein Gut zu sein, wenn man die Gnade hat, es euch zu geben; ihr laßt euch lothweise schenken, was man euch zentnerweise zahlen muß; ihr laßt mit euch spielen und ihr wißt es, ihr laßt euch belügen und ihr wißt es, ihr laßt euch betrügen und ihr wißt es, ihr laßt euch vernichten und ihr wißt es. Eine Politik, die sich lächerlich macht, wo sie nicht den Muth hat, sich verhaßt zu machen, die sich verhaßt macht, um sich von der

Lächerlichkeit zu erholen, und die ſich endlos verächtlich macht, um zu jedem Preis ihre verrottete Exiſtenz zu friſten — eine ſolche Politik kann ihrem Grabe nicht mehr fern ſtehen und ſollte ſie auch das hochmüthigſte Vertrauen in ihre Lebensdauer zur Schau tragen. Und mit dieſer Politik wolltet ihr länger an Verächtlichkeit rivaliſiren, indem ihr fortfahrt, euch ihr zu opfern? Man ſtatuire ein Welterempel an dieſer unheilbaren Politik, man ordne einen univerſalen Leichenzug für ſie an und bereite ihr ein Grab, das ihrer würdig iſt: man begrabe ſie unter der Verachtung des Volks und der Welt.

Oeffentliche Dankadreſſe

teutſcher Preußen

an die Herren

v. Itzſtein und Hecker.

Ohne Zweifel, meine Herren, werden die freiſinnigen Bürger preußiſcher Städte, namentlich diejenigen von Berlin, Königsberg, Köln u. ſ. w. Takt und Muth genug haben, um Ihnen ihre Sympathie durch Adreſſen auszudrücken und auf dieſe Weiſe einigermaßen den Schimpf wieder gut zu machen, den Ihnen unſere ruſſifizirte Regierung angethan hat.

Unſre Adreſſe iſt kein Ausdruck der Sympathie; dieſe iſt Ihnen zu bekannt, als daß unſrerſeits eine erneuerte Verſicherung derſelben erforderlich wäre. Was wir Ihnen hiermit überreichen, iſt eine Dankadreſſe. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie unſerer vielgeprieſenen Regierung eine eklatante Gelegenheit gegeben haben, ihre wahre Geſinnung an den Tag zu legen.

Meine Herren, wir ſind Freunde der Aufrichtigkeit. Aus dieſem Grunde empfinden wir mitunter gegen die

ruſſiſche Regierung nicht mehr Antipathie, als gegen die unſrige. Die ruſſiſche Regierung iſt aufrichtig. Sie verſchmäht es, ſich mit einem vermittelnden oder beſchwichtigenden Schein liberaler Tendenzen zu umgeben, ſie heuchelt keine Sympathie für den Fortſchritt und lügt keine Paſſion für Humanität. Sie weiß, was ſie der Ehre des Despotismus ſchuldig iſt, und kompromittirt ihn nicht durch liberale Täuſchungen. Sie ſtellt nichts in Ausſicht, weil ſie nichts geben will, und ſie will nichts geben, weil es ihr nicht gefällt, und es gefällt ihr nicht, weil ſie nicht ſcheut, etwas Ganzes, eine Despotin von reinem Waſſer zu ſein. Sie trägt nicht die Knute der Barbarei unter dem Rock der Liberalität verſteckt, ſie ſcheut das Raſſeln ihrer Sklavenketten nicht und umwickelt das Henkerbeil für die Freiheit nicht mit dem Lügenflor eines feigen Wohlwollens. Sie ſpricht das letzte Wort ihres Herrſcherwillens unumwunden aus und jeder, der nordaſiatiſche Geographie ſtudirt hat, weiß ſofort, wo und wie er mit ihr daran iſt. Sie diktirt ihre Gebote offen auf dem Kirchhof, und Jeder weiß, daß ihr erſter Adjutant der Todtengräber iſt, der ihrem Willen Reſpekt zu verſchaffen weiß, wenn es Einem einfallen ſollte, ihn zu verkennen. Dieß, meine Herren, iſt aufrichtig gehandelt. Ein Henker darf keine ſentimentale Scheu vor Menſchenblut an den Tag legen und einer ruſſiſchen Regierung iſt es würdig, daß ſie das Schwert des Despotismus ohne Scheide trägt.

Ganz anders tritt unſre preußiſche auf. Sie hat im Grunde denſelben guten Willen, wie die ruſſiſche, aber ſie hat nicht denſelben Muth, ihn auszuſprechen. Sie hat das Ruſſenthum kultivirt und kleidet den ruſſiſchen Text des Despotenkanon in eine verhüllende Umſchreibung ein. Sie treibt das Ruſſiſche Berliniſch. Sie möchte die Welt gern glauben machen, daß ſie leidenſchaftlich verliebt in den Fortſchritt ſei, während ſie im Geheimen auf das

Eifrigste die Fesseln des Rückschritts schmiedet, und sie legt dem Volk die eine Hand mit väterlichem Wohlwollen auf das Haupt, während sie es mit der andern zwickt und abstriegelt. Sie hat nicht den Muth ihres Systems; sie verläugnet ihre Grundsätze, indem sie sie anwendet, und verdeckt ihren Willen, wenn sie ihn in Vollzug setzt. Sie sucht das Volk durch Hoffnungen zu ködern, um es vom Handeln abzuhalten, und buhlt um Vertrauen, wo sie weiß, daß sie es am wenigsten verdient. Sie gibt Versprechen, um unbelästigt von dem ehrlichen Glauben des Volks zu zehren, und geht sein Glaube zu Ende, so sucht sie es über ihr Versprechen zu belügen. Sie hat große Uebung in der Kunst der Heuchelei und unser Volk eine eben so große Uebung in der Kunst, sich bethören zu lassen. Meine Herren, unser Volk ist zwar auf gutem Weg, eine Einsicht in das Treiben derer zu erlangen, die ihm so übel mitspielen, aber es ist zum größten Theil zu charakterlos, um mit seiner Einsicht sein Handeln in Uebereinstimmung zu bringen. Ein Paar liberale Phrasen und einige verlogene Zeitungsartikel sind im Stande, es die überzeugendsten Erfahrungen wieder vergessen zu machen, und es nebt seinen Betrug von heute nur ein, um sich morgen von Neuem betrügen zu lassen. Bedenken Sie, was diesem Volke seit fünf Jahren schon vorgespiegelt worden, und wie oft sein überloyales Vertrauen auf die unendliche Weisheit und Liberalität seines „angestammten Herrscherhauses" schon betrogen worden ist. Deshalb war es gut, daß Sie nach Berlin kamen, um dem Volke auch nach einer Seite hin die Augen zu öffnen, wohin es bis jetzt die größte Blindheit bewiesen. Ihre Ausweisung ist zunächst als eine Vorrede zu den nächsten Landtagsabschieden zu betrachten, von welchen das loyale Vertrauen auf das „angestammte Herrscherhaus" noch an manchen Orten Zusicherungen erwartet, die selbst einen Deputirten der ba-

diſchen Oppoſition überraſchen könnten. Sodann aber iſt Ihre Ausweiſung ein Kommentar zu dem eiferſüchtigen Streben nach „teutſcher Einheit," als deren Vertreterin ſich unſere ruſſenfreundliche Regierung mit ſo großer Oſtentation der Welt vorgeſtellt hat. Wir loben unſere Regierung wegen dieſer Ausweiſung. Sie iſt dabei zum erſten Mal ganz aufrichtig geweſen, ſie hat zum erſten Mal ohne Paraphraſe ihre Herzensſprache, nämlich Ruſſiſch geſprochen. Der Miniſter von Arnim, der getreue Exekutor der preußiſchen Reaktion und würdige rechte Arm des preußiſchen Zaaren, hat eine Petersburger Dekoration verdient, indem er eine ſo ſeltene Probe von den Fortſchritten der ruſſiſchen Propaganda ablegte, und damit kein Verdienſt dabei unbelohnt bleibe, wünſchen wir ſelbſt den Offizianten nicht übergangen, welcher den ruſſiſchen Muth hatte, Ihren grauen Haaren, Herr von Ryſtein, in Ihrem Schlafzimmer ſeinen Säbel entgegenzuhalten. Eine ſolche Sprache, meine Herren, iſt aufrichtig und darum löblich. Unſere Regierung beginnt zu zeigen, daß ſie auf dem Wege iſt, ſich ruſſiſchen Muth anzueignen. Nach der abgelegten Probe iſt von ihr noch viel zu erwarten, denn wer es wagt und vollbringt, auf nicht mehr als einige hundert tauſend Polizeidiener und Flintenträger geſtützt, einen ſiebenzigjährigen Greis in einem Tage bis über die Landesgränze zurückzudrängen, der liefert den ſprechendſten Beweis, daß er nicht weniger Selbſtvertrauen als Stärke beſitzt. Wer weiß, ob nicht auch die franzöſiſche Deputirtenkammer durch ihre Bewilligung für die Baſtillenarmirung dieſen Muth unterſtützt hat, denn die Kourage der teutſchen Reaktion wohnt jenſeits des Rheins wie jenſeits des Niemen.

So wie wir, verehrte Herren, muß Ihnen das ganze preußiſche Volk dankbar ſein. Dieſes gute Volk ſteht ſchon ſeit Jahren mit offenem Munde da, um ſich die verheißene gouvernementale Taube der Freiheit hineinfliegen zu laſſen.

Es hat sich auf die versprochene freie Presse gefaßt gemacht und die Henkerei der Zensur metzelt jetzt greulicher als je; es hat sich auf Erfüllung des bereits verschimmelten „königlichen Worts" gefaßt gemacht, und das "königliche Wort" beginnt unterdeß faul zu werden; man hat ihm von Freiheit der Universitäten vorgeschwatzt und die Universitäten sinken täglich mehr zu Abrichtungsanstalten des gouvernementalen Korruptionssystems herab; man hat ihm freie Gemeindeverfassung in Aussicht gestellt und die bevormundete Gemeindewirthschaft versteckt man hinter dem Vorhang des Geheimnisses wie früher; man hat ihm von „teutscher Gesetzgebung" gesprochen und die teutschen Gesetze waren mit dem Stock geschrieben; man hat ihm Aussichten auf Steuererleichterungen gemacht, und zieht zur Vorbereitung für die Ausführung geheimer Plane nach wie vor gehäufte Millionen über das Bedürfniß aus dem Säckel des Volks, und das „angestammte Herrscherhaus" mit seinen Ministern weiß allein, wo sie bleiben; man hat große Gerechtigkeit zur Schau getragen, während die fleißigen Armen im Schweiß ihres abgemagerten Angesichts Steuern zahlen, und die adelichen Müssiggänger nach „wohlerworbenem Recht" unverkürzt ihr Geld vergeuden; man hat vom Schutz der bürgerlichen Sicherheit unter dem Dach des „angestammten Herrscherhauses" gesprochen, während übermüthige Junker in Uniform ungestraft ihre Schutzwaffe zur geselligen Metzgerei gegen die beschirmten „Unterthanen" gebrauchen; man hat die Unabhängigkeit des Richterstandes gepriesen und hängt über das Haupt der richterlichen Justiz das Damoklesschwert der administrativen, um die Richter zu willfährigen Sekundanten der Reaktion zu machen; man hat unter den Salven humaner Redensarten Vereine für die leidenden Klassen stiften lassen, und als sie sich zu wirklichen Vereinen machen wollten, wurden sie verboten; kurz wo sich eine Gelegen-

heit fand, zu heucheln und zu lügen, da hat man geheuchelt und gelogen. Um dem Metier die Krone aufzusetzen, hat man endlich das Volk mit einem Schwall von Begeisterung für die „teutsche Einheit" übergossen und jagt jetzt zur näheren Interpretation die Freunde der teutschen Freiheit aus dem Lande hinaus. So folgte eine Enttäuschung der andern und dennoch ermüdet die Täuschung nicht. Für Alles, verehrte Herren, was in unserem Lande vorgeht, weiß die gouvernementale Lüge eine Beschönigung zu finden. Deshalb war es gut, daß Sie Gelegenheit gegeben haben, die Welt durch eine Thatsache zu belehren, deren Nacktheit man umsonst wird zu umhüllen trachten, eine Thatsache zugleich, welche nicht bloß die zur stummen Zufriedenheit verurtheilten Preußen, sondern auch die übrigen Teutschen und diese am meisten trifft.

Es ist doch eine herrliche Sache um die teutsche Einheit! Man hat gesagt, die teutsche Einheit bestehe bloß in der teutschen Polizei. Wir haben jetzt gesehen, daß auch dieß nicht einmal der Fall ist, denn mit dem Geleitsbrief, den einem die teutsche Polizei am einen Ende des einigen Vaterlandes ausstellt, wird man von der teutschen Polizei am andern Ende aus dem Lande gejagt. Es ist weit, sehr weit gekommen, da, wie es scheint, eine polizeiliche Zusicherung eben so wenig mehr gilt, als ein „Königliches Wort." Sogar die Polizei hat keine „teutsche Treue" mehr. Meine Herren, wo soll das hinaus? Man wird, um sicher zu sein, sich für ein mauvais sujet deklariren müssen. Russische Spione und dergleichen Gesindel reist unter dem Schutz hoher und höchster Sympathieen ungeschoren durch das einige Vaterland umher, um es verrathen zu helfen; ehrenhafte teutsche Deputirte aber werden wie pestbehaftete Eindringlinge über die Grenze gebracht. Es war doch ein guter Einfall, den Kölner Dom zu bauen, mit dessen dreßjähriger Einweihungsfeier Ihre Aus-

weisung so hübsch zusammengetroffen ist; ohne ihn wäre unser einheitliches Nationalbewußtsein vielleicht nicht einmal so weit gekommen, daß wir uns über solche Ausweisungsaffairen zu trösten wüßten. Wenn die Ausweisungspraxis in unsern verschiedenen Vaterländern allgemein wird, so kommt leicht der Patriotismus der kleinen Staaten sehr in die Enge und z. B. der arme Liechtensteinische wird sich auf seine 2½ Quadratmeilen zu beschränken haben. Hat er damit nicht genug? Warum nicht? Gilt es doch für jeden getreuen „Unterthan" bloß, im Nothfall das „angestammte Herrscherhaus" zu vertheidigen; und genügt ihm dieß nicht, so gehe er in's Ausland oder er wende seine Liebe dem gemeinsamen Bußtempel teutscher Einfalt, dem Kölner Dome zu. Meine Herren, wir schlagen vor, daß, wenn die Zeiten uns einmal die Mittel in die Hand geben (und dahin wird es kommen), wir die Ausweisungstheorie auch auf Andre anwenden, die jetzt noch nicht daran denken mögen. Wir dürfen diesen vorsorglichen Vorschlag um so eher wagen, da wir z. B. in Erfahrung gebracht haben, daß der Kölnische Dom der teutschen Einheit sich nur mit Widerstreben den preußischen Adler auf den Krahn hat setzen lassen und sehr gut weiß, daß er auf die Dauer eben so wenig nach Berlin gehört, wie das Kastell zu Neuenburg. Wir glauben eine Zukunft vorauszusehen, worin das Wort „sie sollen ihn nicht haben, den freien teutschen Rhein" zur Wahrheit wird, aber nach einer andern Seite hin, als wohin er bis jetzt gesungen worden.

Die teutsche Einheit! Worin besteht sie noch? Für uns „Unterthanen" bloß in der Bestimmung, uns einheitlich hudeln zu lassen und mit eingeschulter Begeisterung diejenigen zu beschützen, die das Hudel-Geschäft übernommen haben. Mag es hinfort eine zweifache teutsche Einheit geben, nämlich eine unter denen, die da hudeln, und eine

unter denen, die nicht mehr gehudelt ſein wollen. Der Kampf dieſer beiden Einheiten wird dann hoffentlich eine dritte, eine wahrhafte Einheit erzeugen, nämlich eine Einheit, die eben ſo wenig hudeln will, als gehudelt ſein. Nur durch wohlverſtandene teutſche Zwietracht werden wir zu einer wirklichen teutſchen Einheit, nämlich auf dem Wege der Freiheit gelangen. Nur im Volk liegt die Einheit der Beſtrebungen wie der Intereſſen; bei den Kabineten liegt die Einheit nur in dem Zweck, das Volk zur Erreichung ihrer beſondern Intereſſen zu mißbrauchen und hin und her zu zerren.

Bis wir es zu einer wirklichen, einer teutſchen Volkseinheit gebracht haben, verweiſt man uns, wie geſagt, auf den teutſchen Dom und dann auf den — teutſchen Bund. Beide haben wenigſtens die Aehnlichkeit mit einander, daß ſie Ruinen ſind und trotz allen Beiträgen Ruinen — bleiben werden. Mag man darüber denken, wie man wolle, wir unſererſeits glauben eben ſo wenig an eine Zukunft des teutſchen Bundes, als an eine Zukunft des Kölner Doms. Wir würden nur dann an eine ſolche glauben, wenn wir an einer Zukunft des teutſchen Volks verzweifelten. Ja, meine Herren, ein fauleres, ein ſchmachvolleres Inſtitut, als dieſer teutſche Bund durch die Korruptionspolitik ſeiner Leiter geworden iſt, hat es nicht gegeben, ſo lange es eine Geſchichte gibt! Eine geſetzlich ſanktionirte geheime Verbindung der teutſchen Kabinete zur Unterdrückung des teutſchen Volks unter dem Deckmantel der teutſchen Einheit, und nebenbei ein Vehikel zum legitimen Betrug der Verbundenen unter einander — das iſt der teutſche Bund! Frankfurt iſt die Schmiedewerkſtatt, worin die Feſſeln für das Volk und die Fußangeln für die Schmiede ſelbſt geſchmiedet werden. Wir brauchen zur völligen Bewahrheitung dieſes Ausſpruchs nicht die Geſchichte ſeit 1815 durchzugehen, wir brauchen bloß auf die

Bekenntniſſe zu verweiſen, welche in den geheimen Aktenſtücken abgelegt werden. Aktenſtücke, die jeder Schulknabe auswendig lernen ſollte, um von Jugend auf ſein Blut mit dem Grimm gegen Menſchen zu verſetzen, welche im Namen Gottes die Schlechtigkeit auf den Thron erheben und auf dem ſyſtematiſch herbeigekünſtelten Ruin aller Volkskraft das Gebäude ihres Egoismus aufführen. Wie weit dieſe Schlechtigkeit geht, davon ſoll die, wenn gleich bereits mehrfach veröffentlichte, preußiſche Denkſchrift vom Jahre 1822, der Kanon der durch und durch verheuchelten preußiſchen Politik, auch am Schluß dieſer Expektorationen wieder Zeugniß ablegen.

Der teutſche Bund! Es geht ihm, wie der preußiſchen Politik. Auch er hat nicht den Muth ſeines Syſtems. Diejenigen, welche ihn bilden und beherrſchen, machen ihn zu ihrer Autorität, um ſich auf ihn zu berufen, um in ihm einen unangreifbaren Sündenbock ihrer Maßregeln zu beſitzen. Sie geben dem teutſchen Bund die Ruthe in die Hand, womit auf ihr Geheiß das Volk geſtrichen wird, um von ſich ſelbſt den Schein der Exekution ablenken zu können. Sie ſündigen durch ihre Geſandten, um ſagen zu können, ſie ſündigten nicht. Sie zeigen ſich im Nothfall bereit, mit der einen Hand etwas zu geben, erklären aber, der teutſche Bund, welcher nichts als die andere Hand iſt, wolle es wieder nehmen. So machen ſie den Exekutor ihrer Schlechtigkeit zugleich zum Schild ihrer Feigheit. Das iſt der teutſche Bund. Und von dieſem teutſchen Bund nimmt das Volk, welches die Koſten zu ſeiner Erhaltung bergibt, nach wie vor Wortbruch, Tücke, Rechtsdiebſtahl, Korruption, kurz Alles, was das Rechtsgefühl zur Empörung treiben kann, mit gläubiger Unterwürfigkeit hin, als komme es von einer göttlichen Autorität. Eine ſolche Macht übt die Rechtswidrigkeit aus, wenn ſie ſich geheim zu machen weiß.

Die schmähliche Behandlung, verehrte Herren, welche Ihnen widerfahren ist, werden sie vielleicht auch bis an den Bundestag bringen. Sie werden es nur thun, um an einem neuen Beispiel zu zeigen, daß es keine Instanz gibt, bei welcher ein teutscher Bürger gegen die Unbilden der teutschen Reaktion Recht finden kann. Daß Ihr Gesandter in Berlin etwas spät aufgestanden, ist darum zu bedauern, weil hierdurch die Gelegenheit genommen wurde, zu zeigen, daß die Berliner Zaarschaft, welche Ihren Regenten nur als Vasallen betrachtet, auf die Einsprache von dessen Vertreter — eine solche Einsprache vorausgesetzt — im geeigneten Fall eben so wenig gibt, als auf die Einsprache eines Deputirten. Und nun der Bundestag? Was würde von dem zu hoffen sein? Selbst wenn Ihr Land besser bei ihm vertreten wäre, als es ist, würde der Bundestag nur sanktioniren, was einer seiner Befehlshaber gethan hat, und statt die teutsche Auswanderei durch ein Gesetz abzuschaffen, würde er die leidige Ausweisungsbefugniß, dieß kostbare Mittel gegen die Einheitssympathieen — teutscher Freiheit, weit eher vollends legitim machen. Etwas Kammerdebatten, gegen deren weitere Verbreitung die Zensur schon Mittel zu finden weiß, wird man eben so vorübergehen lassen, wie etwas einheitliche zensirte Zeitungsartikel, und das einige teutsche Vaterland bleibt im Einen wie im Andern in bester polizeilicher Ordnung nach wie vor.

Wir hoffen, verehrte Herren, daß mit der Zeit das teutsche Volk in Masse völlig klar über das werden wird, was es von seinen bisherigen Drängern, namentlich aber von den absoluten Regierungen zu erwarten hat. Wir hoffen, daß die Zeiten bald für immer vorbei sein werden, wo die Gewalt von der Schonung und das Volk von der Hoffnung und die Hoffnung vom Vertrauen lebte. Alles Vertrauen, allen Glauben, alle Hoffnungen, deren Keim

nur in dem Boden des Volksherzens schlummern mochte, hat man durch die Brutöfen verlogener Regierungskünste hervorgetrieben, um mit Despotenwonne die jungen Knospen wieder abreißen und den verblutenden Keim unter die Füße treten zu können. Und unser Vertrauen sollte noch immer nicht erschöpft sein? Das Wort Vertrauen muß aus dem Wörterbuch der teutschen Freiheitsfreunde ausgestrichen werden, denn es kann bei ihnen nur die Fähigkeit bezeichnen, sich bis an das Ende der Tage um die Freiheit schmählich betrügen zu lassen. Ein Jeder, der weiß, was er will, schließe seine Rechnung mit der andern Seite völlig ab und richte sein Handeln nur nach den Grundsätzen ein, die man gegen seine Feinde befolgt. Eine Unterhandlung und Vermittlung ist da nicht möglich. Wir müssen die Scheiden unsrer Waffen wegwerfen, um völlig und für immer zu siegen. Wir haben ein eingewurzeltes System uns gegenüber und mit dem unterhandelt man nicht, ihm stellt man ein anderes System entgegen. Die Grundlage dieses Systems ist zunächst die Aufklärung über die Schlechtigkeit des gegenüberstehenden und der Wille, der nicht ablassende Wille, demselben nach Vermögen möglichst viel Unterstützung in der Haltung der Einzelnen wie in der öffentlichen Meinung zu rauben. Benutzen wir jede Gelegenheit, dasselbe in seiner wahren Gestalt zu zeichnen, damit ihm die Mittel der Lüge entrissen werden, durch die es allein noch besteht. Auf dieser völlig redlichen Grundlage laßt uns operiren und wir verbinden mit einem guten Zweck zugleich ein gutes Mittel. Wo wir aber Gelegenheit haben, frei zu sprechen, da laßt uns ohne delikate Rücksicht und ohne diplomatische Schonung sprechen, sollte es auch auf Kosten unseres Style geschehen. Nehmen wir den einfachsten und geradesten Ausdruck, damit wir, was auf der einen Seite durch die genannte Lügensprache verdorben wird, auf

der andern durch eine wahre Menschensprache wieder gut machen. Schlechtigkeit ist es, was wir zu bekämpfen haben, und Schlechtigkeit soll es auch benannt werden. Wir müssen die Dinge bei ihrem wahren Namen nennen und endlich eine andere Moral einführen, als jene polizeiherrschte, welche die Welt auf den Kopf stellen will durch Rechtfertigung alles Unrechts und aller Unthaten, die von der waffengeschützten Gewalt ausgehen.

Sie werden es, verehrte Herren, uns nicht übel deuten, wenn wir unsrer Dankadresse ein Ihnen bereits bekanntes Dokument, mit Anmerkungen begleitet, folgen lassen, welches unsern Mitbürgern noch mehr, als es schon geschehen, klar machen wird, an welche zusammenhängende Ursachen diejenige unseres Danks sich anschließt.

Geheime diplomatische Denkschrift

vom Jahr 1822

über die

preußische Politik

gegen das „einige teutsche Vaterland"*).

Die Grundlagen des frühern Systems Preußens, wi: es in Bezug auf die teutschen Reichsstaaten Friedrich II. nach dem Hubertsburger Frieden feststellte, und wie solches seitdem im Wesentlichen bis zum Lüneviller Frieden bestand, haben seit dem Reichs-Deputations-Recesse und dem Wiener Kongresse wesentliche Veränderungen erfahren:

---

*) Diese Bekenntnisse einer schönen Diplomatenseele zeigen, bis zu welch einem System von Kniffen es eine Politik bringt, die nur von den Plänen eines Kabinets, statt von den Interessen eines Volkes eingegeben und nicht von dem souveränen Interesse des Volkes selbst, sondern von dem souveränen Ehrgeiz eines dynastischen und diplomatischen Ränkls geleitet wird. Diese Denkschrift, welche noch heutzutage in den Hauptpunkten als Leitfaden der preußischen Politik gelten kann, besteht, wie man es schwarz auf weiß lesen mag, von vorn bis hinten nur aus Heuchelei, Lüge und Jesuitismus der nichtswürdigsten Art. Fast in jeder Zeile predigt sie einen Kniff, und wenn wir diese Denkschrift in die eine, und die neuere preußische Geschichte in die andere Hand nehmen, so finden wir,

1) Durch die Säkulariſirung der geiſtlichen Staaten und die Mediatiſirung der meiſten kleinen Reichsſtände, und die daraus und aus dem Rheinbunde hervorgegangenen Vergrößerungen und beſſere Bewaffnung Bayerns, Würtembergs, Badens, Darmſtadts und Naſſaus.

---

was in der einen mit Worten ausgedrückt iſt, in der andern gerichtlich in Handlungen übersetzt. Volk! hier ſiehſt du es, nach welchen Grundſätzen für dein Glück geſorgt wird. Wer allein bedenkt, wie viel tauſend Menſchen betrogen, korrumpirt und kaltblütig zu Grunde gerichtet werden müſſen, um eine ſolche Politik durchzuſetzen — was Alles im Namen „Gottes" und des Volkswohls geſchieht — der wird zurückſchaudern und erbeben vor Allem, was Raiſonnirpolitik heißt. Und dies iſt die nämliche Politik, welche in neuerer Zeit ſo prahlerisch die „Ehre" an die Spitze ihrer Maximen geſtellt hat und täglich die „deutſche Treue" im Munde führt. Schmach und Verderben über dieſe „Ehre" der Ehrloſigkeit und dieſe „Treue" der Perfidie! Schade nur, daß die Denkſchrift ſich nicht auch über die Beziehungen der preußiſchen Politik zur ruſſiſchen ausſpricht; wir würden ſonſt noch eine Ausgabe merkwürdiger Aufſchlüſſe erhalten. Wer ſich durch den Schein des preußiſchen Liberalismus hat täuſchen laſſen, der findet in dieſer Denkſchrift als Auflöſung des Räthſels die klar ausgeſprochene Abſicht, unter dem Schein der Freiheitsbegünſtigung die Freiheit um ſo ſicherer zu untergraben, und den Hauptheil des belegenen **deutſchen** Volks mit dem belegenen **preußiſchen** Volk unter einer preußiſchen Zaarenkrone zu vereinigen. Wer nun alſo der Meinung iſt, daß das Volk um des Volkes willen und nicht um einer Klique hochgeſtellter Betrüger willen exiſtirt, der weiß, wie er die preußiſche (gleich der öſterreichiſchen und ruſſiſchen) Politik zu beurtheilen und wie er ihr zu begegnen hat. Dem wird und muß es zugleich klar werden, daß, wer dieſe Politik wiſſentlich unterſtützt, nicht weniger als ein Volksverräther iſt, ſei er nun ein Schriftſteller oder ein Deputirter oder ein Mann der Regierung. Freiheit, meine Herren, und vor allen Dingen freie Preſſe, oder — ihr ſeid Verräther!

2) Durch die Abtretung der Niederlande und der in Teutschland zerstreuten Besitzungen Oesterreichs, welches dadurch aufhörte, umfassende Macht zu sein, während Preußen durch sein militärisches und politisches Etablissement am Rheine, an der Saar und in Thüringen, nicht allein Nord- und Mittel-Teutschland militärisch umzingelte, sondern sogar mit Süd-Teutschland in unmittelbare Territorial-Berührung kam.

3) Durch die Theilung Sachsens.

4) Durch das entschiedene Uebergewicht, welches in Folge der seit 1803 stattgefundenen Umänderungen aller Art das protestantische Prinzip in Teutschland erhielt.

5) Durch das Entstehen einer vorzüglich jetzt von Würtemberg begünstigten Partei, welche, die Grundsätze des Protestantismus übertreibend, die repräsentativen und demokratischen Ideen als Feldzeichen wählte.

Die Folge der soeben entwickelten Veränderungen dürfte eine weit größere Beachtung sein, die jetzt in politischer Hinsicht die genannten Höfe verdienen, welche zugleich durch die soeben auseinandergesetzten Territorial-Verhältnisse weit unabhängiger, als es früher der Fall war, von Oesterreich geworden sind, während diese letztere Macht gleichzeitig durch die Säkularisationen und Mediatisationen den eigentlichen Kern ihrer Partei in Teutschland verloren hat.

Dagegen hat Preußen durch seine Festsetzung am Mittel-Rhein, durch den Besitz von Koblenz, Saarlouis und Erfurt, und durch seinen Mitbesitz von Mainz allerdings den entschiedensten militärischen Einfluß auf Nord- und Mittel-Teutschland gewonnen, zugleich aber auch durch die Theilung Sachsens und durch seine Abgränzung gegen Westen, welche seine Neider*) nur als die Mark-

*) Das Wort „Neider" ist an dieser Stelle sehr treffend. Wenn man gegen einen Räuber Vorsicht beobachtet und empfiehlt,

seine seiner künftigen äußeren Gränzen des Reichs darzustellen sich bemühen, den meisten nord- und mittel teutschen Staaten ein ge eines, schwer auszurottendes Mißtrauen eingeflößt, und im Wesentlichen, wenigstens hinsichtlich Nord- und Mittel-Teutschland, die frühere Rolle mit Oesterreich gewechselt, gegen dessen wirkliche oder vorgeschützte Vergrößerungs-Absichten die meisten Reichsstände damals Schutz bei Preußen suchten.

Die harten Schläge, welche die katholische Partei in Teutschland erfahren hat, sind unbezweifelt ganz im Interesse Preußens*) Wenn Preußen als das Haupt des Protestantismus in Teutschland angesehen wurde und wird, so ist gegenwärtig ganz Teutschland, mit Ausnahme von

---

so sagt der Ränker, man beneide ihn um die durch ihn gefährdeten Geldbeutel. Man sieht, wie es sich bei der preußischen Politik eben von selbst versteht, daß ihr Teutschland in die Klauen fallen muß, da sie ihm ganz naiv die Verleugnung abfordert, sich davor zu fürchten, und den Ausdruck solcher Furcht nur auf Rechnung der Neider schreibt. Daß gegen solche raffinirte Inkorporationspolitik sich etwas Anderes sträuben könne, als der Neid, das nimmt sie sich gar nicht einmal die Mühe, als möglich zu supponiren. Daran mag das Volk erkennen, wie viel man nach seinen Wünschen und seiner Meinung fragt. Man setzt ihre Existenz gar nicht einmal voraus. Man glaubt seiner gewiß zu sein, sobald man seiner Regierung gewiß ist, weil das Volk nicht selbst seine Regierungen bildet, sondern als deren Eigen thum betrachtet wird. Volk, trage dein Joch und fühle deine Erniedrigung!

* Die preußische Politik, Bayern gegenüber, „ist gegeben.“ Bayern war Preußen als ein Bollwerk, als ein Hinderniß gegen Oesterreich dienlich, in anderem Sinne, als z. B. Polen zum Hinderniß zwischen Teutschland und Rußland zu Ihnen bestimmt war. Um nun jenen Hinderniß, dessen katholische Beschaffenheit ihn dem Vertreter des Protestantismus gegenüber schlecht zu seiner Bestimmung qualifizirt, zu seinem Zweck geeigneter zu machen, mußte man suchen, ihn zu protestantisiren, wozu die Bahn namentlich durch die Heirath einer bayerischen Prinzessin gebrochen war.

Oesterreich, in dem Grade protestantisirt worden, daß selbst das katholische Bayern in seinem Verfassungs- und Militär-Zustande mehr sich Preußen als Oesterreich nähern dürfte.

Was endlich das Entweben der jetzt von Würtemberg begünstigten revolutionären Partei anbetrifft, so ist es wohl sehr wahrscheinlich, daß dieselbe, obgleich als Oppositions-Mittel und als sich fremdem Einflusse darbietendes Instrument gegenwärtig eine große Aufmerksamkeit verdienend, doch im letzten Resultate, vorzüglich wenn das monarchische Prinzip in Frankreich zunehmend an Festigkeit gewinnt, keinen besondern Platz neben dem Protestantismus einnah-

---

Man sieht also, wie wenig es dem Vertreter des Protestantismus um diesen selbst zu thun ist; er gebraucht ihn nur von der einen Seite zum Hebel, von der andern zum Köder bei der Durchführung seiner Plane. Darum ist es ihm nicht blos in Bayern, sondern auch in Belgien, in der Schweiz und überall zu thun, wo er protestantische Pflanzschulen angelegt hat. In Bayern hat man den Pfiff gemerkt, und dem protestantisirenden Freund einen potenzirten Katholizismus, man hat dem protestantischen Jesuitismus den katholischen entgegengesetzt. Selbst die Kölner Domdankkomödie war nicht im Stande, durch den bayerischen Romantizismus den katholischen Instinkt zu überwinden, und der König von Bayern kam nicht nach Köln. Preußen wird mit der Zeit darüber im Reinen sein, daß es sich in Bayern verrechnet hat. Eben so sehr verrechnen sich diejenigen, welche von Bayerns blosser Gegensetzung gegen Preußen etwas für die Freiheit hoffen. „In seinem Verfassungs- und Militärzustande hat Bayern sich Preußen genähert," sagt die Frankfurter. Allerdings hat es das leider gethan, und im Hinblick auf seine Konstitution muß man gestehen, daß es Preußen sogar an Polizeiregiment übertrifft. In Bayern steht das Mittelalter in bewaffneter Blouse, und wir sehen gar nicht ein, was dort unter diesen Umständen der Bildung eines dritten teutschen Absolutistenregiments noch im Wege steht. Das sollten doch diejenigen erkennen die da glauben, mit der Bevorzugung des Katholizismus gegen den Protestantismus unter der Aegide bayerischer Machthaber sei etwas zur Förderung der Freiheit getzan. Wem

men, sondern sich im Laufe der Zeit wieder mit ihm verschmelzen wird. (!?)

Das aus diesen verschiedenen Elementen herauszubildende System Preußens, hinsichtlich Deutschlands, müßte aber freilich noch immer wesentlich den Rücksichten der allgemeinen europäischen Politik untergeordnet werden, und wenn diese aus höheren Gründen, auf wahrscheinlich längere Zeit, eine enge Verbindung mit Oesterreich erheischt, so dürfte sich als Ziel des gegenwärtigen deutschen Systems für Preußen ergeben:

Einmal, gemeinschaftlich mit Oesterreich da-

---

es um politische Freiheit zu thun ist, der sucht vor allen Dingen sie in Wirksamkeit zu bringen. Läßt er sich in die Fesseln der gouvernementalen Religionsbeschützer einschreiben, so ist er mit sammt seiner Freiheit verloren; denn die bayerische Politik ist eben so wenig gesonnen, den Katholizismus, als die preußische, den Protestantismus im Interesse des Volks zu benutzen. Mit der religiösen Opposition kann die politische nur zu einem Zweck gemeinschaftliche Sache machen, zu dem Zweck nämlich, unter dem Schutz neuer Institutionen die Politik gänzlich von der Religion zu trennen und der letztern den Kampf für ihre Prinzipien auf dem Felde freier Geistesthätigkeit zu überlassen. Dort wird sie siegen, wenn sie kann, und unterliegen, wenn sie muß. Jedenfalls hat sie sich alsdann nicht mehr über geheime oder gewaltsame Verbindung zu beklagen. Erlauben also die Katholiken, daß sie die Welt wieder katholisch machen können und müssen, so mögen sie sich vor allen Dingen um freie Presse bemühen. Wenn wir uns versichert sind von der freien Presse andere Wirkungen erwarten, als sie sie gestiften wird, daß wir lieber einem bayerischen Katholizismus den Sieg wünschen, als jenem perfiden, zweizüngigen, bevölkerischen Berliner Protestantismus, denn der Katholizismus ist wenigstens etwas Ganzes, solcher Protestantismus nicht einmal etwas Halbes. Wir begreifen eben so wenig, wie ein Protestant in unserer Zeit noch „religiös" bleiben, als wie ein vernünftiger Politiker gegenwärtig und nach den gemachten Erfahrungen weniger sein kann, denn ein Republikaner.

hin zu arbeiten, daß die nächste europäische Krise Teutschland so viel als möglich einig und bewaffnet finde.*)

Ferner dabei, doch allmälig und unter der Hand, den unmittelbaren Einfluß Preußens in Teutschland wieder herzustellen, zu begründen und zu erweitern.

Nach diesen Hauptgesichtspunkten sei es erlaubt, die teutsche Politik Preußens in den drei ihr durch die Natur der Verhältnisse gegebenen Beziehungen:

1) gegen die verschiedenen einzelnen Höfe;

2) am Bundestage;

3) in Hinsicht der teutschen Nation überhaupt,

näher zu untersuchen.

Was die einzelnen mittelbaren teutschen Höfe anbetrifft, so schiene es ganz dem preußischen Interesse angemessen, in die von dem Fürsten Metternich auf dem Wiener Kongresse ausgesprochene Theilungslinie des Einflusses in Teutschland durch den Main einzugehen,

---

*) Diese Worte mögen unsere nationalen Enthusiasten für „teutsche Einheit" zu der Bekenntniß führen, was die Kabinetspolitik eigentlich unter dieser Phrase versteht. Sie will weiter nichts, als bei einer „europäischen Krise", das heißt, wenn z. B. die Franzosen der Freiheit wieder eine neue Bahn brechen, die Gesammtheit der teutschen Massenknechte vereinigt in Bereitschaft haben, um im Interesse des preußischen und österreichischen Absolutismus das Eindringen der Freiheitspropaganda abzuwehren, und dann ihre „einigen Knechte" wieder in den alten Pferch zurückzutreiben. Nur wenn wir ihnen dienen, wollen uns die Herren einig haben; reden wir von einer Freiheitseinheit, so ändern sie ihre Sprache auf der Stelle. Hoffentlich werden wir beim Eintreten einer „europäischen Krise" wissen, wie wir unsere Einheit zu verstehen haben, und den Beweis liefern, daß sich unsere Väter nicht vergebens haben betrügen lassen.

und indem man laut jede Idee eines südlich des Mains auszuübenden direkten Einflusses weit wegwiese, gerate dadurch den geeignetsten Schritt zur möglichen Erhaltung desselben zu thun.

Der nördlich vom Main gelegene Theil Deutschlands ist militärisch von Preußen umfaßt. Sachsens und Hannovers Verhältnisse sind gegeben. Indem man ferner also Kurhessen (wovon noch besonders die Rede sein wird) von der Berechnung ausschlösse, schiene Preußen hinsichtlich der übrigen kleineren nord- und mittel-deutschen Staaten ein gewisses allgemeines, in die mildesten Formen gekleidetes, sonst ausgedehntes Schutzrecht ohne Nachtheil füglich ansprechen zu können, und dürfte darin vielleicht das beste Mittel finden, diese kleineren Regierungen mit ihrer Souveränetäts-Eifersucht und ihrem unruhigen Streben nach Verbindungen im Sinne seines Systems zu leiten.

Im südlichen Deutschland bestehen, dem Interesse nach, zwei Mächte, wovon Bayern die eine, Würtemberg und Baden, obgleich nicht ohne wechselseitige Eifersucht untereinander, die andere bilden. Es schiene, daß Preußen hier vorzugsweise seine Augen auf Bayern zu richten hätte, um daß eine möglichst enge Verbindung mit diesem Staate*), dessen wohlverstandenes Interesse ganz damit

---

*) In die Stelle dieser „engen Verbindung" mit Preußen soll in die Augen und mit ihnen die übrigen konstitutionellen [illegible] Deutschlands eine Verbindung unter sich treten lassen, [illegible] sich „im Fall des Bedürfnisses" der ganze Bund freudig anschließen würde, denn es muß jedem klar sein, daß sie Oesterreich und Preußen gegenüber sämmtlich ein gemeinsames Interesse haben und daß dies Interesse kein wahres Einverständniß mit dem Auslande zuläßt. Wir verstehen unter Oesterreich und Preußen natürlich nur die österreichische und preußische Politik. Ist es aber unter dieser Politik kein Volk gibt, so hat auch die Sym-

übereinstimmte, selbst in der wesentlichen Ausführung des ehemaligen Pentbenischen Familien Paktes, das unveränderliche Ziel der preußischen Politik sein müßte; worüber Oesterreich um so weniger Eifersucht zu äußern berechtigt wäre, als Preußen dabei nur dem Beispiele, welches Oesterreich mit Sachsen gegeben, zu folgen schiene, und dadurch die so wesentliche Befestigung Bayerns in dem gemeinsamen Systeme sicherte.

An diese Verbindung knüpfte sich wohl keine passender und natürlicher, als die mit den beiden hessischen Häusern an. Durch ein unbedingtes Herüberziehen derselben in das preußische System würde eine Territorial-Verbindung mit Bayern gefunden, und Deutschland dergestalt wie mit einer Kette umzogen, so daß, ohne Hannovers und Sachsens zu erwähnen, Würtemberg, Baden, Nassau und Thüringen vollkommen militärisch umfaßt, und jenem Systeme unterworfen wären.

In dieser Stellung dürfte Preußen ferner sich gegen Würtemberg nur wesentlich zu neutralisiren brauchen. Mit Baden könnte ein allgemeines freundschaftliches Ver-

---

zahlte für dasselbe seinen Beitrag der ehemaligen Anknüpfung.) Sahen sie jene Verbindung nicht für stark genug, so seien sie darauf bedacht, sich mit freundlicher Gesinnung an die Schweiz und an Frankreich anzulehnen. Die Zeiten sind vorbei, wo die Franzosen zur Verwirklichung napoleonischer Eroberungsprojekte die Waffen ergriffen. Wenn sie wieder zu den Waffen greifen, so werden es Freiheitswaffen sein, die wir nicht zu scheuen haben, wenn wir sie nutzen zu gleichem Zwecke führen. Kommt es dahin — und es muß dahin kommen —, daß die teutsche Freiheit sich mit der französischen verbindet, so sind beide für immer gesichert und nur dann haben wir weder einen Petersburger, noch einen Wiener, noch einen Berliner Zaar zu fürchten. Dann mag es auch den übrigen Teutschen gelingen, mehr für die Preußen und Oesterreicher zu thun, als diese für sie

hältniß.*) so weit es die bayerische Verbindung gestattete, unterhalten und dazu benutzt werden, ein zu enges Anschließen Badens an irgend einen andern Staat zu hintertreiben. Das von Preußen und Hessen ganz umschlossene Nassau würde vielleicht früher oder später auch dahin gebracht werden, auf jede engere Verbindung mit entfernteren Staaten zu verzichten; so wie der von Hannover umgebene Herzog von Oldenburg in der Regel wohl nur eine Stütze in Preußen suchen könnte. Hannover selbst, ein kostbares Unterpfand der Verhältnisse mit England,**) dürfte zu schonen, ja zu schmeicheln, dabei aber doch im Geheimen zu isoliren sein. Sachsen wäre zu surveilliren, zu isoliren, dabei aber doch mit Achtung und Schonung in allen Beziehungen zu behandeln, um vielleicht im Laufe der Zeit eine Partei in Dresden zu bilden, die, wie nach dem siebenjährigen Kriege, klüglich die Vergangenheit vergessend, im Falle des Er

*) Ob die Berliner Auffassung mit diesem „freundschaftlichen Verhältniß" durch ein quoique, oder durch ein parceque in Verbindung zu bringen ist, wird bekanntlich nicht unaufgeklärt bleiben.

**) Die Verhältnisse mit diesem „kostbaren Unterpfand" haben sich unterdessen sehr geändert und Hannover ist ein englisches, statt ein preußisches Unterpfand geworden. Für die Unterstützung, die man dem „englischen Unterthan" auf dem Hannöverschen Throne bei seiner Verfassungsnoth geleistet, hat man nun einen bedeutenden Sitz in die Berliner Einheitspläne erhalten. Der Schadenersatz über diesen Gegendienst kann man sich um so eher überlassen, da der Schaden mehr eine schlechte Politik, als das Volk trifft. Die Hannoveraner haben recht, indem sie sich gegen eine Verbindung mit einem verdächtigen Nachbarn sperren, der ihnen so kurzsichtig Beweise von seiner Freundschaft gegeben, und hoffen sich werden sie so lang die Einheitspläne desselben kreuzen, bis es ihnen, wie den Andern, klar geworden, daß sie der wahren Einheit nur durch die Freiheit zugeführt werden können.

eignisse den Anschluß an den umgebenden mächtigen Nachbar anriethe. Lage, Gewohnheit und Verwandschaft scheinen die Mecklenburger für eine lange Zeit an Preußen fesseln zu müssen.

Ad 2. Das System Preußens am Bundestage, während der Dauer der österreichischen Allianz, dürfte folgende Zwecke vorzüglich zu verfolgen haben:

A. Gemeinschaftlich mit Oesterreich Teutschland eine kräftige Militär Verfassung und solche Bundesformen zu geben, um bei der nächsten europäischen Krise über die Streitkräfte der übrigen Bundesstaaten rasch und kräftig disponiren, und von denselben eine großmöglichste Unterstützung an Truppen ziehen zu können. *)

---

*) Merkt es euch, ihr Badener, Würtemberger, Bayern, Sachsen, Hannoveraner u. s. w., merkt es euch, daß ihr bei der nächsten „europäischen Krise," nicht im Interesse eurer Freiheit und eures Glücks, sondern nur im Interesse Preußens und Oesterreichs unter dem Schatten der eidgenössischen Bundesfahne zur Schlachtbank geführt werden sollt. Sie wollen blos „über eure Streitkräfte verfügen" und eine „größtmöglichste Unterstützung an Truppen" aus euern Reihen ziehen, um mit eurer Hülfe den Status quo der teutschen Anarchie zu erhalten oder gar um ihm noch eine Erweiterung zu geben. Nur darum ist es ihnen zu thun. Wenn eine „Krise" eintritt, wird hoffentlich kein Schwert zur Exekution der Berliner und Wiener Politik stehen. Einstweilen aber sollet ihr schon darauf bedacht sein, euern Verräthern das Messer aus der Hand zu winden. Ihr habt eben gelesen, daß die preußische Politik schon von einem Mitbesitz von Mainz redet. Auf diesen Mitbesitz legt sie, und zwar mit Recht, so viel Gewicht, daß sie sogar einen ihrer Prinzen als Vergeltung ihrer Projekte in die Stadt Mainz verpflanzt hat. Wer hindert euch, die Einrichtung beizubehalten, wonach gerade die gefährlichsten Glieder des „teutschen Bundes" dessen Festungen mit ihren Söld-

6. Gemeinschaftlich mit Oesterreich über die Erhaltung der Ruhe (*) in Deutschland zu wachen, zugleich das repräsentativ-demokratische System zu bekämpfen, und auf die übrigen Bundesstaaten thunlichst in dem Sinne einzuwirken, um sie zur Ergreifung und Verfolgung der angemessenen Maßregeln im Innern zu vermögen.

7. Gemeinschaftlich mit Oesterreich und kräftigst dem Einflusse der fremden europäischen Mächte, die mehr oder weniger direkt andere Bundesstaaten zu gewinnen trachten könnten, entgegen zu arbeiten, und auf die Auflösung aller Separat-Verbindungen unter den mittleren und kleineren teutschen Staaten hinzuwirken, die ihrem Wesen nach immer früher oder später der Gegenstand der Intriguen fremder Mächte werden müssen. *)

---

hingen hatte, dann [illegible] diese Denkschrift und mit dabei die [illegible] Soldaten in Mainz [illegible]. Dort das nicht, [illegible] sich mit Gewalt das Meer an die Küste schon lassen? Gehen sind noch immer die Augen nicht auf? — Will übrigens nicht einmal eine kundige Militärperson [illegible], um dem Volk auseinander zu setzen, welche bundesmilitärischen Maßregeln namentlich Preußen getroffen hat, um des südlichen Deutschlands verdächtig zu machen? Da es an Zutrauen fehlt, da es vielleicht bei dem Herrn von Radowitz zu klagen, dem eingeweihten Vertrauten der Berliner Kamarilla. —

*) Hat man unter diesen fremden Mächten auch die europäische universitas [illegible] wo die Kanone waltet, da fürchtet man keine Intriguen, wo der Freiheitsbaum aufgepflanzt wird, da ist der Heerd der Intriguen? Wir wollen uns nicht darüber verblenden, daß man auch gegen französische Intriguen auf der Hut sein müsse, aber wer mit russischen Intriguen unter einer Decke spielt, in dessen Munde hat das Wort eine andere Bedeutung. Sobald Frankreich die Macht wie den aufrichtigen Willen, Deutschland mit einem Mal frei und glücklich zu machen, so wäre das die schändlichste Intrigue, die es nur eine [illegible] Machtpolitik nur

D. Dabei aber doch möglichst alles so vorzubereiten, daß, wenn einst eine Trennung Preußens von Oesterreich erfolgen und demzufolge eine Spaltung Teutschlands*) stattfinden sollte, der überwiegende Theil der Bundesstaaten sich für Ersteres erklärte, und daß alsdann die vorhandenen Bundesformen nicht zu sehr zum Nachtheile der preußischen Partei benutzt werden könnten.

Wenn die Erreichung der Zwecke ad A, B und C ein kräftiges und gleichförmiges Wirken mit Oesterreich erheischte, so schiene die Rücksicht ad D durch nichts mehr befördert zu werden, als wenn man Oesterreich mit jenem Wirken die von demselben systematisch gesuchte Ausübung der Initiative in seinem eigenen Namen und die damit verbundene formelle Geschäftsführung bereitwillig überließe, und nur hinsichtlich der wesentlichen Punkte eine frühere geheime Einverständigung zwischen Berlin und Wien in Anspruch nähme. Nach der unveränderlichen Politik der mittleren und kleineren teutschen Staaten wird stets ihre Souveränetäts Eifersucht

---

geben kann. So alte ist nach preußischen Begriffen das Wort Intrigue zu verstehen.

*) Eine Spaltung Teutschlands' Es nimmt sich allerliebst aus, wenn die Vertreterin „teutscher Einheit" eine Spaltung Teutschlands ausdrücklich in ihr Glaubensbekenntniß aufnimmt und in Aussicht hat. „Kein Oesterreich, kein Preußen, nur ein einiges Teutschland, stark wie seine Berge!" Wahrlich, dieser österreichische Prinzentoast spricht eine große Wahrheit aus. Wenn es nämlich kein Oesterreich und kein Preußen mehr gäbe (worunter die österreichische und preußische Despotenmacht zu verstehen), dann wäre Teutschland einig und stark wie seine Berge, eher aber nicht. Einstweilen mag es über seine „Spaltung" nachdenken!

gegen die, die Souveraine zu Aufruhr nebenende Macht gerichtet werden, und bei den eben auseinandergesetzten Verhältnissen dürfte es vielleicht das einzige Mittel, den preußischen Einfluß wieder in Deutschland herzustellen, sein, jener Souveränetäts-Eifersucht einen andern Gegenstand als Preußen zu geben.

Mag Preußen dabei eine passive Rolle spielen, nur in manchen Punkten nur der österreichischen Politik zu folgen scheinen: je mehr es jenen Schein zu gewinnen glückt, vorausgesetzt, daß es dabei die Ueberzeugung aufrecht erhält, daß eine jede Gefährdung des Protestantismus und jede Territorial-Verletzung der schwächern Staaten in ihm einen unbeugsamen Widersacher finde, und daß es nie eine Verletzung der konstitutionellen Bundesformen begünstigen würde, desto sicherer wird ihm einst die Mehrheit der Bundesstaaten zufallen.*) wenn das Aufhören der preußisch-österreichischen Allianz auch den Druck, den ihr vereintes und umfassendes Gewicht ausübte aufhören läßt. Der

*) Hier haben wir also klare Rechnung vor uns. „Die Mehrheit „der Bundesstaaten wird Preußen zufallen." Seid ihr damit einverstanden, ihr bundesstaatlichen Mitbürger? Fürwahr, wenn wir frei wären, so brauchte es uns gar nicht darauf anzukommen, ob wir einem Preußen oder einem Württemberg oder einem andern teutschen Volksheil zufielen, denn auf den Namen und die Aeußerlichkeit würden wir sicher um so weniger geben, je mehr das Wesen und der Inhalt uns befriedigte. Aber wenn man sich bestimmt weiß, blos die Anechtszahl eines Potentaten und seiner Waffenspeier zu vermehren, dann bleibt man einstweilen aus natürlichen und guten Gründen lieber bei einem kleinen, als bei einem großen. Damit sind die Kurhessen und Braunschweiger sicher am Ersten einverstanden. —

freilich erst bei einer vereinzigen Trennung von Preußen sichtbar werdende Fehler des jetzigen österreichischen Systems hinsichtlich Teutschlands liegt darin, daß diese Macht seit dem Reichs-Deputations-Hauptschlusse mit dem Rheinbunde fast alle frühern Elemente einer innern Partei in Teutschland, und die Vortheile einer umfassenden militärischen Lage verloren hat, und also für seine Leitungsansprüche einen wahren und soliden Stützpunkt nur durch die Vereinigung mit dem Gewichte und der Territorial-Lage Preußens erhält.

Allerdings dürften die obigen Zwecke ad A, B und C ohne Kraft und ohne ein konsequentes Verfahren nicht zu erreichen sein, und daher schiene es ferner wichtig, auch der offenen Mitwirkung Bayerns und Hannovers sich dazu zu versichern. Es dürfte vielleicht ein gutes Mittel für diesen Zweck abgeben, daß man diesen Höfen das zwischen Berlin und Wien hinsichtlich der teutschen Angelegenheiten Verabredete, ehe es nach Frankfurt gebracht würde, anscheinend zur Billigung vorlegte, und ihnen überhaupt eine gewisse Theilnahme an der Leitung der teutschen Geschäfte einzuräumen schiene. Dadurch würde einmal das Gewicht des Systems bedeutend vermehrt, diese beiden Höfe von den mittlern und kleinern Staaten, unter denen sie sonst leicht sich eine Partei zu machen trachten könnten, isolirt, und die Eifersucht, die neben Oesterreich möglicher Weise auch auf Preußen zurückfiele, noch mehr vertheilt. Auf noch mehrere Höfe aber diese Theilnahme auszudehnen, schiene nachtheilig, weil die Vereinigung jener vier Höfe zur Erreichung des festgesetzten Zweckes vollkommen hinreichend sein dürfte, und ein Zuziehen mehrerer nur die Weitläuftigkeit der Geschäftsführung vermehrte, und diesen letztern Höfen eine Art von Wichtigkeit gäbe, die ihnen zu Theil werden zu lassen nicht im preußischen Interesse sein möchte.

Es ist in die Augen springend, daß seit längerer Zeit schon Würtemberg ein politisches System aufgestellt hat, welches mit der nicht ausgesprochenen, aber unverkennbaren Absicht eines Anschlusses an eine fremde Macht den Plänen der preußisch-österreichischen Allianz methodisch in allen Punkten entgegen zu arbeiten sucht, und durch Benutzung der gegen die beiden großen Mächte bestehenden Eifersucht der mittleren Staaten manchen derselben mehr oder weniger für sich gewonnen hat. Dieses System ist insbesondere auch der preußischen Politik durchaus entgegengesetzt, weil es sich einmal wesentlich zum Anschlusse an irgend eine ausländische Macht hinneigt, weil es unter fremdem Einflusse eine Verbindung der mittlern Staaten auch Preußen entgegen zu setzen trachtet, weil es die Rolle des eigentlichen Repräsentanten des protestantischen Teutschlands Preußen zu entreißen und dessen Einfluß auf Staaten zu entziehen trachtet, die nach geographischen Rücksichten, wie Kurhessen und andere ganz ihm angehören sollten, weil es endlich in Bezug auf die innere Staats-Regierung solche Grundsätze verfolgt, die mit den Fundamental-Maximen der preußischen Monarchie unverträglich*) sind,

*) Ob wohl die Geschichte, als sie anfing, Völker und Staaten zusammenzusetzen, für den preußischen Staat ganz aparte „Fundamental-Maximen" aufgestellt haben mag? So gut wie in diese „Denkschrift" sehen wir noch alle Tage in Zeitungen und Schriften die wohlberechnete Fabel verbreiten, Preußen habe besondere Fundamental-Maximen, von denen zum Wohl des Ganzen nicht abgegangen werden dürfe. Sie bestehen aber bloß darin, daß die preußische Politik alle Kräfte des Staats jederzeit in der Hand haben will, um ihre ehrgeizigen Machtprojekte und Vergrößerungspläne durchzuziehen. Das ist ganz einfach die Haupt-Fundamental-Maxime, eine Maxime, welche das Volk durchaus nur als Werkzeug eines Potentaten und seiner Umgebung betrachtet wissen

und nur Mißvergnügen unter den königlichen Unterthanen anzuregen abzwecken.

Es schiene, daß Preußen gemeinschaftlich mit Oesterreich, immer unter der eben erwähnten Voraussetzung einer anscheinend sekundären Rolle, aber nichts desto weniger entschieden und kräftig, auf die Auflösung dieses Systems, mit welchem keine Transaktion möglich erscheint, hinarbeiten, und dazu die ersten sich etwa darbietenden günstigen europäischen Conjunkturen benutzen müßte. Das wirksamste Mittel zu diesem Zwecke schiene eine Nöthigung Würtembergs und Badens zu sein, diejenigen Personen, welche jenes System aufgestellt und verfolgt, und die sich vorzüglich fremdem Einflusse zugänglich gezeigt haben, in den Geschäften durch andere unter den Auspicien anderer Grundsätze aus Ruder tretende Männer zu ersetzen. Auf jenen Fall dürfte es angemessen sein, die Hauptmaßregel nur gegen genannte zwei Staaten, und vorzüglich gegen

will. Deshalb darf das Volk nicht frei sein, deshalb darf es keine Rechte haben, deshalb darf es keine Verfassung erlangen, deshalb darf es nicht durch eine freie Presse über die Lage der Dinge aufgeklärt werden, deshalb muß es Tag für Tag die Pike tragen und Subordination lernen, deshalb wird es sogar in verrätherischem Freundschaftsverkehr dem Petersburger Ungeheuer bloßgestellt, mit welchem man „im Fall des Ereignisses" gemeinsame Geschäfte im Völkerverschlingen zu machen gedenkt. Wählte Preußen statt dieser gouvernementalen Fundamental-Maxime die durch seine Natur gebotene Volks-Maxime, daß es Deutschland wie Rußland die Fahne der Freiheit vorantragen müsse, so würde ihm weit eher „die Mehrzahl der Bundes-Staaten zufallen," aber diesen Weg wählt es nicht, weil es dem Egoismus der hohen Herren in die Quere käme und weil es, was ihnen zufallen soll, natürlich dem Volk zuführen würde. Was also „mit den Fundamental-Maximen der preußischen Monarchie unverträglich" ist, das ist — die Freiheit und das Recht des Volks.

Würtemberg zu richten, und gegen dieselben nöthigenfalls eben so viel Kraft, als Conciliation und Schonung gegen die übrigen zu zeigen, welche sich nur mit fortreißen ließen, und eigentlich dem fremden Einflusse fremd blieben.

Um übrigens nach Erreichung dieses Resultates dem Wiederaufleben eines ähnlichen Systems am Bundestage möglichst vorzubeugen, dürfte unter andern ein beachtungswerthes Mittel die Einführung des Gebrauchs unter den Bundesstaaten abgeben, über die designirten Bundestags-Gesandten, ehe ihre Ernennung öffentlich bekannt gemacht würde, reciprocäßig die Meinung der übrigen Bundesstaaten anzuhören. Was bei den Ernennungen der großen Höfe nur eine bloße Formalität wäre, könnte diesen auf die Wahlen der mittlern und kleinern Staaten einen wesentlichen Einfluß geben, und eine gute Zusammensetzung der Bundesversammlung würde andrerseits, da die meisten der kleinen, und selbst manche mittlere Höfe ihre politischen Ansichten größtentheils aus Frankfurt bekämen, eine um so fühlbarere Rückwirkung auf den Gang der teutschen Angelegenheiten überhaupt ausüben.

Es bietet sich hier von selbst die wichtige, gewiß eine sehr weisliche Erwägung verdienende Frage dar: Ob es im Interesse Preußens liegt, besonders auf eine vollständige Entwicklung der Bundesgesetzgebung in Bezug auf die innern Bundesangelegenheiten hinzuarbeiten? Sie scheint im Sinne des eben entwickelten Systems verneint werden zu müssen, weil, so lange die österreichische Allianz besteht, die von derselben auszuübende faktische Suprematie weit besser unter Begünstigung nicht ganz genau bestimmter und noch schwankender Formen zu ihrem Ziele gelangen kann, und im Gegentheile scharf vorgezeichnete Geschäfts-Normen von der Tendenz bei allen Veranlassungen als Hem-

nungsmittel (wie die Erfahrung es schon lehrt) benutzt werden können; während in der Hypothese einer dereinstigen Spaltung Deutschlands sehr genau und scharf bestimmte Punctesformen uns wesentliche Vortheile der im Besitz der formellen Geschäftsleitung befindlichen Macht gewähren, und die nöthigen Maßregeln unendlich erschweren könnten, welche Preußen dann im Bunde zu ergreifen angemessen finden dürfte, um eine Anwendung des Bundesmechanismus gegen sich selbst zu neutralisiren. Man möchte das Gesagte besonders und namentlich auch auf die Austrägalwege ausdehnen, wobei der preußischen Politik sich der doppelte Gesichtspunkt darbote, nicht selbst in zuviel dergleichen Prozesse verwickelt zu werden, und den kleinern Staaten Stoff zu Streitigkeiten unter einander, die sie immer wieder den großen Mächten zuführen, zu lassen.

Aus allem Obigen schiene als Rekapitulation folgende, allerdings komplizirte und bei der richtigen Behauptung die größte Aufmerksamkeit und nicht geringe Geschicklichkeit erfordernde Stellung Preußens am Bundestag hervorzugehen: im Allgemeinen möglichste Neutralisirung, jedoch stets mit der Haltung einer über die mittleren Bundesstaaten erhaben stehenden, mit Oesterreich auf gleicher Linie stehenden Macht, also vorzüglich sorgfältiges Vermeiden, Vorschläge zu machen, die später nicht durchgeführt werden könnten; in den allgemein politischen Bundesbeziehungen Ausgleichung der etwaigen Differenzen direkt zwischen Berlin und Wien, aber zu Frankfurt enges, in der Regel milderndes Anschließen an Oesterreich, wobei zuweilen, aber nicht zu oft, in populären Gegenständen ein berechneter, ostensibler und eklatanter Akt von Selbstständigkeit zu zeigen, übrigens die formelle und materielle Initiative systematisch Oesterreich zu über-

lassen, diese letztere aber um jeden Preis von den Händen der mittleren Staaten entfernt zu halten wäre; bei reinen Privatstreitigkeiten von Bundesstaaten unter einander, wobei keine allgemein politischen Beziehungen ins Spiel treten, ohne Rücksicht auf die Ansicht Oesterreichs, eine unabhängige, möglichst aufs strenge Recht gegründete Meinung *); Privatprotektionen selten, und nur wo sie höchst wesentliche Rücksichten auf die mit Preußen besonders eng verbundenen Bundesstaaten erheischen; ein **anscheinend reger Eifer für die Befestigung und Entwickelung der Reformen**, die unter der Hand aber, mit Ausnahme derjenigen, welche auf die Militärverfassung und die Stellung des Bundes gegen das Ausland Bezug haben, so lose als möglich zu erhalten wären; endlich eine freilich nur sehr allmälig, mit der äußersten Vorsicht einzuleitende Bildung einer feinen preußischen Klientelle in der Bundesversammlung.

Ad. 3. Wohl unbezweifelt dürfte es eine der Grundlagen der Politik Preußens sein, sich einen Einfluß auf die teutsche Nation überhaupt dadurch zu sichern, daß es als die eigentliche teutsche Macht und als der wahre Repräsentant Teutschlands angesehen

*) Welch eine naive Unverschämtheit liegt in diesen Worten. Wo keine „allgemein politische Beziehungen ins Spiel treten", da soll die preußische Politik „eine möglichst aufs strenge Recht gegründete Meinung" äußern (natürlich auch nur des Scheins halber), daraus folgt, daß, wo „allgemein politische Beziehungen in's Spiel treten, „das strenge Recht" nicht mehr am Platze ist. Es ist der Schlechtigkeit eigen, daß sie zuletzt das Gefühl ihrer selbst verliert und sich ganz naiv ausspricht, als könne gar kein Bedenken dabei sein.

werde. Preußen hat durch seine letzte Gebiets-Reguli-rung darauf größere Ansprüche, als es jemals früher be-saß, erworben: auf der andern Seite werden aber auch alle dahin abzweckenden Schritte durch die Allianz mit Oesterreich bedingt. Die Natur der einzigen Regie-rungsform, die allein Preußens Größe und Einfluß sichern kann, schließt schon, ohne andere Ver-hältnisse zu berühren, **unwiderruflich** *) die Begün-

---

*) Dieß „Unwiderruflich" sollte mit ellenlangen Lettern gedruckt stehen, damit die preußischen Thoren, welche noch von wirklicher Volksrepräsentation träumen, es nicht übersähen. Die preußische Politik ist in der That unwiderruflich gegen das Volk gerichtet, denn sobald das Volk auf sie Einfluß erhält, exi-stirt sie nicht mehr. Das Volk kann und wird nicht sich und den Staat zur Verwirklichung ehrgeiziger und verrätherischer Machtprojekte gegen seine Bundesgenossen für bestimmt halten; das Volk kann und wird sich nicht mit dem nordischen Barbaren verbünden, vor dessen Pestodem die zivilisirte Welt zusammen-schaudert. Solches Beginnen ist nur einem Kabinet, einer Dy-nastie, einer Klique in den „höhern Regionen" möglich. Mit Hülfe absolutistischer Staatsformen und eines Landes voll Bajon-nete das rechtlose Volk für die Kabinetsplane disponibel zu halten und diesem Verfahren durch einen lügenhaften Liberalismus den beschwichtigenden Schein populärer Regierungsbestrebungen zu ge-ben — das ist mit zwei Worten die Seele der preußi-schen Politik, das ist es, was man nicht oft genug wieder-holen kann, damit es endlich dem Volk in Mark und Balle dringe. Das ist es, was ihm unwiderruflich die Freiheit versagt, wenn es erbärmlich genug bleibt, sie sich nicht selbst erobern zu können. Die Zeiten sind noch nicht gekommen, wo die preußische Politik ihre Plane unverhüllt ins Werk setzen kann; die Konstel-lation, die Krisis (Verfall der Türkei u. s. w.), worauf man wartet, bleibt der preußischen Berechnung zu lang aus; das Volk wird ungeduldig und die Regierung wird verlegen; man sucht also die getreuen Unterthanen durch allerlei Spiegelfechtereien hinzu-halten, welche darauf ausgehen, die Sympathieen des Volks nicht

stigung der demokratisch-repräsentativen Ideen aus, welche jetzt noch so vielen Einfluß in Teutschland ausüben. Preußen kann sie wohl in allen ihren Nüancen und Folgerungen nur lebhaft bekämpfen. In diesem Kampfe aber scheint es, daß sehr sorgfältig selbst der Schein des andern Extrems, des Hinneigens zu den hierarchischen Grundsätzen der katholischen Monarchie, die dem protestantischen Teutschland stets zuwider sein werden, zu vermeiden wäre. Fest den Grundsatz der Autorität der Regierungen vertheidigend, würde Preußen doch stets die Rolle des Chefs des Protestantismus in Teutschland und auf dem festen Lande festzuhalten, d. h. als diejenige Monarchie aufzutreten haben, die den populären Formen entgegengesetzt, doch die meisten eigentlichen, liberalen Regierungs-Grundsätze hätte, die stets und überall wahre Intelligenz und Aufklärung begünstigte, welche die thätigste, festeste und einsichtsvollste Verwaltung besäße, die endlich vorzugsweise jedem Talent die ihm angemessenste Laufbahn öffnete *).

---

gänzlich durch Hoffnungslosigkeit zu verscheuchen, dasselbe aber auch nicht in der Rechtserlangung so weit kommen zu lassen, daß man ihm nicht in jedem Augenblicke wieder Alles nehmen und unbedingt über dasselbe verfügen könnte. Das ist die Situation. Man braucht sie nur zu enthüllen, um sie unhaltbar zu machen, vorausgesetzt, daß das Volk sich nicht absichtlich dagegen verblendet.

*) Hier wird abermals ein großartiges Bekenntniß abgelegt. Hier wird es ausdrücklich gesagt, daß Alles, was Preußen anscheinend oder wirklich Gutes ins Werk setzt, nicht um des Guten selbst oder des Volkes willen ins Werk gesetzt wird, sondern nur in schlauer, egoistischer Berechnung zur Täuschung der Welt und zur Vermehrung des preußischen Einflusses. Man sagt also mit andern Worten: das

Es schiene wünschenswerth, und selbst beim Festhalten der österreichischen Allianz nicht unerreichbar, daß, wie es vor dem Beginnen der französischen Revolution der Fall war, Preußen als der teutsche Musterstaat angesehen, und seine Schriftsteller wieder die tonangebenden in Teutschland würden, und dies Resultat dürfte unvermeidlich sein, sobald, wie schon erwähnt, das demokratisch-revolutionäre Treiben und die süd teutsche Schein-Konstitutionalität depopularisirt worden wäre. Es verdiente dabei eine reifliche Prüfung, ob, da jene Partei nun doch einmal an der Entwickelung und Geltendmachung ihrer Theorie vor dem Publikum nicht gehindert werden mag, es nicht rathsam wäre, sie gleichfalls nach dem Beispiel der englischen und französischen Regierungen in ihren Grundsätzen, in

---

ganze Preußen, dieser gerühmte Musterstaat, ist innerlich nichts als eine einzige große gouvernementale Lüge, und man würde sich gar nicht mehr die Mühe geben, diese künstliche Lüge zu unterhalten, wenn man seine Zwecke auf andre Weise zu erreichen wußte, oder sie erreicht hätte. Hätte man sie erst erreicht, dann würde man eine andre Sprache reden dann sollte das Volk die Wahrheit, die russische Wahrheit erfahren! Und müßte man sie auch in beruhigendes Teutsch übersetzen, sie bliebe, was sie wäre, und die preußische Regierung thronte als unbeschränkte Gebieterin über dem ausgesuchtesten Theil der Erde. Die preußische Regierung wäre und bliebe der Zweck, und das „Muster"-Volk wäre und bliebe das Mittel! Es giebt noch Menschen, die einem übel nehmen, wenn man sich stark gegen die preußische Politik ausspricht. Wie begreifen diese Menschen, wenn sie Gründen und Thatsachen gegenüber ihre Vorwürfe nicht fahren lassen, nur unter zwei Voraussetzungen, nämlich, daß sie entweder durch und durch dumm oder durch und durch schlecht sind.

ihren Leitern und ihren Organen einer indirekten, aber kräftigen öffentlichen Diskuſſion zu unterwerfen, als es nicht allzuſchwer ſein dürfte, gegen jene Grundſätze und Einrichtungen bei den beſonnenen und richtig urtheilenden Teutſchen die National-Eitelkeit und Ehreins Spiel zu bringen, indem man dieſelben, als von einer nebenbuhleriſchen Nation ausgehend, durch Bildung von Parteien im Sinne des Auslandes wirkend darſtellte *).

---

*) Dieſer Schlußpaſſus ſcheint dazu beſtimmt zu ſein, unſere hohlen Nationalen zu bekehren, die ihre Hohlheit beliebig bald mit offiziellem Franzoſenhaß, bald mit teutſcher Einheit u. ſ. w. vollgießen laſſen. Es läßt ſich keine erbarmenswerthere Situation denken, als die eines brüllenden Rheinliedſängers, der, nachdem er ſeinen nationalen Windſack im Schweiße ſeines Angeſichts geleert hat, nun plötzlich erkennt, daß ſein Patriotismus nicht bloß an ſich ſelbſt eine Lüge, ſondern auch eine fremde Lüge war, die von ſchlauen Betrügern ſeiner Einfalt aufgeſchwatzt worden. Und dennoch, wenn morgen wieder von einem Thron herab eine Phraſe von „teutſchem Weſen," „teutſchem Sinn," „teutſcher Treue" (worunter natürlich nur die Treue des Hundes zu verſtehen), „teutſcher Einheit" u. ſ. w. in die Menge geworfen wird, ſo iſt nicht die mindeſte Garantie vorhanden, daß nicht ein tauſendſtimmiges Hurrah die Antwort bildet; und bietet ſich wieder die Gelegenheit, durch eine National-Demonſtration gegen die Franzoſen das Freiheitsgelüſte des Volks einzutrommeln, ſo leicht ein eingelerntes achttägiges Nationalgewäſch der zenſurten Zeitungen hin, um Hunderttauſende wieder in den alten Dunſel zurückzuführen. Oder wird es nicht der Fall ſein? Wenn nicht, dann — wittern wir Morgenluft! Wenn beim Eintreten ernſter Zeiten euer Patriotismus nicht mehr ein offizieller, ein polizeilich eingetränkter ſein wird, dann werdet ihr beweiſen, daß ihr zum Bewußtſein eurer ſelbſt gekommen, daß ihr nicht mehr dazu vorhanden ſeid, gleich euren gouvernementalen Musketen euch beliebig laden und eure Kraft beliebig gegen Freund und Feind verblitzen zu laſſen. Dann haben wir Gewißheit, daß

sich unser Haß nur dahin richten wird, wo die Knechtschaft, nicht aber dahin, wo die Freiheit wohnt. Dann wird die Zeit für unsre Unterdrücker und Verräther vorbei sein, dann werden wir die Fähigkeit erkennen, selbst die Schöpfer unsres Glücks zu werden, und auf dem Boden des alsdann wahrhaft „einigen" Vaterlands soden die eingefahrnen Wege der Schmach, auf denen wir so lange Jahre zusammen den Zuchthauskarren der Knechtschaft geschoben, in einem einzigen Frühling der Freiheit für immer mit Gras bewachsen sein. Kommen wird dieser Frühling, er muß kommen, so wahr eine Sonne am Himmel steht. Wer ihn will, der wolle ihn auch dann, wenn unsre Feinde uns die Möglichkeit rauben, seinen Boden ohne Blut zu düngen. Wo Eins weichen muß, der Wille der Gerechtigkeit für unsre Sache oder der Wunsch der Humanität für die Mittel unsres Strebens, da weiche die Humanität! Wo die Regierungen nicht gegen die Völker, da müssen endlich die Völker Gerechtigkeit gegen die Regierungen üben. Ewigkeit ist nicht der Name für Geduld, wie Erniedrigung nicht der Name für Volk ist. O ihr Völker, wer eure Leiden überdenkt und die Nichtswürdigkeit eurer Peiniger ermißt, der weiß nicht, ob er euch mehr verachten oder bewundern soll. Ist es Feigheit oder ist es Großmuth, was euch so lang zu Tuldern macht? Ihr duldet und ihr duldet und ihr duldet — und indem ihr duldet, seht ihr in dem Spiegel der Geschichte das Bild eurer Riesenhaftigkeit und habt dennoch keine Ahnung von der riesigen Furchtbarkeit des Gerichts, das ihr verhängen werdet, wenn eure Unterdrücker keine andre Instanz mehr übrig lassen, als die Instanz der Volksrache.

Preußiſches und Teutſches.

Den

preußiſchen und teutſchen Landtagsdeputirten

gewidmet.

Die Stauung in dem Fluß der Geſchichte hat gegenwärtig einen ſeltenen Grad der Höhe erreicht. Die Reaktion hat es im bereutendſten Theil der Welt dahin gebracht, daß alle Fragen ſich auf einen Haufen drängen und mit Ungeſtüm ihre Erledigung fordern. Hier iſt es der politiſche, dort der ſoziale, dort der theologiſche Theil der Entwicklung, welcher an die Gewalt anprallt und Platz gemacht haben will. Alle Seiten im Schuldbuch der Geſchichte werden auf einmal addirt und die Rechnungen der Volksgläubiger überlaufen die gewaltbabenden Schuldner, als ſei ein Neujahr im großen Kalender der Welt ſignaliſirt. Und ſo iſt es auch. Die Menſchheit iſt im Begriff, einen neuen Ring der Kultur anzuſetzen. Es iſt wieder eine große Zeit der Geburt gekommen; ob die Entbindung morgen oder übermorgen erfolgen werde, darüber ſind die Geburtshelfer noch nicht im Reinen, aber die Schwangerſchaft iſt konſtatirt und der Junge muß an's

Licht. Die Nutznießer der alten Herrlichkeit sind in Verzweiflung. Sie glaubten die Zeit für immer unfruchtbar gemacht oder an die offizielle Keuschheit gewöhnt zu haben; aber die Zeit hat ihre verstohlene Zärtlichkeit an den Mann gebracht und jetzt ist das Unglück vor der Thüre. Der gefürchtete Erbe hat sich schon angemeldet und den Anzeichen nach wird er die Erfahrung bestätigen, daß die Kinder der verbotenen Liebe weit lebhafter und intelligenter zu sein pflegen, als diejenigen der „legitimen."

Wenn man für die politische Kultur den Anfangspunkt im Osten sucht, so stuft sie sich etwa so herauf, daß China die unterste, Rußland die zweite, Preußen die dritte Stufe einnimmt; denn das preußische Staatswesen, wie groß auch die Intelligenz und sittliche Bildung eines großen Theils der Bevölkerung sein mag, ist den Grundprinzipien nach durchaus chinesischer Natur. Eine theologisch hinaufgetriebene Stellung der Regierung gegenüber der sorgfältig gehüteten Nichtigkeit der „Unterthanen" bildet im einen wie im andern der drei Länder die Grundlage des Staatsrechtes, und sind einmal diese Grundregeln gleich, so kommt auf die gefälligere Einkleidung, auf die versecktere Anwendung derselben und auf die äußere Politur wenig an. Das gleißende Aeußere läßt vielmehr den Gegensatz zum Innern nur greller hervortreten, sobald derselbe einmal in's Auge gefaßt ist. Freilich läßt das in ihm hervortretende Mißverhältniß auch um so eher die Nothwendigkeit der Ausgleichung erkennen und voraussehen.

Das staatsrechtliche Mißverhältniß in Preußen rechtfertigt vollkommen die Stufenfolge, wonach man diesen Staat und nicht Oesterreich auf Rußland folgen läßt. Das preußische Prinzip ist verhältnißmäßig weit despotischer, thut der Bevölkerung weit mehr Zwang an, ist mit dem Geiste derselben weit weniger in Uebereinstimmung, als das österreichische. Oesterreich will despotisch sein und

unterläßt es daher, in seiner Bevölkerung eine Kultur hervorzurufen, die sich mit dem Despotismus nicht verträgt; Preußen dagegen hat neben der Herrschwillkür die Anmaßung der Kulturbeförderung und will diesen Widerspruch nicht bloß nicht anerkennen, sondern eben die Kultur der Willkürherrschaft zur Folie dienen lassen. Das ist es hauptsächlich, was sowohl an sich als in seinen Konsequenzen die preußische Politik so verhaßt macht. Hat Herr Bülow-Kummerow in seiner neuesten Schrift „die europäischen Staaten" u. s. w. etwa die Absicht gehabt, durch seine Kritik russischer und österreichischer Zustände die preußischen in ein günstigeres Licht zu heben, so konnte er sich die Mühe sparen, wenn er jenes Mißverhältniß bedachte.

Die Kultur, die gleich dem Wind ihren Umzug um die Erde hält, hat in neuerer Zeit sogar in dem erstarrten Reiche der Mitte einen Keim der Bewegung zu pflanzen verstanden. Aus dem Lande der Engel sind die Teufel gekommen, welche in dem himmlischen Reiche sich einzunisten gewußt haben, und diese Luzifer lassen sich nicht wieder hinauswerfen. Der fette Herrgott zu Peking soll seit einiger Zeit von bedeutungsvollen Ahnungen gepeinigt werden und fürchten, daß die „sehr reine Dynastie" bei eintretender Untersuchung ein wenig schmutzig werde befunden werden. Sein Gehör ist in den letzten Jahren bei seiner gespannten Aufmerksamkeit sehr scharf geworden und so soll er denn mitunter schon die schrecklichen Holzwürmer der neuen Zeit in den jahrtausendalten Säulen seiner göttlichen Herrlichkeit nagen hören. Die konstitutionellen Sendlinge John Bulls haben ihm allerlei Schreckbilder in sein erhabenes Gehirn gesetzt und er soll bereits darauf bedacht sein, beratbende Provinzialstände, vielleicht sogar mit Oeffentlichkeit, jedenfalls aber schon mit Nennung der Deputirtennamen, einzuführen. Kurz, sogar in das abgestandene Geknete des Chinesenthums ist endlich

der Sauerteig des Fortschritts gelegt und das Brod wird müssen gebacken werden.

Der siebenfüßige Mann zu Petersburg soll sich mitunter noch bedenklicher am Schnurrbart ziehen, als der fette Mann zu Peking am Zopf. In Rußland soll sich dann und wann ein furchtbares, geheimes Messerschleifen vernehmen lassen und wer ein wenig Phantasie hat, kann dort Blutströme fließen sehen, auf welchen ein Dreimaster mit der ganzen Equipage einer flüchtenden hohen Familie dahinsegeln könnte. Auf dem Kirchhofe Polen beginnen selbst vernünftige Leute an den Umgang von Gespenstern zu glauben, und wie tief man die Gräber dort auch graben mag, die Gespenster kommen immer wieder herauf und schütteln ihre Gerippe. Ein kleines Erdbeben — und der ganze Kirchhof thut sich auf, die Erde wird lebendig und der jüngste Tag der Petersburger Würggötter ist gekommen. In Rußland wird die Kultur bei ihrem nächsten Fortschritte bis an den Hals durch Blut gehen müssen; deßhalb zögert sie so lange und sucht einen Ausweg, der nicht mehr zu finden ist. Der Sauerteig ist gelegt und das Brod muß gebacken werden.

Woher so blutige Aussichten für Rußland? Wir stützen sie auf zweierlei: erstens auf die einfache Gewißheit, daß selbst die Russen, wie die Chinesen, Menschen sind, und was einmal zur Menschheit gehört, läßt sich nicht für alle Ewigkeit zum Thiere machen; zweitens aber auf die — russenfeindliche Politik des benachbarten Preußens. Der siebenfüßige Mann zu Petersburg hat sich zwar jüngst in einem Belobungsschreiben an den preußischen Gesandten auf sein inniges Verhältniß zu seinem Schwager in Berlin berufen; aber der „Rheinische Beobachter," der hinter die Koulissen sieht, hat indirekt diese Berufung sofort als eine Flunkerei dargestellt und uns belehrt, daß zwischen Berlin und Petersburg große Kälte herrsche (den Ther-

monieterſtand hat er nicht angegeben) und daß die freiſinnige Berliner Politik ſich offenbar von derjenigen zu unterſcheiden beabſichtige, welche, nachdem ſie ihr ganzes Land zu einem Gefängniß auch für Nichtſträflinge gemacht hat, zur Vollſtreckung der Gefängnißſtrafen die Verbrecher in ein beſonderes Land, Sibirien genannt, ſpediren muß. Er verſichert ſogar ganz naiv, daß in Zukunft „nicht mehr“ geheime ruſſiſche Einwirkungen u. ſ. w. bei der preußiſchen Politik Eingang finden werden. Wir hatten zwar auch ſtets eine geheime Vermuthung, daß die Berliner Politik nicht mit der Petersburger völlig gleich ſtehen wolle und die geheimen Einwirkungen nicht bis zur Einführung der Knute gelangen zu laſſen beabſichtige; da wir aber keine diplomatiſche Verbindungen haben, hielten wir unſere Vermuthungen beſcheiden zurück und freuen uns jetzt, ſie durch den kundigen „Rheiniſchen Beobachter“ beſtätigt geſehen zu haben.

So wie alſo in China und in Rußland, ſo iſt auch in Preußen der Sauerteig gemengt und das Brod muß gebacken werden. In Preußen geſchieht aber ſogar das Mengen des Sauerteiges durch die Regierung, während es in Rußland, China u. ſ. w. von unten her bewerkſtelligt wird. Das Kneten des Sauerteiges geſchieht bekanntlich in der Regel durch Fußtritte. Die Abweichung der preußiſchen Politik von der ruſſiſchen wird nach den Andeutungen des „Rheiniſchen Beobachters“ als das entſcheidende Merkmal angeſehen werden können, daß Preußen einen großen, nicht mehr zurückzuthuenden Schritt auf dem Wege des Fortſchritts gethan hat. Welche Folgen dieſer Schritt für das unglückliche, nunmehr verlaſſen daſtehende Zaarenreich haben werde, iſt oben ſchon angedeutet und wir könnten dreiſt im Beſondern noch die Revolutionirung Polens, die Wiedereinverleibung der polniſchen Provinzen in ihr Mutterland, die Eroberung der ruſſiſchen

Oſtſeeländer, die Vertheilung verbotener Bücher unter die Koſaken, die Sendung eines pommerſchen Hülfskorps nach Tſcherkeſſien, die Stiftung eines Tugendbundes in Sibirien, die Abberufung aller preußiſchen Schneidergeſellen aus Petersburg u. ſ. w. in Ausſicht ſtellen. Doch wir dürfen uns bei den auswärtigen Angelegenheiten nicht gar zu lange aufhalten, da unſere Aufmerkſamkeit von den inneren in zu groſſem Maſſe in Anſpruch genommen wird. Thun wir nun, die beiden andern Glieder der Trias, China und Rußland bei Seite laſſend und von dem hohen Standpunkte des „Rheiniſchen Beobachters" wieder herabſteigend, einen Blick auf die preußiſche Politik im Zuſammenhange ihrer neueren Kundgebungen, um darnach den Standpunkt zur Beurtheilung ihrer Zukunft zu gewinnen und zu ermeſſen, in welches Verhältniß ſie ſich zu dem neuen Ankömmling ſtellen werde, mit dem, wie oben bemerkt worden, die Zeit ſchwanger geht.

Preußen hat erſt vor etwa dreißig Jahren angefangen, den Anfang zu einer Volksgeſchichte zu machen. Bis dahin beſtand gar kein Volk, es war nur eine Dynaſtie vorhanden. Die ganze frühere Geſchichte Preußens iſt bloß Dynaſtiegeſchichte und das Volk kommt nur in Bezug auf die Art und Weiſe zur Sprache, wie es ſich hat drücken, prügeln, ausbeuten, todtſchießen laſſen. Das Todtſchießen brachte endlich in ſeinem Verhältniß eine Aenderung hervor. Die Dynaſtie, welche eine lange, zum Theil glänzende Geſchichte der Erfolge ihres Ehrgeizes und ihrer Vergrößerungsſucht hinter ſich hatte, ſah ſich plötzlich durch einen emporgekommenen bürgerlichen Artillerielieutenant, der ſich auf die Kunſt des Todtſchießens beſſer verſtand, als ſie, von der Bahn ihrer Entwürfe verdrängt und am Schluſſe ihrer Geſchichte angelangt. In dieſer Noth kam man auf den Einfall, von den „Unterthanen," die man bis dahin wie Münze beliebig aber vergebens dran geſetzt

hatte, endlich an das freiwillige Volk zu appelliren, und das freiwillige Volk half der Dynastie wieder auf den frühern Platz, ja es erhob sie noch um eine ganze Stufe höher. Aber das Volk, einmal anerkannt und sich fühlen lernend, begann jetzt ebenfalls in die Geschichte einzutreten und konnte nicht sofort auf seine frühere Stufe zurückgewiesen werden. Man suchte sich daher mit ihm auseinander zu setzen, sicherte ihm einen Antheil an der Geschichte zu und die Form dieser Zusicherung war ein „königliches Wort." Nach und nach glaubte man aber zu erkennen, daß bei der Erfüllung dieses Wortes, welches der Demokratie nach Verhältniß der früheren Zustände ansehnliche Konzessionen in Aussicht stellte, der Dynastie, welche früher die Geschichte allein besessen hatte, sowie ihren Dienern zu wenig verbleiben werde, ließ daher das Versprechen einschlafen, schuf ein hinhaltendes Ersatzmittel für das Versprochene, wodurch die Volkskraft in machtlose Ständeabtheilungen zersplittert wurde, und brachte es zu einem langen Zustand passiver Unentschiedenheit, der den Glauben erweckte, das Volk werde den Beginn seiner Geschichte wieder vergessen lernen, sich mit dem ertheilten Ersatzmittel begnügen und alles Uebrige wieder der Dynastie und ihrer im geheimen Krieg gegen das Aufkommen des Volksgeistes stark gewordenen Dienerschaft überlassen. In diesem Glauben scheint Friedrich Wilhelm III. gestorben zu sein und nahm also den eklatantesten Wortbruch der Geschichte mit in's Grab.

Aber das Volk, wie große Proben von Einfalt es auch abgelegt, hatte unter seinen geistigen Fähigkeiten wenigstens die des Gedächtnisses festgehalten, hatte im Stillen das Studium des Kalenders betrieben und ließ den 22. Mai 1815 nicht aus der Erinnerung fahren. Diesen Tag auch Andern in's Gedächtniß zurückzurufen, hatte es gewartet bis zur Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV.

Hatte man Unrecht, auf diesen König zu hoffen? Der Antheil desselben an der preußischen Geschichte nach 1815 war Wenigen bekannt, und es liefen günstige Ansichten über ihn umher. Wenn also das Volk auf ihn eine Hoffnung übertrug, die es unter dem vorigen König hatte aufgeben müssen, so konnte man ihm dieß auf seinem Standpunkte nicht übel nehmen. Zwar hätte, wer das dynastische System Preußens in seiner früheren Geschichte verfolgte und die Beibehaltung desselben in der späteren Regierung Friedrich Wilhelms III. in's Auge faßte, schon vorher berechnen können, daß dessen Sohn dieß, sogar durch ein unersetzliches moralisches Opfer aufrecht erhaltene System nicht umstoßen werde. Doch damals herrschte über das preußische System im Allgemeinen noch zu viel Unklarheit im Volke, und man schuf sich daher, die ungünstigen Anzeichen mit Vertrauen berechnend, aus den geringfügigsten günstigen Zeichen allerlei Aussichten für die Zukunft.

Ob man nun aber zur Beibehaltung dieser Aussichten ein Recht hatte oder nicht, darüber mußte man sich jedenfalls klar werden bei den ersten entscheidenden Regierungshandlungen nach der neuen Thronbesteigung. Worin bestanden diese? Zunächst wurde in einer sehr auffallenden und andauernden Weise der Tod des verstorbenen Königs zum Gegenstande einer offiziellen Volkstrauer gemacht, dessen Person auf eine ihm bis dahin von Niemand zuerkannten Stufe der Größe und Tugend erhoben, und die Pietät so übertrieben kultivirt, daß sie dem Volke fast in aufdringlicher Weise gegenübertrat und in einer Art loyaler Heiligung alles Zurückgreifen auf frühere Dinge bannen zu wollen schien. Wenn diesen Manifestationen etwa die Verkündigung gefolgt wäre, daß durch Friedrich Wilhelm III. die Erfüllung des mißlichen Versprechens seinem Nachfolger übertragen sei, so würde Zukunft und Vergangenheit zugleich eine andere Gestalt an-

genommen haben. Da aber in dieser Beziehung alle günstigen Zweifel durch die Antwort auf die Königsberger Adresse, welche letztere die Trauer um Friedrich Wilhelm III. nicht verstanden hatte, niedergeschlagen wurden, mußten wir, wenn wir Politiker waren, alle zusammen den Abstich zwischen der rühmenden Liebe gegen den verstorbenen König und dessen unerfülltem Wort uns nicht entgehen lassen und sofort in seiner wahren Bedeutung auffassen.

Noch sprechender, als diese Dinge, war die vorangegangene Veröffentlichung des „Testaments" Friedrich Wilhelms III., welche mit viel Berechnung geschah und allerlei zu verstehen gab, ohne es geradezu auszusprechen, so daß es schien, man traue der Gesetzlichkeit der „getreuen Unterthanen" zu, sie würden sich die Andeutungen zu Herzen nehmen, der neuen Herzenspolitik sich getrost in die Arme werfen und die alte Frage nicht zum Eklat bringen. In der jenem „letzten Willen" vorausgeschickten Einleitung des jetzigen Königs heißt es u. A.: „Ich bin mit Gott entschlossen, in den Wegen des Vaters zu wandeln." In dem Testamente selbst, das als ein mittelbares Regierungsprogramm dienen sollte, kommen folgende Stellen vor: „Hüte Dich (lieber Fritz) vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht, hüte Dich vor unpraktischen Theorien" (worunter damals nur die Theorien über Repräsentativverfassung zu verstehen waren; ferner die unzweideutige Anweisung: „Vor Allem mögen Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten." Wer nun einen Blick auf die russische und österreichische Politik wirft und neben einem vom Vater auf den Sohn testamentarisch und öffentlich übertragenen Einverständniß mit dieser Politik die freiwillige Einführung einer preußischen Volksvertretung für möglich hält, der muß mit gänzlicher Blindheit geschlagen

sein, so wie es das Vertrauen bis zum Blödsinn treiben heißt, wenn man hinter der Erklärung solchen Einverständnisses die ihm schnurstracks entgegenlaufende Absicht jener Einführung suchen wollte. Und doch haben wir dieß wie das andere zur Zeit fast Alle übersehen. Diesen Streich spielte dem Einen seine teutsche Ehrlichkeit, dem Andern seine teutsche Loyalität, welche beide in der Politik gleichbedeutend sind mit Einfalt.

In gleichem Sinne, wie die oben angeführten Worte, sprach sich die Anrede bei der „Huldigungsfeier" zu Berlin aus: „Wer Gewährleistung für die Zukunft verlangt, dem gebe ich diese Worte. (Es war von der Rechenschaft vor dem „allerhöchsten Herrn" die Rede. Friedrich Wilhelm III. hatte als „Gewährleistung für die Zukunft" bloß ein „königliches Wort" gegeben.) Eine bessere Gewährleistung kann weder ich noch irgend ein Mensch auf Erden geben. (!) Sie wiegt schwerer und bindet fester als alle Krönungseide, als alle Versicherungen auf Erz und Pergament verzeichnet" u. s. w. Hier wird also der Wille, es auf keine „Verfassungsurkunde" ankommen zu lassen, klar genug ausgesprochen und die Verfassungsgewähr besteht demnach in der „liberalen Souveränetät" unter der angerufenen Kontrole des „allerhöchsten Herrn."

Wer trotz allem Dem noch im Zweifel über die Absichten des neuen Regenten war, konnte sich nach der Zusammenberufung der „Ausschüsse" und der Veröffentlichung der bekannten Landtagsabschiede völlige Gewißheit verschaffen.

Wir haben diese kurze Wiederholung für nöthig gehalten, um den jesuitischen rothen Faden der dynastischen Politik nachzuweisen, der durch die neueste preußische Geschichte läuft, und um zu zeigen, daß an den leeren Hoffnungen, womit sich das preußische Volk seit einigen Jah-

ren getragen, und zum Theil noch trägt, Friedrich Wilhelm IV. weniger Schuld hat, als die Blindheit der Hoffenden. Er hat sich, trotz seiner sonstigen liberalen Redeweise und augenblicklichen Schwankungen, bei entscheidender Gelegenheit unzweideutig genug und stets in gleichem Sinne ausgesprochen, und überdieß durch die Wahl seiner Hauptminister und Räthe (Thile, Eichhorn, Arnim, Bodelschwingh, Bunsen ꝛc.), welche alle, mehr oder weniger einer reactionären und zugleich pietistischen Richtung huldigen, und dieß, den liberalen Verdächtigungen der nichtswürdigen Journalistik zum Trotze, in ihren Amtsverrichtungen wahrlich verständlich genug an den Tag legten, seinen Worten in der Praxis kein entschiedenes und nachhaltiges Dementi gegeben. Der Anschein eines solchen entsprang offenbar hauptsächlich aus der Furcht Sr. Majestät, daß das Volk seinen Hoffnungen auf die „liberale Souveränetät" zu enge Gränzen ziehen und dadurch die eingeführte Vertrauenspolitik zu sehr gefährdet werden könnte. Wenn man alles dieß nicht zeitig und allgemein genug erkannt hat, so werde man auch seiner eignen Blindheit gerecht und suche die Schuld nicht allein bei Andern. Den Andern gegenüber zeige man eben, daß man seine Blindheit abgelegt hat. Einem Prinzen von einiger Befähigung, der sich seit Jahrzehnten auf seine Thronbesteigung vorbereitet hat, kann man zumuthen, daß er sich für seine Regierung bestimmte Pläne mit einem festen System gebildet, und wenn er die Hauptgrundsätze dieses Systems nach seinem Regierungsantritt kund gegeben, so ist es Thorheit, darauf zu hoffen er werde ohne Noth nach entgegengesetzten Grundsätzen handeln.

Nachdem man über die Absicht Friedrich Wilhelms IV. keine Volksvertretung zuzulassen, im Reinen war, hatte man sich nach den Gründen dieser Absicht zu fragen. Man mußte sie, außer in persönlichen Begriffen von der

göttlichen Stellung der „liberalen Souveränetät", in dem preußischen Systeme finden, welches der neue Regent nur entweder ganz annehmen oder ganz verwerfen konnte. Dieß System ist ein rein dynastisches. Auch ohne die geheime Denkschrift vom Jahr 1822, welche als ein Markstein für die Wendung der neuern preußischen Politik gelten kann (die Gesetze über die Provinzialstände sind um dieselbe Zeit entstanden), konnte das preußische System nicht lange im Dunkeln bleiben. Die preußische Politik ist, wie die russische, eine mehr auswärtige als innere. Die innere dient als Mittel der äußern, während z. B. in Oesterreich die äußere als Mittel der innern dient. Vermehrung des preußischen Einflusses und demnächst gelegentliche Ausdehnung der preußischen Grenzen — das ist mit wenig Worten der Hauptzweck der Berliner Politik, und der Boden für dies Streben ist hauptsächlich Teutschland. Seine teutschen Projekte hat Preußen um so mehr festgehalten und erweitert, je weniger das eifersüchtige Oesterreich im Stande war, sie seinerseits zu verfolgen. Oesterreich ist zu Teutschland in durchaus defensive Stellung gerathen, während die preußische immer offensiver geworden ist. Der Plan einer preußischen Hegemonie, welcher früher nur angedeutet und geheimnißvoll behandelt wurde, liegt jetzt aller Welt, die sehen will, klar vor Augen, trotz der Unverschämtheit, womit die Preußendiener ihn abzuleugnen suchen. Aber nicht etwa eine große Idee, als deren Träger Preußen zu betrachten wäre, nicht die Freiheit des preußischen Volkes soll die Oberherrschaft erringen und eine Befreiung auch des ganzen teutschen Volkes gründen: nur der Dynastie des „Hauses" wegen sind prima loco alle Kräfte zur Vermehrung des preußischen Uebergewichts in Thätigkeit gesetzt worden, und daß es dabei nicht an Helfershelfern fehlt, die beim Gelingen ebenfalls besondere Aussichten haben, versteht sich von selbst. Nicht aus der reinen Quelle eines

hohen Menschheitsstrebens, nur aus der unreinen Quelle des Ehrgeizes, der Sucht nach Macht, Glanz u. s. w. entspringt also die wahrscheinlich von Friedrich dem Großen eingeleitete, so moralisch eingekleidete und sich so liberal gebärdende neuere preußische Politik. Was in ihrem Gange Menschliches und Volksthümliches mit untergelaufen, war nicht Zweck, sondern nur Mittel. Sogar die Kultur mußte ihr als Mittel der Unkultur dienen. Schwarz auf Weiß ist dieß Alles ausgesprochen in der erwähnten Denkschrift vom Jahr 1822, und diese Denkschrift ist nicht eher widerlegt, als bis die preußische Politik sich vom Volke abhängig macht und sich aller Mittel begibt, welche ihr erlauben, gegen den Willen des Volkes zu agiren. Preußen ist so lange Deutschlands geheimer Feind, als es nicht darauf ausgeht, von der russischen und österreichischen Kabinetspolitik getrennt, in Deutschland die Volksherrschaft zu befördern und der deutschen Freiheit seine Entwürfe einer besondern Großmacht zum Opfer zu bringen. Die preußischen Redensarten von Beschützung Deutschlands, vom Mittelpunkte deutscher Bildung, von deutscher Einheit u. s. w. sind rein gar nichts als Worte und sie werden nicht eher eine Wahrheit, als bis Preußen seine Politik von einem deutschen Parlament sich vorschreiben lassen will.

Dieß führt uns auf die Verfassungsfrage zurück. Es ist klar, daß es das angedeutete System aufgeben hieße, wenn man dem Volke wirkliche Vertretungsrechte zugestände. Das Volk würde sie zunächst benutzen, um die Abgaben zu vermindern, das kostspielige und verderbliche Militärwesen zu reduziren, das riesenhafte Verwaltungswesen zu beschneiden, den Hofluxus einzuschränken, die hohen Verbindungen zu lähmen, eine andere Haltung gegen Rußland zu erzwingen, kurz, der Kabinetspolitik nach Innen und nach Außen alle Mittel aus der Hand zu winden, welche

zu andern als zu Volkszwecken benutzt werden könnten. Alles dieß würde bereits erreicht sein, und Preußen mit Teutschland auf einer weltgebietenden Höhe der Freiheit und Volkskraft stehen, wenn das Versprechen Friedrich Wilhelms III. bei Zeiten erfüllt worden wäre. Um es dahin nicht kommen zu lassen, sondern die Entscheidung aller Angelegenheiten der Gewalt „von Gottes Gnaden" auch fürder zu sichern, zugleich aber sich nicht in ganz direktem Widerspruch mit den herausgeforderten Rechten und Ansprüchen des Volkes zu setzen, hat man berathende Provinzialstände geschaffen. Man hat zunächst das divide et impera provinzweise in Ausführung gebracht, und dann die Staatsbürger, die als solche keinen Unterscheid unter sich kennen und anerkennen dürfen, künstlich in vier Stände abgetheilt, um dieselben mit ihren verschiedenen Vortheilen und Ansprüchen unter sich in Widerspruch zu setzen, und der Gefahr zu entgehen, daß die ständischen Versammlungen, wenn z. B. einmal keine „Fürsten" und „Ritter" hineingewählt würden, zu frei zusammengesetzt werden könnten. Um diese Gefahr noch mehr zu beschränken, hat man den „Fürsten" und „Rittern" eine aller Vernunft und allem Recht Hohn sprechende Uebermacht der Stimmen gesichert. Ferner hat man dafür gesorgt, daß die eigentliche Intelligenz des Bürgerstandes gar nicht vertreten ist, und das Recht, in dem geheimen Ständesaal den Geist für das Volkswohl leuchten zu lassen, wird nur erlangt durch den geistlosen Besitz todter Erde und den Betrieb roher Handgeschäfte. Der sonstigen Beschränkungen, des Mangels an Oeffentlichkeit, der Beaufsichtigung des Petitionirens, der Unterdrückung aller Volksbetheiligung an den „Berathungen" von Männern, welche sich nach dem Minister von Arnim nur dem für sie „stets offenen Ohr ihres Königs und Herrn"*)

*) Es ist eine wahrhaft riesenmäßige Anmaßung des absolutistischen Geistes, daß Volksabgeordnete nur für diejenige Macht be-

mitzutheilen haben, der kindischen Lächerlichkeit, daß diese Männer als Volksabgeordnete nicht einmal mehr Namen haben, sondern nur als unbekannte „Referenten," „Abgeordnete des Ritterstandes" u. s. w. hinter den Coulissen handeln sollen, der fernern Lächerlichkeit, daß ihre Berathungen, durch die Filtrirmaschine der Staatscontrole gezogen, nach und nach wie eine Dachtraufe das Volk beträufeln, nachdem der Regen der Landtage längst vorüber ist, kurz aller der kleinlichen, echt preußischen Beengungen, angstvollen Berechnungen, lothweisen Abwägungen, zollweisen Zumessungen u. s. w. braucht man gar nicht erst zu erwähnen, um es klar zu machen, daß die Provinzialstände, ihrer Bestimmung wie ihrer Beschaffenheit nach, aller demokratischen Natur und Kraft entbehren, daß sie vollständige Possen sind und selbst die früher versprochene Volksvertretung und die bundesgesetzlichen Verpflichtungen geradezu verspotten. Sie thun dieß um so mehr, wenn man bedenkt, daß man zu ihrer Einrichtung den Vorwand einer „organischen" Weiterbildung aus der Geschichte heraus benutzt hat, während der demokratische Sinn unserer Vorfahren von selben ohnmächtigen berathenden Landtagen gar keine Ahnung hatte. Es wäre „organisch" gewesen, wenn man auf das frühere „königliche Wort" und die ihm vorangegangenen Verbesserungen im Staatsleben zurückgegangen wäre. Aber für das Recht kennt man keinen Organismus, wenn der Eigennutz in's Spiel kommt. Statt

stimmt sein sollen, gegen welche sie ihrer eigenen Natur nach bestimmt sind. Volksabgeordnete zu Regierungsdeputirten machen zu wollen, heißt etwa so viel, als den Gewichtstein, der einen Gegenstand die Wage halten soll, zu diesem Gegenstand in die Schaale legen. Aber alle Widersinnigkeit folgt folgerecht aus dem Grundsatze, welcher Alles in der „Ordnung" verewigt, ein Grundsatz, der in dem Herrn von Arnim einen seiner konsequentesten Ausleger gefunden hat.

sich an die unabweisbarsten Verpflichtungen und Thatsachen zu halten, hat man dem „königlichen Wort“ zuwider auch nicht einmal bei der Einrichtung der Provinzialstände das Volk konkurriren lassen, freilich aus nahe liegenden Gründen. Das Volk aber hat danach noch immer die auch in staatsjuristischer Beziehung „rechtliche“ Verwahrung, daß sie ihm gegen das frühere Gesetz und Versprechen einseitig aufgedrungen sind. Sie sind auf einen Boden gepflanzt, womit eine bessere Pflanze gewaltsam zugedeckt ist, und können schon aus diesem Grunde keine „rechtlichen“ Wurzeln schlagen. Sie lassen die Ansprüche des Volkes auf eine „zeitgemäße Volksvertretung“ ganz unberührt, schmälern daran „rechtlich“ um kein Haar, beeinträchtigen dem „Zeitgemäß“ nicht im Mindesten die wachsende Ausdehnung, und das Volk bindet sich selbst die Hände, wirft selbst sein Recht weg, untergräbt sich selbst seine Zukunft, wenn es bei einer etwa zu bildenden allgemeinen Verfassung die jetzigen Provinzialstände zur Grundlage machen läßt. Es muß eine demokratische Verfassung erringen, oder Alles von der Hand weisen. Das ist seine nächste Aufgabe, die ihm, von Vernunftgründen abgesehen, die Geschichte der letzten dreißig Jahre zugeschoben hat.

Doch wir kommen auf das System der preußischen Politik zurück. Wahre Volksvertretung ist, wie wir gesehen, mit ihm nicht verträglich, und, wie sich von selbst versteht, eben so wenig freie Presse und sonstige Freiheit der Volksbewegung. Dies ist die negative Seite seiner Mittel. Erwähnen wir nun kurz seine positiven Mittel. Die Zeiten, wo unter diesen das Schwert obenan stand, sind vorbei. Zur Anwendung desselben ist weder Muth noch eine günstige Weltlage vorhanden. Man muß vielmehr Alles aufbieten, um das Schwert in der Scheide zu halten, da es vor der Hand zu ganz andern Ergebnissen führen würde, als man beabsichtigt. Es dient daher einstweilen nur, um

nach Außen und nach Innen zu imponiren, wobei die Absicht, es bei ganz günstiger Weltlage, nach gehöriger Bearbeitung des Bodens, wirklich anzuwenden, sich im Hintergrunde hält. Die Mittel, deren sich die preußische Politik jetzt bedient, sind also sogenannte friedliche. Unter ihnen sind besonders folgende zu erwähnen:

1) Anscheinende Begünstigung des Fortschrittes in geistigen und politischen Dingen. Daß diese Begünstigung eben nur eine scheinbare ist, und sehr bald ihre Gränze erreicht, wenn sie einigermaßen ernstlich auf die Probe gestellt wird, hat sich an hundert Thatsachen gezeigt. Sobald der Fortschritt aufhören kann, Mittel des selbstsüchtigen Systems zu sein, wird er durch rohe Gewalt gehemmt. Da er übrigens in den sonstigen Staaten Deutschlands eben so wenig reelle Beförderung findet, so wird es Preußen mit größeren Mitteln immer noch leicht, geistig eine hervorragende Stellung einzunehmen, und den „Mittelpunkt deutscher Bildung" darzustellen. Diese Stellung würde aber sehr bald gefährdet sein, wenn z. B. Sachsen, Hannover, Würtemberg u. s. w., sich der Bundespolizei möglichst entziehend, der Presse mehr den Zügel schießen ließen, den Universitäten mehr Freiheit gewährten, und den ausgezeichneteren Gelehrten in dieser Freiheit ihren Wirkungskreis anweisen.

2) Anscheinende Vollkommenheit der inneren Verwaltung, wodurch nach Innen das Volk möglichst beschwichtigt, und nach Außen ein lockendes Vorbild aufgestellt werden soll. Wie es mit dieser Vollkommenheit, namentlich in Bezug auf die behagliche Stimmung, die natürliche Bewegung und das materielle Wohlbefinden des Volkes beschaffen ist, darüber ist in neuerer Zeit so viel Licht verbreitet worden, daß weitere Ausführungen hier gespart werden können. Es sei nur noch die Bemerkung angeknüpft, daß man in Preußen den Absolutismus mit Hülfe

der Verwaltung kultiviren, daß man ihn stets halten zu können glaubt, indem man ihn zeitgemäß zurecht macht. Es kommt uns dieß vor, als wollte man das Eis des Winters während des Frühlings und Sommers dadurch erhalten, daß man es mit künstlichen Blumen und Aehren überzöge.

3) Die Einwirkung auf die Bundestagsgesandten der kleineren Staaten darf man aus dem Grunde nicht zu hoch anschlagen, weil diese Gesandten in wichtigeren Dingen jedenfalls nach besonderen Verhaltungsbefehlen ihrer Höfe handeln, mithin die letzteren zu verantworten haben, was Preußen (und Oesterreich) bei ihnen durchsetzen.

4) ein Meisterstück der preußischen Politik war die Gründung des Zollvereins. Er faßte nicht bloß das teutsche Volk bei seinen nächsten Interessen, sondern gab auch Preußen, das die Leitung des Vereins in seinen Händen behielt, nach Innen wie nach Außen, ein Uebergewicht, welches in der Bundesverfassung gar nicht vorgesehen war und neben dieser sich geltend machen konnte.

Was bei den Grundsätzen, die Preußen in der Zollvereinspolitik festhält, am meisten auffallen muß, ist seine eifrige Vertretung der Handelsfreiheit. Kein Mensch von aufgeklärten Ansichten wird sich für borrirte Nationalabsperrung und ein veraltetes Schutzzollsystem erklären können; aber wenn man bedenkt, daß die Freisinnigkeit Preußens in solchen Dingen gar nicht zu seinen sonstigen Grundsätzen paßt, so wird man versucht, besondere Gründe dahinter zu wittern. Hat man etwa, um mit Holland anzufangen, sich durch die holländischen Geldleute besondere Verpflichtungen auferlegen lassen, oder hofft man, die holländischen Sympathien für besondere mögliche Fälle zu ködern? Fürchtete man die Antipathie der Engländer zu sehr zu erregen und eine neuerdings so eifrig kultivirte protestantische Liaison zu gefährden, die später, bei etwaiger Aus-

rehnung der preußischen Grenzen nach der See hin und bei einer Schilderhebung in Frankreich unentbehrlich sein würde, vielleicht auch nach einer etwaigen nothgerungenen Trennung von Rußland das russische Bündniß ersetzen soll? (Die preußische Politik möchte gar zu gerne in England populär werden; deshalb scheut sie auch Angriffe der englischen Presse am allermeisten.) Oder sucht man hinter den Grundsätzen der Handelsfreiheit Schutz für den unverantwortlichen und verächtigen Mangel an Energie, den man aus politischen oder sonstigen Rücksichten an der russischen Grenze an den Tag legt? So viel ist sicher, daß, wenn der Zollverein bloß eine französische Gränze hätte, Preußen in Handels- und Zollsachen sich nicht in den Ruf zu großer Nachsicht und Freisinnigkeit bringen würde. Frankreich, als der Sitz der grundsätzlichen Volksherrschaft, ist auch ohne die Erinnerung an die Kriege von 1806 u. s. w. Preußen weit mehr verhaßt, als unter irgend welchen Verhältnissen England sein würde, dessen konservativere Zustände mit ihren aristokratischen Elementen man im Nothfalle als ein Abfindungsmittel annehmen zu können glauben mag, ohne zu bedenken, daß sich nicht mit den Staatseinrichtungen auch die Elemente übernehmen lassen, welche in ihnen wirksam sind.

Hat Preußen übrigens mit dem Zollverein wirklich die „teutschen" Absichten, die es verkehrt, so gibt es die Leitung desselben aus den Händen und sucht dafür eine teutsche Centralbehörde zu schaffen. Es versteht sich von selbst, daß die Verhandlungen dieser Behörde unter dem Einflusse der Volksorgane stehen und nicht in der Weise der jetzigen geheimen Konferenzen gepflogen werden müßten. Es ist Sache der übrigen Vereinsstaaten, welchen die preußische Zollprotektion ohnehin schon drückend zu werden angefangen hat, auf das angedeutete Ziel hinzuarbeiten.

5) Der Protestantismus. Er dient als letzter

Reservehebel des preußischen Einflusses und Preußen würde eher sein siebenres Heer von Soldaten abschaffen, als sein knieendes Heer von Pfaffen, mit deren Hülfe es die Rolle eines „Beschützers des Protestantismus auf dem Festlande“ spielt. Doch hat es nicht bloß Beschützer, sondern auch Missionär einer Lehre sein wollen, durch welche es sich einen innern Einfluß auf jede Seele sichern zu können gedenkt, die es ihr gewinnt (Rom ist es nicht allein, das den Herrgott zum Werber macht). In jenem Streben ist denn der protestantische Werbergeist mitunter trotz aller Schlauheit zu voreilig gewesen und den Katholiken so nahe auf den Leib gerückt, daß diese eifersüchtig und aufsässig geworden sind. Es war namentlich die Kölner Affaire, welche der Berliner Politik die Ueberzeugung beibrachte, daß es zu bedenklich sei, den begonnenen Kampf gegen zwei Fünftel der Staatsbevölkerung in der früheren Weise durchzuführen. Hätte die katholische Bevölkerung aus wenigen Tausenden bestanden, so würde man schon Mittel gewußt haben, mit ihr fertig zu werden. Die zu große Zahl aber nöthigte zum Rückzug. Man schlug nun, um den Verdacht böser Absichten möglichst auf die Seite zu schaffen, ganz den entgegengesetzten Weg ein. Man gewährte (ebenso z. B. der von dem Rheinischen Landtage abgewiesene Strafgesetzentwurf wieder hinterhaltige Pläne fürchten ließ) dem Katholizismus völlig freie Hand und räumte ihm eine Selbstständigkeit ein, die er bis dahin nicht besessen hatte. Könnte sich die preußische Politik zu dem Grundsatze erheben, daß man die Wahrheit wie die Unwahrheit sich selbst und ihren Kämpfen überlassen müsse, wenn man der einen zum Siege, der andern zur Niederlage verhelfen wolle, so würde man hinter der Liberalität gegen den Katholizismus den großartigen Plan suchen können, denselben durch seine eigenen Uebertreibungen sich aufreiben und auflösen zu lassen. Man würde denken

können, sie sei zu der Einsicht gekommen, daß die religiöse Kinderwelt nur dann hartnäckig festgehalten wird, wenn man ihr die Gewalt oder Proselytenmacherei als ihre Feindin darstellen kann. Aber daß die Berliner Staatsmänner solche Ansichten gehegt hätten, als sie dem Katholizismus sogar bis in die Wohnung des heiligen Rockes unter die Arme griffen, darf man ihnen neben den sonstigen Proben ihrer Einsicht und ihres Wahrheitseifers nicht zumuthen. Vielmehr darf man hinter der neueren Politik gegen den Katholizismus nur die Furcht vermuthen und etwa den Versuch, denselben durch Nachgiebigkeit allmählig mit der protestantischen Macht zu versöhnen. Doch die Triebfeder dieser Politik mag gewesen sein, welche sie wolle, ihr Ergebniß war ein ungewöhnliches. So wie der politische Absolutismus in seiner Abwehr krankender wird, als in dem Angriffe, so wie er, wenn er seinem Ende naht, seine letzten Kräfte noch im brutalsten Despotismus zusammenzuraffen pflegt, so setzt auch der religiöse Absolutismus, worunter wir hier den Katholizismus verstehen, wenn er sein Grab vor Augen sieht, alle seine den Gott verabscheuenden Mittel mit gesteigerter Thätigkeit in Bewegung, um das Unabwendbare wenigstens hinzuhalten. Die Zusammenfassung dieser Mittel heißt sich im Jesuitismus. Der Katholizismus wird uns nun gegenwärtig ganz in Jesuitismus aufgehen, und der Jesuitismus ist seine letzte Maske. In einer Hauptsitze dieser letzten Reaktion hatte man Trier auserlesen, wo die Pfaffen einen klugen Streich zu begehen glaubten, wenn sie die Dreistigkeit und Dauer ihrer Macht durch den „heiligen Rock" auf die Probe stellen ließen. Sie hatten nicht bedacht, daß der Mangel einer Nath im heiligen Rock durch einen Riß in den weiten Mantel ihres römischen Generalismus könne ausgeglichen werden. Einer ihrer frühern Amtsbrüder kam auf den Einfall, über die

Trier'sche Komödie eine Kritik zu schreiben. Die Zeitstimmung bemächtigte sich dieses zufälligen Anstoßes und die römischen Schafe, denen es gar zu schwül in ihrem alten Stalle geworden war, begannen auf das gegebene Zeichen massenweise in einen neuen Pferch zu laufen. Da im gewöhnlichen Verlaufe die Geschichte ihre Schulden der Vernunft nur in kleinen Summen abzutragen pflegt, so muß man es von diesem Gesichtspunkte aus auch nicht verschmähen, die Entstehung des Neukatholizismus in das „Haben" zu verzeichnen, und wie gleichgültig es an sich der Vernunft auch ist, ob die Leute ohne einen Papst oder mit einem Papst „katholisch sind", so fällt wenigstens der Umstand politisch ins Gewicht, daß die Neukatholiken nicht den römischen Gebieter mit einem weltlichen vertauschen können, so lange sie nicht auf politischem Gebiete einen Schritt weiter, nämlich in den „königlichen" Protestantismus thun, so wie der fernere Umstand, daß die religiöse Unabhängigkeit, die man ihnen zugeben muß, eine Anregung für den demokratischen Geist in andern Sphären werden kann. Die theilweise begonnene Auflösung des Katholizismus kam der Schutzwacht des Protestantismus gewiß sehr erwünscht, sie hat die Leute vom heiligen Rock aber recht selbstvergnügt in's Käufichen ausgelacht, und bei der geduldeten Beförderung des neuen Glaubenszwistes kam ihr der früher aufgestellte, nach den Umständen beliebig auszudehnende oder zu beschränkende Grundsatz der Glaubensfreiheit vortrefflich zu Statten. Aber die Auswallung des heiligen Rockes hatte auch auf ihrer Seite eine Folge, welche sie eben so wenig vorhergesehen, als das Trier'sche Pfaffenthum den Neukatholizismus auf seiner Seite. Indem nämlich der Katholizismus einen Schritt vorwärts machte, that der Protestantismus desgleichen. Dieser Umstand, so wie die Exzesse katholischer Fanatiker, wahrscheinlich auch Metternich'sche und erzbischöfliche Ver-

stellungen, legten plötzlich der Beförderung der gepriesenen „Glaubensfreiheit" wieder einen Hemmschuh an, und man griff in die religiöse Entwickelung, nach alter Weise, mit der Polizei ein. Was die Furcht von der einen Seite hervorgerufen, beeilte sich jetzt die Furcht von der andern Seite zurückzuhalten. Aber es ist jetzt zu spät und die Polizei wird so wenig mehr ausrichten, als die Offenbarungsphilosophie. Der Sauerteig der neuen Zeit ist gemengt, und das Brod muß gebacken werden. Die praktische Folge für die Politik wird sein, daß die Schutzmacht des Protestantismus einen guten Theil ihrer Schutzlinge verlieren wird, die sich von ihrer religiösen Oberhoheit losmachen, wie die Altkatholiken von der Oberhoheit des Papstes. Man wird zu der Erkenntniß kommen, daß das Projekt einer Staatskirche durch die Protestanten eben so sehr gekreuzt wird, als durch die Katholiken. Preußen ist in dieser Beziehung den Engländern voraus, die trotz aller politischen Freiheit es in der Religion noch nicht einmal bis zu „Nichtkonformisten" gebracht haben. Zwar sucht man den Protestantismus noch dadurch ungetheilt in der Hand zu behalten, daß man ihm Spielraum in einer Freiheit anweist, die man früher durch Kugeln hintertrieb, nämlich in der Sektenfreiheit. Diese Freiheit soll das minimum religiöser Unfreiheit sein. Aber die Vernunft hat in der neueren Zeit so weit vorgearbeitet, daß man von der Sektenfreiheit die letzten ersten Stufen nach und nach wird streichen müssen, und wenn erst die Neuprotestanten ehelich werden und maßenweise die Heuchelei abstreifen, womit sie sich noch an die früheren Verhältnisse anklammern, dann wird auch von Amtswegen das Gebiet geräumt werden müssen, in welchem es keine Sekten mehr gibt, nämlich das Gebiet der völligen Gewissensfreiheit.

Wenn man nun die hier angedeuteten Mittel in's Auge faßt, wodurch die preußische Politik ihre Pläne vermehr-

sich zu fördern gerenkt, so muß man gestehen, daß dieselben, wie klug sie auch angelegt sind, doch alle zusammen keine Dauer haben und der Oeffentlichkeit eben so wenig widerstehen können, als der Zweck, dem sie dienen sollen. Gerade je höher sie zum Theil gegriffen sind, um so abstoßender wirken sie, sobald man ihren Zweck erkennt. Diese Erkenntniß, welche außerhalb Preußens schon ziemlich Fuß gefaßt zu haben scheint, muß die preußische Politik mit der Zeit in die größte Verlegenheit bringen und wird ihr, wenn danach gehandelt wird, am Ende keine andere Wahl lassen, als entweder, mit Beibehaltung ihrer Zwecke, und auf Rußland gestützt, den Weg der offenen Gewalt zu versuchen, was so viel heißt, als auf einmal den Hals zu brechen, oder aber, ihre Pläne aufzugeben und sich offen und gänzlich auf dem Wege demokratischer Verfassung dem übrigen Deutschland anzuschließen und einzuverleiben.

Der Verlegenheit nach Außen, die wir hier angedeutet haben, steht die eben so große Verlegenheit nach Innen zur Seite. Wir kommen durch sie wieder auf die Verfassungsfrage zurück. Die Nichterfüllung des berüchtigten „königlichen Wortes," das man endlich eingeschlafen glaubte, ist in neuerer Zeit von der öffentlichen Meinung förmlich in kriminalistischem Sinne zu Protokoll genommen worden und hat sich als ein unseliger Pfahl im Fleische der preußischen Politik gezeigt. Mag diese Politik der in jener Protokollirung liegenden moralischen Nöthigung, trotz ihren souveränen Erklärungen, nach, so gestand sie zwar zu, daß sie sich an eine moralische Pflicht hatte mahnen lassen, und räumte dem Volksgeist ein bedeutendes **politisches** Uebergewicht ein, aber sie hätte dafür noch immer eine Volkspolitik werden können; ignorirte sie die Nöthigung, ließ sie sich also **vergebens** an moralische Pflichten mahnen, so behauptete sie zwar äußerlich ihre Machtvollkommenheit,

gab aber innerlich dem Volksgeiſt ein noch bedeutenderes moraliſches Uebergewicht, und kam völlig mit ihm auseinander. Sie hat von beiden Uebeln (um dieſes Wort in ihrem Sinne zu gebrauchen) das größte gewählt.

Das „königliche Wort" hat alſo durch die Nichterfüllung dem Volke und nicht der Regierung ſeine Dienſte geleiſtet *). Die Protokollirung hat ſtattgefunden und das „königliche Wort" iſt ein Schwert in der Hand der Demokratie geworden. Die Erfüllung jetzt noch in dem früheren Sinne zu fordern, wäre Thorheit, zumal da man, die Nichterfüllung in der Hand, jetzt die Anſprüche bedeutend ſteigern kann und muß. Es kommt jetzt zwar auch noch, ſo lange die Geſchichte keinen andern Gang nimmt, auf eine ſogenannte „zeitgemäße Verfaſſung" an, aber eben ſo ſehr auf den zeitgemäßen Umſtand, daß das Volk es iſt, welches ſie erringt. Die Hauptſache iſt jetzt, daß nichts mehr oktroyirt werde. Die preußiſche Politik iſt zu rathlos und innerlich zu machtlos geworden, um den Anſprüchen des Volkes auch in friedlicher Zeit noch lange widerſtehen zu können. Mit ihrem bisherigen Syſteme kann ſie nicht mehr vorwärts und nicht mehr zurück. Sie muß dem Volke ihr Syſtem zum Opfer bringen. Wird ſie es freiwillig thun? Es wäre Thorheit, das zu glauben. Sie wird nichts geben, als was ſie geben muß,

*) Von verſchiedenen Seiten, namentlich aber von Seite der blinden Kommuniſten, iſt es beſonders mir verdacht worden, daß ich ſo viel Weſens mit dem „Königlichen Wort" gemacht habe. Ich erwiedere darauf nur dieß: Hatte das „Beim Wortnehmen" politiſche Folgen, ſo kamen wir dadurch um einen bedeutenden Schritt weiter, welches alsdann andere Fortſchritte nach ſich ziehen mußte; hatte es aber keine Folgen, ſo war das Reſultat völlige Diskreditirung der Berliner Moral in der Meinung des Volkes. Wie wichtig dieß Reſultat iſt, wird wohl die Zukunft lehren.

aber daß sie geben muß, hat sie schon an Nebendingen genug bewiesen. Trotz dem Gerede von der Unabhängigkeit ihrer Entschlüsse, welche sich nicht imponiren lasse u. s. w., sei man so versichert, wie von der Abwechselung zwischen Tag und Nacht, daß jede Konzession, die sie macht, nur eine unfreiwillige, eine durch den erwachenden Volksgeist abgenöthigte ist. Bei diesen Konzessionen sucht sie für ihr System zwar zu retten, was sie kann, aber auch diese Hoffnung wird sie aufgeben, wenn der Volksgeist ihre Verlegenheit zu benutzen weiß und Festigkeit und Konsequenz zeigt. Sie ist, wie alle Reaktion unserer Zeit, in verzweifelter Defensive, die zur Niederlage wird, sobald sie völlig enthüllt ist. Es wird die Zeit kommen, wo sie die Erfüllung ihres alten Versprechens dem Volke aufdringen möchte; natürlich ist es dann zu spät, sich auf dergleichen einzulassen. Zwei Mächte sind es namentlich, die sich im Widerstande gegen sie vereinigen müssen und deren vereinigte Opposition ihr Gesetze vorschreiben kann, nämlich der Geist der Preußen und der Geist der „konstitutionellen" Teutschen.

Fassen wir zuvörderst das Gesagte zusammen, so ergibt sich Folgendes:

1) Die preußische Politik ist entschieden und „unwiderruflich" gegen jede Verfassung, welche dem Volke eine Macht über sie in die Hand gibt, und auf die freiwillige Gewährung einer solchen Verfassung zu hoffen, ist die größte Thorheit;

2) sie handelt nach dieser Antipathie nicht bloß vermöge ihres absolutistischen Prinzips an sich, sondern hauptsächlich aus Rücksicht auf ihre Hegemonieprojekte;

3) das preußische Volk kann und darf diese Politik nicht theilen, theils weil es dadurch Verrath an der Vernunft und seinen natürlichen Rechten, theils weil es Verrath an dem übrigen Teutschland begehen würde;

Es muß also klar und entschieden in's Auge gefaßt werden, daß zwischen dem Regierungsprinzipe der preußischen Politik und dem Prinzipe des Volkes ein unvereinbarer Widerspruch obwaltet, der nur durch entscheidenden Sieg des Volksprinzips gelöst werden kann;

Es entsteht demnach die Frage, welches, ohne Hülfe einer Staatsumwälzung, die im Nothfalle immer von selbst kommt, die beste Art und Weise sei, dem Volksprinzipe den Sieg zu verschaffen, und diese Frage soll uns jetzt beschäftigen.

So wie die preußische Politik einstweilen auf moralische Wirkungen verwiesen ist, so sind es auch moralische Wirkungen, welche ihr am meisten Eintrag thun. Sie macht sich in derselben Weise geltend, wie früher ihre Militärmacht sich geltend gemacht hat, nämlich durch den Schein; sie wird aber auch dasselbe Schicksal erfahren, wie ihre Militärmacht, wenn der Volksgeist es auf eine moralische Schlacht bei Jena mit ihr anlegt. Sie besteht von der einen Seite durch den Schein, und von der andern durch die Feigheit, welche es nicht wagt, den Schein auf die Probe zu stellen. Die eigentlich moralische Unterstützung des Volkes fehlt ihr durchaus, aber sie hat das Volk so erzogen, daß es zum Theil noch selbst glaubt, es unterstütze sie.

Der schlimmste Feind der Preußen, wie der Deutschen überhaupt, ist ihre blinde Loyalität. Ein wahrhaft religiöser Kultus, der ihnen durch eine schmähliche Erziehung eingebläut wurde, wirft sie der Gewalt unbedingt zu Füßen, und sie beten sie so gut an, wenn sie Fußtritte erhalten, als wenn ihnen ein Almosen hingeworfen wird. Die einfache Wahrheit, daß die Regierung des Volkes wegen, nicht das Volk der Regierung wegen da sei, daß folglich auch, um von Anderem zu schweigen, das Volk der Regierung, nicht die Regierung dem Volke das Zeugniß

auszustellen habe, schon diese Wahrheit begreifen sie nicht, und sollte sie ihnen als tägliches Brod auf den Tisch gesetzt werden. Sie halten sich dabei, daß sie betteln müssen, wenn es ihre Rechte gilt, daß sie schmeicheln müssen, wenn sie eine Vorstellung wagen, daß sie danken müssen, wenn man sie am Leben läßt, daß sie kriechen müssen, wenn man sie mit ungnädigem Auge ansieht. Daß es eine Ungnade des Volkes geben könne, davon haben sie so wenig eine Ahnung, als daß es ein Recht des Volkes gibt. Diese Erniedrigung des Volksgefühls und des männlichen Sinnes geht durch alle Klassen; sie blüht unter den Volksvertretern wie unter den Unterthanen, unter den Schriftstellern wie unter den Volksvertretern. Wo Einer ein kühnes Wort sprechen oder eine männliche Haltung annehmen will, da wird jedenfalls bei der Loyalität die Gränze seiner Kühnheit sein. Es ist hier nicht die Rede davon, daß die bedenkliche Gesetzgebung, welche die Loyalität zu hüten bestimmt ist, leichtfertig durchbrochen werden, und die männliche Ehre sich jedesmal im Kerker erproben soll; es handelt sich hier nicht sowohl von einem Thun, als von einem Unterlassen, von einer stummen Sprache, einem passiven Demonstriren, einer schweigenden Ehrlichkeit, einem Maßhalten in der Unterwürfigkeit, welche denjenigen schändet und brandmarkt, der im Rechte ist. Das Volk ist aber immer im Recht, und es hat eben so wenig um sein Recht zu betteln, als dafür zu danken.

Die Selbstverurtheilung zur Erniedrigung, von der hier die Rede ist, zeigt sich nicht bloß in dem Benehmen der Einzelnen, sondern sie bleibt auch nicht aus beim Auftreten ganzer Massen. Ich übergehe hier das ekelhafte Hurrahschreien und Sklavengejubel, welches noch immer in Straßen und Pagoden jede Erscheinung der Gewalthaber verfolgt; wenden wir uns von der Straße zu denjenigen „Unterthanen", welche im Bürgersaale allgemeine Wünsche

oder Forderungen anzubringen haben. Der ganze Ton, in welchem dergleichen geschieht, drückt in der Regel ein so knechtisches Verzichtleisten auf jede Rechtsüberzeugung aus, daß man sich wundern muß, wie solcher Selbsterniedrigung nur noch das Recht eingeräumt wird, irgend einen Wunsch zu Papier zu bringen. Wie können in denen berechtigte Lebendige anerkannt werden, die sich bei jeder Gelegenheit nur bemühen, in „tiefster Unterthänigkeit zu ersterben"? Man möchte sich erbrechen, wenn man die unterthänigen Mäuler freigeborner Menschen von solchem Speichelfluß der Loyalität überlaufen und die Wegwerfung ihres Menschenthums in Worte kleiden sieht, die unter dem Fußtritte eines Despoten in der Kehle eines winselnden Sklaven entstanden zu sein scheinen. Man wende nicht ein, daß dies auf Aeußerlichkeiten zu viel Gewicht legen heiße. Die Festhaltung dieser hergebrachten Formen der Erniedrigung drückt es nur zu sehr aus, daß der Geist, der sich in sie kleidet, auch in sie paßt. Kein freier Mann wird sich zu irgend einem Zwecke in die Formen der Sklaverei zwängen lassen. Auch sind es gerade solche Formen, welche dem unselbstständigen Geiste der Menge imponiren; man schaffe die Formen ab und man entfesselt den Geist. Nach oben hin aber muß derjenige, welcher sich in den alten Formen selbst erniedrigt, die Ueberzeugung unterhalten, daß er in den alten Formen auch von Andern noch erniedrigt werden dürfe. Kommt man durch Abschüttelung solcher Formen in den Ruf der Illoyalität, so sorge man nur dafür, daß man Gesellschafter in dieser Tugend erhalte; die Zahl der Theilnehmer sichert jedem Fortschritte seine Geltung.

Vom Volke zu seinen Vertretern übergehend, halte ich mich, um meine Meinung klar zu machen, an ein besonderes Beispiel und wähle hierzu die Verhandlungen des freisinnigsten preußischen Landtags, nämlich des rheinischen,

über die Verfassungsfrage. Die Art, wie hier von fast allen Abgeordneten auf Erlangung einer Verfassung hingearbeitet wird, macht es zweifelhaft, ob es darauf ankomme, dieselbe für das Volk oder für die Regierung zu erlangen. Von einem Rechte und einer Forderung des Volkes ist keine Rede; nicht dieß Recht bildet den Gesichtspunkt, von welchem ausgegangen wird, sondern nur die Gnade der Regierung. Die Vertreter sprechen, wie es scheint, nicht, um die Regierung zur Annahme ihrer Ansichten zu bestimmen, sondern nur, um sich den Ansichten der Regierung möglichst zu akkomodiren, und kommt dabei nichts heraus, so bescheidet man sich mit seiner loyalen Treue und ist dann überglücklich, hierin noch das Band der Einigung zwischen „Thron und Volk" gefunden zu haben. Daß die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Volke zu bleiben suchen müsse, indem sie bei Zeiten seine Forderungen erfüllt, fällt Keinem ein; es ist nur die Rede davon, daß das Volk im Einklange mit der Regierung zu bleiben suchen müsse, indem es ihr seine Forderungen opfert oder deren Erfüllung in Bettlerweise allerunterthänigst anheimstellt. Für die Sünde jedes freien Wortes sucht man sich sofort die Absolution durch eine loyale Erniedrigung zu sichern. Man setzt sich lieber der Gefahr aus, alle Rechte und Forderungen des Volkes preiszugeben, als durch ein einziges Wort in den Verdacht zu gerathen, daß man nicht loyal genug gegen die „Krone" gesinnt sei; und wenn Einer ein freimüthiges Wörtchen für das Volk sagen will, so sei man versichert, daß er es mit einer ganzen Ladung treugehorsamer Phrasen und nichtswürdiger Schmeicheleien einhüllt. Zieht man, um in der Sprache der Krämer zu reden, mit deren Natur ein solches hündisches Feilschen und Anwedeln am ersten übereinstimmt, von dem Bruttoballen der gegenwärtigen „Rechtsvertretung" die loyale Tara ab, so kommt netto

so viel heraus, daß, wenn die Vorstellung unberücksichtigt bleibt, die Regierung nichts zu verantworten und das Volk allerunterthänigst weiter zu dulden und zu schweigen hat. Doch ich werde das Verfahren der Volksmänner an Einzelnheiten nachweisen.

Der „Referent" (von Bianco heißt der Mann) behandelt die Sache vom Standpunkte der Regierung aus. Daß er von Loyalität überſprudelt, verſteht ſich von ſelbſt. Dennoch hat ſeine unterwürfige Geſinnung Anſpruch auf Mittheilung einiger Proben. Indem er darzuthun ſucht, daß eine einheitliche Verfaſſung des Staates und die provinziellen Verſchiedenheiten nicht zu einander paſſen, entledigt er ſich folgender Weisheit: „Wo der Mittelpunkt des Staates, die Souveränität, feſtſteht, wo die Krone allfördernd den Zuſammenhang des Ganzen vermittelt, leidet auch beim Fortbeſtand der provinzialſtändiſchen Vertretung der Nationalgeiſt (preußiſcher Nationalgeiſt!) darunter nicht. Dieſer iſt weit mehr in der Gleichheit der Gefühle, der Treue, der Anhänglichkeit, welche die Staatsbürger beſeelen, in der gemeinſamen Liebe zum König und (!) Vaterland zu finden und anzutreffen. Nicht feſteres Anſchließen der Provinzen Preußens aneinander thut Noth, ſondern aufrichtiges Hingeben jedes Einzelnen an das gemeinſame große Vaterland" (d. i. an den König). Hat man je ein ſolches Sammelſurium von Argumentationen einer loyalen Konfuſion geleſen? Wo der König allein zu befehlen hat, da beſteht die Einheit nur in dem Gehorſame gegen dieſe Befehle, und die Kultivirung dieſes Gehorſams iſt die beſte Kultivirung der Einheit. Das iſt mit zwei Worten des Pudels Kern. Um dieſen Kern der Verſammlung beizubringen, wirft der loyale Redner „Souveränität" und „Nationalgeiſt", „König" und „Vaterland", „Hingebung" und „Staatsbürgerthum" in einen Topf zuſammen

und ist der festen Meinung, daß seine Gäste glauben werden, alle Volksrechte zu sich genommen zu haben, wenn sie, wie er, das Maul recht voll von Hingebung an die „Souveränetät" nehmen. Und seine Zumuthung ist, wie sich später zeigen wird, im Allgemeinen durchaus nicht am unrechten Orte. Die Herren sind fast alle zusammen mit ihm darüber einverstanden, daß die „Souveränetät fest recht," und demgemäß könnten sie eben so gut russische als preußische Provinzialstände bilden. Blicken Sie nach Rußland, Herr von Bianco, und freuen Sie sich der wohlthuenden Erscheinung, wie dort die „Souveränetät fenücht," mittelst der Knute und der Ukase „die Krone allfördernd den Zusammenhang des Ganzen vermittelt" und den „Nationalgeist" kultivirt. Dort bedarf man zu diesem Kunststück nicht einmal der Provinzialstände, geschweige der Reichsstände. Der Herr von Bianco, der sich bei gleichgültigen Gelegenheiten mitunter freisinnig geberdet, möge erkennen, daß sein provinzialständisches Herz ein vollständig russisches ist.

Mit den angeführten Redensarten hätte selbst der loyale „Referent" sich begnügen können. Aber er beschenkt uns u. A. noch mit folgenden: „Unser einsichtsvoller Monarch wird vom höhern Standpunkte aus zur rechten Zeit die schwierige Aufgabe zu lösen wissen, die Prinzipien des Fortschritts und des Erhaltens in ein glückliches Gleichgewicht zu stellen." Dann spricht er von der „Thatkraft unseres freisinnigen Oberrichters," von dem „erhabenen Gemüthe unseres Königs," von dem „Bande zwischen Fürst und Volk," von den „Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung gegen einen guten und gerechten König," und schließt endlich mit folgender Stylprobe: „Treuer Ausleger des Volks, welches ihm vertraut, wird er (nämlich der König) als seinen lieblichsten Wunsch zur rechten Zeit die politischen Reformen verkünden, die uns wahrhaft ersprießlich

sind." Was ist das, ein „Ausleger des Volks?" Ist das Volk ein symbolisches Buch, welches ausgelegt wird? Und wem wird es ausgelegt? Dem Buch selbst, „welches ihm horcht!" Das sind mir schöne Staatstheorien, die sich in solchen Unsinn einkleiden. Und dann der „lieblichste Wunsch!" Er erinnert an die süßliche Sprache der katholischen Gebetbücher, worin von der Lieblichkeit des Herrn u. s. w. die Rede ist. Die Uebereinstimmung dieser Redewesen ist übrigens nicht bloß eine äußerliche, denn dem Herrn Referenten ist der Staat ein Stück Theologie und sein irdischer Herrgott ist der Inhaber der „Souveränetät." Doch auf die Staatstheorien solcher Volksmänner einzugehen, kann Einem nicht mehr einfallen.

Der im Allgemeinen freisinnige „Korreferent" (von Beckerath), welcher dem Verkünniger des „lieblichsten Wunsches" folgt, kann sich nicht enthalten, sogleich im Eingange schon von des „hochseligen Königs Majestät" und seinem „erhabenen Nachfolger" zu reden. War es denn mit dem verstorbenen und regierenden König nicht genug? Gehören solche Redensarten durchaus zur Sache? So wenig, als die Versicherung, daß die Worte des Volksabgeordneten „dem treuesten Herzen entquollen" seien. Entquollen! Um die Rechte des Volks handelt es sich ja allein, nicht um das Quillen der Treue, und wer von dem Volk „Treue" erwartet, der beweise sie ihm zuvor. Das vom Korreferenten beantragte Petitum lautet folgendermaßen: „In tiefster Unterthänigkeit nahen die getreuen Stände dem Throne, um (zuerst und hauptsächlich, oder vor allen Dingen) ihren unverbrüchlichen Gehorsam gegen den Königlichen Willen, **dem die Geschicke des Vaterlandes anheim gegeben sind,** und zugleich (gleichsam nebenbei, als Nebensache) die ehrfurchtsvolle Ueberzeugung (wie kann eine Ueberzeugung ehrfurchtsvoll sein?) auszusprechen,

daß die Ausführung der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Mai 1815, wie sie als ein dringendes Bedürfniß der Gegenwart erscheint, zugleich das Werk einer glorreichen Vergangenheit vollenden, das Vaterland zum Gipfel seiner Größe erheben und der dankbaren Liebe des preußischen Volks zu Ew. Maj. eine unvergängliche Dauer sichern würde. Die getreuen Stände glauben, einem unabweisbaren Gebote der Pflicht durch diese Darlegung zu genügen und bitten Ew. königl. Maj. in tiefster Ehrfurcht, dieselbe in Allerhöchste Erwägung zu ziehen." Aber, Herr von Beckerath, wie konnten Sie selbst ein Petitum vorschlagen? Wie konnten Sie, mit allem Streitzeug des Rechts versehen, sich an einen „Willen" wenden, dem „die Geschicke des Vaterlandes anheim gegeben" seien? Wären Sie bereit, diesen Satz als einen Rechtssatz zu vertreten? Was bringen solche Wendungen dem Volke ein? Wird nicht dadurch dem Volke sein Recht unter der Hand eskamotirt? Wie wäre es, wenn Sie das Gesuch etwa folgendermaßen gefaßt hätten: „Die Ständeversammlung erinnert den König an das mit der Regierung auf ihn übergegangene „Königliche Wort" seines Vorgängers, dessen Erfüllung die eine politisch wie moralisch unabweisbare, Pflicht der Regierung ist und, wenn auch die vorangeschrittenen Rechtsansprüche des seit dreißig Jahren harrenden Volks nur im beschränktesten Maße befriedigen, doch als ein Beginn fernerer Reformen einstweilen noch willkommen geheißen werden würde." Ein solches Petitum würde zwar aller Wahrscheinlichkeit nach wenig Anklang bei den überlovalen Herren der Versammlung gefunden haben; aber es hätte jedenfalls wirksamere Erörterungen veranlaßt und einen größern moralischen Effekt gehabt, als das andere. Es hätte bei der einstweiligen Abdeckung des Rechtsgebiets ein Zeichen aufgepflanzt, welches in der Zukunft ein guter Anhalt werden konnte.

Nach Herrn von Beckerath läßt ſich der Landtagsmarſchall vernehmen, den wir als eine zur Loyalität von vornherein verurtheilte Perſon ganz übergehen. Sodann kommt ein „Abgeordneter der Städte“ (Namens Münch) an die Reihe, welcher ſeinen Wählern ein wenig ſchmeichelhaftes Zeugniß ausſtellt, indem er ſeine Einwendungen gegen den Verfaſſungsantrag zunächſt durch das Geſtändniß begründet, daß er „einen in der praktiſchen Ueberſicht des vorliegenden umfaſſenden Gebiets beſchränkten Standpunkt einnehme.“ Daß ſich an dies allerdings ſehr beſchränkte Motiv dasjenige der Rückſicht gegen den ſouveränen Willen anſchließt, wird Niemanden Wunder nehmen. Nachdem Herr Münch durch einige Redensarten über „königlichen Willen,“ „königliche Worte,“ „Thron,“ „Pietät“ und „Ehrfurcht gegen die Majeſtät“ hindurch geſtolpert, faßt er endlich Poſto und ſammelt ſeine Anſicht dahin: „dem gerechten Sinne und der Weisheit unſeres erhabenen Landesvaters die Löſung jener Frage vertrauensvoll zu überlaſſen, zu vertrauen auf das königliche Herz, daß dieſes, ſo wie es bei dem verewigten Vater (weſſen Vater? des „Abgeordneten der Städte?“) nach den glorreichen Kämpfen von 1813 und 1814 aus eigner Bewegung ein Verſprechen gab, welches dem Volk (!) ſo theuer iſt, auch bei dem von Gott berufenen vortrefflichen Sohne und Nachfolger jenes Verſprechen nicht vergeſſen habe (nämlich das Herz, beim Vater und beim Sohn), vielmehr geneigt ſei (noch immer das „Herz,“) u. ſ. w., und die Entwickelung aller Volksklaſſen, welche es (das Herz) mit gleicher Liebe umfaßt (unumgängliche Redensart), durch zeitgemäße Reformen und Garantieen zu ſichern. Zu dieſem hingebenden Vertrauen, auf welchem nach meiner innigſten Ueberzeugung das Heil des Volks beruht, ſind wir fortwährend durch unzweideutige (ſ. oben) Beſinnungen unſeres Monarchen berechtigt und verpflichtet

u. ſ. w." Der Redner würde ſicher keine Einwendungen machen, wenn man etwa folgenden Antrag ſtellte: „Der König ſtammt von Gottes Gnaden und iſt eine irdiſche oder politiſche Verkörperung Gottes. Bei Gott ſtellt man keine Anträge und gegen Gott hat man keine Rechte geltend zu machen. Man hat nur ſeiner unerſchöpflichen Weisheit zu vertrauen und zu ſeiner unausſprechlichen Gnade zu beten. Daſſelbe Verhältniß muß daher auch der Majeſtät des Königs gegenüber eintreten. Von dieſem Geſichtspunkt aus wird es als eine zu weit gehende Nachgiebigkeit zu betrachten ſein, daß man uns in den Fall der Anmaſſung geſetzt hat, dieſen Saal zu einem Sitzungsſaale beratbender Stände zu machen und unſern Rath der königlichen Majeſtät aufzudringen. Ich trage daher darauf an, daß dieſer Saal in eine Kirche der Loyalität und jeder Seſſel in eine Bank zum Knien umgewandelt werde, auf daß in Zukunft die Volksvertreter ihre Aufgabe durch ſtilles Gebet voll „hingebenden Vertrauens" und vorläufiger Dankbarkeit vor der aufgeſtellten Büne ihres königlichen Herrn erfüllen können. Amen."

Ein anderer „Abgeordneter der Städte" (zu unſerm Bedauern Herr Kamphauſen) ſucht, in der Art der zenſirten Zeitungsartikel, ſeinen Bemerkungen Bahn zu brechen durch vorangeſchickte Ergießungen über das „warme Herz unſers Königs," „Sein reiches Gemüth," „Seinen hohen Geiſt" u. ſ. w. Er will in ſeinen Anträgen ſogar „eine Pflicht perſönlicher Hingebung" an den König erblicken. In des Teufels Namen, meine Herrn, beſteht denn für Sie gar kein Volk? Wer heiſcht Sie, als Volksvertreter zum Beweggrunde Ihrer Handlungen „perſönliche Hingebung" an die Staatsgewalt zu nehmen? Perſönliche Hingebung an das Volk und ſeine Rechte wird Ihnen beſſer anſtehen. Der Redner kommt nach allerlei Windungen auf den Zweck der Repräſentativ-Verfaſſungen und

will ihn in der „Harmonie zwischen dem Monarchen und den Unterthanen" erkennen. Hätte er seine übertriebene Loyalität bei Seite gelassen, so würde ihm sein Verstand gesagt haben, daß der Zweck der Volksvertretung die möglichste Verwirklichung des Volkswillens, also die möglichste Förderung des eigentlichen Volkswohles sei. Wollte er auch jene „Harmonie" zur Sprache bringen, welche zwischen „Monarchen" und „Unterthanen" sittlich gar nicht denkbar ist und nur in der zeitgemäßen Verwirklichung der Volksrechte mit entsprechender Aufgebung der Regierungsvorrechte begründet sein kann, so hätte er sie höchstens als die Folge der Erreichung besagten Zweckes darstellen können. Mit zwei Worten: ist das Volk Zweck, oder die Regierung? Kann die Regierung vernünftigerweise etwas anderes sein, als Mittel des Volkszwecks? Kann folglich jene „Harmonie" Folge von etwas Anderem sein, als von der Erreichung des Volkszwecks? Aber der erste Blick der Herren ist immer auf die Gewalt gerichtet, wie der erste Blick der Zeitungsschreiber auf die Zensur, und durch die Rücksicht auf die Gewalt lassen sie sich alle Logik und die einfachste Wahrheit noch auf den Lippen zum Gegentheile herumdrehen. Freilich wird sich über die letztere wie die erstere auch aus andern Gründen noch mit einem Redner streiten lassen, der „eine Vertretung des Volks nothwendig erachtet," dabei aber „die Lehre von der Volkssouveränetät verurtheilt" und zugleich erklärt, „der Weisheit, dem freien Entschlusse unseres königlichen Herrn müsse anheimgestellt bleiben, was er in Bezug auf die Rechte und Pflichten einer künftigen reichsständischen Versammlung anzuordnen für angemessen halten werde." Wie aber, wenn der „königliche Herr" sich plötzlich für Volkssouveränetät erklärte, wie es indirekt schon sein Ahn gethan hat? würde der „Abgeordnete der Städte" sie dann auch noch „verurtheilen?" Er würde sie wahrscheinlich

aus „perſönlicher Hingebung“ anerkennen. Muß übrigens Alles dem „königlichen Herrn“ anheimgeſtellt werden, warum ſtellt dann der Abgeordnete von Köln nicht die ganze Frage kurzweg anheim? Wozu denn noch Anträge und Vertretung des Volks? Die „Weisheit,“ welche über die „Rechte“ der Volksvertretung entſcheiden ſoll, wird auch über die Nothwendigkeit derſelben zu entſcheiden wiſſen und der „Weisheit“ eines „Abgeordneten der Städte“ gar nicht bedürfen, der, es mag zugeſtanden oder vorenthalten werden, was da wolle, ohne gefragt zu ſein, ſich mit groſſer Oſtentation dafür erklärt, daß „dem Monarchen nachher wie vorher unſere volle Treue, unſer voller Gehorſam gebühre, daß wir ihm nachher wie vorher unſere volle Treue, unſeren vollen Gehorſam bewahren werden.“ Folgerechter Weiſe würde Herr Kamphauſen ſich von einem Nero „voll Treue und Gehorſam“ auf das Schaffot ſchicken laſſen, wenn er einen Nero zum Monarchen erhielte. Es iſt ſchwer zu begreifen, wie Herr Kamphauſen ſeinen Vortrag mit ſeinen Antrag reimen will, der, wenn auch noch ſo loyal diplomatiſirend, doch der Abſicht nach illoyal erſcheinen muſte. Die negative Ehre, welche dem Antragſteller bei einer ſpätern Gelegenheit zu Theil geworden, hätte er jedenfalls billiger haben können, als um den Preis ſo groſſer Loyalität.

Dem Herrn von Lee, welcher nunmehr das Wort nimmt, muß man das Zeugniß geben, daß er ſich in Sachen der Loyalität dießmal ziemlich gut benommen hat. Er kann überhaupt mit ſeiner ungenirten Sprache manchem „Abgeordneten der Städte“ zum Muſter dienen. In ſeinem Auftreten ſpricht ſich jedenfalls perſönliches Bewußtſein aus, und wo er beſondere Loyalität verbraucht (wie z. B. im Jahr 1837 bei den Berathungen über die „Autonomie“), da verbraucht er ſie mit einer ſelbſtiſchen Berechnung, welche über das breiweiche Altweibergefühl der bürgerlichen

Loyalität hoch erhaben ist. Er weiß, daß auf die demüthigen bürgerlichen Herzen solche Mittel die meiste Wirkung ausüben, und der Zweck seiner Wirksamkeit geht bloß dahin, mit Hülfe jener Herzen den Adel in die Höhe zu bringen. Dieß ist es, was auch ihm das Uebergewicht der verhaßten Büreaukratie lästig macht, dieß ist es ferner, was ihm von der einen Seite zum Kämpen des der Regierung inveniirenden Ultramontanismus wappnet, während es ihn von der anderen Seite gelegentlich für die „Rechte der Krone" u. s. w. begeistert. Er will von der einen Seite freisinnig erscheinen, um als Stütze der Oppositionellen möglich zu bleiben, und von der anderen Seite will er unbeschnittene „Rechte der Krone," weil er unbeschnittene Rechte des Adels will. Ein katholischer Tory am Rhein zu werden und als solcher eine gewisse adliche, halbliberale Zwischenfeuerämtchen auszuüben mit allen den täglich sich geltend machenden Attributen der Obergewalt, nämlich der „Huldigung," des „Vertrauens," der „Hingebung," des „patriarchalischen Gehorsams" u. s. w., das erscheint dem Herrn von Lee als das höchste Ziel eines durch äußere und innere Mitgift zu freiem, unabhängigem Streben berufenen Menschen. Der Herr von Lee macht sich weit kleiner, als er ist, indem er sich größer machen will. Vielleicht trägt seine Erziehung die Schuld. Dem Lob übrigens, das wir ihm dießmal wegen seiner Mäßigung in der Loyalität ertheilen, müssen wir ein Gegengewicht entgegensetzen durch Hervorhebung seiner Logik. Die Logik ist es in der Regel, über welche die Verfechter der mittelalterlichen Lehren zuerst stolpern, und dieß Unglück begegnet auch sehr häufig dem Herrn von Lee. Wer noch keine Logik studirt hat, der mache seinen Kursus mit folgender religiös politisch sozialen Ausführung.

„Die Gleichheit aller Menschen hat allerdings einen tiefen und wahren Sinn. Es ist eine religiöse Wahrheit,

die Jeder wohlthut, zu beherzigen. Wer sich dessen bewußt ist, wird vor Allem den Grundsatz beachten: Was du nicht willst, daß dir geschehe, das thue auch keinem Andern. Er wird sich dadurch bewogen finden, in jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu sehen, und ihm ohne Unterschied der Farbe, des Standes und der Religion, so weit es seine übrigen Pflichten gestatten, dasjenige leisten, was er im gleichen Falle selbst zu erhalten wünschen würde."

„Dieß ist der Grundsatz der Gleichheit, wie ihn die Lehre des Christenthums feststellt. Dieser Grundsatz hört aber auf wahr zu sein, sobald er in das Weltliche übersetzt, (sehr naiv!) und hier zum Umsturz des Rechts und der Freiheit gemißbraucht werden soll. Er gestaltet sich dann zur Karrikatur jener christlichen Wahrheit, und führt nothwendig zu der bekannten Lehre: Einem Jedem nach seiner Fähigkeit und einer jeden Fähigkeit nach ihren Werken. Es gibt also keine Wahl; entweder gleiche Gerechtigkeit, d. h. Heiligkeit jedes Besitzes und Eigenthums, oder gleiche Rechte, das heißt, Krieg der Armen gegen die Reichen."

„Ich sage deßhalb nicht, daß der Begriff von Gleichheit in seiner wahren und christlichen Bedeutung nicht auch auf dem Gebiete des Staates seine Bedeutung haben müsse. Jedem muß das Seinige gegeben und gelassen werden, und für Alle muß eine gleiche Gerechtigkeit stattfinden. Diese Gleichheit liegt schon im Begriffe der Gerechtigkeit; sie schließt aber die natürliche Ungleichheit der Rechte nicht aus, im Gegentheil, sie schützt dieselbe, indem sie Jedem das Seinige erhält."

Es ist Schade, daß solche religiös-politisch soziale Logik nicht immer berücksichtigt worden ist. Der Herr von Loe wäre sonst, statt Landrath von Siegburg, vielleicht ein Siegburger Raubritter, und zwar vermöge des Rechts, vermöge der „Heiligkeit jedes Besitzes," dessen Erhaltung

seine Ahnen durch Herbeiziehung der angeführten Bibelstelle auf das Christenthum gründen konnten. Doch noch eine andere Probe. Um zu beweisen, daß in dem Streben nach bürgerlicher Gleichheit (im Gegensatze zu der Ständeunterscheidung) „ein großer und gefährlicher Irrthum liege," bedient er sich dieser Schlußfolge: „Der Umstand allein beweist schon, welche Gefahr darin für die Freiheit liege, daß auch das Streben des Beamtenthums auf Nivelliren, Individualisiren und Centralisiren gerichtet ist." Edler Freiherr, das ist doch gar zu stark. Der gleiche Besitz von Rechten ist deßhalb gefährlich und verwerflich, weil die Feinde der Rechte einen gleichen Mangel an Rechten wollen. Wir sollen deßhalb kein gleiches Leben wollen, weil der Tod uns alle gleich todt macht. Hier, edler Freiherr, haben Sie der Logik so viel Gewalt angethan, daß es nicht mehr möglich ist, eine Absicht auszuschließen, und absichtliche Verstöße gegen die Logik bezeichnet man mit dem gelindesten Ausdruck als Täuschungsversuche. Wir würden in einen hier unpassenden Ernst verfallen müssen, wollten wir solche Versuche auch da nachweisen, wo Sie, religiöser Mann, das Versprechen von 1815 als unverbindlich darzuthun sich bemühen.

Mit abermaliger Ueberspringung des Landtagskommissärs, welcher, durch den schönen Vortrag des Herrn von Lee ermuthigt, die Versammlung zur Aufgebung ihrer Anträge bewegen zu können glaubt, und eines „Abgeordneten der Städte" (Mohr), welcher sich diesem Ansinnen angemessen widersetzt, gelangen wir zu dem ausführlichen und gründlichen Vortrage eines „Abgeordneten des Ritterstandes" (von Sybel). Dieser Vortrag enthält manches vergleichsweise kühne Wort; Schade darum, daß er gegen den Schluß hin in das gewöhnliche loyale Gejammer, und zwar auf eine wahrhaft klägliche Weise umschlägt. „Es ist Pflicht, von der Gerechtigkeit und Liebe unseres allver-

ehrten, allergnädigsten Königs und Herrn ehrfurchtsvoll die Reichsstände zu erbitten." „In welcher Menschenbrust schlägt ein edelgesinnteres, ein größeres Herz, als in der unseres königlichen Gebieters? Es hieße, seinen großen Eigenschaften mißtrauen und sie verkennen, wollten wir zweifeln u. s. w." „Im Gegentheile, ich habe das Vertrauen zu der großen königlichen Gesinnung unseres hohen Gebieters u. s. w." „Die Rheinprovinz, eine der schönsten Perlen in des Königs Krone und bewohnt von einem seinem König treu ergebenen Volke u. s. w." Meine Herren, wenn ich König von Preußen wäre, ich würde bei solchen Kriechereien geradezu ausspucken; ehe ich aber durch so unverschämte Schmeicheleien meine offen ausgesprochenen Entschlüsse in Zweifel stellen oder ändern ließe, würde ich die Schmeichler lieber tiranniſiren bis auf's Blut, wie sie es verdienen. Ich würde die Herren fragen: „Wo habt ihr meine großen Eigenschaften gemessen, deren Dimensionen ihr bei jeder Gelegenheit in's Unendliche zu ziehen sucht? Zeigt die Proben auf von der Größe, die ihr mir andichtet, oder ich werde euch Proben geben, daß euch die anbetenden Augen übergehen. Ich werde euch, umgedrehten Verläumdern, wegen einer Majestätsbeleidigung zu Leibe gehen, die ihr nicht im Landrechte, aber im Rechte des Landes zu suchen habt. Seit ihr als Schmeichler der „Krone" oder als Vertreter des Volks zusammen getreten? Hat euch das Volk berechtigt, mir den Glauben beizubringen, daß der Werth und Stolz einer Provinz von drei Millionen zivilisirter Menschen darin bestehe, eine bloße „Perle" in einer „Krone" zu sein? Ihr rühmet mich, der ich alle Ursache habe, bescheiden zu sein, als den Großen, und die „Kölnische Zeitung" vom 27. Mai 1815 bringt meine Größe sogar in Verse, indem sie „singt:"

Vom deutschen König, der das Wort gesprochen,
Der groß und gut es durch die That bewährt,

Der Gottvertrau'nd den alten Bann gebrochen,
Den als den Großen sein Jahrhundert ehrt u. s. w.

Wißt ihr, was ich euch auf alle die mittel- und unmittelbaren Zusammenstellungen mit meinem sogenannten „großen" Ahn zu erwidern habe? Ich erwidere bloß dieß: mit Friedrich „dem Großen" (und er war kleiner als ihr denkt) habe ich (dafür sorgt ihr) jedenfalls die Aehnlichkeit, daß ich noch bei meinem Ende hinreichende Ursache haben werde, „müde zu sein, über Sklaven zu herrschen."

Ein „Abgeordneter der Städte" (Wittgenstein), welcher eine „Fortbildung der ständischen Institutionen" für nöthig hält, aber aus Gründen der Pietät die Verordnung von 1815 begraben wissen will, flicht in seinem Grabgesang folgende begeisterte Stellen ein: „Preußens Volk hat es vor drei Dezennien bewiesen, was es in seiner Kraft zu leisten vermag, wenn das Gefühl der Liebe zu König und Vaterland die verborgendsten Fibern seines Herzens erregt, und mit den Worten, womit unser König (nicht allergnädigster, erhabener, allerverehrter?) zum erstenmal an Sein Volk Sich wendete, hat Er ihm (warum nicht: er Ihm?) ein Zeugniß der Mündigkeit ausgestellt, um das uns die Völker der Erde beneiden." Es ist noch unerhört, den Unsinn des Knechtsinns so weit zu treiben. Wie wir hören, haben die Engländer und Nordamerikaner eine Adresse an ihre Regierungen eingereicht, worin sie allerunterthänigst darauf antragen, daß ihnen ihre Verfassung genommen und dafür das beneidete preußische testimonium maturitatis ertheilt werde.

Unser Aerner fährt fort: „In der Begeisterung Seiner Liebe zu Seinem herrlichen Vaterlande und zu Seinem Volke hat unser König (wieder nicht: unser allergnädigster u. s. w.) am Huldigungstage eine Frage gestellt und ein Ja darauf empfangen, das Er Sein eigen nennt, das Er nicht lassen will, das unauflöslich in gegenseitiger Liebe

und Treue Sein Volk mit Ihm verbindet, das Er in Seiner Sterbestunde nicht vergessen will. Einem Könige, der so zu Seinem Volke sprach, sollen wir nun aber- und abermals ein Gesetz, als verbindlich für Ihn, vorführen, das Er für unverbindlich erklärt hat? — Geschieht es, so thun wir unserem hochherzigen Könige wehe, doch wir thun auch einem großen Theile des gesunden, kräftigen Kernes des Volkes wehe."

„Mag auch die grübelnde Vernunft lächelnd dieses Gefühl der Pietät des Volkes für seinen Herrscher bespötteln, — dieses Gefühl lebt in mir und in den Bewohnern der von mir vertretenen Stadt des Wupperthals, und nie werde ich Ja zu einem Antrage sprechen, der das Gesetz vom 22. Mai 1815 als noch verbindlich für den König hinstellt. Soll zu diesen Worten eine Erläuterung gegeben werden, so überlassen wir das den „Bewohnern der Stadt des Wupperthales."

Der Abgeordnete von der Mosel (Mohr), dessen Vortrag in dem amtlichen Abdrucke der Verhandlungen ganz fehlt, führt eine andere Sprache als der Abgeordnete von der Wupper. Er hält sich zwar auch nicht ganz frei von loyalen Einflechtungen, aber er entwürdigt sich nicht dadurch und schlägt ein Petitum vor, worin der König an „die Verpflichtung seines hohen Berufes" erinnert wird. Natürlich hatte Niemand den Muth, sich solchem Antrag anzuschließen.

Ein „Abgeordneter des Fürstenstandes" (der Fürst von Wied) gibt seiner Loyalität eine noch höhere Färbung, als der Abgeordnete des färberreichen Wupperthales, eine wahrhaft fürstliche Färbung. Er will es nicht haben, daß die Abgeordneten es für ihre „Pflicht" ansehen, einen Antrag in der Verfassungsfrage zu stellen, und weist ihnen ihren Standpunkt folgendermaßen an: „Das Wort Pflicht scheint mir hier nicht am rechten Orte, denn wir

haben das Recht zu bitten, aber die Pflicht zu gehorchen; der König hat das Recht zu befehlen, aber die Pflicht, Seine Handlungen vor Gott und den Menschen (das ist ja alles Mögliche!) zu verantworten. Es wird sich herausstellen, wo das Recht und wo die Pflicht ist." Nun soll es sich noch erst herausstellen, nachdem der Redner es schon auf die unwiderſprechlichſte Weiſe gezeigt hat. Sollten wir zu ſeiner Doktrine den Senf unſerer beſcheidenen Demokratenweisheit hergeben, ſo würden wir ehrfurchtsvoll folgende Aenderung vorzuſchlagen uns erkühnen: „Der König hat nicht bloß das Recht, ſondern auch die Pflicht, zu befehlen; das Volk hat nicht bloß die Pflicht, ſondern auch das Recht zu gehorchen, und damit es dieß herrliche Recht in voller Freiheit ausüben könne, iſt ihm das fernere Recht ertheilt, in zweifelhaften Fällen um Allerhöchſte Anweiſung zu bitten, wie es gehorchen ſolle. Dieſes letztere Recht nennt man das Petitionsrecht."

Ein „Abgeordneter des Ritterſtandes" (von Groote*) will Alles der höheren Weisheit überlaſſen, die da „ſtehend auf der Höhe der Zeit, reichbegabt die Zuſtände überſchaut" u. ſ. w. Um aber zu zeigen, daß ſeine Gewährleiſtungen vollſtändig ſeien, ſtützt er ſich auf die Dombauvereine. Auch iſt er der Meinung, daß der Erfolg eines Verfaſſungsantrages „nur der entgegengeſetzte des beabſichtigten ſein würde." Darin ſpricht er die verderbte, nichtswürdige Politik von Millionen jener ſchwachmüthigen Staatsklügler aus, die da glauben, die Gewalt

*) Um das Band nicht ganz verloren geben zu laſſen, womit dieſer freiſinnige Redner urſprünglich an das bürgerliche Volk geknüpft iſt, muß hier das Geheimniß verrathen werden, daß ſein Name aus Holland ſtammt, nicht von, ſondern van oder de (der) Groote (Große) heißt, das van oder de aber keinen Adel bezeichnet.

könne, und die da aufstellen, die Gewalt dürfe dem Volke das vorenthalten, was es als Recht erkennt und ernstlich fordert. Ein Volk, das seine Rechtsforderungen unterdrücken zu müssen glaubt, um Bettelei oder duldende Ergebenheit an die Stelle treten zu lassen, ist nicht werth, seinen Namen zu tragen. Vollends niederträchtig aber ist es, einer Rechtforderung die Rechtsvorenthaltung als Strafe hinzuhalten. Der vorliegende „Abgeordnete des Ritterstandes" (wir denken uns nämlich, daß er vor seinem Herrn auf den Knieen liegt) ist nach unsern Begriffen werth, aus der Ständeversammlung ausgestoßen zu werden.

Ein anderer „Abgeordneter des Ritterstandes" (von Wüllenweber) fließt ebenfalls von „Weisheit" und „Vertrauen" über, versenkt sich in die „Tiefe des edeln „Herzens," taucht wieder auf, um zu verkünden, wie Großes in fünf Jahren „für Staat und Kirche" geschehen, und will Proselyten seines Votums gegen den Verfassungsantrag durch folgende, in der loyalen Konfusion von der entgegengesetzten Seite entnommene Mahnung gewinnen: „Wer die Zeichen der Zeit gewahrt, der achte darauf!" Ja, Herr Abgeordneter des Ritterstandes, das sagen auch wir und setzen hinzu: „wer sie nicht gewahren oder nicht darauf achten will, der wird sich den Kopf daran einrennen, er mag ihn so hoch tragen, wie er wolle."

Ein „Abgeordneter des nämlichen Standes" (Diergardt) ist ebenfalls der Meinung, „daß wir das Gewünschte viel eher erreichen, wenn wir mit Vertrauen zu der Weisheit und Liebe Sr. Maj. für Sein Ihm treu ergebenes Volk abwarten" u. s. w. Man begreift in der That nicht, warum die Herren ihre Wahl zu Abgeordneten annehmen, da sie doch zu Hause im Bette oder hinter der Flasche weit ruhiger „vertrauen" und „abwarten" können, als im Ständesaale.

Der nunmehr auftretende „Abgeordnete der Städte" (Merkens) spricht es zwar ziemlich unumwunden aus, daß die Volksmeinung und diejenige Meinung, welcher so viele seiner Kollegen Alles anheimstellen wollen, sich schnurstracks entgegen sind; aber auch er muß sich, um die Berechtigung und den Muth zu solcher Aufrichtigkeit zu gewinnen, in loyale Begeisterung versetzen und ruft emphatisch aus: „Ich war auch dabei und auch ich rief in heiliger Treue und wahrer Ehre das in die Wolken dringende „Ja!" beim Huldigungseide auf die Frage des königlichen Herrn: Wollen Sie mir helfen und beistehen?" u. s. w. Dann folgen die bekannten Redensarten von „Streben nach Licht," „Altersweisheit," „Jugendkraft," „wahrer Ehre" u. s. w. Mit der „wahren Ehre" eines unzensirten Abgeordneten verträgt sich übrigens nicht die durch die Zensur in Schwung gebrachte Berufung auf offizielle Aeußerungen zu dem Zwecke, ihnen einen liberaleren Sinn unterzulegen, als sie erwiesener Maßen haben sollten, und auf diese Weise in der offiziellen Umhüllung seine oppositionelle Waare durchzubringen; mit der „wahren Ehre" verträgt sich nicht die zudringliche Anknüpfung von Hoffnungen und Vertrauen an Aeußerungen, deren unzweifelhaft gewordener Sinn gerade solche Hoffnungen und solches Vertrauen zurückweist. In solchen Fällen bleibt dem ehrlichen Manne nur übrig, durch das Beimwortnehmen den wahren Sinn derartiger Aeußerungen vollends zu enthüllen und es ihnen vorzuhalten, daß sie die Herausdeutung eines andern Sinnes veranlaßt haben, oder aber, wenn die Verhältnisse solche Ehrlichkeit nicht zulassen, die Redensarten zu ignoriren.

Herr Lensing, „Abgeordneter des vierten Standes" (der Aerger sträubt sich, solche Ständenumerirung nachzuzeichnen, welche beinahe an die Personennumerirung in Sibirien erinnert) hat für seinen Beitritt zu dem Ver-

faſſungsantrag keinen anderen Beweggrund, als die bereits berührte Harmonie zwiſchen „Thron und Volk,“ wobei er die millionenmal bis zum Ekel abgedroſchene „Erhebung wie Ein Mann“ zur Folie wählt. Dieſe „Erhebung wie Ein Mann“ iſt ebenfalls einer von den ſtehenden Artikeln des loyalen Knechtſinnes, die er bei jeder Gelegenheit zu Markte bringt, um die Form der Schweifwedelei mit der Form des Gewehrpräſentirens abwechſeln zu laſſen. Wenn die loyalen Preußen etwas in Anſpruch zu nehmen haben, ſo thun ſie es nur auf dem Roſenpanier der „Liebe“ zu dem „angeſtammten Herrſcherhauſe,“ und wenn ſie dabei ſo recht von „Liebe“ erfüllt ſind, die doch, ſollte man meinen, mit Fortſchlagen nichts zu thun hat, ſo werden ſie plötzlich grimmig, erheben ſich „wie Ein Mann“ und freſſen vor lauter Liebe ein paar Armeen Franzoſen. Ohne ein Gericht Franzoſen im Leibe können ſie gar nicht auseinandergehen. Ja auch wenn eine einzelne Perſon nur eine Immediateingabe wegen fünf Thaler zu machen hat, ſo kann man in acht Fällen von zehn verſichert ſein, daß ſie ſich eines günſtigen Erfolges durch Darbringung einer Doſis Opferthierwuth „für Gott, König und Vaterland“ zu verſichern ſucht. Beſonders glücklich fühlen ſich dieſe Opferthiere, wenn ſie ſich mit ihrem Medaillenpatriotismus an den Knoten einer offiziellen Redensart aufhängen können. Namentlich konſumiren ſie jetzt ſtark den „Geiſt, der vor ſo viel Jahren unſere Ketten brach und die Schmach des Vaterlandes wandte,“ ohne im Mindeſten daran zu denken, daß die legitimen Ketten und die legitime Schmach, unter welcher jener Geiſt jetzt dahin kriecht, zehnmal ſchmählicher ſind, als Niederlagen durch fremde Bajonete eines thatkräftigen Volkes. Ich weiß augenblicklich den Namen des Muskels nicht, welcher beim Aufſtehen beſonders angeſtrengt wird: vielleicht heißt er der Erhebungsmuskel. Dieſer Muskel muß bei den loyalen

Preußen eine herkulische Ausbildung erlangt haben, denn sie setzen ihn bei allen Gelegenheiten in Thätigkeit, um sich zu erheben „wie Ein Mann.“ Sie feiern einen Namenstag und erheben sich „wie Ein Mann;“ sie haben eine Berathung und erheben sich „wie Ein Mann;“ sie haben ein Aktenfest und erheben sich „wie Ein Mann;“ sie haben Jahr aus Jahr ein den Terminer ihrer Erbärmlichkeit gefeiert, um sich zu erheben „wie Ein Mann;“ sie können nicht essen und nicht trinken, ohne sich zu erheben „wie ein Mann.“ Wenn man ihnen die Franzosen auf den Hals schicken könnte, man sollte es wahrhaftig thun, damit sie für ihr unaufhörliches niederträchtiges Renommiren mit der „Erhebung wie Ein Mann“ gehörig gezüchtigt würden „wie Ein Mann.“ Wißt ihr, was sie „erheben,“ wenn man eine Aufforderung zur „Erhebung wie Ein Mann“ an ihren politischen Freisinn richtet? — Den Schweif, um zu wedeln! Die Hunde!

Wenn in England oder Frankreich ein Abgeordneter eine Motion unterstützen wollte durch so eine preußische Demonstration einer „Erhebung wie Ein Mann,“ es würde sich ein ganzer Sturm von Hohngelächter erheben, vor welchem der arme Patriot sofort alle Segel seiner bedeutenbaften Bereitwilligkeit streichen müßte. Denn die Engländer wie alle Völker von Selbstgefühl haben keinen Begriff von jenem offiziellen Nationalfuchtsinn, der sich bei jeder Gelegenheit erbieten zu müssen glaubt, Andere zu prügeln, damit er selbst keine Prügel bekomme; sie haben keinen Begriff von jener Erniedrigung, worin man, um das Recht zu leben in den Mund nehmen zu dürfen, sich erst bereit erklärt, für Andere sich todtschießen zu lassen. Wenn sie sich erheben „wie Ein Mann,“ so thun sie es bloß für sich selbst, und sich selbst macht man darüber keine Bereitwilligkeitserklärungen; das thun nur jene Sklavenheiten, die jede Erbärmlichkeit nach Innen

mit einer Sottise nach Außen verbrämen zu müssen glauben.

„Vertrauen ist das Schönste und Höchste, was die Menschen unter einander, was den Monarchen mit seinem Volke verbindet. Ich hege das unerschütterliche Vertrauen zu Sr. Majestät, daß Sie" u. s. w. So spricht wieder ein „Abgeordneter der Städte" (Hasenklever). Have, pia anima! Möge der Gute glücklich das Ende seiner Tage erreichen und wenn er einst zur ewigen Ruhe eingeht, so möge er sein Haupt mit dem Vertrauen in die mütterliche Erde betten lassen, daß er auch ohne Matraze gut schlafen werde.

Ihm folgt ein anderer „Abgeordneter der Städte" (van der Heydt), welcher zwar auf Volksvertretung dringt, aber der Art mit „Treue," „Gehorsam," „Ehrfurcht" u. s. w. um sich wirft, daß wir uns sein freies Auftreten bei einer andern Gelegenheit gar nicht zu erklären wissen.

Der ihm folgende „Abgeordnete des Ritterstandes" (Bergisosse) ist der einzige der ganzen Reihe, welcher sich rein an die Sache hält und sie nicht unter loyalen Redensarten erstickt. Freilich enthält sein Vortrag nur eine Zurückweisung des Einwurfs, daß durch eine allgemeine Vertretung eine Gleichmachung aller Staatseinrichtungen und dadurch eine Gefährdung des Rheinischen Rechtswesens herbeigeführt werden könne. Aber es thut schon wohl, eine solche Zurückweisung nicht etwa mit folgenden Redensarten begleitet zu sehen: „Uebrigens läge ja in der Furcht, daß die Rheinischen Rechtseinrichtungen gefährdet werden könnten, eine Beleidigung des Vertrauens der getreuen Rheinischen Unterthanen zu ihrem erhabenen Herrscherhaus, welches unsere Rechtsinstitutionen stets mit starker Hand geschützt hat, so daß nicht ein Jota davon verloren gegangen ist."

Ein in der Loyalität sich ziemlich mäßigender Vortrag des „Korreferenten" schließt mit den Worten: „durch Preußens Fortschritt Deutschlands Größe, Deutschlands Herrlichkeit!" Mit diesem Wunsche kann man, freilich in minder loyalem Sinne, sich einverstanden erklären. Wir werden auf den Punkt später zurückkommen.

Der „Referent" sucht dem wiederholten Auftreten des „Korreferenten" die Waage zu halten, indem er versichert, es sei Alles in der schönsten Ordnung, und wenn man Protestantismus und Katholizismus gleichmäßig mit der Zensurscheere beschneide und die Rheinländer nicht mehr wegen ihrer Rechtseinrichtungen beunruhige, so sei die Stimmung auch ohne Volksvertretung vollkommen befriedigt. Diese Beweisführung ist zu schlagend, als daß ich ihr etwas entgegenzusetzen wüßte. A propos Rechtsinstitutionen bemerke ich nur beiläufig, daß dieselben, wenn sie nicht durch allmählige Korruption vollständig ihren Charakter verlieren, den Rheinländern nicht gesichert sind und nicht gesichert sein werden. Sie passen nun und nimmer in das preußische System, weil sie besser sind, als dasselbe, und demokratische Elemente enthalten, welche in die systematische Neutralisirung alles selbstständigen Volksgeistes eine merkliche Lücke bringen könnten.

Der jetzt auftretende Redner gilt für einen Vorkämpfer der Rheinischen Opposition. Es ist Herr Hansemann. „Ich halte es für nöthig, halte es für „Pflicht," der Hansemann'schen Art zu opponiren, ohne alle Rücksichten entgegenzutreten. Es liegt nichts Entschiedenes, nichts Ganzes, kein „Entweder, oder" darin. (Vom Standpunkte der Anstandes wird hier ganz abgesehen.) Eine Opposition, die ohne besondere Inkonsequenz unter den geheimen Ministerialräthen eines unbeschränkten Monarchen Platz nehmen könnte, ist keine Volksopposition. In Preußen

gibt es keine andere wirkliche Opposition, als die sich schon von vornherein „unmöglich" macht. An's Volk allein muß sie sich halten, im Volk allein zu wurzeln suchen. Eine Opposition, welche mit der einen Hand sich an den Zipfel der schrankenlosen Gewalt anklammert, während sie mit der anderen die Forderungen des Volks aufzeichnet, lähmt sich selbst. Sie kann es höchstens dahin bringen, daß sie es mit beiden Theilen verdirbt. Nirgends so sehr als hier, gilt der Spruch, daß man nicht zwei Herren zugleich dienen könne. Entweder, oder; es gibt keine andere Wahl. Nur so wird man etwas Ganzes, nur so kann man wirken, nur so übt man im Interesse der Sache die wahre Klugheit. Es ist keine Klugheit, zu schonen, wo man siegen muß, so wie es keine Würde ist, erst zu loben, wenn man tadeln will. Ist man aber sogar bei der Volksvertretung zu zwei Dritteln bloß loyal, so schlägt sich das dritte Drittel auch dazu. Herr Haussmann ist nicht bloß nach Verhältniß seiner Stellung und sonstigen Persönlichkeit, sondern auch nach seinen Aeußerungen an sich, der loyalste Redner und größte Schmeichler des ganzen Landtags. Er ermahnt seine Kollegen, daß sie als „politische Männer" den Verstand nicht durch „das Gefühl" sollen verdrängen und sich nicht durch das letztere verleiten lassen, den Verfassungsantrag aus Rücksicht auf die Majestät zu unterdrücken. Nach diesem Eingange, der eine besondere Kühnheit erwarten läßt, fährt er fort: „Niemanden, meine Herren, räume ich das Recht ein, zu glauben, er trage mehr Ehrfurcht in seinem Herzen, mehr Anhänglichkeit für die erhabene Person Sr. Maj., als ich. Aber gerade, weil ich den König liebe, weil ich ihn ehre, muß ich meine Pflicht gegen Ihn (nicht gegen das **Volk?**) thun, auch wenn sie mir hart ist. Das ist die bequeme Erfüllung der Pflicht, wenn man von Vertrauen und Liebe spricht, und nicht den Muth hat,

dem Könige zu sagen, was dem Throne (?), was dem Staate diene, wenn man den Beruf dazu, wenn man die Pflicht dazu hat, es zu sagen; und in diesem Falle befinden wir uns hier. Wie! der erhabene Monarch, dessen großen Geist ich tief ehre, der sollte uns es übel deuten, daß wir in tiefster Ehrfurcht in einer Zuschrift Ihm ausdrücken, was die Bedürfnisse des Landes (!) sind? Nein, ich achte den König zu hoch, das wird der König nimmer thun! Also hinweg mit dieser Besorgniß, sie ist nach meiner innigen Ueberzeugung eine völlig grundlose." Zunächst achte man auf die Begriffsverwirrung und die Widersprüche, in die Herr Hansemann wie alle Loyalen sich verwickelt, weil er zwei wie Wasser und Feuer von einander verschiedene Dinge, die „Volksrechte" und die „Rechte" von Gottes Gnaden, zusammenfassen und vermitteln will. Zuerst spricht er von einer „harten Pflicht" gegen den König, von der Pflicht nämlich, ihm die Wahrheit zu sagen; später ist es seine „innigste Ueberzeugung," daß der König in seiner Größe die Wahrheit nicht übel nehmen werde, wonach also die Pflicht, sie ihm zu sagen, unmöglich eine „harte" sein kann. Sodann spricht er von einem „Rathe," dem König zu sagen, was dem Throne, (was dem Staate) diene;" später spricht er davon, ihm zu sagen, „was die Bedürfnisse des Landes sind." An einer andern Stelle seines Vortrages sagt er, „den Fortschritt in der Freiheit des Volks bringe die Zeit von selbst," deßhalb sei es vorzugsweise das Interesse des „Thrones," welches eine Erledigung der Verfassungsangelegenheit erheische. Worin besteht nun dasjenige, was er hier den „Fortschritt in der Freiheit des Volks" nennt? Nach seinen bescheiden konstitutionellen Ansichten doch nur in der besprochenen Verfassung. Diese bringt aber „die Zeit von selbst;" weßhalb ist es denn nöthig, den „Thron" darum zu bitten? Gewährt dagegen

der „Thron" die Verfassung, was bleibt denn der „Zeit" noch übrig, „von selbst zu bringen?" Soll man etwa die Meinung des Redners auf gut Teutsch also übersetzen: was dem Volke nicht bei Zeiten gegeben wird, das nimmt es sich später selbst, deßhalb bleibt dem „Thron" nur die Wahl, entweder zu geben oder nehmen zu lassen? Doch wir hüten uns vor dieser Auslegung und stellen lieber den Hansemann'schen „Verstand," als seine Loyalität bloß. Die Mahnung, den „Verstand" nicht von dem „Gefühle" für den „Thron" überwältigen zu lassen, hätte Herr Hansemann zuerst an sich richten sollen; denn kaum hat er sie ausgesprochen, so läuft seine Loyalität mit seinem Verstand davon. Es ist traurig, solche Blößen nachweisen zu müssen; aber es ist nöthig, durchaus nöthig, damit den Loyalen ein kleiner Spiegel vorgehalten werde, in welchem sie über die maßlose Verwirrung ihres „Verstandes" und die widerwärtigen Wirkungen ihres „Gefühls" endlich an's Nachdenken kommen.

Man nimmt es, wie billig, mit Herrn Hansemann genauer, als mit manchen Andern. Deßhalb unterlasse ich auch nicht, ihm folgende Stellen vorzurücken: „Das ist aber der schöne Unterschied unserer Zeit, die von der Zivilisation gedrängt ist, gegen die frühere, daß es nicht die Gewalt ist, sondern daß es die ehrfurchtsvollen Bitten treuer, gehorsamer Unterthanen sind" (was nämlich den Fortschritt hervorbringt). Der Fortschritt durch die Bitten treuer, gehorsamer „Unterthanen!" Das ist in der That stark. Aber wenn nun die „Bitten" nicht gehört werden? Bringt dann „die Zeit den Fortschritt von selbst?" Allerdings läßt sich das, wie wir gesehen haben, in gewissem Sinne sagen; aber wahrlich nicht in dem folgenden Sinne des Herrn Hansemann: „Der Unterthan muß sich bescheiden, auch wenn seine Bitten abgeschlagen werden, treu und gehorsam dem König

zu ſein." Geſetzt nun, die Bitte um eine Volksvertretung wird abgeſchlagen, ſo gebietet die „Treue" und der „Gehorſam," ſie gar nicht wieder vorzubringen; da es aber nur „die ehrfurchtsvollen Bitten der treuen, gehorſamen Unterthanen" ſind, welche den Fortſchritt hervorbringen, ſo muß auf die Verfaſſung, nach dem abſchlägigen Beſcheide, ganz verzichtet werden. Dieſe Folgerung hat Herr Hanſemann ebenfalls gefühlt, und deßhalb hebt er die Worte, worin er die Möglichkeit des abſchlägigen Beſcheides ausſpricht, ſofort wieder durch das folgende predigerhafte Anhängſel auf: „Aber dergleichen Bitten vorgetragen, werden einen guten Ort finden, werden beſonders dazu beitragen, die Hinderniſſe zu beſeitigen." Ein ſolches Drehen und Winden, Jeſuitiren und Balanciren zwiſchen halber Wahrheit und dreifacher Loyalität nimmt ſich bei einem Manne, wie Herr Hanſemann iſt, dreifach kläglich aus. Herr Hanſemann behauptet, daß „das Mittelalter zu Ende gehe," und eine loyalere Selbſtvernichtigung eines unabhängigen Mannes, als die Hanſemann'ſche, iſt im Mittelalter ſchwerlich da geweſen. Der Hanſemann'ſche Vortrag iſt, von ſeinen amtlich nicht mit abgedruckten, ziemlich unumwundenen Bemerkungen über die Einwirkungen der ruſſiſchen Politik, des Fürſten Metternich und der Bureaukratie abgeſehen, der traurigſte in der ganzen Verhandlung und beeinträchtigt auf eine bedauerliche Weiſe den Eindruck ſeiner Bemühungen für das rheiniſche Rechtsweſen. Ehe ich ihn verlaſſe, muß ich dem Redner noch einige Auskunft abverlangen, über die Eigenſchaften des „großen Geiſtes," den er ſeinem König zuſchreibt. Der Geiſt eines Königs iſt eine Privateigenſchaft, die nicht an das Amt geknüpft zu werden braucht, er kann alſo erörtert werden, ohne daß der „Unterthan" die Loyalität verletzt. Herr Hanſemann hat alſo hier freies Feld. Ich meinerſeits habe von einem „großen Geiſt"

einen großen Begriff, und wenn ein unumschränkter König einen großen Geist hat, so kann er nach meiner Ansicht in einem Jahre mehr ausrichten, als Andere während ihres ganzen Lebens, d. h. wenn er seine Unumschränktheit für ihr Gegentheil zu benutzen sucht. Ich fordere Herrn Hansemann auf, uns die Spuren des „großen Geistes" nachzuweisen, den er „so tief ehrt." Bücher hat der König von Preußen nicht geschrieben, wie etwa der König von Bayern oder Friedrich der Große. In diesem Gebiete fehlt also der Maßstab ganz. Vorher konzipirte Reden hat er zwar gehalten; aber solche Reden sind es nicht, was ein „großer Geist" auf dem „Throne" zum Mittel seiner Kundgebung wählt. Sind denn etwa staatsmännische Pläne oder Ideen bekannt geworden, welche eine ungewöhnliche Auffassung der Geschichte und der Menschenbestimmung verriethen, die geistlose Selbstsucht geschichtlicher „Rechte" verwürfen, der geistlosen Verfinsterung den Krieg erklärten, die geistlose Geistesknechtschaft verdammten, den geistlosen Mechanismus im Staatswesen bedrohten, den geistlosen Militärpomp verabscheuten, sich den Einwirkungen des geistlosen russischen und österreichischen Systems entgegenstellten, und allen den tausend sonstigen Geistlosigkeiten ein Ende verkündeten, die einem mit „erhabener Gesinnung" gepaarten „großen Geiste" den größten Abscheu einflößen müssen? Diese Fragen, denen sich noch eine ganze Reihe über allgemeine und besondere Angelegenheiten von selbst anschließt, muß uns Herr Hansemann, und zwar bejahend, beantworten, wenn seine Loyalität aus der Verlegenheit gerathen soll, die sehr großen Ansprüche zufrieden zu stellen, welche an einen „großen Geist" auf dem Throne gemacht werden müssen.

Nach Herrn Hansemanns Auftreten wird zwar noch Einiges über die Fragestellung hin und her verhandelt; ich kann mich aber nicht überwinden, noch nach mehr

Provinzialproben mich darin umzusehen. Ich habe genug, in zweifachem Sinne. Das Ergebniß der Verhandlung ist bekannt. Nach großer Anstrengung bringt es die soeben Versammlung zu einem unmittelbaren, sehr bescheidenen Antrag, welcher durch die persönliche Vermittelung des Landtagskommissärs an seine Bestimmung gelangen soll! Was der Landtagsabschied darauf antworten wird, ist natürlich nicht zweifelhaft. Das Höchste, was er in Aussicht stellen kann und wird, ist das Schauspiel, daß die acht Landtage ihre bewährte acht Ohnmacht im vereinigen und eine landständische Probe auf das Exempel machen dürfen: Acht Mal Nichts ist Nichts *).

Ich habe nun (und man sei versichert, daß solche widerwärtige Arbeit Selbstüberwindung kostet) in den zusammengestellten Proben dargethan, auf welche Art die Loyalität der rheinischen Abgeordneten selbst den bescheidensten Rechtsforderungen des Volkes Arme und Beine zerbricht. Ich bin dabei mit derjenigen Schonungslosigkeit zu Werke gegangen, welche meine freiere Stellung mir zur Pflicht macht. Weder heimathliche Sympathieen, noch sonst persönliche Rücksichten dürfen einen Menschen in meiner Stellung hindern, die Arbeitssünden derer zu rügen, welchen daheim die Vertretung der Volksrechte übertragen ist; und säßen meine besten Freunde in der Ständeversammlung, ich würde sie, wenn sie die Würde eines Volksmannes aus den Augen ließen, noch schärfer

*) Sollte eine auf die angedeutete Weise zu Stande kommende „Repräsentation" sich zur Bewilligung einer Anleihe mißbrauchen lassen, so würde sie den Fluch des Landes verdienen. Abgesehen davon, daß ohne ungeheure Unterschlagungen und Verschleuderungen die Staatsgewalt bereits Mittel genug in Händen hat, um Anleihen unnöthig zu machen (Staatsschatz, Steuerüberschüsse u. s. w.), so ist es auch keine Scheinrepräsentation gewesen, welcher man die Bewilligung von Anleihen vorbehalten hat.

tadeln als die Andern. Man muß, man soll, man wird es auch in Preußen endlich nach allen Seiten hin erkennen und anerkennen, was Wahrheit ist. In unserem Falle hier besteht die Wahrheit darin, daß bei aller an den Tag gelegten sachlichen Kenntniß und Intelligenz fast kein einziger der rheinischen Abgeordneten seinen Beruf ganz erkannt und streng im Auge behalten hat. Sie haben sich um die Ehre der größten Loyalität gestritten, wo es die Ehre der größten Freimüthigkeit galt; sie haben die Regierung in's Auge gefaßt, wo sie allein mit Sachen des Volkes zu thun hatten. Durch das wahrhaft theologische Verhältniß, in welches sie sich mit Gewalt zum „Throne" stellen, stärken sie gerade dasjenige Element, um dessen Schwächung es ihnen doch zu thun sein muß, wenn sie nicht in direkten Widerspruch mit ihren eigenen Anträgen kommen wollen. Auf solche Weise nöthigt man der Gewalt wahrlich nichts ab, und ohne Abnöthigung wird nichts gegeben. Das ist die Lehre der neuesten Geschichte noch mehr als der ältern. Wenn man auch zugibt, daß die polizeiliche Erziehung in Preußen den „Unterthanen" die loyale Furcht in succum et sanguinem einzuflößen gewußt hat, so sollten wenigstens die Volksvertreter den Anfang machen, die Einwirkungen jener Erziehung endlich von sich abzuschütteln und Andern mit männlichem Beispiele vorangehen. Wer die Loyalität gegen die Regierung dem Volksrechte voranstellt und von loyalen Gefühlen überfließt, wo er eine feste Gesinnungshaltung behaupten sollte, der werde Regierungsmann, nicht Volksvertreter. Es gibt in der That nichts Kläglicheres und Widrigeres in der Welt, als jenes hohle, heuchlerische, feige, durchaus inhalt- und würdelose loyale Pathos, welches den Beruf einer freien, männlichen Rechtsvertretung halb unter akzeptirten amtlichen Redensarten und halb unter dem Schwalle eigener Herzenszerquetschung

begräbt. Wie ein Mann, der die mindeste Achtung für seinen Verstand und für seine Gesinnung in Anspruch nimmt, sich zu solchem stereotypen Unsinn und solcher kniefälligen Selbsterniedrigung verstehen kann, das ist reinweg unbegreiflich. Und ist es nicht zugleich durch und durch lächerlich, meine Herren, daß solche Selbsterniedrigung, die den Stempel sklavischer Verzichtleistung auf alles Recht an der Stirne trägt, mit Rechtsforderungen in der Hand vor den Altar ihrer Herrgotts tritt? Einen Titen gebe man ihr, aber keine Rechte!

Wenn man nun von dem Auftreten des rheinischen Landtages, welcher mit dem ostpreußischen für den freisinnigsten gilt, Schlüsse auf den pommerschen, brandenburgischen u. s. w. zieht, so kann man sich vorstellen, welch' eine Wirkung eine so demüthige, fußfällige, zerknirschte Volksvertretung auf den Gang der Regierung sich versprechen darf. Die Lehre, welche aus der obigen Zusammenstellung sich ergeben soll, ist also die, daß die Landtage unmöglich wirken können, was sie, trotz ihrer Beschränkung, indirekt zu wirken im Stande wären, so lange die Abgeordneten nicht mit mehr Selbstbewußtsein, Selbstständigkeit und demokratischer Würde auftreten, wobei zugleich zu bemerken, daß ihnen die Gesuche des Volkes in einer gesinnungsfesteren Fassung und Form an die Seite treten müssen.

Ein anderer Punkt, den ich hier gleich mit zur Sprache bringe, betrifft die Gegenstände der Petitschriften. Wenn Einem auch (nur man braucht dazu sich nicht erst zum Republikanismus zu bekennen) die preußischen Landtage ihrer Form und Bestimmung nach sehr lächerlich vorkommen, so soll man doch an dem praktischen Grundsatze festhalten, daß in allen Verhältnissen die gegebenen Mittel der Opposition nicht wegen ihrer unzureichenden Beschaffenheit aufgegeben, sondern eher

ganz ausgebeutet werden müssen. Dieß kann in Bezug auf die Provinziallandtage bei Weitem mehr, als es der Fall gewesen, geschehen durch die Wahl der Petitionsgegenstände. Ich schlage meinen Landsleuten für künftige Gelegenheiten andeutungsweise u. A. folgende Gesuche vor (für welche aber möglichst **alle** Klassen zu gewinnen wären):

1) Verminderung des Heerwesens und der Abgaben;

2) Befreiung der Proletarier von der Steuerentrichtung;

3) Abschaffung des Ständeunterschiedes und Ertheilung des Wahlrechts an jeden unbescholtenen Bürger;

4) Auskunft über den Verbleib der vielen Millionen, welche schon seit Jahren über den Staatsbedarf hinaus an Abgaben erhoben worden sind;

5) Verwendung des angesammelten Staatsschatzes zum Besten der unbemittelten Bürger;

6) Aenderung in den Verhältnissen zur russischen Politik;

7) Zurücknahme der neuen Gemeindeordnung, Gesindeordnung und sonstiger Ordnungen;

8) Abschaffung des Schulgeldes, auch auf den Gymnasien;

9) u. s. w., u. s. w.

Das bloße Dasein derartiger Gesuche würde schon seine Wirkung thun, und den Keim zu Weiterem in sich tragen.

Ich habe oben die Worte des Herrn Beckerath angeführt: „Durch Preußens Fortschritt, Deutschlands Größe, Deutschlands Herrlichkeit!" Aehnliche Aussprüche hört man sehr häufig wiederholen, seitdem die Gewalt selbst bei allen Gelegenheiten die Stärke Preußens als zum Besten Deutschlands unentbehrlich dargestellt hat, aber in einem ganz entgegengesetzten Sinne, in dem Sinne näm-

lich, den der gewesene Minister von Arnim, bureaukratischen Andenkens, also ausdrückt: „Kein starkes Deutschland ohne ein starkes Preußen, kein starkes Preußen ohne ein starkes (d. i. absolutes) Königthum!" Wer nun den deutschen Fortschritt durch den preußischen will, der sehe sich ja vor, daß er nicht in den Arnim'schen Sinn verfalle und ihn durch seine Demonstrationen unterstütze. Jeder, der nicht besonderer Diener der preußischen Dynastie und Diplomatie mit ihren Hegemonieprojekten und sonstigen Plänen werden will, mache es sich klar, daß es durchaus nicht darauf ankommen kann und darf, Preußen für sich in dem bisherigen Sinne mächtig, selbstständig und gleichreich zu machen, sondern daß es sich im Gegentheile nur um die Mittel handelt, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen. Diese Mittel ergeben sich eben aus dem Uebergewichte des Volkes, durch demokratische Staatseinrichtungen gesichert, denn sobald das Volk die Entscheidungen der Politik in Händen hat, hören die Hegemonieprojekte auf, und die ganze Kraft Preußens geht in die deutsche Kraft über. Diesen wichtigen Punkt lassen alle die Patrioten ganz aus dem Auge, welche sich die Begeisterung für Preußens und Deutschlands Größe aus amtlicher Quelle einträufeln lassen. Mögen sie daher aufhören, den Nachdruck auf Preußen zu legen, von preußischem „Nationalgeiste", preußischer Bestimmung, preußischem Ruhme, preußischem Vortheile, wornach, wie Herr Bansemann sagt, „der Thron um so glänzender strahlen soll in der gestärkten Macht einer dem König treu ergebener Nation," und dergleichen preußische Absurditäten zu schwatzen. Preußen hat für sich gar keine Bestimmung, sein hochfahrender Dynastie muß sich bescheiden lernen, seine Besonderrolle ist ausgespielt und es hat nur eine Zukunft, wenn es ihm entweder gelingt, einen Theil Deutschlands zu verschlingen, oder wenn es sich be-

quemt, sich von Teutschland verschlingen zu lassen. Das Gelingen des ersteren Experiments ist sehr zweifelhaft geworden und wird sicher von keinem ehrlichen Manne befördert werden; das Gelingen des letzteren ist es, worauf die Preußen und die konstitutionellen Teutschen mit vereinter Kraft hinarbeiten müssen. Ein freies Preußen schafft ein starkes Teutschland; ein starkes Preußen (im Arnim'schen Sinne) ist Teutschlands Verräther. Lernt es demnach begreifen, ihr preußischen Patrioten, daß Preußen und Teutschland im Grunde durchaus Gegensätze sind und daß ein „guter Preuße" nimmermehr ein guter Teutscher, sondern höchstens ein guter Russe werden kann.

Ob die preußischen Volksabgeordneten fähig sind oder nicht;

erstens in der Form ihres Auftretens die Würde und den Charakter von Volksmännern zu behaupten;

zweitens den teutschen Standpunkt dem preußischen überzuordnen;

drittens aber den Standpunkt des Volksrechts und der Vernunft über allen andern Standpunkten im Auge zu behalten,

das wird auf eine große und entscheidende Probe gestellt werden, wenn man sie zur Berathung einer allgemeinen Vertretung für Preußen zusammenberuft.

Dort wird es an ihnen liegen, entweder für das preußische und teutsche Volk den Weg eines neuen politischen Lebens anzubahnen, oder, an den Künsten der Diplomatie sich betheiligend, der alten Misere eine längere Fortdauer in einer neuen Form zu bereiten. Sie haben zwar die großen Entscheidungen des Jahrhunderts nicht in der Hand, aber auch die Einleitungen, die ihnen zugetheilt werden, sind schon wichtig genug, um ihnen entweder ein vivat oder ein pereat aus dem Munde des Volksgeistes zu sichern. Daß sie vor der „Majestät" auf Einführung

einer Republik dringen sollen, verlangt von ihnen selbst ein Republikaner nicht, wenn er Besonnenheit genug besitzt, die Verhältnisse im Besondern wie im Allgemeinen nicht außer Acht zu setzen; auch natürlich schon aus dem Grunde nicht, weil ein Republikaner schwerlich in einer brandenburgischen Versammlung Platz nehmen wird. Aber was jeder mit der Zeit einigermaßen fortgeschrittene Mann aus dem Volke von ihnen erwarten wird und muß, das ist der Wille, der hartnäckige Wille, möglichst viel Abschlagszahlung auf die Volksherrschaft zu erlangen und deren Rechnung nicht wieder mit dem loyalen Schwamm zu verwischen; das ist die Kraft, nicht die Hand zur Errichtung eines Gebäudes zu leihen, dessen Plan den Gesetzen auch einer konstitutionellen Vernunft widerstreitet und worin dem Volk der Platz in Pairskammern und Kasematten angewiesen wird. Sie dürfen sich nun und nimmer überreden lassen, daß es möglich sei, eine „organische" politische Schöpfung auf Grundlagen zu stutzen, welche, im Widerstreite nicht nur mit der Vernunft, sondern auch mit der geschichtlichen Wahrheit bloß nach besonderen und augenblicklichen Vortheilen der Gewalt, ihrer Diener und ihres adelichen Anhangs improvisirt sind. Das organische Gesetz des Staats liegt in der Vernunft, nicht in solchen Sondervortheilen vorgezeichnet; dieß wird doch sogar ein Abgeordneter aus dem Wupperthal zugestehen. Die Ständeunterscheidung, die Wahlberechtigung nach der Erdscholle oder dem Geldbeutel, die Vertretung einer Macht, welche nicht in die Politik gehört, nämlich der Geistlichkeit, das unsinnige Zweikammersystem, die Verfügung der Regierung über das Abgabwesen, die Beschränkung der Volkstheilnahme an der Volksvertretung, die Beschränkung der Oeffentlichkeit und Meinungsäußerung in irgend einem Gebiete, die Gewalt der Regierung über die persönliche Sicherheit

der Bürger u. ſ. w. — alles dieß ſind Dinge, welche eine Abgeordnetenverſammlung unſerer Zeit, die ſich mit einer Staatsverfaſſung beſchäftigen ſoll, meilenweit und mit Nachdruck von ſich fern halten und abweiſen muß. Sie unterlaſſe nicht, die gewaltige Entfernung zwiſchen den aufgehäuften Forderungen der Zeit und den beſtehenden Zuſtänden zu meſſen; aber ehe ſie eine Annäherung durch nutzloſes Flickwerk verſucht, laſſe ſie lieber die Entfernung noch größer werden. Sie fürchtet jetzt nicht mehr, daß ein derartiger Widerſtand das Volk um irgend etwas bringen werde. Die Zeit iſt gekommen, wo das preußiſche Volk, wie es früher in Würtemberg geſchah, die Geſchenke ruhig von der Hand weiſen kann, welche ihm nicht mehr zuſagen. Das Zurückgewieſene wird verdoppelt von Neuem dargeboten, ſogar trotz der wohlberechneten Metternich-Berliniſchen Bundespolitik, welche alle entſcheidende Gewalt um jeden Preis in den Händen der Fürſten feſthalten will. Es wäre eine Schmach für das ganze Volk, wenn ſeine Vertreter im entſcheidenden Augenblicke den dreißig Jahren keine Rechnung trügen, vor welchen man bereits mehr zugeſichert hat, als man jetzt einräumen will.

Man weiß, daß Viele ſich noch immer ängſtigen laſſen durch die alten Schreckbilder und Redensarten, wonach eine „Schwächung des monarchiſchen Prinzips" u. ſ. w. als eine Verletzung göttlicher Dogmen und als eine Untergrabung aller ſtaatlichen Ordnung erſcheinen ſoll. Wer noch ſo weit mit ſeinen Anſichten zurück iſt und keine Ahnung davon beſitzt, daß der Geiſt der ſtaatlichen Ordnung in der Menſchheit und dem Volke ſelbſt ſeinen Sitz hat, dem läßt ſich freilich die Angſt vor jenen Schreckbildern nicht mit einem Male nehmen; aber auf den Kindergrundſatz wenigſtens muß man auch die Aengſtlichſten immer zurückführen, daß nicht die Regierung, ſon-

dern das Volk die Hauptsache im Staat ist, daß also von Seiten der Regierung keine Gewalt festgehalten werden darf, welche die Rechte des Volks schmälert, daß die allmälige Auferferung der geschichtlichen Vorrechte der Regierung an die Rechte des voranschreitenden Volks eben das Hauptmoment der politischen Entwickelung, mithin das endliche Aufgeben der abgesonderten Regierung in das Volk selbst geschichtliche Vernunftnothwendigkeit ist, also selbst diejenige Regierung kein wirkliches Recht, sondern nur ein Unrecht aufgeben würde, welche, wenn das Volk die erforderliche Reife erlangt hätte, vom monarchischen Throne auf die Tribüne der Republik herabstiege. Wer eine solche allmälige Schwächung der einseitigen Regierungsgewalt für ein Unglück und nicht für eine Nothwendigkeit ansieht, der hat keinen Begriff von politischer Entwickelung; wer einen solchen Entwickelungsgang nicht anerkennen und nicht in ihm dem Volke nach Maßgabe seiner politischen Reife die Stellung anweisen will, der muß in jeder „Junahme der Volksmacht wie in jeder Abnahme der regierenden Eigenmacht eine Verirrung der Geschichte suchen und der würde nur dann folgerecht handeln, wenn er, als preußischer Abgeordneter, statt auf eine Volksvertretung, auf Wiederherstellung der Zeiten Friedrich Wilhelms I. antrüge. Beim Vergleich mit der Rolle, welche dieser König mit dem souveränen Stocke in der Hand gespielt hat, findet sich das „monarchische Prinzip" jetzt bedeutend geschwächt.

Man braucht mit der Autokratie in Preußen gar nicht mehr zu unterhandeln, man kann ihr ganz offen heraus sagen, was man will und was man voraussieht, ohne die mindeste Furcht, daß sie noch im Stande sei, es zu hintertreiben. Das nächste Wort in ihrer Geschichte ist das Wort Nothwendigkeit. Der Sauerteig ist gemengt und das Brod muß und wird gebacken

werden. Sie kann ihren bisherigen Gang nicht mehr fortsetzen. Setzt sie den offenen Forderungen der Volksabgeordneten offene Weigerung entgegen, so mögen dieselben sich in fester Ruhe zurückziehen und die Geschichte des Fabius Cunctator studiren; und sollte alsdann die Gewalt ihr Unrecht erzwingen wollen und ihre Zügel noch so „straff anziehen", man warte das Ende nur ruhig ab. Man beobachte mit sicherm Blicke in dem gehemmten Strome des Fortschrittes das Steigen der Gewässer und überlasse es der Gewalt, sie übersteigen zu lassen. Jeder entschiedene Politiker muß sich einer verstockten Gewalt gegenüber im Nothfalle zu der Lehre bekennen, welche das Wort Pessimismus an die Hand gibt, und zu einem Pessimismus läßt es sich sogar in Deutschland bringen. Es führt zwar manche Unbequemlichkeit mit sich und treibt den Staatskörper zu einer Radikalkur; aber wenn einmal harte Kuren nicht zu umgehen sind, so sind jedenfalls Radikalkuren die besten. Das Volk ist es nicht, welches bei solchem Heilverfahren den Kürzeren zöge und auf welches die ahnenden Worte eines preußischen „Ritters" und Staatsmannes zu beziehen wären: „es ist möglich, daß wir alle verloren sind!" Ja, Herr Ritter, wir Andern theilen Ihre Ahnung; es wird nur darauf ankommen, ob sie in humaner oder brutaler Form verwirklicht wird. Wir sind alle Menschen und deßhalb würde es uns Leuten des Volkes eine Befriedigung nicht gewähren, diejenigen gewaltsam vernichten zu können, welche uns geknebelt und gedrückt haben; aber wenn die Knebelei und der Druck nicht nachlassen, wenn sie sogar als ein Recht, ein göttliches Recht verewigt werden sollen, dann kommen wir Andern in die Nothwahl, uns zu fragen, ob wir, das Volk, „verloren" sein sollen oder unsere Dränger? Und bei dieser für ein teutsches Gemüth so kitzlichen Frage sind selbst wir nicht uneigennützig genug,

zu Gunsten der andern Seite zu antworten. Wir erklären Ihnen also, Herr Ritter, Sie sollen „verloren" sein; aber teutsch, wie wir sind, setzen wir noch hinzu: wenn Sie es so haben wollen. Zu retten sind Sie noch, aber nur durch freiwillige Niederlagen. Auf den Sieg mögen Sie unterdessen selbst schon verzichtet haben; es gilt für Sie nur, entweder ohne Sieg zu leben oder ohne Sieg zu werden. Ziehen Sie das Letztere vor, so lassen Sie es darauf ankommen. Wir warnen Sie nicht mehr, dazu haben wir zu viel Empfindsamkeit abgelegt; aber wir geben Ihnen zu verstehen, daß wir unserer Sache gewiß sind, heute oder morgen. Was die Zeit für ihren nächsten Sprößling in Anspruch nimmt, das ist zwar mehr, als Sie und Ihr Gebieter durch zu spät gekommene Konstitutionsentwürfe beibringen können; aber es ist möglich, daß die große Zahlungsfrist noch durch verbürgte und nicht zu kleine Abschlagszahlungen unblutig eingeleitet und dadurch die Schuldentilgung nicht bloß dem Zahler, sondern auch dem Empfänger erleichtert werden kann.

Bis hierher habe ich mir erlaubt, den preußischen Landtagsabgeordneten mittel- und unmittelbarer Weise kurz meine Meinung zu sagen. Mögen sie nicht die Offenheit, womit ich es gethan, als Anmaßung zurückweisen; und wenn ich weit entfernt bin, ihrer Einsicht meine Ansichten aufdringen zu wollen, so mögen Sie mir wenigstens zugeben, daß ich ein Recht habe, über die Art ihres Auftretens ein dreistes Urtheil abzugeben. Die Gesinnung, welcher dieß Urtheil entsprang, wird sich weder in Bezug auf das Bewußtsein ihrer Berechtigung, noch in Bezug auf die Redlichkeit ihrer Absicht auch nur um ein Härchen verkleinern lassen.

Sei es nun gestattet, ein Wort an die Abgeordneten der konstitutionellen Staaten Teutschlands zu richten. Ja wiefern der Vorwurf einer übertriebenen, einer knechtischen

Loyalität, welche die Volksrechte hinter die Rücksichten auf die Miene der Regierung zurückstellt, auch auf sie passe, möge nach dem Vorangegangenen der Einzelne mit sich ausmachen. Was aber die Gegenstände ihrer Wirksamkeit betrifft, so ist es nicht überflüssig, ihre Aufmerksamkeit auf einen bereits angedeuteten Punkt, die Vereinigung nämlich mit dem Streben der preußischen Landtagsabgeordneten, zurückzulenken. Wenn man es als ausgemacht annimmt, daß hauptsächlich der preußische Fortschritt den allgemein teutschen bedingt und daß zugleich dem letztern namentlich durch die preußische Politik mittelst des Bundestags auf alle mögliche Weise entgegengewirkt worden ist, so begreift man nicht, daß nicht schon lang die Abgeordneten der konstitutionellen teutschen Staaten alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel angewandt haben, um das preußische Volk in seinen Bestrebungen zu unterstützen und die Blößen der Berliner Politik aufzudecken. In jetziger Zeit, wo so viel vorgearbeitet ist und die Mahnungen von allen Seiten sich regen, ist jene Aufgabe eine völlig unabweisbare geworden. Keine ihrer innern Fragen ist für die konstitutionellen Abgeordneten so wichtig, als die preußische, deren Erledigung eben die Hauptvorbedingung zur Erledigung jener Fragen ist. Auch mögen sie bedenken, daß ihre Wirksamkeit nach Außen hin die eine ist, bei welcher sich die loyale konstitutionelle Heuchelei am Meisten umgeben läßt. Aber die Sache will mit Entschiedenheit angefaßt sein, nicht mit diplomatischen Glacehandschuhen. Es muß mit Muth und mit Kraft auf die Entscheidung der Fragen hingedrängt werden, ob Preußen (und Oesterreich) Pflichten anerkennen oder nicht, ob sie Teutschlands Feinde sein wollen oder nicht, ob sie länger zum teutschen Bunde gehören sollen, oder nicht!

Nun zum Schluß noch ein Wort von allgemeinerem

Geſichtspunkte aus an Fortſchrittsfreunde in andern Stellungen.

Es iſt eine Frage, ob der Fortſchritt der Menſchheit im Allgemeinen durch das Zurückbleiben eines einzelnen Staates beeinträchtiget werde; ob nicht die Thätigkeit des Menſchengeiſtes, wenn ſie auf der einen Seite gehemmt wird, dieß Verſäumniß dadurch einhole, daß ſie auf der andern Seite unvermerkt und unbewußt Dinge ſchafft, welche bei ſpäterem Anſtoße den Fortſchritt in den Hauptſachen um ſo ſchleuniger fördern; ob nicht, wenn die Kultur verhindert wird, hier oder da in hohe Spitzen aufzuſchießen, dadurch ihre Elemente mehr in die Breite gedrängt werden, ob nicht, wenn das eine Volk in ſeiner Kraftentwickelung zurückbleibt, die ſich von ſelbſt an die Hand gebende Benutzung dieſes Zurückbleibens durch andere Völker die letztern in der Ausgleichung zu Treibern oder Schleppern des zurückgebliebenen macht; ob nicht, wenn z. B. in Preußen die Demokratie ſo lange niedergehalten wird, bis die Anſätze dazu ſich auch in andern Ländern (Oeſterreich, Rußland u. ſ. w.) gebildet haben, alsdann der preußiſche Durchbruch ſeine Verſpätung durch das Weitgreifende ſeiner Wirkungen gut machen werde? Sehr wahrſcheinlich ſind dieſe Fragen ſämmtlich mit Ja zu beantworten, und ſind ſie das, ſo wird derjenige, welcher eine kalt erhabene Stellung über der ganzen Menſchheit einnimmt, ſich damit beruhigen können, daß der Menſchheit im Allgemeinen durch Unterdrückungen und Hemmungen nichts verloren gehe. Aber eine allgemeine Adoptirung dieſer Anſicht in der Ausführung würde eine philoſophiſche Thatloſigkeit ſchaffen, womit der Menſchheit eben ſo wenig gedient wäre, als mit der Ausſpinnung neuer Beglückungstheorien, über deren Verwirklichung Niemand eine beſtimmte Anſicht hat. Wie ſehr man alſo auch beſtrebt ſein muß, den höhern, allgemeinen Stand

punkt festzuhalten, so kann und darf sich doch Keiner der Aufgabe entziehen, an den besondern Standpunkt, welcher seine und seines Volkes Individualität einnimmt, seine praktischen Bestrebungen anzuknüpfen, denn hierbei bietet sich ihm Rüstzeug dar, welches er anderwärts nicht finden wird. Schon aus diesem Grunde möchte man es den vielen Kräften, welche sich in Preußen und Teutschland auf einen zu luftigen Standpunkt stellen, zum Vorwurf machen, daß sie nicht mehr, als geschieht, praktisch Hand anlegen, um namentlich den preußischen Staat voran zu treiben. Auf die Gefahr, daß durch das vereinte Streben die Spitze der preußischen Kultur eine relativ zu große Höhe erreichen könnte, mag man es schon ankommen lassen. Der Einfluß der preußischen Kultur ist zu groß, als daß man nicht gerade sie vorzugsweise auf das Korn nehmen sollte. Gelingt es, Preußen von seiner Sandbank loszubringen und die Masse von Geist zu entfesseln, welche durch eine falsche Berechnung in diesem Staate hervorgerufen worden ist und jetzt an der Polizeikette gefesselt liegt, so ist auch bei der jetzigen Weltlage ein mächtiger Anstoß nicht bloß für ganz Teutschland, sondern für ganz Europa gegeben. Deßhalb sollte sich Alles auf Preußen werfen. Der Schreiber dieses bittet, in diesem Sinne auch seine schwachen Anstrengungen zu deuten, welche sich nicht verdrießen lassen werden, einen und denselben Gegenstand immer wieder in anderer Form zur Sprache zu bringen. Wenn man Bresche schießen will, so darf man sich nicht mit einer Kugel begnügen, und das Breschescheißen in die bestehenden Festungen der alten Zeit ist bei Eroberung der neuen Zeit die Hauptsache.

Die Anstrengungen für den preußischen Fortschritt haben aber auch im Besondern und in der Nähe eine größere Aussicht auf ermuthigenden Erfolg, als irgend andere. Wie es auch im Vorhergehenden genugsam angedeutet

worden, ſteht die preußiſche Politik, trotz allen romantiſchen und unromantiſchen Prahlereien, auf ſo ſchwachen Füßen, daß es mit ihrem Streben, eine Weltmacht im Paradeſchritt zu erobern, zu Ende gehen muß. Der Tod der preußiſchen Politik iſt, daß man ſie erkennt. Dieſe Erkenntniß aber muß und wird mit der Zeit eine allgemeine werden. Wer ſich einigermaßen mit Politik beſchäftiget hat, dem muß die preußiſche, trotz allen ihren Masken, ſo klar auf der Hand liegen, wie ein Tropfen Waſſers aus ihrem „freien, deutſchen Rhein." Sie ſtemmt ſich mit aller Anſtrengung und aller Wuth noch gegen die Macht der Oeffentlichkeit, welche ſie an's Licht zieht, und kein Polizeikunſtſtückchen und kein Bureaumittelchen iſt ihr zu kleinlich und lächerlich, um es zu ihrem Schutz zu verwenden. Aber Alles iſt vergebens. Ihr Syſtem iſt einmal die Zielſcheibe geworden und muß es immer mehr werden. Die Scheibe iſt bereits ſo durchlöchert, daß weder Perſonen noch Dinge ſich lange mehr hinter ihr verbergen können. Preußen kann ſich der Unterſuchung nicht mehr entziehen, trotz aller Polizei und aller Zenſur; ſo bemächtige ſich die Diskuſſion ſeiner ganz und zerfaſere dieſes künſtliche Gewebe, bis kein Faden ſeiner Täuſchungen mehr halten will. Die preußiſche Politik iſt im Innern gebrochen; ihre Vergangenheit liegt trotz allen Verſchleierungen in ihrer Lüge, ihre Gegenwart trotz allen Anſtrengungen in ihrer Rathloſigkeit vor Augen, und ihre Zukunft iſt trotz allen Verkehrungen in der Hand des Volkes. Nachdem einmal ihre Mittel erkannt ſind, will keines mehr verfangen; nachdem ſie einmal mit ihren Abſichten durchſchaut iſt, eilt jeder ihrer Handlungen ſchon die Berechnung des Mißtrauens voran und untergräbt im Voraus die Wirkung. Man braucht nicht zu den blinden Umwälzungsſanguinikern zu gehören, um einem allſeitig ſo unterhöhlten und unnatürlichen Zuſtande, wie derjenige

der preußischen Politik geworden ist, das Ende zu prophezeien, und der Leitenstein dieser Politik wird ein bedeutungsvoller Titel für das Buch der teutschen Zukunft werden. Lacht, ihr brandenburgischen Sandjunker; wir werden später lachen!

Es liegt ein herrlicher Triumph für das gepeinigte Rechtsgefühl und die unterdrückte Wahrheitsliebe darin, der widerrechtlichen und lügenhaften Gewalt den Weg der Verzweiflung vorzeichnen zu können, den sie gehen wird, gehen muß. Nicht mehr die theilnehmende Feierlichkeit der Kassandra (Kassandren werden immer verlacht), die verachtende „Siegesgewißheit" der Nemesis sage es ihr.

Künftige Kabinetsordres

Olims des Großen.

Im Auszug mitgetheilt und hiſtoriſch pragmatiſch geordnet von einem ſeiner getreuen Unterthanen.

1.

An der Spitze meiner Regierungsgrundſätze ſteht Ehre, Wahrheit und Gerechtigkeit. Ich befehle, daß man dies überall glaube, widrigenfalls Ich mein Königliches Wort darauf geben werde.

2.

Auf der Höhe, worauf Mich die Vorſehung geſtellt, iſt Mein Blick nur dem Wichtigen und Großen zugewandt. Es iſt daher auch Meiner landesväterlichen Obſorge nicht entgangen, daß der Schuſtergeſelle N. in dem Dorfe X. ſich bei Anfertigung eines Schuhes als Pechdrahts einer Schnur bedient hat, in welche die Nationalfarben verflochten waren. Da Ich bei Meinem Intereſſe an der Ehre und dem Glücke der Nation eben ſo wenig dulde, daß die Nationalfarben unter die Füße getreten, als daß ſie an einem unwürdigen Kopfe getragen werden, ſo befehle Ich hierdurch, daß der Schuſtergeſelle N. zur

allgemeinen Warnung ohne Nationalkokarde sein Leben beschließe, und daß ihm dieselbe erst am jüngsten Tage wieder ausgefolgt werde.

3.

Die bedeutenden Fortschritte, welche der patriotische und religiöse Sinn in neuerer Zeit auf nationalem Boden gemacht haben, veranlassen Mich, Mein Volk wieder mit einer neuen Anordnung zu beglücken, welche zugleich der politischen wie religiösen Zerstückelung des Vaterlandes kräftig entgegentreten wird. Ich verordne daher, daß in Zukunft die Rückenstücke an den Uniformen Meiner Offiziere ohne Naht gemacht und die Kirchen nur aus eigenem Gestein des vaterländischen Bodens gebaut werden sollen. Sie, der Minister des Kriegs und der Minister des Kultus, haben für die Ausführung dieser Ordre gemeinschaftliche Sorge zu tragen.

4.

Ich erachte es an der Zeit, nunmehr Meinem getreuen Volk die Preßfreiheit zu verleihen, welche ihm Mein Königliches Wort zugesichert hat. In Erfüllung desselben sollen von jetzt ab alle ABC-Bücher, sofern sie in Heften über zwanzig Bogen erscheinen und sich strenge an ihr Thema halten, von aller Zensur entbunden werden.

5.

Um der Verfassung des Staates eine zeitgemäße Ausbildung und Verbürgung zu Theil werden zu lassen und Meinem Volke ein Pfand Meines Vertrauens zu geben, verordne Ich, daß in jedem Ständesaal die Büste Meiner Allerhöchsten Person in Lebensgröße aufgestellt werde.

6.

Es ist Mir von loyalen „Unterthanen", welchen Ich hiermit öffentlich Mein Königliches Wohlwollen bezeuge, bemerklich gemacht worden, daß die Toaste auf Meine Person sich zu wenig von denjenigen auf andere Personen unterscheiden. Den Mir dieserhalb gemachten Vorschlag genehmigend, verordne Ich, daß fortan bei Trinksprüchen auf bürgerliche Personen nur ein einmaliges Hoch, bei Trinksprüchen auf adelige Personen ein zweimaliges, bei Trinksprüchen auf Personen königlichen oder fürstlichen Geblüts ein dreimaliges Hoch auszubringen ist, während die Toaste auf Meine Allerhöchste Person, nach Voranschickung einer entsprechenden Rede, also zu lauten haben: „Seine Majestät, unser erhabener, geistvoller, allgeliebter und allverehrter König und Landesvater, leben höchst! und abermals höchst! und zum dritten Mal höchst! und zum vierten Mal höchst!" In Momenten einer ungewöhnlichen Begeisterung der Loyalität soll einer beliebigen ferneren Wiederholung des „Höchst" keine Grenze gesetzt sein; ein viermaliges Lebehöchst aber soll hinfort zu Meinen Allerhöchsten Attributen gehören.

7.

Um die Unabhängigkeit Meines Richterstandes zu wahren, welche ein Stolz Meines Reiches ist, befehle Ich, daß jeder Richter kassirt werde, welcher einen verklagten Schriftsteller oder sonstigen politischen Verbrecher freispricht.

8.

Bei Meinem Einzug in Meine geliebte Stadt N. ragte in der Hauptstraße ein Stein der Art hervor, daß Ich mir beim Absteigen Mein Landesväterliches Hühnerauge daran gestoßen habe. Dies Ereigniß kann nur aus

einer illoyalen Unaufmerksamkeit der Bürgerschaft hervergegangen sein, wodurch Ich Mich bewogen finde, Meiner Stadt N. so lang Meine Königliche Gnade zu entziehen, bis der bewußte Stein ausgemittelt ist, so daß er wegen Majestätsbeleidigung versenkt werden kann.

9.

Mit Entrüstung habe Ich wahrgenommen, daß eine Hauptfeindin Meines Thrones, die Irreligiosität, sich trotz Meiner Königlichen Bemühungen im Allgemeinen nicht verloren hat. Zur gründlichen Heilung dieses Zeitübels sollen daher in Zukunft alle Kamine in Form eines Kirchthurms aufgeführt und alle Brode in Form eines Kreuzes gebacken und alle Münzen in Form eines Herzens Jesu geschlagen werden. Auch werde Ich einen neuen Orden vom Berg Golgatha stiften.

10.

Da Ich Mich bei Meiner Bereisung Meiner Provinz N. von dem Nothstand Meiner getreuen Unterthanen überzeugt, indem Ich aus Meinem Wagen heraus zwei Wohnungen armer Leute mit zerbrochenen Fensterscheiben wahrgenommen habe, so werden Sie, der Finanzminister, angewiesen, in besagten Wohnungen sämmtliche Fensterscheiben repariren und somit Meinen getreuen Unterthanen ein glückliches Loos sichern zu lassen. Jedoch haben Sie dafür zu sorgen, daß in dem geheimen Staatsschatz die angesammelten hundert Millionen nicht berührt werden.

11.

Meinem Königlichen Blicke ist nicht entgangen, was Meine Behörden bisher unbemerkt gelassen haben, daß nämlich die heilsame und unumgängliche Heimlichkeit Meines Regierungssystems eine verderbliche Lücke hat.

Während Alles bei uns geheim ist, haben wir noch öffentliche Häuser. Diese Oeffentlichkeit ist bedenklich. Zugleich aber sind jene Häuser mit der Ehre Meines getreuen Volkes unverträglich; sie werden daher vom neuen Jahre ab aufgehoben. Diejenigen der betreffenden Wirthe und Frauenzimmer, welche Entschädigungsansprüche zu machen haben oder ihre Existenz gefährdet sehen, werden sich, letztere persönlich, an die Prinzen Meines Königlichen Hauses wenden.

12.

Ich will, daß keiner Meiner getreuen Unterthanen glaube, Meine Minister handelten in irgend einem Punkt anders, denn als Organe Meines Königlichen Willens. Deßhalb verordne Ich, daß, wenn irgend eine unpopuläre oder verhaßte Maßregel getroffen wird, dieselbe jedesmal auf Rechnung Meiner Minister geschrieben werde. Geschieht dagegen etwas Populäres, so kommt dies auf Rechnung der Majestät.

13.

Da Ich Meinen Ministern und den von selbigen dependirenden Beamten niemals Unrecht gebe, indem sie sämmtlich Dependentien Meines Königlichen Willens und Meiner Königlichen Machtvollkommenheit sind, so werden Meine getreuen Unterthanen angewiesen, Meine Person nicht mehr mit Immediatbeschwerden zu behelligen, sondern ihre Beschwerden nur denjenigen vorzutragen, gegen die sie gerichtet sind. Immediateingaben sollen nur dann noch gestattet sein, wenn ich gebeten werde, Allergnädigst einen Akt der Loyalität oder eine Versicherung unveränderlicher Unterwürfigkeit entgegenzunehmen.

14.

Ich befehle Meinen sämmtlichen Beamten, insbesondere aber der Polizei, die angestammte Treue Meiner Unterthanen zu reneviren.

15.

Sie, der Kriegsminister, haben Mir eine Auswahl von zuverlässigen Panzerhemden vorlegen zu lassen.

16.

Es ist mein Königlicher Wille, daß die Freiheit des Unterrichts, wie bisher, geschützt, gepflegt, und erweitert werde. Zu diesem Behuf sollen vom künftigen Monat ab nicht bloß alle Professoren, Lehrer und Schulmeister, sondern auch alle Studenten, Gymnasiasten und Schulkinder über fünf Jahren uniformirt werden. Auch wird fortan die Lehre von den Fischen von aller Kontrolle befreit.

17.

Mit großem Mißfallen und mit gerechter Besorgniß für das Wohl Meiner Staaten habe ich wahrgenommen, daß in neuerer Zeit die Sucht nach Vereinen von mehr als zwei Mann sich auf eine bedenkliche Weise gesteigert hat. Ich sehe Mich hierdurch genöthigt, das gefährliche Uebel des Vereins- und Bündler-Wesens mit der Wurzel auszurotten und verordne, was folgt:

1) Sobald mehr als zwei Mann sich beisammen blicken lassen, werden diejenigen, welche mehr sind, als zwei, wegen Hochverraths zur Untersuchung gezogen.
2) Ausnahmeweise sind größere Versammlungen nur in den Kirchen, in den Polizeibüreaux und in den Kasernen erlaubt.

3) In den Gefängniſſen iſt jeder Gefangene nach penſylvaniſchen Grundſätzen zu iſoliren.

4) Weiber dürfen bis zu ſechs Gliedern zuſammentreten; jedoch haben ſie bei ſolchen Gelegenheiten, namentlich bei Theevisiten, ihr Geſchlecht vorher von der Polizei konſtatiren zu laſſen.

5) Zwillinge zu gebähren, iſt bei Strafe des Abortirens verboten.

6) Jedes Ehepaar hat es bei einem einzigen Kinde bewenden zu laſſen.

7) An den Wirthstafeln haben ſich die Gäſte mit dem Rücken gegen einander zu ſetzen.

18.

Mein Volk iſt bekanntlich bloß das Fundament Meines Königlichen Hauſes, und der Glanz Meines Geſchlechtes iſt der Zweck des Staates. Dieſer Glanz muß zeitgemäß gehoben werden. Ich ordne daher folgende neue Schöpfungen an:

1) Meine Krone erhält eine zweite Etage von Brillanten, wozu fünf Millionen aus den dießjährigen Ueberſchüſſen der Staatseinkünfte zu verwenden ſind.

2) Mein Vaſallen- und Adelsſtand wird um zwanzig Prozent vermehrt. Derſelbe wird zur zeitgemäßen Ausſtattung mit dem Orden der engeren Treue und mit cumulirten Gütern belehnt, ſowie mit Steuerexemtionen und dem Privilegium, Meine getreuen Unterthanen unter der Hand zu ſchinden, begnadigt.

3) In jeder Stadt von mehr als 10,000 Einwohnern wird für Meine Allerhöchſte Perſon ein geheimes Gemach in gothiſcher Bauart aufgeführt. Die

Fonds dazu dürfen aus freiwilligen Beiträgen Meiner loyalen Unterthanen genommen werden.

4) Es wird ein mausoleenartiges Heiligthum zum Begräbniß und für die Andachtsübungen Meines Königlichen Geschlechtes erbaut, und zu diesem Bau die Summe von 10 Millionen disponible gestellt. Die Gelder, welche während der Andachtsübungen in den Klingelbeutel des Mausoleums fließen, sind zur totalen Abschaffung des Nothstandes meiner getreuen Unterthanen bestimmt.

19.

Der Gang Meiner Regierung ist eben so unwandelbar, als mein Königliches Haus unerschütterlich. Vermesse sich daher Keiner, in jenen Königlichen Gang durch Vorstellungen und Mahnungen eingreifen zu wollen. Wer dieser Königlichen Warnung kein Gehör gibt, wird das erste Mal mit Meiner Königlichen Ungnade, und im Wiederholungsfall mit einer Ordnungsstrafe von 5 Groschen Königlich Kourant belegt.

20.

Sie, der Kriegsminister, haben die Anhänglichkeit des Militärs an Meine Allerhöchste Person und Mein Königliches Haus reparieren zu lassen und Mir dieserhalb geeignete Vorschläge zu machen. Vor der Hand bestimme Ich, daß jeder Lieutenant, welcher einen Bürgerlichen in Gesellschaft mörderisch anfällt, mit acht Tagen Festungsstrafe belegt, und sodann wegen Uebertreibung der ritterlichen Hingebung für den Landesherrn als Hauptmann begnadigt werden soll.

21.

Nach reifer Ueberlegung und genauer Erwägung der Zeitverhältnisse habe Ich Mich endlich, nach Anhörung

Meines Staatsrathes, entschlossen, das Gebäude der Rechte Meiner getreuen Unterthanen auf dem Fundament der neuen Zeit unerschütterlich aufzuführen. Ich verordne daher, was folgt:

Keiner Meiner getreuen Unterthanen soll begraben werden, bevor er gestorben ist.

22.

Der ruchlose Aufstand, welcher endlich in mehreren Provinzen Meines Reiches ausgebrochen ist und immer weiter um sich zu greifen droht, bewegt Mein Landesväterliches Herz, Mich vertrauensvoll an Meine getreuen Unterthanen zu wenden und sie an ihre angestammte Treue und die Heldenthaten vor Christi Geburt zu erinnern. Zugleich sichere Ich, um einen Beweis Meiner Gnade zu geben, Jedem den neuen Adel mit dem Orden der engeren Treue zu, welcher die Waffen gegen die Aufrührer ergreift.

23.

Da die Zahl der Aufrührer und Untreuen im Militär wie im Civil von Tag zu Tag wächst, so gebe ich Jedem, der unter Meine Fahne zurückkehrt, hiemit Mein Königliches Wort. Auch verspreche Ich Meinem gesammten Volk nachträglich Alles, was ihm etwa noch nicht versprochen sein sollte.

24.

Es zeigt sich jetzt durch die That, daß die Mehrzahl meines Volkes von Illoyalität und Untreue angesteckt und Meines Landesväterlichen Wohlwollens völlig unwürdig geworden ist. Da alle Mittel, dasselbe auf einen bessern Weg zurückzuführen, und selbst mein Königliches Wort und die Militärexekutionen sich als unwirksam zeigen,

indem selbst das Militär großentheils die verbrecherischen Ansichten theilt, daß das Volk sogenannte Rechte haben müsse, während das Höchste, worauf dasselbe Anspruch hat, Versprechen sind, so befehle Ich hierdurch als Herr von Land und Leuten, daß Mein Volk, welches nur noch aus den Rittern der engern Treue besteht, von sämmtlichen illoyalen Elementen gereinigt und letztere sofort des Landes verwiesen werden.

25.

Nachdem Meine getreuen Unterthanen Mich mit Meinem Königlichen Hause aus dem Lande gejagt und zugleich den geheimen Staatsschatz in Beschlag genommen haben, erkenne Ich den natürlichen und gerechten Verlauf der Dinge an, erkläre hiermit alle Kabinetsordres und Königlichen Worte für aufgehoben, und bitte dafür um eine mäßige Pension in republikanischem Kourant.

Dreißig Kriegsartikel

der neuen Zeit

für

für Officiere und Gemeine

in

despotiſchen Staaten.

Art. 1.

Das reißende Thier trägt ſein Mordwerkzeug als angeborene Waffe, denn Morden iſt ſeine Natur. Der Menſch iſt nicht zum Morden geboren. Er hat keine Zähne zum Würgen und keine Klauen zum Zerreißen; dennoch hat der Menſch mehr gemordet als das Thier. Die Waffe, welche ihm die Natur verſagte, hat ihm ſeine Erfindungsgabe erſetzt, und anſtatt der Klauen, Zähne und Hörner führt er Säbel, Dolche und Kanonen.

Art. 2.

Das Thier mordet nur aus Hunger, es mordet in der Regel nur, was es frißt, und es frißt ſelten ſeine eigne Art. Der Weiſ mordet das Schaf, aber nicht den Wolf. Der Menſch aber mordet den Menſchen, und zwar ohne ihn zu freſſen. Er mordet aus allen möglichen ſonſtigen Gründen, er mordet aus Leidenſchaft, er mordet aus Spekulation, ja er mordet aus „Pflicht", er mordet „geſetzlich", er macht das Morden der eignen Gattung zur — Tugend.

Art. 3.

Wer hat den Menschen zu so schrecklicher Erniedrigung gebracht? Im Beginn der Geschichte hatte der Mensch keinen Begriff vom Menschen; Mensch oder Thier war ihm gleich, sobald sie ihm feindlich erschienen; er sah in dem Nebenmenschen nur den Gegner, dem er oder der ihm dieß und das streitig machte. Die Menschen nahmen von allen Seiten, so weit sie Lust hatten, Besitz von der Erde, und wo sie bei diesem Geschäft mit Andern zusammentrafen, entstand Kampf und der Sieger nahm sich das Recht. Man gesellte sich hier und dort zusammen und machte aus dem früher bloß zufälligen Besitzergreifen ein planmäßiges Handeln. Sodann verwandelte sich das Besitzergreifen in Raub: es gab Eroberungskriege. Die Eroberung von der einen Seite setzt von der andern die Vertheidigung derer voraus, deren Besitzthum erobert werden sollte. Diese führten also Freiheitskriege. Ein solches Hin- und Herkämpfen streute nach allen Seiten wieder den Samen zu neuen Streitigkeiten aus, man verbündete sich hier und dort, man unterjochte dies Land und befreite jenes; es entwickelten sich durch die Gegensätze immer festere politische Gestaltungen, es stellten sich die Völker nationenweise neben einander und bildeten sich aus in der festen Vereinigung ihrer Glieder, Der Kampf war also die Bedingung der Ausbildung der Menschheit, und der Weg der Kultur mußte durch Blut führen. Der Mord war unmittelbar der Weg zur Menschenunterdrükkung, aber mittelbar wurde er der Weg zur Menschenbefreiung aus den Banden der Rohheit und Verfinsterung.

Art. 4.

Der Gang der Geschichte zeigt also, daß der Mord nothwendig war, so lang die Menschheit sich nicht aus dem Zustande der Rohheit herausgearbeitet hatte. Der

Menſch beging Thierhandlungen, ſo lang er ſelbſt noch Thier war, und ſein Leben wurde um ſo häufiger verſchleudert, je weniger es durch Kultur noch Werth erlangt hatte. Aber ſoll der Mord verewigt werden? Soll er Zweck ſein, wie er Mittel war? Soll er die Kultur ſelbſt werden, nachdem er zur Kultur geführt hat? Soll der Menſch Thier bleiben, weil die Thierheit den Durchgangspunkt zu ſeinem Menſchenthum bildete? Der Menſch unſerer Tage ſagt ſich, daß die Menſchheit ihre Mordwerkzeuge wegwerfen wird; er ſagt ſich, daß eine Zeit kommen müſſe, wo es eben ſo wenig noch Flinten und Kanonen gebe, als lebende Mordmaſchinen, welche ſie abfeuern; er ſagt ſich, daß eine Zeit kommen werde, wo man auf die offizielle Mordwirthſchaft, die man Militärweſen nennt, zurückſchauen werde, wie wir auf die Menſchenfreſſer Nukahiwa's und Neuſeelands.

Art. 5.

Das ſagt ſich der Menſch unſerer Zeit. Dennoch, wohin wir blicken, ſehen wir die Mordwaffe blinken und die Wiſſenſchaft des Mordens mit tobendem Eifer betreiben. Woher das?

Im Beginn vereinigten ſich die Mörder freiwillig mit einander nnd ſtanden ihrem Anführer als freie Gehülfen gegenüber. Später, als die Anführer in der Gewohnheit des Befehlens zu Herren ihrer Gehülfen geworden waren, beriefen ſie dieſelben eigenmächtig zum Morden. Das Mordſyſtem bildete ſich immer weiter aus und forderte ſtete Bereitſchaft. Man ſchuf alſo eine beſondere Klaſſe von Mördern und führte allmälig die ſtehenden Heere ein. Die nach Außen hin ſtets als Obermörder daſtanden, wurden unterdeß nach Innen zugleich als Despoten erkannt. Sie ſuchten daher in den ſtehenden Herren nicht bloß ſchlagfertige Mordwerkzeuge nach Außen, ſondern auch

dienstfertige Schutzwerkzeuge nach Innen. Die Gelegenheit zum Morden verminderte sich nach und nach durch die steigende Kultur. Die Mordwerkzeuge aber blieben. Ihr Zweck war ein anderer geworden; das Werkzeug des Despotenergeizes hatte sich in das Werkzeug der Despotensicherheit verwandelt. Man rettete aber den Schein, in dem man die Despotensicherheit mit der Volkssicherheit zu maskiren suchte. Man kehrte den Vorwand der Erhaltung stehender Mörderbanden nach Außen, ihr Zweck aber kehrte sich hauptsächlich nach Innen. In despotischen Staaten ist die Bevölkerung in drei Theile getheilt: den einen bildet der Herrscher mit seinem Anhang, den zweiten bilden die Beherrschten oder das eigentliche Volk, den dritten bilden die Werkzeuge zur Beherrschung, und unter diesen Werkzeugen steht oben an das stehende Heer. Die Herrschenden mit ihren Werkzeugen stehen also dem beherrschten Volk feindlich gegenüber, während sie im Grunde gar nicht zum Staate gehören, denn nur das Volk bildet den Staat, und nur eine Volksherrschaft ist eine Staatsherrschaft.

Art. 6.

Würde es noch stehende Heere geben, würde es noch eine organisirte Mordwirthschaft geben, wenn die Völker, wenn die Hauptvölker als freie Völker neben einander wohnten? Nein! Und abermals nein! Und ewig nein! Warum nicht?

1) Weil freie Völker sich nicht zu sklavischen Mordwerkzeugen abrichten lassen:
2) weil freie Völker ihre Mittel besser gebrauchen können, als zur Erhaltung einer stehenden Mörderbande;
3) weil freie Völker keine Eroberungs- und Unterdrükkungsgelüste haben wie Despoten und Kabinete;
4) weil freie Völker, wenn sie der Gefahr eines Angriffs

ausgesetzt werden, Kraft genug in sich besitzen, um den Angriff abzutreiben, auch ohne daß sie ihm als organisirte Mörderbanden stets bereit gegenüberstehen; weil freie Völker sich nicht gegen sich selbst zu rüsten brauchen, wie Despoten gegen ihre Knechte.

Art. 7.

Also nur der Mangel an Freiheit erhält die stehenden Mörderbanden und die stehenden Mörderbanden dienen nur dem Despotismus und den Planen der Kabinete. Die schweizerische Republik hat und duldet kein stehendes Heer. Die nordamerikanische Republik hat und duldet kein stehendes Heer. Sind diese Staaten darum wehr- und waffenlos? Nein, sie sind wehrhafter, als die Despotenknechte. Aber sie tragen die Waffen nur zur Vertheidigung und gebrauchen sie nur gegen die Feinde ihrer Freiheit. Wer zum Angriff die Mordwaffe trägt, ist ein Mörder; wer sie nur zur Vertheidigung trägt, übt bloß die Pflicht der Selbsterhaltung. Der Despotismus gebraucht die Mordwaffe zum Angriff, zum Angriff auf die Freiheit, wenn sie ihr Haupt erhebt: der Despotismus ist ein Mörder; die Freiheit gebraucht die Waffe nur zur Vertheidigung: die Freiheit ist keine Mörderin.

Art. 8.

Wenn also ein Staat mit einem stehenden Heer bedeckt ist, so bildet dieß den Maßstab, um die Volksfreiheit zu messen. Der Maßstab ist ein ganz sicherer, wenn nicht neben dem stehenden Heer ein bewaffnetes, selbstständiges Volksmilitär besteht, welches der herrschenden Gewalt Schonung des Volkes abnöthigt, wie es z. B. in Frankreich zum Theil mit der Nationalgarde der Fall ist. In Rußland, Oesterreich, Preußen und ähnlichen Ländern ist das

große stehende Heer nur als eine der herrschenden Gewalt ergebene Mörderbande zu betrachten, welche bereit steht, das Volk zu morden, sobald es den Arm nach seinen Rechten, nach der Freiheit ausstreckt. Also der eine Theil des Volkes läßt sich zu uniformirten Sklaven machen, um mit der Mordwaffe in der Hand das nicht uniformirte Volk in der Sklaverei zu erhalten. Schreckliches, widernatürliches, unmenschliches Verhältniß! Kommen wohl die uniformirten Mörder dazu, in sich zu gehen, sich über ihre Bestimmung zu prüfen und ihre scheußliche Stellung zu erkennen? Die Macht der Gewohnheit hat sie abgestumpft und sie tragen ihre Mordwaffe sogar mit Stolz. Es gibt Staaten, welche sich nicht scheuen, sich Militärstaaten zu nennen; sie fühlen es nicht, daß sie sich damit als Mörder- und Henkerstaaten charakterisiren. Die einzelnen Mörder und Henker selbst aber schreiten daher in der kläglichen Einbildung einer hohen Bestimmung, einer ehrenvollen Stellung — und sie sind eben nur Sklaven, Henker und Mörder! Mensch, erkenne es, wie tief du sinken kannst.

Art. 9.

Die Gehorchenden sanken so tief, nachdem die Befehlenden so tief gesunken waren. Die Leiter der Völker suchten stets ihren Hauptruhm im — Morden, und zum Theil thun sie es noch jetzt. Wo sie aber keine Gelegenheit oder keinen Muth zum wirklichen Morden mehr haben, da vergnügen sie sich mit der Komödie des Mordens und nennen das Truppenübung. Die Fürsten und Prinzen sind zu Lieutenantsnaturen geworden, welche unter dem Paraderocke den Henkerrock tragen. Und sie erschrecken nicht? Die despotischen Thronbesitzer fühlen sich noch glücklich in dem Gefühl, daß sie über ein Heer von — Mördern zu gebieten haben? Sie können noch schlafen, können noch lachen, die Mahlzeit schmeckt ihnen noch — und ihre

Macht, ihre Stellung ruht auf den Schultern von Mördern? „Väter des Vaterlands" stehen ihren „Kindern" mit gezückter Mordwaffe gegenüber! Sie beglücken ihre „Unterthanen", mit Versicherungen des Vertrauens und in der Hand des Vertrauens blinkt das Henkerschwert. Sie buhlen in gnädiger Herablassung nach dem Ruhm der Humanität, und in der Hand der Humanität blitzt die Mordwaffe. Sie halten große Parade ab, beglückt und beglückend, es wird Hurrah geschrieen, man begeistert sich und erhebt sich, — und aus dem glänzenden Lügenspiel stiehlt sich schleichend ein Mordgeruch hervor. Im Hintergrund der Komödie lauert der Mord und grinst die Beschauer, grinst die Mörder selbst an. Ihr Mörder, die ihr eben noch wegen eurer trefflichen Mörderhaltung gepriesen wurdet, versucht es, euch für den Schimpf zu rächen, den euch vielleicht in demselben Augenblick ein Befehlender angethan. Was wird erfolgen? Euere eigenen Kameraden werden kommandirt werden, euch zu morden. Ihr Leute aus dem Volk, die ihr eben noch Hurrah geschrieen, als ihr den Oberherrn dieser Mörderbande gnädig sie beleben hörtet, versucht es, denselben aufzufordern, daß er euch eure Rechte, eure Freiheit zurückgebe. Was wird erfolgen? Er wird seine Mörderbande eine Schwenkung machen lassen und euer Hurrah erwiedern mit dem landesväterlichen Ruf: Gebt Feuer!

Art. 10.

Volk, wo bist du? Ich finde dich nicht. Ich finde nur eine Masse menschenähnlicher Geschöpfe, deren Hauptbestreben dahin geht, seine eignen Feinde zu ernähren, stark zu machen, zu verherrlichen.

Volk, du gibst deine Söhne her, damit Werkzeuge vorhanden sind, deine Fesseln zu schmieden und dich nöthigenfalls zu morden.

Volk, du gibst deinen Schweiß her, auf daß Mittel vorhanden sind, deine Fesseln zu unterhalten und dich nöthigenfalls zu morden.

Volk, du gibst deinen Enthusiasmus her, damit diejenigen verherrlicht werden, welche nur darauf bedacht sind, deine Fesseln zu unterhalten und dich nöthigenfalls zu morden.

Volk, ich begreife dich nicht, denn ich habe Vernunft im Gehirn und Blut in den Adern. Wenn du gemordet und begraben bist, werde ich einen Schandpfahl auf dein Grab setzen.

Art. 11.

Und deine Söhne? Sie sind ihrer Mutter würdig. Wer sich freiwillig knebeln und morden läßt, kann die Welt höchstens mit Sklaven und Mördern bevölkern. Sind deine Söhne noch Menschen? Der Soldat in despotischen Staaten hört auf, ein Mensch zu sein.

Was denkt er? Er hat keine Gedanken, denn er wird zur lebenden Maschine abgerichtet.

Was fühlt er? Er hat kein Gefühl, denn er gleicht der Waffe, die er trägt, und die sich in jede beliebige Brust bohrt, gegen welche ihr Träger sie richtet.

Was will er? Er hat keinen Willen, denn er ist blindes, preisgegebenes Werkzeug des Kommando's.

Das Kommando befiehlt ihm, den Hungernden zu morden, der in den Windungen seines Schmerzes an eine Schranke der Gewalt gestoßen, welche ihn ausgesogen, und er mordet den Hungernden.

Das Kommando befiehlt ihm, den Volksfreund zu morden, der ihm und seinen Mitmenschen Freiheit und Glück zu erringen strebte, und er mordet den Volksfreund.

Das Kommando befiehlt ihm, die Tugend zu morden,

welche der Despotismus zum Verbrechen stempelt, und er mordet die Tugend.

Das Kommando befiehlt ihm, seinen eignen Bruder zu morden, den sein Menschengefühl auf die Seite des murrenden Volkes trieb, und er mordet seinen Bruder.

Einen brennenden Pechkranz auf das Haupt dieser Schande! Einen vergifteten Dolch in die Brust dieser Unmenschlichkeit! Einen glühenden Keil durch die Hand dieser Sklaverei! Gemach! Er läßt sich das sagen und hört es nicht. Er hat kein Ohr mehr für den Mahnruf des freien Menschen. Er ist als Mensch vernichtet, er existirt nicht mehr. Nur das Kommando hört er noch, nur durch das Kommando existirt er. Das Ohr seines Gehorsams ist stets gespitzt nur für das Kommando, seine Glieder sind stets auf dem Sprung, um mit Zittern zusammenzufahren vor dem höllischen Kommando. Volk, deine Söhne sind so entwürdigt, daß sie sogar im Stande wären, dich zu befreien — auf Kommando, denn selbst zum Undenkbaren hin treibt sie das Kommando.

Volk, wozu sind deine Söhne auf der Welt? Nicht um zu leben. Sie gehören nicht sich, gehören nicht den Ihrigen, sie gehören dem Despotismus. Der Despotismus zerschneidet ihre Adern und sie vergießen ihr Blut. Wofür? Das ist für sie keine Frage. Mag ihr Blut sich mit dem Wasser des Selkenquells oder mit der Mistjauche des Viehstalls mischen — es muß ihnen genügen, daß der Despotismus es vergießt. Was Feind ihres Herrn ist, das muß ihr Feind sein; mögen sie, was sie morden, lieben oder hassen, das Morden und Bluten muß ihnen heilig, muß ihre Freude sein, wenn der Despotismus es ihnen befiehlt. Ihr Leben ist so wenig werth, als das Leben Derer, welche sie morden sollen. Alles zusammen ist nur Dünger für das göttliche Wirkkraut des Despotismus.

O Volk, daß die Mordwaffe deiner Despoten und

keiner Söhne dich von der Erde vertilgte! Sie würden dann wenigstens dazu gelangen, sich unter einander zu morden. Möge das Weltmeer seine Ufer überschwellen mit dem Sklaven- und Despotenblut, das sich in seine Kufe stürzt! Möge die Erde verwaist und verödet nur dem Gethier einen freien Aufenthalt bieten! Beim Geist der Welt, es wäre besser, daß die Menschheit begraben würde, als daß sie nur lebte, um für scheußliche Despotengötzen sich in Mörder und Sklaven zu theilen.

Art. 12.

Wovon lebt der Despotismus? Von der Henkerbande, die von ihm lebt.

Was ermuthigt jenen Despoten, die Wünsche des Volks unter die Füße zu treten? Das Vertrauen auf seine Henkerbande.

Was ermuthigt ihn, durch Machtsprüche dem Volk zu gebieten, was ihm zuwider ist, und ihm zu versagen, was es will? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn, das Volk auszupressen, um von dem Erpreßten das Gebäude des Despotismus zu unterhalten und den Verschwendungen seines Götzenthums zu genügen? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn, die Hälfte des Volks in's Elend zu stürzen, damit er und sein Anhang in empörendem Luxus schwelgen können? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn und seinen Anhang, dem Volk den Knebel auf den Mund zu hängen und seine Sklaverei stumm zu machen? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn und seinen Anhang zu schnöder Willkür, zur Verhöhnung des Rechtes, zur Verachtung der Gemißhandelten? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn und seinen Anhang, zu Verbrechen zu stempeln und mit Kerker und Beil zu bestrafen, was dem freien und vernünftigen Menschen als Recht und Pflicht erscheint? Das Vertrauen auf die Henkerbande!

Was ermuthigt ihn und seinen Anhang, das Volk auf Schritt und Tritt mit polizeilichen Fesseln zu behängen, ihm seine Gedanken und Empfindungen zu belauern und vorzuschreiben, ihm sein Menschenthum faserweise auszureißen und es in den Koth der Entwürdigung zu treten? Das Vertrauen auf die Henkerbande?

Das Vertrauen auf die Henkerbande ist es allein, was diese Zunge, jene Feder, diesen Fuß, jenen Arm in Bewegung setzt; was dieses Uebel aufrecht und jenes Gute fern hält; was Unsinn sanktionirt und Vernunft in den Bann thut. Das Vertrauen auf die Henkerbande ist mit einem Wort eure — Regierung.

Was würde dieser Decret und jener Minister, dieser Geheimrath und jener Höfling, dieser Aristokrat und jener Pfaffe, dieser Inquisitor und jener Polizeimensch, die sich jetzt mit bewußter Sicherheit an euern Rechten vergreifen, was würden sie thun, wenn plötzlich die Henkerbande verschwände, oder zum Volke zurückkehrte, von welchem sie hergekommen? Sie würden beben, beben und kriechen vor dem — Volk! Jene Feiglinge, welche trotz der Henkerbande vor jedem Hauche der Oeffentlichkeit zusammenfahren, ließ der Henkerbande tausend Schliche und Kniffe zu ihrer Sicherung in's Werk setzen, trotz der Henkerbande Gerichte und Presse zu ihren Werkzeugen ernierrigen, was würden jene Feiglinge, jene Träger des bösen Gewissens, jene bleichen Würger des freien Menschenthums thun, wenn ihre schützende Henkerbande sich verlöre?

Volk, sie würden winseln unter deinem Fuß, wie das Gewürm der Erde. Jetzt aber, Volk, winselst du!

Art. 13.

Die Völker sehen nicht, was ihnen am brutalsten in die Augen springt, und fühlen nicht, was sie am schwersten niederdrückt. Sie wüßten sonst und sprächen es aus, daß der größte Fluch der Menschheit die stehenden Heere sind, denn sie dienen jedem andern Fluch zur Stütze.

Verflucht seien im Namen der Menschheit die stehenden Henkerbanden!

Art. 14.

Ist es nicht ein haarsträubender Gedanke, daß die Völker diesen Fluch sich auflasten lassen, während es ihnen klar sein muß, daß er durch keinerlei Nothwendigkeit erzeugt wird?

Ist es nöthig, daß die Jugend des Landes ihre beste Zeit hinopfert, um sich zu unmenschlichen Maschinen abrichten zu lassen?

Ist es nöthig, daß dem Lande das Mark ausgesogen wird, um die Kosten für jene unmenschliche Abrichtung aufzubringen?

Ist es nöthig, daß ein Heer geputzter Müßiggänger wie Komödianten und Harlekins durch das Land umherzieht, Paraden abhält, die Geistlosigkeit zum System macht und die Unmenschlichkeit als Kultus betreibt?

Ist es nöthig, daß unter der Zuchtrute barbarischer Gesetze der eine Theil des Volkes dem andern als drohender Henker gegenübergestellt wird?

Nein, es ist nicht nöthig, für das Volk ist es nicht nöthig, für das Wohl des Landes ist es nicht nöthig, für die Erhaltung des Staates ist es nicht nöthig, nur zum Schutz der Feinde des Volks ist es nöthig. Wer läßt sich noch durch die alberne Lüge bethören, daß es nöthig sei zum Schutz gegen das Aus-

land? Daß, um das Volk nach Außen frei zu erhalten, man es im Innern zum Sklaven machen müsse? Daß, um es stark zu machen, man ihm die Sehnen der Kraft durchschneiden müsse? Wer läßt sich noch den Verstand übertölpeln mit jenen komödiantischen Redensarten von „herrlicher Wahrhaftigkeit" polizeidurchdrungener Sklaven, die man unter die Pike des Despotismus stellt?

Volk, mach' es dir klar und nimm es für so gewiß, als die Erde unter deinem Fuß, daß nur ein freies Volk wirklich wehrhaft ist und zwar ohne jene entmenschende Dressur, ohne jene erdrückenden Kosten, ohne jenen nichtswürdigen Pomp. Sieh dich um in deiner Nähe, schau nach den Bergen der Schweiz. Der Bürger der Schweiz hat zur nötigen Einübung die Pike so viel Wochen zu tragen, als du Jahre; von einer stehenden Bande ist da keine Rede und die Vaterlandsverteidiger sind nur bewaffnete Bürger; sogar die Offiziere folgen zugleich ihrem bürgerlichen Beruf; die Kosten für das Kriegswesen sind im Vergleich mit den Despotenländern nicht der Rede wert; kurz, von jenem perennirenden, organisirten Mordsystem keine Spur — und doch kann die Schweiz, dies kleine Land, in wenigen Tagen einem andern Angriff 100,000 Männer entgegenstellen, die jede dressirte Sklavenbande von gleicher Zahl zu Boden schlagen.

Wie kommt die Schweiz zu diesem Vorzug? Sie ist ein freies Land, ist eine Republik! Nur wo Fürsten sind, gibt es stehende Mörderbanken.

Wie wäre es in diesem Lande möglich, dem Volk einzureden, es müsse sich vor dem Ausland durch eine stehende Mörderbande sichern? Und ist nicht gerade die Schweiz am Ersten der Feindschaft des Auslandes ausgesetzt? Ist nicht diese Republik allem europäischen Despotismus ein Dorn im Auge? Bewacht er nicht in ihr

das drohende Samenkorn für andere Republiken? Sieht er nicht aus ihren Bergen die große Volkshand hervorlangen, welche alle seine künstlichen Gerüste einreißen wird? Und doch kein stehendes Heer in der Schweiz! Aber die Freiheit fühlt, daß sie gefürchtet wird, deßhalb sucht sie ihre Rettung nicht in Einrichtungen der Unfreiheit. Die Unfreiheit allein fürchtet sich und in der Furcht sucht sie auch ihre Rettung. Deßhalb jene planmäßige Lügenwirthschaft, welche die Nationalvorurtheile zu erhalten und zu hetzen, welche der einen Nationalität Furcht und Eifersucht neben der andern einzureden sucht, um in den Waffen solcher Furcht Waffen des Despotismus zu schaffen. So, ihr Völker, schützt der Despotismus sich selbst, indem er euch die Nothwendigkeit eines Schutzes einredet, der völlig überflüssig ist und den die Freiheit im Fall der Noth vollständig in sich selbst findet.

Blickt nach Nordamerika! Das zukunftreichste, mächtigste, freieste Land der Erde, nach welchem alle „Mächte" dieser Erde mit Eifersucht und Besorgniß hinüberblicken, besitzt nicht mehr stehendes Militär, als ihr in einer einzigen jener Despotenhöhlen einschließt, die man Festungen nennt.

Art. 15.

Welch' Gefühl muß ein Volk durchglühen, welches erkennt, daß es durch eigne Blindheit und fremde List, durch eigne Schlaffheit und fremde Furcht in einem langen, schmähligen Zustand der Erniedrigung und Sklaverei erhalten worden ist!

Welch' ein Gefühl muß die Söhne dieses Volks durchglühen, wenn sie erkennen, daß und wie man sie unter dem trügerischen Schein von Harlekinspomp und Lügenphrasen zur Erhaltung jenes Zustandes benutzt hat!

Geht in euch, zerbrecht die Hornhaut der Gewohnheit, reißt das Blendwerk von eurer Schmach herab und stellt sie in ihrer ganzen, skandalösen Nacktheit hin!

Art. 16.

Der Gemeine. Ehe ich Soldat wurde, hatte ich noch gar nicht darüber nachgedacht, was es heißt, eine Uniform zu tragen. Die Gewohnheit hatte mich durch das Beispiel so vieler Andern gedankenlos gemacht, und als die Zeit erschien, wo ich ihnen folgen sollte, gewährte meinem jugendlichen Sinn die Aussicht auf den bunten Rock und das Leben in der Kasernenluft sogar einen gewissen Reiz der Neuheit. Ein unbehagliches Vorgefühl mischte sich zwar hinein, doch war ich mir nicht bewußt, was es mir bedeuten wolle. Ich trank bei der Einweihung eine Menge Branntwein, sang sehr übermüthig tapfere Kneipenlieder und renommirte meine letzten freien Augenblicke hinweg, die Galgenfrist des Uebergangs in den neuen Zustand fast unbewußt zur Selbsttäuschung benutzend. Ich glaube, selbst der Sklave, wenn er von der afrikanischen Küste die verhängnißvolle Fahrt nach der amerikanischen antritt, weiß in dem Uebergang in die neue Welt mit ihren Möglichkeiten für kurze Zeit einen tröstenden Reiz der Veränderung aufzufinden. Bei mir hielt dieser Reiz nicht lange vor. Nachdem ich wie eine Waare durch die Hände der Visitatoren und Taxatoren gegangen war, nahm ein Scherge der uniformirten Gewalt Besitz von mir und trieb mich mit der Sicherheit eines verfügenden Eigenthümers in den Stall der Sklaverei. Die Kleider meiner freien Jugend wurden mir ausgezogen und man steckte mich in ein buntes Wamms, das noch nach dem Angstschweiß seines früheren Trägers duftete. Mit Sack und Pack behängt und ein unförmliches Mordinstrument in der Hand, an welches

ich nun Jahre lang sollte gefesselt bleiben, ward ich in eine Kammer gewiesen, wo ich mich in Gesellschaft fremder „Kameraden" auf den Beginn des „Allerhöchsten Dienstes" vorzubereiten hatte. Man befahl mir, mein Geschirr — ich dachte wirklich an Pferdegeschirr dabei — in Ordnung zu bringen, mein Mordinstrument zu putzen und mir „Liebe zur Waffe" anzueignen. Liebe zur Waffe! Das war mir ein schreckliches Wort. Was es heißt, seine Eltern oder seine Braut zu lieben, das wußte ich zwar, aber Liebe zur Waffe, Liebe zu einem Stück Eisen, womit man seinen Nebenmenschen ermordet, kam mir noch schlimmer vor, als Liebe zum Kerker. Ich begann zu begreifen, daß ein Verhältniß, in welchem dem Menschen so widernatürliche Forderungen gestellt werden, um ihn aus seinen natürlichen Vorstellungen herauszuschrecken, ein unmenschliches Verhältniß sein müsse, welches nur auf die Verkehrung aller vernünftigen Begriffe gegründet ist. Als ich über die Liebe zur Waffe nachgedacht hatte, machte man mir begreiflich, wie es mir ergehen werde, wenn ich mir diese Liebe nicht anzueignen verstehe. Man las mir die Kriegsartikel vor. Wo war ich hingerathen? Es summte mir um die Ohren von lauter Arrest und Todtschießen, ich kam mir vor wie ein Kapitalverbrecher, nach welchem sich von allen Seiten die Büttel- oder Henkerfaust ausstrecke. Was hatte ich denn gethan? Nichts, nicht das Mindeste, und doch überlief mich eine Angst, als sei ich das personifizirte böse Gewissen. Das böse Gewissen meines natürlichen Menschenthums stellte mir nämlich vor, daß es mir schwer werden würde, mir die erforderliche „Liebe zur Waffe" und „Liebe zum Allerhöchsten Dienst" anzueignen. Die kommandirenden Gesichter, die sich rings um mich her so henkermäßig geberdeten, die Kriegsartikel, die Kasernenmauern, alles das sah so liebreich aus, daß ich mir die Liebe zur Waffe gern ange-

schafft hätte, um die ganze Wirthschaft aus der Welt zu schaffen. Doch diese revolutionären Gedanken legten sich bald. Am andern Tage begann das sogenannte Exerzieren. Ich wurde mit einer Menge „Kameraden" in eine Reihe gestellt und dann gieng's an die Zubereitung meiner Gliedmaßen zum „Allerhöchsten Dienst." Ich hatte früher oft auf meinen gesunden, geradgewachsenen Beinen gestanden, hier und dort, so und so, aber das war Alles nicht auf die rechte Weise zugegangen. Jetzt lernte ich erst „grade stehen", d. h. ein lebendiger Stock werden. Ich hatte früher Manches gesehen, dieß und das, und mein Auge wußte Alles auf's Korn zu nehmen, wo es galt. Aber das war Alles nicht auf die rechte Weise zugegangen. Jetzt lernte ich erst „gradeaus" sehen. Mochte das „grade aus" in eine Miststuze oder in ein Kerkerfenster führen, das war einerlei, ich hatte nicht zu sehen, sondern nur die Augen „gradeaus" zu richten, d. h. eine todte Wachsfigur vorzustellen. Früher hatte ich eine ganz gute Haltung, ich hielt mich menschlich und natürlich, wie ich aus meinem Kern herausgewachsen war. Jetzt lernte ich „militärische Haltung." Ich mußte mich auf den großen Zehen balanciren, als sei es die höchste Pflicht eines „getreuen Unterthans", beim ersten Kommando auf die Nase zu fallen; mußte den Bauch einziehen, als sei ich von patriotischem Bauchgrimmen befallen; mußte den Hintern vorstrecken, als gölte es eine stete Bereitschaft zum Empfang von Stockprügeln; mußte die Brust herauswerfen, als sollten die feindlichen Kugeln an ihr abprallen; mußte den Kopf in den Nacken werfen, als wolle man mich barbieren, und vor allen Dingen — ja das Vaterland wäre zu Grunde gegangen, wenn ich das nicht gethan hätte — ich mußte die Hände gestreckt an die Beine legen, „so daß der kleine Finger genau die Hosennath berührte." Einst hörte man beim Exerzieren ein dumpfes Gemurmel,

Gewitterwolken zogen am Himmel herauf, die Erde erzitterte, die Menschen liefen beängstigt durcheinander, die Telegraphen geriethen in Bewegung, die Hunde bellten, alle Behörden kamen auf die Beine, kurz die Welt drohte aus den Fugen zu gehen. Niemand wußte den Grund dieser schrecklichen Unordnung aufzufinden. Ich selbst strengte mich sehr an, um hinter das drohende Geheimniß zu kommen, und ging patriotisch mit mir zu Rath. Endlich fragte ich mich: hast du auch wohl den kleinen Finger an der Hosennath? Und siehe da, der kleine Finger hing einen halben Zoll von der Hosennath entfernt. Ich erschrack sehr, faßte mich aber und zog in der Stille ganz unmerklich den kleinen Finger an die Hosennath heran. Was geschah? Alles begann sofort sich zu beruhigen und in einigen Tagen war das Vaterland wieder im Geleise und jeder Hund wieder in seiner Hütte.

Als mein Verstand soweit ausgebildet war, daß er sich einige Begriffe von „militärischer Haltung" aneignen konnte, begann der militärische Gang. Ich war früher ein ganz guter Fußgänger gewesen und setzte die Füße ganz manierlich. Aber dieser Gang war nicht der richtige, es war der bloß menschliche. Der militärische Gang ist ein andrer. Den linken Fuß hebt man zuerst in die Höhe, läßt ihn in der Luft schweben wie ein Storch, setzt ihn dann mit zusammengekniffenen Zehen und gestrecktem Bein plötzlich nieder und schnellt in dem nämlichen Augenblick den rechten Fuß in die Luft. Es versteht sich, daß der kleine Finger dabei stets an der Hosennath bleibt. Den rechten Fuß setzt man in derselben Weise nieder, wie den linken und schnellt dann wieder den letztern in die Luft. Diese wunderbare Kunst ist die Kunst des „Links" und „Rechts". Hat man in dieser Kunst einige Fertigkeit erlangt, so kommt man zu der Ehre, an dem Exerziermeister, der in einiger Entfernung sich hinstellt,

als wolle er das Dampfschiff anlanden sehen, mit dem kleinen Finger an der Hosennath vorbeizumarschiren und ihn dabei „scharf anzusehen," als fühle man eine ungeheure Feindschaft gegen den Mann. Es spricht sich aber im Grunde in diesem „scharfen Blick" nur versteckte „Liebe" aus, „Liebe zu der Waffe" und zu denen, welche diese Liebe Andern beibringen. Es kommt bei jenem Blick vor Allem darauf an, daß von der Augenlinse des Blickenden bis zur Augenlinse des Angeblickten eine grade Linie führt. Wird diese Linse des Angeblickten nur um ein Härchen verfehlt, so ist wieder ein Grund zu der größten Unordnung im Vaterlande gelegt und jene wohlthuende Befriedigung, welche den schönsten Lohn für ein gelungenes Werk bildet, ist in der militärischen Brust nicht vorhanden. Das Unbehagliche der Unvollständigkeit beschleicht das Gefühl wie eine Mahnung der Nemesis und höchstens ist eine gelungene Wiederholung im Stande, das gestörte Gleichgewicht der Selbstbewußtseinswaage wieder herzustellen.

Nachdem man soweit in der Kultur fortgeschritten ist, daß man die militärische Haltung und den militärischen Gang nebst Zubehör sein Eigenthum nennen kann, beginnt dieselbe Arbeit von Neuem — unter dem Gewehr. Man gelangt zu dem erhebenden Fortschritt, auf den Zehen balanciren, den Hintern herausstrecken, den kleinen Finger an die Hosennath legen, Aktionssprünge ausführen und dem Vorgesetzten in die Linse schauen zu können — mit dem Mordwerkzeug in der Hand. Die Liebe zur Waffe beginnt schon merklich zu wachsen und wenn man nach vollbrachter Arbeit die Waffe in die Kaserne zurückbringt, möchte man sie laden, um sich vor lauter Liebe — tert zu schießen.

Eltern, Freunde, Geschwister, Geliebte, Volk, Menschheit, helft mir doch einen einzigen vernünftigen Grund

finden, warum ich dieſe Erniedrigung, dieſe Abrichtung, dieſe Entmenſchung, dieſe gähnende, tödtende, hirnverzehrende Geiſtloſigkeit Jahre lang durchmachen muß; warum mein Leib kein Lebenszeichen mehr von ſich geben darf, als in der vorgeſchriebenen Linie der Bewegung; warum mein Geiſt keine Exiſtenz mehr verrathen darf, als in dem vorgeſchriebenen Geleiſe des Gehorſams; warum ich ohne Frage und ohne Recht dem Kommando hirnloſer Uniformbeſen preisgegeben ſein und den Menſchen in mir ſtumm und lebles unter die Füße treten laſſen muß; warum mein Menſchenthum wie eine Fabrikatmaſſe gepreßt werden muß in dieſe entſeelende Form der Sklaverei; warum ich Jahre lang in dieſer Form ſiechen, gähnen und zähneknirſchen muß; warum ich Jahre lang mein Leben, meinen Beruf, meine Familie als nicht vorhanden betrachten muß; warum ich Jahre lang als erwerbloſe Maſchine den Schweiß meiner Mitmenſchen verzehren muß; warum ich Jahre lang in den kleinlichſten, ſinnloſeſten Kunſtſtücken mich als Mörder einüben und zugleich zittern muß vor jedem Verſtoß gegen das Mordreglement? Meine Eltern ſeid ihr es, die dieß von mir verlangen? Nein! Meine Geſchwiſter, ſeid ihr es? Nein! Meine Geliebte, biſt du es? Nein! Meine Freunde, ſeid ihr es? Nein! Mein Volk, biſt du es? Nein! Menſchheit, biſt du es? Nein! Wer iſt es denn? — O ihr Auswanderer, die ihr Kinder habt, jetzt begreif' ich euch!

In Rußland erzieht man die Eltern darauf, zu Verräthern ihrer eigenen Kinder zu werden, wenn ſie ſich der ſchrecklichſten aller Sklavereien zu entziehen ſuchen, und behängt die Verräther mit Ordensbändern. Man ſollte die Dekorirten an ihren Orden an den Schandpfahl aufhängen und diejenigen dazu, welche die Entartung der menſchlichen Natur bis zu ſolchem Grad ſklaviſcher Niederträchtigkeit zu treiben verſtehen. Gibt es aber irgend eine

Scheußlichkeit in der Welt, welche nicht von der despotischen Gewalt schon kultivirt und geheiligt worden wäre?

Wie war das ganze System, unter welchem ich Jahre lang geseufzt und gekeucht habe, berechnet, um mich meinen Zustand übersehen zu machen! Man log mir vor, ich besitze eine ungeheure Liebe zur Waffe und zum angestammten Herrscherhaus; man log mir vor, der Patriotismus liege im Gewehrtragen, im Parademarsch und im Hurrahschreien; man log mir vor, ich erfülle einen Menschenberuf, wenn ich recht vorschriftsmäßig den kleinen Finger an die Hosennath legen, das Mordinstrument handhaben, vor einem hohen Paradehelden mit Heftigkeit die Beine vor mich hinwerfen und ähnliche thierische Schaukünste vollführen könnte; man log mir sogar vor, jene verthierten russischen Soldaten, welche als Schildwachen das Wasser einer Ueberschwemmung sich über den Kopf steigen ließen, weil sie nicht wagten, ihren Posten zu verlassen, seien in der Aufopferung für den Dienst ihres Allerhöchsten Herrn große Männer gewesen. Man log mir so viel vor und ließ alles in so sicherer, hergebrachter imponirender Weise, daß ich mich endlich mitunter selbst belog. Ich log mir vor, daß es erhebend sei, nach dem Takt betäubender Musik und schreckhafter Kalbfelle mit Menschenmassen daher zu taumeln; ich log mir vor, daß es großartig sei, massenweise die Luft mit Pulverknall zu füllen; ich log mir vor, daß in dem paradirenden Serviliismus, welcher vor „hohen Personen" massenweise seine Aufzüge hält, eine männliche Thätigkeit liege; ich log mir vor, daß ich ein Bürger und Mensch sei, wenn ich auf Kommando einem herzlosen Despoten ein Hoch entgegenschreie; ich log mir vor, daß es nicht erniedrigend, nicht niederträchtig sei, sein freies Menschenthum mit sklavischer Aufopferung unter die Füße eines skandalösen Hofpersonenstes treten zu lassen. Jetzt sehe ich meine Lügen

ein, ich erblicke vor mir einen Abgrund von Erniedrigung, Selbstvergessenheit und Infamie, ich verfolge dieß ganze System in seinen scheußlichen faulen Grund hinein und — mich ekelt und schaudert!

Ich sage mir, daß ich ein Mordwerkzeug bin, zum Harlekin abgerichtet. Als Mörder soll ich im Krieg und als Harlekin im Frieden dienen. Krieg? Wen soll ich morden? Soll ich etwa mein — Volk morden helfen?

Ich sage mir, daß, so lang die Völker sich nicht befreundet unter einander auf gleichen Fuß stellen, und nicht die Absicht des Mordens mit den Werkzeugen des Mordens ablegen, die Vertheidigung des einen Volks gegen das andre vorbereitet bleiben muß. Aber ich sage mir auch, daß diese Vorbereitung nicht einen feindschaftlichen Unterschied in das Volk zu legen, nicht den einen Theil zur Polizei des andern zu machen, nicht Jahre lang die Blüthe des Volks verkümmern zu lassen, nicht zu einer entmenschenden Abrichtung unter blutdürstigen Henkersgesetzen zu werben, nicht die Staatsbürger zu Leibeigenen der Gewalt zu machen, nicht Leib und Seele in Sklavengrundsätzen zu erziehen brauche. Ich sage mir, daß freie Bürger, wenige Wochen lang unter vernünftigen Vorschriften in den Waffen geübt, sich besser werden zu schützen wissen, als eingeschulte entmenschte Sklaven der Gewalt.

Mit dieser Einsicht bin ich endlich nach überstandener mehrjähriger Qual zu den Meinigen zurückgekehrt. Was ich aber zugleich mit meiner Einsicht nach Hause gebracht, ist eine sklavische Furcht, eine rubelose Angst, welche für jeden Verstoß gegen die anerzogenen Pflichten der Subordination, Rechtlosigkeit und Erniedrigung sich Gefängniß und Tod vorspiegelt. Ich fühle meinen Rechtssinn gebrochen und meine Männlichkeit angefault. Wie? dieß kann ich mir gestehen, ohne mich wieder zu ermannen? Nein, ich will, ich werde mich ermannen. Ich muß und

werde zeigen, daß man auch dann ein rechter Mann wer den kann, nachdem man ein rechter Lump, und ein rechter Freier, nachdem man ein rechter Sklave gewesen!

Art. 17.

Der Korporal oder Gefreite. Die Schuhsohle, die der „Vorgesetzte" mit Füßen tritt, besteht aus zwei Lagen. Die untere, dickere Lage ist der Gemeine und die obere, dünnere ist der Korporal.

Art. 18.

Der Unteroffizier. Der Unteroffizier kann sich schon zu den Tretenden rechnen. Im Unteroffizier liegt die eigentliche Exekutivkraft des Mordsystems. Der Unteroffizier ist der Hetzhund, der die Heere zu Paaren treibt, er ist die Handhabe, womit die Maschinerie unmittelbar dirigirt wird. Er muß wo möglich einen tüchtigen Schnurrbart tragen, recht gensd'armenmäßig aussehen, eine rauhe Stimme haben und geläufig fluchen können. Er hat sehr viel Männliches, d. h. nach unten, nach oben muß er totaler Dienstbote sein. Er darf in der ganzen schönen Welt nichts Anderes wollen, als Rekruten maltraitiren, und er weiß in der ganzen schönen Welt nichts Anderes, als wie man das Gewehr präsentirt, den Finger an die Hosennaht legt und ähnliche Wissenschaft. So bringt er ein langes, langes Leben hin, und nicht einmal seine ursprüngliche Bestimmung, das Morden, hat er zu erfüllen Gelegenheit gehabt. Der Sklave und das Thier, sie thun doch Etwas, wodurch ein Zweck erreicht wird; sind sie auch Sklave und Thier, sie arbeiten doch dies und schaffen das, sie thun wenigstens Alles, wozu man sie bestimmt hatte. Aber so ein Unteroffizier? Er ist ein ganzes Leben hindurch Sklave und Sklavenhetzer, aber was er eigentlich sein sollte, ein Mörder und Mordhetzer, das wird er nicht einmal. Er ist bloß Sklave zur Exposition, er ist ein Säbel in der Scheide. Er kann sein

Jubiläum feiern, ohne eine einzige Mordthat hinter sich zu haben, und wenn er sich bei seinem seligen Ende fragt: was habe ich im Leben gethan? so gähnt und speit ihn die fußtretende Antwort an: du hast Rekruten maltraitirt und hast Rekruten maltraitirt und hast Rekruten maltraitirt.

Art. IV.

Der Offizier. „Der fünfte Mann im zweiten Glied steht einen halben Zoll zu weit vor. Zurück! Noch etwas zurück! Noch ein Härchen zurück! So! das Vaterland ist gerettet." „Der Flügelmann im dritten Glied hat das Gewehr nicht genug angezogen. Donnerwetter, zieh' er's Gewehr an! Es hängt einen Zoll breit nach hinten. Soll denn die Welt zu Grunde gehen durch den einen Kerl?" „Dem zwölften Mann im zweiten Glied hat eine Fliege auf den obern Knopf der linken Reihe gekackt. Er wird in Arrest kommen, wenn er nicht besser auf Ordnung und Patriotismus hält." „Bataillon — Märrrrrsch!"

Du lieber Herrgott (wenn es einen gibt), betrachte ich mich genau, so werde ich vor Scham roth wie mein Arsch. Die Leute, die mitunter meiner militärischen Beschäftigung zuschauen, sind durch Gewohnheit um das Lachen gekommen, sonst müßten sie alle lautauf lachen über den geistreichen Eifer, womit sie hier einen Menschen mit geschniegeltem Gesicht, buntem Rock, glänzendem Behang und gebildetem Aeußern den Fliegendreck kontroliren und „Märrrrrsch!" rufen sehen. Wie war es möglich, daß ich diesen Wahnsinn so lange mitmachen konnte, ohne mich in meiner Entwürdigung zu erkennen! Ich rechne mich zu den gebildeten Leuten, und mein Beruf ist die ausgesuchteste Geistlosigkeit; ich habe mich menschlicher Sitten befleißigt, und mein Beruf ist die Brutalität in ein System gebracht. Erst jetzt ertappe ich mich auf der

Frage, ob ich nicht besser Taglöhner, als Offizier im ordenten Heer geworden wäre; erst jetzt mahnt mich mein Gewissen an die Unbedenklichkeit, womit ich gegen Tausende, welche ein rohes Gesetz unter meine Befehle gab, den Herrn und Tyrannen gespielt habe. Und diese Stellung konnte ich für ehrenvoll halten? Ehrenvoll, weil der despotische Wille der Gewalt für mein Mord- und Unterdrückungshandwerk eine Ehre dekretirt und die Gedankenlosigkeit der Unterdrückten sie anerkannt hatte? War diese Stellung ehrenvoll, so ist es auch die des Henkers und Schinders, wenn ein Despot ihnen ein geeignetes Abzeichen gibt. Welche Bestimmung habe ich in letzter Instanz? Der Mord ist meine Bestimmung. Harlekin auf dem Paradeplatz, Polizeidiener des Despotismus in ruhiger Zeit, und Mörder zu sein in Zeiten der Erregung, das ist mein Beruf, das ist meine Ehre. Und diese Ehre im Auge habe ich dahin als privilegirter Müßiggänger, der das Mark seiner Mitbürger verschlingt, treibe mich umher als blasirter Windbeutel, suche die höchste Romantik meines Lebens in fader Zierbengelei, hirnlosem Renommiren, fetlem Schwarzenecken und perfider Weiberverführung, setze meine Männlichkeit in servilen Hochmuth, finde meine Erhebung in dem Gefühl, der Lakai eines schnöden Götzendienstes zu sein, und alle diese Mahnungen trage ich Jahre lang unter meinem zusammengeschnürten Rock umher und der Rock gefällt mir noch! Ich bin ein schrecklich gesunkener Mensch; ich will meinen Burschen, der Handwerker ist, fragen, ob er einen Lehrling gebrauchen könne.

Art. 20.

Der Stabsoffizier. Ich bin schon über die Jahre hinaus, wo ich mich noch hätte anders bestimmen können. Jetzt erkenne ich mich für verloren an und kann nur darauf bedacht sein, meine Stellung anständig zu bemänteln.

Ich treibe den Serviliſmus unter der Maske der bejahrten Männlichkeit und ſuche die Lächerlichkeit, ſo gut es gehen will, durch Seriöſität zu verdecken. Ich bin ein Harlekin und Mörder mit Würde; ich bin eine Karikatur mit Autorität. Mein letztes Glück beſteht darin, daß ich meine Gewalt über meine Untergebenen zur Zubereitung einer Individualität mit unſchuldigen Sonderbarkeiten benutze, worüber in meiner „Mannſchaft" Anekdoten zirkulieren. Ich nenne z. B. meine Pferde: Pferd Nr. 1, Pferd Nr. 2, Pferd Nr. 3. Ich bekomme Krämpfe, wenn ich einen Fingerhut oder eine irdene Pfeife ſehe. Ich nenne die Soldaten: mein Sohn; ich nenne die Naſe: die Kartoffel; ich nenne das Bein: den Spazierſtock u. ſ. w. Ich trage den linken Schnurrbart abſichtlich etwas kürzer als den rechten, bloß damit meine Soldaten davon ſprechen können und meine Individualität populär wird. So treibe ich es, bis ich penſionirt werde und laſſe mir dann von einer jungen Frau die gichteriſchen Beine reiben und mir kameradſchaftliche Hörner aufſetzen. Liebe Leute, bedauert mich nicht, ich thue es ſchon ſelbſt.

Art. 21.

Der General. Ich bin ein mächtiger Mann im Staat, d. h. ich kommandire 20,000 lebende Maſchinen, die nöthigenfalls vor mir zittern. Ich bin ein „ausgezeichneter General", d. h. ich bin ein Profeſſor in der Wiſſenſchaft des Mordens. Es iſt fatal, ſich in etwas auszuzeichnen, das die Vernunft in Verruf thun und die Menſchlichkeit verfluchen wird; ich bin ſogar gewiß, daß einſt die Geſchichte nur diejenigen Feldherrn nicht verdammen wird, welche für Freiheit und Menſchenrecht gefochten haben, ich ſehe voraus, daß tauſend glänzende Siege, die man jetzt noch bewundert, einſt dem gelungenen Stiletſtoß [illegible]r Banditen gleichgeſtellt werden. Aber was kann das Alles helfen? Ich muß die ſo lang ge-

spielte Rolle bis ans Ende durchspielen. Mich und meinen „Allergnädigsten" „hält es noch aus". Ich lebe gut, mache unter der Hand ein Geschäft und genieße das Vertrauen meines „Allergnädigsten". Die Soldaten bewundern mich, wenn ich reite, und die Zuschauer und Damen geben mich gleich meinem Allergnädigsten für „ritterlich" aus, wenn ich einen richtigen Schritt assektire und recht lebhaft mit dem Herrenhut schaukele. Bei einer großen Parade sehe ich hier und da ein Bajonnette tief geben oder einen Knopf fehlen, und das erringt mir den Ruf eines scharfblickenden Feldherrn; ich spreche dann im Allgemeinen einige Worte der Anerkennung, die zum Schluß mit wohlwollender Vertraulichkeit, aber mit überlegener Miene auf patriotische Eventualitäten hin, insinuirende meinen „Allergnädigsten", gerade mich sehr gebrauchend und spreize als ein künftiger großer Mann, der eine Tasche voll Volksschicksale mit sich führt, wie ein anderer eine Tasche voll Pfennige. Sehe ich die ganze Komödie endlich satt, so suche ich Verwendung in einer diplomatischen Rolle, wozu ich immer noch Anspruch habe, denn zum Volksverräther wird sich Niemand besser qualifiziren, als ein Volksmörder.

Art. 22.

Der Allergnädigste. Ich träumte, ich säße ohne Garde auf meinem Thron, und der Thron verwandelte sich in einen —

Art. 23.

„Komedianten," nachdem wir über unsere Stellung und unser Schicksal aufs Nachdenken gekommen, ist es uns wahrhaft unmenschlich zu Muth geworden. Geben wir uns also fernere klare Rechenschaft über das, was wir sind und was wir sein, damit wir mit völligem Bewußtsein unsere Lage übersehen und für die Zukunft unsere Grundsätze feststellen können.

Würden wir noch länger diesen verwünschten Rock tragen und uns willenlos dem verhaßten Kommando unterwerfen, wenn man uns frei stellte, nach Hause zu gehen? Wahrlich nicht. Was bindet uns denn? Zunächst ist es die Furcht. Wüßten wir, daß die ganze stehende Bande sich uns sofort anschließe, wenn wir das Mordgewehr abwürfen, so würde es im Nu am Boden liegen. Aber das Bewußtsein oder die Furcht des Alleinstehens ist es, was unsern Respekt vor den unmenschlichen Drohungen, die man Kriegsartikel nennt, noch aufrecht erhält. Diese Furcht aber muß sich in dem Maße verlieren, wie sich die Erkenntniß über die Unrechtmäßigkeit des Systems, welches sie einflößt, unter den uniformirten Sklaven verbreitet.

Was uns ferner bindet, ist der geleistete Eid.

Was ist ein Eid? Ein Eid ist ein unter feierlichen Förmlichkeiten gegebenes Versprechen, weiter nichts. Wodurch erhält ein Versprechen seine Gültigkeit? Nur dadurch, daß es aus freien Stücken abgelegt wird. Der Versprechende übernimmt eine Leistung, er hat also vor dem Versprechen sich selbst wie die Leistung zu prüfen und nach dieser Prüfung muß er wissen, ob er sich binden könne oder nicht. Thue ich ihm dabei Zwang an, so greife ich in sein Recht ein und er hat meinen Zwang nicht mehr anzuerkennen, wenn er sich ihm entziehen kann. Wenn ein Bandit mich knebelt, mir den Dolch auf die Brust setzt und mir das Leben nur unter der Bedingung läßt, daß ich ihm verspreche, ihm mein Weib oder mein Vermögen auszuliefern, bin ich alsdann an mein Versprechen gebunden? Nie und nimmermehr! Warum nicht? Weil eine Form des Rechts niemals vom Unrecht mit Gültigkeit benutzt werden kann. Das Versprechen ist die Form des Rechts, der Zwang des Banditen ist das Unrecht. Man könnte sagen, ich hätte, wenn ich

nach seinen Grundsätzen handeln wollte, dem Banditen das Versprechen nicht geben sollen, das einmal gegebene müsse auch gehalten werden. Wie? die Ehrlichkeit des einen Menschen soll dazu bestimmt sein können, sich mit Bewußtsein der Unehrlichkeit des Andern opfern zu müssen? Es käme also nur darauf an, sich eines ehrlichen Menschen zu bemächtigen, um ihn mit Recht in die Lage zu bringen, entweder sich durch seine Ehrlichkeit fangen zu lassen und sich der fremden Gewalt opfern zu müssen, oder den Schimpf der Unehrlichkeit zu tragen? Nein, so weit geht die Pflicht des redlichen Menschen nicht, daß er sich weniger Rechte zuerkennen müßte, als dem unredlichen.

Das gewählte Beispiel macht es Jedem klar, daß ein Versprechen keine Gültigkeit haben könne, wenn es abgezwungen worden, und daß, wenn man mir ein Versprechen abgezwungen, es in meinen freien Willen gegeben ist, ob ich es dem Zwangmenschen halten oder ihm zeigen will, daß er auf die Erfüllung desselben keinen rechtlichen Anspruch habe. Das Letztere zu thun, fordert weit eher die Pflicht, als das Erstere, denn je heiliger ein gültiges d. i. ein freiwilliges Versprechen ist und sein muß, um so mehr ist darauf zu halten, daß dieß Bindemittel des menschlichen Vertrauens nicht vom Unrecht mißbraucht und entweihet werde.

Das zweite Erforderniß eines gültigen Versprechens ist, daß der Versprechende übersehen könne, wozu er sich verbindet, damit er nicht in den Fall komme, sich entweder zu etwas nicht Beabsichtigtem, oder zu etwas Unmöglichem, oder zu etwas Unrechtem verpflichtet zu sehen. Wenn ich mich Jemanden in Dienst gebe, ihm das Versprechen ablege, ihm treu und willig zu dienen, und er verlangt dann von mir, ich solle ihn anbeten, oder ich solle Gold machen, oder ich solle seines Nachbars Haus

in Brand stecken, bin ich dann verpflichtet, meinem Versprechen solche Ausdehnung zu geben? Nie und nimmer! Ich werfe vielmehr dem nichtswürdigen Dienstherrn das Versprechen in's Gesicht und gehe meine Wege.

Also erstens freier Wille des Versprechenden, zweitens vorherige Festsetzung und Rechtmäßigkeit des Versprochenen sind unerläßliche Bedingungen der Gültigkeit eines Versprechens, mithin auch eines Eides.

Prüfen wir nun, meine „Kameraden," wie es mit unserm Eid beschaffen ist. Hat man uns gefragt, ob wir ihn leisten wollten? Nein, man hat uns dazu gezwungen, uns gar keine andere Wahl gelassen. Man würde uns eingekerkert, vielleicht erschossen haben, wenn wir uns geweigert hätten, zu versprechen, daß wir uns nöthigenfalls wurden auf höhern Befehl erschießen lassen. Man hat uns also gezwungen, einem Andern unsre Freiheit und unser Leben durch einen Eid zur Verfügung zu stellen, und zwar einem Andern, der oft genug gezeigt hat, daß er für sich die Heiligkeit des Versprechens nicht anerkennt. Kann das ein Recht, kann mein Eid gültig sein?

Wie steht es nun aber mit den Leistungen, die man uns durch den Eid hat auferlegen wollen? Wir haben schwören müssen auf „König (Kaiser) und Vaterland". Warum hat man die beiden getrennt? Wollen sie etwas Verschiedenes? Ist es mit dem Vaterland nicht genug? Muß nicht auch der König im Vaterland aufgehen wie jeder Andre? Soll etwa das Umgekehrte der Fall sein? Soll man etwa dem König Dienste leisten müssen, welche nicht Dienste des Vaterlands sind? Warum will man in gewissen Ländern die Truppen nicht auf die Verfassung schwören lassen, während ein neuer Regent nichts Eiligeres zu thun hat, als sie seiner Person schwören zu lassen? Da haben wir's. Vernünftiger und rechtlicher

Weise kann das Volk, welches das Vaterland bildet, keinem Andern dienen, als sich selbst, mithin können wir, die Söhne des Volks, keinem Andern verpflichtet werden, als dem Volk! Hat aber das Volk uns verpflichtet? Haben etwa die Beauftragten des Volks uns den Eid abgenommen? Nein! Wir würden also, wenn der Eid uns willenlos bindet, durch denselben auch verpflichtet sein können, gegen das Volk, gegen uns selbst aufzutreten. Kann das jemals unsre Pflicht sein? Haben wir bei dem Eid im Auge gehabt, daß wir uns verpflichteten, möglichen Falls unsre Mitbürger und Brüder zu erschießen? Haben wir dabei im Auge gehabt, daß wir uns verpflichteten, möglichen Falls das Recht unter die Füße treten, die Freiheit in Fesseln legen und fremde Völker wie unser eignes knechten zu helfen? Nie und nimmermehr!

Wie steht es also mit unserm Eid? Man hat uns erstens zur Leistung desselben gezwungen und zweitens uns die Verpflichtungen nicht auseinandergesetzt, welche man uns dadurch auferlegen wollte. Daraus folgt ohne Weiteres, daß es erstens in unser Belieben gestellt sein muß, ob wir uns für gebunden halten oder nicht, und daß es zweitens unserm eignen Rechtsgefühl überlassen bleiben muß, wozu es sich für verpflichtet halte.

Aber, fragt ihr, wie wird es denn möglich sein, eine Landesvertheidigung einzurichten? Wenn nur diejenigen gebunden sein sollen, die sich freiwillig binden, wie wird es dann geben, wenn Niemand sich freiwillig binden will?

Ich antworte euch dieß. Wenn Straßenräuber euch anfallen, werdet ihr euch selbst erst einen Eid ablegen, ehe ihr euch vertheidigt? Ihr werdet euch vertheidigen, ohne es euch vorzunehmen zu haben. Nun frage ich ferner, warum ein Volk, dieß millionenköpfige Ich, sich nicht

ebenſowohl ohne Selbſteid vertheidigen ſollte, als das einköpfige Ich? Es wird ſich vertheidigen, weil ſein Intereſſe es gebietet. Muß ich die Vertheidigung erſt angeloben, ſo vertheidige ich nicht mich ſelbſt, ſondern einen Andern. Ich leiſte keinen Eid, daß ich eſſen und trinken werde; wie ſoll ich dazu kommen, einen Eid zu leiſten, daß ich meine Sicherheit und mein Recht vertheidigen werde? Ein Volk leiſtet keinen Eid, daß es glücklich und gebildet ſein wolle; wie ſoll es dazu kommen, einen Eid zu leiſten, daß es ſeine Freiheit und ſein Glück vertheidigen wolle? Aber ein freies Volk iſt nöthig, um eine freie Vertheidigung möglich zu machen. In ihm wird die Vertheidigung ſich auch ohne Eid ganz von ſelbſt ergeben und jeder wird an der Vertheidigung Antheil nehmen, weil in einem freien Lande jeder Bürger fühlt, daß er einen Theil des angegriffenen Volks, daß er in ihm perſönlich mit angegriffen iſt und in ihm ein Gut zu verlieren hat, wovon rechtloſe „Unterthanen" keine Vorſtellung haben.

Ich will alſo gar keinen Eid auf die Landesvertheidigung; ein ſolcher Eid iſt eine Herabwürdigung wie er ein Unſinn iſt für einen freien Menſchen. Aber mit dieſem Eid wird die Pflicht, ſich auf die Landesvertheidigung vorzubereiten und dem Ruf zur Einſtellung nachzukommen, nicht mit ausgeſchloſſen. Dem Ruf auf den Poſten muß jeder Theil des Volkes Folge leiſten, ſobald das Organ des Volkes, die Volksregierung, ihn erſchallen läßt; aber die Pflicht, den Poſten würdig auszufüllen, trägt jeder freie Mann in ſich, und ſie ihm durch einen Eid auflegen, heißt ſo viel, als ihm etwa die Sorge für ſeine Geſundheit und die Liebe zu den Seinigen durch einen Eid auflegen.

Wenn trotz dem in einzelnen freien Ländern die Soldaten der Regierung noch einen Eid ſchwören müſſen, ſo

in dieß entweder eine bloß übernommene Gewohnheit, oder die Regierung fühlt, daß sie mit dem Volk noch nicht völlig Eins ist.

Art. 21.

Wir wissen also jetzt, wie es mit dem von uns geleisteten Eid bestellt ist. Wir wissen aber auch, daß wir noch keine freie Menschen und daß es nicht bloß ausgemachte, rein aus dem Rechtsboden herausgewachsene „Pflichten" sind, welche an uns Anspruch machen. Vielmehr machen die bestehenden Verhältnisse Ansprüche an uns, welchen sie von unserm Rechtsgefühl gemachten gegenzu widerstreiten. In diesem Widerstreit vermeintlicher und wirklicher, befohlener und freier Pflichten, in uns ein Angelöbniß allerdings nicht überflüssig, und dieß freie Gelöbniß, welches durch kein erzwungenes beeinträchtigt werden kann und soll, legen wir hiermit vor dem Altar des Menschenrechts ab.

Art. 25.

Das Leben ist das erste Gut und eigenste Eigenthum des Menschen. Ueber dieß Gut und Eigenthum kann nur er allein verfügen. Wer einen Werth auf sich selbst legt, verfügt nicht über sein Leben für unwichtige oder unrechte Dinge. Wir legen Werth auf uns selbst und stellen unser Leben weder einer despotischen Laune, noch einer ungerechten Sache zur Verfügung. Das schwören wir!

Art. 26.

Unser Leben setzen wir nur für uns selbst und unser Volk auf das Spiel. Wir betrachten uns nur als im Dienst unsers Volks stehend, mag es auch eine volksfeindliche Gewalt sein, welche uns die Uniform angezogen hat. In jenem Dienst vertheidigen wir Freiheit und Recht, wenn wir auch nicht darauf vereidet sind, und

verfechten seine Knechtung und kein Unrecht, sollten wir auch, zwangsweise, darauf vereidet sein. Das schwören wir!

Art. 27.

Wenn die Gewalt dem Volk das Recht vorenthält, seine Wünsche verachtet, seine Forderungen zurückstößt, dasselbe nach Erschöpfung aller „gesetzlichen" Mittel zur Verzweiflung, zur Selbsthülfe treibt und uns dann befiehlt, das Volk niederzuschlagen, so reichen wir dem Volk die Hand und helfen es von seinen Drängern befreien. Wo uns befohlen wird, auf das Volk zu feuern, da fragen wir uns zuerst, ob das Volk Recht habe, und hat das Volk Recht, so feuern wir nicht, denn wir morden kein Recht. Wo aber hat ein Volk Unrecht in einer Sache, für die es freiwillig sein Blut einsetzt? — Nie gegen das Volk! Das schwören wir!

Art. 28.

Wenn ein fremdes Volk seine Ketten bricht, oder seinen Haushalt auf eine selbstständige Weise schlichtet, welche unsern Despoten nicht genehm ist, und diese Despoten gebieten uns, das fremde Volk zu bekriegen, uns in seine Rechte zu mischen und seine Freiheit zu unterdrücken, so weigern wir uns und verspritzen fremdes wie eignes Blut nicht auf bloßes Geheiß, denn wir wollen keine Freiheitshenker sein. Das schwören wir!

Art. 29.

Wenn unsern Despoten einfällt, einen Krieg in persönlichem Interesse, z. B. einen Kabinets- oder Eroberungskrieg zu beginnen, so stellen wir unser Blut nicht zur Verfügung, denn wir nehmen nur Theil an einem Volkskrieg. Das schwören wir.

Art. 30.

Wenn man uns über die Art eines ſolchen Kriegs etwa täuſchen und z. B. ihm durch Einmiſchung der Religion einen Charakter der Volksthümlichkeit zu geben ſuchen ſollte, ſo werden wir nicht die Flinten entſcheiden laſſen, wo nur der Geiſt kämpfen ſoll, und nicht Mörder ſein, wo man von Lehren der Menſchenliebe redet. Wir verſpritzen unſer Blut weder für Pfaffen, noch für Despoten, noch für beide zuſammen. Wir wollen ſo wenig Mörder ſein als Sklaven. Wir wollen nichts Anderes ſein, als Vertheidiger und Beſchützer, Vertheidiger des Volks und Beſchützer der Freiheit. Das ſchwören wir!

Nie gegen das Volk! Das ſei unſere Loſung.

Nur für Freiheit und Recht! Das ſei unſer Feldgeſchrei.

Wohlan, „Kameraden," halten wir dieſe Loſung und dieſes Feldgeſchrei feſt im Gedächtniß, und ſollten je wieder die Trommeln raſſeln und die Hähne knacken, ſo ſoll das Volk darüber kein Wehegeſchrei, ſondern den Jubelruf der Freiheit erheben.

Despoten und Despotenknechte! Das ſchwören wir!

Eine Mahnung

an die

teutſchen Liberalen.

Räthſel, keine Motto's.

Er war allmächtig
Und war ſo ſchlecht!

Er iſt ein Satan,
Die Maske hei!

Reich ihm den Becher,
Megära, voll!

Ihr wißt, Tyrannen
Sind vogelfrei!

Aus Platens „Polenliedern".

I. Teutſches Recht.

Was es in Teutſchland noch an ſogenannten Rechten gibt, das geht ſofort verloren bei dem Verſuch, Gebrauch davon zu machen. Der Verluſt der Rechte iſt in Teutſchland die feſtſtehende Strafe für die Benutzung derſelben. Die perfide gouvernementale Intention, welche man bei der Einräumung eines „Rechtes" im Auge gehabt hat, oder hätte haben können, dieſe allein, nicht aber der In-

halt und Begriff des Rechtes selbst darf dem Volke bei Benutzung desselben zur Richtschnur dienen. Das Volk soll aus den „Rechten", wenn dieselben auch mit noch so viel polizeilicher Spärlichkeit und vorausberechnender Beschränkung abgemessen sind, niemals Ernst machen; es soll sie höchstens als ein die grosse Liberalität des gouvernementalen Machiavellismus hervorhebendes Geschenk anerkennen, nicht aber als ein den Machiavellismus in Verlegenheit setzendes Eigentum zur Anwendung bringen. Es soll den „organischen Zusammenhang" des Systems von Unrecht, welches ihm wie ein Netz über den Kopf gezogen ist, nicht durch Verwirklichung der einzelnen „Rechte" stören wollen, welche dem Netz hie und da als täuschende Maschen eingefügt sind. Kurz, es soll seine „Rechte" in Worten als eine beglückende Wahrheit preisen, in der Praxis aber als eine infame Lüge kennen lernen und mit dieser Lüge sich begnügen. Es soll gleichsam die Quittung schreiben über das empfangene Recht, aber das Empfangene hübsch in den Händen der Geber lassen. Das ist der Charakter der teutschen, namentlich aber der preußischen „Rechte"; denn wo es gilt, die Kunst der politischen Lüge und Korruption auszuüben oder zu erweitern, da ist der Berliner Machiavellismus immer voran. Man sollte das Wort Berolinismus zur Bezeichnung der äussersten Ausbildung des modernen Machiavellismus in Umlauf bringen.

Soll ich zu diesen Bemerkungen die Belege durch Beispiele liefern? Ihr habt sie ja täglich zu Tausenden vor Augen. Denkt nur an euer „Recht", zu — petitioniren, euer „Recht", euch zu versammeln, euer „Recht", zu lehren, euer „Recht", zu schreiben, euer „Recht" der Gemeindevertretung, euer „Recht" der Glaubensfreiheit, kurz, durchlauft die ganze lange Reihe eurer grossen Rechte, und ihr findet auch nicht das kleinste, das nicht

durch besondere Klauseln entweder von vorneherein oder durch polizeiliche Gewaltthat hinterher zur Lüge gemacht wäre. Alles Lüge, Heuchelei, und Gewaltthat, wohin ihr nur blicken und euch wenden möget!

In keinem Gebiet aber hat die gewaltthätige Berliner Lügenpolitik es weiter gebracht, als im Gebiet der Presse. Sie hat es darin so weit gebracht, daß sie sogar die Oppositionspresse zur Regierungspresse zu erziehen verstanden. Blickt nur in eure sogenannten freisinnigen Journale, und sehet zu, ob sie nicht unter dem Schein Opposition zu treiben durch und durch loyal sind und gefügig dem System dienen, gegen welches sie opponiren wollen. Sie sind schon so gewöhnt, daß sie erschreckt ihre „eigenen Worte fressen", wenn man ihnen das Vergnügen gewährt hat, ihr Herz durch ein Paar unschuldige liberale Phrasen erleichtern zu dürfen. Der loyale Hundeschwanz wedelt in den widerlichsten Krümmungen aus allen Zeilen hervor, und es gibt in Preußen auch nicht eine einzige Zeitung, die es wagte, sechs Wochen lang dem unter die Verachtung aller ehrbaren Leute herabgesunkenen Berliner Czar das Prädikat des „Hochherzigen" und „Geistvollen" zu entziehen; ja, es gibt nicht eine einzige Zeitung in Preußen, die nicht des Verlustes ihrer Konzessionen gewiß zu sein glaubte, wenn sie acht Tage lang am Eingang nur die Anzeige unterließe, wie viel rothe Adlerorden der freigebige Gnadenspender auszutheilen oder wie viel Geheimräthe er zu machen gerubt habe. So hat man die Gesinnung verknechtet, so das Gewissen der Furcht geschaffen, daß selbst der Geist der Oppositionspresse keinen andern Gedanken mehr hat, als zitternd die Intentionen der Gewalt zu betasten, wie die Fühlhörner eines Insekts in ängstlicher Aktivität selbst beim Fressen nur der Nähe des Feindes gewärtig sind.

Wie hat sich diese Presse wieder benommen, als es

galt, das die untergehende Recht der unglücklichen Polen, ihre Verräther und Henker auf jede ihnen anstehende Weise sich vom Halse zu schaffen, unter Schmeicheleien und Kriechereien gegen die Gewalt zu begraben! Hättet ihr geschwiegen, wie der Tod, ihr hättet eine berechte Sprache für die Sache des Rechts geführt; aber daß ihr mit den Verräthern und Henkern gemeinsame Sache gemacht, indem ihr es ihnen noch zum Verdienst anrechnetet, wenn sie nicht immer auf russische Manier ihr Handwerk trieben, das war eine neue Brandmarkung, die ihr zu den vielen andern eurer „liberalen" Gesinnung aufgedrückt habt.

Doch es sollte von den preußischen Mitteln die Rede sein, die „Rechte", namentlich im Gebiet der Presse, zur Lüge zu machen. Soll ich noch von dem feigen Kunststück reden, zensirte Zeitungen zu unterdrücken oder Ratsraten zu morden, um sie am Kindergezeugen zu hindern? Soll ich von den Machinationen beim Konzessionswesen reden, von den geheimen Zensurinstruktionen und ähnlichen lichtscheuen Mitteln der gouvernementalen Geisteibannerei? Soll ich die grosartige Lüge besprechen, die Zensur in Rechtsformen zu bringen und unter den Schutz eines Oberzensurgerichts zu stellen? Wo hat man jemals von einem Gericht gehört, das über die Rechtmäßigkeit des Mordens entscheidet, und zwar ohne Strafe für den Mörder in dem Fall, wo dem Kläger Recht gegen ihn gegeben wird? Diese Erfindung allein ist hinreichend, dem Lügengenie des Berliner Schönredners die Unsterblichkeit zu sichern. Es ist auffallend, daß sie nicht auch in Oesterreich, Bayern, Hannover und ähnlichen Ländern des Fortschritts Eingang gefunden. Vielleicht hat der Erfinder ein Patent darauf genommen, um sein Verdienst im Lande zu behalten.

Das Haupt „Recht" der teutschen Presse ist das der

Zwanzigbogenfreiheit. In Preußen hat sich bei Vernichtung dieses Rechtes die Feinheit überschlagen und ist zur tappigsten Plumpheit geworden. Zwanzig Bogen sind frei, heißt es; aber ehe sie ausgegeben werden, müßt ihr sie zensiren und eventualiter einstampfen, ja euch außerdem noch, ohne die Schrift herausgeben zu können, wegen der nicht herausgegebenen möglicher Weise vor Gericht stellen lassen (Prokurator Leue)! Man muß sich bewußt sein, das Rechtsgefühl des Volkes schon bis zur Versteinerung abgehärtet zu haben, wenn man ihm solche wahrhaft unerhörte Schamlosigkeiten zu bieten wagt.

Doch damit hat man noch nicht genug. Der in die Enge getriebene Geist der Schriftsteller hatte eingesehen, daß ihm die Zwanzigbogenfreiheit einiger Bundesstaaten eine Rettung aus den Klauen der Zensur darbot. Vernünftiger und rechtlicher Weise durfte er wenigstens dort sich ungehindert aussprechen, sofern er nicht mit einem Strafgesetz zusammenstieß; nur die bestehenden Strafgesetze konnten und durften für Buchhändler wie für Schriftsteller die Schranke der Bewegung bilden. Man fand aber, daß sich auch in Zwanzigbogenschriften, gegen die ursprüngliche Berechnung, der freie Geist unter das Volk bringen lasse, und da es nur darum zu thun war, den freien Geist à tout prix niederzuhalten, so mußte auch gegen die Zwanzigbogenfreiheit der Bundesstaaten, der lieben Einheit zum Trotz, eine neue Zollschranke erfunden werden. Also auch hier hat wieder der Berliner Despotismus die Ehre der Erfindung eines Mittels, auf welches nur eine so ehrlose und infame Politik verfallen konnte, nämlich des Verlagsverbots. Also auch diejenigen haben sich verrechnet, welche etwa glaubten, die gouvernementale Verbrüdigkeit werde wenigstens mit ihren Abfindungsmitteln nicht schamlos verfahren. Ihr Thoren, könnt ihr glauben, der Henker werde seinem Opfer das

Leben schenken, wenn er sieht, daß sein Beil ihm den Hals nur zur Hälfte abgeschnitten? Herunter muß der Hals; denn nicht auf das Zähmen, auf das Morden war es abgesehen!

2. Politische Hungerkuren.

Das besprochene Mittel des Verlagsverbotes gehört in die Kategorie der politischen Hungerkuren, die namentlich in der Berliner Politik eine so bedeutende Rolle spielen. Das Mittel scheint mir rein amtlichen Ursprungs zu sein, und man ist wahrscheinlich durch das zahllose Beamtenheer darauf verfallen, welches die Gewalt in Preußen füttert, und, wo es nicht pariren will, durch Entziehung des Amtes oder durch Hemmung der Karriere zum Hungern bringt. Die erwähnte Anmaßung, welche solchergestalt mit Hülfe der amtlichen Abhängigkeit ihre Absichten durchsetzt, hat nur einen einzigen Schritt zu thun, um auch die nichtamtlichen Sterblichen unter ihren Gesichtspunkt zu bringen und auch gegen sie die Hungertaktik ins Werk zu richten. Das Mittel ist ganz praktisch. Der Mensch will essen; er muß sogar essen, wie die Physiologen behaupten; und wenn er an das Satt- und Gutessen gewöhnt war, so wird es ihm schwer, sich mit geringerem zu begnügen. Das weiß man in Berlin auf ein Haar; denn man hat dort den Magen gründlicher studirt als das Recht. Hat man es nun fertig gebracht, durch Gewalt, Polizei und sogenannte Gesetze über den Brotkorb disponiren, das Brod nicht bloß geben, sondern auch nehmen zu können, so ist man nicht bloß Herr über den Magen, sondern auch über die Geister, die ohne dessen Hülfe nun einmal nicht existiren können. Der Kalkul ist so einfach, wie er praktisch ist. Erfände Einer die Kunst, ohne Befriedigung des Magens Schriftsteller,

Zeitungsredakteur, Buchhändler u. s. w. zu sein, er wäre der furchtbarste Mensch, den die Berliner Politik sich nur träumen könnte. Der Mann könnte frei sein, denn — er hätte keinen Magen; er könnte edel sein, denn — er hätte keinen Magen; er könnte human sein, denn — er hätte keinen Magen; er wäre vor der Korruption gefeit, denn — er hätte keinen Magen; er könnte den Lockungen des Geldes widerstehen, denn — er hätte keinen Magen; er könnte charakterfest sein, denn — er hätte keinen Magen; kurz er könnte ein Mann und ein Mensch sein, denn — er hätte keinen Magen. Ein schrecklicher Mensch, solch ein magenloser Oppositionsmann! Es bliebe, um ihn zu zähmen, nichts übrig, als das Kopfabschneiden, und das scheint man wenigstens in politischen Dingen sehr zu scheuen — wegen der voraus zuziehenden Revanche.

O Magen, gibt es denn gar kein Mittel, deine Funktionen nur auf vier Wochen zu suspendiren? Verrätherisches Eingeweide, gieriger Schlauch, feiler Bundesgenosse des Terrorismus, stupider Erhalter des Hauses „Friedrich Wilhelm IV. und Kemp.", ist denn gar keine Hoffnung vorhanden, dich je zu veredeln und deine Leere mit andern Substanzen zu füllen, als mit Speise und Trank? Uebermüthig, wenn du voll, demüthig, wenn du leer bist, zeigst du nicht einmal Verwandtschaft mit deinen Schützlingen, deren Hochmuth mit ihrer Leere wächst, und doch willst du ihnen nicht untreu werden? Niedriger Egoist, der aus Interesse für seine Tyrannen sorgt und ohne alle Sympathie für seine Brüder ist, siehst du nicht ein, daß alle Magen dich würden füllen können, wenn einzelne sich kurze Zeit der Leerheit befleißigten? Doch wozu verschwend ich meine Worte! Du wirst bleiben, was du bist, ein feiger, unverbesserlicher Volksverräther, und nur dem Millionen vergeudenten

Despotismus wirst du treu bleiben. Du Loyalster aller Loyalen wirst nach wie vor deine preußische Gesinnung bewähren, so lang das preußische Volk noch Steuern genug bezahlt; und nur der erste der Demagogen, der Staatsbankerott, kann dich liberal machen. So friß denn, gieriges Ungeheüm, bis du dich gefüllt hast bis an den Schlund! Gelingt es nicht, dich enthaltsam zu machen, so gelingt es vielleicht, dich zu verderben und den Staat durch den verdorbenen Magen zu kuriren.

Doch vergessen wir unser Thema, die Hungerkuren nicht! Die Rache der gebeugten Gewalt begnügt sich in Berlin nicht damit, sich gegen die Köpfe zu wenden, sie versteigt sich hinab bis in die Eingeweide ihrer Gegner; es reicht ihr nicht hin, das einzelne mißliebige Buch zu unterdrücken, denn das dringt dem Verleger nicht in den Magen, sondern sie greift der physiologischen Wirkung wegen von dem einzelnen Produkt gleich auf die ganze Produktion über; auch beschränkt sie ihre Rache nicht etwa auf die absteigende Linie, wie jene Barbaren, welche die Sünden der Eltern im Voraus an Kindern und Kindeskindern bestrafen, sondern sie wendet sich zugleich gegen die aufsteigende Linie bis zum Ahnn des Verlagsgeschäfts hinauf, und sollte er auch niemals vom verbotenen Apfel der Freiheit gekostet und nicht den geringsten Keim einer Erbsünde gelegt haben. Hat Einer im Jahre 1815 freimüthige Gedichte drucken lassen, so muß dafür auch das Gebetbuch verbalten, das er vielleicht vor zehn Jahren als frommer Mann in die Welt geschickt hat; ist er im Jahre 1830 durch Politik mißliebig geworden, so muß dafür auch die Botanik, Mineralogie u. s. w. aus der Welt geschafft werden, für die er sich vielleicht vor zwanzig Jahren interessirte. Der Fröbel'schen Buchhandlung, gegen welche der Berliner Despotismus die Büttel sämmtlicher Bundesstaaten auf die Beine gebracht, hat die preußische

Polizei auf Kabinetsordre sogar chemische Schriften per Post zurückgesandt, die sie banditenmäßig aus den Buchläden geraubt hatte, um den Beweis zu liefern, daß sie mit der Hungerpolitik Ernst machen wolle. So rächt sich „Olim der Grese!“*) Das Verbot des Campe'schen Verlags ist noch in gutem Andenken. Neuere Beispiele werden vielleicht bei anderer Gelegenheit zur Sprache kommen. (Das Oberzensurgericht beginnt schon seine hegemonische Anmaßung über den ganzen teutschen Buchhandel hin fühlbar zu machen.) Ueberall ist es der Magen, dessen Vermittlung man in Anspruch nimmt. Geist haben die hirnlosen Feiglinge dem Geist nicht entgegenzusetzen; deshalb bekämpfen sie den Geist mit dem Magen. Sie stammen von Gottes Gnaden und — liefern die Beweise ihrer gottgesegneten Macht, indem sie ehrlichen Leuten durch die Polizei harpyenartig das Brod vom Tisch reißen lassen; sie nennen sich die auserwählten Hüter der Gerechtigkeit und — wüthen gegen Blumen und Gräser, weil in deren Umgebung ein Dorn sie in das faule Fleisch gestochen hat; sie gebieten über Hunderttausende von Bajonneten und — werden zu Helden an Büchern über Chemie und Nomenklaturen der Botanik. Ihr erhabenen Jammergestalten, ihr zitternden Herrgötter! Gibt es in dem ganzen zahllosen Heer der erniedrigten Wesen ein einziges, das verächtlicher wäre, als ihr in eurer Herrlichkeit und Macht? Wahrlich, könnten die Bäume Scham empfinden, wie die

*) Erst läßt der gekrönte Jesuit durch seine Kreaturen zu Frankfurt eine Bundesmaßregel gegen Fröbel und Komp. einleiten, und dann knüpft er an diese Maßregel seine Kabinetsordre, um seine persönliche Rache unter der Maske einer Pflichterfüllung gegen den Bund zu verbergen! Eine bessere Vermittlungsanstalt für die Berliner und Wiener Despotenwirthschaft, als dieser teutsche Bundestag, konnte gar nicht gefunden werden. Wenn doch erst Rußland dazu gehörte!

Menſchen, kein einziger würde ſich gutwillig hergeben, euch zu tragen, wenn man ſich einſt die Mühe nehmen ſollte, euch aufzuknüpfen; und doch gibt es noch Menſchen, die ſich nicht ſchämen, ſich für euch todtſchießen zu laſſen? Unter den tauſend Unbegreiflichkeiten, die es für euch gibt, iſt euch dieſe ſicher die größte. Ja, und uns iſt ſie es auch.

Oeſterreich und Preußen rivaliſiren bekanntlich in zwei Dingen, nämlich erſtens in dem Streben nach der Verſchlingung des übrigen Teutſchlands, und zweitens in der Erfindung von Mitteln zur Bekämpfung des freien Menſchengeiſtes. Man hat behaupten wollen, daß in Bezug auf letztern Punkt Oeſterreich Preußen den Rang abgelaufen habe. Ich bin es aber meiner angeſtammten Regierung ſchuldig, zu erklären, daß dem Berliner Kabinet im einen wie im andern Punkt der Vorrang gebühre. Zeugt dafür nicht ſelbſt wieder die eben beſprochene Erfindung, welche Oeſterreich von Preußen hat übernehmen müſſen? Oeſterreich hat ſie nur, wie ſein Benehmen gegen C. Vogt und Reclam jun. zeigt, mit der Zugabe einer größeren Brutalität bereichert, ſowie es denn überhaupt der hergebrachte Ruf der Metternich'ſchen Politik iſt, da, wo ſie öffentliches Auftreten gegen Schwache für dienlich hält (man erinnere ſich an ſeine Noten gegen die Schweiz), ſich durch outrirte Frechheit und Flegelhaftigkeit den Anſchein des Rechtsbewußtſeins und Kraftgefühls zu geben, während man in Berlin die despotiſchen Maßregeln möglichſt mit dem Schleier einer beſchönigenden Heuchelei einzuhüllen pflegt, oder ſie ganz im Stillen zur Ausführung bringen läßt. Die Wiener Politik beſitzt jene katholiſche Stirne, welche ſich nicht ſcheut, gegen die ganze öffentliche Meinung anzurennen; die Berliner iſt häufig proteſtantiſch verſchämt, aber ſie ſchämt ſich nur aus Spekulation, nicht aus Reue über eine ſchlechte That. Den Muth der Schlechtigkeit beſitzt ſie im höchſten Grade, aber nicht den Muth,

auf den guten Schein zu verzichten; denn indem sie schlecht ist, ist sie zugleich kokett und will mit dem Erfolg der heimlichen Sünde auch noch den Erfolg der öffentlichen Tugend verbinden. In Wien dekretirt man frischweg die schlechte Sache zur guten und führt sie dann öffentlich aus; in Berlin führt man die schlechte Sache heimlich aus und desavouirt sie öffentlich durch Heuchelei. In Wien hat man mehr Frechheit, weil man mehr Entschlossenheit hat; in Berlin häuft man zu der Schlechtigkeit auch noch die Feigheit, und zwar nicht bloß die Feigheit der Gesinnung, sondern auch die Feigheit der That. Noch neulich haben wir die zuwartende Feigheit der Berliner Politik in dem Benehmen gegen den Polenaufstand zu beobachten Gelegenheit gehabt. Während man von der einen Seite seine Truppen wie Marodeurs sich dem Schwanz der Russen und Oesterreicher anhängen läßt, weil man nicht den Muth hat, die Spitze einzunehmen, proklamirt man von der andern das Martialgesetz, nachdem man die Ueberzeugung gewonnen, daß Niemand mehr demselben verfallen werde. So gedachte „Olim der Große" den Schein der Kraft zu retten, ohne die Gefahr, sie auf eine Weise bewähren zu müssen, die ihm später die Nemesis auf den Hals locken konnte. Dagegen hatte er den seltenen Muth, die Polen, die sich ihm waffenlos anvertraut hatten, verrätherisch ihren blutdürstigen Henkern auszuliefern. Wenn gegen solche Schändlichkeiten die Polen den Mord ihrer Henker als Revanche anwendeten, wer könnte es ihnen verdenken? Lieferant zu sein für das Blutgewerbe des Petersburger Ungeheuers, das ist in der That eine würdige Rolle für das Haupt des „Staats der Intelligenz"! Bei der Ausführung solcher Barbareien hat der zartfühlende Romantiker zu Sanssouci lügenhafte **Verbindlichkeiten** verzuschützen; gilt es aber, **wirkliche Verbindlichkeiten** gegen das **Volk** zu erfüllen, so macht die

königliche Gewissenhaftigkeit Bankerott. Elender Heuchler, verleier Teufel! möge der Wetterstrahl der Rache auf dein lügensinnendes Haupt herabfahren und das Echo von dem Siegesgeschrei der Geknuteten als Grabgesang dich in die Grube geleiten!

Die Gewohnheit des Gehorchens und des eingebläuten Respekts wirkt nirgends so sehr, wie bei den Deutschen, eine unerschöpfliche Quelle der Nachsicht gegen die Befehlenden und des Vertrauens zu ihnen. Es gehört die schärfste Zuchtruthe dazu, um sie zu der Kühnheit zu zwingen, sich den Gewaltträgern gegenüber als Menschen gegen Menschen bewußt zu werden. Während ein gewöhnlicher Mensch um den Werth von zehn Groschen den Kredit bei ihnen verlieren und ihnen verhaßt werden kann, kritisiren sie einem schlechten Gewalthaber auf das Recht und Glück eines ganzen Volkes hin ins Unendliche. Mag ihnen ein König die unwiderleglichsten Beweise von verächtlicher Gesinnung gegeben haben, sie bleiben dennoch disponirt, ihn bei dem geringsten Anlaß wieder einen „gütigen Landesvater" zu nennen; mag er sie belügen und betrügen, sie halten ihn doch für einen rechtschaffenen Charakter; mag er Zwecke der brutalsten Dummheit verüben, sie nennen ihn doch den Gutwollenden; mag er sie mit Verachtung überhäufen und anspeien, sie glauben doch noch an seine große Liebe zu „Seinem Volke". Er mag gerade zu thun, was er will; bedachtet er nur einigermaßen den „königlichen" Anstand dabei und hüllt er sich in das Gewand seiner Stellung, sie bleiben Tausende stets bereit, bei der ersten besten Gelegenheit sich über Alles wieder zu freuen, Alles wieder zu vergessen, sich über Alles wieder zu belügen, und die Schimpfworte, die man gestern heimlich gegen ihn ausgestoßen, heute öffentlich zu wieder rufen. In Folge einer unbedeutenden Konzession hat er stets das Mittel in der Hand, die knechtische Pietät der

„Unterthanen" wieder auf den normalen Fuß der Niederträchtigkeit zurückzubringen. Haben doch selbst die Franzosen sich durch Ludwig XVI. immer und immer wieder die überzeugendsten Proben von seiner Falschheit aus dem Kopf schwatzen lassen, bis sie denn zuletzt durch die Umstände förmlich gezwungen wurden, Wahrheit als Wahrheit gelten zu lassen. So sehen wir auch den Menschen, welchen ein betrunkener Zufall zum König von Preußen gemacht hat, schon fünf Jahre lang das frechste Lügenspiel mit dem Volk treiben, und doch regnet es noch von allen Enden bei jedem Gerücht von irgend einer Konzession Lob und Vertrauen auf ihn ein. Er liefert täglich die unwiderleglichsten Beweise von seiner Bornirtheit, indem der Kinder- und Stiefelfabrikant sich einbildet, mit seinem obstinaten mittelalterlichen Kopf durch die Wand der Geschichte rennen zu können, und doch heißt er noch immer der „Weitsehende", der „Geniale", der „Weise"; er liefert täglich die unwiderleglichsten Beweise von seiner despotischen Gesinnung und Volksverachtung, indem er halb Deutschland als eine Domaine seiner „Krone" behandelt, und doch bleibt er der „Hochherzige" und der „Vater des Volks"; er hat durch seine Manöver bewiesen, daß er ein Meister in der Kunst des politischen Jesuitismus und Machiavellismus ist, und doch gilt er bei hundert Narren noch für „ritterlich", für „ehrenhaft" u. s. w.; er hat wiederholt gezeigt, daß sein romantisches Herz im Despotismus und im Autoritätsdünkel seiner unnatürlichen Stellung völlig versteinert ist, und doch bleibt er immer der „Gefühlsvolle", der „Innige", der „Humane". Selbst die ausgelassensten Polen werden ihm bei seinen bairischen Lobhudeleien kein anderes Zeugniß zu erwirken vermögen. Man weiß, daß er es sich nicht nehmen läßt, jeden Akt der Gewalt, der Härte, der Unhumanität, der Brutalität, der Rache, der romantischen Grausamkeit

(unter dem Namen strenger Gerechtigkeit) von sich, von Gottes Gnaden ausgeben zu lassen; und doch, wo solche Verhöhnungen des Rechts und der Humanität vorkommen, schiebt man die Schuld auf die Minister oder die Verhältnisse. Kurzum, die Thorheit und Nichtswürdigkeit von Tausenden, ja Millionen seiner „Unterthanen" ist und bleibt unerschöpflich. Ihr werdet davon geheilt werden, ehe es zu ahnen. Ahnten doch auch die Franzosen in den achtziger Jahren noch nicht, daß sie in den neunziger Jahren aus dummen Unterthanen ihres „unfehlbaren" Königs dessen überlegene Lehrer werden würden, welche ihm Geschichtsunterricht mit der Guillotine ertheilten!

Doch wir waren an den Berliner Erfindungen zur Bekämpfung des Geistes. Der einzige Geist, den man in Berlin dem Geist gegenüberzustellen hat, scheint sich in der Erfindung von Mitteln zur Unterdrückung desselben zu dokumentiren. Haussuchungen, Bücherverbote und dergleichen sind zu alltäglich geworden, als daß man noch davon reden sollte. Ein Fortschritt von diesen alten Hausmitteln zu zeitgemäßeren und umfassenderen zeigte sich eben in der Visitation der Bücherhallen an den Berliner Eisenbahnen. Doch auch hierdurch war der Vorrath der polizeilichen Erfindungsgabe noch nicht erschöpft. Man verpflichtete die Buchhändler auf Veranlassung der, angeblich zu Koblenz, in der Wirklichkeit aber zu Konstantinopel gedruckten „Jovein'schen Tankadresse", nur von bekannten oder bestimmten Firmen Bücher zum Verkauf anzunehmen. Sehr genial! Hoffentlich wird nächstens ein Schalk die Probe auf dies Exempel durch Herausgabe einer hochverrätherischen Broschüre machen, welche als Verleger die Unger'sche Hofbuchdruckerei in Berlin angibt. Die allerneueste und allergenialste Erfindung des Berliner Polizeigeistes ist aber die, den Buchhändlern das Ehrenwort darauf abzufordern, daß sie keine verbotenen

Bücher verkaufen wollen. Eine größere Naivetät konnte man in der That nicht begehen. Nachdem alle Gewalt- und Polizeimittel gegen die gehetzten Buchhändler erschöpft sind, rekurirt man an deren — Ehre! Man muß ihnen die Konzession machen, daß man ihrer Ehre mehr vertrauen will, als ihrem Respekt vor schlechten Gesetzen; sowie die fernere Konzession, daß die schlechten Gesetze einstweilen — nichts mehr ausrichten! Zugleich aber gibt man zu erkennen, welche Begriffe man von Ehre hat, indem man sie als Bundesgenossin der Polizei zur Ausführung freiheitsmörderischer Maßregeln requirirt. Wo die Polizei nur der Ehrlosigkeit dient, da soll die Ehre in den Dienst der Polizei treten! Ein hübsches Amt! Dem Buchhändler, der sein Ehrenwort für solchen Dienst in Bereitschaft hätte, würde ich nicht sechs Pfennige anvertrauen, am wenigsten gegen ein Ehrenwort. Uebrigens wird uns durch die Berliner Fortschritte im Punkte der Ehre Hoffnung gemacht, daß das Staatsleben in Zukunft auf einem ganz neuen Fuß eingerichtet werden wird. Man wird künftig keinen Eid mehr abfordern, sondern ein Ehrenwort; auch wird man die Leute durch das Ehrenwort eben so vom Stehlen, Fenstereinwerfen u. s. w. abhalten, wie von der Verbreitung verbotener Bücher; man wird sie auf das Ehrenwort verpflichten, christlich zu sein, in die Kirche zu gehen, für Gott, König und Vaterland zu schwärmen, den rothen Adlerorden vierter Klasse anzunehmen, Hofrath zu werden, kurz, das Ehrenwort wird der Kitt werden, um den gebrechlichen Staat in allen Winkeln und Fugen wieder zusammenzuleimen und zu sichern. Die „Ehre", hat ja Friedrich Wilhelm der Geistvolle gesagt, soll an der Spitze des Staates stehen; und da man bekanntlich in Berlin eben so stark in Sachen des „Worts" ist, wie in Sachen der „Ehre", so fügt sich die neue Staatsmacht des Ehren-Worts auf die

natürliche Weise von der Welt zusammen. Ihr glücklichen Buchhändler, welche Schmeichelei hat man euch gesagt! Hätte man nicht eben so viel Vertrauen zu eurem Ehrenwort, wie zu einem „königlichen Wort," man hätte sich begnügt, euch nach wie vor bloß mit der Polizei zu hetzen. Jetzt aber hetzt man außer der Polizei auch euer Ehrenwort gegen euch auf. Die Polizei wird jetzt nicht bloß nachspüren, ob ihr verbotene Bücher verkauft, sondern auch, ob ihr euer Ehrenwort verletzt. Man hat also jedenfalls gewonnen, indem man den Staat um ein neues — „Verbrechen" bereichert; denn in dem Reichthum an Verbrechen besteht bekanntlich der größte Vorzug eines guten und christlichen Polizeistaates. Ihr Buchhändler aber seid jetzt doppelt geprellt: ihr verliert jetzt eventualiter außer eurer Konzession auch eure Ehre und verliert sie, betrenkt es wohl, an die — Polizei! Welcher Triumph der gouvernementalen Moral! In der That, die Verwirrung der Begriffe und der geschraubte Zustand der „Rechte" hat in Teutschland, namentlich aber in Preußen, eine so erfreuliche Höhe erreicht, daß — das Studium der Geschichte von 1789 jedem vernünftigen Menschen eine überraschende Lektüre gewähren muß.

Glücklich der Staat, der auf preußische „Ehre," „Treue," „Wahrheit," „Streben nach Licht" gegründet ist! Ich aber gebe mein Ehrenwort darauf, daß, wenn der König von Preußen das seinige auf Einräumung der „Preßfreiheit" gäbe, ich sofort (wäre ich noch in Preußen) auswandern würde, um im Ausland gegen die garantirte Geistesknechtschaft meines Vaterlandes zu schreiben.

Ihr Herren der Gewalt übrigens, seid ihr wirklich der Meinung, daß eure „Ehre," eure „Tugend," eure „Gewissenhaftigkeit" noch lang vorhalten werden? Und du, Friedrich Wilhelm der Uebermüthige, glaubst du mit schnöden Bescheiden auf Landtagspetitionen um Preßfreiheit

dir noch länger die Wahrheit vom Leibe halten zu können? Wartet, ihr Volksbetrüger, die Maske wird euch noch scheuloser vom Gesicht heruntergerissen werden, als es schon jetzt geschehen ist. Das Vertrauen auf eure Allmacht soll euch verlassen, wie das Vertrauen auf eure Kniffe. Zittert mit euern Kanonen vor der kleinen Waffe, die im Flügel der Gänse wächst! Diese Waffe soll euch schlagen, diese Waffe soll euch vernichten; und haben wir es mit ihrer Hülfe nur erst dahin gebracht, eure — Soldaten zu Menschen zu machen, so habt ihr aufgehört zu existiren.

3. Nächste Aussichten.

Ihr Preußen werdet „Preßfreiheit" erlangen, daran ist nicht zu zweifeln. Sie wird aber nur eine Wahrheit für die Regierungspresse sein. Für die Oppositionspresse wird sie mit einer solchen Menge Reservationen, Klauseln, Fallgruben und Galgen umgeben werden, daß ihr euch, die großartige Lüge erkennend, die Zensur zurückwünschen werdet.

Ihr Preußen werdet eine „Konstitution" erlangen können, daran ist nicht zu zweifeln. Wenn ihr aber diejenige annehmet, die euch euer allergnädigster Landesvater bieten wird, so werdet ihr zwar die Ehre erlangen, ihm zur Erhaltung seines despotischen Systems mit Staatsanleihen und sonstigen Bewilligungen aushelfen zu dürfen, dem Absolutismus aber nicht ein Jota von seiner Omnipotenz nehmen und euch selbst nicht ein Jota von einem Volksrecht erringen. Ihr werdet dem gekrönten Lügner, an dessen gutem Willen es nicht gelegen hat, daß ihr durch seine Fortschrittsbestrebungen nicht in das dickste Mittelalter gerathen seid, auch ferner bei dem Kunststück behülflich sein, unter dem Vorwand der „Allmäligkeit des Fortschritts" den Fortschritt möglichst zu hintertreiben.

Das sind die beiden Hauptlügen. Sie werden bloß denjenigen einen Vortheil bringen, welche, einen Blick in die Zukunft werfend, bei Zeiten ihre preußischen Staatspapiere los zu werden suchen; denn in jenen beiden Lügen liegt der Hauptkeim zu dem kommenden „Ereigniß."

Ehe das „Ereigniß" eintritt, wird der Despotismus, die Unmöglichkeit eines Uebereinkommens auf seinen Grundlagen erkennend, noch alle seine Hexen springen lassen, um die Durchsetzung seiner Absichten zu forciren; denn „imponiren," d. h. zur Vernunft bringen, „läßt er sich nicht." Dann werden ihr die Wichtigkeit des auswärtigen Buchhandels und der auswärtigen Presse erst wahrhaft würdigen lernen. Es kann dahin kommen, daß im Innern nicht bloß sämmtlicher Buchhandel, sondern auch sämmtliche Schriftstellerei von Staatswegen organisirt wird; denn der Despotismus, dessen rechte Hand noch eine Armee von Henkern, dessen linke das durchgreifende System der Büreaukratie ist, verzweifelt an keiner Maßregelung. Der Buchhandel der übrigen Bundesstaaten wird euch nicht lang mehr zu Hülfe kommen können; denn für's Erste wird der „Bund" der teutschen Unterdrücker nicht lang mehr säumen, auf preußische Requisition die Zwanzigbogenfreiheit überall aufzuheben oder auf Berliner Manier unschädlich zu machen, und zweitens wird man durch Verlagsverbote und mit Hülfe der Büttel*), d. i. Minister, welche Preußen in

*) Unter diesen Büttels ist gegenwärtig der sächsische Minister von Falkenstein (welcher einst die Gnade genossen hat, Se. Berliner Majestät im Hemde zu sehen), der erste und thätigste. Wenn dieser Mensch nicht preußischen Sünder- und Verräthersold bezöge, so muß er von Natur eine ganz ausgesuchte Lust zu Expeditionen zum Lexpeinschergen besitzen. Die Schriftstellerausweisung, die Knechtung des Leipziger Buchhandels,

jedem Bundesstaat zu Dienst stehen, den Buchhandel und die Tagespresse der Art einengen und einschüchtern, daß sie mit der preußischen ganz auf gleichen Fuß zu stehen kommen.

Doch, ich spreche hier überall von der Zukunft, als ob nicht die Gegenwart schon genug von diesen Prophezeiungen verwirklicht hätte. Ich überlasse Jedem, seine Erfahrungen hierbei zu Rath zu ziehen, und muß nun, um dem Hauptzweck dieses Schriftchens nahe zu kommen, von meinen eignen Erfahrungen sprechen; denn es ist nöthig, daß wir hier mit rückhaltloser Offenheit verhandeln.

Meine Schriften sind, wie man mich überzeugt hat, ein gesuchter Artikel geworden. Trotz dem aber mache ich — und eine solche Erscheinung ist eben nur in Teutschland möglich — jetzt die seltsame Erfahrung, daß ich diesen gesuchten Artikel nicht mehr an den Mann bringen, d. i. keinen Verleger mehr finden kann. Der Eine ist schon mit einem Verlagsverbote bedroht, der Andere fürchtet, damit bedroht zu werden, der Dritte besorgt noch schlim-

---

die Unterdrückung zensirter Blätter, der räuberische Einbruch in die Geschäftsgeheimnisse der Kommissionäre, alles das sind Verdienste, die dieser schamlose Mensch sich in preußischem Auftrag erworben hat. Zu seinen Heldenthaten gehört u. A. auch die, daß er mit Benutzung jenes Einbruchs ein halb Dutzend Leipziger Buchhändler, jeden um 100 Thlr., wegen Verkaufs der Ayrer'schen „Dankadresse" gestraft hat. Da aus jener Schrift u. A. die Verrätherrolle zu ersehen ist, welche der Preußismus namentlich gegen Sachsen zu spielen gedenkt, so hätte ein sächsischer Minister sächsisch gedacht, wenn ihm die „Dankadresse" willkommen gewesen wäre. Aber der Hr. von Falkenstein ist nicht sächsischer, sondern preußischer Minister. Und von diesem Menschen läßt sich die sächsische Deputirtenkammer imponiren und an der Nase herumführen? Ihr scheint reif zu sein für preußische — Provinzialstände!

mere Dinge, der Vierte hat zwar noch Muth, aber kein Geld. Einer der freisinnigsten und unternehmendsten Buchhändler Deutschlands schrieb mir auf ein Paar Verlagsanträge sogar wörtlich Folgendes: „Ich darf nicht einmal wagen, Ihren Namen zu drucken. Ihr Name und „Satan" ist hier und in Preußen ganz identisch geworden." Wunderbar! Da der „Satan" in die Hölle gehört, so sollte er doch eigentlich in Preußen ganz an seinem Platze sein. Leider aber besteht in dieser Hölle das verkehrte Verhältniß, daß die ehrlichen Leute zu Sträflingen gemacht und die Peiniger nicht Diener der Gerechtigkeit sind. Und ein Peiniger dieser Peiniger zu sein, das ist allerdings eine Satansfunktion in der zweiten Potenz!

Genug, dieser „Satan" ist ein fataler Doppelgänger für einen Schriftsteller, und er bedroht, wie ich weiß, nicht bloß mich, sondern auch Andere. Er hat es darauf abgesehen, uns in Lagen zu bringen, worin wir mit unsern Familien Aussichten haben, das Studium der Oekonomie aus dem Grunde betreiben zu können, und überdies, was nicht minder drückend ist, in unserm Kampf gegen den Despotismus gänzlich gelähmt zu werden. Unter Zensur, z. B. etwa in Zeitungen schreiben, ist nicht Jedermanns Sache; überdies wird sogar solche nutzlose Wirksamkeit durch die Angst der Verleger zum Theil abgeschnitten; im Auslande aber ist eine größere Schrift über deutsche Zustände für angemessenes Honorar gar nicht, und Flugschriften sind, gegen ein mäßiges Honorar nur selten anzubringen. Für die wirksamsten aber findet sich gar kein Verleger. Ich habe die Verbreitung der meinigen zum Theil durch Selbstverlag zu bewirken gesucht. Dies ist denn auch durch vielerlei Bemühungen bisher gelungen; das finanzielle Resultat aber hat für mich, der ich nicht Buchhändler bin, bis jetzt nur in Schulden wegen rückständiger Druckkosten bestanden.

Was ist nun zu machen? Daß einzelne Buchhändler, namentlich wenn sie nicht durch die liberale Partei entschädigt werden, sich noch ferner aufopfern sollen, ist nicht zu verlangen; denn solche einzelne Opfer haben keine entsprechende allgemeine Wirkung. Die Schriftsteller im Allgemeinen aber sind ohne die Buchhändler ohnmächtig; und so wie es mir ergangen ist, wird es Allen ergehen, welche eine entschiedene Stellung einnehmen und die Sache unmittelbar am rechten Ende anfassen, aber nicht durch Vermögen in Stand gesetzt sind, ihre Stellung fort und fort zu behaupten. Sollen wir nun in Zukunft verstummen? Beantwortet diese Frage, wenn ihr unten den fünften Abschnitt gelesen habt.

4. Weg zum Bessern.

Es gibt in Teutschland „Liberale" (exempla sunt odiosa), welche, wenn man ihnen wegen eines wahren und freien Worts Beleidigung der Majestät oder des teutschen Bundes, Böswilligkeit gegen das Bestehende oder ungesetzlichen Sinn u. s. w. vorwirft, gegen solche Beschuldigungen nicht bloß ihre Sicherheit — denn das ist verzeihlich, — sondern ihre Ehre verwahren. Die Konfusion und Angst der Loyalität sitzt ihnen so fest im Leibe, daß sie dasjenige, was ihnen Ehre machen muß, selbst als eine Unehre darstellen. Sie sagen, „die und die Zustände oder Personen oder Majestäten sind schlecht," und weil sie schlecht sind, treten sie gegen dieselben auf, aber sie werden bei Leibe nicht öffentlich zugeben, daß dieß Auftreten — keine Schande sei! Vor allen Dingen jedoch lassen sie sich den Ruf der „Gesetzlichkeit" nicht rauben, und kein Einziger wagt zu untersuchen, wie es mit dieser Gesetzlichkeit eigentlich beschaffen sei.

Ehe ich dieß Thema weiter verfolge, halte ich es meiner früheren Schreibereien wegen für nöthig, ein perſön-

liches Bekenntniß abzulegen. Als ich noch in Preußen, ja als ich schon ein halbes Jahr im Auslande war, hing auch ich noch an dem Prinzip der sogenannten Gesetzlichkeit. Ich ging ebenfalls von dem Irrthum aus, daß, wo sogenannte Gesetze sind, auch ein gesetzlicher Zustand existire; nur mit den Mitteln dieses Zustandes zu operiren, hielt ich, wenn nicht immer für ausreichend, doch für ehrenvoll, und es schien mir wirksamer zu sein, wenn man sich auf „gesetzlichem Wege" für die Freiheit aufopfere, als wenn man durch „ungesetzliche Mittel" seinen guten Zweck kompromittire. Namentlich hielt ich es für Pflicht und für Möglichkeit, die Freiheit ohne Revolution zu erringen, obschon ich den Revolutionen, wo sie eingetreten waren, natürlich auch schon damals Recht gab.

In der kurzen Zeit, die ich in dem freien Ausland verweile, habe ich in politischen Dingen mehr nachzudenken und zu beobachten gefunden, als in dem Gefängniß Preußen in langen Jahren. Dadurch bin ich einen guten Theil derjenigen teutschen Gewissenhaftigkeit, welche in die Kategorie der Thorheit gehört, losgeworden und habe besonders über den Artikel Revolution und Gesetzlichkeit vernünftigere und praktischere Ansichten gewonnen. Ich habe namentlich, theils aus der Geschichte, theils durch Beobachtungen bestehender Zustände in freien Ländern, mir klar gemacht, daß derjenige Zustand, in welchem sich auf gesetzlichem Weg der Fortschritt verwirklichen läßt, nie anders als durch revolutionäre Gewalt herbeigeführt worden ist, weil die Gewaltbesitzer nur um diesen Preis ihren Besitz fahren lassen, daß aber ein solcher Zustand in Teutschland noch nicht besteht. Also — Teutschland hat seine Revolution noch zu machen, es muß sie machen, es wird sie machen und kein „Herrgott" wird es davor bewahren! Das ist meine Ueberzeugung geworden und diese Ueber-

zeugung ſollte eine allgemeine werden. Wer ſie theilt, der ſchäme ſich ihrer nicht. Ich für meinen Theil, nachdem ich einmal von der Rechtmäßigkeit und Nothwendigkeit der Revolution überzeugt bin, predige jetzt eben ſo offen Revolution, wie ich früher den Frieden gepredigt habe.

Ehe blutige Revolutionen in einem Staate unnöthig gemacht werden können, muß der Zuſtand der Art ſein, daß die aktive Majorität des Volks die Hinderniſſe des Fortſchritts, namentlich reaktionäre Regierungen oder ſchlechte Geſetzgebungen, durch moraliſche Nöthigung oder durch Stimmgebung aus dem Wege räumen kann. Um dieß zu vermögen, muß das Volk vor allen Dingen völlig freie Preſſe und freies Verſammlungsrecht haben, ſo daß ſich ſeine Intelligenz und ſein Wille auf natürlichem Wege Luft machen und Bahn brechen kann, kurz es muß die Mittel zur friedlichen Geltendmachung der Volksſouveränetät beſitzen. So ſehen wir z. B. jetzt im Hauptkanton der Schweiz, in Bern, durch eine ganz friedliche Revolution, ohne Vergießung eines Tropfens Blut, den alten Zuſtand der Dinge völlig umſtürzen und an ſeine Stelle eine der freieſten Verfaſſungen der Welt ins Leben treten. Die Majorität des Volks hat ſich ausgeſprochen und die reaktionäre Minorität der Ariſtokraten hat ſich, als ſie die Hoffnungsloſigkeit ihrer Stellung und ihres Syſtems erkannte, vor den Schöpfern des neuen Zuſtandes zurückgezogen, ohne die Thorheit eines gewaltſamen Widerſtandes auch nur zu verſuchen. Vielleicht wird es ſogar in England, wo die Zuſtände ſchon ſo lang eine blutige Revolution vorherſehen ließen, gelingen, ſie zu beſchwören, weil auch dort der Geiſt des Volkes die Mittel beſitzt, allmählig das Schlechte auf dem Weg der freien Agitation zu beſeitigen und ſogar die Torys bei Zeiten zur Einſicht zu bringen.

Wenden wir nun von dieſen Ländern den Blick nach

Teutſchland — welche Hoffnungsloſigkeit des freien Geiſtes, welches Chaos von Unrecht, welche Verwachſenheit der Reaktion, welche ungeheure Differenzen zwiſchen dem Alten und dem Neuen, welche rieſenhafte Anſammlung von Widerſtandskräften gegen eine beſſere Zukunft, welche wahnſinnige Hartnäckigkeit der Gewalt gegen das Recht! Wenn dieſer Zuſtand ohne gewaltſame Erhebung des Volks, ohne blutige Abtreibung ſeiner Feinde geändert, wenn dieſer neunundreißigfach gefüllte Augiasſtall ohne den Herkules der Revolution gefegt, wenn der koloſſale, durch den ruſſiſchen, öſterreichiſchen und preußiſchen Despotismus errichtete und in weltverrätheriſcher Brüderſchaft erhaltene Gefängnißbau ohne gewaltſamen Abbruch zu Wohnungen freier Völker umgeſchaffen werden kann — wahrlich, dann iſt es Zeit, wieder an Wunder und an göttliche Gnade zu glauben!

Gewalt und Geſetz ſind Gegenſätze! Wo Gewalt herrſcht, da gibt es kein Geſetz, da iſt das Geſetz ebenfalls Gewalt, es iſt nur eine geſchriebene Gewalt, welche der bewaffneten zur Macke und Ergänzung dient. Wo die Gewalt einmal herrſchendes Syſtem iſt, da weicht ſie auch nur der Gewalt. Die Gewalt des Volkes muß die Gewalt der Reaktion zu Boden ſchlagen; nur dieſer Weg führt es zu einem Zuſtand, wo das wirkliche Geſetz zur Herrſchaft gelangt. Geſetz iſt nur Geſetz, wenn es der Rechtsausſpruch derer iſt, die ſich ihm unterwerfen. Geſetz iſt der als allgemeine Richtſchnur ausgeſprochene Wille freier Staatsbürger, welche ihm freiwillig gehorchen. Das und nur das iſt Geſetz! Nun fragt euch in Teutſchland, ob ihr Geſetze habt? Geht alle eure Geſetze durch, und laſt jeden aus dem Volk ſeine Stimme darüber abgeben: ihr werdet vielleicht nicht zehn Paragraphen finden, welche von denen, die nicht Anhänger der Gewalt ſind, als Ausſprüche ihres Rechtswillens anerkannt werden konnten.

Die Gewalt diktirt euch ihren Willen und das nennt sie Gesetz. Sie macht Recht zu Unrecht und Unrecht zu Recht, sie macht grad krumm und krumm grad, sie macht schwarz weiß und weiß schwarz — Alles durch das „Gesetz"! Und solches „Gesetz" erklärt ihr für heilig? O, wie hat euch die Polizei und das Pfaffentum heruntergebracht!

Jetzt frage ich diejenigen Liberalen, welche die schnödeste Rechtsverrenkung, die schreiendste Gewaltthat, sobald sie schwarz auf weiß zur Norm gemacht ist, „Gesetzlichkeit" nennen und als solche respektiren, ob sie sich nicht dadurch zu Feinden des wahren Rechts, ob sie sich nicht zu Dienern der Gewalt, ob sie sich nicht zu Gegnern ihres eigenen Prinzips machen? Ich frage sie, ob sie den Ruf solcher „Gesetzlichkeit" nicht für eine Schande und den Ruf der „Ungesetzlichkeit" in Deutschland nicht für eine Ehre erklären müssen? Es ist eine Schande, daß wir „Gesetze" der Gewalt respektiren, aber es ist eine doppelte Schande, daß wir sie wirklich für Gesetze halten!

Hätten wir keine belehrenden Beispiele vor Augen, so könnte unsre Blindheit sich mit dem Mangel eines Maßstabs entschuldigen. Aber werden wir nicht durch die Geschichte und durch freie Staaten hinlänglich beschämt? Blickt vor Allem nach Nordamerika! Dort gibt es wirkliche Gesetze, weil es dort wirkliche Freiheit gibt, und in keinem Staat der Welt ist der Sinn für Gesetzlichkeit größer als dort, trotz einzelnen Exzessen des öffentlichen Zensorgeistes, welche man in Europa so trefflich auszubeuten verstanden. Wo wirklich ein gesetzlicher Zustand herrscht, da ist es eben so sehr Frevel an Recht und Vernunft, als es vergeblich ist, gesetzwidrige Mittel anwenden zu wollen; wo aber die Gewalt herrscht, da muß und wird jeder Zeit die Gewalt der Gehorchenden endlich die Gewalt der Herrschenden vernichten, um

erſt — einen geſetzlichen Zuſtand herbeizuführen. Dieß iſt das Geſetz der Geſchichte, das Geſetz der Natur, und wir ſollten uns ſcheuen, es anzuerkennen? Wir ſollten der Polizei zulieb an unſerer Vernunft und unſern Ueberzeugungen zu Heuchlern werden?

So wie die Gewalt (d. h. zunächſt diejenige Gewalt, welche die freie Meinungs- und Willensbethätigung der Bürgermajorität im Staate ausſchließt), die Grenze bezeichnet, wo der Begriff und die Pflicht der Geſetzlichkeit aufhört, ſo bezeichnet ſie auch die Grenze, wo der Begriff und die Pflicht der Moral aufhört. Wie ſollte derjenige, welcher mir Gewalt anthut, mich verpflichten können, ſeiner Eigenmacht gegenüber meine Geſetzlichkeit und ſeiner Schlechtigkeit gegenüber meine Moralität zu üben, ſie zu üben zu ſeiner Unterſtützung, ſie zu üben zu meinem Verderben? Moralität wie Geſetzlichkeit ſind nur möglich durch die Freiheit und können nur geübt werden in der Freiheit. Wer mir Gewalt anthut, mit Gewalt mein Recht vorenthält, mit Gewalt meine Freiheit raubt, der verzichtet dadurch von vornherein auf die Anwendung nur moraliſcher Mittel von meiner Seite, mich ſeiner Gewalt zu entziehen, es ſei denn, daß er mich für einen Narren meiner Moralität halte. „In ſolchen Narren aber haben namentlich wir Teutſchen uns machen laſſen. Wir Teutſchen ſind im Stande, vor lauter Moralität mit dem Nachſchlüſſel in der Hand im Gefängniß zu vermodern, weil es unmoraliſch ſei, unſere Büttel zu betrügen. Wollen wir warten, bis die Büttel ſich durch unſere Geduld zu Demagogen bekehren laſſen und uns vor Freiheitsbegeiſterung ſelbſt die Thüre öffnen? Schade, daß der Haſe kein Teutſcher iſt! Er wurde vor lauter Vertrauen in die Höhle des Fuchſes kriechen und ſeinem Freunde die Loyalität zumuthen, die unveräußerlichen Haſenrechte zu proklamiren und dann — zu verhungern!

Mögen die Narren und die Diener der Gewalt über Jesuitismus schreien; mir liegt nichts daran. Sie eben sind die Jesuiten. Dem Gewaltigen gegenüber kann der wahrhaft Freie niemals zum Jesuiten werden. Ich vertheidige ganz offen den Satz, daß „der Zweck die Mittel heilige," sofern nur der Zweck wirklich ein guter, sofern er die Mittel werth ist und deren freie Wahl durch die Gewalt verhindert wird; aber ich läugne durchaus, daß der Jesuitismus in der „Heiligung schlechter Mittel zu gutem Zweck" bestehe. Dem Jesuitismus darf dieser Ruhm nicht gelassen werden, denn er besteht in der Heiligung schlechter Mittel zu schlechtem Zweck und er würde aus diesem Grunde auch dann nur schlechte Mittel anwenden, wenn ihm die besten zu Gebot stünden. Der Jesuitismus hat, wie sein Bruder, der Despotismus, nie einen Zweck gehabt, welcher das Licht, welcher die Freiheit, welcher die Vernunft hätte ertragen können. Unser Zweck aber ist das Licht, ist die Freiheit, ist die Vernunft! Hindert ihr uns, diesem Zweck offen zuzustreben, so streben wir ihm heimlich zu; hindert ihr uns, ihn ohne Gewalt zu erreichen, so erreichen wir ihn mit Gewalt; hindert ihr uns, ihn ohne Blut zu verwirklichen, so verwirklichen wir ihn mit Blut. Verwirklicht muß er werden, soll er werden! Die Verwerflichkeit besteht nicht darin, einen guten Zweck durch „unerlaubte" Mittel zu erreichen, wenn die normalen unmöglich sind, sondern die Verwerflichkeit besteht darin, auf den guten Zweck zu verzichten, weil der Feind desselben nicht die normalen Mittel dazu gewähren will. Sklave zu sein, wenn es noch irgend ein Mittel gibt, frei zu sein, das eben ist die tiefste Stufe der Erniedrigung des Menschen und auf dieser Stufe wollen uns unsere Feinde festbannen durch die Kultivirung ihrer lügenhaften „Gesetzlichkeit" und ihrer lügenhaften

„Moral.“ Der Gewalt gegenüber gibt es platterdings keine andere Wahl, als entweder „gesetzlich“ und „moralisch“ auf die Freiheit zu verzichten, oder „ungesetzlich“ und „unmoralisch“ die Freiheit zu erobern. Versuche Einer, streng „gesetzlich“ und streng „moralisch“ die Gewalt zu bekämpfen! Er wäre reif für Bedlam. Er würde entweder vor lauter „Gesetzlichkeit“ stumm sein müssen und dann bliebe die Freiheit todt; oder er würde vor lauter „Moralität“ dem Feind offen seine Zwecke verrathen und dann schickte man ihn auf die Festung, wenn nicht ins Narrenhaus. Ohne Anwendung von Mitteln, welche im Zustand der Freiheit unrechte sein würden, ist der Zustand der Gewalt niemals gestürzt worden, und bestände der Jesuitismus in der Anwendung „unrechter“ Mittel zu gerechtem Zwecke, so würde ich zugestehn, daß sämmtliche Kämpfer der Freiheit mehr oder weniger Jesuiten gewesen sind. Es liegt aber eben im Wesen der Gewalt, daß sie die offenen Wege verstopft und nur die heimlichen übrig läßt, daß sie die humanen Mittel unmöglich macht und die inhumanen gegen sich beschwört. Wer im Zustande der Freiheit ungesetzlich handelt, ist ein Verbrecher, und wer als freier Mensch seine Nebenmenschen betrügt, ist ein Schurke; wer aber die „Gesetze“ der Gewalt umstößt, ist ein Befreier, und wer ihr durch „Betrug“ oder „Gewalt“ die Freiheit abringen kann, der erhält von der Partei wie von der Geschichte — „vollkommenen Ablaß“! Die despotische Gewalt ist total rechtlos, und alle Träger derselben müssen „außer dem Gesetz“ erklärt werden. Ja sie sind bei allen recht- und freigesinnten Menschen schon außer dem Gesetz, und es kommt nur noch auf die Exekution an, welche sie auch aus der Herrschaft vertreibt.

Der „gesetzliche Zustand“ Deutschlands ist nichts als ein Kriegszustand, denn wo Gewalt sich geltend macht, da ist Krieg. Der Krieg ist es auch allein, der gegen solchen

Zuſtand die Mittel darbietet. Im Krieg iſt jedes Mittel, das nicht durch Ehrloſigkeit oder Unmenſchlichkeit den Kriegsbrauch verletzt, gerecht und angemeſſen, wenn es zum Sieg verhilft. Im Krieg gilt die Liſt gegen den Liſtigen, im Krieg gilt die Hintergehung des Hintergehers, im Krieg gilt die Gewalt gegen den Gewaltigen, im Krieg gilt die Vernichtung des Vernichters. Der Krieg iſt ein Fluch und die Menſchheit wird einſt von dieſem Fluch befreit ſein, aber, ſo lang unſere Feinde ihn nothwendig machen, wäre es Selbſtverrath, den Sieg zu opfern, weil er nur durch die Mittel des Kriegs errungen werden kann; die Gewalt iſt ein Fluch, und die Menſchheit wird einſt von dieſem Fluch befreit ſein, aber, ſo lang unſere Feinde ſie nothwendig machen, wäre es Selbſtverrath, den Sieg zu opfern, weil er nur mit den Mitteln der Gewalt errungen werden kann! Die Alten dehnten dieſe Grundſätze ſo weit aus, daß ſie z. B. den Tyrannenmord für Pflicht und Verdienſt erklärten. Sie gingen von der Anſicht aus, daß, ſo lang es noch Tyrannen gebe, es auch noch Mörder für ſie geben müſſe. Wir ſcheinen von der Anſicht auszugehen, daß, ſo lang es noch Tyrannen gebe, es auch noch Sklaven für ſie geben müſſe. Wir brauchen von den Alten die Mörder nicht zu übernehmen, aber ſo lang wir unſere „Geſetzlichkeit" vor ihnen voraus haben, werden uns ihre Tyrannen, wenn auch in moderner Geſtalt, niemals fehlen.

Fragt euch in Teutſchland, auch ihr Konſtitutionellen fragt es euch, was ihr durch die Siſyphusarbeit auf eurem „geſetzlichen Wege," was ihr durch euer langweiliges Feilſchen um die ausgemachteſten Dinge, was ihr durch das ewige loyale Wiederkäuen veralteter Forderungen errungen habt? Es läßt ſich zugeben, daß ihr das Rechtsbewußtſein des Volkes innerhalb einer engen Sphäre wach erhalten habt, aber was habt ihr an wirklichen Rechten gewonnen? Nichts, gar nichts!

Ihr habt euch verhöhnen lassen über eure Anstrengungen, ihr habt euch strafen lassen für euren guten Willen! Das ist es, was euch von Seiten der Gewalt zu Theil geworden. Ich behaupte darum aber nicht, daß ihr nichts für die Zukunft gethan, im Gegentheil, die Vergeblichkeit eurer Arbeit ist eben eine Brücke, eine nothwendige Brücke in die Zukunft gewesen; aber indem man euch dieß zugibt, müßt ihr euererseits auch zugeben, daß diese Zukunft — die Revolution ist.

Ihr habt das Rechtsbewußtsein des Volkes innerhalb einer engen Sphäre wach erhalten, sage ich. Dieß ist ein großes Verdienst. Aber es gilt jetzt, die Sphäre des Rechtsbewußtseins über den euch eingeräumten Kreis hinaus zu erweitern und der Zukunft durch entschiedenere Mittel vorzuarbeiten. Das ist es, was ihr jetzt wünschen und, so viel ihr könnt, unterstützen müßt.

Welche Mittel stehen uns dabei zu Gebot? Sollen wir auf die Straße rennen, die Sturmglocke läuten und „Revolution!“ schreien? Nein, wir werden keine Thorheiten und keine Kindereien begehen. Wir wissen ganz genau, daß sich eine Revolution nicht machen oder bestellen läßt; wir wissen, daß sie bei zufälligen Anlässen sich von selbst macht oder von der Reaktion gemacht wird; wir wissen auch, daß Deutschland schwerlich eher die Faust erheben wird, als bis ein Anstoß von Außen kommt. Aber was wir thun können, ist dieß: wir können dem betörten Volke die Nothwendigkeit der Revolution zum Bewußtsein bringen; wir können durch politische Aufklärung und Verbreitung entschiedener Gesinnungen die Revolution beschleunigen; wir können durch Vermehrung der Anhänger der Revolution derselben von vorn herein einen unblutigern Verlauf sichern; wir können uns der künftigen Früchte der Revolution vergewissern, indem wir

möglichst frühzeitig uns ein bestimmtes Bild der Zukunft entwerfen, und die Fahne entfalten, um welche wir uns zu schaaren haben. Auf welche Weise können wir dieß? Wir können es durch die Presse! Durch welche Presse? Durch die auswärtige! Eure verjagten Schriftsteller sind es zunächst, welche die Leuchtkugeln auf den finstern Weg zu einer lichtern Zukunft werfen müssen. Wo das Recht im Innern nicht mehr zu Wort kommen konnte, da ist es immer die Emigration gewesen, welche das heilige Feuer der Freiheit am Flammen erhielt und es später in die Heimath zurückbrachte. So wird es mit Polen, so wird es mit Teutschland gehen. Unsere Emigration wird sich noch bedeutend mehren; die Reaktion hat ihren Gipfelpunkt noch bei Weitem nicht erreicht und es werden sich noch Viele von ihren Fängen ins Ausland retten. Ihr da drinnen werdet noch so stumm gemacht werden, wie die Fische; ihr werdet gefesselt werden an allen Gliedern; dumpf und schwül bis zum Ersticken wird sich die Wetterwolke der Reaktion auf euch lagern, still wird es sein, wie die Windstille des Meers, und selbst die Angst wird das Klopfen ihres Herzens zu unterdrücken suchen, um keine mißliebige Störerin bei der Todtenfeier der Freiheit zu werden. So wird es sein! Dann aber wird, durch die Geschoße von Außen her zerrissen, die Wolke zu zittern beginnen, der Donner wird durch ihre Kammern rollen, die Blitze der Revolution werden sie durchzucken, blutiger Regen wird sie erleichtern, die reine Himmelsluft wird durch ihre Lücken, das Sonnenlicht durch ihre Risse dringen, die Schwüle wird sich verlieren, die Brust athmet wieder frei, die Hymne der Freiheit erschallt hinter den flüchtenden Fersen ihrer Feinde und —

Teutschland hat einen gesetzlichen Zustand errungen!

3. Aufforderung.

Welches wird der politische Zustand Teutschlands sein, wenn es frei geworden! Diese Frage ist gleichbedeutend mit derjenigen, um welche Fahne wir uns zu schaaren haben, wenn wir die Freiheit wirklich erringen wollen.

Unter den Liberalen Teutschlands gibt es drei Fraktionen:

1) die Konstitutionellen,
2) die Republikaner,
3) die Kommunisten.

Die Konstitutionellen sind bis jetzt am zahlreichsten, dann kommen die Kommunisten; zuletzt — kommen die Republikaner!

Im Namen der Freiheit, im Namen der Menschheit frage ich zuerst die Konstitutionellen: Ist es eurer Vernunft nicht möglich, einzusehen, und euerm Muth nicht möglich, zuzugeben, daß euer Konstitutionalismus durch und durch eine Halbheit, eine Lüge, ein Nonsens ist? Ist es wirklich eure Ueberzeugung, daß die politische Zukunft der Welt auf der „Volksvertretung" von Gottes Gnaden werde erbaut werden? Ist es auch nur eure Ueberzeugung, daß es noch Zeit sei, in Teutschland ein konstitutionelles Leben, etwa in englischer Weise, als Uebergangszustand zu schaffen? Ist es euere Ueberzeugung *nicht*, wohlan, so fordere ich euch auf, euch ein *probehaltiges* Bekenntniß zu bilden und euch stillschweigend mit — den Republikanern zu vereinigen.

Sodann frage ich die Kommunisten: ist es eurer Vernunft nicht möglich, einzusehen, und eurer Ehrlichkeit nicht möglich, zuzugeben, daß eure Lehre in den Hauptpunkten eine unausführbare Theorie ist und eure „Aufhebung des Staates" geradezu eine Verzichtleistung auf

die praktische Umbildung unserer Zustände in sich schließt? Ist es wirklich eure Ueberzeugung, daß die Menschheit euch zulieb die Staatsformen plötzlich wegwerfen und sich in eine losgebundene „Gesellschaft" auflösen werde? Ist es euere Ueberzeugung *nicht*, so fordere ich euch auf, euch klar darüber zu werden, ob sich der Rettung aus der Unausstehlichkeit unserer gegenwärtigen Zustände ein anderer Hafen darbiete als die Republik? Ich fordere euch auf, zu prüfen, ob nicht die *wahre* Republik zu jeder „sozialen" Verbesserung Hand und Mittel biete? Ich fordere euch auf, mit praktischem Verstand diese Fragen in gewissenhafte Erwägung zu ziehen, und müßt ihr sie in republikanischem Sinn beantworten, und habt ihr in eurer Atmosphäre nicht alle Charakterkraft eingebüßt, so fordere ich euch endlich auf, alle *Sektirerei* fahren zu lassen und euch einer *Partei*, der *Partei der Republikaner* anzuschließen oder diese Partei bilden zu helfen.

Die republikanische Fahne allein ist es, welche den Entscheidungskampf der Zukunft kriegsgerecht anführen und alle wahren Freiheitskämpfer unter sich versammeln kann!

Deshalb werdet Republikaner! Der Name thut zu Zeiten viel, er thut Alles, wo es Vereinigung gilt und Vereinigung führt zum Sieg. Ich richte meine Aufforderung auch an diejenigen, welche ihr Streben durch den vagen Namen der *Demokratie* bezeichnen möchten. Indirekte Demokratie kann es auch in einem monarchischen Staate geben, — England liefert das Beispiel, — aber kann eure Vernunft, wie Rotteck es gethan, ein Prinzip machen aus der Demokratie — von Gottes Gnaden? Kann sie vollends eine englische Demokratie, neunundreißigfach variirt, sich in dem verpfuschten Teutschland vorstellen? Die Demokratie, wenn sie ehrlich und ver-

nünftig sein will, muß sich aussprechen als — Republik!

Eine Föderativrepublik, nach nordamerikanischem Styl mit möglichst direkter Demokratie für die Einzelstaaten und dem Repräsentativsystem für den Bund, zugleich aber mit möglichster Verwirklichung auch der „sozialen" Ansprüche jedes Bürgers, das wird, das muß die zukünftige Gestalt Teutschlands sein! Ein erhabenes Ziel, wahrlich werth, daß der Eine ihm seine Genügsamkeit, der Andere seine Ungenügsamkeit zum Opfer bringe! Ob wir es heute erreichen oder morgen, das ist noch nicht die Hauptsache; die Hauptsache ist einstweilen, daß wir, wenn wir es erkennen, mit allen Mitteln ihm zustreben.

Ihr, die ihr gesonnen seid, als wahrhaft Liberale zu handeln, die ihr der Sache zu lieb euch nicht an persönliche Differenzen stoßt, die ihr entschlossen seid, der Sache der Freiheit und der Menschenbeglückung treu zu bleiben, ihr ein Opfer zu bringen und ohne Wanken dem festgesetzten Ziel zuzustreben, ihr müßt, ihr werdet meine Worte nicht unerwogen verhallen lassen, ihr müßt, ihr werdet auch die Vorschläge anhören, die ich euch ferner zu machen habe.

Ich habe gesagt, daß die entscheidende Agitation der Freiheit, daß die Propaganda der Ideen unserer Zukunft von der teutschen Emigration ausgehen müsse. Nicht bloß können eure Zustände von dem freien Standpunkt des Auslandes richtiger und schärfer ins Auge gefaßt werden, sondern es wird auch allein durch die ausländische Freiheit möglich, die Wahrheit ganz und unverfälscht ans Licht zu fördern. Ihr da drinnen, die ihr schreibt mit dem Kopf im Strick, ihr werdet nie, und solltet ihr noch so viel Aufopferungsfähigkeit besitzen, dahin gelangen, der Gewalt mit Nachhaltigkeit und Kraft zu

Leibe zu geben, oder gar das letzte Wort der Freiheit unumwunden aussprechen zu können. Ihr werdet nie im Stande sein, unter den Augen der Gewalt direkt auf die That der Befreiung hinzuarbeiten. Die Gewalt zieht ihren Strick zu, sobald ihr euch furchtbar zu machen beginnt, und erwürgt ungestört den einen Geist nach dem andern. Wir aber im Auslande, wir können ihr trotzen, wir wollen ihr trotzen, denn ihr trotzen können, heißt sie besiegen. Sagt an, wer ist bis jetzt im Stande gewesen, ihr zu trotzen, sie zur Anerkennung oder zur Ertragung der Wahrheit zu zwingen, ihr den Beweis zu liefern, daß ihre Unterdrückungsmacht eine Grenze habe? Hat sie nicht auch die kühnsten Stimmen nach und nach wieder stumm zu machen verstanden? Es ist endlich Zeit, daß diese empörende Unfehlbarkeit der Gewaltmittel gegen den Geist, welche die teutsche Reaktion selbst vor Rußland voraus hat, gebrochen und gestürzt werde.

Wenn die Liberalen sich rühren (dieß räth der Herr von Haller der Reaktion an), so versetzt ihnen einen Schlag; wirkt das nicht, so versetzt ihnen zwei; rühren sie sich dann noch immer, so versetzt ihnen so lang Schläge, bis sie am Boden liegen. Wohlan, wir müssen diese Taktik, die bis jetzt mit so viel Erfolg gegen uns angewandt worden ist, gegen unsere Feinde richten; wir dürfen es, gleich klugen Feldherren nicht verschmähen, die Kriegskunst auch vom Feinde zu lernen. Wir werden der Reaktion Schläge versetzen; sie wird uns stumm zu machen suchen, und wir werden unsere Schläge verdoppeln; sie wird gegen uns wüthen und schäumen, wir aber werden die Schläge verzehnfachen und nicht ruhen und nicht rasten, bis das Ungethüm am Boden liegt. Wer aber unsere Schläge austheilen soll, das ist der Geist, der Geist der Freiheit. Haben unsere Feinde noch

Bomben und Kanonen, so haben wir — Flugschriften, kleine, ganz kleine Flugschriften! Glaubt mir, eine einzige Brochüre ist mitunter gegen die Gewalt eine furchtbarere Waffe, als ein ganzer Artilleriepark gegen die Freiheit ist.

Man darf erwarten, daß auch die Zaghaften und Schwachmüthigen, welche ihre Hoffnung nur bei augenblicklichen Erfolgen aufrecht zu erhalten pflegen, die beschränkte Ansicht fahren lassen werden, die Schriftstellerei bringe keine entscheidende Wirkung hervor. Ihr Thoren, wollt ihr denn eine Schrift mit einem brennenden Strohwisch zusammenstellen? Erwartet ihr, daß sie im Stande sein werde, in fünf Minuten das Haus des Despotismus in Flammen zu setzen? Lernt von euern Feinden die Wirkungen, die allmäligen, aber sichern Wirkungen des freien Geistes würdigen, wenn ihr selbst sie nicht zu würdigen im Stande seid; lernt an der Angst, welche gegen ein einziges Blatt die ganze bewaffnete Macht auf die Beine bringt, die Furchtbarkeit abmessen, welche der freie Geist gegen den Despotismus beitzt. Aber es genügt nicht, einen einzelnen schnell verglimmenden Funken in die Nacht der despotischen Barbarei zu werfen; unablässig, unermüdlich, mit eiserner Beharrlichkeit, mit verschworener Hartnäckigkeit muß sie bekämpft werden, und sie wird weichen, so wahr es ein Gesetz der Natur und ein Gesetz des Geistes gibt. Ja sie muß weichen, sie muß untergehn, wenn die Aussprüche der Geschichte keine Ammenmärchen und Männerentschlüsse keine Kinderlaunen sind.

So wie ihr euch aber gewöhnen müßt, von einer Schrift nicht wie von einer Mordwaffe augenblickliche Wirkungen zu verlangen, so dürft ihr auch nicht schwachnervig erschrecken vor dem schweren Geschütz eurer Muttersprache. Gegen unsere Feinde kann keine Sprache zu

stark, keine Züchtigung zu derb sein. Es werden Zeiten kommen, wo ihr jedes Wort zu einer Bombe möchtet werden sehen, und ihr werdet alsdann denen Recht geben, welche die Zeit nicht an Diplomatie und Halbheiten verzetteln wollten, sondern schon jetzt die Dinge und Personen beim rechten Namen nannten. Aber ihr werdet dann auch erkennen lernen, daß selbst eine Bombe, wenn sie allein kommt, keine Bastille zum Sturze bringt.

Sagt an, wodurch gelingt es unsern Feinden, uns so lang und so tief unter ihr Joch zu beugen; wodurch gelingt es ihnen uns sofort wieder eine neue Fessel anzulegen, wenn wir glaubten eine alte gelüftet zu haben? Wodurch gelingt es ihnen, ihre Macht täglich zu erweitern und die unsrige täglich zu schwächen? Durch drei Dinge gelingt es ihnen, die wir, zu unserer Schmach sei es gesagt, alle Tage im Munde führen und niemals ernstlich zu verwirklichen suchen: durch Vereinigung, durch Beharrlichkeit und durch Organisation! Wir sind Teutsche, das ist wahr, und deßhalb ist Schlaffheit unser Erbtheil; aber sind unsere Feinde nicht ebenfalls Teutsche? Ist es denn den teutschen Liberalen nicht möglich, dieselbe Energie zu entwickeln, welche die teutschen Despoten an den Tag legen? Die Despoten erreichen große Wirkungen durch bloße Winke, das ist wahr; ihr geschäftiges und gehorsames Dienerheer, von oben nach unten gespornt und getrieben durch die Furcht vor Strafe und die Hoffnung auf Lohn in Thätigkeit gesetzt, vollzieht ihre Befehle mit rastlosem Eifer, es kommt ihren Wünschen zuvor, erräth ihre Gedanken, belauert ihre Blicke und wird uns durch seine Furcht eben so verderblich, wie durch seine Gier; aber sollen wir uns denn das schmachvolle Zeugniß geben, daß uns die Idee der Freiheit und der Preis der Volksbeglückung ein schwächerer Sporn sei, als den Despotenknechten der Götzendienst der Sklaverei und die

Hoffnung auf schnöden Gnadenlohn ist? Müßten wir uns dieses Zeugniß geben, so wären wir werth, zu bleiben, was wir sind, nämlich Sklaven von Sklaven.

Laßt uns jetzt endlich versuchen, mit der Freiheitspropaganda Ernst zu machen. Mein Plan ist: Organisation einer auswärtigen Flugschriftenliteratur mit Hülfe hinreichender, regelmäßiger und anhaltender Unterstützung von Seiten der teutschen Liberalen aller Fraktionen an Geld und an Thätigkeit zur Verbreitung unserer Brochüren *)

Ich will euch kurz angeben, wie sich der Plan verwirklichen läßt, denn wir können ihn ganz ruhig und offen auch der Reaktion enthüllen, da er eben so wenig das Licht zu scheuen hat, als hintertrieben werden kann. In allen Orten vereinigen sich die Liberalen und sammeln bei jeder Gelegenheit Gelder zur Unterstützung derjenigen exilirten Schriftsteller, welche für die Freiheit zu wirken ernstlichen Willen und Fähigkeit besitzen. Das Geld laßt ihr uns (nicht direkt, denn die Schurken erbrechen uns die Briefe, sondern) auf sicherem Wege zukommen, und ich, sofern es mir anvertraut wird, bürge mit meiner Ehre für dessen angemessene und wirksame Verwendung. Zugleich nennt ihr uns zuverläßige und unverfängliche Adressen, an welche wir die Brochüren der Propaganda können gelangen lassen. Diese Brochüren, welche unentgeldlich unter das Volk vertheilt werden (wir müssen den verfolgten Buchhandel möglichst aus dem Spiele bringen), sind auf luftdünnes Papier nach Art der verliegenden und mit kleiner Schrift gedruckt, so daß sie in Briefen und kleinen Paketen ohne Unbequem-

*) Daß Zusendung von Manuscripten oder Materialien mit zu der verlangten Unterstützung gehört, versteht sich von selbst.

lichkeit und ohne Gefahr vor den Fängen der Polizei konnen versandt werden. Sie können so eingerichtet sein, daß sich der Vorrath für eine ganze Stadt in der Rocktasche mitführen läßt.

Für die Verbreitung der Brochüren würde auch im Ausland durch Agenturen gesorgt werden. Namentlich würde man sie in der Nähe der Eisenbahnhöfe an der Grenze (z. B. in Verviers, wo ein großartiger Zusammenfluß von Reisenden ist) durch brevetirte Ausländer, welche vor polizeilichen Machinationen gesichert wären, an die durchreisenden Teutschen verkaufen lassen. Ich habe einen solchen Versuch in Verviers mit meinem „Steckbrief" gemacht, und der Erfolg war anfänglich ganz nach Wunsch; da aber der Verkäufer, ein Kaffeewirth, kein Brevet hatte, so wurde ihm auf preußische Requisition durch die Polizei das Handwerk wieder gelegt.

Dieß ist der einfache Plan. Ihn zu verwirklichen ist weiter nichts erforderlich als Geld und die Bereitwilligkeit der Liberalen zur Verbreitung der Brochüren. Euch bei dieser Verbreitung vollständig zu sichern, wird bei einiger Vorsicht und Klugheit eben so leicht sein, wie die Verbreitung selbst; solltet ihr aber etwa durch den Sinn für „Gesetzlichkeit" euch abhalten lassen, so erkläre ich euch, daß ihr für Freiheitskämpfer total verdorben seid. Wenn die Gewalt Euch „gesetzlich" das Essen verböte, würdet ihr der Gesetzlichkeit zu lieb öffentlich verhungern, oder würdet ihr gegen das Gesetz heimlich euch satt essen? Die Antwort auf diese Frage ist die Erklärung der einfachen Pflicht, die Gewalt zur Ausübung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte auf jede nicht ehrlose Weise, die zum Ziel führt, zu „betrügen." Ein solcher „Betrug" ist kein Betrug. Ein Verbot der Gewalt kann kein Recht zum Unrecht machen, vielmehr ist die Gewalt selbst Un-

recht, und ihr Verbot iſt es auch; wie ſollte denn die Uebertretung ihres Verbotes ein Unrecht ſein können? Die Gewalt hat keinerlei Anſpruch auf Ehrlichkeit, und das Recht kann ſich ihr gegenüber niemals durch ſeine Geltendmachung kompromittiren. So gut ihr verpflichtet ſeid, auch heimlich euch nach Vermögen ſatt zu eſſen, wenn man es mit einem Eſſverbot auf Euer Leben abgeſehen hat, ſo gut ſeid ihr verpflichtet, auch heimlich nach Vermögen die freie Sprache zu verbreiten, wenn man es mit einem Sprachverbot auf eure Freiheit abgeſehen hat. Euer Recht auf die Freiheit iſt eben ſo ausgemacht, wie euer Recht auf das Leben, und das freie Sprechen iſt eben ſo unentbehrlich, wie das Eſſen. Wo ſteckt alſo der Unterſchied? Glaubt mir, ich bin ſo wenig gleichgültig im Punkt der Ehre, wie ihr, aber ich werde Schmuggeleien, falſche Firmen und alle ſonſtige Mittel, welche zweckmäßig ſind, ohne ſchlecht zu ſein, und durch Irreführung der Gewalt der Freiheit dienen können, ohne ſie zu ſchänden, unbedenklich anwenden laſſen und den Ruf der Immoralität, den mir ſolche Handlungsweiſe von Seiten der reaktionären Ehrenmänner zuziehen wird, mit aller Gemüthsruhe auf meine Schultern nehmen. Auf dieſe Immoralität werde ich jederzeit ſtolz ſein und mit dem Kredit mich begnügen, den ich bei wahren, d. h. freien Menſchen bewahre.

Jetzt kennt ihr meinen Plan. Werdet ihr etwas für ihn thun? Daß ich ihn euch vorlege, werdet ihr das unberechtigt nennen? Ich ſchlage meine Fähigkeiten nicht zu hoch an und es iſt nicht Eitelkeit was mir die Feder führt. Aber ich weiß, ich ſehe es ja, daß Keiner von euern Schriftſtellern mehr, als ich, entſchloſſen iſt, dem Despotismus zuzuſetzen und zu trotzen bis zum letzten Hauch; ich ſehe es, daß ihr euch ſcheut, die Brücken hinter euch abzubrechen, um einen Kampf auf Leben und

Tod zu beginnen *); ich sehe, daß ihr zögert, die Hartnäckigkeit zur Regel des Wirkens und die Unversöhnlichkeit gegen die Gewalt zum Prinzip zu machen. Der Fanatismus gegen die Gewalt ist der einzige, der sich rechtfertigen läßt, und er ist eben so nöthig, wie gerechtfertigt. Der Fanatismus gegen Ansichten ist eben so unwürdig, wie unsinnig; der Fanatismus gegen die Gewalt ist eine Konsequenz der Vernunft, wie der Gesinnung. Ansichten müssen und können durch Ansichten geheilt, sie können berichtigt werden; an der Gewalt aber ist nichts zu berichtigen, sie muß vernichtet werden; vollends da, wo sie als Prinzip auftritt, wo sie als Autorität sich heiligt und von vornherein und für alle Zeiten die Frage nach der Rechtmäßigkeit ihrer Existenz absolut zum Verbrechen, wie den Gehorsam gegen ihre Befehle absolut zur Pflicht macht. Deshalb darf der Kampf gegen die Gewalt nur ein Kampf auf Tod und Leben sein und in diesem Sinn müssen wir gegen sie auftreten. Mag dann der Despotismus uns verfolgen, abschrecken darf er uns nicht; mag er uns mit Schwierigkeiten umringen, uns ermüdet zu haben, darf er sich niemals rühmen können, so lang nicht totale Hülflosigkeit uns stumm macht. Ich nehme an, daß es ihm gelingen könnte, gegen die Kühnsten selbst in der republikanischen Schweiz Bundesgenossen auf die Beine zu bringen; wohlan, wenn er sie aus der Schweiz vertreiben sollte, so bietet die stolze Freiheit Englands ihnen ihren Schutz. Gesetzt sogar, es gelänge ihm, sie über das atlantische Meer zu treiben; wohlan, jenseits des

*) Die Dichter, namentlich Freiligrath, haben ein würdiges Beispiel gegeben. Auf die Prosaiker aber kommt das Meiste an. Die Poesie kann anfeuern und den Schlachtruf erschallen lassen, aber die Prosa muß dreinschlagen und Bresche machen.

Ozeans darf er so wenig Ruhe vor ihnen haben, wie diesseits. Seht, dieß muß unser Gedanke, dieß unser Wille sein; so werden wir bleiben, so werden wir handeln, wenn ihr uns nicht vergeßt und nicht im Stiche laßt. Ohne die Mittel des Wirkens ist kein Wirken möglich. Soll die seine, entschiedene, ganze Stellung, die in unsern Verhältnissen und in ihnen allein sich behaupten läßt, durch lumpigen Geldmangel für die Sache der Freiheit verloren gehen? Oder sollen wir, ohne in eurer Nähe das Aeußerste versucht zu haben, an der Energie eurer Theilnahme von vornherein verzweifeln und uns unmittelbar unsern Landsleuten in Amerika in die Arme werfen? Ihr dürft, ihr werdet meine Worte nicht in den Wind schlagen. Ihr müßt euern Exilirten helfen, ihr müßt ihnen die Hand reichen, um mit ihnen gemeinschaftlich der Volkssache, der Menschheitssache zu dienen; ihr müßt sie in Stand setzen, das zu thun, was ihr da drinnen nicht thun könnt. Nicht als Bettler treten wir vor euch, sondern wir fordern Euch auf als eure Befreier! Nicht Almosen des Mitleids, sondern Steuern der Gesinnung sollt ihr bezahlen. Ihr müßt kleine Opfer bringen, um denen das Fortstreben möglich zu machen, welche kein größeres Opfer kennen, als unthätig sein zu müssen im Dienste der Freiheit. Laßt euch nicht den Nerv der geistigen Verbindung mit uns durch den dummen Landkartenstrich zerschneiden, den man Grenze nennt; laßt euch nicht von der Schwachheit beschleichen, welche nur durch die Unmittelbarkeit des persönlichen Verkehrs und den Reiz des täglichen Eklats zu gemeinsamer Thätigkeit angefeuert zu werden pflegt; laßt euch auch nicht durch vergebliche Versuche beim Einen oder Andern zur Muthlosigkeit verleiten. **Nicht nachgelassen!** Dieß ist das Wort, das in allen Dingen zum Siege verhilft.

Ich habe schon die Erfahrung gemacht und auch von

Andern beklagen gehört, „daß von dem Michel eher alles Andere für die gute Sache zu erlangen sei, als Ausdauer und — Geld". So spricht Jeder über den Andern, und wenn man ihn selbst auf die Probe stellt, so zeigt es sich vielleicht, daß zunächst gerade er der Michel ist. Soll denn die Schmach dieser kleinlichen Schlaffheit, Theilnahmlosigkeit und Energielosigkeit, welche sich nicht das geringste Opfer für die höchsten Güter der Menschheit abzwingen kann und sich in solchen Dingen nicht den geringsten Einfluß auf die Theilnahme Anderer zutraut, verewigt werden? Habt ihr doch Geld und Thätigkeit für euern Tomban, habt ihr sie doch für euere abgesetzten Geistlichen, habt ihr sie doch für euere Betanstalten, habt ihr sie doch sogar für die Verherrlichung eurer Despoten! Wie, und ihr solltet nichts für die Freiheit haben? Wollt ihr euch denn fort und fort sogar von den irischen Bettlern beschämen lassen? Blickt nach Amerika, wo eure Brüder in der Luft der Freiheit erstarkt sind! Für den Dr. Seydensticker haben sie in wenigen Wochen mehr zusammen gebracht, als ihr vierzig Millionen in einem ganzen Jahr für ihn beigesteuert hättet. Und doch war es hier das Mitleid, eure schwache Seite, die in Anspruch genommen wurde! Wenn aber die Hülfsquellen eures Herzens so spärlich fließen, was haben wir zu hoffen, wo wir uns an euere Köpfe wenden? Es gilt hier für männliche Zwecke mit kaltem Bewußtsein zu handeln, und auch ohne die Rührungen des Herzens Theilnahme und Willen zu bewahren! Darf man sie von euch hoffen? Darf man erwarten, daß das Feuer euerer Herzen eure Gesinnung zu stählen, nicht bloß euer Mitleid zu erweichen im Stande sein werde? In Cincinati hat sich ein teutscher Verein zu dem Zweck gebildet, demokratische Grundsätze zu verbreiten und diejenigen zu unterstützen, welche vom Despotismus verfolgt werden.

Wie? Unſere Landsleute auf der andern Seite des Weltmeers, rett in der Sicherheit des freieſten Landes der Erde, bringen Opfer zur Bekämpfung der Despoten, und ihr, denen das Joch des Despotismus den Nacken zerdrückt, ihr hättet *keine* Opfer für den Krieg gegen ihn.

Es iſt mir nicht möglich, anzunehmen, daß meine Aufforderung taube Ohren finden ſollte. Ihr müßt, ihr werdet beweiſen, daß ihr die Freiheit nicht bloß im Munde führen, ſondern daß ihr auch etwas für ſie thun — und am rechten Orte thun wollt. Es iſt ja ſo wenig, was wir verlangen: es iſt das Geringſte, was verlangt werden *darf*. Die geiſtigen Kräfte werden wir zu finden und zu organiſiren wiſſen; ſorgt ihr nur für die finanziellen. Nochmals ſei es euch geſagt: die Emigration iſt es allein, welche eurem Freiheitsgefühl die rechten Worte verleihen, das Volk zum wahren Bewußtſein bringen, und der verſteckten Hartherzigkeit eurer Unterdrücker die unverfälſchte Sprache des gemißhandelten Rechtes vernehmlich in die Ohren donnern kann. Nicht diejenigen, welche daheim im engen Hafen an der Kette liegen, ſondern die draußen in den Stürmen des Exils umhergetrieben werden, können euch das wahre getreue Bild der Freiheit zeigen und nach Hauſe bringen.

Macht euch bereit!

Ein Wort

an

das teutſche Volk und ſeine Treiber.

Vorwort.

„Dem Vernehmen nach" beſchäftigt ſich der glorreiche teutſche Bundestag mit der Frage, ob er beim Ablauf der feſtgeſetzten Quarantainezeit für die Preſſe die Patientin auf preußiſche Manier begraben oder ihr bis auf Weiteres eine halbe Exiſtenz ſchenken ſolle. Ich denke, wir hören auf, uns um dieſe geheime Werkſtatt aller politiſchen Schurkereien teutſcher Nation zu kümmern, die wir bisher mit frommer Scheu als die heilige Werkſtatt unſeres Schickſals betrachtet haben. Zeigen wir den geheimen Herrenmeiſtern in Berlin, Wien und Frankfurt, daß die Freiheit der Sprache, die ſie ſo künſtlich hinter Schloß und Gitter verwahrt zu haben glaubten, unterdeß aus dem Käfig ekappirt iſt und ihnen höhnend über die weiſen Köpfe fliegt. Laßt ihnen einſtweilen den unſchul-

rigen Zeitvertreib, vergeblich Ketten zu schmieden, mit denen man sie, sobald sie ihr Fabrikat fertig haben, um die tauben Ohren schlägt; laßt sie sich abmühen mit Censur und „Preßgesetz", mit Artikel 13 und Artikel 18. Wir wollen ihnen unterdeß andre Artikel vorlesen. Je mehr sie da drinnen das freie Wort verfolgen, desto „excessiver" und gewaltiger soll es ihnen von draußen über die Köpfe fahren. Hindern sie uns da drinnen, A zu sagen, so sagen wir da draußen nicht bloß A, sondern auch B, und nicht blos B, sondern geben gleich das ganze ABC durch, vor dessen Endbuchstaben ihnen bange werden wird. Der dreißigjährige Krieg gegen den Wein, den diese Leute so unermüdlich und siegreich geführt haben, geht zu Ende. Ihre Munition ist verschossen und die unsrige stürzt aus dem vollen Arsenal. Nicht mehr mit ihnen unterhandelt! Unterwerfen sollen sie sich. Wir wollen ihnen die freie Sprache auf eine Weise auf- und abzwingen, daß sie in Sack und Asche Buße thun werden wegen der Verstocktheit, sich dreißig Jahre lang darüber zu besinnen, ob „Preßfreiheit" freie Sprache heißt oder Zensur. Nur Eins versäumt nicht: Sorgt für die Kriegskosten! — Laßt den Teller zirkuliren!

1. Verzweiflung.

„Aus den Teutſchen iſt nie und nimmer etwas zu machen. Sie ſind und bleiben mattherzige Philiſter, ſervile Unterthanen, koyfloſe Kirchenläufer. Man kann mitunter, wenn ſie liberale Phraſen mit ſcheinbarer Begeiſterung nachſchwatzen, ſich in ihnen täuſchen und die thörichte Hoffnung faſſen, daß ſie ſich ermannen werden; aber wenn man nicht ſelbſt ein bloßer Phraſenmacher iſt, kommt man bald dahinter, daß ſie, je liberaler ſie ſchwatzen, deſto weniger ernſtlich geſinnt ſind, ihre Worte in Handlungen zu überſetzen. Sie haben nicht bloß nicht den Willen, nein, ſie haben auch nicht einmal das wirkliche Bedürfniß, frei zu ſein. Sie haben höchſtens das Bedürfniß, es zu ſcheinen. Man würde von ihnen beſchimpft und verfolgt werden, wenn man im Stande wäre, ſie wirklich zu befreien; im Herzen fühlen ſie ſich wohl in ihrer Sklaverei und ſind ſtolz auf ihre Erniedrigung. Sie haben den Troſt, daß ihre Miſere national iſt, und laſſen mit Erhebung ihr „Nationalgefühl erſtarken" — im Hundeſtall. Man kann nichts Beſſeres thun, als ſie gänzlich aufgeben und vergeſſen; es hieße ſich wegwerfen, wollte man in dieſer Wüſte der Sklaverei noch länger Freiheit predigen. Sie iſt ihnen ſeit dreißig Jahren in allen Weiſen und Graden gepredigt worden, und ſie haben noch nicht das A, B, C davon begriffen. Möge die Zeit kommen, wo die Ruſſen und Franzoſen ſich in ſie theilen werden, denn das iſt die Zukunft, die ihnen blüht! Göthe hatte vollkommen Recht und es liegt ein tiefer Sinn darin, daß er Chi-

neſiſch ſtudirte, als ſie ihre ſogenannten Befreiungskriege fochten; während ſie jetzt von ihren innern Befreiungskriegen ſchwatzen, ſollte man ſich dran geben, Ruſſiſch zu ſtudiren. Sie laſſen ſich lieber zu Ruſſen machen, als daß ſie ſich aufraffen und ihre angenommenen Blutſauger und Sklavenzüchter zum Teufel jagen. Wollen wir noch länger Freiheit predigen, ſo laßt uns nach China gehen, dort finden wir eher Gehör, als in dem Hundenall, den man Teutſchland nennt."

In dieſer und ähnlicher Weiſe habe ich manche verzweifelnde Freiheitsfreunde, zum Theil tüchtige Männer, die ſich um die Aufklärung und Befreiung unſeres Volkes keine geringen Verdienſte erworben hatten, ſich exekutiren hören. Sie waren mit Begeiſterung an's Werk gegangen, ſie hatten mit freudigen Hoffnungen fortgefahren und ſie waren im Begriff, mit — Hoffnungsloſigkeit aufzuhören. Dieſen und allen ähnlichen Freiheitsfreunden rufe ich zu: wollt ihr die Vorwürfe, die ihr den Teutſchen macht, nicht ſelbſt in anderer Weiſe doppelt verdienen, ſo fahrt fort, wo ihr in ernſtem Streben aufgehört habt! Wenn Mephiſtopheles ſagt, daß er nichts Abgeſchmackteres kenne, als einen Teufel, der verzweifelt, ſo ſage ich euch, daß ich nichts Abgeſchmackteres kenne, als einen freien Mann, der verzweifelt. Das Wort Verzweiflung muß aus unſerer Sprache ausgetrieben werden. Wer an der Freiheit verzweifeln kann, ſo lang es noch Menſchen gibt, ſo lang ſie nicht geradezu, nicht buchſtäblich in Vieh umgewandelt ſind, der hat keinen Begriff von der Freiheit oder keinen Begriff von der Menſchheit.

Wenn es Menſchen auf der Welt gibt, welche die Ausdauer eines Freiheitsfreundes ermüden können, ſo ſind es allerdings die Teutſchen; aber eben deßhalb iſt es die Aufgabe der freien Teutſchen, zu zeigen, daß ihre Ausdauer im Kämpfen größer iſt, als die Ausdauer ihrer

Landsleute im Tulden. Von allen denen, welche den Deutschen Mangel an Energie verwerfen, darf Keinem das Recht zugestanden werden, diesen Vorwurf von seiner Person abzuweisen, vielmehr hat er selbst den ersten Anspruch darauf.

Aber wir sind noch keine Politiker, darin liegt der Hauptgrund dieser Schwäche. Wären wir Politiker, so würden wir wissen, daß ohne jene impertinente Hartnäckigkeit, ohne jene englisch: Unverwüstlichkeit, welche ihr Thema selbst bis zum Ueberdruß wiederholt, welche die Menschen selbst wider ihren Willen zur Vernunft zu bringen sich versetzt, nie und nimmer ein großer Umschwung in der Geschichte bewirkt werden ist; sonst würden wir wissen, daß die Vernunft und das Recht eine zwingende Gewalt besitzen, welcher kein Schädel und wäre er noch so hart, keine Apathie und wäre sie noch so groß, auf die Dauer widerstehen kann; sonst würden wir wissen, daß eine todte Masse von vierzig Millionen, auf welcher so lange Jahre der Unsinn und der Despotismus umhergetrampelt haben, nicht in einem einzigen Frühling hinreichend aufgelockert und befruchtet werden konnte, um sich sofort mit Saat und Korn zu bedecken; sonst würden wir wissen, daß, je langer Anstrengung erforderlich ist, unsere Landsleute aus Philistern und Träumern in Menschen und Männer umzuwandeln, desto lohnender einst der Erfolg, desto gründlicher einst die Besserung sein wird nach der beispiellos gründlichen Aufwühlung der deutschen Natur.

Ihr, die ihr so schnell verzweifelt, wenn Ihr euch gewissenhaft prüft und aufrichtig euer Inneres enthüllt, so werdet ihr eingestehen, daß ihr entweder keine Männer der That seid, die ihre Lebensaufgabe in der Verfolgung des proklamirten Ziels erblicken, oder daß ihr verkehrte Mittel zum Zwecke wählt, oder daß ihr ohne jene Men-

schenkenntniß handelt, welche, auf vergebliche Anfangsversuche gestützt, ihre Berechnungen sofort wieder auf entscheidendere Momente ausdehnt, oder daß ihr — an geheimer Eitelkeit laboriert. Es gibt in der That solche Friedensfreunde, welche, durch rasche persönliche Erfolge verleitet, allein die Entscheidung herbeiführen zu können glaubten und dann unmuthig auf die Seite gingen, wenn nicht fortwährend Alles im Sturmschritt sich hinter ihre Fahne drängte; es gibt wieder Andere, welche sich beleidigt fühlen, wenn sie nicht fortwährend Gegenstand der Aufmerksamkeit sind, die sie durch einen glücklichen Wurf erregt hatten, ebischen sie sich nicht bereden, solcher Aufmerksamkeit fortwährend würdig zu bleiben. Wer sich bloß ein Viechen berühmt machen will und sich dann durch beleidigte Eitelkeit vom Weg des Friedensfürderns verdrängen läßt, dem sage man, daß man es weiß, es sei ihm nur um seine kleine Person zu thun gewesen. Keiner halte sich ein, daß er allein den Ausschlag geben könne; noch weniger erwarte Einer, daß das Volk sich seiner noch erinnern werde, wenn er nicht fortwährend dem Volk zur Seite steht. Wer die Prätension hat, sich wegen einer glücklichen Koupe im Dienst der allgemeinen Sache gleichsam von der Volkssache mit vollem Gehalt pensionieren oder in Ruhestand versetzen zu lassen, der verdient vom Volk sobald als möglich vergessen zu werden; und wer überhaupt nur der Volkssache wegen wirksam ist, dem ist es recht, wenn er durch die Undankbarkeit derselben für seine Prinzipfestigkeit belohnt wird. Allerdings ist es lähmend und ermüdigend, wenn wir in der Sympathie, die wir bei der Masse finden, einen Maßstab für die Wirksamkeit unserer Bestrebungen erblicken können; aber es wäre kindisch und im höchsten Grad unwürdig, wenn wir von fremder Sympathie für unsere Personen unsere eigene Sympathie für die all-

gemeine Sache abhängig machen wollten. Sind unsere Ueberzeugungen einmal auf die Erreichung eines rechten Ziels gespannt, so dürfen wir uns weder durch Beschränktheit noch durch Gleichgültigkeit, weder durch Neider noch durch Quertreiber, ja wir dürfen uns selbst dann nicht irre machen lassen, wenn die Verkennung und Verhöhnung derer, welche wir als unsere Freunde und Mitstrebenden angesehen, uns statt Anerkennung und Sympathie zu Theil werden sollte. Und fiele es der ganzen deutschen Nation ein, uns heute zum Lohn für unsern guten Willen anzuspeien, so müßten wir ihr morgen so viel derber auf das Maul schlagen; sie würde uns übermorgen nicht mehr anspeien, sondern anhören und, wenn wir ihr das rechte Wort offenbarten, es auch annehmen. Nicht nachgelassen! Ich wiederhole dies einfache Wort, welches selbst in ungerechten Dingen zu Erfolgen, in allen gerechten aber so sicher zum Sieg verhilft, wie der Frühling den Winter verdrängt. Es gibt so viele Dinge, mit denen wir uns lange Zeit abmühen, die uns aber, sobald wir dahinter gekommen sind, so einfach wie möglich erscheinen. So ist es auch mit der Revolution und der Republik. Selbst der deutsche Philister wird dahinter kommen, und sobald wir ihn soweit bringen, hat er aufgehört, deutscher Philister zu sein.

2. Revolution.

Wenn wir nicht nachlassen, bringen wir es, wie gesagt, sogar dahin, den deutschen Philister zur Revolution und Republik zu bekehren. Zur Revolution bekehren? Ja, die meisten unserer deutschen Politiker sind so sehr Leute der Bedenken und der Ueberlegung, daß man sogar die Revolution erst zum Gegenstand der Doktrin für sie machen muß, ehe sie Gegenstand der That für sie wird. Wenn aber nur eine Ohrfeige einem Menschen

heißen kann, so darf man sich nicht verdrießen lassen, ihm sogar Vorlesungen über die Wissenschaft der Ohrfeige zu halten, im Fall dies das Mittel ist, ihn dazu zu bewegen.

Revolution! Ihr erschreckt, ich weiß es, wenn ihr das Wort nur nennen hört. Man hat durch wohlberechnete Erziehung, man hat durch bezahlte Skribenten euch von Jugend auf eine so heilige Scheu vor „Gewaltmitteln" der „getreuen Unterthanen" gegen die „von Gott eingesetzte," „angestammte Regierung" eingeflößt und euch die Gräuel der Revolution, namentlich der großen französischen, als so kolossale Volksverbrechen vorgemalt, daß ihr bei dem bloßen Gedanken, den Druck, unter welchem ihr leidet, euch auf anderem Wege, als dem Weg „aller unterthänigster Petitionen", vom Halse zu schaffen, schon in loyales oder moralisches Zittern verfallt. Besinnt euch nur ermannt euch! Ihr kommt bei geringem Nachdenken dahin, einzusehen, daß ursprünglich nur rechtlich nicht eine unbekannte Größe über den Völkern, sondern das Volk selbst sich seine Regierung eingesetzt hat und einsetzen muß; daß diese Regierung ihrer ursprünglichen und rechtlichen Bestimmung gemäß nur den Willen des Volkes, nicht ihren eigenen auszuführen hat; daß sie ihr Mandat wie ihr Recht aufgibt, wenn sie statt des Volksinteresses ihr eigenes Interesse verfolgt, statt des Volkswillens ihren eigenen Willen durchzusetzen sucht; daß eine Regierung, welche sich dem Volke entgegenstellt, aufgehört hat, die Regierung oder Dienerin, und angefangen hat, die Feindin und Ausbeuterin des Volkes zu sein; daß das Volk aber nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht hat, seine Feinde, mögen sie innere oder äußere, mögen sie „angestammte" oder aufgedrängte sein, auf jede dienliche Weise, also nöthigenfalls mit Waffengewalt, unschädlich zu machen und weg-

zuſchaffen. Dieß Recht iſt eben ſo einfach und natürlich, wie das Recht, meinen Verwalter wegzuſchicken, wenn er mein Eigenthum ſchlecht verwaltet. Bekanntlich greifen die Völker, weil die Geſammtkraft ihres Widerſtandes nicht organiſirt und ſelten auf den rechten Punkt vereint iſt, in der Regel nicht eher zu jenem äußerſten Mittel, als bis ſie auf das Aeußerſte gedrängt ſind und ein zufälliger Anſtoß den zerſtreuten Zorn um einen geeigneten Mittelpunkt ſammelt; aber hieraus auf die Unrechtmäßigkeit des Mittels zu ſchließen, wäre eine ſehr konfuſe Logik. Ueber dem Volkswillen gibt es für das Volk kein Recht und keinen Richter; es kommt alſo nur darauf an, daß der Volkswille ſich zu einer That zuſammenrafft, ſo iſt dieſe That für das Volk eine rechte. Und könnte ein einzelner Menſch oder ein Regiment Soldaten der Geſammtheit die Mühe einer Befreiungsthat abnehmen, z. B. einen Tyrannen gefangen nehmen, um die Republik zu proklamiren, und das Volk billigte dieſe That, ſo wäre ſie eine Volksthat und eine Volkswohlthat. Denkt an Athen, wo vor nicht langer Zeit ein Haufe entſchloſſener Soldaten in wenigen Stunden einem treuloſen König die verſprochene Konſtitution abzwang. Wären die Berliner Athenienſer, ſie hätten ihrem „angeſtammten" Phraſenmacher ſchon längſt praktiſchen Unterricht im Worthalten gegeben. Sie können ihr Verſäumniß wieder gut machen, wenn ſie bei paſſender Gelegenheit dafür ſorgen, daß das Volk in Zukunft ſich nicht mehr um das Wortbalten oder Nichtwortbalten gekrönter Perſonen zu kümmern hat.

Ein einziger günſtiger Moment und ein umſichtiges Wageſtück entſchloſſener Männer *) kann plötzlich ein ganzes Volk zum Bewußtſein darüber bringen, daß ſein Fuß unbewußt ſchon lang die Grenzlinie eines freien Zuſtandes

*) Denkt an die eben ſo unerwartete als raſche Revolution in Genf!

streifte, während es geglaubt hatte, noch in der Mitte des Gebiets der Gewalt zu stehen. Daß wissen die Gewalthaber, und sollten sie auch ihr „Haupt ruhig in den Schooß jedes Unterthans legen," mitunter besser als die Völker, und sehr bezeichnend gab die aus diesem Bewußtsein hervorgehende Disposition zum Nachgeben jener gebietende Herr zu erkennen, der, als er durch seinen Despotismus Unruhen erregt, dieselben aber bei der Unentschiedenheit der Oppositionshäupter wieder beschwichtigt hatte, auch die spätern „loyalen" Forderungen derselben mit den offenen Worten abwies: „vor acht Tagen hatte ich das Herz in der Hose, da hätten Sie machen können, was Sie wollten; jetzt ist es wieder zu spät für Sie und jetzt erlangen Sie gar nichts."

Revolution! Eine Revolution ist weiter nichts, als die naturrechtliche Selbsthülfe der Völker gegen die Hartnäckigkeit des im geschichtlichen Verlauf angesammelten, des sogenannt „historischen" Unrechts. Deshalb hat auch noch niemals eine Revolution Unrecht gehabt, und je mehr Unrecht sie entfernt oder für die Zukunft verhütet, je radikaler sie also die Wurzel des Unrechts ausreißt, nicht bloß aus den Einrichtungen, sondern auch aus den Gedanken der Bürger, desto wohlthätiger, desto nachhaltiger, desto segensreicher ist sie. Damit sie dieß aber könne, ist es nöthig, daß ihre Ideen zeitig in den Köpfen der Staatsbürger sich festsetzen, daß man zeitig weiß, was man nach dem Umsturz eines Zustandes an die Stelle gründen will. Wodurch gingen die Früchte der französischen Revolution großen Theils wieder verloren? Dadurch, daß ihre Hauptideen erst inmitten des Getümmels auftauchten, daß dieselben nicht schon vorher allgemein in den Köpfen Wurzel gefaßt hatten, und daher wieder abstarben, ehe sie festwachsen konnten. Man hatte mit den

Ideen einer repaliſtiſchen Konſtitution angefangen und wurde unwillkürlich bis zur Republik gedrängt. Hätte der Republikanismus von vorn herein in den Köpfen geſteckt, ſo wäre er ſpäter nicht wieder durch den Royalismus verdrängt worden. Die Deutſchen nun ſind gründlicher und bedächtiger als die Franzoſen. Bei ihnen konnte man ſich Zeit nehmen, die Köpfe zu bearbeiten, ehe die Arme in Bewegung kommen. Es iſt daher zu hoffen, daß die deutſche Revolution, in Gedanken gehörig vorbereitet, einſt in der That eine radikale ſein werde.

Revolution! Ihr werdet ſagen, eine Revolution könne nicht ohne Verwirrung und Blutvergießen ablaufen. Aber läuft denn ein Krieg ohne Verwirrung und Blutvergießen ab? Und gelobt ihr nicht jeden Augenblick, euch für eure „angeſtammten" Despoten todtſchießen zu laſſen, wenn ein auswärtiger Feind ihnen nahen ſollte? Alſo im Dienſt eurer Despoten ſcheut ihr das Blutvergießen nicht, und ihr ſcheut es im Dienſt eurer Freiheit, eurer Ehre, eures Glücks? Ihr erlaßt an allen Enden Adreſſen an die Schleswiger und verſprecht ihnen, daß ihr Gut und Blut für ſie einſetzen wollt. Es iſt ganz löblich, daß ihr ein Stück des deutſchen Volks nicht beliebig wollt vererben und umtauſen laſſen; aber iſt euch denn die Bedingung von Allem, alſo auch die Bedingung der ſchleswig'ſchen Integrität, nämlich die innere Freiheit und Souveränetät des deutſchen Volks, welche eben ſo wenig nach geheimen als nach „offenen Briefen" gekrönter Diſponenten zu fragen hat, weniger werth und wichtig, als die bloße Entſcheidung eines auswärtigen Handels, welcher, wie ja auch eure „Befreiungskriege" gezeigt haben, eure innere Freiheit unentſchieden läßt? Scheut ihr im Innern das Blutvergießen nicht, wenn es nicht zu umgehen ſein ſollte, ſo habt ihr es auswärts nicht mehr nöthig, denn ein freies Volk ver-

ſchafft ſich Achtung auch ohne Krieg; wollt ihr aber bloß nach Außen dienſtfertige Helden ſein, ſo bleibt ihr im Innern gemißhandelte Sklaven. Jedes Bajonnet, das ihr gegen die Bruſt eurer innern Feinde richtet, wird tauſend Bajonnette im Arſenal halten, die ihr jetzt tagtäglich gegen das Ausland und gegen eure freigeſinnten Brüder richten müßt. Wenn es alſo die Scheu vor dem Blutvergießen iſt, was euch die Revolution verleidet, ſo ſollte grade dieſe Scheu euch zu Freunden der Revolution machen helfen.

Revolution! Ihr ſagt, die Revolution entfeſſele die Leidenſchaften und könne, indem ſie das Unrecht zu Boden ſchlage, zugleich ſich ſelbſt nicht frei von Unrecht halten. Abgeſehen davon, daß es beim Gelingen und den Erfolgen einer Revolution auf das Einverſtändniß der intelligenten Majorität über die Hauptpunkte und auf die leitenden Häupter ankommt, will ich eurer moraliſchen oder humanen Gewiſſenhaftigkeit bloß ein Paar Fragen vorlegen. Wenn ihr einen Blick auf den jetzigen Zuſtand des Volkes werft, wenn ihr dieſe Millionen von Sklaven betrachtet, die keine Miene ohne Erlaubniß der Polizei verziehen dürfen und noch dazu am Hungertuch nagen um weniger Unterdrücker willen, wenn ihr an alle die gemarterten Opfer des gewiſſenloſeſten Despotismus, der nichtswürdigſten Juſtiz, der unmenſchlichſten „Geſetze", der unſinnigſten Einrichtungen denkt, wenn ihr dieſen ganzen, durch und durch korrumpirten und unnatürlichen Zuſtand eurer ſtaatlichen Geſellſchaft von einem freien Standpunkt aus gewiſſenhaft ins Auge faßt, ſo frage ich euch, ob es moraliſcher ſei, dieſen Zuſtand zu dulden, oder ihn ſelbſt durch die härteſte Kur ausrotten zu helfen? Ich frage euch, ob es humaner ſei, das wirkliche und unverſchuldete Unglück von Millionen beſtehen zu laſſen, oder bei der Beglückung derſelben das mögliche und verſchul-

rete Unglück von Hunderten zu riskiren? Kurzum legt alle Möglichkeiten einer Revolution in die eine Waagschaale und alle Wirklichkeiten eurer Zustände in die andere und dann seht zu, welche steigt, welche sinkt. In der That, wenn eure Revolution die schrecklichste der Welt werden sollte, sie wäre immer nur ein kleiner Einsatz für das große Loos, welches in der Abschüttelung eurer jetzigen Unterdrücker und Blutsauger bestände.

Revolution! Es gibt noch andere Bedenken, nicht *gegen* die Revolution, sondern *bei* derselben. Aber diese Bedenken ins Auge zu fassen, ist es noch Zeit, wenn die Tage des Handelns gekommen sind. Nur ein Punkt mag noch berührt werden, in welchem ihr mit euern Feinden so thöricht übereinzustimmen pflegt. Eure Feinde sagen es euch vor und ihr betet es nach, daß ihr nämlich durch Widerstand euer Loos nur verschlimmert und daß man „die Zügel um so straffer anziehen werde", je mehr ihr euch davon zu befreien sucht. O ihr weisen Herrn, die ihr die „Zügel" in den Händen habt, thut uns den Gefallen, sie so straff anzuziehen, wie eure Kraft und euer Muth es nur irgend möglich macht. Einen bessern Dienst könnt ihr uns gar nicht leisten. Ich will euch ein „ehrliches" Wort sagen, denn ich weiß, ihr liebt die Ehrlichkeit sehr, und ich weiß zugleich, daß unsere gerechte Sache, ihres Siegs gewiß, keine Offenheit zu scheuen hat, ja daß sie ihren Operationsplan dem Feind ohne Gefahr überliefern kann. Das „ehrliche" Wort lautet: ihr seid verloren, wenn ihr die Zügel schießen laßt, und ihr seid *doppelt verloren*, wenn ihr sie noch straffer anzieht. Ich wiederhole, was ich euch schon früher gesagt: ihr habt blos die Wahl, ob ihr ohne Sieg leben oder ohne Sieg sterben wollt. Jede Konzession, die ihr uns macht, bietet uns die Mittel, weitere Konzessionen zu erringen; jede Konzession, die ihr uns *verweigert*, ist ein Nagel

an eurem Sarge. So ſtellt ſich das Verhältniß. Es anderes zu geſtalten, habt ihr keine Macht. Mögt ihr euch noch ſo übermüthig geberden, mögt ihr uns noch ſo hochnaſig verhöhnen, mögt ihr noch ſo weitſehende Berechnungen über eure Zukunft anſtellen, wir lachen im Stillen darüber und notiren ruhig euer „Haben" in das „Soll". Euch rettet nichts, gar nichts mehr, weder euer Herrgott, noch euer Teufel, weder euer Landrecht, noch eure Soldaten, weder eure Schlauheit, noch eure Dummheit. Das Räthſel eures Schickſals iſt ſo einfach geworden, wie ein Regel de Tri Exempel, und während ihr es durch tauſend politiſche Rechenmeiſter in den Nimbus eines Zauberſtücks zu hüllen ſucht, laufen euch ſchon die Kinder auf der Straße mit der Auflöſung nach und rufen Revolution! O, man wird mitunter faſt von einem großartigen Bedauern angewandelt, wenn man ſieht, wie blind die hohen Herrſchaften und die politiſchen Rechenmeiſter ihrem Schickſal in den Rachen rennen! Da berufen ſie „Generalſynoden" und geben ſich das Anſehen, ihren „uralten Glauben" für ewige Zeiten neu auflegen zu können, während ihnen die Ungläubigen ſchon maſſenweiſe aus den Kirchen rennen und die freie Menſchenvernunft hochleben laſſen. Da überlegen ſie in ihrer zarten Gewiſſenhaftigkeit, ob ſie der geknebelten Preſſe auch noch die Gurgel zuſchnüren oder die Naſe verriegeln ſollen, während ihnen die Sprache von 1789 ſchon um die tauben Ohren brauet. Da beſinnen ſie ſich mit großer Kopfanſtrengung in geheimen Berathungen, ob an den Thüren ihrer Provinzialſtändeſäle die Schlüſſellöcher mit Wachs oder mit Thon zugeklebt werden ſollen, während die Republik ſich auf dem offenen Markt ſchon den Platz ausſucht, wo ſie ihre Tribüne errichten wird. Da ſchreit ein blinder König, dem der krumme Rücken ſeiner höfiſchen Höflinge zum Maßſtab für die Beurtheilung der

Volksstimmung dient, mit kindischem Trotz: „ich bin ein mächtiger Herr", und schreit es sogar „ungern", während unter seinem Palast schon die Mine gegraben ist, die ihn in die Luft sprengen wird. So tappen sie von allen Seiten mit verbundenen Augen in ihr Verderben, ihr Verderben auch dann, wenn ihre Blindheit eine simulirte sein und ihre ganze Zögerungspolitik, den einstigen Fall voraussehend, nur darauf ausgehen sollte, wenigstens die Galgenfrist zu verlängern.

Wie gesagt, man könnte euch bedauern, wenn man nicht die Nothwendigkeit erkennte, euch etwas Anderes zu thun. Man bedauert nicht den schöngefleckten Tiger, wenn man mit der Schußwaffe in seinen blutdürstigen Rachen zielt, sondern freut sich höchstens auf sein Fell. Reißt ihn nur auf, euren lechzenden Rachen, der schon so manches Opfer verschlungen hat; zeigt uns nur eure grinsenden Zähne, an denen das unschuldige Blut von Tausenden klebt; brüllt uns nur an mit eurem Wüstengebrüll, womit ihr so lang die stumme Angstwüste eures „Staates" beherrscht habt. Der Schrecken vor euch hat sich gelegt und kaltes Blutes wird die sichere Waffe nach euch gerichtet!

Ja, meine Herren, der schwere Hammer, der eure Stunde schlagen wird, hat schon begonnen, sich zu heben, und das große Uhrwerk der Geschichte läßt schon sein präludirendes Knacken vernehmen. Jener Hammer schlägt nicht so schnell und pünktlich, wie die Uhren eurer dressirten Kirchen, deshalb quälen wir uns nicht mit der Berechnung, ob er heute schlagen wird oder morgen. So viel wissen wir, daß dieser Hammer, wenn er sich einmal hebt, eine große, eine entscheidende Stunde schlägt!

Ja, meine Herren, eure Manöver und Wasserkünste, womit ihr den Strom der Geschichte in ein neues Bette zu leiten gedachtet, nur erschöpft und über die Maßen

lächerlich geworden. Der anſchwellende Strom drängt ſchon mit Macht in ſeinen natürlichen Lauf hinüber, und wenn der geſchichtliche Strudel, den ihr durch eure Wehren und Ableitungen ſo lang und ſo eifrig zu bilden geſucht habt, und der jetzt noch verſohlen ſeine Wirbel zieht, erſt ſeinen rechten Trichter gefunden hat, ſo wird er euch Alle jählings in die Tiefe hinabreißen, und während er eure obſtinaten Köpfe da unten an den Felszacken des Abgrundes zerſchmettert, wird er die Fetzen eurer mittelalterlichen Zöpfe und die Splitter eurer goldenen Seſſel ſpielend über die tanzende Oberfläche jagen, um der triumphirenden Welt doch noch zu zeigen, wo ihr geblieben ſeid.

8. Republik.

Ich ſchreibe nicht für Leute, die nicht mehr belehrt und nicht mehr angeregt zu werden brauchen, deshalb unterlaſſe ich es auch nicht, mit zwei Worten zu ſagen, daß die Republik, die wahre Republik ein Staat iſt, der die Gleichberechtigung aller ſeiner Bürger zur Grundlage und das möglichſte Glück jedes Einzelnen zum Zweck hat, ein Staat, in welchem die Regierung nicht aus „angeſammelten" Gewaltmenſchen oder vergötterten Leopoldi, ſondern aus den beſten Bürgern beſteht, die von ihren Mitbürgern von Zeit zu Zeit zur Beſorgung der allgemeinen Angelegenheiten gewählt werden, ein Staat alſo, in welchem die Bürger frei und nach eigner Einſicht und nach eignem Bedürfniß ihren Haushalt ordnen und ihre Menſchenrechte ausüben. In einer Republik gibt es alſo keine Herren und keine Knechte, kein Vorrecht und keine Rechtloſigkeit, keine Hoheit und keine Niedrigkeit. Dieß, ihr teutſchen Bürger, iſt ſo ausgemacht, wie es einfach iſt, und wenn ihr nach Amerika geht, ſo könnt ihr

das größtentheils verwirklicht sehen. Dort kann jeder Bürger, und wäre er hinter der Hecke geboren, Präsident des Landes werden, wenn er die innere Tüchtigkeit dazu besitzt; dort hat das Volk keine Götzen und Müßiggänger zu ernähren, wie ihr sie an euren vierunddreißig Höfen füttert; dort braucht der Bürger sich nicht die besten Jahre seines Lebens in der Soldatenjacke zum Unmenschen erziehen zu lassen, um, wie ihr, die Sklaverei seiner Mitbürger zu bewachen; dort braucht der Arme nicht seinen Schweiß zur Aufbringung ungeheurer Staatsausgaben zu vergießen, wie ihr sie zur Erhaltung stehender Heere und unzählbarer Königsdiener herbeizuschaffen habt; dort braucht das Bedürfniß nach Besserung der Zustände nicht auf die Laune oder Gnade entmenschter Popanze zu warten, sondern es macht sich geltend, sobald es eine hinreichende Zahl von Anhängern gewonnen hat; dort thut der Bürger, was nach der allgemeinen freien Ueberzeugung recht ist, und wird zu nichts gezwungen, was überflüssig ist; mit einem Worte, dort gewährt der Staat dem Bürger die größtmögliche Freiheit und das größtmögliche Recht für die wenigste Last und das wenigste Geld. Und sind dort auch die sogenannten sozialen Uebel nicht alle geheilt, so besteht wenigstens die Freiheit, sie zu heilen, abgesehen davon, daß die drückendsten sozialen Uebel, an welchen wir leiden, dort durch die Verfassung von vorn herein abgeschnitten sind.

Wenn einer eurer Fürsten, vor denen ihr zittert und den Staub küßt, die Straßen Nordamerika's beträte, nicht der ärmste Karrenschieber würde auch nur die Mütze vor ihm lüften, und der ärmste Karrenschieber schlüge ihn hinter seine majestätischen Ohren, wenn er ihn schief anzublicken wagte.

Nun fragt euch, ob nicht der geringste Amerikaner eine ganze Bergeshöhe höher steht, als der Angesehenste unter

euch gehorsamen Unterthanen, die ihr solche einfache Begriffe von Menschenrecht in der offiziellen Sprache Jakobinerthum nennt, die ihr gesenkten Blickes von „des Königs Majestät" schwatzt, die ihr bündisch um die nichtigen Almosen der „allerhöchsten Gnade" bettelt und vor dem „allergnädigsten Landesherrn," der vielleicht einen Platz im Zuchthaus verdiente, „ersterbt" als „allerunterthänigste Knechte." Wahrlich, Alles in Allem genommen, gibt es keinen verächtlicheren Menschen in der Welt, als einen Royalisten. Glaubt er an die „Majestät" eines andern Menschen, so ist er ein gedankenloser Sklave; glaubt er nicht daran und erkennt sie doch an, so ist er ein feiger Heuchler. Von Menschenwürde und Menschenrecht hat er in allen Fällen keinen Begriff. Und für diese Verächtlichkeit könnt ihr euch sogar begeistern? Schämt euch bis in die Nieren!

Wenn ihr in euch geht und wenn nur noch ein Funke von Menschenwürde euch belebt, so werdet ihr euch selbst nicht begreifen, werdet es unerklärlich finden, wie euch die Erniedrigung, die Entmenschung so zur andern Natur hat werden können. Ihr werdet euch entsetzen über die verrätherische Macht der Gewohnheit und Erziehung, welche euch vor Menschen in den Staub wirft, von denen ein Republikaner, d. i. ein freier Mann, auch nicht einmal seinem Hund ungestraft ein Härchen krümmen ließe.

Es ist erklärlich, wie in finstern und rohen Zeiten einzelne Menschen die Gewalt, welche ihnen entweder von ihren Stammgenossen zu bestimmten Zwecken übertragen war, oder welche sie mit Hülfe ihrer Gesellen über Fremde errungen hatten, zur Sicherung ihres Einflusses und ihrer Stellung mit Mährchen umgeben, an „göttlichen" Schutz anknüpfen und nach und nach zu einer „göttlichen" Filialrolle benutzen konnten. Auch ist es erklärlich, wie später diese Rolle kultivirt, sogar „wissenschaftlich" begründet und

mit einem vollständigen System des erhabensten Unsinns umgeben werden konnte. Nicht erklärlich aber ist es, wie im Scheine des Lichtes, das aus dem Brande der königlichen Baracken früherer Zeiten in unser Jahrhundert herüberscheint, wie inmitten der Aufklärung, welche die Philosophie, und inmitten des Rechtsbewußtseins, welches die Zeitkämpfe uns überbracht haben, noch immer Millionen Menschen in den zivilisirtesten Ländern der Welt vor ihres Gleichen auf den Knieen liegen, ihres Gleichen anbeten, von ihres Gleichen sich mit Füßen treten, von ihres Gleichen sich durch „Gottes Gnade" reinweg um ihr Leben, um ihr Menschenthum betrügen lassen und dann aus der Welt scheiden können, als sei Alles in der schönsten Ordnung zugegangen. In der That, wenn Alles erklärlich ist, dieser Wahnsinn ist es nicht!

Zu Zeiten hat das Königthum wenigstens einen Sinn gehabt, indem man es jedesmal dem übertrug, den man für den Besten oder Stärksten hielt; später aber verlor die Menschheit total die Besinnung, als sie nicht mehr die Stellung an die Person knüpfte, welche ihrer würdig zu sein schien, sondern die Person mit in den Kauf nahm, die Stellung als solche verehrte, sie erblich werden ließ und jedes Mondkalb und jede Mißgeburt und jeden Unmenschen aus dem Grunde zum Götzen machte, weil er im Schlafzimmer einer Königin zur Welt gekommen war. Und dieser Wahnsinn und diese Schande besteht noch jetzt, ist noch jetzt „Allerhöchstes Gesetz" der zivilisirtesten Völker, und die Völker wandeln gedankenlos unter solchem Gesetz durch das Leben und lassen sich millionenweise allerunterthänigst begraben als entwürdigte Opfer selbstgeschaffener Popanze. Gewiß, wer an der Menschheit verzweifeln will, der braucht nur bei seinen Betrachtungen mit diesem Thema anzufangen, um sich aller ferneren Bemühungen überheben zu können.

In unserer Zeit hat man sehr gründlich die Frage des Privateigenthums abgehandelt. Man hat gefragt, ob es recht sei, daß der eine Mensch Alles, der andere nichts besitze, man hat gefragt, ob der einzelne Mensch überhaupt etwas besitzen dürfe, man hat ihm sogar das Recht auf dasjenige abgesprochen, was er mit eigenen Händen aus herrenlosem Material schafft und mühevoll hervorzaubert. Während dieß Alles aber verhandelt wird, geht man gedankenlos an der monströsen Frage vorüber, ob die Gewalt über zehn, zwanzig Millionen freigeborener Menschen Privateigenthum, sogar erbliches Privateigenthum eines Individuums und einer Familie sein dürfe? Wenn es ein Privateigenthum in der Welt gibt, so besteht es zunächst in der freien Bestimmung jedes einzelnen Menschen über sich selbst. Das ist das erste und höchste Privateigenthum. Und dieses heiligsten Eigenthums sieht ihr Millionen eurer Mitmenschen berauben durch Einzelne, und ihr schweigt? Einen Thoren oder einen Feigling nenne ich Jeden, der einen Bourgeois wegen seines Gelderwerbs anfeindet und einen König wegen seines Gewalterwerbs in Ruhe läßt!

Ihr wollt den Accent der Zeit auf die „sozialen" Fragen legen, und ihr seht nicht ein, daß es keine wichtigere soziale Frage gibt, als die nach Königthum und Republik? Gehört es nicht zum „Sozialismus," daß ein einzelner Mensch den Staat für sich allein in Beschlag nimmt und ein ganzes Volk nicht bloß materiell, sondern auch moralisch seiner Person und deren Anhang mehr oder weniger aufopfert; daß er gradweise die Erniedrigung in ihm abmißt, es wie mageres und fetteres Vieh in Stände unterschieden abtheilt und im Grunde bloß seiner einzelnen Person zulieb jedes Mitglied der Staatsgesellschaft offiziell zum Feind des andern macht? Ist das Alles nicht „Sozialismus?" Ist es nicht „so-

zial," daß man den Menschen nicht bloß ihre Handlungen, sondern sogar ihre Gedanken vorschreibt, daß man sie mit dem Polizeiknittel in die offiziellen Abrichtungsanstalten der Kirchen und Schulen treibt, um sie zu entwürdigten Werkzeugen der Gewalt zu erziehen? Ist ferner ein Bourgeois, der seine Schätze wenigstens erworben hat, etwa ein größerer Geldwolf, als ein König, der sie im Namen des „Gesetzes" täglich raubt? Ist ein Fabrikherr, der wenigstens seine Arbeiter nicht umsonst benutzt, ein größerer Erpresser, als ein Despot, dem man seine Erpressung noch bezahlen muß? Ist ein Fabrikarbeiter mehr entmenscht, als ein Beamter, ein Proletarier mehr, als ein Soldat? Empört der Unterschied zwischem einem „Fürsten" und einem „Unterthan" weniger das menschliche Gefühl, als der Unterschied zwischen einem Brodherrn und seinem Arbeiter? Ihr Menschenfreunde, die ihr die Menschheit glücklich machen wollt ohne sie frei zu machen, die ihr „Sozialismus" predigen wollt ohne Politik, erkennt die Gefahr, in der ihr schwebt, die Gefahr nämlich, entweder wegen Blindheit lächerlich oder wegen Feigheit verächtlich genannt zu werden.

Es ist an der Zeit, die Verblendung nach beiden Seiten, nach der einen Seite nämlich die Gleichgültigkeit gegen den Staat und seine Form, nach der andern Seite die Verkommenheit in der politischen Erniedrigung wach zu rufen, alle Kräfte im Streben nach einem vernünftigen Ziel zusammenzufassen und als dieß Ziel die Republik anzuerkennen, zu der sich von jeher alle denkenden Menschen sei es heimlich oder öffentlich, bekannt haben. In der Republik, der wahren Republik, findet jede Kraft die Gelegenheit zu ihrer Entwickelung, jeder Anspruch die Gelegenheit zu seiner Geltendmachung, jedes Recht die Gelegenheit zu seiner Verwirklichung. Wäre Deutschland eine Republik, es würde keine Nation die deutsche an Macht

übertreffen, und kein Bürger irgend eines Staats würde glücklicher sein, als der teutsche.

Und jetzt? — Doch wenden wir das Auge einen Augenblick ab von der Erniedrigung des jetzigen Teutschlands und nehmen wir in der Vorstellung den Sieg vorweg über diejenigen, welche diesen Zustand herbeigeführt haben und erhalten wollen. Ihr, die ihr euch liberal nennt, gibt es Einen unter euch, der an jenem Sieg verzweifelt, so streiche er seinen Namen getrost aus der Liste aus; und wer von euch dem Sieg etwa einen schmachvollen Vergleich vorziehen sollte, der werde im entscheidenden Augenblick mitgezählt zu den Verräthern. Keinen Vergleich mehr, keine Halbheit mehr, keine Lüge mehr! Erkennen wir klar, was wir wollen, halten wir fest, was wir erkennen, und haben wir Stolz und Selbstvertrauen genug, um unsern Feinden offen heraus zu sagen, was wir ihnen zugedacht haben, wenn sie uns nicht freiwillig einräumen, was wir wollen und wollen müssen!

Du vor Allen, Friedrich Wilhelm von Berlin, laß' es dir in deinem Uebermuth gesagt sein, daß deine „Krone," deren „Antastung" du mit einem „Wehe!" bedroht hast, in der Waagschale des Menschenrechts nicht so viel wiegt, wie der Pflanerncia, womit die Hand der Empörung des gemißhandelten Volkes sie dir vom Haupte wirft. Das „Wehe" kann sehr leicht sich nach dir zurückwenden und sich zu einem ächt königlichen Kopfweh ausbilden. Den Fuß auf deinem hochverrätherischen „Landrecht" und die Hand nach deinem mittelalterlichen Zepter ausgestreckt, prophezeie ich dir von einem freien Boden aus: deine Krone wird in den Staub sinken wie jede andere, und auf den Gräbern der Hohenzollern, welche du mit dem Blutgeld des Volks in Mausoleen bergen lassen, wird einst in üppiger Ueppigkeit das demokratische Gras der Vergessenheit wachsen.

Ja, ihr Majestäten alle, ihr Hoheiten und Durchlauchten, die ihr euch jetzt noch im empörendsten Uebermuth auf euren Thronen blähet, die ihr die Köpfe von Millionen zu euren Fußschemeln macht und die Kräfte von Millionen zu eurem Götzendienst verwendet, die ihr die bloße Frage nach der Rechtmäßigkeit eurer Existenz jetzt noch als Halsverbrechen bestraft, es wird eine Zeit kommen, wo eure Herrlichkeiten vergessen und eure Throne zerstoben sind wie Wüstensand, wo der Fuß freier Menschen über eure Köpfe daherschreitet und eure Söhne sich glücklich schätzen, unter die einstigen „Unterthanen" ihrer Väter aufgenommen zu werden.

Ja, ihr adlichen Herren, besternte und betitelte, reiche und hochmüthige, es wird eine Zeit kommen, wo eure Stammbäume im Schatten des Freiheitsbaumes verdorren und eure Ahnenbilder zu Spielzeugen für demokratische Kinder gemacht werden.

Ja, ihr frechen Fürstendiener, ihr Minister, Diplomaten und Geheimräthe, es wird eine Zeit kommen, wo diejenigen auf euren Sesseln ihre Cigarren rauchen, die ihr früher gequält und mit Füßen getreten habt, und wo ihr euch glücklich schätzen werdet, als vergessene Volksverräther im fernen Auslande den geretteten Rest eurer gestohlenen Schätze verzehren zu dürfen.

Ja, ihr glänzenden Generäle und Kommandeurs, es wird eine Zeit kommen, wo eure Federbüsche und Orden in der Rumpelkammer begraben sind, wo ihr kein Volk mehr unter das Sklavenjoch eures „Allergnädigsten" zu beugen habt und selbst kein zitternder Musketier mehr vor euch das Gewehr präsentirt.

Ja, ihr Alle, die ihr nicht wißt oder nicht wissen wollt, was Volk und Freiheit heißt, das Volk und die Freiheit werden selbst die Spuren eures Daseins vertilgen; man wird eure Königspaläste in Volkshallen und eure

Kasernen in Arbeitshäuser verwandeln; eure Festungen wird man niederreißen und eure Gefängnisse werden leer werden, es sei denn, daß sie sich mit euch noch füllen müßten, ihr unheilbaren Volksverräther.

1. Teutsche Republik.

Hochweise Politiker werden dem Dringen auf Republik den alten Satz entgegenhalten, die Völker werden nicht durch Ideen, sondern durch Interessen geleitet. Bei diesem scheinweisen Ausspruch hat man bloß die große Kleinigkeit übersehen, daß die Ideen und die Interessen durchaus mit einander korrespondiren, so daß die wahren Ideen auch zur Befriedigung der wahren Interessen führen. Indem man sich also für die Idee der Freiheit und deren Form als Republik begeistert, ist es nicht eine bloße leere Idee, der man nachjagt, sondern man ist dabei zugleich von der gegründeten Ueberzeugung erfüllt, daß die Verwirklichung dieser Idee eine Verwirklichung der Interessen derer mit sich führe, welche die Republik bilden sollen. Die Folgerung stellt sich daher einfach so: Freiheit ist die unumgängliche Bedingung jeder Entwickelung und die Republik ist die einzige wahre Form der allgemeinen Freiheit im Staate; folglich muß auch die Republik die beste Gelegenheit zur Förderung der allgemeinen Entwickelung darbieten. Diese einfache Bemerkung macht es schon klar, daß die Entgegensetzung von Ideen und Interessen in die Kategorie der Kunstgriffe gehört, worin die reaktionären Sophisten so stark sind; es verhält sich mit ihr genau, wie mit dem albernen Satz, daß nicht diejenigen Völker die glücklichsten seien, welche die freieste Verfassung, sondern diejenigen, welche die beste Verwaltung haben. Dieselben Leute, welche in Bezug auf die Republik behaupten, daß die Völker sich nicht durch Ideen leiten lassen, werden gar kein Beden-

ken tragen, in demselben Athem ihnen die „Idee des Königthums" zu empfehlen.

Andere Politiker werden ein Langes und Breites über die Schwierigkeit der Uebergänge aus einem Zustand in den andern zu verhandeln wissen. Jeder denkende Mensch weiß es, daß der Fortschritt sich nicht mit einem Wort diktiren oder äußerlich festsetzen läßt, daß also ein völlig unvorbereiteter politischer Zustand nicht über Nacht in sein Gegentheil umgewandelt werden kann. Auch versteht es sich von selbst, daß diese Brochüre nicht mit der Erwartung in die Welt, namentlich in die teutsche Welt tritt, ihren Drang sofort allen Köpfen und allen Armen mitzutheilen, sondern daß sie sich damit begnügen wird, die politische Phantasie angeregt und dem Volke seine Erniedrigung fühlbar gemacht, seinen Feinden aber ihre Zukunft vor Augen gestellt zu haben. Was nun aber die Lehre von der Schwierigkeit der Uebergänge anbelangt, so hat man sich wohl davor zu hüten, daß man es mit dieser Schwierigkeit zu genau nehme und für den Uebergang gewisse Formen der Halbheit, die nur unter gewissen Umständen angemessen sind, als allgemein und unter allen Umständen nothwendig ansehe. In entscheidenden Momenten muß man so weit greifen, wie möglich. In die neuen Zustände leben sich dann selbst die Anhänger der alten bald hinein, wenn man nur dafür sorgt, sie eine Zeit lang aufrecht zu erhalten und die Gedanken der Generation für sie zu kultiviren. Wer daher in Teutschland, an die Spitze einer Revolution gestellt, als Uebergangsmittel eine monarchische Konstitution statt der Republik proklamiren wollte, im Fall er für die letztere nur irgend eine ermuthigende Sympathie fände, der würde zum Verräther der Revolution werden. Die Kühnheit belohnt sich immer, wenn sie nicht geradezu Tollkühnheit ist; und wäre denn die Proklamation der Republik,

namentlich in Preußen, eine so ungemeine Kühnheit? Zur Zeit der französischen Revolution waren Tausende von Teutschen, namentlich aber die Rheinländer, begeisterte Republikaner. Warum sollten sie es nicht wieder werden und namentlich jetzt? Sind bei einer Revolution die intelligentesten Köpfe und achtbarsten Männer der Partei in den Hauptpunkten einig, so reißen sie die Unklaren und Unschlüssigen leicht mit sich fort. Daß die Versuche, die Menschen ohne lange Uebergänge des Unrechts in ihre Rechte einzusetzen, so leicht zu Kühnheiten gestempelt werden, rührt hauptsächlich daher, daß man diejenigen das Privilegium der Kühnheit hat erlangen lassen, welche nur darauf ausgehen, die Menschen ihrer Rechte zu berauben. Habt ihr es jemals eine Kühnheit genannt, daß ein Gewalthaber Millionen Menschen zur Stummheit verurtheilte? Ihr habt es ganz in der Ordnung gefunden. Ist aber eine derartige Kühnheit im Grunde nicht tausendmal größer, als diejenige, welche einen solchen Zustand wieder aufzuheben suchte? Und diese „Kühnheit" erschreckt euch? Entarteter Mensch, der vor seiner eigenen Wiederherstellung erschrickt und nur im Zustand seiner Entwürdigung Gewissensruhe behält! Als man unter dem verstorbenen König von Preußen die Leibeigenschaft aufhob und die übrigen bekannten Formen einführte, beging man verhältnißmäßig eine größere Kühnheit als jetzt der Umsturz der Monarchie sein würde. Und jene königliche Kühnheit lobt ihr; eine demokratische aber sollte euch erschrecken? Ihr „Unterthanen" hütet euch ja, vor euch selbst zu erschrecken, wenn ihr euch als freie Menschen denkt!

Wenn plötzlich die Hand der Demokratie verkörpert in eure Mitte griffe und alle eure Fürsten mit ihrem Anhang zusammenläse und davonführte, würdet ihr nicht glauben, auch ohne diese kostbaren Gehülfen eure Angelegenheiten

beſorgen zu können? O gewiß! Wohl würde Mancher aus eurem politiſchen Plebs eine Zeit lang die Götzen vermiſſen, vor denen er auf den Knieen gelegen, aber in kurzer Zeit würde er ſich in die aufrechte Stellung eines freien Menſchen erheben und ſich nicht mehr in die Lage der armen Sünder wollen zurückbringen laſſen.

Außer den Bedenklichen, welche ſich an die Schwierigkeit des Ueberganges in die neue Ordnung der Dinge ſtoßen, gibt es wieder tauſend Andere, die zwar im höchſten Grade mit dem jetzigen Zuſtand unzufrieden ſind, aber ihre Unzufriedenheit ſich wie eine tolle Schraube beſtändig um ſich ſelbſt drehen laſſen, weil ſie dieſelbe nicht auf ein beſtimmtes Ziel zu richten, weil ſie ſich kein Bild von einem neuen Zuſtand zu entwerfen, namentlich ſich keine Vorſtellung von der Verfaſſung einer teutſchen Republik zu machen wiſſen. Dieſen zu lieb mögen hier die Grundzüge einer ſolchen Verfaſſung angedeutet werden, damit ſie dieſelbe mit ihren jetzigen „Verfaſſungen" vergleichen können; einzelne Andeutungen über ſogenannt „ſoziale" Punkte werden ſich füglich damit verbinden laſſen. Ich bemerke noch, daß ich mich nicht durchgängig an die amerikaniſche Verfaſſung halte.

a) Aeußere Form und Eintheilung des Ganzen.

Die bisherigen neununddreißig ſogenannten Bundesſtaaten Teutſchlands werden in etwa zwölf bis zwanzig republikaniſche, möglichſt gleich große Staaten, wie ſie ſich nach Lage und Verwandtſchaft am geeignetſten eintheilen laſſen, zuſammengezogen und bilden zuſammen die teutſche Bundesrepublik.

b) Eintheilung der einzelnen Staaten.

Jeder dieſer Staaten wird in eine beſtimmte Anzahl von Kreiſen und jeder Kreis in eine entſprechende Zahl von Gemeinden eingetheilt.

c) Verhältniß des Bundes zu den Einzelstaaten und umgekehrt.

Jeder Einzelstaat ist für sich in seiner besonderen Gesetzgebung und Verwaltung souverän, in allen allgemeinen oder Bundesangelegenheiten aber der Bundesbehörde untergeben. Die allgemeinen Bundesangelegenheiten beziehen sich u. A. auf Folgendes: Verpflichtung zur verhältnißmäßigen Beisteuer für die Bundeslasten und Beitritt zu der allgemeinen Wehrpflicht; allgemeines Maß- und Gewicht-System (die Zollvereinigung versteht sich von selbst); Verhältnisse zum Ausland in Handel und Politik; Festhaltung der für alle Einzelverfassungen bestehenden Hauptgrundsätze, z. B. Preßfreiheit, habeas-corpus-Akte, Geschwornengericht, Versammlungs-Freiheit, Fernhaltung aller Ständeunterschiede und aller Auszeichnungen von Seite des Auslandes (z. B. Orden, Pensionen ꝛc.), Religionsfreiheit u. s. w. u. s. w. In allen diesen Punkten darf kein Einzelstaat eine Aenderung seiner Verfassung beschließen, worüber die Bundesbehörden zu wachen haben.

d) Bundesbehörden.

1) Das Haupt der vollziehenden Gewalt der Bundesrepublik ist der Bundespräsident, welcher zu festgesetzten Zeiten (in Nordamerika alle vier Jahre) durch Stimmenmehrheit der Wähler sämmtlicher Bundesstaaten gemeindeweise gewählt wird. Er wählt seine Minister und Beamten selbst, da er für seine Regierung streng verantwortlich ist. Im Kriege ist er unbeschränkter Befehlshaber des ganzen Bundesmilitärs, Landwehr und stehendes Heer einbegriffen; im Frieden blos Befehlshaber des stehenden Heers und der Flotte, zugleich aber Chef der allgemeinen Militärverwaltung.

2) Die beſchließende und geſetzgebende Gewalt bildet die Nationalverſammlung oder der Kongreß, welcher wieder aus dem Bundeskongreß und dem Staatenkongreß beſteht (wie in Nordamerika der Senat und das Repräſentantenhaus). Der Bundeskongreß, in welchem ſtaatenweiſe, mit gleicher Stimmberechtigung jedes Einzelſtaats, geſtimmt wird, dient dem föderalen Element der Geſammtheit, der Staatenkongreß, in welchem die Bundesglieder je nach der Seelenzahl vertreten ſind, dient dem individuellen Element der Einzelſtaaten zum Ausdruck und zur Geltendmachung.

3) Die oberſte und allgemeine richterliche Behörde iſt das Bundesgericht, welches in allgemeinen Bundesangelegenheiten entſcheidet und mit lebenslänglich fungirenden Richtern beſetzt iſt.

c) Behörden der Einzelſtaaten.

In jedem Einzelſtaat gilt zunächſt als Grundſatz, daß ſämmtliche Bürger jeder Gemeinde ihre Angelegenheiten in freien Gemeindeverſammlungen und durch freigewählte Beamten ſo weit als möglich ſelbſt beſorgen. Was über den Umfang und Begriff der Gemeinde hinausgeht, gehört zunächſt in den Kreis. Die Angelegenheiten der Kreiſe werden beſorgt durch die Kreisverſammlungen und die von den einzelnen Gemeinden beſtellten Vertreter. Was in den Kreiſen nicht abgemacht werden kann, gehört in den Staat. Die Angelegenheiten des Staats werden beſorgt durch die Deputirtenkammer, als beſchließende und geſetzgebende, und durch die Regierung als vollziehende Behörde. Die Deputirtenkammer beſteht aus Abgeſandten der Gemeinden (denn die Gemeinde müßte als das Grundglied der Staatsvereinigung feſtgehalten werden, um die Demokratie möglichſt direkt wirken zu laſſen), ſei es nun,

daß mehrere Gemeinden zuſammen einen Deputirten ſtellen, oder jede einzeln. Die Beſchlüſſe der Deputirtenkammer können durch das Veto der Mehrzahl der Gemeinden annullirt werden. Die Regierung beſteht aus einem Staatspräſidenten (in Nordamerika: Statthalter) mit ſeinen von ihm ſelbſt gewählten Miniſtern. Er wird zu beſtimmten Zeiten, nicht von der Deputirtenkammer, ſondern wieder direkt durch die Gemeinden nach Stimmenmehrheit gewählt. Die Regierungen der einzelnen Staaten ſind der Bundesregierung nicht amtlich ſubordinirt, dagegen hat die letztere Befugniß gegen jeden einzelnen Bundesbürger, ſoweit derſelbe in den Kreis ihrer Pflichten tritt.

f) Beamtenweſen.

Wie ſchon erwähnt, müſſen der Bundespräſident und die Staatspräſidenten die freie Wahl ihrer Verwaltungsbeamten haben, weil ſie für ihre Regierung ſtreng verantwortlich ſind. Im Uebrigen aber gilt als Grundſatz, daß das Volk allein die Beamten wählt, da ſie nur Vollzieher des Volkswillens ſind, und zwar nicht bloß die Civil (Kreis- und Gemeindebeamten), ſondern auch die Militärbeamten (Offiziere etwa bis zum Majorsrang) und die richterlichen Beamten. Jeder Beamte kann wegen ſeiner Amtshandlungen vor die gewöhnlichen Gerichte gezogen werden. Die Dienſtentſetzung eines Beamten iſt nur durch richterliches Urtheil möglich. Außerhalb des Amts wird der Beamtencharakter geſetzlich und politiſch völlig ignorirt.

g) Gerichtsweſen.

Es gibt Gemeinde- (Friedens-), Kreis- und Staats-Gerichte, welche von Gewählten des Volks öffentlich gehalten werden. Das Geſchwornengericht wird in Civil- wie in Kriminalſachen eingeführt. Jeder Richter iſt nicht

bloß befugt, sondern auch verpflichtet, jede Klage abzuweisen, die irgend gegen die Verfassung des Landes verstößt, wäre sie auch durch ein sonstiges Gesetz, etwa ein Ausnahmsgesetz, gerechtfertigt.

h) Militärwesen.

So lang die Republik und die Nation durch äußere Feinde gefährdet sind, muß das Militärwesen auf das Vollständigste, zugleich aber auf das Freieste organisirt sein. Das Militär besteht aus dem stehenden Heer und der Landwehr. Das stehende Heer muß möglichst klein sein und darf nur an den Grenzen der Bundesrepublik verwendet werden. Eben so darf es nur an diesen Grenzen Festungen geben. Kasernen werden nicht geduldet. Jeder waffenfähige Bürger ist militärpflichtig und gehört, wenn er nicht im stehenden Heere dient, zur Landwehr, welche das eigentliche bewaffnete Volk bildet. Der Bürger hat seine Waffen in seinem Hause. Die Landwehr hält kreis- und gemeindeweise ihre möglichst kurzen Uebungen und zwar in beliebiger Bürgerkleidung, damit die Kosten sich verringern und sich keine überflüssige Liebhaberei am Soldatenspiel einschleiche. Die Waffenübung beginnt zunächst in den Schulen, wo sie spielend gehandhabt wird, und gehört wie das Thurnen zum Unterricht. Die Militärgesetzgebung geht, wie die Civilgesetzgebung, von den bürgerlichen Landesbehörden, nicht von dem Militär selbst aus und ebenso die Gerichtsbarkeit, sofern sie nicht unbedeutende Disziplinarvergehen betrifft.

i) Polizeiwesen.

Eine Staats- oder Regierungs-Polizei gibt es nicht. Die Polizei ist eine Ehrensache und wird kreis- und gemeindeweise von den Beauftragten der Bürger gehandhabt.

k) Steuerwesen.

Die Steuern können, weil das Volk sich so viel als möglich selbst regiert, nur gering sein. Sie dürfen nur bestehen in Grenzzoll, soweit dieser durchaus nöthig bleibt, und in progressiven Vermögenssteuern. Die Hauptausgaben werden bestritten von den Einkünften des Gemeindevermögens, in welches alle Domänen und sonst disponibel gewordene Besitzthümer übergeben. **Die Umwandlung alles Grundeigenthums in Staats- (Gemeinde-) Eigenthum würde alle Steuern überflüssig machen.**

l) Unterrichtswesen.

Aller Unterricht, in Gemeindeschulen wie auf Akademien und sonstigen Anstalten, welche für jede Branche der Wissenschaft, Kunst und Industrie errichtet werden, wird unentgeltlich auf Staatskosten ertheilt und ist jedem Staatsbürger gleich zugänglich.

m) Religionswesen.

Der Staat bekümmert sich um die Religion seiner Bürger so wenig, als um ihre Kleider. Jeder kann denken und glauben, was er will, er kann Christus oder den Beelzebub verehren, wie es ihm beliebt. Vergeht er nicht gegen die Gesetze, so läßt der Staat seine religiösen Andachten und Uebungen ungestört. Ebensowenig aber begünstigt der Staat die Religion, er kennt also auch keinen Stand der Priester und keinen Religionsunterricht. Die Religion ist reine Privatsache. Fühlen einzelne Bürger das Bedürfniß, sich von einem Andern in der Religion belehren zu lassen und sich dazu ein gemeinschaftliches Lokal (Kirche) einzurichten, so haben sie dazu dieselbe Freiheit, wie wenn sie sich gemeinschaftlich in Musik unterrichten wollen und dazu einen Konzertsaal

einrichten. Gegen den Mißbrauch der Religion kennt der Staat keine anderen Mittel, als die allgemeinen Gesetze, vernünftigen Unterricht und die freie Wirksamkeit des aufklärenden Geistes.

n) Preßfreiheit.

Die Presse ist in jeder Beziehung so frei, daß es kein andres Preßvergehen gibt als Verläumdung, Verläumdung aber nur bestehen kann in der ungerechten oder nicht zu erweisenden Beschuldigung wegen einer von den Gesetzen verpönten Handlung. Was nicht von den Gesetzen verpönt ist, gehört in die Sitte, und die Sitte straft nur durch die öffentliche Meinung. In Bezug auf Sitte, Religion, Wissenschaft, Politik u. s. w. wird der Preßfreiheit nicht die mindeste Schranke gezogen.

o) Armenwesen ꝛc.

Jede Gemeinde muß denjenigen ihrer Glieder, welche nicht im allgemeinen Verkehr ein Unterkommen finden können, Arbeit gegen angemessenen Entgelt verschaffen, und wird, wenn sie hierzu von sich aus nicht im Stande sein sollte, vom Staate unterstützt. Eben so muß sie für die Erhaltung derjenigen sorgen, welche durch Alter, Krankheit oder sonstige Gebrechen arbeitsunfähig sind und ihre Hülfe ansprechen. Bettler und Hungernde sind in einem wirklichen, einem wahrhaft freien Staate unbekannt.

p) Vermögensmaximum.

In Bezug auf Eigenthum u. s. w. lassen sich einstweilen nur Vorschläge, nicht Grundsätze aufstellen. Feststehen müßte aber von vornherein jeden Falls, daß, wenn das Grundeigenthum nicht Staats- (Gemeinde-) Eigenthum werden soll, mindestens im Grundbesitz verfassungsmäßig ein Maximum einzuführen wäre, damit

die Gefahr einer Anhäufung in Einer Hand oder einer Grundaristokratie fern bliebe.

q) Politische Rechte.

Das Vermögen hat auf die politischen Rechte, deren Ausübung an das Alter der Mündigkeit geknüpft ist, nicht den mindesten Einfluß. Jeder Staatsbürger kann wählen und gewählt werden, sowie jedes andre Recht ausüben, er besitze viel oder wenig. Einen Census gibt es also nicht. Suspendirung der politischen Rechte ist nur verbunden mit Geisteskrankheit oder Bestrafung wegen besonderer Verbrechen (z. B. Landesverrath u.), welche von der Verfassung eigens festgestellt werden müssen.

r) Strafen.

Der theologische, inhumane, ja unmenschliche Begriff der Strafe und Sühne ist völlig zu beseitigen. Ein Verbrecher wird daher nur betrachtet einerseits als ein schädliches Mitglied der Gesellschaft, welches für gewisse Zeit abzusondern, die Rücksicht auf die Sicherheit der Uebrigen gebietet, andererseits als ein Irrender, der auf den richtigen Weg zurückgeführt werden muß. Hiernach sind also auch die gegen ihn anzuwendenden Mittel zu wählen. Nicht peinigen und büßen lassen, sondern bessern ist der einzige Zweck eines humanen Pönitentiarsystems. Todesstrafe ist ihm unbekannt und Freiheitsentziehung wird nur bis zu einer mäßigen Zeitdauer, nie aber auf Lebenszeit verhängt. Die schwerste Strafe ist Landesverweisung. Uebrigens versteht es sich, daß nach der nünftiger Regulirung der ökonomischen Verhältnisse des Staats die größte Zahl der jetzigen „Verbrecher" wegfällt.

s) Ehe und Stellung der Weiber.

Es versteht sich, daß die Umbildung in einem freien Staat auch alle sozialen Verhältnisse berühren und um-

bilden muß. Deshalb wird auch die Ehe, welche man jetzt zum Theil zu einer Strafanstalt macht, und die Stellung der Weiber eine andre werden. Beides aber kann nur geschehen, wenn auch die Weiber allmälig in das ganze Staatsleben hereingezogen und in ökonomischer Beziehung selbstständiger gemacht werden. Dieser Punkt ist übrigens in den Ansichten der Menge noch zu wenig angeregt und bedarf einer nähern Ausführung an einem andern Ort. So viel sei nur bemerkt, daß aus der Ehe der Zwang, welcher Verhältnisse erhält wider ihren Zweck, entfernt und dem Weibe allmälig jedes Recht, welches ihm zukommt, auch zuerkannt und nicht mehr durch das brutale Recht des Stärkern vorenthalten werden soll. Das Recht auch dem Schwachen sichern, darin besteht die wahre Humanität und der Triumph wahrer Freiheit.

Mit diesen Andeutungen mag es für dieses Mal genug sein. Sie werden hinreichen, Jedem ein allgemeines Bild eines freien Staatswesens und Nationallebens, wie Deutschland es erringen muß, vor Augen zu stellen. Es versteht sich von selbst, daß hier kein speziell ausgearbeiteter Verfassungsentwurf vorgelegt werden kann und soll. Auch war es nicht am Ort, besondere Hauptpunkte, z. B. die Stellung des Bundespräsidenten, sofern demselben eine ausgedehnte Macht gegeben und auch wieder jedes Mittel zur Eigenmacht entzogen werden muß, sodann dessen Verhältniß zum Kongreß, das Verhältniß des Bundeskongresses zum Staatenkongreß oder umgekehrt u. s. w. u. s. w. näher zu besprechen. Ueber alle diese Punkte liefert Nordamerika die beste Belehrung, dessen Verfassung uns in politischen Dingen zum Vor-

bild dienen muß. Die Nordamerikaner haben zuerst das wichtige Räthsel gelöst, Republiken im Großen einzuführen, nur durch Anschluß stets zu vergrößern, nachdem diese Staatsform früher von so vielen mit Rousseau nur für bloße Stadt-, Gemeinde- oder Kantonsgebiete als anwendbar betrachtet werden war. Durch das Nordamerikanische Verbindungssystem lassen sich Republiken zu der Größe ganzer Welttheile ausdehnen. So ist es gar nicht zweifelhaft, daß in nicht langer Zeit das ganze Nordamerika bis Panama hinunter eine einzige Bundesrepublik bilden wird. Eine Republik von 100,000 Quadratmeilen! Man kann es nicht Feigheit nennen, ihr europäischen und asiatischen Royalisten, wenn man euch vor der Zukunft zittern sieht.

Man hat in Deutschland viel von einem deutschen Bundesparlament gesprochen, indem man glaubte, es lasse sich auch unter dem Regiment von Fürsten eine Zentralgewalt für ein freies Nationalleben schaffen. Dabei fasse man blos folgendes, meiner Ansicht nach schon entschiedenes Dilemma ins Auge: ist die Zentralregierung des Volks so stark, daß sie wirklich den Nationalwillen vertritt, so sind die Fürsten so ohnmächtig, daß man die Berechtigung ihrer Existenz nicht mehr anerkennt; sind aber die Fürsten nicht bis zu diesem Grad der Ohnmacht herabgebracht, so werden sie, namentlich die Könige, ihre „Souveränetät" nicht durch eine Zentralgewalt beeinträchtigen lassen. Sie können ihrer Natur nach nur entweder den jetzigen deutschen Bund, d. h. eine von den „Großen" beherrschte Vereinigung zur gemeinschaftlichen Unterdrückung der Nation, oder eine völlige Loslösung vom Bunde wollen. Einer Reformation ist der „deutsche Bundestag" nicht fähig, er muß total umgestürzt werden. Er kann höchstens dazu dienen, die Stelle für einen wirklichen, einen Volksbundestag zu signalisiren

Nur durch die Republik, die Bundesrepublik, ist, wie die Freiheit, so auch die wirkliche Einheit des teutschen Volks herbeizuführen. Es muß daher auch Jedem klar sein, was das Wort Einheit im Munde der Fürsten und ihrer Diener bedeutet: Polizei- und Unterdrückungseinheit, nichts Anderes. Jeder von ihnen hat nur sein spezielles Interesse im Auge, weiter nichts, und sucht dieß zu sichern durch die Vereinigung mit seinen Kollegen. An das wahre Interesse des Volks denkt kein einziger, also am wenigsten an die Freiheit des Volks. Die große Idee, die fürstliche Stellung zu benutzen, um das Volk allmälig von derselben zu emanzipiren und mit freier Resignation die fürstlichen Kleider allmälig abzulegen, so daß sie zuletzt dem Frack des Bürgerpräsidenten Platz machten — eine solche Idee, die jedem edlen und freien Menschen sich heutiges Tags in einer fürstlichen Stellung mit Macht aufdrängen müßte, wäre dem entarteten Geschlecht namentlich der teutschen Fürsten ein wahrer Greuel. Einer von ihnen, einer der kleinern, aber doch ein „angestammter", hat bei Gelegenheit gesagt: „Es ist besser, von den Löwen, als von den Schweinen gefressen zu werden." Unter den Löwen verstand er die „Großmächte" Rußland, Oesterreich und Preußen, unter den Schweinen verstand er das Volk. Dieser „Angestammte" hat ein offenes Wort gesprochen, er hat gesagt, was alle seine Kollegen denken. Ihnen ist durch ihre menschenwidrige Erziehung und Stellung Alles, was Volksherrschaft und Freiheit heißt, so verhaßt, so durch und durch verhaßt und zum Abscheu geworden, daß sie eher in einer Wüste als unter freien Menschen leben möchten. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß es keinen einzigen teutschen Fürsten gibt, der nicht zur Noth eben so bereit wäre, sein Volk an Rußland zu verkaufen, als sie alle zusammen

begierig nach der infamen Ehre geizen, zur Garantie für ihre Existenz russische Tyrannentöchter heimzuführen. Ja, wenn sie keine andere Wahl hätten, als entweder ihr Volk frei zu sehen, oder es dem Ungeheuer in Petersburg zu überliefern, die gekrönten Scharteten würden, „Agnaten" und „Kognaten" und sämmtliche „Linien" mitgerechnet, einstimmig ausrufen: die russische Apanage!

Die Schleusen auf!*)

Motto: der letzte „preußische Landtagsabschied."

Jeden Tag bietet die teutsche, namentlich aber die preußische Tagesgeschichte den Griffel der Wahrheit umher und erwartet, wer ihn ergreife. Doch alle Hände ziehen sich scheu zurück und die Augen schlägt man zu Boden. Wohlan, wir lassen uns nicht länger versuchen. Wenn man nach unserm Berufe fragt, so sind wir nicht in Verlegenheit. Jene tausend Lippen, die sprechen möchten, verstummen unter dem Knebel der Polizei; wieder andere, die gleich uns dem Bereiche der Gewalt entrückt sind, nehmen sich nicht die Mühe, zu der Geschichte des Unrechts bei passender Gelegenheit den erforderlichen Kommentar zu liefern, oder die häufige Wiederholung solcher Gelegenheiten hat ihnen nach und nach einen Ekel eingeflößt, sie zu benutzen. Daß wir diesen Ekel überwinden, sei unser Verdienst; daß wir von der Gewalt nicht stumm gemacht werden können, sei unser

*) Aus dem ersten Heft des „teutschen Tribuns."

Beruf. Uebernimmt ein Würdigerer das Amt der öffentlichen Zensur über die deutsche Politik, so räumen wir ihm gern den Platz; bis dahin aber gedenken wir nach bestem Wissen über die Punkten derselben so weit Gericht zu halten, als Andere verhindert sind, es zu thun. Man mache uns nicht den Vorwurf, wir seien nicht leidenschaftlos genug, um jene Politik mit Gerechtigkeit zu würdigen, und nicht ruhig genug, um ihrem Gang mit Sicherheit zu folgen. Wir haben uns gebraucht, ehe wir sprachen, aber wir nehmen auch nicht zurück, was wir gesprochen haben, so lang man uns nicht der Lüge überführt. Wer will „Leidenschaftlosigkeit" und „Ruhe" zum Kriterium der Wahrheit machen, wo von deutscher Politik die Rede ist? Wem diese Politik nicht die Galle in das Herz treibt, der rühre sich nicht der Mühe, sie zu beurtheilen. Nein, wir verzichten auf jene winterwartige Leidenschaftslosigkeit der Massen und jene gleichmüthige Ruhe der Feigen, deren Blut nicht eher in Wallung geräth, als bis ihnen der Griff der Henkerfaust bekundet, daß ihr Widerstand zu spät kommt. Mißdeutungen erwarten wir nur von denen, welche wir von vornherein völlig aufgeben. Nur Zuckungen einer Treffe werden die Sprache des beleidigten Rechtsgefühls und der verzweifelnden Indignation mit leichtfertiger Uebertreibungssucht oder gar mit gewissenloser Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit verwechseln. Wir haben in Deutschland keine normalen Zustände; drum gibt es auch keine Norm für die freie Sprache. Der Willkür der reaktionären Revolution setzen wir die ungebundene Sprache der progressistischen Revolution entgegen. Um die Grenze der Wahrheit zu überschreiten, kommen wir dabei nicht in Gefahr, so wenig als wir uns durch das Geschrei der Gegner werden irre machen lassen. Wir bauen unser Recht, zu sprechen, nicht auf den jetzigen nichtswürdigen

„Zustand: wir schlagen uns durch auf das Gebiet des freien „Instandes einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft, nehmen diesen „Instand als ein Besitzthum vorweg und greifen die Gehalter des jetzigen „Instandes als einen gemeinen Räuber an. So wie ihr früher Napoleon als einen Vernichter eurer Freiheit und eurer Existenz bekämpft und zu vernichten gesucht habt, so suchen wir jetzt eure innern Napoleone zu vernichten und achten den Unterschied, daß diese thun, was jener bloß wollte, und daß sie es „gesetzlich" thun, während jener es als Eroberer gethan, nur in so fern, als wir dadurch zu um so energischerer Empörung getrieben werden. Wer die Freiheit „gesetzlich" vernichtet, der ist in unsern Augen ein weit größerer und strafwürdigerer Verbrecher, als derjenige, der sie als Eroberer vernichtet. Nur wer in dieser Weise raisonnirt, erinnert zur Wahrheit durch und redet deutsche Sprache. Laß der Eine die Wahrheit und ihre Sprache verabscheut, weil sie sein Tod ist, der Andere sie verleumdet, weil sein Amt ihn dazu beruft, der Dritte sich zu sehr an ihr Gegentheil gewöhnt hat, um sie ertragen zu können, der Vierte von Natur eine zu zensurgemäße Organisation besitzt, um das Dasein der Uebel durch Aufdeckung des wahren Ausdrucks anzuerkennen — alles das kann den Werth des Gesagten nicht verringern, wenn es von der Ueberzeugung eingegeben, von dem Menschenrecht geboten und von der Wirklichkeit bestätigt wird. Man weise uns und Andern, welche die perfide und despotische Politik der teutschen Fürsten, namentlich aber des Berliner Kabinets verdammt haben, in einem einzigen Punkte nach, daß wir etwas Unrechtes gewollt, oder daß wir auch nur Unwahrheiten in unsre Polemik gemischt; man versuche es, eine einzige der Thatsachen zu bestreiten, an welche wir sie angeknüpft; man wage es, den Zusammenhang wegzuraisonniren, den wir, nicht durch

systematisches Hindeuten und durch zaghaftes Vermeiden. Letzterem durch direkte Hinweisung und unumwundene Anklage in den Erscheinungen der neuern Geschichte bloßzulegen versucht haben, und wenn man uns dabei als leidenschaftlichen Berichterstatter oder als falschen Ankläger entlarvt, so werfen wir den Vorwurf der Schurkerei, den wir Andern machen, ohne Widerrede auf uns selbst zurück nehmen. So viel Gewicht aber werden wir jederzeit unsern Worten beilegen, daß wir erklären müssen: sind wir nicht Schurken, so sollen es diejenigen sein, die wir als solche bezeichnet haben.

Die Begriffe von Recht und Unrecht sind in Deutschland zu einer unerhörten Verkommenheit gelangt. Eine Rechtstheorie oder politische Moral, aus den bestehenden Zuständen unseres moralischen Vaterlandes abstrahirt, würde sich in zwei Worte zusammenfassen lassen: Recht ist, was eine Regierung den Kopf hat zu wollen und die Macht hat durchzuführen, folglich alles und jedes Unrecht, denn zu allem und jedem Unrecht haben die deutschen Regierungen Lust gezeigt, und — wo haben sie diese Lust bezähmt? Höchstens da, wo die Feigheit ihres bösen Gewissens ihnen ein Gefühl der Reue verspiegelte, welche der Schlaffheit des abgestumpften Volks nicht einmal in den Sinn gekommen. In der früheren Geschichte findet man doch auf Spuren, wo die Machthaber von menschlichen Antrieben heimgesucht wurden, wo ihr Ehrgeiz auch ein anderes Feld wählte, als ihre Polizeibureaux und Kasematten, wo sie ihr Menschenthum nicht völlig in ihrer Stellung aufgeben ließen, wo sie aus eignem Antrieb und eigenem Bewußtsein den Weg der Aufklärung und des Rechts an der Spitze des Volks einzuschlagen suchten. Aber damals waren sie noch sicher vor dem Geist der Demokratie, damals ahnten sie noch nicht, daß man lernen werde, sie für überflüssig zu halten, damals

riskirten sie noch etwas Menschenthum, weil sie damit noch nicht ihre Existenz zu riskiren glaubten. Jetzt dagegen hat ihnen ihr Instinkt gesagt, daß ihre Existenz und Menschenthum nicht mehr zusammen passen, und da ihnen am letztern wenig liegt, wenn sie nur die erstere retten können, so sind sie lieber unmenschliche Machthaber als menschliche Regenten. Jetzt, wo das egoistische Sein oder Nichtsein des feudalen Fürstenthums in Frage kommt, hat das Bewußtsein und der Trieb der teutschen Politik kein andres Ziel mehr, als ihr Gönner und Vorkämpfer in Petersburg, nämlich das Volk um jeden Preis auf der Bahn seiner Bestimmung nicht bloß aufzuhalten, sondern gewaltsam zurückzudrängen, damit es der ächtere Mist bleibe, auf welchem das üppige Unkraut des „angestammten" Feudalenthums seine prunkenden Kronen erhebt. Wie viel Recht durch diese rassische Vorenkultur zertreten, wie viel Glück dadurch vernichtet, wie viel Vernunft dadurch geschändet, wie viel Entwickelung dadurch zerknickt, wie viel Samen der Zerrüttung dadurch ausgestreut wird, das Alles ist eben so wenig Gegenstand der Erwägung, als es Gegenstand des Gewissens mehr ist, und die Blindheit der Geister ist in demselben Maß gewachsen, wie die Verstocktheit der Herzen. Wie der westindische Sklavenzüchter darauf besteht, daß der Neger kein Mensch, daß er nur gleichsam zur Komplettirung des Viehstandes seines Besitzers bestimmt sei, bis endlich der Dolch des Gepeinigten mit leserlicher Schrift das Zeugniß seines Menschenthums dem Peiniger in das verhärtete Herz schreibt, so bestehen jene vier und dreißig Sklavenzüchter Teutschlands darauf, daß das Volk ihr „angestammtes" Eigenthum sei, daß das Volk sich nicht Selbstzweck, sondern nur Werkzeug seiner Treiber sein dürfe, daß das Volk kein Recht auf Selbstbestimmung, sondern nur Hoffnungen auf die Gnadenbestim-

mung seiner Herrgötter habe, daß das Volk als Volk entbehrlich sei, nicht aber diese gekrönten Taugenichtse, die sich durch „legitime" Menschenquälerei vom Nichtsthun erholen und das Volk ihrer musternden Liebesblicke nur dann würdigen, wenn es gilt, aus dem Sklavenhaufen sich einen Schergen auszusuchen oder eine Maitresse. Möge die Aehnlichkeit dieser teutschen Sklavenrichter mit den westindischen sich auch bis auf die leserliche Handschrift erstrecken, welche ihnen Begriffe von Menschenthum beibringt, nachdem jeder andre Unterricht vergeblich an sie verschwendet worden. Daß ein vom Hungertod Bedrohter einen Bissen Brod vom Tisch des Ueberflusses gestohlen, daß ein mit Füßen Getretener die übermüthige Gewalt durch ein wahres Wort getroffen, daß ein Lichtverbreiter die Nacht des Obskurantismus mit einem Strahl der Aufklärung durchbohrt — diese entsetzlichen Verbrechen verfolgt die geschäftige Justiz, die legale Henkerin aller Humanität, mit erbarmungslosem Eifer, und ein geopfertes Menschenleben und ein endloses Leiden voll Marterqual kommt ihr bei ihren barbarischen Bestrafungen gar nicht in Betracht. Daß aber eine Anzahl Gewaltbaber Millionen Menschen an den Bettelstab bringen, daß sie ganze Völker täglich und stündlich peinigen und verfolgen, daß sie den Lebenszweck ganzer Generationen in den Schlund ihres unersättlichen Egoismus hinabschlingen und zur Befriedigung eines fürstlichen oder ministeriellen Kitzels die Menschheit um die Frucht ihrer halben Entwickelung zu betrügen suchen — alle diese kolossalen Verbrechen und Schandthaten, denen solcher Name im vollsten Umfang gebührt, wenn er jemals am Platz war, bleiben nach wie vor jeder Justiz entrückt, und der sklavische Kultus, zu welchem das entwürdigte Volk erzogen worden, fährt dabei fort, an den Gewaltbabern zu verüben, was es an dem Machtlosen

mit Feuer und Schwert verfolgen würde. Man würde den Fluch auf das Volk, welches solche Schmach erträgt, und nicht auf die Despoten, welche sie ihm zufügen, schleudern müssen, wüßte man nicht, daß dasselbe durch die List und Lüge der Korruption zum großen Theil völlig sich selbst entfremdet worden und daß es erst durchgängig zum Bewußtsein gebracht werden muß, ehe es mit dem Stahl der Rache sich von den Fesseln seiner Erniedrigung befreien kann; wüßte man nicht, daß von den Fratzen der Despotie, die es in seiner gläubigen Einfalt und seiner vertrauenden Demuth als Heilige und Dämonen verehren gelernt hat, erst jede Maske mit pietätloser Hand heruntergerissen werden muß, ehe es den „Hochverrath" an diesen Verehrten als Ehre und Pflicht erkennen lernt; wüßte man nicht, daß jener schnöde, thierische Egoismus seiner Unterdrücker, den man so lang in den Nimbus einer weise waltenden Vorsehung zu hüllen verstanden, ihm erst in seiner ekeln, naturhistorischen Nacktheit gezeigt werden muß, ehe seine Faust sich regt, um dem erkannten Ungethüm den Todesstreich zu versetzen.

Rache, Rache soll dem deutschen Volk in die Ohren geschrieen werden, denn nur Rache kann seinen Treibern gegenüber Gerechtigkeit sein! Wo keine Fähigkeit zur Besserung ist, aber guter Wille, da beseitigt die schonende Humanität; wo aber nicht bloß kein Wille zur Besserung ist, sondern das ganze Streben nur auf Verschlechterung zielt, da beseitigt die befreiende Rache.

Die deutschen Regierungen könnten unsere Zustände bessern, sie könnten die deutsche Nation zur ersten der Welt machen, sie könnten es um den Preis einer edlen Resignation; aber sie wollen es nicht, sie haben sich verschworen, es nicht zu thun, sie haben nur ihren schnöden, höllischen Kabinetsegoismus „von Gottes Gnaden" im Auge und resigniren auf keine Haarbreite, bis man

sie auf Alles, bis man sie sogar auf den Hals resigniren läßt. Eine solche Entfremdung und Abtrünnigkeit der Regierungszwecke von den Volkszwecken, der Regierungsmoral von der Volksmoral, eine solche systematisch betriebene Abtreibung aller Rechte in die Futterkrippe des Unrechts, eine solche Durchfressenheit des Staatslebens von dem Gift der Gewaltdoktrinen, eine solche wie für die Ewigkeit verschworene Unverbesserlichkeit der Gewalthaber, wie sie in Deutschland existirt, hat kein Land der zivilisirten Welt aufzuweisen. Daß sie in Rußland existirt, in Aegypten, in China u. s. w., nimmt keinen Menschen Wunder, denn dort ist sie die Blüthe der Kultur, dort ist das ganze Volk in ihrer Ueberlegenheit befangen; aber daß sie in einem Lande noch florirt, welches die größte Summe von wissenschaftlicher wie humaner Bildung in sich trägt, welches vieler Nacht der Rechtsbarbarei die Sonne höchster Intelligenz gerade ins Gesicht scheinen läßt, dies ist eine Erscheinung, bei deren Betrachtung sich Staunen und Indignation um den Vorrang streiten. Das gewissenhafteste Volk der Welt wird von der Gewissenlosigkeit, das moralischste vom Wortbruch, das aufgeklärteste von der Vernünftigkeitssucht, das wissenschaftlichste von der rohesten Barbarei regiert. Ist es etwa anders? Man fasse doch die Thatsachen, wie sie täglich, stündlich sich vor das Auge drängen, in ihrer nackten, unabweisbaren Wahrheit auf, man suche sich bei ihrer Beurtheilung von dem blendenden, entmenschenden Einfluß der Gewohnheit zu befreien, und man wird zugestehen, daß wir eher zu wenig, als zu viel gesagt haben. Man fasse bloß den letzten preußischen Landtagsabschied in's Auge und denke sich diese Meisterprobe königlicher Frechheit als den zuletzt aufgelegten Stein an dem Gebäude der langen, langen, langen teutschen Entwickelung! Was wird man dabei empfinden? Wer beim Lesen dieses Aktenstücks im Jahr

1841 nicht eher an Säbel und Flintenkugeln, als an Petitionen und Landtage denkt, der hat kein Herz oder kein Blut im Leibe.

Doch vergegenwärtigen wir uns einen Augenblick die politischen Zustände Deutschlands in den allgemeinen Umrissen, um zu sehen, welcher Ausweg sich aus diesem Labyrinth von Unerträglichkeit darbietet.

Der alte Konflikt zwischen dem Eigennutz der Regierungen, welcher von seinem „historischen Recht" nichts ablassen will, und dem Fortschritt des Volksgeistes, welcher seine vernünftigen Rechte ausdehnen muß, wiederholt sich in Deutschland in dem Maße bedenklicher, als dort die Zahl der Regierungen die in andern Ländern übersteigt. Nur eine durchaus blinde Politik konnte zu der Annahme gelangen, daß eine Nation, welche eine wirkliche Einheit bilden soll, unter dreißig bis vierzig Potentaten, welche das Land und das Volk mehr oder minder nur als eine mit Gesinde besetzte Domäne betrachten, einen friedlichen Entwickelungsgang beibehalten könne. Dreißig bis vierzig kleine Republiken können sich als Einheit konstituiren und sich einer friedlichen Existenz erfreuen; unter dreißig bis vierzig Dynastieen muß ein Volk zur Revolution getrieben werden. Polleurs unausbleiblich aber ist dies Resultat, wenn das Volk durch die Verschiedenartigkeit der dynastischen Interessen und der Institutionen so zerrissen und gelähmt wird, wie es in Deutschland geschieht. Deutschland wird, unter der geheimen Assistenz Rußlands, vollkommen beherrscht von Preußen und Oesterreich. Preußen und Oesterreich sind Muster despotischer Polizeistaaten, in welchen die Dynastie, der Adel und die Büreaukratie trotz den feierlichsten Versprechungen sich verschworen haben, dem Volke nicht den mindesten Einfluß auf den Gang seiner Angelegenheiten zuzugestehen; die übrigen Staaten Deutschlands aber sind, wie man uns versichert, mehr oder

minter konstitutionell und daher auf den Weg gewiesen, ihre natürlichen Rechte geltend zu machen. Dieser Geltendmachung ihrer Rechte aber wirken jene despotischen Regierungen ununterbrochen durch Korruption, durch Hetzereien, durch Trohungen entgegen, so daß die ganze Wirksamkeit der „konstitutionellen" Deputirten bisher es zu nichts Anderm hat bringen können, als mit Noth das Wenige zu erhalten, was man ihnen ursprünglich gegeben hat. Ja auch das nicht einmal. Durch die geheime Verschwörung der Bundesdiplomatie, welche gänzlich von dem lächelnden Schurken in Wien und dem romantischen Jesuiten in Berlin beherrscht wird, hat man nach und nach den konstitutionellen Staaten alle selbstständige Regungskraft gelähmt, ihnen die Preßfreiheit, die sie für sich allein längst errungen hätten, völlig unzugänglich gemacht und sie der Art mit polizeilichen Schranken eingehegt, daß ein Durchgreifen der Opposition auch in der einfachsten und gerechtesten Sache ganz unmöglich ist. Man scheint es so weit gebracht zu haben, daß ein förmliches Verhöhnen der konstitutionellen Opposition zum Prinzip erhoben werden soll. So wurden kürzlich in Nassau von dem Mörder Jordans, dem ausgemergelten Martinsknecht der Frau Lehmann, die Stände bloß zu dem Zweck einberufen, damit jener Bube die Farce mit ihnen aufführen könne, sie am nämlichen Tag wieder nach Hause zu schicken (und sie gingen ruhig nach Hause!); so wurden in Sachsen durch die noch blutbefleckte Hand der Regierung die empörendsten Eingriffe in die „Rechte" der Presse in dem Augenblick gemacht, wo die „Stände" versammelt waren, um jene Rechte in Schutz zu nehmen; so mühte sich in Baden der Landtag vergebens ab, um nur der empörenden Frechheit eines einzigen Juniors einen Zaum anzulegen. Die teutschen Regierungen haben auf die Macht eines einzigen ihrer

Polizeidiener mehr Vertrauen, als das teutsche Volk auf die Macht seiner sämmtlichen Deputirten haben kann. So weit hat Preußen und Oesterreich es gebracht, und als Mittel zur Erringung solcher Resultate dient ihnen der teutsche Bund. Der teutsche Bund ist eine Erfindung, wie keine zweite in der Welt existirt. Er liefert den Beweis, daß, wenn eine Anzahl Schurken sich zu einer gemeinsamen Maßregel vereinigen, sie dadurch sanktioniren können, was einfach Schurkerei genannt werden würde, wenn ein Einzelner es zu vollführen den Muth besäße. Wollen die teutschen Regierungen dem Volk eine Fessel anlegen, welche sie im Hinblick auf ihre Pflichten und Versprechen sich scheuen oder schämen, im eignen Hause zu schmieden, so bestellen sie dieselbe à conto der teutschen Einheit in der Werkstätte ihres „Bundes" und fingiren dann eine Pflicht des Gehorsams gegen Befehle, welche sie selbst durch diesen „Bund" sich gegeben haben. Sie geben dem Volk Versprechen und autorisiren dann sich selbst durch ihre Bundestagsgesandten, die Versprechen nicht zu halten; sie räumen dem Volk Freiheiten ein und lassen dann sich selbst durch ihre Bundestagsgesandten befehlen, die Freiheiten wieder zu vernichten; sie versichern das Volk ihres besten Willens und lassen dann sich selbst durch ihre Bundestagsgesandten verbieten, den besten Willen auszuführen. Diese teutsche Bundestagskomödie ist in der That die frechste, empörendste, unerhörteste Rechtsverhöhnung, welche die ganze Geschichte aufzuweisen hat, doppelt nichtswürdig und infam, weil sie Betrug und Gewaltthat unter der Heuchelei einer feierlichen Rechtswahrung versteckt. Und dieser Bund ist das Werk Preußens und Oesterreichs! Diese beiden „Großmächte" haben es dahin gebracht, daß die übrigen teutschen Regierungen nichts weiter mehr sind, als preußische und österreichische Polizeibüttel. Sie verletzen Preußen und

Oesterreich unlieb Gesetze, welche sie selbst gegeben haben, und beweisen in Allem, was sie thun und lassen, eine so sklavische Abhängigkeit, daß bloß die offizielle Anerkennung und Beeidigung fehlt, um sie völlig zu preußischen und österreichischen Behörden zu machen. Diese Fügsamkeit wäre unbegreiflich, wenn nicht die sämmtlichen teutschen Regierungen ihr Schicksal voraussähen und die einzweilige Fristung ihrer Existenz noch von dem Anschluß an die Polizei der Despotenstaaten erwarteten. Keine ist hochherzig genug, sich dem Volk in die Arme zu werfen und ihm zu ersetzen, was die Zeit fordert. Lieber wollen sie fortfahren, sich und ihren Gehülfen das Volk zu opfern. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo das Verhältniß sich umkehrt.

Was Preußen und Oesterreich mit dem Institut des teutschen Bundes bezwecken, muß auch dem Blindesten klar sein. Es dient ihnen im Frieden nur als Medium, ihre Polizei zur allgemein teutschen zu machen und auf diese Weise den teutschen Geist möglichst durch das ganze Land auf dem Niveau zu erhalten, worauf ihn die Polizei in Preußen und Oesterreich hält. Dieß ist ihr Begriff von der gerühmten teutschen Einheit. Die Konservirung einer solchen Polizei-Einheit oder Gleichheit hat nicht bloß den Zweck, die Bedenken fern zu halten, welche das Beispiel einer partiellen Erhebung des Volksgeistes dem preußischen und österreichischen Despotismus verursachen könnte, sondern namentlich auch den Zweck, die übrigen teutschen Staaten zur einstigen gänzlichen Einverleibung in Preußen und Oesterreich geeignet zu erhalten. Daß diese Einverleibung oder Verschlingung die Absicht des preußischen und österreichischen Despotismus ist, wird kein Einsichtiger mehr bezweifeln; daß aber die Gier in Preußen am größten ist, erkennt man, von andern Anzeichen abgesehn, vollständig, wenn man die berüchtigte

Denkschrift des preußischen Bundestagsgesandten vom Jahr 1822 liest, das infame Machwerk des Machiavellismus und Jesuitismus, welches jemals aus der Feder eines politischen Schurken geflossen ist. (Warum kommt doch kein bairischer oder sächsischer Deputirter auf den Einfall, dieß verdammende Dokument zum Gegenstand einer Kammerrebatte zu machen?)

So stellt sich also in einfachen Worten das Bild des politischen Treubruchs dar, wie wir es auch schon anderwärts — allein die klarsten Wahrheiten müssen wiederholt werden — dem Volk vor Augen geführt haben. In der That ein erfreuliches Bild! In der That eine wohlthuende Beobachtung, zu sehen, wie diese drei dutzend Deutsche Staaten durch die geheimen Künste des Berliner und Wiener Machiavellismus allmälig gezeitigt werden, damit sie im gewünschten Augenblick als reife Frucht den lauernden Despoten in den Schoos fallen. Könnte man in Berlin gewisse Schranke öffnen, man würde schon eine Karte des künftigen preußischen Kaiserreichs vorräthig finden. Wer weiß, ob nicht sogar die Kaiserkrone schon fix und fertig ist und ob nicht der tiefe Komödiant, der sie sich hat machen lassen, in besonderen Momenten des Kraftgefühls, etwa nach der Ueberredung einer seiner neumodischen Kabinetsordres, vom neuen Kopfschmuck seinem mittelalterlichen Schädel vor dem Spiegel anprobirt, um zu sehen, wie sich derselbe ausnehmen [illegible] Seine Majestät

Friedrich Wilhelm der Vierte, Kaiser von Deutschland, König von Polen, König von Holland *),

*) Hardenberg erklärte einst dem ehemaligen bayerischen Gesandten am Berliner Hof, Grafen von Rechberg, als dieser die Bemerkung machte, daß die Requisiten der Rheinprovinzen für Preußen kein wahrer Machtgewinn sei, Folgendes: „Die Rheinprovinzen sind d. Vorbedingung zu der möglichen Erwerbung von

König von Belgien, morganatiſcher Landesherr von „Neuenburg und Valendis", Papſt der Proteſtanten, Beſchirmer und Reformator der Katholiken, Schreck aller „Böſen", d. i. Freien, Hort aller Ehre, d. i. Jeſuiterei, Förderer alles „Strebens nach Licht", d. i. nach den Abſurditäten der romantiſchen Zeit, Protektor aller wahren Humanität, d. i. Bruder Nikolaus des Barbariſchen, und endlich — Profeſſor in der königlichen Beredſamkeit.

Dieſer Friedrich Wilhelm ſcheint ſeinem Vater, der des Guten genug gethan hatte, mit der Prätenſion gefolgt zu ſein, daß er vorzugsweiſe berufen ſei, mit ſeiner romantiſchen Politik das Werk der Vorurſächlichung Teutſchlands vorzubereiten oder vielmehr auszuführen. Da er aber, weil er keine Sokratenſeele iſt, ſich nicht auf den kurzen Prozeß mit dem Schwert verläßt, ſo hat er den Plan tiefer angelegt und hofft auf „friedlichem" Weg mit ſeinen Künſten allmälig durchzudringen. Er will erſt friedlich vorarbeiten, um dann ſeine Pickenträger bloß als Beiſpergreifer detachiren zu können. Trotz der totalen Dummheit der Fineſſen aber, die er bei der Verfolgung dieſer Plane anwendet (der „teutſche Dom", der Orden

Holland und inſofern unſchädbar." Man ſieht, welch einen Magen die Ländergier des Berliner Kabinets hat. Wäre Teutſchland eine Republik, es würde ſehr bald, natürlich mit beſſerer Berechtigung, Holland zu einem Anſchluß bringen und dadurch mit einem Schlag eine Seemacht werden. Unterdeſſen ſucht die Berlinerpolitik Holland auf Koſten Teutſchlands zu ködern und zwar ohne Erfolg. Man ſagt, die preußiſchen Miniſter ſeien von den Holländern beſtochen. Wir halten das nicht für unmöglich, glauben aber, daß die Holländer ſolche Beſtechungen ſparen können, da die preußiſche Politik ſich ſelbſt beſticht durch die Hoffnung auf die einſtige Inkorporirung des Dünenlandes. Sogar in Belgien wirft ſie ihre Köder aus.

pour le mérite, der Schwanenorden, die protestantische Synode, seine diplomatischen Reisen, die Zollvereinsmanöver, die Kokettieren mit dem Sundzoll*) u. s. — alle diese Dinge gehören hierher, — scheint das neue

*) Bekanntlich kokettirt der Berliner Machiavellismus mit nichts eifriger, als mit dem Teutschthum. Friedrich Wilhelm ist vorzugsweise der „teutsche König", er ist der Vertreter der „teutschen Interessen" im Ausland, Preußen ist die Avantgarde der „teutschen Nation", in Berlin soll sogar eine „teutsche Zeitung" mit preußischem Unterthanengeld gestiftet werden u. s. w. u. s. w. Obgleich es nun längst sonnenklar am Tage liegt, wie das Berliner Teutschthum zu verstehen und was sein hinterhaltiger Zweck ist, so sieht man doch noch immer von der Blindheit so mancher „Teutschen" namentlich aber von der wahrhaft bestialischen Schamlosigkeit des journalistischen Servilismus bei jeder Gelegenheit die „echt teutschen" Intentionen und die „nationalen" Aufopferungen der Berliner Politik hervorheben. Genau mit demselben Rechte könnten sie sich in das Lob der „teutschen" Intentionen der russischen Politik ergießen. Wer durchaus die Probe auf die Unheilbarkeit seiner Blindheit oder seines Servilismus machen will, wer weder durch die Zollvereinssuprematie, noch durch das russische Kartellverhältniß, noch durch die Lenkschheit von 1822, welche das wahre Verständniß des Berliner Teutschthums liefert, geheilt werden kann, der bleibe dem Berliner „Teutschthum" auch noch treu, nachdem er dessen Verhalten in der Schleswigschen Frage beobachtet hat. Da war es an der Zeit, aus dem Teutschthum eine Wahrheit zu machen, da aber blieben selbst die teutschen Phrasen aus, die sonst bei jeder Gelegenheit in die Menge geworfen werden, und man mußte die Rolle des „echt teutschen", des allerteutschesten Königs dem Narren in München überlassen. Da hat man gesehen, wie das Berliner Teutschthum mit dem Russenthum liirt, gegen das teutsche Volk gesinnt ist. Der hochmüthige Berliner Absolutismus, der in der Unumschränktheit seine Ehre sucht, der keiner Macht gehorchen, keinem Gesetz unterthan sein will, einen Herrn hat er, dem er dient, dem er gehorcht, dessen Knecht er ist, und dieser Herr heißt Nikolaus. Als Knecht und Diener des russischen Ungeheuers

System von Machiavellismus, das er sich gebildet, noch immer nicht genug erkannt, und bei jedem Vorkommniß gewürdigt zu werden, obschon man eben nicht behaupten kann, daß dasselbe sich in seinen Resultaten bewährt habe. Ach! er hatte es sich so schön zurecht gemacht, es so versöhnend eingekleidet; warum folgte man ihm nicht? Es muß „herzerkältend" sein, die edelsten Intentionen so verkannt oder zurückgewiesen zu sehen; es muß bitter für eine Majestät sein, in einer Rolle Fiasko zu machen, auf die man sich ein Paar Dutzend Jahre hinter den kronprinzlichen Coulissen vorbereitet hatte.

Auf die schöne, wüste Romantik des deutschen Volks sich verlassend, die er mit so besonderer Vorliebe studirt hatte, glaubte Se. Majestät, dasselbe werde sich ihr schon willig in die Arme werfen, wenn sie ihm nur mit ritterlichen Phrasen das Herz berausche und durch mittelalterliche Schöpfungen die Phantasie erfülle. Und das Volk hörte ihr begeistert zu, dennoch folgte es ihr nicht, denn der Instinkt der Völker reicht in der Regel weiter, als ihr Verstand. Wäre das Volk auf diese Politik eingegangen, hätte es sein geschichtliches Leben nur aus dem romantischen Weinquell zu Sonnenort empfangen und auf die selbstständige Entwicklung völlig verzichten wollen, so würde die Sache ihren schönen Verlauf gehabt haben. Se. Majestät mit dem großen Geist und dem großen Herzen hätte Alles hübsch mittelalterlich renovirt, hätte als eine segnende Zentralgottheit über dem Ganzen geschwebt, so weit die

der Verräther des deutschen Volkes zu sein, darin besteht das Zentrumthum des „deutschen Adels" in Berlin! Und am Mängelfell einer solchen Politik nennen fünfzehn Millionen Menschen daher und sprechen Spruch über die deutsche Nation und lassen ihre „deutschen" Gesinnungen trotz allen Thatsachen aufrichten durch „Berichtigungen" der „Preuß. Allgem. Zeitung"! Wir schämen uns, zwischen diesen fünfzehn Millionen geboren zu sein.

ruſſiſche Allianz ihr Raum gelaſſen, hätte das Manna ihrer Gnade auf Volk und Vaſallen herabgeträufelt, das Land hätte Tag und Nacht von den Hymnen der Treue und von den Glocken der Frömmigkeit wiedergetönt, in dem kölniſchen Dom der teutſchen Einheit wäre ſpäter dem großen Beglücker durch „Seine erzbiſchöfliche Gnaden" die teutſche Kaiſerkrone aufgeſetzt worden und er hätte, des ewigen Nachruhms gewiß, ſein erhabenes Haupt in dem dynaſtiſchen Mauſoleum unter ſeine „großen" Väter gebettet.

So ſcheint der Mann in Berlin ſich ſeine Zukunft ausgemalt zu haben. Er zeigt von Neuem wie bedenklich es für die Völker iſt, daß ein Narr durch ſeinen Machtbeſitz verleitet werden kann, ſich für den Herrn ihres Schickſals zu halten. Doch daß der König von Preußen ein Narr iſt, würde man ihm noch verzeihen können, wenn man in der Politik Naturfehler in Anſchlag brächte; aber er iſt, wie wir ſchon geſagt, bei Weitem mehr noch ein Jeſuit und ein Tyrannot. Bis jetzt hat er noch gar zu häufig das Glück gehabt, daß man ſeine Politik unter den Schutz ſeiner Narrheit ſtellte, und ſeiner Romantik einen guten Willen zugeſellen zu müſſen glaubte, weil man gewöhnt iſt, nur die ſchlaue Bosheit ſich in ſolchen Stellungen nicht blamiren zu ſehen. Aber man kommt von dieſer Täuſchung mit bereicherter Menſchenkenntniß zurück. Der König von Preußen hat eine ſo dünkelhafte Idee von ſeiner Stellung, daß er ſogar glaubte, ohne Gefahr für ſeine Plane ſich lächerlich machen und die Lächerlichkeit als Mittel der Popularität benutzen zu können. Aber er hat dieß Mittel in ſo großen Doſen applicirt, daß ſogar die Lächerlichkeit ihre Kraft verloren. Der Ernſt allein bleibt zurück, und der hält ſich an die Thatſachen mit ihren nüchternen Lehren. Wenn man den König von Berlin auch nicht als den einſtigen Erhalter des politiſchen Wochen-

blattes kennte, wenn man auch nicht wüßte, daß er bei der Ersetzung der versprochenen Reichsstände durch die Farce der Provinzialstände die Hauptrolle gespielt, so würde man seine wahre Natur aus seinen neueren Regierungshandlungen hinlänglich erkannt haben. Im Grunde sind seine Begriffe von der Stellung des Volkes so despotisch, wie diejenigen seines russischen Schwagers nur sein mögen. Er hat aber geglaubt, sie unter romantischen Formen und Phrasen zeitgemäß verhüllen, und dem Wesen nach doch das Nämliche erreichen zu können, was der Russe erreicht hat. So lang er hoffen konnte, das Volk werde seiner Politik zu Willen sein, floß sein Mund von gütigen Worten über, er traf förmlich von „Ehre", „Gerechtigkeit", „Treue" u. s. w.; als er aber nach und nach erkannte, daß alle diese Redensarten in dem Wörterbuche des Volks eine andere Bedeutung haben, als in dem Wörterbuche einer romantischen Feudalmonarchie, begann er eine andere Sprache. Er begann zu drohen und einzuschüchtern. Der Grimm des Despoten mußte den Phrasen des Romantikers zu Hülfe kommen und die Zeit wird es lehren, daß seine despotische Natur sich immer mehr nach Außen kehren muß. Je mehr der Geist des Volks ihn drängt, desto mehr wird er die Fähigkeit verlieren, seine landesväterliche Maske beizubehalten, und die Berliner Politik wird in gesteigertem Grade thun, was sie schon oft gethan hat, nämlich „beginnen mit Heuchelei und enden mit Gewaltthat". Dieser moralische und humane Herr in Berlin, der den Drang seines romantischen Herzens zum Gesetz für das ganze Teutschland machen wollte, und von dem eine „hochstehende" Person gesagt hat, „er würde der größte Tyrann der Welt sein, wenn ihn nicht die Eitelkeit triebe, mit der öffentlichen Meinung zu kokettiren", dieser humane Herr wird mit derselben Unbedenklichkeit ein halbes Volk niederschießen lassen, wenn

er dadurch seinen Feudalismus retten kann, womit er jenen Bürgermeister köpfen ließ, den er durch Fußtritte zum Mörder gemacht hatte. Doch, wenn wir einmal an das Niederschießen in Massen kommen, sind die Zeiten geändert und dann sind andere Waffen bereit, als das Terzerol des Bürgermeisters Tschech.

Die entscheidendere Probe für die moralische wie die politische Gesinnung des Königs von Berlin hat die Verfassungsfrage abgegeben. Der Mann, der so viel von „Ehre" und „Treue" gesprochen, mußte sich vor der ganzen Welt der jesuitischen Betheiligung am Wortbruch seines Vaters zeihen lassen und sieht sich jetzt in der kläglichen Stellung, der Verurtheilung seiner Moral und der Aufdeckung seines Jesuitismus nur kindischen Trotz und despotische Ueberhebung entgegensetzen zu können. Die Rettung seiner Königlichkeit weiß er in nichts Anderm mehr zu finden, als in dem Ruhm, daß er sich „nichts abtrotzen lasse," so lang man nämlich mit dem Abtrotzen keinen eisernen Ernst macht. Doch diese Stellung ist der Volkssache sehr günstig. Die Erklärung: ihr sollt nicht, weil ich nicht will, diese unmittelbare Gegenüberstellung des Majestätstrotzes gegen das Volksrecht muß das Volk endlich dahin bringen, ebenfalls an seinen Trotz zu appelliren und zu versuchen, ob der Wille des einen Mannes in Berlin stärker sei, als der Wille von fünfzehn Millionen. Wer über das Resultat dieses Kampfes zweifelhaft sein kann, der ist ebensowenig zurechnungsfähig, als wer da glaubt, daß er ausbleiben könne. Trotz der teutschen Geduld, welche nach Unendlichkeiten zu messen pflegt, hat solcher Glaube keinen Halt mehr. Die Geduld der Völker stellt sich auf die Dauer in ein genaues Verhältniß zu ihrer politischen Einsicht, und diese ist es, welche trotz allen Verkehrungen in Preußen und dem übrigen Teutschland so tiefen Grund zu

fassen beginnt, daß sie nicht mehr ausgerottet werden kann. Was ein Volk wirklich als schlecht und unrecht erkannt, das schafft es sich auch vom Halse, heute oder morgen. Der Druck aber ist in Deutschland fortwährend am Wachsen, weil das ganze schlechte System, unter welchem das Volk leidet, keine Fähigkeit besitzt, sich wirklich zu verbessern, mithin, wenn es nicht vollständig aufgegeben wird — und dieß will man nicht, — seine Rettung einzig in der Zurückdrängung des Volksgeistes in die alten Grenzen suchen kann. Und in diesem Streben muß es untergehn.

Glaubt man wirklich noch an die Möglichkeit durchgreifender Reformen in Deutschland ohne Revolution? Betrachten wir kurz die Bedingungen dazu.

Für's Erste ist es überhaupt eine Thorheit der Unmündigen, an eine Zukunft des Königthums zu glauben. Die Zukunft der Politik ist, wie mit der Zeit jedes Kind einsehen wird, republikanisch. Wer über das A, B, C der Politik hinaus ist, der weiß, daß Königthum und Volksrecht wie Königthum und Vernunft unvereinbare Widersprüche sind. Nur unkultivirte Völker, deren Rechtsbegriffe nicht entwickelt sind, können sich eine Regierung gefallen lassen, die sie nicht aus eigner Machtvollkommenheit aus ihrer Mitte wählen und nach Umständen wieder durch eine andere ersetzen. Die Menschheit läßt das hohe Ungeziefer nur so lang auf ihrem Kopf sich nähren, als sie nicht erwachsen genug ist, sich zu kämmen.

Wenn man nun auch einverstanden damit ist, daß aus Deutschland so gut, wie aus jedem Staat, eine Republik werden müsse, so könnte man doch etwa annehmen, der Uebergang dazu werde durch eine friedliche konstitutionelle Entwickelung führen. Gesetzt, dieß ließe sich zugeben, so wird man jedenfalls erkennen, daß am Ende der konstitutionellen Entwickelung doch immer wieder die Revolution

zu erwarten sein würde, wenn kein Fürst und kein Anhang eines Fürsten überhaupt freiwillig seinen Platz dem Volk. Sie müssen und werden jederzeit nur durch Gewalt entfernt werden, das liegt in der Natur der Sache. Sieht man dieß Alles voraus, wozu denn die Entwickelung auf den langen Umweg hindrängen, statt dem Ziel auf geradem Wege zuzustreben? Welche politische Mathematik lehrt es, daß der lange Weg und Revolution besser sei, als der kurze Weg und Revolution?

Aber selbst eine solche konstitutionelle Umwegs-Entwickelung ist in Deutschland nicht möglich. Wir erwägen nur Eins. Zum konstitutionellen Leben gehört als Minimum der Rechte und als erstes Requisit freie Presse. Wie wird Deutschland aber in seiner gegenwärtigen Eintheilung mit wirklich freier Presse fortexistiren können? Wird diese Anzahl von Höfen eine freie Presse ertragen und wird das Volk diese Anzahl von Blutigeln länger dulden, wenn es durch freie Presse über das monströse Mißverhältniß vollständig aufgeklärt ist? Wird es das Gefühl seiner Einheit durch einige dreißig mehr als überflüssige Fürsten zerfunkeln lassen? Wird es diese Fürsten mit ihrem jedesmaligen Anhang von Höflingen, von Volksbetrügern, von Soldaten, von Polizisten dulden, wenn es zur Erkenntniß gekommen, daß ein einziger als nothwendiges Uebel noch zu viel wäre? Von dem, was die deutschen Höfe mit ihrem Anhang verschlingen, könnte ein ganzes Volk von freien Bürgern existiren. Wird man, nachdem jetzt die „sozialen" Fragen mehr als je zur Erörterung gekommen, jene sozialen Ungeheuer noch dulden, sobald man durch eine freie Presse über sie völlig in's Klare gekommen? Fürwahr, auf ein wahres konstitutionelles Leben ist in Deutschland so wenig vom Volke zu hoffen, als die Höfe von demselben die Sicherheit ihrer Fortexistenz erwarten werden. Die

Fürsten werden dabei eine wirkliche Konstitution niemals geben, und sollten sie jemals dahin kommen, sie geben zu wollen, so wird das Volk, das zum Theil schon jetzt weit darüber hinausdenkt, sie nicht mehr haben wollen.

Man könnte nun einwenden, daß es eine bessere Zukunft Deutschland vorbereiten hieße, wenn man die von uns bekämpfte Einverleibung der kleinern Staaten in die größern, namentlich in Preußen, befördern helfe. Aber wird Jemand glauben, daß der preußische Hof, wenn er über Deutschland geböte, die andern Höfe nicht durch Vasallen und Aftervasallen ersetzen würde? Würde die feudalistische Gliederung, in welcher er sich mit Hülfe von Prinzen, Mediatisirten und Adelichen nach unten hin durch das große Land hindurch abstufen müßte, nicht ein gleich großes oder noch größeres Uebel schaffen, wie der jetzige Rattenkönig von kleinen Höfen bildet? Jetzt bietet dieß Gezücht doch wenigstens noch Abwechselung dar; unter der Herrschaft des Berlinerthums aber würde sogar die Abwechselung verschwinden und jener schauerlichen preußischen Totenuniformität Platz machen, die selbst der Prinzenraub nur einen einzigen Schritt gönnt. Und würde nicht überdieß das preußische Soldaten- und Bureaukratennetz das Kleid abgeben, in welches man das ganze deutsche Volk einschnürte? Man hätte also durch die Verpreußizirung Deutschlands selbst für eine konstitutionelle Mittelstufe nichts gewonnen, sondern nur verloren.

Welche Aussichten wird man sich sonst noch bieten? Will man etwa sich der unwürdigen Hoffnung auf irgend ein ausgezeichnete Persönlichkeit unter den deutschen Fürsten hingeben? Selbst die Zulässigkeit einer solchen Hoffnung an sich angenommen: wo gibt es unter den deutschen Fürsten eine ausgezeichnete Persönlichkeit? Ist nicht das ganze Geschlecht physisch und moralisch durch und durch entartet? Ist auch nur ein einziger Zoll von einem großen

Mann an ihnen zu finden? Ist nicht jeder Zoll an ihnen ordinärer Egoismus, Vernirthheit und Jämmerlichkeit? Geht in die erste beste Hütte von Bettlern und Taglöhnern und ihr findet mehr Stoff zu großen Männern als in allen Palläsen der teutschen Fürsten. Und auf solche Menschen sollte sich die Hoffnung der Völker stützen? Schämt euch, euer Schicksal von der Schädelbildung entarteter Prinzen abhängig zu machen und, wenn eure Aussichten an der Despotenphysiognomie des einen zu Schanden geworden, sie an die Nase seines Nachfolgers zu knüpfen. Selbst in Preußen gibt es noch Narren genug, welche von dem Despotismus des jetzt regierenden Romantikers ihre banquerott gewordenen Hoffnungen auf das Bischen Rationalismus übertragen, wodurch der lederne Thronfolger, dieser geistlose Gamaschenheld, nach Art der Kronprinzen mit dem Volke kokettirt. Der eine wird euch militärisch tyrannisiren, wie der andere romantisch, und ihr verdient es, wenn eure Einsicht nicht größer wird, als euer Muth, und euer Muth nicht größer, als eure Einsicht.

Nein, nicht in Dynastieen, nicht in Fürsten, nicht in Ministern, nicht in Diplomaten darf das Volk sein Heil mehr suchen. Es suche sein Heil einzig in sich selbst. Das teutsche Volk wird eine Revolution machen, eine gründliche; es wird alle seine Unterdrücker und Blutsauger aus dem Lande jagen und eine Föderativrepublik errichten. Erst dann wird es ein teutsches Volk, eine teutsche Freiheit, eine teutsche Einheit, ein teutsches Leben, eine teutsche Ehre, ein teutsches Glück geben.

Wir wissen und haben es euch schon vorgehalten, ihr möchtet gern auf dem unendlichen Weg der „Gesetzlichkeit" bleiben. Aber, nochmals fragen wir euch, gibt es denn bei euch einen gesetzlichen Weg? Ist eure „Gesetzlichkeit" etwas Anres, als ein Deckmantel und Hülfsmittel für

die Willkür der Gewalt? Sind eure „Gesetze" etwas Anderes, als direkte oder indirekte Ausflüsse dieser Willkür? Sind sie nicht Diktate der Barbarei und des Unsinns, des Despotismus und der Lüge, sanktionirt durch den geschmückten Namen der Gesetzlichkeit? Habt ihr ein einziges „gesetzliches" Recht von Bedeutung, das wirklich ein Menschenrecht wäre und das ihr gegen die Gewalt geltend machen könnt; habt ihr ein einziges, das sie euch nicht wieder nehmen oder verkümmern könnte? Was Grundsätze für den einzelnen Menschen, das sind Gesetze für ein ganzes Volk. Grundsätze aber bildet man sich selbst und läßt sie sich nicht diktiren. Weshalb, wollt ihr die Henkergesetze eurer Unterdrücker eure Volksgrundsätze nennen? Dann wäret ihr werth, mit Blut aus der Reihe der Völker ausgestrichen zu werden. So lang ihr jene Gesetze nicht mit Füßen tretet, so lang habt ihr keinen Begriff von gesetzlicher Freiheit. Euer gesetzlicher Zustand ist nichts weiter als ein Kriegszustand zwischen den planmäßigen Rechtsräubereien der Gewalt und der duldenden Defensive des Volks, ein Krieg, in welchem die Gewalt stets Sieger bleiben muß, so lang das Volk ihre Hauptwaffe, die sogenannte Gesetzlichkeit, für unantastbar hält. Gesetzlichkeit gibt es nicht, wo die Gesetze keine Volksgesetze sind. Euer „gesetzlicher Weg" ist der Weg zum Verderben, nicht zur Freiheit. Befreit euch von euren jetzigen „Gesetzgebern", befreit euch mit Gewalt und schafft euch selbst eine Verfassung: dann erst habt ihr einen gesetzlichen Weg vor euch und auf ihm mögt ihr einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

Legt eure Thorheit von der einen und eure Heuchelei von der andern Seite ab. Sprecht endlich das letzte Wort unumwunden aus. Erkennt es und gesteht es, daß ihr, die Preußen voran, das Banner der Revolution

erheben müßt. Eure einsichtigsten Volksmänner haben dies längst erkannt und sie würden es offen erklären, wenn sie sich sicher wüßten. Sich als Revolutionär zu bekennen, muß aufhören eine Schande zu sein, wozu es die Reaktionäre so gerne machen mögten. Sich der Revolution schämen, heißt sich des Rechts schämen. Wir müssen dem Wort Revolution den Kours erringen, den jetzt das beliebte Wort Gesetzlichkeit hat. Wir haben kein Recht, an eine Besserung zu denken, so lang wir uns nicht erkühnen, das einzige Mittel der Besserung zu Ehren zu bringen und anzuwenden. Vor allem aber müssen wir es zu Ehren bringen in den Köpfen der Soldaten. Wir müssen jeden Soldaten „korrumpiren", d. i. humanisiren, jeden zum „Verräther", d. i. zum Sohn des Volkes machen.

Möge der Tag bald erscheinen, wo das teutsche Volk Rache nimmt für alle die Schändlichkeiten und Gewaltthaten, für die tausend Rechtsverhöhnungen und Mißhandlungen, unter welchen es so lang geseufzt und sich im Staube gewunden hat! Wenn aber der Tag des Gerichts erscheint, so wünschen wir aufrichtig, daß er nicht in die kalte Jahreszeit fallen möge, denn die Armen würden der Holzbenutzung wegen exulieren müssen, sollten alle Schurken und Volksverräther in Teutschland ihren Laternenpfahl finden!

Auf, ihr Teutschen! Die Zeiten drängen. Niemand *schenkt euch ein verlorenes Leben wieder.* Verloren ist euer Leben, so lang es nicht ein freies ist, und ihr werdet nicht eher frei, als bis ihr eure Unterdrücker vogelfrei macht!

Die Kölner Hetzjagd.

In einem vernünftigen Staat (und nur ein solcher ist ein wirklicher Staat) wird die freie Bewegung der Bürger nur so weit beschränkt, als sie absolut zu öffentlicher Benachtheiligung oder Gefahr führt. Man erkennt in einem vernünftigen Staat an und muß es anerkennen,

1) daß die möglichst freie Bewegung jedes Einzelnen ein unveräußerliches Recht und ein Gut ist, wofür es keinen Ersatz gibt;

2) daß der Gebrauch der Freiheit die Gefahren fern halten lehrt, welche die Unfreiheit von ihr fürchtet;

3) daß die durch Bevormundung zu erzielende Fernhaltung einzelner Uebel, welche der Gebrauch der Freiheit dennoch mit sich führen kann, kein hinreichender Preis ist, um für die Vortheile der freien Bewegung als Ersatz dienen zu können.

Nach diesen Grundsätzen sehen wir in jedem freien Staat verfahren. In jedem freien Staat bringt schon das Freiheitsgewissen — von der Rücksicht auf den Volkswillen ganz abgesehen — die Regierenden dahin, daß sie nicht ohne die dringendste Nothwendigkeit die bevormundende oder beschränkende Hand an die freie Be-

wegung legen, daß sie vielmehr die Freiheit als etwas „Heiliges" ansehen. Gebietet aber die Nothwendigkeit, eine Beschränkung zu verordnen, so wird wenigstens die Strafe der Uebertretung nicht im Mißverhältniß zu der Bedeutung der Sache stehen und nicht an die Aufrechthaltung einer geringfügigen Verordnung der ganze Aufwand der Staatsmittel gesetzt werden. *)

Wo dagegen kein Freiheitsgewissen existirt, wo vielmehr nur das böse Gewissen der Unfreiheit, der Unterdrückungslust am Ruder sitzt, da kennt man keine Bedenken bei der Beschränkung der freien Bewegung, da gilt kein Maßstab der Vernunft oder des Rechts, da schneidet man im Kleinen wie im Großen ein Stück Freiheit ab, wie man das Unkraut abschneidet, da richtet man sich nur nach dem augenblicklichen, egoistischen Interesse der Gewalt oder nach den Einfällen der polizeilichen Bevormundung und verfolgt den geringsten Widerstand mit Feuer und Schwert, damit der despotischen Autorität kein Abbruch geschehe.

Wenn in Preußen zufällig der Wind einen Funken aus einer Pfeife in einen Heuschober weht oder wenn ein Polizeiminister einen Menschen auf dem Spaziergang mit brennender Cigarre auf tausend Schritte an einem Pulvermagazin vorübergehen sieht, so reicht dieß schon hin, um für das ganze Land den Befehl hervorzurufen, daß

---

*) In Baselland habe ich an den Weinbergen Warnungstafeln gesehen, welche dem Wanderer verbieten, „Trauben zu nehmen, bei 3 Batzen (3 Groschen) Buße." Der gesunde Sinn des Volks kalkulirt dort, daß ein Magen höchstens für 3 Batzen Trauben aufnehmen könne, und bestimmt hiernach den Ersatz als Strafe. In Preußen wurde vor einigen Jahren eine arme Frau zu mehrjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt, weil sie versucht hatte, an ihres Nachbars Kuh — sich etwas Milch zu melken!

kein Mensch mehr mit brennender Pfeife sich dürfe blicken lassen. Ob ein solcher Befehl vernünftig motivirt sei, ob die Nothwendigkeit ihn gebiete, ob die Befolgung desselben Millionen Menschen in ihren Rechten und Gewohnheiten kränke, daran wird gar nicht gedacht, diese Frage wird gar nicht aufgeworfen. Man ist gewöhnt, daß die Puppen von Unterthanen ohne Weiteres folgen, sobald der polizeiliche Faden gezogen wird, und so zieht man den Faden, wie man Lust dazu hat. Einen beliebigen Druck auf die militärische Maschinerei des Unterthanenthums appliziren, das nennt man in Preußen (wie in Rußland) Regieren. Gesetzt, die Majestät hält eine Parade ab und bei der Gelegenheit fällt es ihrer militärischen Weisheit ein, daß irgend einem Musketier oder Unteroffizier der Bart zu weit in's Gesicht gewachsen sei; flugs gebietet eine Kabinetsordre (scheußliche Erscheinungen, diese Kabinetsordres im 19. Jahrhundert!), daß in der ganzen Monarchie die Backenbarte nur bis zum Meridian der Nasenspitze hinabwachsen dürfen, und in vierundzwanzig Stunden liegen hunderttausend Gesichter allerunterthänigst unter dem uniformirenden Messer des Baibiers. Und so geht es im Einen wie im Andern, im Kleinen wie im Großen, in geistigen wie in materiellen Dingen. Man taxirt die Freiheit wie man die Bärte taxirt. Die Organisation der Bureaukratie, der Polizei und des Soldatenthums sorgt dafür, daß jeder Befehl, und wäre er noch so kleinlich und unsinnig, sofort bis in alle Schichten und Winkel zur Ausführung kommt, und diese Pünktlichkeit in der Ausführung übt durch die Zeit sogar eine sanktionirende Wirkung auf den Inhalt der Befehle aus.

In der Schweiz, in Nordamerika u. s. w. sollte es der Regierung einfallen, den Bürgern die Bärte stutzen oder Vorschriften über ihr öffentliches Auftreten geben zu

wollen, ohne daß eine offenbare Nothwendigkeit oder sanktionirende Gewohnheit solche Vorschriften hervorriefe! Man würde sie nicht einmal absetzen, man würde sie auslachen. In Preußen wird jeder Einfall der Befehlenden sofort „Gesetz" und gibt den Bürgern immer neue Gelegenheit, „gesetzlich" aufzutreten. Fällt es der Majestät oder einem Minister ein, daß die Mützen auf dem rechten Ohr getragen werden sollen, so wird ein „Gesetz" über das Mützetragen auf dem rechten Ohr erlassen, und alle Polizeibunde begeben die heilige Handlung, darauf zu achten, daß die Mützen in den „gesetzlichen Schranken" bleiben; und wird irgendwo Einer erwischt mit der Mütze auf dem linken Ohr, so wird der Lump seine Vertheidigung ganz sicher darauf basiren, es sei nicht seine Absicht gewesen, den „gesetzlichen Weg" zu verlassen, vielmehr sei er stets ein „treuer Unterthan Sr. Majestät" gewesen und werde es jederzeit bleiben, sollte auch das „Gesetz" erlassen werden, daß die Mützen fortan auf dem Rücken getragen werden müssen.

Bei der Besprechung der Kölner Hetzjagd ist es keinem Menschen eingefallen, dem System auf den Grund zu gehen, wovon jenes Skandal eine Konsequenz gewesen; nein, man hat bloß gefragt, ob — die Bajonette der Soldaten diejenigen getroffen, die mit Steinen geworfen, oder ob auch Solche niedergestoßen worden, die nicht mit Steinen geworfen. Einen andren Gesichtspunkt hat man nicht gefunden. Wir werden auf das militärische Ding ebenfalls zu sprechen kommen; einstweilen aber scheint uns die Frage, ob die Polizei in jeden Dreck ihre Nase stecken dürfe, um den Gestank in ein ganzes Land zu verbreiten, eben so wichtig zu sein, wie die Frage, ob das Militär, als Gehülfe jener Polizei, mit seinem Bajonett stoßen dürfe, wohin ihm beliebt.

In der Schweiz, in Nordamerika u. s. w. fällt es

der Polizei gar nicht ein, z. B. das öffentliche Schießen durchweg zu verbieten. Jeder Schuljunge läuft, wenn er Luft hat, mit einem Pistol herum und amüsirt sich mit Knallen in die Luft, so weit Eltern und Lehrer es ihm gestatten. Man sollte sagen, kein Mensch sei dort des Lebens sicher; kein Mensch aber hört von einem Unglück. Man veranstaltet sogar öffentliches Scheibenschießen für Knaben, die kaum eine Flinte aufheben können, und auf diese Weise sind dort die Knaben mündiger, als bei uns die Greise. Dadurch aber, daß sie Freiheit haben, am rechten Ort zu schießen und sich zu bewegen, bleibt ihnen zugleich der Gedanke fern, es am unrechten Ort zu thun. Eine Viertelstunde von Zürich sieht man auf offenem Felde, ganz einsam, zwei gefüllte Pulvermagazine stehen. Kein Mensch beachtet sie, keine Schildwache bewacht sie. In Preußen würde ein unbewachtes Pulverhaus der ganzen bewaffneten und unbewaffneten Macht schlaflose Nächte verursachen, man würde keine andere Gedanken haben, als entweder, das Pulver werde gestohlen, oder es werde von Revolutionärs benutzt, um den Staat in die Luft zu sprengen, oder der Muthwille werde es anzünden, um sich einen Spaß zu machen. In Zürich aber denkt weder ein Mensch an das Stehlen, noch an Revolution, noch an Explosion, und die Pulvermagazine bleiben Jahr aus Jahr ein unbewacht. Das ganze Volk steht dort Schildwache. Da haben wir öffentliches Vertrauen, da haben wir öffentliche Rechtsgefühl, da haben wir öffentliche Freiheit! So erzieht die Freiheit sich selbst, so wird die öffentliche Freiheit zur öffentlichen Sicherheit, — wo nämlich keine Macht existirt, die in der Freiheit des Volks ihren Tod erblickt.

In Preußen ist jede eigne Lebensbewegung des Volks, von der Deputirtenthätigkeit bis zum Pulverknallen eines

Schuljungen herab, ein Todeszeichen für die Gewalt. Die Gewalt aber will am Leben bleiben, sie will es um jeden Preis, und da sie nur von dem einzigen Zentralpunkt des Kabinets ausgeht, so ist die Bewachung der Schlüsselbuchse eines Schulknaben eben so gut eine „königliche" Funktion, wie die Bewachung der Presse, und muß mit demselben „Ernst" und derselben Konsequenz und derselben Barbarei durchgeführt werden. Mag es sich um das Pulververgnügen bei einer Kirchenmesse oder um irgend eine andre Dummheit handeln, — wir legen auf die Art des Faktums an sich keinen Werth, — genug, jedes Kind, man möchte sagen, jede Maus kann in Preußen die ganze Staatsmacht gegen sich auf die Beine bringen und ein Blutbad veranlassen, weil die ganze Staatsmacht sogar gegen die Regung jedes Kindes und jeder Maus bestimmt und organisirt ist. Daß jede Regung unterbleibe und, wenn sie dennoch erfolgt, der Gewalt die Satisfaktion errungen werde, sie wieder erdrückt zu haben — das ist in Preußen der höchste Preis der Regierungsthätigkeit und an solchen Resultaten bewährt sich dort die berühmte „Festigkeit", der „feste, ruhige Gang der Regierung."

In einem vernünftigen Staat wird die Polizei von den Gemeinden, von den Bürgern selbst ausgeübt. Dort verbietet man nichts unnöthiger Weise; erfolgt aber ein Verbot, so beruht die Garantie der Befolgung in der ganzen Bürgerschaft. Ein ernstlicher Konflikt, in welchen ganze Massen um einer Bagatelle willen hereingezogen würden, ist dort gar nicht denkbar. In Preußen aber, wo der Riß der Gewaltherrschaft durch den ganzen Staat geht und ihn in zwei Hälften theilt, nämlich in die Königspartei mit ihrem ganzen ungeheuren Rüstzeug von Dienerschaft, und in die Bürgerpartei, welche von jener geknechtet und ausgebeutet wird, da muß

jeder Konflikt sofort ein Anstoß werden, der eine ganze Hälfte des Staatswesens in Bewegung setzt. Und dieser Zustand der Dinge ist, wie von der einen Seite die größte Kalamität, so von der andern die Vorarbeit für die Besserung, für die Revolution, gegen welche er ein Präservativ sein soll. So schlagen die Mittel zur Erhaltung des Unrechts ganz einfach um in Mittel zum Sturz des Unrechts. So muß der Zustand der Dinge auf die Spitze getrieben werden, wenn eine Revolution erfolgen und wenn sie bedeutend werden soll. In einem Staat wie Preußen kann ein Schuljunge die Revolution beginnen. Wir haben es in Köln gesehen, obschon dort kein politischer Gedanke das Skandal erzeugt hat. Einige Straßenbuben brennen Schwärmer ab; die hohe Polizei in ihrem „königlichen" Eifer muß die große Gefahr unterdrücken. Sie versucht es mit „königlicher Konsequenz" und „Festigkeit". Die Straßenbuben werfen mit Steinen. Die hohe Polizei haut mit Säbeln. Zu den Buben treten die Bürger; zu der Polizei treten die Soldaten. Die Hetze geht los; eine Verfolgung folgt der andern, eine Maßregel der andern. Die ganze Bürgerschaft wird implizirt; aus der Beohrfeigung einiger Straßenbuben wird eine Soldatenmörderei gegen die ganze Stadtbevölkerung. Da treten Bürger als Friedensstifter ins Mittel und der Kampf hört auf. Unterblieb diese Vermittlung — und wir wollen nicht entscheiden, ob die Zeit schon gekommen, wo ein Unterbleiben wünschenswerth gewesen wäre — so wurde der Kampf allgemein, politische Gedanken mischten sich hinein und — es hing von den Kölnern ab, die ganze Provinz und wahrscheinlich noch einige Länder mehr auf die Beine zu bringen.

Und das Militär? Nun, das Militär wird, wie wir hoffen, sobald das Volk ihm als solches, mit einer Idee auf der Fahne, gegenübersteht, den Beweis liefern, daß

es zu ihm gehört. Und dieß Einverständniß zu sichern, darauf muß mit allen Mitteln durch Aufklärung der Soldaten*), namentlich der Landwehrmänner hingewirkt werden. Das erste Regiment, das in Deutschland, namentlich aber in Preußen, zum Volk übergeht, kann das ganze Schicksal unseres Vaterlandes entscheiden. Es gibt schon manche gute Elemente unter dem Militär, sogar unter den Offizieren, auf welche die Sache des Volks im entscheidenden Augenblick bauen kann: aber es muß dahin kommen, daß das Militär massenweise infizirt wird, denn die Masse desselben, namentlich in einzelnen loyalen Landestheilen, z. B. in der Grafschaft Mark, in Pommern, Brandenburg u. s. w., ist noch in jenem rohen Taumel befangen, welcher den Soldaten zum blinden Sklaven nach der einen und zum viehischen Unmenschen nach der andern Seite hin umwandelt. Und zu diesem militärischen Vieh gehörten auch diejenigen, die in Köln mit so wohlfeiler Bravour ihre Flinten an wehrlosen Bürgern und schwachen Greisen versucht haben. Vieh, ja Vieh waren sie, wilde Thiere in Uniform, mit Tigerbestien und Negerbunden in eine Klasse gehörig und nur deßhalb noch zu den Menschen gerechnet, weil ihre Körperbedeckung zufällig von Schneider und Schuster gemacht war. Nichtswürdiger Zustand, wo der Mensch, sobald er eine rothe Jacke anzieht, zum Thier wird, das seinem Bruder, mit dem es vorher ein Herz und eine Seele war, plötzlich mit grinsenden Zähnen und gereckten Krallen gegenübertritt! Ein Kommando, ein bloßes Wort — und das Thier fällt über seinen Bruder her und würgt ihn, würgt ihn im Namen eines Popanzes. Statt sich gegen den Popanz zu wenden, statt sich gegen die Unterpopanze zu wenden,

*) Wir empfehlen, die „dreißig Kriegsartikel der neuen Zeit" von K. Heinzen massenweise unter das Militär zu vertheilen.

die es hetzen, würgt es sein eignes Fleisch und Blut und glaubt eine „Pflicht" gethan zu haben, wo es verdient hat, aufgeknüpft zu werden. Wahrhaft scheußlich sieht es mit uns und unsern Zuständen aus, so lang wir solche Verhältnisse noch dulden, so lang nicht einmal das barbarische Soldatenwesen uns zum Nachdenken bringt und zur Empörung.

Doch kehren wir zu den Kölner Bürgern zurück. Ein Ausschuß derselben legte sich also in's Mittel zwischen die „Menge" und das militärische Vieh. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Vermittlung hauptsächlich dem letztern zu gut gekommen, denn, wie wir hören, war die Erbitterung unter der Bürgerschaft so weit gediehen, daß sie leicht zu dem Entschluß zu bringen war, das militärische Vieh zu massakriren. Die „hohen Militär- und Civilbehörden" mogten dies ebenfalls erkannt haben, denn sie gingen bereitwillig darauf ein, dem Bürgerausschuß nicht bloß die Polizei an den bedenklichsten Punkten zu übertragen, sondern sie ließen es auch geschehen, daß die Wachmannschaften von den Bürgern gegen die aufgeregte Menge geschützt und von einem Posten auf den andern eskortirt wurden. Dies ist ausgemachte Thatsache, trotz allen Berichtigungen „hoher und höchster Behörden". Einen solchen moralischen Sieg hatte, so weit wir uns erinnern, in Preußen das Bürgerthum über das königliche Dienerthum noch nicht errungen. Die wichtigen Unterthanen waren auf einmal zu fungirenden Bürgern, ja sogar zu Beschützern des allmächtigen königlichen Dienerthums geworden; sie hatten den „königlichen Behörden" den Stab aus den Händen genommen, es war eine Fusion zwischen „königlich" und „bürgerlich" eingetreten, die heilige Scheidewand, welche das Eine vom Andern trennte, war durchbrochen, die Demokratie lauerte schon ganz frech

durch das Loch in das „königliche" Gebiet hinein — kurzum, es war plötzlich die bedenklichste Perspektive eröffnet, in deren Hintergrund Einsturz des Thrones, Revolution und alle Teufel zu erblicken waren. Die Sache war um so bedenklicher geworden, da den Bürgern im Drang der Umstände nicht bloß die Polizei, sondern sogar ein Theil der Justiz in die Hände fiel. Sie stellten Vernehmungen an, verhörten Zeugen, machten Protokolle u. s. w.

Das Alles, all dieß Unerhörte hatten die „hohen Behörden" an Ort und Stelle geduldet; denn sobald es an den Hals zu gehen droht oder überhaupt das Volk seine Krallen zu enthüllen beginnt, werden die gestrengen Herren, die in ruhiger Zeit nur vom Imponiren leben, zahm und bürgerlich. Zu Berlin indessen, wo man zwar ebenfalls vom Imponiren lebt, aber die Kölner Affaire mit mehr Ruhe überblicken konnte, fand man sofort den „königlichen" Punkt heraus, und da die Volksfluth sich wieder in ihr Bette zurückgezogen und das Heer der „königlichen" Dammwächter wieder sicher auf den befreiten Posten getreten war, so begann man sofort, das verlorene moralische Terrain wieder zu erobern. Es kam darauf an, das Bürgerthum wieder zu demüthigen und in dem königlichen Polizeinetz die zerrissene Masche wieder zu flicken, durch welche die Demokratie den Kopf emporzustrecken begonnen. Das Bürgerthum war in Köln „an's Aufspielen gekommen", wie der Pentarchist sich gelegentlich sehr bezeichnend ausdrückt; man mußte also Alles aufbieten, ihm die Karten wieder aus der Hand zu reißen, wieder von Regierungswegen aufzuspielen und die Bürger zum „Kleinbeigeben" zu bringen. Nun begann also das Trumpfen. Der Generalprokurator begann zu trumpfen, die Minister begannen zu trumpfen, die Majestät begann zu trumpfen. Eine größere Unverschämtheit ist in neuerer Zeit selten zu Tage gekommen, als diejenige, womit na-

mentlich die drei Minister in ihrem russischen Manifest von Berlin aus den Kölnern die Thatsachen diktirten, die sie in Köln gesehen und nicht gesehen haben sollten. Ein Despotismus ohne gleichen, den Leuten die eignen Augen wegdekretiren zu wollen, weil sie etwas gesehen, das nicht in den allerhöchsten Kram paßt! So weit ist man in Preußen schon mit dem „Berichtigen" gekommen. Fangen erst die Minister und sogar die Majestät an zu berichtigen, so berichtigen sie die Sonne vom Himmel weg, um das Berliner Licht an die Stelle zu hängen.

Was thaten nun die Kölner? Sie zeigten sich im Ganzen brav, und sogar ihr Magistrat, den rothen Aktenfetzen im Knopfloch, mußte sich bequemen, zu protestiren. Aber welche Protestation! Hier war es am Ort, „Bürgermuth" zu zeigen und den errungenen Sieg nicht wieder fahren zu lassen. Der Kölner Magistrat aber reichte eine Protestation ein, die eher wegen des erlittenen Unrechtes um Verzeihung zu bitten, als ein geschändetes Recht zu wahren geeignet war. Sogar in einem Moment, wo es galt, der frechsten Ministerfrechheit entgegenzutreten und eine viehische Barbarei der Schergen des Despotismus beim Kragen zu fassen, sogar in diesem Moment muß der Kölner Magistrat von der alten Salvation der „Treue" heimgesucht werden und bestrebt sich schließlich, in tiefster Unterthänigkeit zu „ersterben". Ersterben! Es ist schrecklich, daß sich noch immer keine Scham einfinden will, dies infame Wort der teutschen Sprache zu gebrauchen. Und nur in Preußen gibt es, so viel wir wissen, solche Leute, die noch immer an der Hundskrankheit des Unterthanenthums ersterben. Warum nicht deutlicher gesprochen, warum nicht geradezu krepirt? Es würde sich über die Maßen unterthänig ausgenommen haben, wenn der Magistrat von Köln, statt sich einfach zu unterzeichnen, seiner

Vorstellung den Schluß gegeben hätte: „die wir in tiefster Unterthänigkeit ersuchen als" u. s. w.

Wir haben es nicht unterlassen, diese Form der Selbsterniedrigung, die Andern als gleichgültig erscheinen mag, gerade bei dieser Gelegenheit zu brandmarken, da wir daran festhalten, daß ein Mensch, der nicht den Muth hat, solche erniedrigende Formen wegzuwerfen, noch weniger den Muth haben kann, ein Recht zu vertreten.

Der Kölner Magistrat ist also erstorben und die Berliner Infamie und Barbarei wird einstweilen wieder triumphiren. Das militärische Vieh wird mit einem blauen Auge davon kommen, einige Lieutenants werden wegen Uebertreibung der ritterlichen Treue befördert werden und — die Bürger haben ihren Stab begraben und ihr Recht.

Wir hoffen, daß das teutsche Volk sich aus der Kölner Hetzjagd dieselbe Lehre ziehen wird, die es aus der Leipziger Mörderei ziehen konnte. Diese Lehre heißt: kommt ihr einmal an's Aufspielen, namentlich mit Flinten und Pflastersteinen in der Hand, so spielt so lang auf, bis der Feind nicht mehr bekennen kann. Kommt er wieder an's Aufspielen, so läßt er euch, um euch für die Zukunft abzuschrecken, mit tückischer Rachsucht doppelt dafür büßen, daß ihr ihm einen Stich genommen, und sogar diejenigen, die als Wahrer der „Ordnung" und „Gesetzlichkeit" ihm wieder an die Vorhand geholfen, wird er züchtigen, weil er ihnen etwas zu verdanken hat. Wir haben das in Leipzig, wir haben es in Köln erlebt. Zum Dank dafür, daß die Kölner die Menge im Zaum gehalten, ist man ihnen später allem Gesetz zum Trotz mit der Polizei ins Haus gefallen und hat sie in Untersuchung gezogen. So in's recht, so müssen die Bürger belehrt werden. Seht ihr nun ein ander Mal das Volk wieder die Faust erheben, so haltet sie nicht zurück, wenn der Moment euch günstig erscheint, sondern gebt ihm die

rothe Fahne und das Schwert in die Faust und stellt euch an seine Spitze. Der edle Herr Thronfolger, der sogenannte Prinz von Preußen, ein Mensch, der hauptsächlich durch seinen Schnurrbart verräth, daß er einen Kopf besitzt, hat in Königsberg gesagt, man müsse in Zukunft entschiedener von den Waffen Gebrauch machen, wenn das Volk sich wieder rege, wie in Köln. Und wie dieser edle Schnurrbart, so denkt auch sein bartloser königlicher Bruder. Wir hoffen, daß ihr euererseits eben so entschieden werdet denken lernen, und um euch darin zu ermuntern, lassen wir hier noch den Brief eines „Kölners an seine Mitbürger" folgen, welcher kürzlich am Rhein kursirt hat:

„Wir haben in der letzten Zeit wieder eine Probe von dem großen Glücke erlebt, das uns von der preußischen „Krone" zugedacht ist. Die zertrümmerten Häuser, die Blutspuren auf den Straßen, das Schmerzgeschrei im Lazareth, die stumme Grabesruhe zu Melaten — alles das sagt es uns mit vernehmlicher Stimme, unter welchem väterlichen Regiment wir leben. Und doch haben wir diese Sprache noch nicht alle verstanden, wie sie verstanden werden muß. Erlaubt daher einem eurer Mitbürger, sie in gut Rheinisch zu übersetzen.

„Bei allen Erscheinungen im Leben und in der Geschichte muß auf den eigentlichen Grund, auf das Prinzip zurückgegangen werden, wenn sie gehörig verstanden und gewürdigt werden sollen. Thun wir dies in Bezug auf die russischen Barbareien, welche jüngst von verthierten Sklaven in unsern Straßen verübt worden sind, so führen sich dieselben ganz einfach auf das russische Regierungsprinzip zurück, das in Berlin so gut seinen Sitz hat wie in Petersburg. Dieses Prinzip, wonach das Volk nur geboren ist, um wie eine Heerde Vieh als Eigenthum des Zaaren sich nach dessen Belieben treiben, aus

beuten und schlachten zu lassen, erzieht in dem einen Theil des Volks eine Schaar von Henkern und Hetzhunden, die es Militär und Polizei nennt, um damit den andern Theil auf dem gehörigen Standpunkt der Sklaverei zu halten und zu Paaren zu treiben, wenn er ein eigenes Lebenszeichen von sich geben sollte. Diese Erziehung — und sie kostet uns Preußen jährlich 30 Millionen Thaler! — welche unsern Söhnen den Despoten in Berlin als einen zweiten Herrgott karnellt und durch Furcht und Lügen den blinden Gehorsam gegen seine und seiner Helfershelfer Befehle zu göttlichen Geboten macht, bringt es dahin, daß der eine Theil des Volks, sobald er eine Sklavenuniform am Leibe hat, seinen Ursprung und seine Menschennatur völlig vergißt, daß er seinen Mitbürgern und Brüdern völlig entfremdet wird, daß er das nicht uniformirte Volk als seinen Feind betrachten lernt und, statt sich mit demselben zur Verjagung der Despotenhetze zu vereinigen, bei jeder Gelegenheit an ihm zum Helden und Mörder zu werden sucht. So ist denn der Grund der Bürgerschlächtereien, wie wir sie in Schlesien, in Köln u. s. w. erlebt, nicht zunächst in der Seele der Sklaven zu suchen, welche sie verübt haben, sondern in der Erziehung und Staatseinrichtung, welche diese Sklaven zu Unmenschen und Kannibalen macht, damit der Herr in Berlin und seine Helfershelfer über ihrem Unterdrückungswerk ruhiger schlafen können. Es versteht sich von selbst, daß nebenbei auch der Eifer windiger Helden, welche man uns von Berlin als sogenannte Offiziere zuschickt, das Seinige thut, um in der Niedermetzelung unschuldiger Bürger und wehrloser Greise die „Ritterlichkeit zu übertreiben." Erinnert ihr euch noch dieses Worts, womit der gekrönte Unmensch in Berlin einen Lieutenant belobte, der im Namen seiner Majestät einen Referendar totgeschossen hatte? In Köln haben wir jetzt wieder die

Früchte dieſes Berliner Ruſſenſaamens reifen ſehen, denn, glaubt es mir, in dem Benehmen der Knechte ſpricht ſich nur der Geiſt aus, den ihnen ihr Herr eingeflößt hat. Wenn die Mörder — ja Mörder ſind ſie —, welche wir jüngſt in unſern Straßen umherſtreifen ſahen, ſtatt des Strangs, den ſie eher verdient haben, als ein Tſchech, ein Ehrenband erhielten, ſo würde ich mich nicht im Mindeſten darüber wundern. Jedenfalls werdet ihr euch ſehr irren, wenn ihr erwartet, daß ſie nach Verdienſt gezüchtigt werden. Hätten ihr aber nur den zehnten Theil der Schandthaten verübt, womit ſich dieſe Obriſten, Lieutenants, Polizeikommiſſäre, Gendarmen und Hetzhunde gebrüſten, ſo könntet ihr euch auf Zuchthaus und Schaffot ſo ſicher gefaßt machen, wie das Morgen auf das Heute folgt.

„Welche Lehren und welche Verſätze, meine Mitbürger, werden wir nun wieder aus den gemachten Erfahrungen zu ziehen haben? Zunächſt müſſen wir den natürlichen Haß, der jetzo rheiniſche Herz gegen das falſche, heuchleriſche, durch und durch ruſſiſche Berlinerthum erfüllt, auf das gehörige rheiniſche Maaß bringen, damit wir für die Zeit vorbereitet bleiben, wo wir die Despoten mit ihren Knechten wieder aus dem Lande jagen, und ſtatt des ſervilen, niederträchtigen „Protektorats“ das republikaniſche Banner auf unſern Dom pflanzen können. Dann aber müſſen wir, dieß Ziel im Auge, den Geiſt der Einrichtungen, unter denen wir leuſzen, gehörig in allen Stücken würdigen lernen und unſern Söhnen einen andern Geiſt in die Seele pflanzen. Namentlich müſſen wir ſie, ehe ſie Soldat werden, mit dem Weſen des ſchlechten Soldatenthums bekannt machen und ihnen tief einprägen, daß ſie ſich durch den bunten Rock nicht verleiten laſſen mögen, zu vergeſſen, wer ſie ſind, nämlich unſre Söhne, unſre Brüder, unſre Mitbürger, die uns

schützen, aber nicht morden sollen. Flößen wir ihnen bei jeder Gelegenheit einen solchen Geist ein, so werden wir das Exerzieren und das Bajonnetteglänzen, das wir bis jetzt so gedankenlos angegafft haben, mit andern Augen betrachten und namentlich unsre Landwehr als das ansehen können, was sie ihrem Namen nach sein soll und hoffentlich einst werden wird. Auf das Soldatenthum überall einzuwirken — das sollte überhaupt jeder Freund der Freiheit sich zur Aufgabe machen, denn nur durch das Soldatenthum besteht aller Despotismus und alles Unglück fort, worunter wir seufzen und zähneknirschen.

„Doch genug für dieses Mal. Ich schließe mit dem Ruf: Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik! Nieder mit dem Berlinerthum! *) Aber, meine Mitbürger, — keinen vorzeitigen Krawall, kein leichtsinniges Skandal! Dergleichen ist nur Futter für die Polizei. Wartet die rechte Zeit ruhig ab. Erscheint sie aber, dann auch mit Todesverachtung hinein und die bürgerliche Landwehr mit der neuen Fahne voran!

Euer treuer Mitbürger."

*) „Unter Berlinerthum und Preußenthum verstehen wir natürlich nicht unsre preußischen Brüder im Norden und im Osten, die mit uns die freie Gesinnung wie den Druck der Tyrannei theilen, sondern die Begründer und Ausüber dieser Tyrannei, nämlich den Zaar mit Familie und Gehülfen, mit Generälen und Diplomaten, mit Büreaukraten und Agenten, mit Bütteln und Henkern."

Der Schleswig-Holstein'sche Nationallärm.

Im Namen der Republik nur die Nation,
nicht im Namen der Nation die — die Monarchie!

„Was ist des Chinesen Vaterland?" Wenn ihr teutschen Nationalen mit dem chinesischen Vollblut das Arndt'sche Lied, in dieser Weise durchgeführt, von einer Gesellschaft „patriotischer" Chinesen singen hörtet, was würdet ihr denken? Was würdet ihr sagen? Ihr würdet ein lautes Gelächter der Ueberlegenheit aufschlagen und euch über die Prätensionen wundern, daß auch ein Chinese von einem Vaterland spricht und patriotische Lieder singt. Und doch, warum soll das ein Chinese nicht eben so gut wie ihr? Hat nicht ein Chinese so gut wie ihr in seinem Vaterland „gesetzliche" Stummheit zu beobachten, ist er nicht so gut wie ihr „getreuer Unterthan," wird er nicht so gut wie ihr mit Kabinetsordres und geheimer Justiz beglückt, liegt er nicht so gut wie ihr vor Herrgöttern auf den Knieen, die hinter den Gardinen des Kindbetts zur Welt gekommen sind, stellt er nicht so gut wie ihr diesen Herrgöttern „Gut und Blut" zur Verfügung, kann er nicht so gut wie ihr „ersterben" als „allerunterthänigster" Hund, kurz, ist er nicht

ſo gut wie ihr ein patriotiſcher Lump und Sklave? Warum wollt ihr ihm denn das Recht abſprechen, für ſein „Vaterland", für ſeine „Nation," in welchen, und mit welchen, und durch welche er ſo herrliche Dinge erlebt, ſich eben ſo zu begeiſtern und ebenſo in den hohlen Harniſch zu ſingen wie ihr?

Auch ohne weitere Ausführung glauben wir jedem Teutſchen, dem das nationale Pathos noch ein Gran Vernunft übrig gelaſſen hat, durch die vorſtehenden Fragen nahe gelegt zu haben, daß erſt der Inhalt eines Vaterlandes und einer Nation es iſt, wodurch beide einen Werth und wodurch ſie das vernünftige Recht erhalten, ſich geltend zu machen; daß es aber die hohlſte Unvernunft und Renommiſterei der Welt iſt, mit einem „Vaterland" und einer "Nation" zu prahlen, die es nicht einmal zu den Elementarbegriffen von Menſchenrecht, von Volksfreiheit und Nationalehre gebracht haben. Sich für eine Nation begeiſtern, die keine Freiheit und keine Ehre hat, heißt, ſich für die ſleiſchgewordene Sklaverei und Schande begeiſtern, und mit dieſer Sklaverei und dieſer Schande zu prahlen, iſt die tiefſte Niederträchtigkeit, wozu es das Weſen, das ſich Menſch nennt, auf dieſer Erde bringen kann; es iſt die Verzweiflung des Serviliſmus, dem zuletzt, um nicht zum Selbſtmörder zu werden, nichts übrig bleibt, als ſich ſelbſt ein Würdigkeitsatteſt auszuſtellen und damit zu prahlen. Und ſolcher Servilen gibt es in Teutſchland — nicht Tauſende, ſondern Millionen! Sie finden ſich in allen Klaſſen, unter den Bürgern, wie unter den Soldaten, unter den Schriftſtellern, wie unter den Beamten, unter den Bauern, wie unter den Profeſſoren. Der Eine iſt ſervil oder niederträchtig aus Geſinnung, der Andere aus Konfuſionen; der Eine iſt es unbewußt, der Andere ſogar aus Berechnung.

Wir ſprechen unſern Landsleuten im Allgemeinen einſt-

weilen nicht blos die Berechtigung ab, nationalstolz, sondern auch die Berechtigung, national zu sein, denn nur das Volk bildet die Nation, und nur ein freies, sich selbst bestimmendes Volk ist wirklich ein Volk; ein unfreies ist nur eine Heerde. Wenn die gemeinsame Abstammung und Sprache das Wesen und den Werth einer Nation ausmachen, ohne Rücksicht darauf, wozu diese Abstammung und Sprache es in der Welt bringen, so haben nicht bloß die Chinesen und Lappländer, so hat sogar, um einen naheliegenden Uebergang zu wählen, das Vieh im Stall ein Recht zum Nationalstolz, denn der junge Ochse ist so vollblütig, wie seine Väter waren, und brüllt dieselbe Harmonie, die sein Großvater gebrüllt hat. Der Ochse hält fest mit, leider bewußtloser „Treue" und „Pietät" an der „Art seiner Väter", und dennoch oder vielmehr eben deßhalb ist und bleibt er ein Ochse. Zwischen ihm und dem Chinesen besteht bloß der Unterschied, daß er nicht die Fähigkeit hat, anders zu werden, als er ist, daß er folglich um hundert Prozent höher steht, als der Chinese, welcher bleibt, was er ist, obschon er anders werden könnte.

Wir wählen absichtlich starke Beispiele, denn es gibt in Deutschland Chinesen, die ihre Muttersprache nur verneben, wenn sie mit dem Ochsenziemer geschrieben wird. Unsere Nationalen sehen es nicht ein, wollen es nicht einsehen, daß ihre Nationalbegeisterung, wo sie laut werden darf, niemals das betrifft, was den eigentlichen Stolz und Kern einer Nation bildet, nämlich niemals ihre Volksfreiheit, niemals ihre innere Ehre, niemals ihre wahre Würde, kurz, niemals das Volk selbst, sondern immer nur direkt oder indirekt dessen Eigenthümer, dessen Treiber. Begeistert euch für eure Freiheit, und ihr werdet stumm gemacht; begeistert euch für das Volksrecht und

ihr werdet stumm gemacht; begeistert euch für euch selbst oder eure Vorkämpfer, und ihr werdet stumm gemacht. Begeistert euch dagegen für eure vermoderten Vorfahren, und ihr dürft sprechen; begeistert euch für euern historischen Unsinn, und ihr dürft singen; begeistert euch für eure angestammten Eigenthümer, und ihr dürft jubeln. Singt von Demuth und ihr werdet belobt; singt von Treue und ihr werdet belohnt; singt von Unterthänigkeit und ihr erhaltet einen Orden; singt dagegen von dem Krieg der Knechte gegen die Despoten und ihr werdet in den Kerker geworfen. Zeigt die Zähne gegen die Franzosen und ihr werdet mit Gnade beschüttet; zeigt sie den Russen und ihr werdet mit der Knute bedroht, denn in Frankreich ist es die „Nation", welche entscheidet, mithin nicht auf der Seite eurer angestammten Sklavenzüchter steht; in Rußland dagegen ist es der Patron der Sklavenzüchter, welcher befiehlt, mithin seinen Schützlingen in Teutschland seine Gnade entziehen könnte, wenn die Teutschen, statt die Nationalsprache von Sklaven, die Nationalsprache eines Volkes zu reden begännen.

Wo in besteht denn nun eigentlich der Werth und der Inhalt und die Berechtigung eurer Nationalität? Ihr müßt schweigen und erröthen!

Gesetzt, es gäbe kein anderes Volk auf der Welt, als das teutsche. Würdet ihr auch dann noch singen: „Was ist des Teutschen Vaterland"? Würdet ihr dann auch noch „national" und „patriotisch" sein? Würdet ihr auch dann noch „Teutsch", „Teutsch", „Teutsch" rufen und „Teutsch" ohne Ende? Sicher nicht. Ihr würdet dann nicht daran denken, „Teutsche" sein zu wollen, sondern euch begnügen, Menschen zu sein. Hierdurch wird es also klar, daß die Nationalität nichts für sich ist, mithin auch für sich keinen Werth und keine Bedeutung hat, daß sie also nur einen Sinn erlangen

kann im Gegenſatz zu einer zweiten Nationalität, während das Menſchſein für ſich und unter allen Umſtänden Aufgabe und Zweck des Menſchen iſt. Wenn nun aber die Nationalität nur zur Sprache kommen kann im Gegenſatz zu einer andern Nation, ſo folgt hieraus u. A. Zweierlei, nämlich:

erſtens, daß ſie dieſen Gegenſatz nur geltend zu machen eine vernünftige Berechtigung hat, wenn die entgegengeſetzte Nation eine ſchlechtere iſt, alſo eine weniger freie, eine weniger gebildete, eine weniger achtenswerthe u. ſ. w.;

zweitens, daß die Nationalität, als Entgegenſetzung gegen etwas außerhalb der Nation Stehendes, nun und nimmer im Stande ſein kann, dasjenige zu erſetzen, was in der Nation ſein ſoll und muß, nämlich die innere Volksfreiheit.

Dieſe zwei Punkte ſind es namentlich, welche unſern Nationalen nicht in den Kopf wollen und ſollte man ſie ihnen mit dem Hammer hineintreiben. Sie fahren fort bis in alle Ewigkeit, den eingebläuten Haß und Dünkel gegen andere Nationen zur Schau zu tragen, welche zwar das Recht haben, ſie in politiſcher Hinſicht bis in Grund und Boden zu verachten, aber nicht — „teutſch" ſind; ſie fahren fort, aus Begeiſterung für ihren Sklavenpferch allen Völkern, die aus dieſem Pferch in einen freiern Zuſtand verſetzt wurden, dieſe Untreue gegen die Sklaverei zum Nationalverbrechen zu machen, weil ſie doch urſprünglich — „teutſch" ſeien, weil ſie alſo von Mitgliedern des unglücklichſten, des bedauernswerthesten, des verachteſten Volks der Erde an das Licht der Welt geſetzt worden, ihre Abſtammung aber — wieder gut gemacht haben. Eben ſo fahren ſie fort, die wahrhaft empörende Vertröſtung feſtzuhalten und zu kultiviren, daß dieſer durchaus unberechtigte, durchaus ſinnloſe, durchaus nichts-

würdige genealogische Dünkel eine positive Tugend sei, daß er zur Erstarkung der Nation beitrage, daß er die Einheit befestige, kurz, daß er einen Ersatz biete für das, was gar nicht zu ersetzen ist, nämlich die Ehre und die Stärke eines freien, durch sich selbst und für sich selbst lebenden Volkes.

In den nationalen Ereiferungen, worin die Teutschen sich bei jeder Gelegenheit ergehen, spiegelt sich in der Regel nur die Sklavennatur ab, die sie sich haben anerziehen lassen und die sie mit der Wurzel ausrotten müssen, ehe sie ein wirkliches Volk werden können. Wer ist es, der bei jenen Ereiferungen bis jetzt einzig seine Rechnung findet? Eure Unterdrücker, sonst Niemand. Sie sind durch euren Eifer vor der Gefahr gesichert, daß ein auswärtiger Feind an ihren Thron, an ihre Krone rühre. Mag es unterdessen da drinnen zugehen, wie es wolle, das kümmert sie und euch nicht. Ihr erhaltet sie, ihr bleibt ihnen „treu", ihr habt stets Gut und Blut bereit für Fürst und Vaterland, d. h. für den Fürsten und eure Sklaverei. Deshalb sind es auch eure Fürsten, welche im Teutschrufen vorangehen und ihre Herzensfreude daran haben, daß ihr so teutsch aus dem Schlaf auffahrt, wenn etwa in Frankreich, wo ihnen früher eine so scharfe Ruthe gebunden worden, sich ein Gelüste nach teutscher Erde kund gibt. Deßhalb ist auch der König von Berlin mit den früher so verhaßt gewesenen Patrioten, die, als bloße Geschöpfe der Freiheitskriege, stets das Gesicht nur nach Außen gekehrt haben, jetzt ein Herz und eine Seele, und findet in ihnen seine Hauptstütze. Die Nationalität ist bei euern Treibern ein bloßer Spekulationsartikel geworden, den sie euch nach gewissen Seiten hin frei geben, um euren gutmüthigen Eifer zu beschäftigen und euch als Vertheidiger des Throns, d. i. eurer Sklavenzustände, in Athem zu halten. Wäre die teutsche

Nationalität nicht gegen freie Völker, namentlich gegen die Franzosen, zu gebrauchen, wäre Teutschland z. B. ringsum von Rußland umgeben, es fiele euren angestammten Teutschthümlern nicht ein, euch im Teutschthum zu bestärken, und fiele es ihnen ein, so würden sie es nicht wagen, aus Furcht vor ihrem Patron in Petersburg.

Wir sagten, daß es nur eure Treiber seien, die bis jetzt bei euern Nationalereiferungen ihre Rechnung finden. Man wird hiergegen protestiren und das Interesse des Volks ebenfalls geltend machen. Welches ist dieses Interesse? Um über diesen Punkt klar zu werden, müssen wir wieder auf die Entgegensetzung der einen Nation gegen die andere zurückgehen. Wir müssen den Fall annehmen, daß Teutschland seine Unabhängigkeit wirklich gegen ein anderes Volk zu vertheidigen habe, und fragen in diesem Fall bloß: ist das andere Volk besser und freier, würde also Teutschland, wenn es mit demselben vereinigt wäre, besser und freier sein, als es jetzt ist oder werden kann? Dies ist der einzig rationelle Punkt, warum es sich handeln kann. Seine Unabhängigkeit gegen Rußland zu vertheidigen, hat Teutschland jederzeit die triftigsten und haltbarsten Gründe, denn als Russen würden wir zehn Stufen tiefer stehen und stehen bleiben, als jetzt; seine Unabhängigkeit gegen Frankreich zu vertheidigen, hat Teutschland dagegen keinen vernünftigen Grund, im Fall es nämlich ohne Frankreich — bleiben sollte, wie es jetzt ist. Wir gestehen es offen, daß wir, wenn Teutschland auf seiner jetzigen Stufe stehen zu bleiben bestimmt sein könnte, dasselbe, hätten wir die Macht dazu, auf der Stelle an Frankreich „verrathen" und dadurch der teutschteste Teutsche zu sein glauben würden. Bedauert irgend ein vernünftiger Mensch die Elsaßer und Lothringer, daß sie Franzosen geworden? Man kann ihnen nur dazu gratuliren, daß sie schon so lange Jahre der teutschen

Erniedrigung entrückt sind, und wenn ihr fragt, ob sie wieder Teutsche werden wollen, so werdet ihr bei ihnen selbst die beste Antwort finden. Was ein Volk an das andere zu verlieren hat, das allein entscheidet über den Werth und Zweck seiner Entgegensetzung gegen dasselbe. Man hat uns in den Schulen den Patriotismus der Hellenen gegen die Perser einträufeln lassen, damit wir ihn in den Patriotismus der Teutschen gegen die Franzosen übersetzen sollten. Wir haben das gethan, ohne zu bedenken, daß die Hellenen die schönste Freiheit zu vertheidigen hatten, während uns nur die schönste Unfreiheit zu vertheidigen blieb. In solcher Konfusion sind wir aufgewachsen, und wir befleißigen uns ihrer noch immer.

Und dennoch sollen die Teutschen eben so wenig Franzosen werden als Russen! Wir gelangen nun zu dem entscheidenden Punkt, wo die so oft blamirte, von uns wie von Andern so scharf gegeißelte teutsche Nationalitätswuth dennoch zum Theil ihre innere Rechtfertigung findet. Diese Entscheidung hängt an der — **Zukunft** Teutschlands und dem **Glauben** an diese Zukunft. Sie allein sind es auch, die den bessern Theil unserer Nationalen innerlich beseelen, aber diese haben den Fehler begangen, sich keine klare Rechenschaft darüber zu geben und sind dadurch mittelbar auf die Seite der schlechten Nationalen getreten, deren Lebenselement die wüste Vergangenheit und die nichtswürdige Gegenwart der teutschen Nation ist mit allem Dem, was jene Vergangenheit und diese Gegenwart erzeugt hat, nämlich mit dem ganzen Fürsten- und Religionsströdel.

An diesem Punkt sollten wir Teutschen uns scheiden! Die bewußten und freien Nationalen sollten in scharfer Trennung von den Romantikern, Reaktionären und Vermittlungsmännern sich unter dem Banner vereini-

gen, welches über der Zukunft Teutſchlands wehen wird, und dieſes Banner iſt das republikaniſche. Was kann uns in unſre Vergangenheit zurückziehen, was in unſrer Gegenwart erheben? Nichts, gar nichts! Nur das geiſtige Gebiet, die teutſche Wiſſenſchaft und Literatur allein iſt es, was da werth wäre, in unſre Zukunft übernommen zu werden; alles Andre iſt wüſter Traum, iſt Unfreiheit und geſchichtlicher Plunder, den die Zeit in ihrer Rumpelkammer begraben mag.

Teutſcher Patriotismus iſt alſo vernünftiger Weiſe nichts Andres, als der Glaube, daß das teutſche Volk in Zukunft ein freies, geachtetes Volk ſein werde, und der aus dieſem Glauben entſpringende Eifer, an dem Werke der künftigen Befreiung, d. i. Republikaniſirung Teutſchlands mitzuarbeiten, und zu dieſem Zweck auch die nationale Integrität Teutſchlands zu ſchützen. Dieſer Eifer aber richtet ſich, wie ſich von ſelbſt verſteht, vorzugsweiſe nach Innen, wenn er auch das Ausland nicht aus dem Auge läßt; er richtet ſich auf die Mittel der innern Freiheit, und in dem Maße, wie er über die Mittel und Bedingungen dieſer Freiheit klar wird, erhebt er ſich zur Entſchiedenheit und Würde politiſcher Mündigkeit; je mehr er aber hin und her ſchwankt, je mehr er das Schlechte der Vergangenheit mit dem Guten der Zukunft durcheinander wirft, und dem Einen wie dem Andern ſein Streben widmet, deſto konfuſer, deſto verfehlter und nach Umſtänden lächerlicher muß dies Streben ſein. Wer von der Zukunft Teutſchlands redet und ſich dabei z. B. „vertrauensvoll" an die Fürſten wendet, welche allein von der ſchlechten Vergangenheit leben und uns eine eben ſo ſchlechte Zukunft bereiten möchten, der baut auf den Gefangenwärter die Hoffnung ſeiner Befreiung.

Alſo der Glaube an die Zukunft Teutſchlands! Dieſer Glaube iſt es, dem die Einen unbewußt ſich hin-

gaben, indem sie für Teutschland im Allgemeinen sich mitbegeisterten, dieser Glaube aber ist es auch, der die Andern innerlich festhält, welche sich scheinbar vom teutschen Volk lossagen, weil sie theilweise an ihm verzweifelten. Ehe man sich von seinem Volk lossagt, muß man gänzlich an ihm verzweifeln und dieß thun Wenige. Der stets nachhaltige Grund, warum man, selbst als Kosmopolit, an seinem Volk festhalten muß, so lang man kann, ist der, daß man in seinem Volk die Hauptbedingungen findet, sich als Mensch zu bethätigen und für die Zwecke der Menschheit zu wirken. Nicht die „Abstammung," nicht das Kleben an der Scholle, nicht der Name, nicht die geschichtliche Erinnerung, kurz überhaupt nicht das Gemüthliche ist es, was dem Vernunftmenschen, namentlich aber dem Politiker, das Festhalten an seinem Volk werth und nöthig macht, sondern das Verwiesensein, das durch Erziehung, Sprache, gemeinsames Einleben in bestimmte Zustände, gemeinsame Betheiligung an bestimmten Zwecken bedingte Verwiesensein in den nationalen Kreis ist es, was, so lang es noch gesonderte Nationen gibt, mindestens in praktischer Beziehung Jeden zum Nationalen machen muß, der sich überhaupt an politischen Bestrebungen betheiligt. Kann ein Mensch seine höhern Bestrebungen — und das Freiheitstreben ist immer das höchste — in einer fremden Nation besser verfolgen, als in seiner eignen, so gibt es für ihn keinen Grund, an der letztern festzuhalten; steht aber seine Nation höher, als andere, so ist er durch das ideale Interesse auf sein Volk verwiesen, wie durch das pratische, und er wird dann mit um so größerm Recht „national," d. i. stolz darauf sein, zu dem besten Volk, d. i. zu den besten Menschen zu gehören.

Fassen wir es nochmals in ein Wort zusammen, was den Gedanken eines vernünftigen teutschen Nationalen

ausmacht: Die Zukunft Teutschlands oder gänzliche Befreiung von seiner politischen Vergangenheit, d. i. die künftige teutsche Republik. Teutscher Nationaler und teutscher Republikaner sollte gleichbedeutend werden, nachdem bis jetzt teutscher Servilismus und teutscher Nationalismus gleichbedeutend gewesen sind. Das Gefühl, die Gewißheit, daß das teutsche Volk durch alle die großen Vorzüge der Lage, des Charakters und des Geistes, die es bis jetzt nur zerstreut und spärlich geltend gemacht, ja die es von seinen Fehlern bewußtlos hat vernichten und überwuchern lassen, in einem freien, d. i. republikanischen Staatsleben sich zum ersten der Welt erheben würde, dieses Gefühl, diese Gewißheit ist es, was uns aufrecht erhalten muß, wo die Zustände der Gegenwart uns nur Unmuth und Ekel einflößen können. Also dieser Zukunft gilt unsre Begeisterung, dieser Zukunft unser Streben, ein Streben, das um so energischer sein muß, je mehr es auf den Rückhalt „historischer" Zustände verzichtet. Wir erkennen den Keim eines großen Volks in der teutschen Nation, und diesen Keim zu treiben, zu pflegen, zu schützen, damit er recht bald zu einem Baum sich entwickele, das ist die Aufgabe jedes wahren Teutschen.

Blicken wir nun aus den im Vorstehenden aufgestellten Gesichtspunkten auf die Schleswig-Holstein'sche Frage hin, welche gerade für unser Thema eine besondere Belehrung liefert. Es kann uns dabei nicht einfallen, von den Pergamenten Notiz zu nehmen, welche man vor uns entrollt, um darzuthun, daß diese oder jene „Linie," daß der „Mannsstamm" oder eine Nachthaube ein Recht zu „succediren" habe. Ob die Ruthe, die den schleswig-holstein'schen Rücken striegeln soll, eine oldenburgische oder augustenburgische oder eine dänische ist, das gilt uns im Grunde ganz gleich, da wir eben keine Ruthe wollen. Die Vorzüge und die „Legitimität" der einen oder der andern

zu untersuchen und durch Nachweisung widersinniger Fürstenrechte den Ausspruch eines Volks zu begründen oder zu ersetzen, das ist eine Arbeit, die man den servilen teutschen Professoren und den konfusen teutschen Adreßschreibern und den willenlosen teutschen Protestmachern überläßt.

Vor Kurzem hat ein Staat, in welchem Schleswig-Holstein wie ein Punkt verschwindet, wir meinen Texas, sich an die nordamerikanische Union angeschlossen, ohne Schwertstreich, ohne Lärm, ohne Adressen, ohne Proteste. Der Anschluß war nach seinem Sinn, war in seinem Interesse, und deßhalb, bloß aus diesem einfachen aber zureichenden Grunde, wurde Texas ein Glied des großen Bundes. Und es war nicht einmal „stammverwandt!" Wäre Schleswig-Holstein oder wollte es sein wie Texas, d. i. ein freier Staat, d. i. eine Republik, so würde es auch handeln wie Texas; und wäre Teutschland eine republikanische Union, wie Nordamerika, so würde es nicht bloß Schleswig-Holstein, es würde das ganze Dänemark, es würde Holland, es würde die teutsche Schweiz, kurz alle die Länder, welche es jetzt als entlaufene Kinder betrachtet, durch Anschluß in seine Föderation ziehen, weil erst dann diese Länder ein Interesse dabei hätten, ihre isolirte Stellung mit der Einfügung in ein freies und mächtiges Volk, welches sich jetzt bloß auf die geistlose „Stammverwandtschaft" berufen kann, zu vertauschen.

Diese Beweisführung mag einem Professor als eine etwas summarische erscheinen, sie erschöpft aber im Grunde die ganze Frage. Wollt ihr, daß Fürsten nicht mehr über eure Sympathieen und eure Volkseintheilung disponiren, wohlan, so disponirt ihr über eure Fürsten und spart alle Adressen und Proteste. So lang ihr aber Fürsten „angehören" wollt, begeht nicht die Lächerlichkeit, euch

darüber zu wundern, daß die Fürsten mit euch, ihrem Eigenthum, schalten nach Belieben.

Vom vernünftigen, d. i. republikanischen Standpunkt aus, kann man in der That kein anderes Wort von der Sache sprechen; dies Wort aber ist ein sehr inhaltschweres. Blickt einen Augenblick um euch. Wohin ihr in Europa das Auge richtet, ist es die Kabinetspolitik, sind es die Intriguen und Spekulationen der Dynastieen, welche die Völker in Verwirrung bringen und aus einem Jammer in den andern stürzen. In Spanien zerfleischt sich das Volk jetzt schon ein halbes Menschenalter hindurch, weil es einen Werth darauf legt, ob ihm eine karlistische oder eine christinische Raube gebunden wird, statt sich von allen zusammen zu befreien. Und an dieser Raubenbinderei hat sich nun auch die französische Dynastie betheiligt und uns damit einen Anfang gemacht, dessen Ende gar nicht abzusehen ist. In Deutschland wühlt der Rattenkönig der Dynastieen schon Jahrhunderte lang durch das Land umher, und hat in neuerer Zeit alles Mögliche gethan, auch den russischen Rattenschwanz in seine Verschlingungen zu verflechten.*) So flechten und backen sie von allen Seiten unter einander und durch einander, und jede Flechterei und Backerei führt für die verblendeten Völker immer neue Verwickelungen herbei. Ehe man sich's versieht, taucht hier ein Aufruhr auf und dort, wird hier ein Perga-

*) Würtemberg — o der doppelten Schande! — weiß sich gar nicht vor Freude zu lassen, daß ihm ein russisches Weibsbild seine künftigen Oberherrscher gebären soll. Nun ist das Weibsbild angelangt, so darf schon kein anderthalbes Wort mehr in Würtemberg erscheinen. Diese Hofgazetten werden schon weiter fahren, nur Geduld! Warum ist denn die Frau des russischen Sultans nicht fruchtbarer gewesen? Hätte sie ein ganzes Regiment Töchter geboren, in Deutschland wären sie sämmtlich naturgebracht und angebetet worden. In solchen Dingen sind die Deutschen nicht — „national"!

ment entfaltet und dort, wird hier ein Taufschein geltend gemacht und dort, wird hier ein Ehevertrag produzirt und dort, wird hier ein Testament hervorgezogen und dort. Bald hat ein „Stamm," bald ein „Haus," bald eine „Linie," bald eine „Seitenlinie," bald ein „Agnat," bald ein „Kognat," bald ein „Aszendent," bald ein „Deszendent" das „Successionsrecht," d. i. das Recht, sich einem Volk auf den Nacken zu setzen. Kurz, wo nur irgend in der Welt eine durchlauchtige oder allerhöchste Henne ein Ei gelegt hat, da kriecht zur geeigneten Zeit ein Geschöpf hervor, um ein Volk, welches das harte Schicksal traf, seinen Treiber zu verlieren, als „legitime" Beute in Beschlag zu nehmen und auf eine neue Weise zu treiben. Das ist Völkerleben, das ist Geschichte! Wenn man dieses Panorama von Wahnsinn und Erniedrigung vor sich entfaltet sieht, möchte man aller europäischen Geschichte den Rücken kehren und sofort auf die See eilen, um nie wieder dieses Paradies der Fürstenbeckerei zu betreten. Es wird einst zu den Wundern der Welt gerechnet werden, daß im 19. Jahrhundert die europäischen Völker sich noch um die Ehre geschlagen haben, ob sie diesen Prinzen füttern sollten oder jenen, ob sie von diesem gefressen werden sollten oder von jenem!

Schreckliches Schicksal, wenn plötzlich alle Prinzessinnen unfruchtbar würden, wenn die Gnade Gottes, die schon so viel hat leiden müssen, endlich erschöpft wäre, und ihr getreuen Unterthanen mit den Menschen von Gottes Gnaden die Verzweiflung des Aussterbens vor Augen sehen müßtet! Unglückliche Völker, wer sollte euch ferner mißhandeln und ferner zerfleischen! Wir warnen euch bei Zeiten vor der Ausrottung der wilden Thiere, denn woher würdet ihr Ersatz holen, wenn euch die „Legitimen" aussturben? Erbfolgekriege, Bürgerkriege, Länderraub, Hetzereien aller Art mit Soldaten und Di-

plomaten, mit Kanonen und Intriguen sind euch nicht genug gewesen, durch alles das ist eure Geduld nicht erschöpft, eure Einsicht nicht vermehrt worden. Wir wissen keinen andern Rath mehr, als diesen: verschreibt euch eure Beglücker aus Afrika!

Gesetzt, es käme in Schleswig-Holstein zu einer energischen Entscheidung. Was würde das Resultat sein? Die Schleswig-Holsteiner würden ihr Blut vergießen, nicht um sich von dem, woraus der „offene Brief" hervorgegangen, für immer zu befreien, sondern höchstens um den Dänen zu vertauschen mit einem Augustenburger oder Oldenburger, und sich dann von diesem, freilich unter „teutschem Kommando," knechten zu lassen, wie von jenem. Ein höheres Resultat wäre nicht zu erwarten von einem Volk, das es sogar als höchstes Glück betrachten muß — in den „teutschen Bund" aufgenommen zu werden. Schutz suchen zu müssen im teutschen Bund — es ist in der That die bedauernswertheste Lage von der Welt. Sie ist aber weiter nichts, als die Konsequenz jener stupiden Rechtlosigkeit und Selbsterniedrigung, der sich die teutschen Völker nach wie vor befleißigen, und worin sie es sogar so weit gebracht haben, daß ihre Herren sich förmlich halbiren, um mit dem rechten Fuß sich auf ihr Ausland zu stellen und mit dem linken nebenbei auch ein Stück Teutschland treten zu können. Heißt es nicht den Wahnsinn auf die Spitze treiben, wenn Völker sich einem Holländer und einem Dänen als Eigenthum verschreiben lassen und dann sogar erwarten, dieser Holländer und dieser Däne, welche Teutschland mit der Faust in der Tasche gegenüberstehen, werden in Bezug auf das Zugetheilte ihre Natur ausziehen und mitsingen: „Was ist des Teutschen Vaterland?" Die beste Antwort liegt in dem Faktum, daß der Däne, der mit der einen Hand die Bundesakte unterschreibt, mit der andern die Bundes-

beschlüsse — streicht. Der teutsche Nationalismus, der stets nur die Vergangenheit und ihre Rechte im Auge hat, der niemals auf das Naturrecht des Volks, sondern nur auf die erkünstelten Rechte seiner Herren rekurrirt, kann es noch weit, sehr weit bringen. Für die rechtliche Möglichkeit, daß Rußland in den Bund aufgenommen werden könne, ist schon gesorgt. Für Frankreich fände sich auch schon ein hülfreiches Pergament, wenn nur die Franzosen teutscher, d. i. knechtischer würden. Belgien und die Schweiz (durch Neuenburg) hätten ebenfalls Hoffnung. Welches Glück, alle diese halbirten Nachbarn rund herum rechtlich eine Hand in die Glücksküche des teutschen Vaterlands hineinstrecken zu sehen! Und warum sollten sie nicht? Was dem Einen recht, ist ist dem Andern billig. Herr Metternich und Komp. wüßte das schon zu machen, wenn es nur in die Kabinetspolitik paßte oder eine Garantie gegen die Freiheit darböte. Diese Diplomaten theilen, verschenken und verrathen Alles, was Volk oder Land heißt, wenn nur das augenblickliche Resultat Sicherung ihrer freiheitsmörderischen Politik ist.

Wir nannten vorhin das schweizerische Neuenburg. Dieses Ländchen bietet eine vortreffliche Gelegenheit, ein Prebebild von Volksvererbungen vorzuführen. Als Neufchatel und Valangin, nach allerlei Vererbungen und Belehnungen, im Beginn des vorigen Jahrhunderts durch den Tod der damaligen Besitzerin, Maria von Nemours, vakant wurde, stürzten von allen Seien, wie Aasgeier auf ein gefallenes Wild, die lauernden Erben auf die Beute, und es fanden sich nicht weniger als fünfzehn Prätendenten und Prätendentinnen ein:

1) Der Preuße, der von jeher auf der Lauer gewesen, um bald hier, bald dort ein Stück Land durch Kauf oder Erbansprüche oder Gewalt zu ergattern; er machte Anspruch auf Neuenburg als Vertreter der oranischen Rechte.

2) Der Graf von Matignon, welcher von irgend einem Frauenzimmer geboren war, das mit Neuenburgischen Herren zusammenhing.

3) Der Herzog von Brisac, dito.

4) Maria Margarethe von Villeroi, dito.

5) Der Prinz von Carignan-Savoyen, dito.

6) Die Herzogin von Lesdiguiere, dito.

7) Das „Haus" Baden-Baden, aus ähnlichen Wochenbettsansprüchen.

8) Das „Gesammt-Haus" Baden. Verwandtschaft und Erbansprüche.

9) Ludwig Franz von Bourbon. „Letzter Wille" eines Verfahren.

10) Das „Haus" Soissons. Schenkung eines Frauenzimmers.

11) Das „Haus" Wirtemberg Mömpelgard. Erbansprüche.

12) „Die" von Fürstenberg, dito.

13) Die Dame de Mailly
14) Der Marquis d'Alligne
15) Der Baron v. Montjove
} entfernte Verwandtschaft aus der Umgegend von Adams Grab.

Alle diese Geier liessen sich theils persönlich, theils per Diplomate auf das eroberte Neufchatel nieder. Vielleicht hätten sich auch noch Asiaten, Afrikaner und Neuholländer mit entfernten Verwandtschaften eingefunden, wenn die lange Verhandlung über die Frage, welcher von jenen fünfzehn Raubvögeln das unglückliche Land unter seine Klauen nehmen solle, noch länger gewährt hätte. Endlich aber siegte der Preusse, der schwarze Adler, unter dessen Fittichen der Serviliismus, die Weltaristokratie und das Pfaffenthum jetzt endlich so weit getrieben sind, dass den Schweizern über das fremde Gevögel, welches sie füttern, endlich die Augen aufzugehen beginnen. Und da die

Schweizer gute Schützen sind, werden sie mit dem schwarzen Adler hoffentlich eben so fertig zu werden wissen, wie mit andern Adlern.

Da hätten wir also ein ganz appartes Beispiel von Volksvererbung und Beschlagnahme mittelst „heiliger, wohlerworbener Rechte," durch welche ein Stück Menschheit für alle Zeiten als Eigenthum einer Heerde Raubvögel zugesprochen wird, die unmittelbar oder entfernt aus irgend einem weiblichen Eierstock herstammen oder mit dessen Produkten in Verbindung getreten sind. Mit Schleswig Holstein kann sich etwas Aehnliches ereignen. Statt daß die Raubvögel berechnen sollten, an welchem Tag man sie begraben werde, berechnen sie schon von zehn Seiten auf ein Jahrhundert voraus, wie und wann sie einander auf dem Thron succediren, wann ihre Ansprüche auf die Ausbeutung des dänisch-teutschen Volks reif werden. Ist der eine Raubvogel impotent gewesen, so sind dafür in dem Nest des andern um so mehr Eier ausgebrütet worden; und seitdem sich nun durch das Organ eines teutschen Professors auch bei dieser Gelegenheit wieder der schwarze Adler gemeldet, braucht den teutschen Tänen um einen teutschen, ächt teutschen Beglücker vollends nicht mehr bange zu sein. Wenn man dieses heillose Treiben ansieht, in Einem in der That zu Muth, als sähe man den ganzen politischen Himmel schwarz voll Geyvögel, das auf der Beutejagd umherschwärmt, während das Volk nichts Anderes zu thun habe und zu nichts Anderem bestimmt sei, als da unten auf der politischen Erde sehnsüchtig der allerhöchsten Klaue entgegenzuharren, welche sich herablassen werde, es mittelst wohlerworbener Jagdrechte beim Genick zu packen.

Der Lärm, den der offene Brief in Teutschland hervorgerufen, erinnert sofort an die Rheinliedsperiode. Die Aehnlichkeit spricht sich auch darin aus, daß bei der

einen Gelegenheit die Nationalen ebenſo wenig den wahren Punkt zu treffen gewußt haben, wie bei der andern. Die Lehre der Rheinliedsperiode war dieſe: ein freies Volk wird geachtet, ein unfreies wird verachtet; einem freien Volk kündigt man keinen Länderraub an, wie die Franzoſen den Teutſchen; wollt ihr alſo ſolche Ankündigungen nicht, ſo werdet erſt frei; aber nicht frei ſein und doch über ſolche Ankündigungen ſich wundern und in Harniſch gerathen wollen, iſt zum Mindeſten eine Lächerlichkeit. Die Lehre des offenen Briefs iſt dieſe: ein freies Volk lebt für ſich, nicht für Fürſten; einem freien Volk ſchreibt ein Fürſt keinen offenen Brief; einem unfreien aber ſchreibt er offene Briefe, wie geheime Kabinetsordres; wollt ihr alſo ſolche Briefe nicht, ſo ſetzt Niemanden in Stand, ſie zu ſchreiben; aber einen Despoten durch Selbſtüberlieferung zu ſolchen Frechheiten in Stand ſetzen und ſich doch über dieſelben wundern oder dagegen proteſtiren wollen, iſt zum Mindeſten eine Lächerlichkeit. Hat man ſich dieſe Lehren gemerkt? Bewahre! Man wundert ſich in Einem fort und verſichert hoch und theuer, daß man ſich wundere über die Eigenmacht eines — Eigenmächtigen. Und ſollte der Eigenmächtige die Gnade haben oder die Konzeſſion machen, zu verſichern, er ſei vollkommen überzeugt, daß man ſich wundere, ſo würde der Jubel unendlich ſein und man würde ſich neuerdings wundern über die unermeßliche Gnade des Allergnädigſten. So ſind unſere Nationalen, die meerumſchlungenen, wie die polizeiumſchlungenen!

Was die zunächſt betheiligten teutſchen Dänen zu thun hätten, braucht nicht weiter geſagt zu werden; es iſt auch überflüſſig, es zu ſagen, wenn ſie es noch immer nicht von ſelbſt thun. Den übrigen Teutſchen aber ließe ſich noch ein Rath geben. Wollen ſie durchaus Adreſſen erlaſſen, ſo ſollten ſie darin den wahren Punkt hervorheben

und mindestens recht anzüglich auf den dänischen Sack schlagen, um den heimischen Esel zu treffen; das nationale Pathos sollten sie hübsch bei Seite lassen und statt dessen sich durch Namensunterschrift kurz und gut verpflichten, den Schleswigern im Nothfall mit einem Stück Eisen in der Hand zu Hülfe zu eilen, mit dem stillen Vorbehalt, den zu erringenden Sieg der schleswig'schen Demokratie dem ganzen Teutschland zu gut kommen zu lassen. Wollten sie noch etwas Weiteres thun, so könnten sie — selbst nach der Entscheidung des teutschen Bundes durch Eingaben und durch die Kammern ihre Regierungen drängen, auch in diesem Fall, wo es einem halb-teutschen Despoten und nicht den Franzosen gilt, ihre gerühmte Teutschheit zu bethätigen. Dieses Drängen — Alles auf dem „gesetzlichen" Wege — würde natürlich keinen andern Zweck haben, als die teutschen, teutscheren und teutschesten Regierungen mit ihrem Gottesgnadenprinzip in Kollision zu bringen, ihnen Verlegenheiten zu bereiten und zu beweisen, daß man über ihre Teutschheit wie über ihr Prinzip im Reinen sei. Wer einmal erkennt — und jeder vernünftiger Politiker erkennt dies — daß er mit der Gewalt keinen Frieden schließen kann und darf, der benutzt jede Gelegenheit, ihr den Krieg zu machen und ihr eine Maske nach der andern abzureißen.

Die teutschen Fürsten haben uns, denn wir sind sehr gefühlvoll gegen sie, beinahe gedauert in dieser schleswigholsteinischen Zeit. Sie hätten so gern geteutscht, Reden gehalten, Kabinetsordres erlassen und — sie durften nicht. Als König, als teutscher König nicht einmal teutsche Reden halten dürfen — wer vermag das zu fassen! Es muß namentlich in Berlin und München eine harte Zeit gewesen sein. Friedrich Wilhelm, man muß es gestehen, hat sich tapfer gehalten; er soll täglich mehrere Stunden russische

Geſchichte ſtudirt haben, um Petersburg und Kopenhagen nicht zu vergeſſen. Der nicht minder groß ſeiende Ludwig, die Lage ſeines däniſchen Bruders in Kopenhagen überdenkend, und in ihm ſein eigenes Prinzip ſchonen müſſend, hat zwar, fein mit der Feder eben ſo ſehr, wie das Friedrich Wilhelms mit dem Munde, hervorragendes Genie bemeiſternd, ebenfalls Bedeutendes geleiſtet; ganz aber dem ſein teutſches Herz beſtürmenden Drang nicht widerſtehen könnend, hat er doch einiges Teutſchthum laſſen müſſen und ſomit ſich, wenn auch in der Selbſtverleugnung jenem nachſtehend, dieſe Niederlage aber zum Siege kehrend, als den teutſcheſten König Teutſchlands erwieſen. Und alle Bierbäuche ſchrieen Hoch! und die Menſchenvernunft ſtürzte wie raſend an die Seite, als müſſe ſie ſich erbrechen vor Verzweiflung über dieß unverbeſſerliche Geſchlecht!

Der teutſche Bundestag war ebenfalls in einer bedauernswerthen Lage. Er hätte ſich ſo gern „inkompetent" erklärt, denn er iſt bekanntlich bloß kompetent, wo es eine Knechtung zu vollführen oder zu ſanktioniren gibt. Aber ſein Teutſchthum, ſein ganzer Name ſtand dieß Mal auf dem Spiel, und ſo hat denn der Bundestag ſein Möglichſtes gethan; er hat, um ſeinem Namen zu entſprechen, die teutſche Frage — vertagt, damit dieſelbe auf dem Weg der Diplomatie möglichſt vermittelt oder zum Einſchlafen gebracht und dadurch der teutſchen Verlegenheit von Gottes Gnaden abgeholfen werde.

Durch die Reaktion wird das Freiheitsſtreben immer zuerſt an ſich ſelbſt erinnert. Ehe es ſelbſt weiß, daß es exiſtirt und was es will, legt ihm die Reaktion durch ihre Befürchtungen und Vorſorgen Alles unter den Fuß, ſo wie die Eiferſucht des alten Ehemanns die noch zweifelhafte junge Frau in die Arme ſeines Nebenbuhlers treibt. Auch bei dem ſchleswig-holſtein'ſchen Handel hatten es die Herren von Gottes Gnaden ſehr bald

heraus, daß derselbe Gelegenheit darbot, unter dem schützenden Schild des heiligen Nationalitätseifers Demokratie zu treiben; man sprach von Aufregung der Leidenschaften, man verschrieb Beruhigungsmittel und suchte auf alle Weise die Sache aus den Volkshänden in die Regierungshände zu spielen, zugleich aber dem Teutschthum möglichst genug zu thun, um die Sympathieen desselben für etwaige Kollisionsfälle mit Frankreich nicht zu verscherzen. Daß die Lösung dieser beiden verschiedenen Aufgaben schlecht gelingen mußte, war vorauszusehen und der Erfolg hat diese Voraussicht bestätigt. Dennoch aber haben wir nicht bemerkt, daß die teutsche Demokratie sich diese Verlegenheit zu Nutzen gemacht. Sie hat sich vielmehr, in den Mantel des Vertrauens, des bei jeder Gelegenheit betrogenen Vertrauens gehüllt, zurückgezogen, der Reaktion wieder das Feld überlassen und — sogar dem nichtssagenden Bundesbeschluß Weihrauch gestreut. Der König von Dänemark geht unterdessen, trotz der mitunter sehr anerkennenswerthen Haltung der schleswigschen Ständeversammlung, seinen Weg ruhig weiter, Rußland hat Zeit, seine Intriguen unter der Decke fortzuspinnen und — der teutsche Nationalismus ist wieder blamirt und die teutsche Demokratie wieder geprellt. Die große „Nation" von vierzig Millionen steht wieder da mit offenem Mund und gafft, die Hände in der Hose; sie erwartet oder läßt gleichmüthig geschehen, was über ihr in dem Olymp der höfischen Diplomatie heimlich gesponnen und heimlich entschieden wird. Sie selbst hat nichts über sich und ihr Schicksal zu bestimmen, braucht es also auch nicht eher zu erfahren, als bis es entschieden ist; nur die Höfe mit ihren Diplomaten machen es aus, was mit ihr geschehen soll. Wie der Widder sich mit aller Gemüthsruhe an die Schlachtbank führen läßt, ohne sich darum zu kümmern, ob sie eine Guillotine oder

eine Futterkrippe iſt, ohne ſich durch die umherliegenden Rümpfe ſeiner geſchlachteten Brüder über ſein Schickſal belehren zu laſſen, ſtumpf, gleichgültig, ergeben, preisgegeben, von vornherein allem zuſtimmend, was mit ihm unternommen wird, — ſo läßt auch die teutſche Nation von ihren Käufern, Verkäufern und Metzgerknechten mit ſich ſchalten und walten, ohne Nachdenken, ohne Selbſtbewußtſein, ohne Widerſtand, ohne Empörung, als könne und dürfe es nicht anders ſein, als verſtehe es ſich nach Natur und Kulturgeſetzen von ſelbſt, daß vierzig Millionen Menſchen wie ein Schwarm Marionetten nur den Drähten zu folgen haben, welche eine Klique von Spekulanten und Betrügern heimlich hinter den Koulissen in Bewegung ſetzt. Es iſt ſeltſam, daß die Teutſchen ſo hartnäckig an ihrem himmliſchen Gott feſthalten, da ſie in einem weit mächtigern irdiſchen alle Tage ihren Herrn und Meiſter zu erkennen haben. Der Gott der Teutſchen iſt ihre höfiſche Diplomatie. Die Diplomatie iſt ihr Fatum. Metternich, Nikolaus und Friedrich Wilhelm ſind ihre Dreieinigkeit. Ueber die Diplomatie dieſer Kabinete gibt es für die Teutſchen keine Macht; unterhalb dieſer Kabinete gibt es für ſie kein Recht. Eine höfiſche Geburt iſt ihre Hoffnung; eine höfiſche Heirath iſt ihr Ziel; das Wappen eines höfiſchen Reiſewagens iſt das Geſtirn, dem ihre Schickſalsberechnungen folgen. Gäbe es keine Höfe mehr, an welche die teutſche Nation ſich wegwerfen könnte, ſie wüßte nichts mehr mit ſich anzufangen, ſie müßte auswandern nach dem Koſackenlande. Sie iſt das Eigenthum, der Lakai, der Sklave, das Schlachtvieh der Höfe und ihrer Diplomatie. Sie iſt die vielbeſungene teutſche Nation, ſo iſt ſie bis jetzt! So aber ſoll ſie nicht bleiben, wird ſie nicht bleiben, kann ſie nicht bleiben. Ihr Nationalen der Vergangenheit tretet zu euern Höfen; ihr Nationalen der Zukunft, tretet

zu eurer Fahne, der Fahne der Republik, der Fahne des politischen Menschenthums! Wir wollen die teutsche Nation hoch leben lassen, aber nicht eher, als bis der höfische Purpur unsern Fußteppich bildet!

Ein teutſches Rechenexempel.

Wir haben uns die ärgerliche Mühe genommen, nach einem genealogiſchen Kalender die Zahl der fürſtlichen Müßiggänger beiderlei Geſchlechts aufzuzeichnen, welche das teutſche Volk füttert und anbetet, um ſich von ihnen mit hohen, höchſten und allerhöchſten Fußtritten begnadigen zu laſſen. Das Facit unſerer Rechnung, welche die männlichen und weiblichen Glieder bloß der „regierenden Häuſer" umfaßt, iſt folgendes:

Es füttert:	Mannl.	Weibl.	fürſtliche Müßiggänger.
Preußen	16	17	33
Oeſterreich	24	15	39
Bayern	9	19	28
Würtemberg	24	27	51
Hannover	3	1	4
Sachſen	5	9	14
Mecklenburg-Schwerin	3	5	8
Mecklenburg-Strelitz	3	3	6
Baden	7	13	20
Weimar	7	7	14
Kurheſſen	7	14	21
Heſſen Darmſtadt	9	4	13
Uebertrag	117	134	251

	Männl.	Weibl.	fürstliche Müßiggänger.
Uebertrag	117	134	251
Nassau	5	6	11
Oldenburg	6	5	11
Braunschweig	2	—	2
Anhalt-Bernburg	1	1	2
Anhalt-Dessau	2	3	5
Anhalt-Köthen	1	1	2
Hessen-Homburg	4	8	12
Hohenzollern-Hechingen	4	11	15
Hohenzollern-Sigmaringen	6	5	11
Lichtenstein	12	14	26
Lippe	7	4	11
Lippe-Schaumburg	3	5	8
Sachsen-Koburg	8	7	15
Sachsen-Gotha	—	1	1
Sachsen-Meiningen	2	2	4
Sachsen-Altenburg	7	9	16
Schwarzburg-Rudolstadt	1	1	2
Schwarzburg-Sondershausen	4	3	7
Waldeck	1	4	5
Reuß-Greiz	1	1	2
Reuß-Schleiz (Heinr. d. 72te)	1	—	1
Reuß-Köstriz (Heinr. d. 74te)	1	—	1
Das teutsche Dänemark	12	16	18
Summa	208	241	449

Also vierhundert neunundvierzig regierende und regierungsfähige Müßiggänger, deren Zahl täglich wächst, unterhält das teutsche Volk zu seinem Nationalvergnügen. Nach einer andern Rechnung (Rhein. Jahrb. zur gesellsch. Reform, 1845, S. 193) ergibt sich eine Zahl von 526. Dazu werden noch 827 Stück Mediatisirte und 573, zu den Familien der letztern gehörende Gräfliche hinzugerechnet,

so daß im Ganzen 1353⅓ fürstliche Individuen herauskommen. In dem genannten Jahrbuch wird berechnet, daß diese 1353 Individuen mit ihren Ministern und Diplomaten eine Summe von 37 Millionen Thaler verschlingen. Wir halten indeß diese Summe für viel zu gering. Betrachtet man die Millionen, die allein in Berlin, Wien, München, Hannover u. s. w. so ungenirt verschleudert werden, wie unser Einer etwa das Geld für eine Zigarre oder ein Glas Bier ausgibt, so wird man nicht übertreiben, wenn man auf jeden der genannten 35 „Staaten" durchschnittlich mindestens 2 Millionen annimmt, so daß sich also für die nationale Fürstenfütterung und Anbetung eine jährliche Summe von 70 Millionen Thaler ergäbe.

In dem genannten Jahrbuche wird berechnet, daß von jenen 37 Millionen 285,175 Familien oder 1,427,375 Menschen existiren könnten, wenn jede Familie, zu 5 Personen angenommen, jährlich 200 Thlr. erhielte. Hiernach würden 70 Millionen Thlr. für 350,000 arme Familien oder 1,750,000 Menschen, also etwa für das ganze Königreich Sachsen, ausreichen. Doch hiemit ist die Rechnung noch bei Weitem nicht geschlossen. Jene Summe wird blos von den Höfen mit dem zugehörigen Minister- und Diplomatenschwarm in Anspruch genommen. Nun kommt aber noch die Hauptsache, nämlich das ungeheure, in einem vernünftigen oder freien Staat rein überflüssige, aber zur Sicherung der überflüssigen Höfe unumgänglich nothwendige Nützung von Beamten, Polizei und Militär. Um für die Ausgabe, welche diese ungeheure Nützung nöthig macht, den Maßstab zu finden, erwäge man bloß, daß in Preußen das Militär allein gegen 30 Millionen Thlr. verschlingt. Wäre Preußen ein freier Staat ohne Hof und sonstige Blutsauger, so würde das Militär, auf das Beste organisirt, kaum einige Millionen kosten. Das überflüssige Polizei- und Beamtenwesen kostet in Preußen

etwa die Hälfte dessen, was für das Militärwesen verausgabt wird. Hiernach ergibt sich, daß Preußen, wenn es sich von seinen fürstlichen Müßiggängern und Quälern nebst deren Anhang und Rüstzeug befreite, etwa 30 bis 40 Millionen Thlr. jährlich sparen oder zur Erhaltung seiner Nothleidenden verwenden könnte. In ähnlicher Weise läßt sich auch die Rechnung für die übrigen „Bundesstaaten" aufstellen.

Was kostet dagegen die Verwaltung eines freien Staats? Nehmen wir Nordamerika, den freiesten, mächtigsten und größten Staat der Welt. Der Bundespräsident erhält jährlich 25,000 Dollars, etwa 33,000 Thlr., Gehalt, also nicht so viel, wie der König von Preußen für eine Vergnügungsreise, oder für eine Parade, oder für eine Oper, oder für Orden ausgibt; der Vizepräsident erhält 5000, eben so viel der oberste Richter. Die fungirenden Minister erhalten etwa so viel, wie in Preußen ein pensionirter Minister. Das stehende Heer, etwa 8000 Mann, kostet an Sold jährlich etwa 355,000 Dollars, an Kleidung etwa 395,000, also nicht den 20ten Theil von dem, was das preußische Soldatenthum kostet! Und in diesem Verhältniß verringern sich auch die übrigen Ausgaben und hienach die Steuern. In Nordamerika gibt es keine Grundsteuer, keine Accise, keine Verzehrungssteuer, keine Belastung der Lebensmittel; dort wird der größte Theil der Staatsausgaben durch die allein vernünftigen oder rechtmäßigen Steuern, nämlich Vermögens- und Einkommensteuern, beigebracht, so daß der Bemittelte Alles, der Unbemittelte nichts bezahlt. Dieß ist also, durch Thatsachen dargestellt, der „soziale" Unterschied zwischen Fürstenstaat und Republik, so weit er das Geld- und Steuerwesen betrifft, wobei es sich von selbst versteht, daß die bestehenden Republiken durchaus noch nicht Muster der künftigen sind. Der Unterschied in an-

dern Punkten ist schon anderwärts beleuchtet worden und wird noch weiter beleuchtet werden.

Also 1753 Stück fürstliche Intrigirnen für ein einziges Volk! Ein fürstlicher Nationalreichthum ohne gleichen! Also auf je 70,000 Mann ein fürstlicher Müßiggänger, und auf jeden „Unterthanen" Kopf durchschnittlich gegen 2 Thlr. bloß für fürstliche Mahlzeiten, Paläste, Maitressen u. s. w.

Und woher diese Müßiggänger? Wißt ihr, woher die Wegelagerer des Mittelalters stammten? Sie hatten denselben Ursprung und dasselbe Recht aufzuweisen, wie eure Fürsten. Aber sie sind untergegangen, weil sie den Mächtigern im Wege waren und ihre Existenz nicht „gesetzlich" in einem Volksspruch gesichert haben. Die „kleinen" Diebe sind gehängt worden, die „großen" sind übrig geblieben und werden jetzt von euch „auf gesetzlichem Wege" angebetet und gefüttert, damit sie euch „auf gesetzlichem Wege" plündern und mißhandeln. Das ist der Unterschied!

Wir haben von Müßiggängern gesprochen. Wir sind gewissenhaft und wollen kein Unrecht thun. Sehen wir also zu, womit sich die hohen Herren die Zeit vertreiben. Sie stehen nach einer durchschwärmten Nacht zu einer Stunde auf, wo die armen Arbeiter schon beginnen matt zu werden. Sie machen Toilette, d. h. sie lassen sich gähnend von Kammerdienern und Kammerfrauen die Kleider stückweis um die faulen Glieder ziehen. Sie frühstücken, verzehren Austern und Champagner. Sie „empfangen," d. i. sie lassen irgend Jemanden vor sich Bücklinge machen, welche sie mit einstudirten Manieren der Lächerlichkeit erwidern. Sie fahren spazieren. Sie mahlzeiten. Sie lassen sich vorlesen. Sie schlafen. Sie unterschreiben ein Todesurtheil eines aus Noth Verzweifelten oder geben einige Befehle zur Mißhandlung des

Volks. Sie fahren in's Theater, oder geben einen Ball, oder verschleudern einige Tausende für ein komödienhaftes Abendessen. Sie werfen ihr Schnupftuch einer Favoritin hin und gehen zur Ruhe. Das ist die schwere Arbeit des Alltaglebens. Zur Abwechselung geht man auf die Jagd, oder hält eine Parade ab, oder gibt aus Langeweile Befehl, aus dem Blutgeld des Volks dem Volk ein Almosen zurückzuwerfen, oder heuchelt eine Viertelstunde in der Kirche, oder läßt einen Palast bauen, oder geht auf Reisen durch „die Provinzen," nach Italien, nach der „Göhrde" nach — Rußland, zu dem Protektor und Muster aller Volksquäler und Raubritter. Das ist die Arbeit, das sind die unentbehrlichen Verrichtungen, das ist der Volkssegen, wofür 70 Millionen auszugeben sind, wofür auf den Kopf gegen 2 Thaler kommen! Das ist der Volkssegen, zu dessen Erhaltung Millionen hungern, Millionen Sklaven bleiben, Millionen in Dummheit erzogen werden, Millionen schon in Kerkern oder in der Fremde verzweifelt sind! Das, teutsches Volk, ist dein Glück, deine Ehre, dein Stolz! Jene 1353 Stück fürstliche Individuen sind sämmtlich „geliebt," sämmtlich „herablassend," sämmtlich „angebetet," sämmtlich „erhaben," sämmtlich „hoch" und „höchst," sämmtlich „durchlauchtig" und „majestätisch," sämmtlich „geistvoll," sämmtlich „gütig," sämmtlich „weise," kurz sie sind sämmtlich überflüssig, nichtswürdig — und aus dem Lande zu jagen!

Ihr armen Weber, die ihr mit einigen Groschen wochenlang die geliebten Gerippe eurer Angehörigen aufrecht erhaltet, die ihr als Leckerbissen das Fleisch krepirter Pferde verzehrt, die ihr hohläugig, stumpf, schlaff, verzweifelnd aus eurer kalten Hütte durch die trüben Scheiben in die trübe Welt hinausstiert, —

Ihr armen Auswanderer, die ihr endlich nach jahrelanger Qual, nach jahrelangem Elend euch von der ge-

liebten Scholle losreißt, auf der ihr geboren worden und die den ganzen Kreis eurer beschränkten Ansichten ausfüllte, die ihr euch losreißt, um in unbekannter Fremde, weit jenseits des Meeres den letzten Versuch zu machen, ob es euch gelinge, wenigstens ein einziges Mal eine menschliche Stellung zu erringen, ehe man euch für immer auf den Kirchhof bringt, —

Ihr armen Soldaten, die ihr aus eurer farbenden Familie herausgerissen werdet, um als entmenschte Maschinen jahrelang ein Mordgewehr zur Ehre allerhöchster Unmenschen umherzutragen, die ihr jahrelang zittert vor einem wahnsinnigen Kommando und henkerischen Kriegsartikeln, die ihr einsam, traurig, verlassen, herzklopfend euch als Posten vor die Thüren von Büttelmeistern oder vor die Gitter gefangener Freiheitsfreunde hinpflanzen müßt, —

Ihr armen „Verbrecher" und „Vagabunden," die man durch die Geißel unverschuldeter Noth, unverschuldeter Rohheit, unverschuldeter Verzweiflung in die Klauen der Polizeibüttel hetzen läßt, um durch euch die erforderliche Menge Gefängnißbewohner vollzählig zu erhalten, —

Ihr armen „Sünderinnen," die das Elend in das Lager hoher Wollüstlinge jagte, ehe noch die Knospe eurer Jungfräulichkeit zur Entfaltung gelangt war, und die ihr in eurer Entwürdigung nie im Leben kennen lernt, was Liebe ist, —

Ihr armen Eltern, die ihr eure armen Kinder verlassen müßt, weil ihr ihnen keine Eltern, ihr armen Kinder, die ihr eure armen Eltern begraben müßt, weil ihr ihnen keine Kinder sein konntet, —

Ihr Unglücklichen alle, ihr Leidenden alle, ihr Verfolgten alle, ihr Gequälten alle, ihr Verzweifelnden alle, — wißt ihr, für wen und durch wen ihr leidet und verzweifelt? Wißt ihr es? Wenn nicht, so leset jene Zahlen oben, studirt jenes Rechenexempel, und ihr wißt es! Nicht

die unpersönliche „Noth der Zeit," nicht die ungreifbaren „Umstände" sind es, durch welche ihr aus der Liste der Glücklichen, aus der Liste der Lebenden ausgestrichen werdet, sondern jene persönlichen 1353 mit ihrem greifbaren Anhang sind es, durch welche ihr um euer Leben betrogen, ruchlos betrogen werdet. Jene 1353 mit ihrem Anhang von Ministern, von Diplomaten, von Büreaukraten, von Adelichen, von Generälen, von Pfaffen, von Bütteln aller Art sind es, welche uns Allen die Freiheit, und mit der Freiheit die Geltendmachung unserer Menschenrechte, und mit den Menschenrechten die Mittel der menschlichen Existenz gewaltsam abschneiden und rauben!

Ihr könntet nun auf den Einfall gerathen, dieß Alles den 1353 und ihrem Anhang in „allerunterthänigster" Weise, mit der größten Bescheidenheit, mit dem vollsten Vertrauen vorzustellen, an ihre hohe „Weisheit," an ihr liebevolles „Herz" euch zu wenden und zu erwarten, daß ihre Menschlichkeit, durch so überwältigende Thatsachen, durch so unabweisbare Gründe überführt, auf alle überflüssige Macht und allen überflüssigen Reichthum verzichten werde, damit sie fortan als edle Menschen unter glücklichen Mitmenschen leben könnten. Wißt ihr, was ihr zu erwarten hättet, wenn ihr auf einen solchen dummen, ächt teutschen Einfall geriethet? Man würde euch als „Hochverräther," als „Empörer," als „Frevler" gegen die „heiligen Rechte" eurer „angestammten," „von Gott eingesetzten" Blutsauger greifen lassen, und Kasematten und Blutgerüst würden euch belehren, daß Fürsten und Fürstendiener **unheilbare** Menschenfeinde sind!

Unheilbar? Ein Mittel der Heilung gibt es, und dieß Mittel — ist von Eisen!

Oktober 1846.

Kommunistisches.

In der „Provinzen" (Mannheim bei Hoff) habe ich den Kommunisten kaskenige gesagt, was sie provozirt hatten und was man im gewöhnlichen Leben „die Wahrheit" nennt. Ich widmete ihnen in corpore eine „Kollektiv"-Widmung, weil ich keinen Einzelnen kannte, der als Repräsentant (Vertreter) des Kommunismus anzusehen gewesen wäre oder sich gerirt hätte. Der dieser Repräsentant oder Mensch Hermann Püttmann heißt (welcher jetzt in einem „Pronunciamento" seinerseits Herr Otto Ruhig gegen meine Polemik auftritt) wußte ich damals noch nicht. Ich hätte mich wenn kürzer fassen können.

Vor einigen Jahren habe ich im Interesse der deutschen Auswanderer viel gegen die Holländer geschrieben, nachdem ich das traurige Loos unserer Landsleute in den holländischen Kolonieen durch eigene Erfahrung kennen gelernt hatte. Sich der Unglücklichen annehmen, die der Roheit oder der Habgier oder der Gewalt Anderer zum Opfer werden, nennt man in der Regel Menschlichkeit u. s. w. Wäre ich nun ein Kommunist, so würden meine Institutionen, die Menschenfreunde par excellence, also auch gewiß Freunde der Auswanderer, wenn sie auf

meine Vergangenheit zurückkämen, etwa sagen: seine sozialistische Entrüstung hat der Unmenschlichkeit die Maske abgerissen, welche in Indien um des schnöden Geldes (der „schnöden Schlacke" willen) Tausende unserer Brüder mißhandelt und unter die Erde bringt;" jetzt aber, wo ich den Kommunisten entgegentrete *), welche nach Abschaffung alles andern Privateigentums, zu ihrem Privateigentum die ausschließliche Vertretung der leidenden Menschheit gemacht haben, jetzt mag meine Polemik gegen die belgische Kolonial-Barbarei zwar immer noch als menschlich erscheinen, sie ist aber doch keinenfalls „sozial" und deshalb — mein „Jopf" geworden. Erlege ich einen Wolf, der die Kinder frißt, so ist das mein „Jopf", wenn ich nicht mit einer „sozialen" Flinte schieße; bekämpfe ich einen Despoten, der das Volk mißhandelt, so ist das mein „Jopf", wenn ich nicht mit einer „sozialen" Feder schreibe; ersinne ich die Schießwolle, welche dem Wolf, wie dem Despoten Verderben droht, so ist

*) Der Herausgeber des „Gemeinhens" versichert, den Ursprung meiner „Polemik" gegen die Kommunisten „historisch" nachweisen zu können. Was würde er dadurch erreichen? Würde er dadurch etwa die Gründe meiner Polemik entkräften? Um diesen diese gewissermaßen Andeutung umzustoßen, deren falscher Zweck nur sein kann, die Vermutung zu erregen, daß ich durch etwas anderes als durch meine Ueberzeugung zum Antikommunisten geworden sei, erwähne ich bemerkend, daß meine erste öffentliche Polemik gegen zwei Herren (in der Köln. Zeitung im Oktober oder November 1847) durch die diskreditierende Provokation eines derselben in der „Trierschen Zeitung" veranlaßt wurde. Bis dahin hatte ich blos mündlich, aber eben so entschieden, mich als Antikommunisten gezeigt und mich öffentlich („Nach. Zeitung") darauf beschränkt, im Parteiinteresse die Kommunisten von der Verbreitung eines Bruches mit dem „politischen Radikalismus" abzumahnen. Will aber „Freund" Pürkmann meinen Antikommunismus „historisch" nachweisen, so biete ich ihm hiermit die Data.

das mein Zopf, wenn ich nicht eine „soziale" Retorte benutze; entdecke ich eine neue Welt, welche der alten eine andere Stellung gibt, so ist das mein Zopf, wenn ich nicht mit einem „sozialen" Schiff segle; kurz was ein Mensch nur immer thut und treibt, ist bei den Kommunisten sein Zopf, im Fall nämlich diese Leute, die Vertreter der „sozialen" Menschheit es nicht mit dem Stempel ihrer Sektenweisheit versehen, in die Welt entlassen haben. Dies ist der Hauptzopf der Kommunisten. Und aufs diesem Zopfe klopft auch ihr eben ernannter Repräsentant Herrmann Püttmann (ehemals „Zopf" früher die Tischlerkrankheit u. s. w. war) sofort im Eingang seiner Entgegnung den spärlichen Puder seines schwachen Hauptes aus, um die unverzeihliche Sünde zu bezeichnen, daß ich, wie jetzt gegen Despoten, Kommunisten u. s. w. so früher, man denke, gegen die barbarischen Holländer zu Felde gezogen bin. Man wird sagen, dergleichen sei Kinderei, und man sagt damit die Wahrheit; aber eben weil ich die Kommunisten der Mehrzahl nach als Kinder betrachte und bezeichnet habe, stelle ich hier eine Probe von Kinderei voran.

Die Kommunisten dürfen es mir nicht übel nehmen, daß ich den Kommunist Püttmann eher das Püttmännchen zu ihrem Repräsentanten ernenne, denn Püttmännchen tritt allein gegen meine Kollektivpolemik im Namen des Kommunismus in die Schranken. Ich hatte sie alle zusammen in einen Topf geworfen, und nun ist es Püttmännchen, das allein herauskriecht, sich auf den Rand setzt und mir seine „gemüthlich objektiven" Zähne weist. Sind die Kommunisten mit der Ernennung ihres Repräsentanten nicht einverstanden, so mögen sie protestiren; sind sie damit zufrieden, so nehme ich den Vorwurf der Unbescheidenheit, den ich ihnen früher gemacht habe, sofort zurück. Püttmännchen selbst aber wird mir nicht zumuthen, daß ich

an eine Beleuchtung seiner Schmiererei meine Zeit verschwende; auch traut er mir, ich weiß es, schon die Humanität zu, daß ich nicht mit seiner Imbezillität so umspringen werde, wie die mit ihr verbundene Arroganz es verdiente. Doch der Humanität bedarf es bei dieser Zurückhaltung nicht einmal. Will P. als Schriftsteller behandelt sein, so muß er zuvor als Schriftsteller auftreten: er muß es unterlassen, unter weiter Umgebung der Hauptgründe, welche der von ihm vertretenen Doktrin entgegengestellt werden, die Widerlegung durch Bekrittelung einiger aus dem Zusammenhang herausgerissener Einzelnheiten und verdrehter Worte zu ersetzen; er muß es unterlassen, sich mit Gegenangriffen zu helfen, die in dem Angegriffenen schon vollständig vorgesehen sind; er muß es unterlassen, gewußte Mißverständnisse zu Anknüpfungspunkten seiner sophistischen Polemik zu machen; er muß es unterlassen, durch eine Gedankenarmuth, die in den Lumpen einer schülerhaften Sprache dem Leser als Gegenstand des Mitleids entgegentritt, den Gegner sozial zu entwaffnen oder abzuschrecken; er muß es unterlassen (denn in solchen Dingen gilt kein Kommunismus), seine Aufsätze aus Zeitungsartikeln und sonstigem fremden Eigenthum zusammenzutreiben, und die eigne Zuthat auf gemeine Exklamationen zu beschränken; er muß es unterlassen, sich durch seine Originalartikel (z. B. über Heuchelei, im 2. Band der „Jahrbücher") unter das Niveau aller Kritik zu stellen; er muß es unterlassen, dem Gegner alles Interesse an der Kontroverse durch die Schaustellung einer politischen Flachheit zu nehmen, welcher alle Fähigkeit zur Auffassung staatlicher Fragen abgeht; er muß es endlich unterlassen, das kleine Verdienst, welches er sich unter dem Titel „Herausgeber" als bloße Publikationsmaschine für fremde Arbeiten erwirbt, durch die große Täuschung krönen zu wollen, daß er sein persönliches

Auftreten nach den Leistungen seiner Haupt-Mitarbeiter hinaufschrauben könne. Außer allem diesem, was P. unterlassen muß, kommt noch einiges Andere, was er thun muß. Ich nach der Aufzählung des Einen kann ich die Herzählung des Andern sparen. Genug, P. ist verpflichtet, daß, sofern er mit mir zu thun hat, seine objektive wie seine subjektive Gemüthlichkeit sich einstweilen nach Wunsch ergehen kann. Aber indem ich für meine Person von weiteren Zurechtweisungen abstrahire, darf ich unserem Messias nicht auch nach andern Seiten hin freies Spiel lassen. Es erlaubt dies das Interesse nicht, welches man im Dienst der gesunden politischen Vernunft bei der Bekämpfung dieser kommunistischen Helden haben muß, die in dem Treiben der Zeitbewegung mit Allem und Jedem fertig zu sein glauben, wenn sie mit der Miene literarischer Wegwerfung sich den Schnurrbart streichen und mit affektirter Ueberlegenheit sich zum Ausspucken zwingen.

Nach dem Vorritt Anderer besteigt auch der nachbetende Negräsentant P. das müde Paradepferd zuerst gegen die konstitutionellen Deputirten. Man weiß sehr gut, daß ein großer Theil der „konstitutionellen" Liberalen nicht scharf genug kritisirt werden kann, zumal da Viele von ihnen sich außerhalb des Kreises ihrer lokalen Wirksamkeit und der gangbaren Ansichten, welche in diesem Kreise den Meinungsartikel bilden, beden befangen und illiberal zeigen; aber die Verachtung zu solcher Kritik dokumentirt man wahrlich nicht durch Nachbetung kommunistischer Stichwörter und durch die Aneignung kommunistischer Impertinenz. Ich frage diese Absprecher, ob sie im Stande gewesen wären, die konstitutionelle Misere Deutschlands abzuthun oder im politischen Entwicklungsgang unnöthig zu machen? Ich frage diese Helden, welche die ehrenwerthesten Männer, weil sie durch ihre Mitbürger zu Deputirten gewählt sind, wie Schuljungen traktiren, was

ſie denn an der Stelle dieſer Männer ausgerichtet, wie ſie ſich in einer teutſchen Ständekammer benommen haben würden? Der redliche Wille, unter den gegebenen Verhältniſſen zu thun, was zu thun iſt, und das beharrliche Streben, in dem Jammer der teutſchen Politik wenigſtens das irgend zu Haltende als Stützpunkt für die Zukunft zu retten, ſtatt verzagend Alles und Alles fahren zu laſſen, kurz, alle die Einſicht und alle die Aufopferung, wodurch manche Deputirte für ihre Zeit die volle Anerkennung verdienen, die ihnen zu Theil geworden, gilt einem Kommuniſten eben ſo viel, wie das hohle Geſchwätz und die feige Akkommodationsſucht, wodurch Andere die ſchonungsloſeſte Kritik herausgefordert haben. Sie ſind Deputirte, „liberale" Deputirte — das genügt einem Kommuniſten vollkommen. Wie überall, ſo wirft er auch hier Alles in eine Grube. Ein Gewiſſen der Unterſcheidung beſitzt er nicht; eine Ehre der Gerechtigkeit beſitzt er nicht; eine Fähigkeit der Anerkennung beſitzt er nicht; einen Maßſtab für die politiſche Praxis beſitzt er nicht; Billigkeit zur Berückſichtigung der Umſtände beſitzt er nicht — kurz der Kommuniſt iſt in der Regel beim Urtheilen über diejenigen, die ſich nicht als Kommuniſten zurechtmachen laſſen, entweder geradezu ein Eſel oder — ein Schuft. Hat Einer Geld, ſo tritt ihn der Kommuniſt mit Füßen (nach Umſtänden zieht er auch die Mütze vor ihm ab): heißt Einer liberal, ſo tritt ihn der Kommuniſt mit Füßen; iſt einer vernünftig genug, an der Politik feſtzuhalten, ſo tritt ihn der Kommuniſt mit Füßen. Zu dieſen drei negativen Merkmalen noch das poſitive Dogma von der Organiſirung einer Kaſernenwirthſchaft, nach Aufhebung alles Privateigenthums, hinzugerechnet — ſo haben wir den Kommuniſten fertig. Doch nein, ſo einfach iſt der Mann nicht konſtruirt, er erfordert noch einige Ingredienzien von Gemeinheit, die wir weiter unten kennen lernen werden.

Zuvor noch ein Wort über das Benehmen der Kommunisten gegen den politischen Radikalismus. Wie sie dazu gekommen sind, sich diesem Radikalismus auf den Hals zu setzen, ist leicht und hinreichend nachzuweisen. Diese Nachweisung knüpft an Ruge an. Ruge war früher der Haupt-Repräsentant des Radikalismus in der philosophisch-politischen Kritik. Einige seiner Jünger, welche nur Begeisterungen, aber nicht seinen nüchternen Blick theilten, verloren durch die Berührung mit dem französischen Kommunismus die Politik aus den Augen. Dieß bei den Anlaß nicht blos, sondern auch den Vorwand, die Ruge'sche Richtung zu desavouiren oder anzugreifen. Als Hauptpunkt hierbei wurde das Alter dieser Richtung hervorgekehrt. Der Angriff war nicht blos oder nicht sowohl ein Prinzipien-, er war vielmehr ein Literaten-Angriff. Ueber Prinzipien bricht man nicht so unversöhnlich, wenn nicht der Eine das bisherige Prinzip verräth oder der Andere blind darüber hinausfährt; aber die Eitelkeit des Konkurrenzlaufens findet für das Vergehen sofort einen Vorwand. Es tauchte jene nichtswürdige, gewissenlose Literaten-Taktik auf, wodurch man sich als den Avancirtesten zeigt, indem man sich dem für den Avancirtesten Geltenden auf den Kopf setzt, und dieß geschieht einfach dadurch, daß man ihn mit einem einzigen Wort als antiquirt bezeichnet oder als todt deklarirt. Nachdem dies Kunststück einmal vollbracht war, kamen die kommunistischen Affen ihren Vorbildern nachgehüpft; sowie die Dogmen des Kommunismus, so sind es auch die Flegeleien derselben, welche einigen Wenigen der ganze Schwarm der Trosbuben nachgeübt hat. Einer oder zwei schimpften auf das Geld — flugs warf sich der ganze Troß auf das Geld; Einer oder zwei schimpften auf den Liberalismus — flugs warf sich der ganze Troß auf den Liberalismus; Einer oder zwei schimpften auf die Politiker — flugs warf

sich der ganze Schwarm auf die Politiker; Einer oder zwei schimpften auf Ruge — Ruge's warf sich der ganze Schwarm auf Ruge. Auf die Gründe kam wenig an; die Mode fragt nicht nach Gründen. Und so ist es denn jetzt Mode geworden, daß Jeder, der sich als ächten Kommunisten ausweisen will, Einiges über Ruge schimpfen muß. Die ihm früher die Schleppe getragen, geben sich jetzt das Ansehen, die Zipfel seines Bahrtuchs in Händen zu haben. Sich die Früchte eines fremden Strebens zu Nutzen machen, um es dann als überflüssig zu bezeichnen, das ist so ganz die Art dieser Rangläufer, denen es nie um die Sache, sondern nur um den Lärm zu thun ist, welchen sie damit machen können. Das und das ist „alt", sagen die Jungen; damit ist's genug. Der Kommunismus ist neu, sagen die Jungen; damit ist's ebenfalls genug. Die Literatenpointe der Neuheit, der neuesten Richtung, des avancirtesten Standpunktes — das ist's, worum es den literarischen Jungen (Gamins) zu thun ist. Auf das männliche Festhalten einer begründeten Ueberzeugung, einer wahren Idee, um sie durchzusetzen, geben diese charakterlosen Prahlhänse, die in 24 Stunden eine totale Umwandlung durchmachen, natürlich nichts; es ist ihnen nur um das literarische Skandal oder um den wohlfeilen Ruhm zu thun, durch ein bloßes Verwerfen des „Alten" auf der Spitze der Zeit zu stehen und von da aus auf die Köpfe aller Ehrenhaften und Besonnenern, die ihrer Einsetzung in das Amt der neuesten Richtung im Wege sind, nach Art aller Gamins, Koth und Steine herabzuwälzen.

Auch unser „Prometheus" Püttmann glaubt das Feuer der alleinigen Erkenntniß aus dem kommunistischen Himmel herabholen zu können, wenn er, seinen Vorbildern nacheifernd, das Löschhorn seiner Anmaßung im Vorübergehen auf das Licht Ruge's gedrückt hat. P. kennt von

Ruge's Wirken kann gar nichts sich empfehle ihm dessen „gesammelte Schriften"; kennte er es aber auch, so wäre — er hat ja die Proben geliefert — weder sein Denk- noch sein Schriftsteller-Vermögen analisirt, Ruge nur die Schuhriemen zu lösen. Was schadet das? Er ist Kommunist, und der Kommunist ist kompetent in Allem, er ist es vermöge seiner bloßen Sektenweihung. Einem Menschen nicht höher zu reichen, als bis an die Schuhriemen, und sich ihm doch mit Einem Satz auf den Kopf zu pflanzen, das ist eine Kunstfertigkeit, welche die Kommunisten mit allen Affen gemein haben. Man lese die scharfe Kritik Ruge's über den Kommunismus in der „Epochen," und besehe sich dann die Miene, womit der imbezille „Prometheus," dieser knabenhafte Dialektiker, unter Nachbetung „altphilosophischer" Redensarten die seiner Impotenz zu geringfügige Mühe beseitigt, jenen Aufsatz zu widerlegen. Das Benehmen dieses impotenten morgenden „Prometheus" ist durchaus charakteristisch, deshalb hebe ich es neuerdings an dem Beispiel hervor, welches gerade Ruge unwillkürlich so oft liefern muß. Ich habe Ruge nicht zu vertheidigen, das mag er selbst thun, wo er es für thunlich hält; auch nehme ich durchaus nicht in Allem mit ihm überein; aber sein Verdienst um die neuere Leibewegung und sein bedeutendes Talent für die philosophische Kritik erkenne ich freudig an, und namentlich da, wo es durch seinen Gegensatz so eklatante Gelegenheit bietet, das Treiben der kommunistischen Gamins zu charakterisiren.

Die Kommunisten haben zeitig herausgefühlt, wo ihre Hauptgegner stecken waren. Die Impotenten waren diese Gegner nicht, denn einerseits waren unsere Heiden zu feige und charakterlos, um den Kampf gegen den Theismus energisch durchzukämpfen, und andrerseits hat es sich schon gezeigt, und wird es sich noch besser zeigen,

daß Despotismus und Kommunismus sich brüderlich mit einander vertragen; die Halben, die Juste Milieu Leute, die konstitutionellen Transaktionsmänner waren diese Gegner auch nicht, denn sie boten so viel Blößen, und waren so wenig für einen radikalen Prinzipienkampf geeignet, daß sie in den Hauptsachen gar nicht zu fürchten waren. Die Hauptgegner der Kommunisten mußten vielmehr von vornherein die radikalen Politiker, die Republikaner sein. Der Hauptnerv des Republikanismus ist die Begeisterung für die Freiheitsidee, für die Gleichberechtigung der Menschen gegen einander, und der Haß gegen alle Knechtung durch Gewalt. Dem Republikaner geht die Freiheit über Alles, und da die Gewalt die gefährlichste, die furchtbarste, die stets zum Griff bereitstehende Feindin der Freiheit ist, so gehört zum Republikanismus vor allen Dingen Mut, Charakterfestigkeit und Thatkraft. Der Republikanismus ist durchaus polemischer Natur, so lang es noch eine Entgegensetzung gegen die Idee der Freiheit gibt, und er kann mit den Feinden dieser Idee keinen Frieden schließen, er kann sich nicht abfinden lassen, wie der ehrlose Kommunismus. Es versteht sich dabei von selbst, daß der Republikanismus keinen Gegensatz bildet gegen die Humanisirung der Gesellschaft und die materielle Berechtigung jedes ihrer Glieder, er fordert vielmehr dies Alles kategorisch; aber er weiß, daß von wahrer Realisirung dieser Forderungen keine Rede sein kann, so lang in politischer Hinsicht nicht reine Bahn gemacht, so lang noch ein einziger Schergе der Gewalt im Stande ist, dem Menschenrecht den Kommandostab entgegenzustrecken. Daß die Kommunisten durch republikanische Tugenden ihre Lorbeern nicht verdienen würden, wußten sie sehr wohl; daß sie es neben solchen Tugenden nicht konnten, wußten sie ebenfalls. Sie mußten daher versuchen, diese Tugenden als Narrheiten zu ver-

ſchreien, und um in der Nichtswürdigkeit radikal zu ſein, gingen ſie noch weiter und ſuchten den Boden des Republikanismus, den Staat, vollſtändig abzuſchaffen. Ich weiß, daß dieſe Aufhebung des Staats urſprünglich eine Verirrung im Prinzip war; ſie wurde aber ſpäter ein Mittel der bewußten Taktik, eine Waffe der literariſchen Perfidie. So machen die neuen Vertreter der Geſellſchaft es denn jetzt mit dem Staat oder Politik, den Politikern, genau ſo, wie mit dem Liberalismus. Statt nachzuweiſen, daß die meiſten ſogenannten Liberalen illiberal ſind, ſtatt alſo wirklichen Liberalismus von ihnen zu verlangen, machen ſie flugs aus dem Liberalismus ein Schimpfwort, eine Kollektivbezeichnung, unter welcher ſie Liberale wie Illiberale mit einem Coup zuſammen begreifen, weil — ſie keine Kommuniſten ſind. Statt ſich auf die Idee des Staats einzulaſſen, ſtatt die vermeintlichen Staaten mit dem wirklichen Staat zu vergleichen und zu verlangen, daß die erſtern wirkliche Staaten werden ſollen, verwerfen ſie die Staatsidee mit den Staats-Mißgeburten und ſind mit Einem Satze ganz aus dem Staat heraus. Das Geld haben ſie in der Theorie abgeſchafft als ein Uebel. Dieſen Sprung der Theorie überſetzen nun die wahren Kommuniſten auch ſofort in die Geſinnung und nehmen für die jetzige Praxis ihre künftige Phantaſiewelt in ſofern voraus, als die Benutzung des Uebels, Geld genannt, gelegentlich aufhört, für ſie Gewiſſensſache zu ſein. Ich leihe von einem Andern Geld: Geld iſt ein Uebel, ein Fluch, woran der Schweiß der Armen klebt, und in Zukunft wird es kein Geld mehr geben, folglich — iſt es kein Unrecht, das Geliehene nicht zurückzuerſtatten. Dieß iſt eine praktiſche Konſequenz des Kommunismus. In ähnlicher Weiſe überſetzen ſie auch ihre Staatsaufhebungs-Theorie in die Geſinnung und die Praxis. Der Staat iſt der Feind der

Gesellschaft, und in Zukunft wird er aufgehoben werden, in die Gesellschaft aufgehen, folglich — sind diejenigen Narren, welche sich noch für die Verbesserung dieses Staatsunwesens interessiren. Sie setzen ganz willkürlich, ohne alle sichhaltige Basis, eine Phantasie oder Schlaraffenwelt voraus und nehmen dann aus dieser Voraussetzung die Berechtigung her, sich von allen Regeln und aller Anerkennung der jetzigen oder der jetzt möglichen Welt zu emanzipiren. Das ist wahre kommunistische Praxis.

Also Aufhebung des Staats, Verwerfung der Politiker. Rückt man ihnen nun auf den Leib, zeigt man ihnen, daß der wirkliche Staat nur ein menschlicher, nicht der hebräische, nicht der preußische, nicht der englische, selbst nicht der nordamerikanische, sondern ein Staat ist, in welchem alle gerechte oder vernünftige Ansprüche der Menschen ihre Befriedigung finden und finden müssen, und daß die kommunistische Gesellschaft ebenfalls gar nicht aus der staatlichen Idee herauskommen kann, wenn sie dieselbe auch auf phantastische Weise verwirklichen will, — so stellen sie sich taub, geben ihrem Gesicht eine andere Richtung und schwagen in dem frühern Ton weiter von der Lächerlichkeit der Politik und von Aufhebung des Staats.

A. Warum bezahlen Sie mir meine Schuld nicht?

B. Hier ist Ihr Geld.

A. Ich fordere Sie auf, mir meine Schuld zu bezahlen.

B. Ich bezahle sie ja eben.

A. Wenn Sie mir meine Schuld nicht bezahlen, sind Sie ein schlechter Kerl.

B. Aber sie hören und sehen sie doch: hier ist ja Ihr Geld.

A. Ich werde Sie vor Gericht fordern, wenn Sie mir meine Schuld nicht bezahlen.

B. Mein Herr, ſind Sie taub, ſind Sie blind, oder ſind Sie wahnſinnig?

A. Ich habe lang genug Geduld mit Ihnen gehabt und will jetzt endlich meine Schuld bezahlt haben u. ſ. w.

Dieſer Dialog mag ein Bild liefern von der Rolle, welche die Kommuniſten ſpielen, wenn man ihnen Rede ſteht und namentlich die Aufhebung des Staats urgirt, von welcher ſie nicht abgehen wollen, um nicht ihre lächerliche Ueberſtürzung zuzugeben. Vor kurzer Zeit iſt in der Schweiz eine im Ganzen recht gut und praktiſch geſchriebene Broſchüre über den letzten preußiſchen Landtags-Abſchied erſchienen. Ihr Verfaſſer iſt einer der Haupttrommelſchläger der Kommuniſten, der ſich aber auf Alles einläßt, wenn er damit Kertüne machen zu können glaubt. Die Broſchüre läßt ſich auf das ganze Getriebe des preußiſchen Staatsweſens ein, berührt alle Details des Staatsweſens, verfolgt alle Landtagsverhandlungen auf das Genaueſte, ſo daß ein Politiker kein ſpezielleres Eingehen verlangen könnte. Ich machte darüber einem Kommuniſten die Bemerkung, ſein Zunftgenoſſe ſei ja in die Politik zurückgekehrt, die er früher aufgehoben, denn er intereſſire ſich ſogar für alle Spezialien der preußiſchen Landtagsgeſchichte u. ſ. w. Die Antwort war: „das iſt ja Alles ſozial.“ Merkwürdig! Nun war auf einmal die Preßfreiheit, die Judiziär-Ordnung, der Despotismus, kurz Alles und Jedes, was in Preußen zur Sprache kommt und worüber die Kommuniſten in Meilenſtiefeln hinweggeeilt waren, ſozial geworden. Es war ſo ſozial geworden, daß man ſogar den ſchwanenritterlichen König von Preußen in eine ſoziale Stellung brachte. Was bleibt da den Politikern noch übrig? Erſt wird ihnen durch die Kommuniſten Alles aufgehoben und dann nehmen die Aufheber das Aufgehobene in Beſchlag und

nennen es sozial. Wäre mit diesen bodenlosen Lächerlichkeiten nicht eine eben so bodenlose Gemeinheit verbunden, so würde man blos seinen Spaß daran haben. Aber wir werden sehen, wohin die Aufhebung der Politik und die Entgegensetzung des sozialen Monopols gegen den soziale wie politische Fragen gleichmäßig umfassenden politischen Radikalismus noch weiter führt. —

Ich habe schon bei mehreren Gelegenheiten vorausgesagt, daß die Hauptschreier der Kommunisten sich dem Despotismus in die Arme werfen würden. Jetzt schreibt mir ein Freund aus Berlin Folgendes: „Die Konstitution und dergleichen ist hier völlig verboten, dagegen die Sozialisten und Kommunisten, welche die Konstitutionellen angreifen, haben völlige, unumschränkte Preßfreiheit. Die dummen Jungen N. und N. u. s. w. schreiben in Zeitungen aller Farben, in den „Rheinischen Beobachter" und wo sie wollen, und greifen den „politischen Liberalismus" an, um Sozialismus zu predigen. Es ist Thatsache, daß sie schreiben können, was sie wollen u. s. w. Die Berliner Eiel, dieses Gesindel von der Feder, haben ganz den Kopf verloren, und wenn es möglich wäre, daß eine große Idee durch die Dummheit und Gemeinheit dieses Auswurfs, der jetzt die Feder führt, weggeschwemmt werden könnte, so wäre die Zeit dazu gekommen." Man sieht, daß die Wirkungen den Ursachen entsprechen. Man hatte nicht Einsicht genug, um zu erkennen, daß soziale wie politische Verbesserungen nur im Staat herbeigeführt werden können, oder man hatte nicht Energie genug, diesen freilich etwas mühsamen Weg zu verfolgen. Man fuhr daher über alle Wirklichkeit und alle Möglichkeit hinaus in das Schlaraffenland des Kommunismus. Die Verwirklichung des Kommunismus ließ aber länger auf sich warten, als die kindische Phantasie seiner Bekenner sich vorgestellt hatte. Was sollten sie nun thun?

Ehrlichkeit genug, um ihre Blamage einzugestehen, hatten sie nicht; Selbstverleugnung genug, um sich vernünftigen Leuten, die sie verhöhnt hatten, um der Sache willen wieder anzuschließen, hatten sie auch nicht. Die Verzweiflung ihrer Kopf- und Charakterlosigkeit treibt sie alle dahin, wo sie allein noch Aussicht haben, wenigstens ihrem Sektenfanatismus gegen vernünftige Politiker zu fröhnen, nämlich auf die Seite der Reaktion. Und so kämpft denn nun dieß ehrlose Gesindel Arm in Arm, Hand in Hand mit dem „Rheinischen Beobachter" und Kompagnie!

Kürzlich hat Einer von dieser Farbe die ganze Schamlosigkeit seiner Klique in der Trierschen Zeitung aufgedeckt. Er sprach von der Amnestirung der politischen Gefangenen und meinte, man solle diese Leute nicht mehr fürchten, sondern als Narren betrachten. Die sich für politische Ideen interessirten oder aufopferten, seien überhaupt nur untergeordnete Subjekte; vernünftige Leute wendeten sich dem Sozialismus zu, welcher blos inwendig bilde und unter jeder Regierung, namentlich unter einer guten, nach Einigen am Besten unter einer monarchischen, verwirklicht werden könne ꝛc. Der Sinn dieses fourieristischen Räsonnements ist mit drei Worten dieser: wenn wir satt zu essen haben und mit Erlaubniß der Polizei „inwendig bilden können," so sind wir zufrieden unter einem Knutenregiment; die das nicht sind, gehören in's Narrenhaus. Was will man mehr, als solche Gesinnung, wenn man das Recht nachweisen wird, dieß Gesindel zu verachten bis auf die Sohle? Von allen Seiten rückt ihnen die Polizei zu Leibe: die Zensur zerfetzt ihre Blätter; der Bundestag, der ihre Desavouirung der Politik nicht anerkennt, dehnt auf ihre Vereine das Verbot der politischen aus; kurz, die politische Gewalt quält sie bis aufs Blut. Bessern sie dadurch sich?

werden sie darum an die Politik erinnert? Werden sie dadurch empört gegen die Gewalt? Bei Leibe nicht! Die „inwendig Gebildeten" bleiben dabei, daß die politische Opposition Narrheit sei, und werfen sich der Gewalt, die sie maltraitirt, mit skrupelloser Verzweiflung in die Arme, um gefahrlos gegen diejenigen zu opponiren, welche mehr Ehre besitzen, als sie. Der Gewalt ist dieser Succurs natürlich willkommen, sie kann noch immer Ehrlosigkeit brauchen, obgleich sie schon so viel Vorrath davon besitzt, sie refraichirt das Blut der alten Ehrlosigkeit durch das junge, und könnte es ihr gelingen, mit Hülfe der kommunistischen Schreier das leidende Volk so weit zu betrügen, daß es glaubte, auch die materiellen, die „sozialen" Interessen seien am Besten in der Unfreiheit, seien am Besten von Gottes Gnaden aus zu fördern, so wäre man in Berlin oben auf und wir würden bald die Hauptkommunisten mit dem rothen Adlerorden im Knopfloch umherwandeln sehen.

Was hier gesagt worden, gilt nicht von allen Kommunisten. Es gibt noch Manche unter ihnen (und zu diesen gehört auch der persönlich ehrenhafte Püttmann), welche bei den Infamieen der Gewalt nicht gleichgültig bleiben. Aber auch bei diesen steht die Sektensympathie höher, als die Rücksichten der praktischen Vernunft, der Ehre und des Gewissens, so daß sie sogar bei den Liebäugeleien ihrer Genossen mit dem Despotismus ganz ruhig bleiben, statt sich offen von ihnen loszusagen. Und solche Leute, unter denen selbst die Besten gegen Alles, was den Charakter und die Vernunft zur Empörung bringt, fast gänzlich abgestumpft sind, solche Leute wollen die Politiker zu untergeordneten Subjekten machen! Nur ein untergeordnetes Subjekt, kein Mann von selbstständigem Wesen, kann Kommunist sein, denn der Kommunismus, wäre er verwirklicht, müßte jede Eigen-

thümlichkeit und Selbſtſtändigkeit des Einzelnen völlig verwiſchen. Sollte aber die Lehre von den untergeordneten Subjekten *a priori* noch zweifelhaft ſein, *a posteriori* hat ſie ſich ſchon trefflich bewährt.

Es wird dahin kommen, daß dem Kommuniſmus nur ſeine ſchimpfliche Nebenbedeutung übrig bleibt. Wer daher nach der Verirrung in dieß Gebiet der Geiſtesverkommenheit und Charakterverſumpfung ſich noch zu einem ehrenvollen Rückzug entſchließen kann, der thue es bei Zeiten. Wer in beider Beziehung, in Bezug auf Geiſt wie auf Charakter, nichts zu verlieren hat, der bleibe Kommuniſt und melde ſich in Berlin oder Peterſburg. Es gilt jetzt den Kampf, den dieſe Gamins provozirt, mit Gewalt provozirt haben, zu Ende zu kämpfen. Nachdem man die Unheilbarkeit der Hauptſchreier dieſer Sorte erkannt hat, ſoll man bei jeder Gelegenheit zeigen, was an ihnen iſt, denn ihre Doktrin entnervt die politiſche Typonien total und hebt das Gute, welches ſie durch Verallgemeinerung der Fermentation und durch Hereinziehung der Maſſen in die Bewegung der Zeit hätte bewirken können, von vornherein wieder auf durch Verwirrung der Köpfe und Erſchlaffung der Geſinnung. Sie thut dies namentlich in Deutſchland, wo die Knechtung der Preſſe es unmöglich macht, in derſelben Zeit die Anſichten des Volks zu berichtigen, in welcher ſie unter dem Schutz der Zenſur verwirrt werden können. In freien Ländern dagegen verliert der Kommuniſmus täglich mehr Boden, weil dort das Licht nicht fehlt, ihn von allen Seiten zu beleuchten, und weil die größere Leichtigkeit, ihn in die Praxis zu überſetzen, die Bedenken der Ausführung näher gerückt hat. Was uns in Bezug auf Frankreich, England, Amerika u. ſ. w. als Kommuniſmus vorgeſpiegelt wird, zielt meiſtens nur auf „ſoziale" Ausgleichungen und Reformen innerhalb

des Staats hin, und in der Schweiz, wo der Kommunismus so lange Zeit gewühlt hat, haben sich fast alle Anhänger desselben zu „sozialen" Republikanern bekehrt.

Bei der Besprechung des Kommunismus ist es durchaus nöthig, dessen spezifisches Prinzip oder Merkmal festzuhalten, denn die Verwirrung in den Diskussionen wie die Taktik der Diskutirenden hat dessen Charakter schon ganz zu verwischen begonnen. Sein spezifischer Zweck ist die Aufhebung alles Privateigenthums und die daraus folgende Einrangirung jedes Einzelnen in die allgemeine Kommanditegesellschaft oder Werkstatt oder Kaserne. Wer dieß nicht will und anstrebt, der ist kein Kommunist. Dieß lasse man nicht aus den Augen, denn sowohl die Reaktionäre wie die Kommunisten haben begonnen, Alles Kommunismus zu nennen, was auf Humanisirung der Gesellschaft hinzielt; jene, um dadurch zu „verdächtigen," diese, um mit einer großen Anhängerschaft zu prahlen, ihr Monopol der „sozialen Reform" festzuhalten und sich zugleich eine Hinterthüre zu öffnen, durch welche sie sich nöthigenfalls aus dem Gebiet des Unsinns und der Polizeiwidrigkeit auf das Gebiet der Vernunft und der Legitimität retten können. Kürzlich las ich in den „historisch politischen Blättern" des alten Görres einen Aufsatz über meine „Kriegsartikel," worin dieß Schriftchen als ein Produkt des Kommunismus dargestellt wurde. Es wird dahin kommen, daß man nicht mehr essen und trinken kann, ohne Kommunist genannt zu werden. Jeder vernünftige Mensch, der eine menschliche Frage mit freiem Geiste behandelt, wird sich ausdrücklich nach beiden Seiten hin vor der Annahme verwahren müssen, daß er ein Kommunist oder „Sozialist" der zünftigen Sorte sei. Es bedarf, wie wir oben schon gesehen haben, auf beiden Seiten nur eines Handumdrehens, um Alles in den Kommunismus oder Sozialis-

mus vereinnahmen, so daß, was unsere Gesellschaftstheoretiker benutzt, das ganze kindische Kunststück ihrer Theorie blos darin bestanden hätte, Allem einen neuen Namen aufzuheften und es dann für ihre Waare zu erklären. Auf diese Weise sind sie namentlich vor der Gefahr gesichert, daß sie nichts mehr zu sagen haben, nachdem das Material ihrer neuen „Wissenschaft" erschöpft ist. Schon Montesquieu schrieb gegen das Erbrecht. Ich habe mich nach meiner Ueberzeugung in der „Opposition" ebenfalls dagegen erklärt. Nun wirft mir der kundige „Prometheus" vor, diese Ueberzeugung sei ein Plagiat am heutigen Kommunismus, denn trotz Montesquieu u. A. sind es die Kommunisten unserer Tage, welche die Abschaffung des Erbrechts erfunden haben. In Campe's Kinderschriften kann der Herr „Prometheus" nachlesen, daß sich schon unter den Ureinwohnern Südamerika's ein ganzes Volk von „Kommunisten" befand, welche kein Privatrecht auf das Grundeigenthum kannten. Ich habe mich ebenfalls gegen dieß Privatrecht erklärt, wenn auch nicht durch die Campe'schen Kinderschriften dazu gebracht. Nun aber wirft mir der kundige „Prometheus" vor, daß die schon in Peru eingeführt gewesene Abschaffung des Privatrechts auf die allgemeine Erde ein Plagiat am heutigen Kommunismus sei. Wie schon gesagt, die Verneinung der Menschenrechte unter „sozialer" Aufschrift ist das einzige Privateigenthum, welches die Kommunisten besitzen lassen, aber nur für sich. In diesem Punkte sind sie keine Kommunisten. Wie es überhaupt keine Frage gibt, die nicht in der Geschichte schon aufgetaucht wäre, so hat auch der Kommunismus nichts aufzuweisen, was nicht der Menschengeist, mehr oder weniger ausgeprägt, schon früher zur Sprache gebracht hätte. Es hat sich immer nur darum gehandelt, daß die Fragen der Menschheit zu der Zeit, wo sie reif wurden, gründlicher und

allgemeiner behauptet werden sind, als früher. So ist denn in unserer Zeit die Menschheit darüber in's Reine gekommen, daß in einem zivilisirten Zustand der Gesellschaft jeder Mensch nicht bloß geistig und moralisch, sondern auch materiell in seiner Entwickelung und Existenz von Gesellschaftswegen gesichert werden müsse. Nachdem dieser Grundsatz festgestellt ist, wird der Verständige darauf bedacht sein, ihn in das System der Gesellschaftstheorie, d. i. der Staatstheorie, welche, wie Alles, in fortdauernder Entwickelung bleibt, aufzunehmen und nach den besten Mitteln zur Verwirklichung desselben sich umzusehen. Damit gelangt er dann zu einer Erweiterung der Staatsidee, nicht zu deren Verwerfung, und demnach zu einer Umbildung der Verhältnisse innerhalb der Staatsform, versteht sich, der einzigen wirklichen Staatsform, die es gibt, nämlich der republikanischen.

So wird der Verständige handeln. Der Unverstand dagegen, die theoretische Jungenhaftigkeit, wirft sich, wenn eine Frage der Zeit auftaucht, ausschließlich und einseitig bloß auf diese Frage, spinnt sie ohne Rücksicht auf Ausführbarkeit und Anknüpfung an die bisherige Entwickelung willkürlich bis in das Gebiet der Phantasie hinaus, und kehrt von dem Endpunkt seiner Verirrung in keuchender Hast mit der Prätension, mit der monströsen Prätension zurück, daß die ganze Welt sofort allen Ballast von Ansichten und Einrichtungen abwerfen müsse, um die Expedition bis zu jenem Endpunkt der verirrten Theorie praktisch mitzumachen. Wer die Theorie nicht theilt, ist bornirt, wer sie nicht sofort, auch ohne jedes praktische Mittel, ausführen will, ist ein Egoist, ein Räuber und wer weiß was. Staat, Geld, Eigenthum, kurz Alles muß sofort zum Fenster hinaus, damit — die Menschheit sich auch praktisch überzeugen könne, daß Jungen eben Jungen sind. Mögen die Rom-

mmiſten uns darthun, wie wir ohne Staat beſtehen, wie wir ohne Freiheit Menſchen ſein, wie wir ohne Politik frei werden, wie wir ohne Verbindung der freien Einzelexiſtenz mit der Einzelperſon glücklich ſein können — und wir werden auf der Stelle Kommuniſten werden, denn um der Rechthaberei willen verleugnet kein vernünftiger Menſch ſeine Ueberzeugung. So lang ſie uns aber dieſe Dinge nicht plauſibel machen können, mögen ſie ſich die Mühe ſparen, uns von unſerm Weg verdrängen zu wollen.

Ich habe ſchon früher darauf hingedeutet, daß die Kommuniſten wenig Punkte haben, über welche ſie alle einverſtanden wären. Der Eine iſt die Theologie los, der Andere predigt noch den Gekreuzigten; der Eine wirft den Staat gänzlich weg, der Andere will eine „feſte Regierung;" der Eine will eine bloße Geſellſchafts-„Verwaltung," der Andere lobt die „Monarchie;" der Eine ſpricht ſich deutlich über gänzliche Abſchaffung des Privateigenthums aus, der Andere beſchränkt ſich auf vage „Organiſirung der Arbeit;" der Eine beſchäftigt ſich noch dann und wann mit der Kritik der politiſchen Zuſtände, der Andere ignorirt ſie gänzlich u. ſ. w., u. ſ. w.

Die Redensarten von Menſchenthum und menſchlicher Geſellſchaft, ſo wie das Schimpfen auf die „Bourgeoiſie" und den „Liberalismus" u. ſ. w., ſind das Einzige, was im Munde Aller gleichmäßig laut wird. Ueberhaupt ſind es meiſtens nur vage Stichworte, was die Zukunftsheit unter ihnen unterhält und als Erkennungszeichen dient. Ließe man ihnen irgendwo freies Spiel, ihre Theorie auszuführen, ſie würden ſchon in den erſten 24 Stunden ſich bekriegen oder auseinanderlaufen. Was nun aber den deutſchen Liberalismus betrifft, worunter wir hier alle Nicht-Kommuniſten begreifen, die zu den beſtehenden Verhältniſſen, den ſozialen wie den politiſchen, in Oppo-

sition stehen, so läßt sich nicht leugnen, daß sie im Allgemeinen eben so wenig wissen, was sie wollen, als die Kommunisten. Es ist daher durchaus nöthig, daß diejenigen, die wirklich etwas erreichen und nicht bloß Redensarten machen wollen, sich über die Hauptpunkte einigen und sich darüber gelegentlich ganz bestimmt aussprechen. Um dieß anzuregen, ist in einem Vorläufer dieses Schriftchens schon ein allgemeines Bild einer künftigen teutschen Republik *) entworfen worden. Dieses sowohl als das an andern Orten (z. B. in der Opposition) Gesagte erlaubt mir, mich hier auf folgende resumirende Bemerkungen zu beschränken:

1) Es wird vorausgesetzt, daß kein vernünftiger Mensch mehr mit Vernunft, Freiheit, Menschenwohl und Menschenwürde eine Einrichtung für verträglich hält, welche einem einzelnen Menschen ein sanktionirtes Privilegium zur Beherrschung und Ausbeutung eines ganzen Volkes einräumt. Das Königthum muß also fallen.

2) Das Königthum weicht keiner andern Macht, als der Revolution.

3) Das Resultat dieser Revolution ist die Republik, d. i. eine Republik mit denjenigen Einrichtungen, welche nach den Ergebnissen der bisherigen Staatswissenschaft und Staatserfahrung als die in politischer und sozialer Beziehung beste erkannt wird.

*) Ein Berliner Korrespondent des „Prometheus" belehrt mich, ich müsse mir nicht einbilden, daß ich schon die teutsche Republik eingeführt, weil ich ein Paar Brochüren auf deren künftigem Terrain verbreitet habe. Wer sagt denn diesem Herrn, daß ich mir dieß einbilde, daß ich so blind gegen die Verhältnisse sei, wie er und seinesgleichen? Es wird hier die Belehrung am rechten Ort finden, daß er und Herr „Prometheus" sich nicht einbilden mögen, den Kommunismus schon dadurch einzuführen, daß sie sich für ihn blamiren.

1) eine solche Republik sichert das materielle Wohl ihrer Bürger gleichmäßig wie das politische. Zu diesem Zweck adoptirt sie alle Grundsätze und Vorschläge, welche bisher als richtig in der Theorie und als ausführbar in der Praxis sich ergeben haben.

2) Der erste dieser Grundsätze ist, daß kein einzelner Mensch ein ausschließliches Recht auf die allgemeine Erde haben könne, daß also die Erde allgemeines Eigenthum der Menschheit, d. i. der Staaten sein müsse, aus welchen die Menschheit besteht.

3) Auf diesem allgemeinen Eigenthum hat jeder Einzelne das Recht, seine Einzelexistenz nach seiner Individualität so weit zu gründen und geltend zu machen, als er dadurch nicht in den Kreis des gleichen Rechts der andern übergreift. Die freie Einzelexistenz ist nothwendig, weil sie eine Folge und ein Erforderniß der Einzelperson ist. Das Erforderniß der Einzelexistenz ist aber der Einzelerwerb und der Einzelbesitz des Erworbenen.

4) Damit der Einzelerwerb nicht durch das nothwendige Erforderniß der freien Konkurrenz zu verderblichen Ungleichheiten führe, wird ihm eine Schranke durch ein (entweder direkt oder, durch Progressivsteuern, indirekt einzuführendes) Maximum gesetzt. Niemand hat Anspruch, mehr zu erwerben, als er nach einem allgemeinen Ueberschlag nöthig hat, um menschlich zu existiren und so glücklich zu sein, wie seine Nebenmenschen. Der Staat hat also das Recht und die Pflicht, die Willkür des Einzelerwerbs zu beschränken, wie er das Recht und die Pflicht hat, die Willkür der Einzelentfaltung in andern Richtungen zu beschränken. Niemand darf bei der Sorge für seine Gesundheit die Gesundheit eines Andern gefährden; warum sollte er bei der Sorge für seine Existenz die Existenz eines Andern gefährden dürfen? Die staatliche

Festsetzung eines Erwerbs- und Besitzmaximums ist also eben so rechtlich wie nothwendig.

8) Zur Sicherung und Verbesserung der Existenz, welche das freie Werk des Einzelnen bleiben muß, liefert der Staat (die Gemeinde) dem mündig gewordenen Bürger die Grundlage und die Mittel. Diese bilden das Minimum. Das allgemeine Minimum besteht in freier Wohnung für gewisse Zeit*) und dem Material oder einer gewissen Summe, zum Beginn des gewählten Berufsgeschäfts, nachdem die freie Ausbildung auf Staatskosten vorhergegangen ist.

9) Der Staat ist bei allen streitenden Interessen die schlichtende dritte Person und dieß ist er ohne Fiktion. So oft nämlich innerhalb des Staats zwei Sonder-Interessen oder Personen kollidiren, ist immer ein dritter Theil unbetheiligt, d. h. nicht direkt betheiligt. Die Betheiligung des dritten Theils ist immer vorherrschend die am allgemeinen Interesse. Es sollen z. B. die Interessen des Ackerbaues und die eines Fabrikationszweiges kollidiren. Bei dieser Kollision wird der dritte Theil, der weder Ackerbauer noch Fabrikant ist, sein nur für das allgemeine Interesse parteiisches Urtheil in die Waagschaale der das wichtigste Prinzip vertretenden Partei legen, und dadurch die beste Ausgleichung herbeiführen. Es versteht sich von selbst, daß dieses Verhältniß sich in den Organen der Allgemeinheit, nämlich in der beschließenden, wie vollziehenden Behörde, ebenfalls wiederholt, und indem es durch diese zum Ausspruch gelangt, spricht die dritte Person, der Staat. In einer demo-

*) Es wird vorausgesetzt, daß der Staat nach Ablauf dieser Zeit einen die Steuern ersetzenden Miethzins erhebt. Kann er seine Bedürfnisse ohne solchen Zins bestreiten, so läßt er diesen natürlich ganz wegfallen.

kratisch gebildeten Regierung ist es nur das allgemeine Interesse, welches alle Regierungsglieder gemeinschaftlich berührt, ohne daß das Sonderinteresse eines einzelnen das Uebergewicht erlangen könnte. So gibt also der Staat, obschon er in jedem Fall aus drei „Personen" besteht, immer nur als dritte den Ausschlag. Sollte es aber dahin kommen, daß er bei einer bestimmten Frage sich spikte, in zwei Parteien spalten müßte, so würde einfach die Majorität des ganzen Volkes die Minorität zum Nachgeben bringen, denn bei der freien Majorität beruht im vernünftigen Staat, der freien Minorität gegenüber, die Endentscheidung und das jedesmalige Recht. Eine Frage, die eine solche allgemeine Spaltung herbeiführt, kann indessen auch nur eine allgemeine und permanente sein (z. B. eine Verfassungsfrage) keine vorübergehende Frage zweier Sonderinteressen, innerhalb der Allgemeinheit (z. B. zwischen Produzenten und Konsumenten); es kann also auch bei ihr nicht von einer Schlichtung oder Vermittlung, sondern nur von einem Sieg die Rede sein.

Wenden wir nun den Gesichtspunkt des allgemeinen Interesses, welches in jedem einzelnen Fall und bei jeder einzelnen Einrichtung jeder, auch nicht direkt beteiligte Staatsbürger hat, in unserm Sinne an, so kommen wir dahin, daß der Staat für die Fälle, wo zwei Interessen in Kollision kommen können, ein entscheidendes Institut schaffen muß, welches als dritte Person das allgemeine Interesse vertritt. Bis jetzt beschränkt sich die Anwendung dieses Prinzips hauptsächlich nur auf die Justiz, und hat als schlichtendes Institut die Gerichte geschaffen. Das Prinzip muß aber auf Alles übertragen werden, wobei allgemeine Interessen zu fördern oder gestörte zu schlichten sind. Auf diesem Wege wird also der Staat eben so gut Konkurrent in der In-

duſtrie, wie Konkurrent in der Juſtiz; er wird Konkurrent ohne den Egoismus der Konkurrenz, d. i. Vermittler. Natürlich iſt mit dieſer Vorausſetzung diejenige verbunden, daß im Staat das allgemeine Intereſſe zu ungehindertem Ausdruck gelange und zu freier Geltendmachung im Stande, kurz, daß der Staat ein freier, ein demokratiſcher Staat ſei. In einem unfreien Staat, in welchem nur eine einſeitige Gewalt den Ausſchlag gibt, wird dieſe natürlich in ihrem egoiſtiſchen Intereſſe die für die Allgemeinheit geſtifteten Inſtitute eben ſo korrumpiren, wie die ſpeziell zu Gewaltſtützen beſtimmten Inſtitute von Hauſe aus korrupt ſind. Wir ſehen dies z. B. in Preußen an dem Inſtitut der Seehandlung. Was in einem freien Staat eine Wohlthat iſt, wird im unfreien ein Fluch. Die Seehandlung würde in einem freien Staat die Induſtrie befördern und die Konſumenten vor Nachtheil ſchützen; in Preußen muß ſie auf Koſten beider ihren Beherrſchern den Beutel füllen. Seehandlung, Gerichte, Geſetze, Schulen, kurz, was es nur an Einrichtungen geben mag, dient im unfreien Staat dem Despotismus. Darum tragen aber nicht die Inſtitute an ſich die Schuld, ſondern derjenige, welcher ſie benutzt und verderbt. Das Meſſer dient dem Familienvater zum Brodſchneiden, dem Mörder zum Halsabſchneiden. Dieſer Punkt wie einfach er iſt, wird weder von den Kommuniſten, noch von den Liberalen genug berückſichtigt, und ſo braucht man ſich nicht darüber zu wundern, daß die Erſtern am wahren Staat verzweifeln, die Andern ſich bei dem jetzigen Staat noch beruhigen.

Wenden wir die Betrachtung des Staats als dritter Perſon, welche die einzelnen Intereſſen fördert oder ſchlichtet, ſpeziell auf dasjenige an, worauf es hier namentlich abgeſehen war, nämlich auf die materiellen Intereſſen.

Sie drehen sich hauptsächlich um Industrie und Ackerbau. Denjenigen Theil der Industrie, welcher nur durch die Mittel der Allgemeinheit für die Allgemeinheit ersprießlich gemacht werden kann, z. B. den Eisenbahnbetrieb, zieht der Staat gänzlich an sich. Für diejenigen Zweige, welche durch Einzelne oder durch Assoziationen betrieben werden können, schafft der Staat aus den allgemeinen Mitteln konkurrirende Anstalten, welche den Zweck der Vervollkommnung der Industrie im Auge haben, zugleich aber dazu bestimmt sind, in dem betreffenden Industriezweig die Konsumenten durch billigere Lieferung vor Nachtheil zu schützen, wenn die Produzenten einen normalen Gewinnsatz überschreiten sollten. (Der Vortheil, welcher in der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten besteht, läuft noch nebenbei.) Daß der Staat solche Anstalten für alle Industrie- und Gewerbszweige schaffe, ist nicht nöthig. Die Industrie des Luxus kann er füglich aus dem Auge lassen. Aber bei der Industrie der Bedürfnisse muß er konkurriren. Dies geschieht ja auch zum Theil schon jetzt, indirekt oder direkt, z. B. durch Brod- und Fleischtaxen, durch Bierproduktion u. s. w.

Wie mit der Industrie, hält es der Staat mit dem Ackerbau. Als ackerbauender Konkurrent fördert er aus allgemeinen Mitteln die Bodenkultur und schützt vor Mangel oder Uebertheuerung der Lebensmittel. Es wird natürlich auch hierbei vorausgesetzt, daß er alleiniger Bodenbesitzer ist — ein Thema, welches an einem andern Ort ausführlicher besprochen werden kann.

Die vorstehenden 9 Punkte mögen zur Anregung für jetzt genügen. Der neunte, in Verbindung mit 5, 6, 7, 8, hat den Zweck, zu einer Lösung der Frage beizutragen, ob der Staat, dem man Einseitigkeit und nothwendige Einseitigkeit schuld gibt, weil er nur politische, nicht soziale Bedürfnisse befriedigen könne, der letztern Aufgabe nicht

ebenso gewachsen sei, wie der erstern. Würde diese Frage zur völligen Klarheit durchgearbeitet und zur Entscheidung gebracht, so wäre — denn die Punkte 1 bis 4 können wenig Zweifel erregen — der Weg zu einem Glaubensbekenntniß der Zukunft gebahnt, durch dessen allgemeine Annahme die liberale Partei sich sehr bald die Garantie für eine Umwandlung unserer unerträglichen Zustände und für die Herbeiführung einer glücklichen Zeit verschaffen könnte.

Ich bemerke zum Schluß noch ausdrücklich, daß die vorstehenden Punkte, sowie die anderwärts von mir gemachten Vorschläge nicht im Mindesten mit der Prätension auftreten, maßgebend zu sein. Sie sind nur bestimmt, eine Diskussion anzuregen, die nicht mehr zu umgehen ist. Beschränken wir uns darauf, gegen die Kommunisten blos negativ zu verfahren, ohne zugleich positiv die Frage zu erschöpfen, wie den monströsen Zuständen der Gesellschaft abzuhelfen, durch den Staat abzuhelfen, radikal abzuhelfen sei, so haben die Kommunisten vollständig Recht, uns die Unzulänglichkeit unserer Doktrinen vorzuwerfen, wenn damit auch die ihrige nicht gerettet ist.

November 1846.

Krakau.

Den Schweizern gewidmet

von

einem Teutschen.

Vorwort.

Die Schweizer im Allgemeinen haben ein sehr beschränktes Vorurtheil gegen uns Teutsche und betrachten uns leicht als Eindringlinge oder als Zudringlinge, wenn wir uns auch nur auf dem Papier in ihre Angelegenheiten mischen. Wiefern sie hierin Recht haben, darüber weiter unten. Uns kommt es vorläufig nur darauf an, Fuß zu fassen auf der Tribüne, die wir in diesem Schriftchen zu besteigen gedenken, und uns das Recht zum Sprechen zu vindiziren. Genügen dazu nicht allgemeine Gründe, so nehmen wir besondere Fakta zu Hülfe. Wir erinnern die Schweizer daran, daß sie uns aus den Reihen der Republikaner Alliirte des Despotismus zufen-

den; und doch wollten sie uns es zum Vorwurf machen, wenn wir ihnen aus den Reihen der „Unterthanen" Alliirte des Republikanismus anbieten? Mögen die Schweizer den Verfasser dieses Schriftchens für dies Mal im Tausch gegen einen Professor hinnehmen, welcher aus der Mitte der Zürcher „Radikalen" übergetreten ist in die Mitte der Berliner Geheimräthe, um sich und den Republikanismus zu beschimpfen. Es gehört zu den Spiegelfechtereien des Berliner Absolutismus, Leute aus allen Gegenden und von allen Farben in seine Dienste zu ziehen, um seine universale Liberalität an den Tag zu legen. Er weiß sehr gut, daß diejenigen nicht gefährlich sind, die sich solcher Dienste nicht schämen, und sollten sie auch Republikaner heißen. Der „radikale" Professor wird dieß ebenfalls wissen, denn er schämt sich nicht, hauptsächlich deshalb nicht, weil seine Landsleute, statt solche Ueberläufer zu brandmarken, wohl gar eine Ehre darin sehen, daß einer der Ihrigen nach Berlin berufen wird, um ein hochgestellter Despotendiener zu werden. Der bewußte Professor hat Vermögen. Ob ihm seine Zinsen in Schweizerfranken oder in Berliner Thalern ausgezahlt werden, das kümmert unsere pfiffigen Reaktionärs nicht. Genug, sie rechnen darauf, daß der reiche Professor durch seine äußeren Mittel ebensowohl imponiren und repräsentiren werde, wie durch seine innern. Man betrachtet seinen Beutel so gut als einen Zuwachs wie seinen Kopf und — seine Zunge. Er soll als Professer die Rechtsbegriffe der Studenten, er soll als Mitarbeiter der projektirten „Geheimrathszeitung" die Rechtsbegriffe des Publikums, und er soll als künftiger „königlicher" Kommissär etwa in Deputirtenversammlungen mit seiner geübten Zunge die Rechtsbegriffe der Volksabgeordneten verwirren helfen. Das sind die Dienste die man sich von ihm verspricht. Viel Ehre für einen Republikaner! Ob er sie leisten

wird, wissen wir nicht; daß aber der Nachfolger Buchanan's das Vertrauen zu verehren wissen muß, welches der Despotismus ihm schenkt, dürfen wir von einem so gescheidten Mann voraussetzen. Was uns betrifft, so setzen wir uns dem Vorwurf der Unbescheidenheit aus, indem wir uns zum Tausch anbieten für einen Mann, der so wichtige Dienste leisten soll. Wir werden suchen, uns ebenbürtig zu machen durch eine Eigenschaft, die jener Professor nicht besitzt oder nicht besitzen darf. Wir werden die Wahrheit sagen, den Republikaner so gut wie den Despoten. Zu den ersteren spricht man aber in anderm Ton als zu den letztern. Wir hoffen durch den unsrigen zu beweisen, daß es Wohlwollen und Sympathie für den Republikanismus ist, was unsre Feder führt. Mögen sich daher unsre schweizerischen Meinungsgenossen durch unsere Absicht mit unserer Herkunft versöhnen lassen. Mögen sie zugleich zu der Erkenntniß darüber gelangen, wo sie ihre Freunde zu suchen haben. Sie haben bis jetzt immer das Schlechteste von uns übernommen, nämlich unsre servilen Professoren. Mögen sie bessere Vertreter Deutschlands kennen lernen in unsern Schriftstellern.

I.

Die heilige Allianz.

Metternich. Nikolaus. Friedrich Wilhelm VI.

Da haben wir die jetzigen Repräsentanten der weiland heiligen Allianz, der größten „Blasphemie", welche die Geschichte kennt! Da haben wir die Heiligkeit, deren Embleme die Knute, die Kette und der Kasemattenschlüssel sind! Da haben wir das Christenthum, in seinen weltlichen Auslaufern auf diejenige Spitze gebracht, wo Alles, was Menschenthum heißt, vor dem aufgerichteten Rad und Galgen in die Kniee sinkt oder zertreten unter dem Henkerfuße winselt! Ihr Schweizer schlagt euch, wie manche Andre, noch um das Christenthum. Wollt ihr aber wahrhaft kennen lernen, was Christenthum heißt, was Christenthum in der weltlichen Praxis ist, so bestrebt euch, russische, österreichische oder preußische Unterthanen zu werden.

Da Metternich, Kaiser von Oesterreich ist, so muß man ihn als das einzige überlebende Glied der heiligen Allianz betrachten und die Herren von Berlin und Petersburg als ererbte Kollegen, welche, wie wir sehen werden, zum Theil aus der Schule herausgewachsen sind. Ich würde nicht begreifen, wie man Metternich zu den Leuten von Geist hat rechnen können, wenn man nicht gewöhnt wäre, von der servilen teutschen Presse Alles mit Gein

ausgestattet zu sehen, was einen Kommandostab oder einen Kerkerschlüssel in der Hand hat. Die erste Eigenschaft des Geistes ist Produktionskraft, Schaffenstrieb. Der Geist muß produziren, muß beleben, muß sich übertragen in das Nichtgeistige, um sich zu verbreiten durch die Adern der Geschichte. Wo Ruhe und Tod ist, da ist kein Geist; denn Geist ist Bewegung und Leben. Und was ist Metternich? Er ist der erklärte Projektor und Repräsentant des Todes. Die starre „Erhaltung des Bestehenden" ist seit Napoleons Zeiten sein erklärtes Prinzip gewesen. Metternich ist ein erklärter Mörder der Entwickelung; er ist ein Feind des Baumes, der wächst; er ist ein Feind des Stromes, der fließt; er ist ein Feind des Vogels, der fliegt; er ist ein Feind des Blutes, das rollt. Dies Alles ist konsequenter Weise der „Nestor der Diplomaten"; denn warum sollte er nicht in der ganzen Natur wollen, was er in der Menschheit will? „Erhaltung des Bestehenden" ist das widernatürlichste und zugleich gründloseste Wort, das je gesprochen worden ist. Ein Mann, der durch solches Wort seine Richtschnur bezeichnet, mag ein exemplarischer Weinbals, ein trefflicher Kerkermeister, eine ausgezeichnete Schildwache am Kirchhof der Vergangenheit sein; aber die Prätension, zu den Staatsmännern zu zählen, bleibt ihm fern. Metternich ist durch Intrigue groß geworden und durch Polizei so geblieben. Das hat ihm den Titel eines Staatsmannes eingebracht. Schon Napoleon sagte ganz bezeichnend von ihm: „er nimmt die Intrigue für Politik." Intriguiren, lähmen, verführen, korrumpiren und zur Noth Gewaltthat üben, bloß um — das Bestehende zu erhalten, ist das eine Rolle für einen Mann, sprecht sich darin der Beruf eines Mannes von Geist aus, liegt darin das Zeugniß für die Fähigkeit des Staatsmannes? Es ist die kläglichste und zugleich fluchwürdigste Aufgabe,

die sich jemals ein einflußreicher Mann gestellt, und sie ist nur deßhalb bewundernswerth, weil diese Geistlosigkeit dreißig Jahre lang in einem ganzen Welttheil keinen überlegenen Konkurrenten am Geist gefunden hat. Es liegt hierin ein jammervolles Zeugniß für unsre Zeit, das jammervollste für unsre „Staatsmänner." Metternich steht in einer Hinsicht groß und einzig da: er hat den universalsten Fluch auf sein Haupt gesammelt, den jemals die Völker einem Einzelnen zuzudenken hatten, und diesem Fluch ist er ein ganzes Menschenalter hindurch entgangen, und das Gewitter beginnt erst sich zusammenzuziehen über seinem schon klaffenden Grabe.

Metternich ist — nun, er ist ein Schurke! Er ist der größte aller Schurken, die je einen Diplomatenstern auf der Brust getragen haben. Ich halte viel auf Physiognomik; aber ich bin nicht einseitig und genügsam genug, um mein Urtheil bloß durch die Züge des Metternich'schen Gesichtes zu belegen, obgleich ich noch nie ein solches Gesicht gesehen habe. Ein solches Lächeln, solche Augen, eine solche Stirne, und namentlich eine solche linke Augbraune, wie das Metternich'sche Gesicht aufzuweisen hat, finden sich in ganz Europa nicht vereinigt. Sie vergegenwärtigen das Ideal eines Diplomaten, oder mauvais sujet. Doch lassen wir diese Personalia. Daß Metternich kein gewöhnlicher Mensch ist, will ich ihm nicht bloß aus seinem Gesicht, ich will es ihm durch Thatsachen vor Gericht beweisen, wenn er den Muth hat, mich zu zitiren.

Was der Metternich'sche „Geist" ausgerichtet, darüber gehen jetzt den Völkern die Augen auf. Seitdem die giftigen Nebel endlich wolkenweise aus dem Sumpf des „Besiegten" herauszuqualmen beginnen, den er so lange Jahre eingedämmt; seitdem man im Innern des „Besiegten," dessen Krater sein „Geist" für immer zugestopft zu haben glaubte, das vulkanische Rollen vernimmt und

die Flammen hier und da blutroth herausschlagen: seit dieser Zeit ist man über das Verdienst des „Bestehenden" zweifelhaft geworden, und was man so lang als eine beispiellose Weisheit angestaunt, das dekouvrirt sich jetzt auch dem Volksverstand als ein nichtswürdiges Taschenspielerkunststück. Daß bei dem Kunststück Henker, Büttel, Diplomaten, Bundestage, Armeen und Volksmassen mitgespielt, macht es bloß großartig, nimmt ihm aber nichts von seinem Charakter. Das Bestehende erhalten, heißt weiter nichts, als die Uhr der Zeit still stellen, es heißt weiter nichts, als das Unmögliche möglich machen; es heißt weiter nichts, als die Nacht vor dem Tag schützen; es heißt weiter nichts, als die Ventile des Bestehenden schließen, um das Bestehende in die Luft springen zu lassen. Wer als Fürst Metternich die Erhaltung des Bestehenden zum Prinzip macht, der ist entweder zu geistlos, um die Menschheit und die Geschichte zu begreifen, oder er begeht die Schlechtigkeit, mit einem Taschenspielerkunststück, das eine ganze Generation ins Verderben stürzt, auf die bequemste Manier sich eine Stellung zu sichern. Den Fürsten Metternich für geistlos zu erklären, dies ist noch das günstigste Urtheil, welches sich über ihn fällen läßt. Ich habe aber schon angedeutet, daß dieß Urtheil nicht ausreicht. Faßt man die schlagenden Thatsachen ins Auge, welche sich ihm als Resultate seiner Politik im Innern und im Auslande aufgedrängt haben, sieht man bloß auf das Verrücken des Mittelpunkts hin, welches er an die Donau gelockt, und auf das Umsichgreifen des Panslavismus, welcher in der durch die „Erhaltung des Bestehenden" herbeigeführten Entfremdung der Völker seine Hauptnahrung findet, so kann man sich nicht enthalten, die Verderbenspolitik Metternichs eine bewußte zu nennen, welche ihre Erklärung in dem Gentz'schen Worte „mich und den Metternich hält

es noch aus," oder in dem noch prägnantern „après nous le déluge" findet.

Mehr Geist, als durch Metternich, wird durch den zweiten Vertreter der heiligen Allianz, durch den Zaar von Petersburg, repräsentirt. Freilich ist es nur der Geist eines Barbaren, aber es ist doch Geist. Der Zaar von Petersburg begnügt sich nicht mit der frigen und geistlosen Erhaltung des Bestehenden, er beschränkt sich nicht auf die verneinende Defensive gegen den Geist der Zeit, er geht auch positiv zu Werk, er schafft, er erobert, er treibt seinen barbarischen Geist durch Trümmer und Blutfelder hindurch in die Völker, die er beherrscht oder erobert. Sich als Gott und Eigenthümer einer zur Weltentrückung dressirten Nation von einstweilen 60 Millionen Menschen zu geriren, diese Nation mit höllischer Gewalt in Eine Form zu gießen, Rußland mit Allem, was die Landkarte und überdieß die Herrschgier des Erben Peters des „Großen" dazu rechnet, nämlich eine halbe Welt, nach einem einzigen persönlichen oder dynastischen Gelüste zusammenzutreten, zu russificiren äußerlich und innerlich — das ist, wenn auch eine wahnwitzige Barbarenthat, wenigstens eine That, eine Idee, ein Trieb des Geistes. Es gibt Despoten, die wenigstens die Ehre verdienten, erschossen, Andre aber, die höchstens verdienten, gehängt zu werden. Das ist doch ein Unterschied. Der Zaar vertritt den Despotismus ganz. Wer ihn bloß halb zu vertreten weiß, wie Metternich, der vertheidigt ihn nur gegen die Freiheit; wer ihn aber ganz vertritt, der setzt ihn auch durch, mit allen Konsequenzen, der macht ihn zur Religion wie zum Gesetz, der schafft ihm eine besondre berechtigte Welt, außerhalb welcher gar nichts mehr existirt und welche die ganze Unterthanenwelt ausfüllt. Der wahre Despotismus darf gar nicht die Annahme aufkommen lassen, daß er nicht könne, was er wolle,

und daß er nicht Alles wolle. Er muß als Allmacht und als Welt auftreten. Das thut er in Rußland, wo Nikolaus mit vielem Glück den in's Barbarische übersetzten Affen Napoleons spielt.

Nur wer das, was er ist, ganz ist, wird Sieger; wer halb ließ, halb das, oder überhaupt nur ein Halber ist, wird früh oder spät dupe oder Diener des Ganzen. Der Russe hat seine verzweifelte Stellung so lang behauptet, weil er sich nicht gescheut hat, ein Ganzer zu sein. Hätte er sich feiger Weise bloß auf das Unterdrücken, auf die Erhaltung des Bestehenden beschränkt, wie Metternich, so wäre ihm das Bestehende über den Kopf gewachsen wie diesem; aber er hat den Muth und die Kraft gehabt, neben dem unterdrückenden Secreten zugleich productiver Despot zu sein, er hat zu dem schlechten Bestehenden immer Schlechtes hinzugeschaffen und konsequent ein positives System befolgt. Darin beruht seine Stärke, eine Stärke, welche nebenbei durch die nationale Idee des Russenthums zugleich im Volk wurzelt. Dieses russische Gebäude wird zwar ebenfalls nur auf eine gewisse Höhe gebaut werden, um dann um so gewaltsamer einzustürzen; so lang es aber im Bau begriffen ist, muß man ihm die entschlossene Planmäßigkeit, die Bestimmung, ein Ganzes zu sein, muß man ihm, ich möchte sagen, die harmonische Idee zugestehen. Es hat die Harmonie der Hölle, welche ganz einfach nur aus Teufeln mit ihrem Oberteufel und aus Damnirten besteht.

Weil der Russe etwas Ganzes ist, darum hat er auch sein System nicht bloß im Innern durchgesetzt, sondern ist zugleich Sieger über diejenigen geworden, welche, an sein Prinzip gefesselt, dasselbe doch nur halb zu bekennen wagen. Metternich ist konsequent gewesen im Unterdrücken: aber die andre Konsequenz des Despotismus, in der Welt der Unterdrückern auch po-

sitiv und produktiv zu Werk zu gehen, hat ihm gefehlt. Nur so ist er trotz aller seiner Schlauheit nur ein Werkzeug des Russen geworden. Wollte Metternich ein Ganzer sein, so mußte er nicht bloß überall die Hand der Intrigue im Spiel haben, wo es außerhalb Oesterreichs die Freiheit zu morden oder zu vergiften galt, sondern er mußte auch im Innern alle Keime eines selbstständigen Lebens vernichten und andere Keime an die Stelle pflanzen. Er mußte also namentlich die Keime der verschiedenen Nationalitäten, welche Oesterreich umschließt, zerstören und durch Einimpfung einer einheitlichen Idee ein Surrogat an die Stelle setzen. Dazu bedurfte es aber vor allen Dingen Muth, und den hat Metternich nur, wo er seiner Sache gewiß zu sein glaubt. Wagstücke oder Experimente mit dem Despotismus macht er nicht. Armer Metternich! An Intriguen hat der Russe von dir nichts zu lernen und den Muth der Positivität hat er vor dir voraus. Was Wunder also, daß er mit seiner Entschiedenheit deine Feigheit verdrängen, daß er dein Oesterreich von allen Seiten umzingeln und unterhöhlen, daß er die Nationalitäten, welche du weder durch despotische Gewalt noch durch eine Freiheitsidee zu verbinden vermochtest, wohl aber durch dein Hemmungssystem in russischem Interesse abstoßen mußtest, bei ihrer Schwäche fassen und in seinen Kreis ziehen konnte? Oesterreich fällt auseinander und Nikolaus steht mit offenen Händen daneben, um die abfallenden Theile aufzugreifen — das ist die Perspektive, welche Metternich für die kommende Geschichte seines Vaterlandes eröffnet hat.

Wenn, vom Standpunkt des Despotismus aus betrachtet, Nikolaus ein Ganzer und Metternich ein Halber ist, so ist Friedrich Wilhelm IV. nur ein Viertelsmann. Ist Metternich die dupe des Nikolaus, so ist Friedrich Wilhelm die dupe Metternichs und Nikolaus. Er ist

durch die geſchichtliche Beſtimmung Preußens auf den Fortſchritt verwieſen, durch Metternich auf das „Beſtehende und durch Nikolaus auf den Despotismus. Da er nun aber die Eitelkeit beſitzt, etwas ganz Beſonderes und Selbſtändiges darſtellen zu wollen, ſo beſtrebt er ſich, — auf dem Boden des Beſtehenden — als produktiver Despot — in das Mittelalter — fortzuſchreiten. „In ſolcher tollhäuſleriſchen Freigeiſterei konnte eben nur ein ſolcher Romantiker gelangen, der die Konſequenz von gar nichts und die Konfuſion von Allem darſtellt. Sein Vater hatte, durch ſeine Schickſale und ſeine Natur beruhigt, ſein Heil in ſtummer Duldung des Beſtehenden geſucht. Der Sohn wollte ebenfalls das Beſtehende erhalten aber zugleich noch Neues hinzufügen. Er wollte Denkmäler ſeines „Wirkens" hinterlaſſen und wo möglich, als Abkömmling Friedrichs des „Großen" das preußiſch-deutſche Kaiſerreich gründen. Beides ging nicht ohne den Alliirten, den man den Fortſchritt nannt; mit dieſem Alliirten ging es aber auch nicht, da derſelbe ebenfalls die Eitelkeit hat, ſelbſtſtändig handeln zu wollen. Der „mächtige Herr" in Berlin verfuchte alſo, den Fortſchritt hinter das Licht zu führen. Da der Fortſchritt aber in Sachen des Lichts beſſer bewandert iſt, als ein ſolcher Romantiker, ſo wurde er ungeduldig über die entdeckte falſche Abſicht und führte dadurch einen offenen Bruch herbei. So iſt nun der „mächtige Herr" in eine ſehr üble Stellung gerathen. Das „Beſtehende" iſt nicht mehr ſicher, weil es zum Theil verlaſſen werden; der poſitive Despotismus iſt verfehlt, weil er nicht auf ſich, weil er ein halber war, und der Fortſchritt hat den Krieg erklärt, weil er ſich angegriffen ſah. Friedrich Wilhelm ſteht alſo auf geſpanntem Fuß mit allen ſeinen Alliirten, mit Nikolaus, welcher die Experimente mit dem Liberalismus haßt, mit Metternich, welcher die Experi-

mente mit dem Bestehenden fürchtet, mit dem Fortschritt, welcher die Experimente mit dem Despotismus verabscheut. Man muß gestehen, der arme Friedrich Wilhelm ist am Uebelsten von Allen berathen. Ein Metternich sein kann er nicht, ein Nikolaus sein darf er nicht und ein Fortschrittsmann sein will er nicht. Was bleibt ihm übrig? Ein Narr zu sein! Und das ist er geworden.

Da haben wir nun die heilige Dreieinigkeit oder Allianz, wie sie sich gegenwärtig charakterisirt, in ihrem Verhältniß unter sich vor uns. Wir kommen nun an ihre Stellung nach Außen.

II.

Krakau.

Der Hauptkitt, welcher die heilige Allianz zusammenhält, ist, neben dem gemeinsamen despotischen Prinzip, das Blut des gemordeten Polens. Jeder der drei Alliirten verfolgt seinen besonderen Plan, und im Geheimen hassen sie sich, fürchten sie sich und rivalisiren sie mit einander; aber die gemeinsame Blutschuld und die gemeinsame Furcht vor der Nemesis der Geschichte, welche aus einem Bruch der Allianz hervorgehen würde, zwingt sie, so lang als möglich gemeinschaftliche Sache zu machen. Der österreichischen und preußischen Politik wird die Betheiligung an dem polnischen Verbrechen durch ihre Stellung immer drückender, je öfter der Prozeß wieder aufgenommen wird, denn dieß Verbrechen ist das Bleigewicht, welches sie in den Kreis des Russenthums gebannt hält und sie immer mehr von dem übrigen Europa zurückzieht.

Rußland weiß dieß und gebraucht Polen als sichere Handhabe, die beiden Diener in Berlin und Wien festzuhalten, wenn sie sich nach einer bedenklichen Seite hin verirren sollten. Kann es dieß auf keine andere Weise, so begünstigt es polnische Revolutionen oder benutzt vorgespiegelte als Schreckbilder. Wäre man in Wien und in Berlin entschlossen, sich der Freiheit in die Arme zu werfen, so wäre der russische Quäler bald abgeschüttelt, namentlich, wenn es auf den großartigen Gerechtigkeitsakt einer Wiederherstellung Polens abgesehen wäre; aber so groß denkt man natürlich weder in Wien noch in Berlin. Man läßt sich, statt gerecht zu sein, lieber an der Hand des Russenthums immer weiter in das Labyrinth der Ungerechtigkeit hineinführen und ist blind genug, den Minotaurus draußen statt drinnen zu glauben. Ich bin weit entfernt, der österreichischen und preußischen Politik, den Ruhm der selbstständigen Schlechtigkeit verkümmern zu wollen; aber in der polnischen Sache hält Rußland beide an der Schlinge, und selbstständig wie unselbstständig sind sie nur die Vorposten der russischen Politik gegen den Geist der Civilisation, gegen den Geist der Menschheit. Oesterreich und Preußen könnten ohne Rußland bestehen, wenn sie wollten; Rußland wäre mit allen seinen europäischen Projekten verloren, wenn jene Alliirten sich von ihm abwendeten. Deshalb hält es sie fest an der Schlinge, womit sie gemeinschaftlich Polen erdrosselt haben, und indem es sie von der einen Seite beständig in die Reaktion hineinhetzt, macht es sich ihnen von der andern Seite unentbehrlich, indem es sich ihnen als Beschützer gegen die Folgen dieser Reaktion zur Seite stellt.

Die neuesten polnischen Ereignisse sind wieder ganz im Sinn und Interesse Rußlands ausgeschlagen. Nachdem man gemeinschaftlich eine angemessene Zahl Unglücklicher

eingemauert, ausgeliefert, gehängt, geknutet hat, ist die russische Allianz wieder so innig wie möglich geworden. Damit sie aber auch für die Zukunft Garantie habe, setzt man jetzt dem gemeinsamen Werk durch die Einverleibung Krakau's die Krone auf. Wer dadurch gewinnt, ist allein Rußland; wer dadurch verliert, sind die dupes in Wien und Berlin. Rußland hatte durch einen solchen Akt in der öffentlichen Meinung nichts zu verlieren; Oesterreich und Preußen aber mußten dadurch nothwendig auf das Aeußerste kompromittirt werden. Sie mußten dieß nicht bloß in moralischer, sondern auch in politischer Hinsicht. Die Erschütterung des Völkerrechts, welche von Krakau ausgeht, muß Oesterreich und Preußen früh oder spät bloßstellen, wenn Frankreich oder eine andere Macht das gegebene Beispiel nachahmt. Nur die Voraussicht dieser Nachahmung ist es, welche Preußen und Oesterreich aufs Neue an den Schutz des Russen fesseln muß. Je nachdem sich in Zukunft die Umstände gestalten, kann dieser Schutz gewährt oder — nicht gewährt werden. Kann Frankreich den Rhein und Belgien nehmen und Rußland sieht dabei keinen Vortheil für sich voraus, so ist es Bundesgenosse Preußens und Oesterreichs; kann es aber zugleich ein Stück Preußen und ein Stück Oesterreich in die Tasche stecken, so wird es sich mit Frankreich alliiren.

Die durch und durch dummen und servilen teutschen Blätter haben sich nicht geschämt, die „Uneigennützigkeit" des Russen hervorzuheben, indem er Oesterreich das „wichtige" Krakau überließ. Der Mann wußte besser, was er that, als die teutschen Zeitungen. Krakau in der Hand Oesterreichs kann Rußland nicht schaden, zumal da jene Stadt den polnischen Schwerpunkt nicht nach Galizien verlegt, wohl aber für etwaige Versuche, ein preußisch-polnisches Königreich zu bilden (wovon schon Rede gewesen ist), Oesterreichs Antagonie gegen Preußen verstärken

muß. Oesterreich aber hat durch die Einverleibung Krakau's ein Auflösungselement mehr in sich aufgenommen. So ist es also, nach allen Seiten hin, Rußland allein, welchem durch jenen Akt der Gewalt gedient wird.

Doch nein, Rußland ist es nicht allein, auch die Völker sind es! Hoffentlich wird dieß begriffen werden.

Welches Bewußtsein einer Unthat man mit sich herumträgt, zeigt schon die Haltung der diplomatischen Presse. Oesterreich, sage Oesterreich, hat sich sogar gemüßigt gesehen, sich in seinem allgemeinen Kabinetsorgane, der niederträchtigen „Augsburger Allg. Zeitung," zu vertheidigen. Und mit welchen Gründen vertheidigt man sich? Es ist eine Geduldprobe, sie anzuhören. Krakau, das neutrale Krakau, dessen Bestehen die „Schutzmächte" für „ewige Zeiten" garantirt, habe nicht mehr bestanden, es habe sich durch seine Revolution selbst aufgelöst und gleichsam zur Disposition gestellt. So ungefähr heißt es. Aber war es denn „Erhalten des Bestehenden" denn so schwer, in dem von euren Truppen besetzten Krakau den frühern Zustand der Dinge wieder herzustellen und dann die in integrum restituirte Neutralität wieder fortbestehen zu lassen? Wußtet ihr den Patienten, statt ihn nach eurer Weise zu heilen, todtschlagen, damit er nicht mehr krank werden könne? Ferner sagt man, es sei ein Akt der Nothwendigkeit gewesen, mit dem „Freistaat" Krakau einen Herd der Revolution aufzuheben. Aber stand nicht auch schon früher dieser Revolutionsherd ganz unter österreichischer Vormundschaft? War nicht der regierende Senat dem österreichischen Residenten unterthan? Wurde nicht die Polizei durch österreichische Beamten gehandhabt? Bestand die Krakauer Miliz nicht aus österreichischen Soldaten? Standen diese Soldaten nicht unter dem Befehl des kommandirenden Generals in Podgorze? Fungirte nicht endlich in Krakau ein außerordentliches, von den

drei „Schutzmächten" eingesetztes Tribunal, welchem die Ermittelung und Bestrafung der „politischen Vergehen" oblag? In wie fern konnte also die totale Einverleibung Krakau's ein Akt der Nothwendigkeit, der Selbsterhaltungspflicht sein? Man sieht, wie unverschämt, wie lügenhaft sich eine Unthat vertheidigt, welche sich auf nichts Anderes stützen kann, als auf die brutale Gewalt.

An sich hat die Einverleibung Krakau's natürlich keine Wichtigkeit. Krakau hätte Polen nicht gerettet. Auch wird die Einverleibung direkt keinen Krieg entzünden. Aber ihre Wichtigkeit erlangt sie durch die Erschütterung des von den „Schutzmächten" selbst aufgestellten Völkerrechts und durch die Belehrung der Völker über ihr Verhältniß zu diesen Mächten. Sie lehrt, daß die Stipulationen des Völkerrechts, wie die Stipulationen des Staatsrechts (die „Gesetze"), nur so lang von den Gewalthabern aufrecht erhalten oder geachtet werden, als sie diesen genehm sind. Sie lehrt, daß es eine kindische Thorheit ist, solchen Stipulationen, und gingen sie sogar von einer heiligen Allianz aus, das mindeste Vertrauen zu schenken; daß es also vor den Gewalthabern keine andere Sicherheit der Einzelnen wie der Völker gibt, als die sie sich selbst verschaffen. Sie lehrt, daß Verträge wie Gesetze nur Handhaben sind, durch welche die Mächtigen einseitig ihre „Rechte" sichern, daß aber für die Schwachen diese Handhaben nichtig sind, wenn sie mit jenen in Kollision kommen. Das Alles lehrt die Einverleibung Krakau's, mitten im Frieden, in einer Zeit, wo kein Kriegsrecht das Völkerrecht verdrängt und nicht die Macht der Thatsachen die Macht der Grundsätze beseitigt hat. Diese Lehre hat also gleichsam prinzipielle Gültigkeit, sie hebt das bisherige Völkerrecht grundsätzlich wie thatsächlich vollkommen auf, sie predigt mit einem Wort Anarchie oder Revolution im Völkerrechte. Jetzt darf Je-

der thun, was er kann. Dieß galt zwar, wir wir Alle wiſſen, früher auch; aber es war noch nie von den revolutionsfeindlichen Gewalthabern ſelbſt gepredigt worden. Und dieſe Predigt, ihr Völker, wolltet ihr überhören? Wenn die Decreten nicht zweifelhaft ſind zu thun, was ſie kennen, werden kann die Völker noch länger zweifelhaft bleiben zu thun, was ſie ſollen?

Was mit Krakau geſchehen, kann jetzt „völkerrechtlich" mit der Schweiz und mit jedem andern Staat geſchehen, der nicht genau in die Form der „Schutzmächte" paßt und ihren Bajonnetten nicht zu trotzen vermag. Wer beſtimmt das Maß der Unzufriedenheit dieſer „Mächte", welches erreicht werden muß, um zur Intervention, zur Einverleibung u. ſ. w. zu berechtigen? Wer ſtrirt die Verwände, welche vorhanden ſein müſſen, um einen Akt der Gewalt zu motiviren oder zu beſchönigen? Weiß die Diplomatie nicht überall heuchleriſche Verwände vom Zaun zu brechen? Kann ſie nicht jeden Laut der Freiheit, der über die Grenze in die Ruhebefeſtille der Despotenländer ſchallt, als einen Ruf nach Interventien auslegen? Genügt ihrer Gewiſſenhaftigkeit nicht jede freie Lebensäußerung, um im geeigneten Moment eine Metternich'ſche „Expropriation im allgemeinen Intereſſe" vorzunehmen? Krakau war revolutionär — Krakau muß vernichtet werden. Die Schweiz kann revolutionär werden, in es ſogar ſchon geweſen — die Schweiz muß vernichtet werden. Pulver und Blei kann man in jedem Land und jeder Stadt kaufen und gebrauchen; danach in jedes Land und jede Stadt, in welchen Pulver und Blei gefunden wird, trif zum Einverleiben oder zur Schleifung. Ein Vorwand iſt für Alles zu finden, namentlich auf Seiten der gottgeſandten Erhalter des „Beſtehenden" und der „Ruhe." Der heiligen Allianz iſt jedes Recht, jedes Volk jetzt völlig preisgegeben,

wenn es sich dieser Macht nicht erwehren kann. Diese Macht kann jetzt „völkerrechtlich" mit ihrem Stempel versehen, was erhalten, sie kann mit ihrem Stempel versehen, was vernichtet werden soll. Wäre Frankreich und England nicht vorhanden, oder machte das Pariser Kabinet mit ihr vollends gemeinschaftliche Sache, sie würde sich ihrer „völkerrechtlichen" Dispositionen ohne Weiteres völlig hingeben und Europa in drei Theile theilen, um es in einen dreifarbigen Kirchhof zu verwandeln. Das sind die Konsequenzen der heiligen Allianz und ihres Völkerrechts!

Hier vernichtet sie, was sie garantirt hat, weil es ihr unbequem wird; dort erhält sie, was sie garantirt hat, obschon Andere es verwünschen. Hier zerstört sie die Freiheit, die sie garantirt hat; dort erhält sie die Knechtschaft, die sie nicht garantirt hat. Hier schreitet sie ein, obschon, dort schreitet sie ein, weil sie „garantirt" hat. Hier schützt sie die Legitimität der Despoten; dort verfolgt sie die Legitimität der Völker. Hier behängt sie die Revolutionäre mit Ordensbändern, dort hängt sie sie an den Galgen. Hier tritt sie eine Pflicht mit Füßen; dort heuchelt sie eine. Hier bricht sie ihre Versprechen; dort nimmt sie Andre beim Wort. Heute garantirt sie für „ewige Zeiten"; morgen vernichtet sie „für immer."

Vielleicht noch nie haben die Träger der Gewalt es den Völkern so nah gelegt, wie jetzt, daß die dynastische Politik mit ihrem ganzen diplomatischen Apparat nichts ist, als ein auf Lüge, Verrath und Gewalt basirtes System; noch nie haben sie es den Völkern so nah gelegt, wie jetzt, daß dieses ganze System schon der Nothwehr wegen bei der ersten Gelegenheit durch Gewalt gestürzt werden muß und daß es Selbstverrath ist, demselben ferner unthätig zuzusehen oder gutmüthig zu vertrauen.

Für die dynastische Politik gibt es platterdings kein Recht der Völker. Das haben vernünftige Leute zwar schon lang gewußt, aber es war niemals auf eine so eklatante Weise von jener Politik selbst ausgesprochen worden, wie jetzt. Und von diesem Ausspruch muß Akt genommen, es muß den Völkern zum Bewußtsein gebracht werden, daß das Recht, welches sie schon von Hause aus immer gehabt haben, das Recht nämlich, sich der Gewalt durch Gewalt zu erwehren, nun auch indirekt von der Gewalt selbst proklamirt worden. Die „Bande" des „Bestehenden" sind jetzt durch dessen „Erhalter" selbst gelöst; durch die Feinde des fait accompli ist das fait accompli als Prinzip anerkannt und in Krakau ist zu den alten polnischen Piasten das alte europäische Völkerrecht in die Grube gelegt.

Wenn man entgegnet, in der Lehre vom fait accompli sei, auch nach Abschließung der Wiener Verträge, die progressistische Revolution der reaktionären längst vorangegangen und dabei z. B. auf Belgien u. s. w. verwiesen, so wird es Niemanden einfallen, dieß zu bestreiten, und das, was ein ewiges Recht der Völker ist, mit dem Mantel der Entschuldigung zu umhüllen. Sollten wir uns scheuen, zu sagen, daß die Völker auf alle Weise frei sein wollen und müssen? Sollen wir die Thorheit begehen, zuzugeben, daß die Völker zur Aufrechterhaltung der Fürstenverträge da seien, und zwar bloß um der Verträge willen? Es fällt uns nicht ein. Worauf es uns ankommt, ist vielmehr, den Völkern ihre selbstständige Bestimmung erst recht an's Herz zu legen und namentlich durch Konstatirung der Thatsache, daß die Reaktion ihrerseits auf alle Weise, selbst mit Verläugnung ihrer eigenen Verträge und Prinzipien, die Freiheit zu vernichten sucht, daß sie dieß nach 1815 nicht minder thut, als vor 1815, daß sie es im Völkerrecht

nicht minder thut als im Staatsrecht. Es kommt uns darauf an, den zu Krakau aufgehobenen Vorhang am Zipfel festzuhalten, damit alle Welt in das Innere der völkerrechtlichen Komödie schauen könne, wodurch man uns seit mehr als dreißig Jahren imponirt hat. Es kommt uns darauf an, die „Heiligkeit" der über dem Glück der Völker waltenden Politik in ihrer schmutzigen Blöße zu zeigen, damit die Scheu sich verliere, dieser Heiligkeit zu Leibe zu gehen und den Garaus zu machen. Es kommt uns darauf an, das thatsächliche Bekenntniß der Reaktion festzuhalten, daß sie nicht einmal in Bezug auf die Achtung der von ihr selbst aufgestellten „Rechte" Vertrauen verdient, daß sie sich im Grunde nur zu dem „Recht des Stärkern" bekennt und daher die einzige Aufgabe der Völker darin besteht, ihrerseits „der Stärkere" zu werden. Hierauf kommt es uns an, und wird dies allerwärts begriffen und festgehalten, so sind wir den „hohen Schutzmächten" für die Krakauer Gewaltthat unendlich dankbar und machen ihnen freudig das Zugeständniß, daß sie den Anstoß zur Bildung eines neuen, eines wahrhaften Völkerrechts gegeben haben, eines Völkerrechts, welches die Völker selbst feststellen und achten auch ohne Unterschrift von Fürsten. —

Die Macht ruft das geschändete Recht jetzt zu einer Allianz aller freien Menschen und aller freien Völker auf. Nicht mehr bloß die Rechte der Einzelnen, auch die Rechte der Nationen sind für vogelfrei erklärt. Schleichend naht der Verräther und mit jähem Sprung wirft sich die Gewaltthat auf ihre Beute. Seid wachsam gegen den Verräther und beherzt gegen die Gewalt! Wenn nicht alle Zeichen trügen, so naht die Zeit, wo das alte System, auf die Spitze getrieben, sich überstürzt, und ob es über Europa vorwärts oder nach Asien rückwärts stürzen wird, das hängt von der Wachsamkeit und Energie der freien Männer ab.

III.

Die Schweiz.

Wäre die Schweiz ein Krakau, ſie wäre längſt „einverleibt", oder „übernommen", wie die über alle Begriffe niederträchtige Augsburger Allg. Zeit. ſich neulich ausdrückte. Das alte Syſtem duldet keine Republiken, wenn es ſie vernichten kann. Daß es die Schweiz noch nicht vernichtet hat, beweiſ't bloß, daß es ſie noch nicht zu vernichten wagte oder vermogte. Es iſt nicht die bloße Eiferſucht zwiſchen Frankreich, Oeſterreich und Preußen, was die Schweiz erhalten hat; es war weit mehr die Furcht. Ein tapferes Volk von ein Paar Millionen, dem die Natur tauſend unüberwindliche Feſtungen erbaut hat, wird nicht ohne Weiteres „einverleibt". Gelänge aber die Einverleibung, ſo würde eine Million Republikaner im Stande ſein, hundert Millionen Sklaven zu beſchäftigen. Doch es ſind nicht bloß die Republikaner in der Fronte, es ſind auch die republikaniſchen „Unterthanen" im Rücken, durch welche die Interventionsluſtigen bewogen werden, es bei ihren Drohungen bewenden zu laſſen. Thun die Drohungen ihre Wirkung, ſo lachen die Drohenden in's Fäuſtchen und haben ihren Zweck erreicht; thun ſie ihre Wirkung nicht, ſo — läßt man es beim Drohen bewenden und beſchäftigt ſich der Lehre vom fait accompli wie in der Aargauer Kloſterangelegenheit.

Mögen die Schweizer ſich zweierlei klar machen, nämlich erſtens, daß das revaliniſche Ausland nur darauf ausgeht, ſie zu verrathen und zu vernichten, zweitens, daß dieſer Zweck niemals erreicht werden kann, wenn die Schweizer Klugheit und Kraft entwickeln. Mögen ſie mir erlauben, über dieſe Punkte meine Meinung zu ſagen.

Es gibt in der Schweiz gebildete Leute genug, die da glauben, das Königthum habe eine Zukunft wie die Re-

publik; die da glauben, es sei für gewisse Länder Bestimmung, ewig royalistisch zu bleiben, wie für andre, immer republikanisch zu sein. Diese unrepublikanische Ansicht geborener Republikaner kommt uns „königlichen Unterthanen", offen gestanden, sehr lächerlich vor. Wir, die wir das Königthum täglich beobachten und sich mit Händen und Füßen gegen den Untergang sträuben sehen, wir sind, selbst wenn wir die Prinzipfragen ganz bei Seite lassen, längst darüber im Reinen, daß das Königthum von der Erde verschwinden wird und muß. Diderot sagte, die Menschheit werde nicht eher glücklich, als bis der letzte König mit dem Darm des letzten Pfaffen erwürgt sei. Wenn dieser Ausspruch auch nicht gerade in seiner viscerischen Handgreiflichkeit exekutirt zu werden braucht, so wird er doch von allen vernünftigen Demokraten — und deren gibt es in Deutschland mehr, als man glaubt — ohne Vernunftbedenken unterschrieben. Ja, ich darf sagen, daß die Königlichen im Allgemeinen ebenfalls über ihre Zukunft nicht zweifelhaft sind, daß sie aber die Könige so lang als möglich zu halten suchen, weil ihr Egoismus in königlichem Futter steht.

Hiernach mögen sich alle meine schweizerischen Meinungsgenossen überzeugt halten, daß die ganze gebildete Welt der Republik zustrebt, daß aber gerade hierin die Gefahr für die Schweiz liegt. Wüßten die Königlichen, daß ihnen die Republik nicht gefährlich wäre, sie würden sich nicht durch die Schweiz beunruhigen lassen; jetzt aber mögten sie die Schweiz von der Erde vertilgen, in dem Wahn, daß die Republik überhaupt in Europa vielleicht auf Jahrhunderte hin überwunden sei, wenn deren einzige europäische Repräsentantin, die Schweiz, aufgehört habe zu existiren.

Ich habe schon gesagt, daß es mit diesem Aufhören keine Noth habe, wenn die Schweizer klug und kräftig

auftreten. Es braucht dazu einstweilen keiner Bajonnette. Die Feinde, welche die Schweiz gegenwärtig zu bekämpfen hat, sind die Diplomatie und die öffentliche Meinung. Man wagt noch nicht, das Land der Berge mit Flinten anzugreifen, deshalb greift man es mit Diplomatenzungen und mit Verläumderfedern an. Und an dem Erfolg beider tragen die Schweizer selbst die Schuld.

Ich habe gesagt, daß nur der Ganze den Sieg erringe. Dieß gilt vom Großen dem Kleinen gegenüber, bei Weitem mehr aber vom Kleinen dem Großen gegenüber. Sind die Schweizer ganze Republikaner, in Begriffen wie in Handlungen, so bleiben sie vor den Künsten der Diplomatie gesichert; werden sie aber in irgend einem Punkt dem strengen Republikanismus untreu, oder zeigen sie sich in irgend einem Punkte schwach gegen das Ausland, so prophezeie ich ihnen Verderben*). Die Diplomatie kann es mit der Schweiz niemals wohl meinen, wie oft sie dieß auch versichern mag; sie geht nur darauf aus, die Republikaner zu korrumpiren und die Republik aufzulösen. Deshalb rächt sich jede Gefälligkeit und jede Konzession, die man ihr macht. Die Diplomatie denkt den Schweizern nichts, mögen sie gefällig oder ungefällig sich benehmen. Sie verlieren also durch das, was sie der Diplomatie zulieb thun, wie durch das, was sie ihr zulieb unterlassen. Die Diplomatie geht in Allem auf ihren Zweck los, und dieser Zweck ist im Hintergrunde so umfassend, daß die Schweizer ihm nur entsprechen würden, wenn sie aufhörten, Schweizer zu sein. Die Diplomatie benutzt die

*) Die Sonderbundsfrage wird ebenfalls eine andere Gestalt gewinnen, wenn die Schweizer jenen Bund als ein Werk der Diplomatie, der Metternich'schen Politik betrachten. Dieser Politik allein ist zuzuschreiben, daß Luzerner Verräther offen die Intervention herbeirufen dürfen ohne Gefahr, vom Volk gehängt zu werden.

schweizerische Arglosigkeit wie die schweizerische Aengstlichkeit, die schweizerische Befangenheit wie die schweizerische Unkenntniß der auswärtigen Verhältnisse, bald um sich einzunisten, bald um zu imponiren, bald um zu verwirren, bald um zu beherrschen. Läßt man ihr einen Finger breit Raum, so hat sie bald einen Fuß breit; gestattet man ihr heute, sich in das Eine zu mischen, so mischt sie sich morgen in das Andre. Die Diplomatie hat sich um die Schweizerverhältnisse nicht zu kümmern! Das ist der einfache Grundsatz, den die Schweiz aufstellen muß, wie Nordamerika es gethan hat*). Lassen die Schweizer sich in Konkurrenz mit den Diplomaten ein, so ziehen sie den Kürzern, denn Republikaner sind nicht zu Diplomaten gemacht. Das einfache, stolze Recht aber ist der beste Diplomat und diesen allein sollten die Schweizer den auswärtigen entgegenstellen. Wird das Ausland durch die schweizerische Freiheit genirt, so mag es so frei zu werden suchen wie die Schweiz. Dann ist die Gene verschwunden. Man bleibe aber der Schweiz mit der lächerlichen Zumuthung ferne, daß sie ihre Freiheit dem Ausland akkommodiren oder gar opfern solle.

Haben die Schweizer schon in dieser Weise geredet? Haben sie immer ihren republikanischen Stolz behauptet, auf ihr republikanisches Recht getrotzt und ihre republikanische Ehre gewahrt? Mögen sie zurückdenken an die jüngsten Ereignisse. Herr Neuhaus war es beinah allein,

*) Man könnte hier einwenden, die Diplomatie dürfe dort nicht gleichgültig bleiben, wenn z. B. die schweizerische Freiheit, namentlich die Presse, von Ausländern gegen das Ausland benutzt werde. Diese Besorgniß wird auf die einfachste und würdigste Weise gehoben durch Gleichstellung der Ausländer mit den Schweizern unter das Strafgesetz. Mag das Ausland dann klagbar werden; die Gerichte werden entscheiden, und allen vexatorischen Reklamationen ist durch sie der Weg abgeschnitten.

ter gegen die Frechheit des Auslandes würdig in die Schranken trat. Daran genügte es aber nicht. Die Schweiz hatte das Recht und die Pflicht, den auswärtigen Noten offiziell in demselben Ton zu antworten, in welchem sie angefahren wurde. Sie mußte dieß im Vertrauen auf die Stärke, welche im Recht und im Republikanismus liegt. Was würde das Ausland thun, wenn ein abgedankter oder fungirender Diplomat sich die, nur auf die größte Geringschätzung sich gründenden Zumuthungen erlaubte, die der Herr von Philipsberg sich kürzlich in Graubünden erlaubt hat? Die Graubündener Regierung hat ihn zwar abgewiesen; aber war dieß genug? Mußte nicht der Verein einschreiten, mußte er nicht jenes Attentat wie ein Verbrechen konstatiren lassen und in Wien wegen jener diplomatischen oder undiplomatischen Frechheiten Beschwerde führen? War dieß nicht das Mindeste, was geschehen mußte? Derartige Beweise von Geringschätzung hat man stets zu erwarten, wenn man nicht auch den geringsten Versuch, sie an den Mann zu bringen, entschieden zurückweist.

Nach den Begriffen, die wir in Deutschland vom Republikanismus haben, wissen wir es uns gar nicht zu erklären, daß die Schweiz bei ihrem Verhalten zum Auslande bloß ihre Kleinheit und nicht ihre Freiheitsstärke entscheiden läßt, daß sie nicht ihren Republikanismus als Großmacht betrachtet und geltend macht; daß sie die Diplomatie noch immer sich als den Wetterstab geberden läßt, welcher das Schicksal der Atmosphäre bestimmen zu können glaubt. Es ziemt der Schweiz, sich mindestens gleichzustellen mit denen, welche sie zu beleidigen wagen, und keinerlei Beeinträchtigung ihrer Selbstständigkeit zu dulden. Kein Staat hat so vielfache Gelegenheit, und so vielfache Aufforderungen erhalten, kein Staat hat so viel Berechtigung, wie die

Schweiz, den Gewalthabern es vor der ganzen Welt zu sagen, daß sie ihre Begriffe von Völkerrecht nicht nach dem Maßstab ihrer Quadratmeilen- oder Einwohnerzahl beschränken lasse. Die „Großmächte" vernichten Staaten, die ihnen nicht behagen, oder ihrem despotischen System gefährlich sind; und die kleinern Völker sprechen nie von dem Recht, sich vor den Gefahren zu schützen, die ihrer Freiheit das System der Großmächte bringt? Wenn die heilige Allianz Krakau vernichtet, weil es ihr das Verbrechen der Unterjochung Polens in's Gedächtniß ruft, warum sollte dann nicht z. B. die Schweiz das Recht haben, von der Revolutionirung Neuenburgs zu reden, weil dort die Republik vergiftet wird? Ich rede hier noch nicht von Versuchen zur That, ich rede vom Recht. Hat denn das Recht, sich zu sichern, blos der Despotismus, und nicht die Freiheit? Und hat der Despotismus das Privilegium der Revolution? Hat er das Privilegium der Selbstständigkeit? Hat er das Privilegium der Präkautionen? Hat er das Privilegium der Intervention? Hat er das Privilegium der Existenz? Die Antwort auf diese Fragen muß alles Rechtsgefühl und alle Menschenvernunft empören. Wäre es dem Verfahren der Großmächte nicht ganz analog, wenn die Schweiz sich über monarchische Einrichtungen und deren Konsequenzen beschwerte? Wenn die „Großmächte" zum Schutz des Despotismus mit Intervention drohen, weil die Schweiz ihre Verfassung verbessern will, warum soll dann die Schweiz nicht mit ihrer freien Presse interveniren, um die Gefahr zu verringern, welche ihrer Freiheit aus dem gedrückten Zustand der Nachbarländer erwächst? Wenn ein österreichischer Emissär in der Schweiz Verführungsversuche zu Gunsten der Jesuiten machen darf, warum sollten dann nicht schweizerische Emissäre z. B. in Tyrol Verführungsversuche zu Gunsten der

Republik machen dürfen? Wenn Metternich die Luzerner Herrschaft in Noten preist, warum sollte denn nicht der Verein z. B. seine Sympathie für teutsche, italienische oder polnische Revolutionäre zu erkennen geben dürfen? Wenn Metternich den Schweizern wegen des Freischaarenzuges Eidbruch vorwirft, warum erinnern ihn dann nicht die Schweizer an die geheimen Konferenzbeschlüsse von 1831? Kurz, ich frage, warum darf der Eine nicht, was der Andere darf, und warum macht die Schweiz nicht gegen alle Reklamationen und Anmaßungen des Auslandes das Reciprocitätsrecht geltend, wenn auch nicht immer durch Handlungen, doch wenigstens durch Behauptung des Grundsatzes? Dieser Grundsatz bietet ihr so viel Stoff dar, daß sie alle Noten und Drohungen auf die leichteste Weise aus dem Felde schlagen und sich die Achtung aller Völker dadurch erringen kann.

Während meines Aufenthaltes in der Schweiz habe ich mich häufig genug für die Schweizer geärgert, wenn ich sah, wie sie dem Republikanismus ohne Bedenken bald dies bald das dem Ausland gegenüber vergaben. Ich hörte mit Indignation Tagsatzungsreden, in welchen dem Königthum Komplimente gemacht wurden, ich sah Republikaner mit königlichen Orden im Knopfloch, ich sah bei einer Tagsatzungseröffnung die Diplomaten sich wie übermüthige Gardelieutenants auf einem Ball umhertreiben, während die halb vermummten Republikaner bescheiden umhersaßen und die geschickten Uniformen anstaunten; und als ich gar in Neuenburg von korrumpirten Republikanern, die keinen Begriff mehr von der Verächtlichkeit der Königsdienerei und von der Würde des Republikanismus hatten, „vive le roi!“ schreien hörte, da glaubte ich nach dem Stock greifen zu müssen, um solche Beschimpfung der Republik zu rächen. Ich hörte von

Beispielen, wo schweizerische Bürger aus dem Ausland ohne Veranlassung zurückgewiesen wurden, und die Schweizer Behörden nicht einmal daran dachten, ihren Pässen Respekt zu verschaffen oder das Repressalienrecht anzuwenden; ich hörte von Beispielen, wo angesehene „Republikaner" im stärksten Verdacht der Landesverrätherei standen, und Niemand sich angelegen sein ließ, die Nichtswürdigen zu demaskiren oder zur Rechenschaft zu ziehen; ich sah „angesehene" Republikaner, welche ihr Vaterland in auswärtigen Hofjournalen herabsetzten und Niemand gab sich die Mühe, sie zu brandmarken. Ich hörte von glaubwürdigen Personen Beispiele erzählen, wo „konservative" Republikaner in Amt und Würde mit der auswärtigen Polizei gemeinschaftliche Sache machten, um freisinnige Ehrenmänner zu chikaniren, und Niemand dachte daran, solchen Schimpf zu tilgen. Ja ich erlebte Beispiele, wo „radikale" Regierungsräthe sich ohne Bedenken zu Polizisten gegen „radikale" Despotenfeinde gebrauchen ließen, während die Spione der Despoten in empörender Sicherheit umherholzirten, und kein Schweizer trat als Zeuge eines solchen Verfahrens auf!

Ich frage, sind das die Mittel, sich gegen den Einfluß des Auslandes zu behaupten und die Republik von dem Gift zu reinigen, das von allen Enden in sie hereingeschleppt wird? Sind das die Beweise des republikanischen Stolzes, welcher den Königlichen Achtung einflößen und die Thore der Republik bewachen soll? Sind das die Lehren, die ihr eurer Jugend einprägt, um jenen reinen und festen republikanischen Sinn zu erhalten, der allein Bürgschaft verleiht gegen die Gefahren der politischen Korruption und Barbarei des Auslandes?

Ich betrachte es als feststehend, daß die Schweizer, theils aus Gleichgültigkeit, theils aus Mangel an Einsicht in die auswärtigen Verhältnisse, theils aus unge-

gründeter Furcht oft genug Schwachheiten begehen, welche die Diplomatie zu Eingriffen ermuthigen und bei den auswärtigen Völkern die Achtung vor dem Republikanismus zerstören muß. Viele begehen solche Schwachheiten mit Bewußtsein und halten sie für Politik. Wegen namentlich die Letztern sich gesagt sein lassen, daß die Diplomatie niemals ein Dementi gegen den Republikanismus mit einem Dementi gegen den Royalismus erwidert, und daß Gefälligkeiten in Dingen, welche auf das republikanische Prinzip zurückgreifen, auch ohne böse Absicht zum Verrath an der Demokratie werden. Sind einmal durch solche Konzessionen die Grundsätze geschwächt, auf welchen der Republikanismus ruht, so lockert sich allmählig das ganze Gebäude und der Feind wird nicht versäumen, durch die entstandenen Lücken einzudringen. Seid klug, aber nicht schwach; versteht euren Vortheil, aber nicht auf Kosten eurer Grundsätze; sucht euch Alliirte, aber nicht unter euren Feinden; sucht euch die Völker zu befreunden, nicht aber die Feinde der Völker!

Was ich bisher tadeln zu müssen geglaubt habe, entspringt großen Theils aus der Gleichgültigkeit der Schweizer gegen die auswärtigen Verhältnisse. Mancher Schweizer, der sich für einen guten Politiker hält, weiß vom Auslande so gut wie gar nichts, indem er die Kenntniß der auswärtigen Zustände für überflüssig hält. Dieser Mangel rächt sich bei jeder Gelegenheit. Kein Staat, am Wenigsten aber die Schweiz, lebt für sich allein in der Welt und in der Geschichte. Das sollten die Schweizer doch längst wissen, da sie bei jeder Gelegenheit an ihren Zusammenhang mit dem Ausland, und zwar mitunter auf recht demüthigende Weise, gemahnt werden. So lang sie die äußere Politik vernachlässigen, wie bisher, sind sie weder im Stande, die Vortheile noch die Gefahren richtig zu beurtheilen, welche ihnen aus der Entwickelung und dem

Zustande der übrigen Völker erwachsen. Es werden ihnen dann stets die Vergleichspunkte, der politische Barometer und universelle Ideen fehlen, um die Chancen ihrer Gegenwart und Zukunft im Zusammenhang mit der übrigen politischen Welt zu berechnen. Ihre philiströse Einengung in ihre Berge und ihre Kantonspolitik verengt zugleich total den politischen Blick, ohne den namentlich kein staatsmännischer Beruf erfüllt werden kann. Es kommen Fälle genug vor, wo das Ausland den Schweizern imponirt, während sie es verachten sollten, und wieder andere, wo sie es verachten, während sie sich mit ihm befreunden sollten. Die Schweizer im Allgemeinen bekümmern sich so wenig um ihre äußern Freunde, wie um ihre äußern Feinde, und Mancher thut sich etwas darauf zu gut, daß die Schweiz sich in jeder Beziehung auf ihren politischen Kreis beschränke. Ob man im Ausland „vive la republique!" ruft oder „vive le roi!", das ist sehr vielen Schweizern einerlei; sie bekümmern sich um das Eine so wenig wie um das Andere, wenigstens thun sie es nicht aus Interesse am Prinzip, höchstens aus Interesse an den Thatsachen. Die Freiheit ist ihnen im Ausland etwas Anderes als in der Schweiz, und die schweizerische Freiheit verleugnet oft genug die Verwandtschaft mit der allgemeinen Freiheit. Vollends aber verfallen diejenigen in Philisterei, welche sich nicht bloß vom Auslande gleichgültig abwenden, sondern wohl gar die Ausländer hassen oder anfeinden, weil sie Ausländer sind. Sie sollten die antirepublikanischen Ausländer hassen, aber mit den auswärtigen Demokraten sich zu befreunden suchen*). Da-

*) Man glaube nicht, daß ich hierunter Freundlichkeit gegen diejenigen verstehe, welche, wie das namentlich viele Deutsche gethan haben, in der Schweiz ein Asyl suchen, um die Gastlichkeit mit Anmaßung zu erwiedern und, wenn die letztere nicht respektirt wurde, die Schweizer zu beschimpfen und zu verleumden.

durch wurden sie mehr Klugheit, mehr Verstand und mehr Republikanismus an den Tag legen, als durch blindes Vorurtheil gegen die Ausländer überhaupt. Namentlich gilt dieß von den teutschen Schweizern. Die Unwürdigen unter diesen, die „Reactionairen" u. s. w., haben überall in Teutschland ihre Verbindungen, ihre Freunde, ihre Schulen; die Würdigen aber, die Liberalen, beschränken sich auf sich, stoßen auswärtige Sympathieen zurück, und lassen sich von allen Seiten, sofern sie dem Ausland gegenüberstehen, überflügeln und benachtheiligen.

Dieß führt mich von dem einen Feind der schweizerischen Republik, nämlich von der Diplomatie, auf den andern, nämlich die öffentliche Meinung. Ist es nicht beherzigenswerth, daß der „National" und die „Mannheimer Abendzeitung" fast die einzigen Tagblätter des Auslandes sind, welche für die Schweiz entschieden Partei ergreifen? Diesen Mangel an Alliirten in der öffentlichen Meinung taxire man nach seinen Wirkungen. Ich gestehe, daß auch ich, als ich zuerst an die Alpen kam, von dem Vorurtheil befangen war, welches namentlich in Teutschland gegen die Schweiz besteht und welches dieses schöne Land als einen Heerd aller Anarchie, aller politischen Rohheit, aller Unordnung darstellt. Manche Teutsche stellen die Schweiz beinah in eine Kategorie mit den wilden Ländern Afrika's. Dieß abschreckende Bild hat ihnen namentlich die servile oder reaktionäre Presse*) vorgemalt, und in dem trostlosen Zustand der teutschen Politik fehlten

* Täglich werden die Schweiz und ihre Regierungen durch diese Presse auf das Zügellosesste bekämpft. Die Schweiz hat vollständige Revanche, wenn sie sich darauf verlegt, die auswärtigen Zustände und Regierungen bloß zu kritisiren. Gegen Rußland darf in Teutschland kein tadelndes Wort gedruckt werden, gegen die Schweiz Alles!

die Begriffe, sich ein anderes Bild zusammenzu-
n. Warum aber wurde von den Schweizern nichts
gethan, jene Vorstellungen zu berichtigen? Ist es nicht
der größte Leichtsinn, ganze Völker, die man sich befreun-
den sollte und deren Bajonnette man täglich glänzen sieht,
nur mit feindlichen oder ungünstigen Vorstellungen gegen
ein Land erfüllen zu lassen, in welchem sie sämmtlich in
die Schule gehen sollten? Diesen Leichtsinn begeht die
Schweizer Presse noch jetzt. Erst in neuerer Zeit hat man
in Deutschland angefangen, die Schweiz günstiger zu be-
urtheilen, und dieß ist nicht durch schweizerische, sondern
durch deutsche Schriftsteller bewirkt worden. Mögen doch
die Schweizer namentlich diesen Punkt, die Einwirkung
auf die öffentliche Meinung, ins Auge fassen und beher-
zigen. Alle Unsicherheit ihrer Existenz und ihrer Freiheit
hat ein Ende, sobald sie in den Augen der Völker geach-
tet daneben und der Republikanismus im Ausland durch
Beispiel wie durch Doctrin so viel Boden gewinnt, daß
die Despoten ihre eignen Republikaner so viel zu fürchten
haben wie die schweizerischen.

Es ist hier der Ort, zugleich eine Mahnung an die
deutsche Presse ergehen zu lassen. Selbst unter den deut-
schen Liberalen gibt es eine große Zahl, die an die schwei-
zerischen Verhältnisse keinen Maßstab anzulegen wissen,
und in der Schweiz oft genug tadeln, was sie bei sich
loben würden. Manche sind, ich muß es sagen, dumm
genug, ihr Urtheil über die politische Schweiz durch eine
Notiz aus den Urkantonen, oder durch den Eindruck be-
stimmen zu lassen, den irgend ein Gesicht oder ein Ren-
kontre im Wirthshause oder ein Konflikt mit der Polizei
auf sie gemacht hat. Sie sollten bedenken, daß in politi-
scher Hinsicht selbst der Luzerner Bauer höher steht, als
der aufgeklärteste Deutsche. Die Luzerner haben wenigstens
diejenige Staatsform, in welcher sie das, was sie im

Durchſchnitt ſind, auch geltend machen können. Wäre die Majorität unter ihnen gebildeter, ſo würden ſie auch ihre Staatsform mit gebildeteren Erſcheinungen anfüllen und andre Leute an ihre Spitze ſtellen, ſie würden gebildete Demokraten ſein, während ſie jetzt rohe Demokraten ſind. Sie ſind jedenfalls ihre eigenen Herren und gehorchen Niemanden, als ihrer eigenen Einſicht. Wir Deutſchen aber müſſen uns trotz aller Bildung, trotz aller Einſicht, in eine Form fügen, die ſelbſt für Luzerner zu ſchlecht wäre, und was wir tragen, iſt immer ein fremdes Joch, nicht das eigne. Ueberreich erbt ſich bei uns das Uebel mit ſeinen geheiligten Repräſentanten Jahrzehnte hindurch fort ohne Abhülfe, während in der Demokratie das Unrecht niemals auch nur ein Jahr über iſt, nicht genützt zu werden. Vielleicht bewährt ſich dies in nicht langer Zeit ſogar in Luzern. Viele unſerer Liberalen ſehen die Kämpfe, die in der Schweiz ausgefochten werden, gleichſam als vom Zaun gebrochene Privatzwiſtigkeiten und fruchtloſe Zänkereien an, während ſie ſich bald überzeugen könnten, daß die Schweizer viel zu nüchtern ſind, um aus Laune oder Leichtſinn ihre ſtaatliche Ehre aufs Spiel zu ſetzen, und daß ihre Entwickelung mit jedem „Putſch“ einen bedeutenden Schritt vorwärts macht, während in Deutſchland ganze Bevölkerungen durch einen abgebrannten Schwärmer in eine Polizeihetze und Revolte hineingezogen werden, ohne in ihrer Entwickelung auch nur eine Haarbreite fortzuſchreiten. Die Leiden von einem rohen Volksleben und von Revolutionen, die ſo vielen unſerer zahmen und gewiſſenhaften deutſchen Liberalen die Einſicht trübt, werden ſie hoffentlich mit der Zeit eben ſo ablegen lernen, wie ihr Vorurtheil gegen ein freies Volk, zumal da ihnen täglich ſo viel Revolutionsunterricht durch die beſte aller Lehrerinnen ertheilt wird, nämlich durch die Reaktion. Sie werden, deſſen bin ich gewiß, in nicht

jüngster Zeit die Schweiz als den einzigen wahren Hort der Freiheit Europa's, namentlich aber Deutschlands anerkennen und schätzen lernen, so wie von der Schweiz ihrem Haupttheil nach zu erwarten ist, daß sie Deutschland als die Quelle ihres geistigen Lebens und als dasjenige Land anerkennen wird, in welchem sie die meisten Sympathieen für ihre Zukunft zu finden hat.

Der Rath, den ich bisher den Schweizern zu ertheilen mir erlaubt habe und den zu ertheilen vielleicht eben ein Ausländer am Ersten befugt war, legt es ihnen nah genug, daß sie sich mehr um ihre wahren Feinde und um ihre wahren Freunde kümmern müssen, wenn sie die Interessen ihrer Freiheit nachhaltig wahren wollen. Es fällt mir dabei nicht ein, ihnen zuzumuthen, daß sie in das Ausland übergreifen oder eine herausfordernde Stellung gegen dasselbe annehmen sollen. Dieß wäre ein kindischer Verstoß gegen die politische Klugheit, welche mit der republikanischen Festigkeit verbunden sein muß. Ein dritter Rath, den sie sich schon selbst gegeben haben werden, ist der, für alle Fälle gerüstet zu sein, moralisch und militärisch. Jeder Nerv des Republikanismus muß auf's Neue gestählt und für die Zeiten der Gefahr angespannt werden, damit, wenn der Uebermuth des Auslands größer werden sollte als dessen Muth, die schweizerische Männerkraft ihm sofort mit aller Energie entgegentrete. Ja, für solchen Fall muß die Schweiz ein Exempel statuiren, wie es unserer Zeit ein Bedürfniß geworden ist, um zu beweisen, daß das Gesetz der Geschichte sich nicht geändert hat, und daß der Muth des Rechts und die Kraft der Freiheit auch heute noch Sieger bleibt über die Barbarengewalt sklavischer Söldlinge. Jeder schweizerische Stutzer muß an der Wand bereit hangen, um seine Ladung durch geübte Hand in das Herz der Despotenknechte senden zu können, wenn sie

den Fuß auf helvetischen Boden setzen; jedes Schweizer weib muß seinen Feuerbrand an den Heerd legen, um Wasser zu sieden, damit sie die Frauen der Büttel begrüßen könne, welche sich an der Freiheit dieser Berge vergreifen wollen.

Doch hiermit ist es nicht genug. Wenn wirklich die tückische That versucht werden sollte, die man schon lang gegen die Schweiz zu begehen gewünscht haben mag; wenn wirklich die Faust der politischen Barbaren sich nach diesen Bergen ausstrecken sollte, um sie in Ketten zu legen, dann ist die Zeit gekommen, wo die Schweiz ihre welthistorische Aufgabe in einer Verzweiflungsthat der Freiheit lösen, wo sie alle Männer der neuen Zeit um sich schaaren, wo sie sich zum Revolutionsheerd für das ganze Europa machen muß. Jeder Schweizerberg muß dann ein Vulkan werden, der die Flammen der Revolution in die Länder der Despoten speit; jedes Thal muß ein Sammelort werden, an welchem die herbeigerufenen Freiheitsvölker des ganzen Welttheils ihre Musterung halten und ihre Waffen bereiten. Nur der Gleiche hilft dem Gleichen. Nur die Republikaner helfen der Republik. Die Mutter der Republik aber ist in Europa nur die Revolution. Ja die Bundesgenossin, die einzige, aber zugleich gewaltigste Bundesgenossin der Schweizer, im Krieg des Auslandes gegen ihre Freiheit ist die Revolution! Sprecht es aus nur sagt es denen kühn ins Gesicht, die ein Gelüste haben, diese Bundesgenossin durch Despoten Komando wach zu rufen in den Schluchten des Alpenlandes.

Meine
Ausweisung aus Zürich.

Audiatur et altera pars!

Als einleitendes Vorwort diene folgende **„Vorläufige Erklärung"** aus der „Berner-Zeitung" vom 1. Januar 1847:

„Meine Ausweisung aus Zürich ist Gegenstand vielfacher Besprechungen in der Schweizerpresse geworden, während die teutsche Presse Stummheit darüber beobachten muß. Unverstand, Rohheit, Perfidie, Unbekanntschaft mit meiner Person, Unbekanntschaft mit meinen Schriften, Unbekanntschaft mit den Zuständen meines Vaterlandes — das sind die Quellen, woraus die meisten jener Besprechungen fließen. Wer Ehre besitzt, der verschmäht es, der polizeilichen Hetzjagd auf einen verfolgten Mei-

ungsgenossen auch noch eine Hetzjagd der Presse zuzugesellen; der verschmäht es, seine Parole blos bei der Polizei zu holen, wo es gilt, nach Grundsätzen und selbstgewonnener Ueberzeugung zu urtheilen; der verschmäht es, zum Helfer an einem schuldlosen Fremden zu werden, welchem nichts zur Seite steht, als das Bewußtsein des uneigennützigsten Freiheitsstrebens. In wessen Augen dies Streben ein Verbrechen ist, den bedaure ich; in wessen Augen es eine Schande ist, den verachte ich. Ich habe bei jeder Gelegenheit die Rechte der Schweiz vertreten, wie die Rechte meiner Landsleute; ich habe mit Entschiedenheit gekämpft gegen Despoten, die, man glaube es mir, von vorn herein das Henkerschwert so gut für die Schweizer geschliffen haben, wie für meine Landsleute. Und dafür verfolgt man mich? Wehe einer Republik, die sich vom Despotismus zur Polizeianstalt herabwürdigen läßt gegen ihre eigenen Prinzipien!

Ich habe kein Asyl in der Schweiz gesucht um den Preis der Erniedrigung, als stummes Opfer jeder Verfolgungssucht mich unter die Füße von — „Republikanern" treten zu lassen. Hält man mich für rechtlos als Fremdling, so bin ich nicht rechtlos als Mensch, und als Mensch werde ich mein Recht zu vertreten wissen, wo es auch sei."

Zwei Sommer hindurch ist es mir vergönnt gewesen, in dem krystallenen Wasser des Züricher Sees meinen königlich preußischen Unterthanenleib rein zu waschen. Ich kam nach Zürich noch mit allerlei loyalen Dummheiten behaftet und sogar, wie aus dem der Züricher Regierung so anstößig gewesenen „Steckbrief" zu ersehen, noch von dem Glauben an einen „gesetzlichen Weg" im Polizeistaate besessen. All dieser politische Aussatz, von dem auch die gesundeste Natur in der preußischen Polizeiluft nicht frei zu bleiben pflegt, ist von dem klaren Alpenwasser hinweggeschwemmt worden; die Wellen der Limmat haben ihn hinabgetragen in den Rhein und dieser getreue Unterthan hat ihn wieder an den Strand geworfen, von dem er herstammt. Diese Wohlthat habe ich meinem Aufenthalt in Zürich zu verdanken. Doch meine schönsten Erinnerungen an die herrlichen Ufer des Züricher Sees sind die, welche schwarz auf weiß der teutschen Polizei, und sogar dem Minister Abel, und sogar dem König Ludwig von Bayerland vor Augen liegen und ihnen so viel Kopfbrechens verursacht haben. Ich habe den Despoten Wahrheiten gesagt, die sie früher nie gehört; ich habe meinen Landsleuten eine Sprache gelehrt, die keinen andern Uebergang mehr zuläßt, als zur That;

fur; ich glaube der Arbeit während meines Aufenthalts in Zürich nicht genügt zu haben, als ich unter den Augen der teutschen Polizei in meinem ganzen Leben gethan habe. Ja, meine Herren, das habe ich gethan, das sind die Thaten, auf die ich stolz bin, obschon sogar „Republikaner" verpönt wurde, das sind die Verbrechen, die ich trotz der gegen mich veranstalteten Hetzjagd unbegreiflicher Weise noch immer nicht bereue, denn ich leide nun einmal an dem unheilbaren Uebel, die Arbeit über Alles zu lieben und die Teepoten über Alles zu hassen.

Man sieht, wie viel Ursache ich habe, an Zürich mit Freude und Erhebung zurückzudenken. Es bedarf hier einer Erinnerung, um allen Aerger, den meine Anwesenheit in mir erregen mußte, niederzuschlagen, und den vielen Trost zu würdigen und Hilfeleistungen, den man mir angedeihen hat, von der Hand zu weisen. Auch bin ich nicht so weichmüthig, meine Dispositionen höher anzuschlagen als das gewährte Asyl, und rufe den Einwurf der strengen mein Ehrenmännlichkeitsgefühl für das letztere verletzen zu lassen. Die Zürcher Regierung soll nicht darüber zu klagen haben, daß ich, wie Andere in ähnlichen Fällen gethan, ihr Verfahren gegen mich zum Anathema der Tepoten mit Zwischenreden einer Schmähungen erweitere, denn ich weiß, was ein Mann von Ehrengefühl ob der andern schuldig ist, und habe mich nicht auf meinen meines Prinzipes. Auch spricht man mit Republikanern eine andere Sprache als mit Tepoten, denen man die Wahrheit unmittelbar an den Kopf wirft, um einiger Maßen wahrzunehmen, was man unter ihre Zunge hat verstummen machen. Sei also die Zürcher Regierung von dem Inhalt meiner, das Vorgefallene, was ich zu sagen habe, keine Kenntnißnahme gegen sie zur Thatsache hat. Am liebsten wäre es mir, über meine Sache

gänzlich schweigen zu können. Es war dieß auch Anfangs meine Absicht; ich gedachte mich mit jenem Gleichmuth und Humor, den ein Mensch in meiner Lage sich als Reisegefährten zuzugesellen suchen muß, in die Umstände zu fügen und meine Wegweisung als eine Versetzung im Dienste der Freiheit hinzunehmen. Da es aber darauf abgesehen ist, diese Versetzungen kein Ende nehmen zu lassen, und da das blinde Halloh der Presse mir gar keine Ruhe gönnen zu wollen scheint, so kann ich eine nähere Besprechung meiner Sache nicht mehr umgehn. Ich bin sie mir schuldig, ich bin sie meiner Familie schuldig, ich bin sie meiner litterarisch politischen Stellung schuldig, ich bin sie meinen Landsleuten, ich bin sie am Ende den Schweizern selbst schuldig. Ich werde eine kurze Geschichte meiner Wegweisung geben und einige allgemeine Bemerkungen damit verbinden.

Im Herbst 1841 reiste ich aus Köln nach Belgien, um der Untersuchungshaft in einem Prozeß zu entgehen, welchen man wegen meiner Schrift „die preußische Büreaukratie" gegen mich eingeleitet hatte. Meine erklärte Absicht war, mich zur Zeit der Urtheilsprechung dem Richter zu stellen. Durch ein Verfahren jedoch, das schnurstracks gegen alles Recht und Gesetz ging, nöthigte man mich, im Auslande zu bleiben. Auf diese Veranlassung gab ich in Brüssel einen „Steckbrief" gegen die preußische Regierung heraus, als Erwiederung auf die Steckbriefe, womit sie mich in ihrem gesetzwidrigen Verfahren wie einen Räuber und Mörder verfolgt hatte. Der „Steckbrief", dessen Signalement jeder Kenner als treffend bezeichnete, fand in Deutschland den allgemeinsten Anklang, und jeder Freisinnige freute sich, daß eine Gewalt, welche sich Alles erlauben zu können glaubte, endlich einen Gegner gefunden, der ihr den Handschuh direkt ins Gesicht warf. Einen andern Eindruck jedoch machte dieser

„Steckbrief“ in Zürich, wohin ich im Frühling 1849 übersiedelte. Man bewilligte mir rein vom Fremdengesetz gemäß den Aufenthalt für je sechs Monate. Bei der jeweiligen erneuerten Aufenthaltsbewilligung wurde aber die Bedingung meines Asyls u. A. an die Verpflichtung geknüpft, daß ich keine Schriften von der Art des „Steckbriefs,“ wo sie seien gedruckt, wo es immer sei, mehr herausgebe. Ich erkläre mir diese Bereitwilligkeit aus den in Zürich herrschenden Ansichten über Legalität und Autorität, die ich nicht theilen kann. Es kommt nämlich meiner Ansicht nach bei der Absicht, welche für eine Regierung in Anspruch genommen wird, vor allen Dingen darauf an, daß eine solche Regierung ihrem Begriff wirklich entspreche. Eine wahre Regierung ist weiter nichts als der freigewählte Mandatar des Volks zur Besorgung derjenigen Angelegenheiten, die das Volk nicht selbst besorgen kann. Eine „Regierung“ aber, welche über dem Volk steht wie der Viehzüchter über dem Vieh, welche das Volk mit Gewalt zu ihrem Vortheil und Belieben macht, ist in meinen Augen keine Regierung, sie verdient also auch nicht die Aufopferungen, die einer wirklichen Regierung gebracht werden, und ist vollständig berechtigt, der sie durch Wort oder That zu untergraben und zu stürzen vermag. Soll ich den Kaiser von Rußland mit den Königen der Preußen auf eine Stufe der Rechtmäßigkeit, Achtungswürdigkeit und Unantastbarkeit stellen mit den Regierungen der schweizerischen Cantone und Bünde anerkennen? Ich lasse mir diese Behauptung des Republikanismus nicht zu Schulden kommen. In Zürich aber scheint man vom Republikanismus der Ansicht zu sein, daß jede „Regierung,“ weil sie einmal besteht, Recht behalten, und als Regierung, um Gott oder der Legalität zu lieb, geschont werden müsse. Wenigstens hat man mir versichert, daß aus solchen Ansichten der

„Abscheu" hervorgegangen sei, welchen dort mein Steckbrief erregt hat. Genug, diese Schrift wurde als Wahrzeichen der Grenze aufgestellt, die ich nicht überschreiten sollte. Man wird mir zugeben, daß eine solchergestalt markirte Grenze eine sehr schwankende Linie ist. Die Behandlung verfallen mußte nicht bloß der polizeilichen, sondern auch der literarischen Kritik anheimfallen, und in der Uebung der letztern war ich offenbar zum Neuintrenten der Regierung gemacht. Die Herausgabe des „Steckbriefs" war ein Akt der persönlichen Revanche wegen eines gegen meine Person verübten Unrechts. Darin besteht, wie ich auch bei meiner Einvernahme vor der Regierung bemerkte, ihr spezifischer Hauptcharakter. Eine ähnliche Schrift aber, in persönlichen Angelegenheiten habe ich nicht mehr geschrieben. „Ist also die mir gestellte Bedingung erfüllt?" Der entscheidet es? „Ich selbst hatte zu urtheilen, aber nicht zu entscheiden.

Doch es führen diese Bemerkungen auf einen Hauptpunkt, nämlich auf den Begriff des Asyls und den angeblichen Mißbrauch desselben.

Politischen Flüchtlingen ein Asyl zu gewähren, ist eine Ehre und ein Recht, das bei allen freien Völkern heilig gehalten wird. Man geht bewußt oder unbewußt davon aus, daß wie Kampf für die Freiheit kein Verbrechen ist, daß in einem freien Staate eine Ehre und Pflicht wäre, wo in einem despotisch regierten mit Maß und Waagen bewaffnet wird, daß die Freiheit nur der Name für Vieles sein kann, welches alle zivilisirten Menschen verbindet, und ein Verhältniß der Sympathie und Schutzpflicht unter ihnen begründet. Die Verfassungen, welche diese Sympathie und Schutzpflicht ihre Grenze anweisen, und im Allgemeinen nicht gerichtlich sind und sein können, sind ein großer Mangel, welchem abzuhelfen eine Aufgabe der Rechtswissenschaft und der Humanität sein

sollte. Meiner Ansicht nach gibt es keine haltbarere u. vernünftigere Feststellung jener Verfügungen, als in dem Satz, daß der Zögling in strafgesetzlicher Beziehung thun dürfe, was den Bürgern des beschützenden Staates nach den Gesetzen desselben erlaubt ist. Nimmt man nicht diese Gesetze als Norm an, so geräth man in das Gebiet der Willkür, auf welchem die Gefahr, Inkonsequenzen, Inhumanitäten und Roheiten zu begehen, nur allzu nahe liegt. Ist die Sicherheit des Asyls abhängig von den Ansichten und der persönlichen Disposition der Regierenden, so ist das Asylrecht aufgehoben. So kann dem Zöglinge eben so gut zur Verfügung gemacht werden, daß er nicht Tabak rauche, als daß er keinen „Steckbrief" schreibe; man kann ihm dann eben so gut die Anlage zu einer Handlung zum Verbrechen machen, wie die Handlung selbst; es hat dann gegen ihn eine Möglichkeit dasselbe Gewicht wie eine Wirklichkeit; kurzum es ist dann der Zögling in das Gebiet einer Rechtlosigkeit verwiesen, welche in einem freien Staate eine um so größere Anomalie bildet, da man ihm den Schutz entziehen kann wegen derselben Handlungen, welche ihm denselben verschafft hatten.

Diese einfache Deduktion führt auf die rechtliche Nothwendigkeit, dem Fremdling, wie denselben Schutz, so auch dieselben Strafen anzuerkennen, welche den Einheimischen zukommen. Alle ihm strafgesetzlich den Landesgenossen gleichstellenden Gesichtspunkte hob ja doch im vorigen Fall; warum nicht im andern? Meinet, ich hätte im Namen „durch einen Todtschlag gerufen, was wäre die Folge gewesen? Hätte man mich wegen dessen? Schwerlich! Man hätte mich gefragt, Nothwehr,

wenn man mich im einen Fall nach den Gesetzen, unter denen ich lebte, behandelt haben würde, warum konnte es nicht im andern geschehen? Wo liegt der entscheidende Rechtspunkt, welcher das Gesetz anwenden läßt, wenn es sich um ein Kriminalvergehen, aber das Gesetz ausschließt, wenn es sich um ein Preßvergehen handelt? Aber noch mehr. Entspricht es dem Rechtsgefühl, wenn ein Fremdling die harte Strafe der Wegweisung wegen einer Handlung erleidet, wegen welcher ein Einheimischer nicht einmal vor Gericht hätte gestellt werden können? Besitzt die Schweiz etwa Gesetze zum Schutze von Despoten, welche ja auch die schweizerische Freiheit zu vernichten trachten? Wahrlich nicht! Ein Einheimischer kann die Despoten angreifen, wie er will, kann Republik predigen, wie er will, kann Staatstheorien über das Ausland entwickeln, wie er will. Kein Mensch wird und kann ihn dafür in Anspruch nehmen. Die Schweiz müßte ihre eigne Freiheit vernichten, ihre eigenen Prinzipien verdammen, wenn es anders wäre. Eine Grenze gibt es aber auch hier. Sie wird gebildet durch den Unterschied zwischen geistiger Einwirkung, welche nach den Gesetzen und den Prinzipien des Landes ein Recht, und zwischen thätlicher Einwirkung, welche verboten ist. Will die Schweiz ihren Bürgern bewaffnete Eingriffe, wird sie etwa Freischaaren gegen das Ausland erlauben? Sicher nicht. Nun, es wird auch keinem Vernünftigen einfallen, zu erwarten, daß sie dergleichen den Fremden auf Schweizerboden erlaube. Es wird Keiner erwarten und verlangen, daß sie den Fremden gestatte, aus dem friedlichen Rechtsgebiet des Landes in das unfriedliche Gebiet des Krieges überzugreifen und die Schweiz in einen kriegerischen Konflikt mit dem Ausland zu bringen. Beim Krieg erst kommt der völkerrechtliche Punkt zur Sprache.

Man sehe sich um in andern Staaten. Die Italiener,

die Polen haben die Verzweigungen ihrer „Verschwörungen" im ganzen Frankreich, in England, in Belgien, wo sie nicht bloß die Presse und die sonstigen Freiheiten des Landes zu ihren Zwecken ausbeuten, sondern sogar erwiesener Maßen fortwährend ihre giftartige „Verschwörung" gegen Oesterreich, Preußen und Rußland leiten. Wirken sie darum ausgewiesen? Niemand denkt daran. Fingen sie aber an, in den genannten Staaten Soldaten zu werben, kurzum Krieg zu organisiren, was verfassungsmäßig nur den Regierungen zusteht, so würde man ihnen sehr bald zu erkennen geben, daß sie das gesetzliche Gebiet des Landes überschritten hätten. Man hält es dort nicht für ein Verbrechen, den österreichischen, preußischen und russischen Terrorismus mit den Waffen zu bekämpfen, die jenem Despot gesetzlich streiben, aber man hält es für ein Verbrechen, daß das Land, sei es durch fremde oder Einheimische, in einen Krieg verwickelt werde, der nicht ein Landeskrieg ist und nicht durch das verfassungsmäßige Organ des Volkes begonnen wird.

Also das Gesetz und die Verfassung des Landes bilden die Richtschnur. Je strenger diese Richtschnur festgehalten wird, desto sicher sind Recht und Freiheit des Landes. England wird sich nicht durch die vereinigte Macht der ganzen Welt zwingen lassen, einen ewigen Flüchtling auszuweisen. Jeder Engländer fühlt, daß es Ehrensache für ihn, daß es sein Stolz ist, die Freiheit und Selbstständigkeit seines Landes auch da nicht antasten zu lassen, wo es einen Fremden, namentlich einen Schutzgast, davon Theil nehmen läßt.

Noch ein anderes Moment kommt hierbei in Betracht. Es wird nämlich stillschweigend vorausgesetzt, daß derjenige Staat, welcher durch die Freiheit eines anderen unbequemert werden kann, im Unrecht ist. Man geht von der natürlichen Voraussetzung aus, daß es eine Pflicht

[illegible] habe, indem er seinen Bürgern nicht diejenige Freiheit einräumt, welche zur Geltendmachung ihrer Rechte im Innern des Landes erforderlich ist. Man stellt unwillkürlich die Forderung an ihn, daß er, wolle er nicht mehr durch die Freiheit eines andern Staates in- kommodirt werden, sich mit demselben auf die gleiche Stufe der Freiheit stellen solle. Man stellt ihm den freien Staat als Regel entgegen und muthet ihm mit Recht zu, daß er, wenn ihm die Regel unangenehm ist, aufhören solle, Ausnahme zu sein. Mit dieser Auffassung des Verhältnisses hängt auch genau die Berechnung des Nachtheils zusammen, im welchem der eine Staat durch Ausübung der Rechte des andern gestellt werden kann. Hat die Schweiz zu fürchten, daß ihre Bürger z. B. von der deutschen Regierungspresse durch Predigten über die Vorzüge des Königthums und durch Angriffe auf die Republik zu „Unterthanen" bekehrt werden? Sie würde über solche Versuche lachen; nähme sie dieselben aber ernst, so würde sie in ihrer freien Presse hinreichende Waffen besitzen, den Angriff abzuschlagen, sie würde sich in dem Kampf selber Erneuerung der Vorzüge ihrer Verfassung im Gegensatz zu den ausländischen nur um so mehr bewußt werden und nicht daran denken, die Angreifenden, wenn sie schwierende Aehnlichkeit wären, etwa ausweisen lassen zu wollen. Nun, ich frage, warum soll sie die Anwendung dieser Gewaltthätigkeit nicht auf beiden Seiten verlangen? Warum soll sie nicht dem Auslande überlassen, einzusehen, daß die Schuld der Nachtheile, welche man aus der Benutzung ihrer Freiheit herleiten will, auf Seiten derer zu suchen ist, welche darunter benachtheiligt werden können? Warum will sie sich und ihre Freiheit verantwortlich machen lassen für die Thaten Anderer, welche durch diese Freiheit die Presse auf ihre Regierungsorgane machen sehen? Warum will sie es sogar thun der Thatsache

gegenüber, daß sie und ihre Regierungen Tag vor Tag von der servilen ausländischen Presse verhöhnt und beschimpft werden?

Die Sache ist so einfach, daß man nicht begreift, wie sie noch Gegenstand der Diskussion sein kann.

Es liegt nun sehr nah, daß derjenige, der die angeführten Punkte zu entkräften sucht, neben dem rechtlichen den „politischen" Gesichtspunkt zur Sprache bringt und die Diskussion in das Gebiet der Rücksichten verlegt, welche die politische Klugheit gebiete. Ueber diesen Punkt werde ich mir weiter unten einige Bemerkungen erlauben. Hier nur Folgendes. Es handelt sich bei dieser ganzen Erörterung nur um Benutzung der schweizerischen Pressfreiheit gegen das fremde Ausland. Nun frage ich, ob diese Benutzung nothwendig zusammenhange und vernichtet werde mit dem Aufenthalt eines Schriftstellers in der Schweiz, in diesem und jenem Kanton? Wird die Schweiz, was man so nennt, „kompromittirt" durch den Aufenthalt eines Schriftstellers auf ihrem Gebiet, oder wird sie „kompromittirt" durch die Pressfreiheit, welche jener Schriftsteller benutzt? Ist es denn das schweizerische Brod, der schweizerische Wein, die schweizerische Luft, die ein solcher Schriftsteller ist, trinkt und athmet, oder ist es die schweizerische Freiheit, ohne Zensur den Despotismus zu bekämpfen, was möglicher Weise dem Ausland die Veranlassung gibt, bei den schweizerischen Regierungen Klage zu führen? Kann ich nicht aus Amerika ein Manuskript nach Zürich senden und es dort drucken lassen? Kann ich nicht, wenn ich aus der Schweiz vertrieben bin, um so rücksichtsloser ihre Pressfreiheit benutzen? Ist es alle nicht eine wahre Lächerlichkeit, den Verkehr als entscheidenden Gesichtspunkt aufzustellen, die Freiheit mit der Gewerbefreiheit zu bekämpfen, die Tinte mit der Druckerschwärze zu vermischen, und die Person

büßen zu lassen für die Freiheit, welche sie benutzte? Jagt ihr denn mit dem Schriftsteller auch die Preßfreiheit aus dem Lande hinaus, welcher er sich bediente? Erreicht ihr mit der Wegweisung eine andere Wirkung, als die Verschwendung von Zeit und unnützer Reisekosten, die weit besser zur Bekämpfung unserer gemeinschaftlichen Feinde verwandt werden könnten?

Die strafgesetzliche Gleichstellung der Fremden mit den Einheimischen entspricht also dem Recht und der Vernunft; sie scheint mir aber auch der Klugheit zu entsprechen. Wenn die Schweiz die Geschichte der zahlreichen Ausweisungen überdenkt, zu welchen sie durch Rücksichten auf das Ausland veranlaßt worden, wenn sie das Abhängigkeitsverhältniß in Betracht zieht, in welches sie sich durch die Verbindlichkeiten zu Ausweisungen gestellt hat, wenn sie die Reklamationen und Vexationen berücksichtigt, zu welchen sie durch jene Bereitwilligkeit das Ausland ermuthigt, wenn sie bedenkt, daß sie sich eine förmliche Landjägerei für gegen deutsche Schriftsteller hat aufdrängen lassen, so wird es ihr in ihrem eigenen Interesse zweckdienlich erscheinen, der Diplomatie ein für alle Mal einen festen Weg zur Geltendmachung ihrer allenfallsigen Beschwerden anzuweisen und als diesen Weg denjenigen zum Gerichtssaal zu bezeichnen. Dort mag der Schriftsteller gegen welchen das Ausland klagbar wird, zusehen, wie er die Klage entkräftet. Gelingt es ihm, so mag die Diplomatie sich beruhigen; gelingt es ihm nicht, so mag er seine Strafe erleiden, wobei dem betreffenden Kanton eine gestellte Kaution Garantie für Gerichts- oder Arrestkosten darbieten kann. Sollte er aber vorziehn, der Strafe durch eigene Wegweisung auszuweichen, so hat der betreffende Kanton nichts mehr mit ihm zu schaffen und hält sich wegen etwaiger Kosten wieder an die Kaution. Man sei unbesorgt, daß bei solchem Verfahren die Benutz-

ung der schweizerischen Freiheit durch Ausländer einen ungebührlichen Grad erreichen würde. Es ist überall dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und Niemanden sind Geld- und Freiheitsstrafen gleichgültig.

Dieß sind in flüchtigen Andeutungen die Grundsätze, nach welchen ich die Stellung eines politischen Flüchtlings beurtheilen zu dürfen glaube, und stets beurtheilt habe. Möge man sie prüfen und danach entscheiden, ob rationelle Auffassung der Verhältnisse oder leichtfertiger Mißbrauch des Asyls in ihnen vorgezeichnet liegt. Dabei versteht es sich indeß von selbst, daß ich mir nie eingebildet habe, diese Grundsätze seien maßgebend den leider bestehenden Verhältnissen im Kanton Zürich gegenüber. Im Gegentheil, ich habe diese Verhältnisse mit völliger Unbefangenheit aufgefaßt und mir nicht verhehlt, welche Konsequenzen aus ihnen für mich folgen mußten. Aber geht hieraus etwa die mir von der „Neuen Zürcher-Zeitung" imputirte „Schändlichkeit" hervor, das Asyl gewissenlos gemißbraucht zu haben, wie „kein Ehrenmann" es gethan haben würde? Ein solcher Mißbrauch konnte nur vorliegen, wenn er ein Mißbrauch von Vertrauen war. Liegt aber Vertrauen darin, wenn von vorn herein der Aufenthaltsbewilligung die Drohung hinzugefügt wird, mich in dem und dem Fall auszuweisen? Ich glaube nicht. Eine solche Drohung involvirt vielmehr ganz einfach die Erlaubniß, dieß und das zu thun, wenn ich es um den Preis einer möglichen Ausweisung wagen wolle. Nun, ich habe es gewagt; die Ausübung dessen, was ich für meine Pflicht, für meinen Beruf halte, habe ich erkauft und ich habe den festgesetzten, ziemlich theuren Preis dafür bezahlt, welcher in der Ausweisung besteht. Was ist hiergegen einzuwenden, wenn das, was ich gethan habe — und dieß soll eben der Beurtheilung des Publikums anheim-

fallen — an sich nichts Böses, wenn es sogar etwas Lebenswerthes war?

Man könnte nun auf die Definition der „Eidgenössischen Zeitung" zurückkommen und mir alle Erörterungen durch die Behauptung abschneiden wollen, unter Asyl sei überhaupt nur ein „stilles Asyl" zu verstehn. Also man erwartet z. B. von einem Publizisten, welcher dem Lande der Zensur den Rücken gekehrt hat, er solle im Lande der Preßfreiheit noch weniger thun, als er unter Zensur gethan? In diesem regen Leben, wo jeder innere Drang laut wird, soll er allein verstummen? In dieser freien Umgebung, wo jede Kraft sich bethätigen kann, soll er sich geistig entmannen? Welche Beleidigung für die Republik; welche Beleidigung für die Freiheit! Wahrlich, keinem wahren Republikaner kann es je einfallen, den fremden Schutzling auf so schmale Freiheitskost setzen zu wollen und ihm ein Asyl anzubieten in — einer pennsylvanischen Zelle. Solche Forderungen konnte nur die gemeine Rohheit einer Zürcher „Wochenzeitung" stellen, welche von den Fremden verlangte, sie sollten „sich gehörig geschlossen halten."

Nein, solche Begriffe von Asyl hat im Grunde selbst die Partei der „eidgenössischen Zeitung" nicht, sie hätte sonst meinem Landsmann Fr. Rohmer nicht das Recht vindizirt, mit seinem Unsinn die ganze Schweiz zu alarmiren. Am wenigsten aber konnten solche Begriffe die Zürcher Regierung sein, welche mir ein Asyl gewährt hat. Wer darüber im Zweifel und etwa noch immer der Meinung sein sollte, ich habe ein geschenktes Vertrauen „mißbraucht, oder in Bezug auf meine Bestrebungen irgend Jemanden getäuscht, der möge sich durch Folgendes vom Gegentheil überzeugen lassen.

In Zürich pflegt die „konservative" Partei, wenn es ihr sonst an Oppositionsstoff fehlt, sich auf die Frem-

ten zu werfen, welchen dort der Aufenthalt gestattet werden, um durch eine Hetzjagd auf diese vielgeplagten, wehrlosen Sündenböcke der Regierung Verlegenheit zu bereiten. So geschah es denn auch, daß im Dezember 1845 der damalige konservative Statthalter Kreuzweiler, ohne Auftrag der Regierung, mich zu sich bescheiden ließ, um mich über meine bis dahin erschienenen Schriften auszufragen und mir Exemplare derselben abzuverlangen. In der Meinung, daß dieß im Auftrag der Regierung geschehen sei, reichte ich der letztern ein Schreiben ein, worin ich mich über jene Schriften aussprach und die Grundsätze andeutete, von welchen ich in Bezug auf den Kanton Zürich bei meiner litterarischen Thätigkeit ausging. In dem Schreiben heißt es u. A.: „Außer dem Angeführten erlaube ich mir noch, zu erklären, welche Grundsätze mich bei meiner litterarischen Thätigkeit mit Rücksicht auf den hiesigen Kanton leiten. Meine Hauptschriften werden, wie bisher, in Deutschland selbst erscheinen*). Sollten in denselben Doktrinen zur Sprache kommen, welche nach meiner Beurtheilung der hiesigen Verhältnisse hier Anstoß zu erregen im Stande wären, so werde ich dem Verleger zur Verfügung machen, daß er in den Kanton Zürich keine Exemplare versende. Ich werde dieß thun, obschon ich keine Doktrin zu entwickeln habe, welche nicht in Deutschland bereits mit allen Konsequenzen seit langer Zeit ungestraft durch die Presse (Brandschriften) verbreitet war, und obschon gegen die Einführung der einschlägigen, ziemlich umfangreichen Litteratur in die Schweiz noch nicht die geringste Prohibitivmaßregel ergriffen worden ist. Bei Beobachtung solcher Rücksichten glaube ich Alles zu thun, was die

*) Ich bezieht mich auf Brandschriften, welche in einigen deutschen Staaten verboten sind.

Billigkeit mir irgend zumuthen kann. Eine völlige Aufopferung oder Verleugnung meiner Ueberzeugungen wird sicher Niemand, am wenigsten eine republikanische Regierung, zur Bedingung einer Asylbewilligung machen, selbst wenn ich, was ich nie gethan, und nie thun werde, zu einem solchen Opfer mich verstehen könnte u. s. w. Schließlich bin ich so frei zu bemerken, daß ich meine in der Schweiz etwa erscheinenden Schriften jeder Beschwerde der Diplomatie gegenüber vor den hiesigen Gerichten zu vertreten stets bereit sein werde." Man beantworte nun die Frage, ob ich rücksichtlos oder illoyal gehandelt habe?

Habe ich mir etwa sonst Fehlgriffe oder Unbesonnenheiten zu Schulden kommen lassen? Ich wüßte nicht, worin sie bestehen könnten. Ich habe stets sehr zurückgezogen gelebt, so daß man mich kaum anders als auf dem Museum oder dem Spaziergang gesehen haben wird; ich bin mit Niemanden in Kollisionen gekommen; ich habe den Anstand in keiner Weise verletzt; ich habe mich in die Politik und sonstigen Verhältnisse des Kantons nicht im Mindesten gemischt. Was sollte ich mir also vorwerfen? Selbst in einem Leumundszeugniß, welches mir der Präsident der Gemeinde, in der ich wohnte, einige Wochen vor meiner Ausweisung, zum Behuf meiner Ueberübersiedelung nach dem Kanton Baselland, ausstellte, heißt es, es sei keinerlei Klage gegen mich laut geworden, und keine Bedingung der Asylgewährung von mir verletzt worden. Daß ich dennoch meines Asyls nicht mehr sicher zu sein glaubte, verhehle ich nicht, denn ich kannte die bestehenden Verhältnisse. Diese sind es auch, nicht mein Schuldgefühl, welche den richtigen Sinn der Worte der „N. Züricher Zeitung" an die Hand geben, „sogar ich finde meine Wegweisung erklärlich." Aber trotz den bestehenden Verhältnissen rechnete ich darauf, daß man, sollte man sich durch dieselben wegen meines län-

geren Aufenthalts inkommodirt fühlen, in dem „schweizerischen Athen" die Urbanität brobachten werde, mir unter der Hand einen Wink geben zu lassen, damit ich freiwillig bei Zeiten den Platz räumen könne. Auf mein Bewußtsein wie auf meine damalige Beurtheilung der Züricher Regierung gestützt, hätte ich nie und nimmer daran gedacht, daß ich genöthigt werden würde, mitten im Winter, mit Hinterlassung meiner Familie, wie ein gemeiner Verbrecher aus einer Republik in die andere zu fliehen.

Am 15. Dezember brachte die „N. Züricher Zeitung" einen sehr warmen Lobartikel auf den unglücklichen Confalonieri, dieses edle Opfer der politischen Barbarei Oesterreichs. Dieser Mann hat sicher keine unschuldigeren Tendenzen gehabt als ich. Auch er hat nicht beabsichtigt, die Burg der Tyrannei ohne Pulver zu sprengen; auch er war ein „Revolutionär" und zwar durch die That, während ich nur Gelegenheit gehabt habe, es mit der Feder zu sein. Dennoch hat die schwachnervige N. Z. Z. keinen „Abscheu" vor ihm gehabt, hat ihn vielmehr enthusiastisch gelobt und bei der Mittheilung seiner Schicksale zugleich hervorgehoben, daß „die Schweiz so manchem politischen Flüchtling ein sicheres Asyl gewährt habe."

An demselben Morgen, wo die N. Z. Z. dies sichere Asyl verordnet, wurde ich durch einen Landjäger aufgefordert, sofort vor dem Präsidenten des Polizeirathes zu erscheinen. Verwundert über diese unerwartete Vorladung verfügte ich mich unverzüglich nach dem Rathhaus. Dort zeigte man mir ein Exemplar des anonym erschienenen „deutschen Tribune" vor und vernahm mich über diese Schrift zu Protokoll. Auf die Fragen nach dem Verfasser, Herausgeber, Drucker u. s. w. gab ich keine Auskunft. Meine Antworten liefen darauf hinaus, daß man, wenn man mich im Verdacht habe, mir so wenig wie

irgend Jemandem zumuthen könne, Denunziant gegen mich selbst oder gegen Andere zu sein; habe Jemand, z. B. die Diplomatie, ein Interesse daran, den Verfasser des „Tribuns" zu verfolgen, so dürfe erwartet werden, daß dieselbe zuvor die Autorschaft konstatire. Was die letztere betrifft, so gab ich bloß zu, daß zwei in dem „Tribun" mit Erwähnung meines Namens berichtweise abgedruckte Schreiben, eins an den badischen Deputirten von Itzstein und eins an meine Landsleute in Nordamerika, u. m. verfaßt seien; und was die mir schuldgegebene „Verbreitung" angeht, so nahm ich keinen Anstand, auf die Frage über Verbreitung im Kanton Zürich zu erklären, daß ich zwei oder drei Exemplare an Freunde verschenkt habe, welche mich besucht. Nachdem das Protokoll geschlossen war, bemerkte man mir, ich werde es erklärlich finden, daß die Regierung, auch ohne mein Geständniß mich dennoch für den Verfasser der Schrift halte, worauf ich erwiederte, daß ich der Regierung ihre Ansichten freistellen müsse. Im Ganzen wurde ich mit möglichster Artigkeit behandelt und betrachtete die ganze Verhandlung natürlich vor der Hand als eine Formalität, welche bestimmt sei, dem Ausland genug zu thun. Diese Voraussetzung hegte ich selbst kaum noch, als man mir am Abend den Gemeindeammann mit einem Landjäger ins Haus sandte, um die vermuthlichen Exemplare des „Tribuns" in Beschlag zu nehmen.

Trotz dieser Voraussetzung zog ich auf dem Heimwege vom Rathhause die bevorstehenden Verhältnisse in Betracht und hielt es jedenfalls für gerathen, künftigen Möglichkeiten zeitig aus dem Wege zu gehen. Da ich ohnehin nach Baselland übersiedeln wollte, um dort Bürger zu werden, so verfaßte ich, zu Hause angelangt, sofort ein Schreiben an die Regierung, worin ich erklärte, daß ich in den nächsten Tagen den Kanton

freiwillig verlassen werde, und demnach auf weitere Aufenthaltsbewilligung oder Ablauf der frühern Frist bevorzichte. Dieß Schreiben trug ich unverzüglich auf das Rathhaus, wo es in derselben Sitzung, in welcher man meine Angelegenheit verhandelte, abgegeben wurde und zur Sprache kam. Mein Zweck war, wie ich einem Freunde der liberaleren Herren Regierungsräthe am Abend mündlich mittheilte, ein doppelter. Für's Erste nämlich wollte ich „einer republikanischen Regierung die Verlegenheit und den Schimpf ersparen, die Polizeidienerin von Neuenburg hin zu müssen, welche nach republikanischen Begriffen in's Zuchthaus gehören," und zweitens wollte ich in meinem eigenen Interesse die Thatsache einer etwaigen Ausweisung vermeiden. In der festen Voraussetzung, daß ich viele Zwecke erreichen, und daß der Regierung mein freiwilliger Abzug als ein gutes Auskunftsmittel willkommen sein werde, reiste ich nach einiger Ordnung meiner Angelegenheiten in den Kanton Thurgau und von dort nach Liestal. Wie erstaunte ich aber, als ich in Liestal statt der erwarteten Aufenthaltsbewilligung die Ordre zur baldmöglichsten Weiterreise vorfand! Es war mir ein Zirkularschreiben der Zürcher Regierung vorausgeeilt, worin meine trotz der freiwilligen Abreise verfügte Ausweisung gemeldet, ich als ein Prediger von „Aufruhr" und „Fürstenmord" bezeichnet und das Ansuchen gestellt wurde, mir in Baselland wie in der ganzen Schweiz den Aufenthalt zu versagen. Die Liestaler Regierung, welche sich nach diesem Schreiben übertriebene Vorstellungen von mir und der Aufdringlichkeit des Auslandes gemacht haben mochte, hatte dem Ansuchen sofort durch einen Beschluß entsprochen und so mußte denn der baselländschaftliche Bürger in spe, der Fürstenmörder, nach dem ihm ein Tag freigegeben war, um sich zu besinnen, nach welcher Himmelsgegend er sich jetzt denn wenden

solle, und um ein Paar Briefe zu schreiben, sich wieder auf den Postwagen setzen, welcher ihn über Solothurn nach Bern brachte, mit der Aussicht, dort ebenfalls schon als kriegentzündender Fürstenmörder angemeldet zu sein. In Bern wurde ihm gestattet, seine Familie zu erwarten und — weiter zu ziehen.

Dies die kurze Geschichte der Ausweisung. Ich komme nun an die Veranlassung und an meine Schuld.

Die eidgenössischen Gesandten von Wenzenbach und Näff erschienen in München, um die Aufhebung der Kernsperre nachzusuchen, eine Sperre, welche Teutschland vielleicht mehr benachtheiligt als die Schweiz und deren Aufhebung ohnehin nicht lange mehr anstehen konnte. In der Audienz stellte ihnen der Jesuitenmissär Abel, welcher die Gelegenheit klug zu benutzen wußte, die Verbrechen entgegen, welche durch Benutzung der schweizerischen Freiheit gegen die teutsche resp. bayerische Sklaverei verübt werden seien, und zeigte ihnen als corpus delicti namentlich einige meiner Schriften, vor allen aber den mir zugeschriebenen „teutschen Tribun" vor. Ich habe der Verhandlung nicht selbst beigewohnt, denke mir aber, daß Herr Abel sich etwa folgender Maßen expektorirt haben wird: „Das Wohl des teutschen Volkes beruht auf Zensur, Kabinetsjustiz, geheimem Verfahren, Kasematten, Majestätsverbrechen, Gewaltthat, Wortbruch, Anbetung von Despotengötzen, Verdummung der Köpfe, barmherzigen Schwestern, der Partizipialkonstruktion, der Schreibart Bayern mit einem y, Jesuiten, Abbitte vor dem Bildniß Sr. Majestät Ludwig von Bayerland, Verschwendung der Staatsgelder etwa „Erübrigungen" an Walhallagenossen und Paläste für geheime Königsvergnügungen, Soldatenbarbarei u. s. w. u. s. w. Wer diese heiligen Stützen der Throne und der Volkswohlfahrt angreift, ist ein verabscheuungswürdiger Verbrecher; wer solche Verbrecher duldet,

erhält — keinen Nachlaß am Getreidezoll. In der Schweiz gibt es einen Menschen, der in „wüthender" und „blutgieriger" Sprache, wie die „Neue Züricher-Zeitung" sich später ausdrücken wird, alle jene Stützen umzustürzen sucht, der sogar den Frevel begangen hat, Se. Majestät, meinen allerhöchsten Herrn, originaliter einen Narren, und mich, den Minister Abel, euphemistisch den Minister Kain zu nennen, ja, der uns nicht undeutlich zu verstehen gegeben, wir könnten dereinst, statt in die Walhalla, an den „Laternenpfal" kommen. Und diese Lehre vom Laternenpfal, meine Herren, ist eine schreckliche Lehre, obschon wir selbst die Lehrer sind, denn bei Ihnen, meine Herren, erhielt man solchen Unterricht nicht. Wir haben, seitdem wir den „Tribun" gelesen, jede Nacht vom Laternenpfal geträumt, und sehen mit der Zeit jedes Bild in der Walhalla und jede Säule an der Pinakothek für einen Laternenpfal an. Meine Herren, befreien Sie uns von diesen Träumen und wir werden Sie vom Ausgangszoll befreien."

Auf diese ausgezeichnete Rede — denn Herr Abel hat eine seltene Suave — hätte Herr von Gonzenbach etwa also antworten können:

„Wer Zöllner genug hat, um den Ausgang von Roggenkörnern zu verhindern, der hat auch Zöllner genug, um den Eingang von Brochüren zu verhindern, und wären sie sogar in so kleinem Format gedruckt wie der „teutsche Tribun." Wollen Sie den Getreidezoll nicht aufheben, so werden wir noch weit weniger unsre Preßfreiheit aufheben. Wir sind sogar bereit, es darauf ankommen zu lassen, ob wir Sie eher mit Brochüren, oder Sie uns eher mit Ausgangszoll ermüden und zähmen. Haben Sie für Walhallagenossen, italienische Reisen und dergleichen zu viel verschwendet, so lassen Sie sich nicht einfallen, durch unsre Beutel das Defizit decken zu wollen.

Wir hätten es im Nothfall in der Macht, durch unsre Preßfreiheit in Ihrem Lande einen Zustand herbeizuführen, der das bayerische Volk mit einem Schlag von Ihren Verschwendungen und uns für immer von Ihren Zollplackereien befreite, denn Republikaner reichen sich die Hand und nur Fürstenpolitik trennt die Völker. Reizen Sie uns nicht zu lang, sonst werden wir Ihnen einen Löwen zeigen, der alle Ihre Hunde zerreißt, und dieser Löwe heißt der Republikanismus. Erwarten Sie nicht, daß wir die teutschen Demokraten aus unserm Lande jagen. Wir werden ihnen vielmehr die Hand reichen, um später mit ihnen vereint den Despotismus zu stürzen, der uns nicht weniger beerebt, als sie."

Ob Herr von Gonzenbach in dieser ächt diplomatischen Weise dem Jesuitenminister geantwortet, weiß ich nicht, ich habe aber Gründe, es zu bezweifeln, denn er hat davon dem Vorort nichts mitgetheilt, und der Vorort nichts der Züricher Regierung und die Züricher Regierung noch weniger mir.

Der erste offizielle Anstoß zu meiner Wegweisung kam also aus München. Ob noch weitere Anstöße und Motive gewirkt haben, kann ich nicht entscheiden, da ich es nicht weiß. Sollte die unterdessen in Aussicht gestellte Herabsetzung des Kornzolls mit dieser Wegweisung zusammenhangen, so ist zu erwarten, daß man dem „Tribun" eine Dankadresse votiren werde.

Ich komme nun an die Frage, wodurch ich die Ausweisung verdient, wodurch ich namentlich die beispiellose Erbitterung hervorgerufen, welche mich in einer Tour aus der ganzen Schweiz hinaustreiben wollte? Gesetzt, ich hätte mittelbar gegen den Kanton Zürich gefehlt, so hatte Zürich als besonderer Staat doch nur über sein Gebiet zu wachen. Wie kam aber die dortige Regierung dazu, auch die Polizei aller andern Kantone gegen mich

aufzurufen und in Bezug auf mich die Sorge für die ganze Schweiz zu übernehmen? Man hat bei andern Gelegenheiten ganze Schwärme von Fremden, die nach schweizerischen Begriffen das non plus ultra von „Abscheu" darstellten, aus dem einen Kanton verwiesen, aber nicht daran gedacht, ihnen auch die andern unzugänglich machen zu wollen. Wie kommt man denn dazu, mich, der ich doch gewiß ein „radikaler" Republikaner bin, gleich aus dem ganzen republikanischen Gebiet Europa's hinausbeißen zu wollen? Glaubte man etwa, ich einzelner Mann werde die ganze Eidgenossenschaft in Krieg verwickeln? O republikanischer Heldenmuth! Es fehlte nur, daß die Züricher Regierung — sie handelte nicht als Vorort — auch ein Requisitionsschreiben nach Paris, nach Brüssel, nach London u. s. w. ergehen ließ, um mich vollständig zum ewigen Juden zu machen. Sind denn die Fürsten, die ich beleidigt habe, die Gesalbten, und ist diese Beleidigung in den Augen von Republikanern ein so großes Verbrechen, daß man mich zur Strafe in einen Ahasverus verwandeln muß? Ich gestehe, daß ich mir die Maßregel gegen mich nicht anders erklären kann, als durch Unterstellung von Motiven, welche anzudeuten mir nicht wohl anstehen würde.

Was habe ich gethan? Ich stelle diese Frage zunächst vom juristischen Standpunkt aus. Ob ich den „Tribun" wirklich geschrieben oder nicht, darauf kommt hier nichts an; es kommt darauf an, daß mir die Autorschaft oder Herausgabe nicht bewiesen worden ist. Kein Gericht hätte mich nach den bis jetzt vorliegenden Beweisen verurtheilen können; warum konnte man mich denn wegweisen? Es sind Juristen, die über mein Schicksal entschieden haben. Warum haben sie die juristische Auffassung von der Hand gewiesen und nach bloßen Intrizien eine so harte Maßregel gegen mich beschlossen? Rechtlosigkeit, dein Name heißt deutscher Flüchtling!

Gesetzt nun aber, es wäre mir die Autorschaft des „Tribuns" bewiesen, so kommen wir an die Frage, ob diese Schrift das wirklich enthalte, was man durchaus hineinlegen will. Daß die Nothwendigkeit einer teutschen Revolution darin behauptet wird, läßt sich nicht läugnen. Ist das aber ein Verbrechen? Die „N. Zürcher Zeitung" selbst hat sie in ihrer Polemik gegen mich zugegeben, und die „Eidgenössische," welche so erbittert gegen den „Revolutionär, Namens Heinzen" auftrat, hat ihr revolutionäres Glaubensbekenntniß ganz naiv in dem bekannten Brief ihres Redakteurs an einen baselandschaftlichen Arzt abgelegt. Wie, meine Herren, besitzen Sie denn ein revolutionäres Privilegium? Haben Sie doch die Gnade, auch einem Teutschen etwas von diesem Artikel zu überlassen, denn in meinem Vaterlande ist er wahrhaftig kein Luxusartikel!

Die zweite Sünde des „Tribuns" soll in der Aufforderung zum „Fürstenmord" bestehen. Ich erkläre das für eine Unwahrheit, a priori wie a posteriori. Ich kenne die Gesinnung des „Tribuns" genau und weiß, daß er die Abschaffung der Fürsten durch Mord für eine Dummheit hält. Ist ein Volk reif zur Abschüttelung der Fürsten, so entledigt es sich ihrer auch ohne Mord; ist es aber nicht reif dazu, so wird durch einen Fürstenmord der Reaktion nur in die Hände gearbeitet. Könnte man ein unreifes Volk durch Mord von Allem befreien, was es Fürstliches besitzt, so würde es sich neue Fürsten kreiren, wenn die Köpfe nicht republikanisirt wären. Wäre aber nicht vollends in Teutschland die Mordtheorie ein wahrer Wahnsinn? Drei gäbe es, wenn sie ausgeführt werden sollte, etwa tausend Personen zu morden. Man sieht, nicht bloß vom Erhabenen, sondern auch vom Gräßlichen bis zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. Und diese Lächerlichkeit will man mir durchaus aufbürden? Ich liebe es

nicht, mich im Namen der Freiheit lächerlich zu machen, denn sie ist eine gar zu ernste Sache. Nein, vom Morden ist der „Tribun" kein Freund. Man sei versichert, er würde, wenn er den Mord der Fürsten für nothwendig und gut hielte, offen heraus sagen: mordet sie! denn er hält mit keiner seiner Ueberzeugungen hinter dem Berge. Er ist ein Feind aller unnöthigen Inhumanität, und gäbe, wie das aus seinen meisten Schriften erhellt, Alles darum, wenn die Freiheit ohne Blutvergießen errungen werden könnte. Sieht er aber die Unvermeidlichkeit desselben ein, so hat er keine sentimentale Bedenken und entscheidet sich. Er ist der Meinung, daß die Freiheit um jeden Preis errungen werden müsse, und die Geschichte lehrt, daß sie unter dem Regiment von Fürsten nur um den höchsten zu haben ist. Dieser höchste Preis aber heißt nicht Mord, sondern Revolution. Alle die „blutgierigen" Stellen des „Tribuns," worin man Mordgelüste gewittert hat, beziehen sich nur auf die mit der Revolution unvermeidlich verbundene Volksjustiz, welche in Frankreich und England „Geschichtsunterricht mit der Guillotine ertheilt" hat, und zeigen von der einen Seite den Wahnsinn, diese Justiz wieder zu provoziren, wie sie von der andern ermuthigen, sie im Nothfall nicht zu scheuen. Dieß und dieß allein ist der Sinn der „blutgierigen Sprache" des „Tribuns," als dessen alleinigen Verfasser sich hiermit zu bekennen für Schuldigkeit hält — R. Heinzen.

Die „N. Züricher Zeitung" hat begreiflicher Weise ein großes Interesse dabei, meine Tendenzen als recht schauererregend darzustellen. Ich hätte ihr so viel theatralischen Tic nicht zugetraut. Sie greift alle Stellen des „Tribuns," welche sie für den Effekt gebrauchen zu können glaubt, aus dem Zusammenhang, der ihnen erst ihre wahre Relie gibt, perverser Weise heraus, gibt jeder eta-

torischen Hiperbel eine konkrete Deutung, legt allen hypothetisch gehaltenen Worten eine direkte Absicht unter, und erklärt dann noch nach Art der „Eidgenössischen Zeitung," das Allerschlimmste lasse sich gar nicht mittheilen. Sonderbar! Sie will das Allerschlimmste vorführen, das ist ihre Aufgabe, ihr Amt, und doch läßt sie das Allerschlimmste weg! Ich fordere sie auf, es nachzuholen. Es wird sich zeigen, daß sie nichts mehr mitzutheilen hat. Ist das nicht Perfidie? Wie dünn übrigens das Allerschlimmste gesäet sein muß, geht daraus hervor, daß sie sogar Stellen, wie folgende exzerpirt: „Nieder mit Allem, was Teutschland drückt; in die Höhe mit Allem, was Teutschland bedarf!" Zarte Jungfrau, es würde dem Ausland nicht schlecht gefallen, wenn die Schweizer so schwache Nerven hätten, daß sie sich sogar scheuten, mit auszurufen: „Nieder mit dem Despotismus; es lebe die Republik."

So wie meine Tendenz, so ist auch meine Art, die Preßfreiheit zu benutzen, der „N. Züricher Zeitung" ein Greuel *). Wäre die „N. Züricher Zeitung" einige Jahre in preußischer Zucht gewesen, sie würde, trotz ihrer diplomatischen Anlage, meine Sprache sehr erklärlich finden. Sie würde sie aber auch erklärlich finden, wenn sie meine „Kritik" der teutschen Zustände, die sie wohlweislich „übergehen" will, einer nähern Würdigung unterwürfe. Zeigt sie sich fähig, mich zu belehren, daß ich zu viel gesagt, so nehme ich bereitwillig Alles zurück. Wäre sie übrigens ehrlich gewesen, so hätte sie aus dem

*) Sogar das „Druckschmaggeln" der Broschüren macht die N. Z. Z. zu einem Verbrechen. Ich erinnere sie daran, daß sogar die unter ihren Augen erschienene „Chemie" von Löwig und die „Schriftabrikkunde" von Bobrik geschmuggelt werden mußten. Klägliche Taktik eines republikanischen Blattes!

„Tribun" auch die Stellen mitgetheilt, welche das Bewußtsein des Verfassers über seine starke Sprache und die Berechtigung dazu ausdrücken, z. B. folgende: „Wir haben in Deutschland keine normalen Zustände; dort gibt es auch keine Norm für die freie Sprache. Der Willkür der reaktionären Revolution setzen wir die ungebundene Sprache der progressistischen Revolution entgegen." Die „N. Z. Z." sei versichert, daß ich, hätte ich in schweizerischen Dingen, die Preßfreiheit zu benutzen, mich sehr gut würde zu mäßigen wissen, wenn ich die Mäßigung auch nicht finden würde in der diplomatischen Halbheit und feigen Doppelzüngigkeit einer „N. Z. Z."

Die ersten Angriffe der Züricher Blätter gaben den Anstoß, mich in einer Menge anderer an den Pranger zu stellen. Nähere Prüfung meiner Sache war dabei nicht nöthig, ich war von vorn herein preisgegeben, ich war vogelfrei, ich war kein Mensch, ich war ja — ein Fremder! *) Es ist eine bedauerliche Sache um den blinden Fremdenhaß so vieler Schweizer. Wie würde euch

*) Ich habe in der That bedauert, daß die Züricher Regierung sogar durch das Lob der Luzerner „Staatszeitung" kompromittirt werden mußte. Die „Staatszeitung" sagt in ihrer zarten Weise, man müsse der Züricher Regierung dankbar dafür sein, daß sie den Muth (!) gehabt habe, einen jener teutschen Landlouis aus dem Lande zu weisen ꝛc. Man muß gestehen, mein Landsmann Siegwart-Müller, der Protektor der „Staatszeitung," ist nicht von Nationalvorurtheilen eingenommen. Ein Sr. Gallen Blatt hatte mir in seiner Weise die mir angedrohte Ausweisung verleidet, indem es einen agent provocateur in mir erblickte. Ich hatte mir den Spaß gemacht, wenn ich das wirklich provozirte, was ich beabsichtigte. Ich erwähne diese Kuriosität nur, um zu zeigen, in welcher kolossalen Unkenntniß manche Schweizer über die deutschen Zustände leben, wobei sie doch so sehr angeben. Derselbe Akt von St. Gallen erblickt später in mir einen von jenen barbarischen „Fürstenknechten."

zu Muth sein, wenn meine Landsleute die zahlreichen Schweizer, welche in allen möglichen Stellungen jenseit der Grenzen sich aufhalten, mit dem Maßstab bornirten Fremdenhasses messen wollten? Sagt an, ist es denn ein Verbrechen, nicht in der Schweiz geboren zu sein? Wenn ein Fremder euch nichts thut, wenn er wohl gar auf euerer Seite steht, euere Prinzipien theilt, keine Exzesse sich zu Schulden kommen läßt, die Rücksichten auf seine Stellung als Gast nicht vergißt, keine Anmaßung begeht, sich nicht in eure inneren Angelegenheiten drängt, ist er dann in euern Augen dennoch verdammenswerth, dennoch rechtlos, weil seine Mutter ihn zufällig nicht auf schweizerischem Boden ans Licht gesetzt hat? Muß man solche Ansichten nicht mit dem gelindesten Ausdruck eine Rohheit nennen? Es ist über dieses Thema noch Vieles zu sagen, wozu es indessen hier an Raum fehlt. Ich möchte die Schweizer nur noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Wohl habt ihr große Ursache zum Fremdenhaß; aber denkt daran, ihm die rechte Richtung zu geben. Haßt jene fremden Despoten, die nur auf den Augenblick lauern, euch so gut in das Joch zu schmieden, wie uns; haßt jene fremden Agenten, welche in der Schweiz umherschleichen, um euere Freiheit zu vergiften; haßt

welche nach der Mahlzeit bei den „verspiessnen" Fürsten allerunterthänigst um einen Orden oder eine Polizeistelle anhalten. Wenn ich diesem Vertrauen wider Erwarten nicht entsprechen sollte, so geschieht es bloß dem Abt von St. Gallen (dem „Erzähler") zum Trotz.

(Unter den Polizisten der teutschen Journalistik war es namentlich der in Berliner Kulter stehende Apostolische Sergeant, genannt „Verdächter", und der an Metternich u. s. w. verkaufte Schuft C. Rotd, verantwortlicher Redakteur der „Augsburger Allgemeinen Zeitung," welche die Gelegenheit benutzten, um für frühere Züchtigungen eine wohlfeile Rache an mir zu nehmen.)

jene fremden Verräther, die sich mit den eurigen vereinigen, um euch an das Ausland zu verkaufen. Diese Fremden haßt, haßt sie wie die Pest und verfolgt sie wie das Ungeziefer. Daran werdet ihr wohlthun. Aber haßt nicht die fremden Demokraten, die mit euch das gleiche Streben, das gleiche Interesse haben; haßt nicht die fremden Freiheitsfreunde, welche auch für eure Freiheit eine Stütze schaffen, denn die Freiheit ist das Band der Völker, während der Despotismus sie zerreißt und im Zwiespalt zerfleischt.

Es ist mir wohl bekannt, daß manche meiner Landsleute das Vertrauen und die Gastfreundschaft der Schweizer gemißbraucht haben, um sich ihnen, was man so nennt, auf die Nase zu setzen und ihnen ihre Anmaßung aufzudrängen. Wer eure Selbstständigkeit nicht achtet, und euch als Mittel egoistischer Zwecke benutzen zu können glaubt, den zurückzustoßen habt ihr ein Recht, und in solchem Fall wird kein vernünftiger Deutscher euch zu tadeln sich einfallen lassen. Er wird euch vielmehr vollkommen beistimmen und selbst im allgemeinen Interesse seiner Landsleute und des beiderseitigen Friedensverhältnisses gegen die Unwürdigen Partei ergreifen*). Aber um so

*) Es liegt mir eben noch in diesem Augenblick eine Probe der Unzurechnungsfähigkeit eines meiner Landsleute in einem Buche vor, dessen Verfasser sich durch einen Schriftsteller Marr genannt hat. Daß man diesem armen jungen Mann angewiesen, billige ich, nach den oben aufgestellten Grundsätzen, unter keinen Umständen, aber daß er sich wie der Nationalökonom Meister der Schweiz gebärdet, und, nachdem man seine Klage [illegible] entfernt hat, jetzt selber einen Prozeß zu sind charakterlos [illegible] kompromittirt, das verdient in der Schweiz wie in Deutschland die Ruthe. Er hat der Zeitschrift noch mehr beigelegt, als die Schweizer, indem er von einer Indiskretion spricht, die sie für seine Freiheit das

weniger ist ein Grund vorhanden, den Eindruck einiger ungünstigen Erfahrungen auf die ganze Zukunft und auf alle Fälle zu übertragen. Kein selbstständiger Mensch läßt sich prädestiniren, in allen Menschen Spitzbuben zu erblicken, weil ihm einmal die Uhr aus der Tasche gestohlen worden; er macht vielmehr sein Urtheil von der jedesmaligen Beobachtung und Erfahrung abhängig. Und ich sollte denken, es gebe noch würdige Repräsentanten meiner Landsleute genug in der Schweiz, um zu verhüten, daß ein allgemeines Vorurtheil gegen sie Berechtigung erlange.

Um nun auf mich zurückzukommen, so scheint es mir am Ort zu sein, daß ich noch über meine Gesinnungen gegen die Schweiz mich erkläre. Sie ist natürlich in ihrem gegenwärtigen Zustand mein Ideal nicht, aber sie steht mir unter allen Staaten Europa's am höchsten, denn sie ist eine Republik. Die Schweizer haben keine politische Götterlehre über sich, welche sie herabwürdigt zum Eigenthum nichtswürdiger Götzen; die Schweizer sind frei von der entwürdigenden Schwäche, die Befriedigung des freien Rechtsgefühls durch die Befriedigung eines Bedürfnisses kindischer Fiktionen zu ersetzen; die Schweizer beten keine Popanze an, welche die Anbetung mit Fußtritten erwidern; die Schweizer sind ihre eignen Herren und legen ihr Schicksal nicht in die Hand lächerlicher Wesen, welche ihre Würde dadurch erlangen, daß man ihnen eine Mütze von Metall, Krone genannt, auf die Midasohren drückt. Diese Herabwürdigung — und sie ist die größte, die es für den Menschen gibt — lassen sich die Schweizer nicht zu Schulden kommen, und dieß ist der Haupt- und Anfangspunkt, welcher mein Urtheil über ein zivilisirtes Volk

---

gelegentliche Renkontre mit den achtenswerthesten Personen ausbeutet, die gutwürdig genug waren, ihm Audienz zu geben, statt ihm die Thüre zu weisen.

entscheidet. Was der Mensch aus sich macht, ist eine Hauptfrage; ihr voran geht aber die, ob er selbst es sei, der etwas aus sich macht, oder ob er die Puppe eines Andern sei. Und die Schweizer sind es allein in Europa, welche diese Frage ohne Erröthen beantworten können. Wenn also auch die Schweizer noch so viele Fehler entwickeln, so kann das doch auf die Beurtheilung ihres politischen Standpunktes, ihres Staatsprinzips keinen Einfluß üben, und wer einmal Republikaner ist, der kann sich nach meinem Geschmack — trotz der „N. Züricher Zeitung" u. s. w. — in Europa nirgendwo politisch wohler fühlen, als in der Schweiz. Dies Gefühl, diese Sympathie für den Republikanismus, dieß Verwiesensein in eine Sphäre, welche allein mir die Möglichkeit einer nicht entwürdigten Menschenexistenz darzubieten scheint, hat mir schon im Beginn meines Aufenthalts in der Schweiz die Worte eingegeben (s. „die Opposition"): „Indem ich es (der schweizerischen Eifersucht wegen) von der Hand weise, den Schweizern (in ihren innern Angelegenheiten) zu dienen, gebe ich es nicht auf, in der Schweiz der demokratischen Freiheit zu dienen. Sie ist mein Bekenntniß und dem werde ich dienen, wo ich kann, mag ich in der Schweiz oder in Kamtschatka wohnen. In diesem Sinne ist es also aufzunehmen, wenn ich mich mit der Schweiz beschäftige, und zugleich ist es im Sinne der Gerechtigkeit, wenn ich dieß Land dem Auslande und besonders meinen Landsleuten gegenüber in Schutz nehme. Das Ausland thut der Schweiz Unrecht, schreiendes Unrecht*), und diesem Unrecht entgegenzutreten, fühle

*) Worin dies Unrecht besteht, wird u. A. in folgenden Bemerkungen erklärt:

„Man sagt, an der Bundesverfassung der Schweiz dürfe nichts geändert werden, weil das Ausland sie garantirt habe. Welche

ich mich um so mehr gedrungen, da es der Republik angethan wäre. Würde diese Republik angegriffen und meine Landsleute gäben sich zu Henkern ihrer Freiheit her, ich würde es mir zur Ehre anrechnen, die Waffen gegen meine eignen Landsleute tragen zu dürfen."

Mag nun den Schweizern etwas daran liegen, daß sie einen Waffenträger mehr auf ihrer Seite haben, oder

---

Gewissenhaftigkeit! Der teutsche Bund hatte die hannöversche Verfassung garantirt. Da kommt eine „hohe" Hand und stößt sie um. Die Garantie war zu Ende. Oesterreich und Preußen haben den Völkern Preßfreiheit und Volksvertretung garantirt. Die Völker warten schon seit dreißig Jahren und klopfen beständig an, aber die Garantie meldet sich noch immer unpäßlich. So steht es mit den Garantieen für die Freiheit. Wo man aber eine Garantie für das Gegentheil verkehren kann, da ist man sofort ungerufen bei der Hand. Es liegt ein empörender Hohn in dieser Garantie der schweizerischen Verfassung. Es ist, als wolle man einem Kranken die Fortdauer seiner Krankheit garantiren. Hier tritt aber noch die Steigerung hinzu, daß man zugleich dem Kranken Vorwürfe und Drohungen wegen der Krankheit macht, deren Fortdauer man ihm garantirt. Die Streitigkeiten in der Schweiz entspringen allein aus der Kantonalzerstückelung und den durch dieselbe sich einnistenden Sonderinteressen. Dieß weiß man. Sobald sie sich aber regt, fällt man über sie her und bedroht sie mit Intervention. Sagen dann die Schweizer, sie wollten die Ursachen der Streitigkeiten wegräumen, so erwiedert man, die Ursachen habe man garantirt, und droht noch ernstlicher mit Intervention. Ist das nicht das empörendste Spiel der Gewalt mit dem Recht, das man sich denken kann? Und dieß Spiel, ihr teutschen „Liberalen", habt ihr so lange Zeit unterstützt und zur Fortsetzung dieses Spiels durfte man mit euren Fäusten drohen? Ich würde euch zurufen: schämt euch!, wenn ihr euch nicht wegen eurer innern Sünden schon so viel zu schämen hättet, daß die auswärtigen noch gar nicht an die Reihe kommen können."

In Bezug auf andre Bemerkungen s. „Fahrten und Abenteuer" und eine andre kürzlich erschienene Schrift.

Herausgeber.

nicht, genug, die so eben ausgesprochene Gesinnung hege ich jetzt so gut wie früher, trotz der „Züricher Zwietracht", welche meine politische Parteilosigkeit so grausam abgewiesen hat. Ich denke nicht daran, mich den Schweizern gefällig machen zu wollen; aber gefällig oder ungefällig werde ich mit der Feder wie mit dem Säbel stets auf ihrer Seite stehen, wo es auf den Kampf gegen den Despotismus ankommt, mögen sie mich ausweisen so oft sie wollen! Ihre Sache ist nun einmal meine Sache, wenn auch meine Sache nicht die ihrige ist. Sie haben nun einmal die hoffentlich unheilbare Eigenschaft, mein nach der Versicherung der „Neuen Züricher Zeitung" so verbrecherisches Prinzip, wenn auch mitunter unvollkommen genug, zu repräsentiren, und meinem Prinzip zu lieb kann ich Feindschaften vergessen wie Freundschaften ererben. Wie keine Seite des Royalismus mich für ihn gewinnen, so kann keine Seite des Republikanismus mich gegen ihn einnehmen. Das ist nun einmal nicht anders, und sollte es sogar in Zürich Aergerniß absetzen, daß ein ehemaliger königlicher Unterthan ein besserer Republikaner sein kann, als mancher geborne Schweizer, so hilft mich auch das nicht an und ich gebe drum doch nicht nach München, um vor der gemalten Frage eines despotischen Narren, der sich des Getreidezolls und der „Erübrigungen" befleißigt, Abbitte zu thun.

Trotz meiner republikanischen Unheilbarkeit nun fühle ich mich dennoch, wie schon bemerkt, weder versucht, noch berufen, mich in die innern Angelegenheiten der Schweiz zu mischen. Es ist nun einmal hier kein Boden für unser Einen, drum halte er sich bescheiden zurück. Wohl aber ist ein Boden hier, die auswärtigen Verhältnisse der einzigen Republik Europa's in's Auge zu fassen und durch Vermittelung zwischen ihr und den auswärtigen Demokraten beiden Theilen wichtige Dienste zu leisten.

Und dieß eben ist ein Beruf, den kein Schweizer, den nur ein Teutscher erfüllen kann, welcher den Despotismus an der Quelle studirt hat, ein Beruf zugleich, bei dessen Erfüllung die Schweiz ein noch größeres Interesse hat, als das Ausland, sollte auch die weise „N. Z. Zeitung" in dieser Behauptung eine bloße „Phantasie" erblicken.

Wer den ganzen Stand der europäischen Entwicklung, wer den Gang der Kabinetspolitik, die bisher das Schicksal des Kontinents entschieden, wer den Zusammenhang des reaktionären Systems, das immer deutlicher seine Plane enthüllt, in's Auge faßt, wer die stets enger sich zusammenziehenden Ringe beobachtet, mit welchen die Riesenschlange des Despotismus die Freiheit einschnürt, der kann nicht mehr zweifelhaft darüber sein, daß der Untergang der Schweiz beschlossen ist. Was jetzt von Außen her die Schweiz in Bewegung setzt und zerrüttet, ist nichts als die Vorarbeit zur Ausführung jenes Beschlusses. Man sucht die Republik zuerst in sich zu zersetzen, zu paralysiren, zu korrumpiren, zu spalten, um sie für den Tag der Despotenernte zu zeitigen und dann ihr das Schicksal Krakau's zu bereiten *). Der Sonderbund ist der große Keil, den namentlich Metternich in die Mitte der Schweiz hineinzutreiben sucht, und Siegwart Müller und die Jesuiten sind nur Werkzeuge der Metternich'schen Politik. Daß die Schweizer dieß nicht allgemein erkennen und die „Partei des Auslands" nicht geradezu der Volksrache als Vaterlandsmörder denunziren, die dem Volk das Messer des Despotismus an die Kehle setzen helfen — dieß ist mir reinweg unbegreiflich. Wer über die Absichten des Auslands im Klaren

*) Vergl. die Flugschrift „Krakau. Den Schweizern gewidmet von einem Teutschen."

ist, wer sich nicht mehr durch schwächliche Zweifel oder dunkle Vertrömungen hinhält, der denkt an die Mittel der Gegenwehr, der entwirft als Politiker seinen Plan und entscheidet sich. Wehe dem, der sich dafür entscheidet, den anrückenden Feind durch ermuthigende Konzessionen oder preisgebende Versöhnungsversuche beschwören zu wollen. Wer einen Mord beschlossen hat, der wird nicht dadurch zurückgehalten, daß sein Opfer in beschwichtigungssüchtiger Energielosigkeit unterläßt, Waffen gegen ihn zur Hand zu nehmen. Die Schweiz kann ihre Feinde nur auf ihre Kosten zu versöhnen suchen, denn der Preis der Versöhnung ist stets ihre Freiheit und Selbstständigkeit. Sehr wahr und richtig sagt der „Seeländer Anzeiger" *): „Schweizer, wo sind die Garantieen eurer Unabhängigkeit? Der Eid der Fürsten? Blickt auf Krakau! Der Fall Krakau's ist das Vorspiel eines schweizerischen Drama's. Und daß dieß Drama nicht tragisch ende — wo sind eure Garantieen? Ihr sehr's, ihr dürft sie nicht außer euch suchen, nicht in eurer Neutralität, nicht darin, daß ihr keinen der Herrscher beleidigt. Ihr beleidigt sie fort und fort, ihr beleidigt sie bis aufs Blut — eure Freiheit, eure Demokratie ist's, die sie beleidigt." Wohlan, wer diese, gewiß richtigen Ansichten hegt, der muß sich auch zu ihren Konsequenzen bekennen. Und worin bestehen diese? Ich möchte sie unter Anderm darin sehen, daß die Schweiz mit ihrer Freiheit dem Ausland demokratische Diversionen mache, wie das Ausland fort

*) Ich freue mich, diese in der Schweiz so selten auftauchenden Ansichten über das Verhältniß zum Ausland hervorheben zu können, obschon der „Seeländer Anzeiger" ebenfalls nicht unterlassen konnte, über mich herzufallen, weil — ich seine Ansichten theile.

und fort der Schweiz reaktionäre Diversionen macht. Mit zwei Worten sei es gesagt: greift die Demokratie im Ausland um sich — und sie kann es nur mit Hülfe der freien Länder — so ist die Schweiz gerettet; bleibt das Ausland demokratisch todt, so ist die Schweiz verloren, denn nicht Demokraten, wohl aber Sklaven dienen als Henker gegen Demokraten. Dem Kampf, welcher der Schweiz bevorsteht, weicht sie nicht mehr aus. Es kommt also von vorn herein darauf an, ihm männlich, wenn auch nicht leichtfertig herausfordernd, entgegenzutreten. Die Furcht aber ist die schlimmste Feindin der Schweizer!

Ich habe das Projekt angeregt, im Fall einer bewaffneten Intervention revolutionäre Freischaaren, namentlich aus Deutschland, auf schweizerischen Boden zu ziehen und durch sie, während die Schweizer das Gros der feindlichen Truppen beschäftigen, die Fahne der Republik in das Ausland tragen und im Rücken des Feindes den Brand der Revolution entzünden zu lassen. Ich sehe nicht ein, was unter einiger Maßen günstigen Umständen vom militärischen wie vom politischen Standpunkt aus gegen jenes Projekt einzuwenden wäre. Unausführbar aber ist es jeden Falls, wenn die Bevölkerung des Auslandes nicht durch demokratische Ideen vorbereitet ist und durch Sympathieen für die Schweiz angezogen wird. Ob Beides durch Abschließung der schweizerischen Freiheit gegen das Ausland hin und durch Anfeindung der auswärtigen Bestrebungen für die Demokratie zu erreichen ist, das wird nicht schwer zu beurtheilen sein. Soll ich mich kurz und offen aussprechen über das Schimpfen der Schweizer Presse gegen „auswärtige Demagogen" u. s. w., d. h. gegen die eigenen Prinzipien der Schweiz, so muß ich es zum Mindesten inkonsequent und kurzsichtig nennen und möchte in den Ruf einstimmen:

„vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!" Ich sage euch, es können Zeiten kommen, wo ihr wünschen werdet, „fremde Demagogen" in eurem Lande zu haben!

Doch ich habe genug gesagt. Man kennt jetzt meine Stellung, meine Bestrebungen, meine Gesinnungen. Ich überlasse jetzt das Urtheil über meine Angelegenheit dem Publikum; mir selbst wäre es höchst widerwärtig, nur noch ein Wort weiter sagen zu müssen. Auch werde ich vielleicht binnen Kurzem den Wunsch der Züricher Regierung erfüllen und zur Befriedigung der bayerischen und anderer Majestäten die Schweiz gänzlich verlassen müssen. Ich verzweifle aber in solchem Fall nicht daran, dieses Land, welches ich trotz dem Kulturmangel, trotz den Roheiten, trotz der prinzipiellen Aufeinerung so mancher seiner Bewohner wie ein zweites Vaterland lieben gelernt habe, in einer bessern Zeit wiederzusehen, in einer Zeit, wo entweder die Republik stark und aufgeklärt genug ist, um sich nicht mehr vor Republikanern zu fürchten, oder der Despotismus zu ohnmächtig und verachtet, um sich Freiheitsfreunde zu Flüchtlingen machen zu können. Sollte übrigens den Schweizern das harte Loos vorbehalten sein, mit den „fremden Demagogen," vor welchen die meisten ihrer Journale einen so wunderbaren Abscheu an den Tag legen, durch die fremden Despoten einst als „Unterthanen" gleichgestellt und mit den gefügigen oder revolutionären Elementen namentlich meines Vaterlandes erst durch Verschmelzung in dem Tiegel einer gemeinschaftlichen Knechtschaft vereinigt zu werden, so wird aus dieser Schule hoffentlich ein um so besseres und um so folgenreicheres Einverständniß hervorgehen, denn Schulkameradschaften sind bekanntlich die innigsten und dauerhaftesten. Ich gönne den Schweizern diese Schule nicht, können sie sie aber durchgemacht, so würden nicht mehr daran denken, eines monarchischen

Mißbehagens erst einer Zollermäßigung wegen rechtliche Leute aus dem Lande zu jagen, deren Verbrechen in dem Unglück besteht, mehr despotischen Schulunterricht genossen zu haben, als geborene Republikaner.

Bern, Anfangs Januar 1817.

Das Patent.*)

Man wird es uns auch ohne beſondere Verſicherung glauben, daß uns auf unſerm Standpunkt, dem demokratiſch republikaniſchen, die Frage nach einer preußiſchen „Konſtitution“ an ſich eben ſo gleichgültig geworden iſt, wie die Frage nach einem preußiſchen „Patent.“ Aber die relative Wichtigkeit dieſer Frage geſtattet uns deſſenungeachtet nicht, ſie zu ignoriren. Wir widmen dem König von Berlin, trotz ſeiner perſönlichen Unbedeutendheit, unſere volle Aufmerkſamkeit, weil er noch die Macht beſitzt, „Kabinetsordres“ zu erlaſſen und „Feuer!“ zu kommandiren gegen die Intelligenz eines ganzen Volks: eben ſo laſſen wir ſein „Patent,“ trotz deſſen Lächerlichkeit nicht unbeſprochen, weil es noch zwangsweiſe die Beachtung und Abhängigkeit von Millionen Menſchen in

*) Der Sammlung nachträglich beigefügt.

Der Verleger.

Anſpruch nimmt. Ueberhaupt geben wir nach wie vor von dem Grundſatz aus, daß jede Thatſache, jede Manifeſtation und jedes Dokument, wodurch die gewalthabenden Vertreter der alten Zeit ihre Geſinnung ausſprechen und ihre Abſichten ins Werk ſetzen, in flagranti gefaßt und vom Standpunkt der neuen Zeit aus beleuchtet werden muß, damit derjenige Theil des Volks, welcher durch Mangel an Einſicht oder durch Paſſivität unſern Feinden eine ſo mächtige Stütze iſt, über deren Schlechtigkeit vollſtändig aufgeklärt und zur Herbeiführung einer beſſern Zeit angeregt werde. Wir halten dieſen Grundſatz feſt, wie widerwärtig und, wir möchten ſagen, beſchämend es auch iſt, vorgeſchrittene Anſichten und Anſprüche immer wieder auf abgedroſchene Miſeren zurückzulenken und ſich immer wieder in einem Kreiſe herumtummeln zu müſſen, den nicht unſere freie Wahl, ſondern die zähe Schlechtigkeit unſerer Feinde uns fort und fort anweiſt. Man ſieht, wir empfinden das Bedürfniß, uns zu entſchuldigen, indem wir an die Beſprechung eines Machwerks gehen, das man wunderbarer Weiſe hier und da mit lächerlichem Ernſt betrachtet, während der einzige Ernſt, womit es betrachtet werden kann, der Ernſt der Entrüſtung iſt. Möge unſerer Entſchuldigung der Umſtand zu Hülfe kommen, daß die deutſche Preſſe, die eben ſo wenig ſprechen darf, als ſie zu ſchweigen weiß, kein angemeſſenes Wort zur Brandmarkung einer Komödie haben kann, wodurch ein Despotismus, deſſen Kokketterie mit ſeiner Perfidie wetteifert, ein ganzes Volk, ja die ganze Welt berücken zu können vermeint. „Er hat die Schamloſigkeit ſo weit getrieben, zur Aufführung dieſer Komödie einen Tag zu wählen, welcher das preußiſche Volk an die „glorreichen" Tage erinnert, wo es ſeine Thorheit durch ſein beſtes Blut unſterblich machte. Möge ihm dieſe Erinnerung durch die Ironie des „Patents"

vom 3. Februar 1847 recht lebendig heraufbeſchworen werden, damit es für immer die ſklaviſche Nichtswürdigkeit verfluchen lerne, ſich für wortbrüchige Heuchler zur Schlachtbank führen zu laſſen. Möge es die höhnende Ironie recht bitter empfinden, die darin liegt, daß man es an das Jahr 1813 durch ein Manifeſt erinnert, worin ihm die freie Diſpoſition der Despoten über ſein Vermögen für den Fall eines neuen Kriegs, eines neuen Jahres 13, mit ächt königlicher Frechheit „verfaſſungsmäßig" angekündigt wird.

Welch ein Jammer iſt es doch um ein Volk, welches nicht zum Bewußtſein ſeines Rechts und zur Anwendung ſeiner Kraft gelangen kann oder gelangen will! Da ſitzt das preußiſche Volk jetzt ſchon mehr als dreißig Jahre mit gaffender Pietät vor dem Vorhang, hinter welchem ſeine Herrgötter das Drama ſeines Schickſals vorbereiten. Nicht eigner Wille, nicht eigne Einſicht, nicht eigne Kraft iſt es, wodurch ſeine Zukunft beſtimmt werden ſoll; nur die gute Laune, die Einfälle, die Gnade ſeiner Beſitzer ſind es, worauf ſeine Geduld ſo lang gewartet, ſeine Hoffnung ſich ſo lang vertröſtet hat. Wie es auf Regen oder Sonnenſchein wartet, den es nicht ſelbſt hervorrufen kann, den ihm nur der Zufall oder die ungebundenen Elemente bringen, ſo gibt es ſich hin mit allen ſeinen Wünſchen, all' ſeinem Willen und all' ſeiner Kraft an eine ungebundene Gewalt, die ihm die „Entwickelung" übt wie die Entwickelung wehrt, und dreht ſich Jahrzehnte lang in tauſend „geſetzlichen" Krümmungen und loyalen Windungen um die Buchſtaben lügenhafter Diktate herum, die es in einem Nu ſammt denen, welche ſie geſchrieben, mit dem Fuß zertreten könnte, um ſich für immer Freiheit und Glück und Ehre und Menſchenwürde zu retten. Nachdem es nun mehr als dreißig Jahre lang vor dem Vorhang geſeſſen und die ankündi-

gende Klingel schon so oft gelogen, hat es endlich leise zu scharren sich erkühnt und man begann wirklich zu glauben, daß es mit der Zeit ungeduldig werden könne. Zu diesem „gesetzlichen" Scharren kam aber der ungesetzliche Ruf nach Revolution und Laternenpfahl hinzu, und die Komödianten da drinnen hielten es endlich für nöthig, zu irgend einer Aufführung zu schreiten. Die Klingel ertönt von Neuem, der Vorhang geht wirklich in die Höhe und — statt des erwarteten Marquis Posa tritt ein Jesuit hervor! Am 11. April, an dem Sonntag, wo, dem Kalender zufolge, „Jesus den Jüngern erscheint," wird in Berlin den „ständischen" Jüngern der Messias erscheinen, der sie, nachdem er sie so oft in den Provinzen in den April geschickt, nun zur Abwechselung auch in der Residenz in den April schicken wird. Er wird wieder in „höchsteigener Person" auf die Bühne treten, der Prolog ist schon einstudirt und die büreaukratischen und adligen Klaqueurs sind schon bestellt. Das Stück wird viel Geld kosten, denn bei der „Inszenesetzung" wird in Berlin nichts gespart; die goldgestickten Uniformen und die diplomatischen Mienen der hohen Mitspieler werden den Zuschauern oder Statisten, worunter wir die Abgeordneten der untern „Stände" verstehen, nicht wenig imponiren, kurz der szenische Effekt ist gesichert, und wir würden uns sogar nicht wundern, wenn das Stück unter Musikbegleitung — die Kirchenmusik bleibt jeden Falls nicht aus — aufgeführt und zu einer komischen Oper gemacht würde. Wahrscheinlich sind schon einige dutzend Rezensentenfedern geschnitten, um die Aufführung in den Himmel zu erheben. Wir für unsre Person pfeifen schon im Voraus Stück und Spieler aus und werfen namentlich dem Hauptspieler mit demokratischer Unanständigkeit den faulen Apfel der Verachtung an den Kopf.

Die „Preußische Allgemeine Zeitung" hat uns, was

wir auch ohnehin schon wußten, in einem kommentirenden Artikel verrathen, daß die neue königliche Bescheerung den Bestrebungen der Revolutionäre, der Gottlosen u. s. w. entgegenwirken und das gute Volk für die „ständische Entwickelung" gewinnnen soll, die ihm bisher schon so viel Ehre und Glück gebracht hat. Es ist nun zwar nicht eben schmeichelhaft für die Revolutionäre, wenn man ihre Wirksamkeit so gering anschlägt, daß man sie durch ein solches „Patent" paralysiren zu können vermeint; aber sie werden sich dadurch hoffentlich nicht zu der gar zu bescheidenen Meinung verleiten lassen, daß sie gar nichts ausgerichtet. Sie können sich vielmehr versichert halten, daß durch das Berliner Patent ein nicht unwichtiger Schritt auf ihrer Bahn geschehen ist. Die Erlassung des „Patents" nämlich ist ein abgenöthigter Akt. Darin besteht seine Haupt Wichtigkeit. Wie nichtsbedeutend es auch für die Volksrechte ist, wie hoch es sich auch in den Wolken des Absolutismus über dem Unterthanenthum zu halten sucht, wir erklären dennoch dieses oktroyirte „Patent" für abgenöthigt, für erzwungen. Der Absolutismus hatte Furcht bekommen und er glaubte etwas thun zu müssen. So weit war er allerdings nicht in der Volksachtung fortgeschritten, daß er dem Volk wirkliche Rechte eingeräumt hätte; auch hatte er seine Plane nicht so weit vergessen, daß er sich hätte entschließen können, ein einziges seiner Mittel aufzugeben; aber er hat doch sprechen, einen Schritt zur Versöhnung thun zu müssen geglaubt, und daran mag das Volk erkennen, daß der Absolutismus kein gehörnter Siegfried ist und daß er durch festeres Auftreten sehr bald aus allen seinen Positionen hinauszudrängen wäre. Das „Patent" gerade jetzt zu erlassen, war keine in der Staatsentwickelung liegende Veranlassung vorhanden, zumal da es an dieser Entwickelung nicht ein Härchen ändert; es hätte eben so

gut nicht erscheinen oder schon vor sieben Jahren erlassen werden können, denn es paßte vor sieben Jahren eben so gut und so schlecht auf die preußischen Zustände wie jetzt. Aber man erkannte, daß zwischen den Absolutismus und das Volk ein Puffer eingeschoben werden müsse, um ein Anprallen zu verhindern. Um sich dabei kein Ansehn der Schwäche zu geben, wählte man den Zeitpunkt, wo man die Gefängnisse voll politischer Gefangenen hatte, und ließ zum Ueberfluß noch einige Handwerker und Literaten einsperren, damit man vollständig „Herr seiner Stellung" zu sein scheine. So ließ man denn mit anscheinend freier Gnade aus dem Olymp des Absolutismus ein Patent herab, das nebenbei, auf die Beschränktheit oder Loyalität der „Stände" rechnend, den Zweck hat, dem Absolutismus aus dem Säckel des Volks „verfassungsmäßig" die Mittel zu ersetzen, die er aus dem Säckel des Volks mit empörendem Betrug durch die „völlig geordnete Finanzverwaltung" verschleudert hat.

Hätte der Berliner Absolutismus sich nicht durch die Furcht vor revolutionären Regungen und durch Finanzbedürfnisse gedrängt gesehen, selbst das nichtssagende Patent wäre noch nicht erschienen. Selbst dieser falsche Wechsel wäre noch nicht ausgestellt worden, wenn man nicht einer zu dringenden Mahnung des Gläubigers zuvorkommen zu müssen geglaubt und nicht das Bedürfniß gefühlt hätte, sich durch eine Scheinzahlung wo möglich Zeit und Kredit für neue Schulden zu verschaffen. Denn das ist eine alte Erfahrung, namentlich in Preußen, daß die Gewalt mit ihren sogenannten Gewährungen so lang wie immer möglich zurückhält und selbst mit Konzessionen nur Galgenfristen zu erlangen strebt, um dann wieder aus der Klemme zu entwischen und das alte Delinquentenhandwerk von Neuem zu beginnen. Das Volk wie ein wildes Thier behandelnd, wirft sie ihm ihre Kleider

oder eine Puppe aus dem Schlunde, damit es darüber verfalle und sie Zeit habe, einen neuen Vorsprung zu gewinnen. Sie bekämpft das Volk, wo sie es nicht durch Waffen niederschlagen kann, mit Wallfahrtsmessen. Sie glaubt, die politische Entwickelung des Volks lasse sich aufhalten, indem sie es nöthige, sich mit den Einrichtungen, Schöpfungen und Einfällen seiner Feinde zu beschäftigen. Möge sie das Spiel nur fortspielen, ihre Karten gehen einmal zu Ende. Es ist gut und es ist nöthig, daß das Volk Zeuge ist, wie der Absolutismus alle seine Mittel bis auf das **vorletzte**, nämlich **seine eigene „gesetzliche" Organisirung**, die mit der verzweifelten „gesetzlichen" Organisirung der Zensur auf einer Linie steht, verbraucht hat. Nach diesem Mittel kommt, den Muth vorausgesetzt, das **letzte**, nämlich Pulver und Blei, und mit diesem Mittel wird hoffentlich das Volk ebenfalls umzugehen wissen.

Das „Patent" ist natürlich durchgesehen und approbirt von Metternich und Nikolaus, denn so viel Unabhängigkeit besitzt die Berliner Majestät nicht, daß sie auch nur einen solchen Schritt ohne Zustimmung ihrer Gehülfen wagen könnte. Jene Approbation mag ein neues Zeugniß für die Absichten sein, die man mit dem „vereinigten Landtage" zu erreichen sucht. Daß aber die Approbation, sogar die Verständigung über das Datum der Publikation, erfolgt ist, geht schon aus den Truppenzusammenziehungen in Polen hervor, die keinen andern Zweck haben können, als den, die etwaigen Folgen der Aufregung, welche das Gerücht von einer Berliner „Verfassungsverleihung" in Polen hervorrufen muß, unterzuhalten. Ist erst der April verflossen und zwar etwa bezeichnet durch einen **Volksverrath** des „vereinigten Landtags," so werden sich die russischen Truppen wieder zurückziehen, in der Ueberzeugung, daß die Illusion auch für die Polen alsdann vollständig vorüber ist. —

Doch betrachten wir die Berliner Dokumente vom 3. Februar in ihren Einzelnheiten. Wir werden uns dabei so viel wie möglich auf den objektiven Boden derselben stellen, um auch auf diesen Boden unsere Waffen zu tragen. Zugleich werden wir es nicht verschmähen, sogar auf den Styl einzugehen, da der König von Berlin bekanntlich ein berechnender Stylkünstler ist, der seine Absichten als versteckte Posten dergestalt hinter täuschende Redensarten stellt, daß er, wenn sie erst später erkannt werden, die Schuld auf die Blindheit der „Unterthanen" schieben und seine „Ehrlichkeit" ungefangen aus der Affaire herausführen kann. Es ist wenigstens ein Fortschritt, daß das Königthum sogar mit dem Styl operiren muß, und wenn wir im vorliegenden Fall das Büffon'sche Wort anwenden, daß der Styl der Mensch sei, so hat sich der König von Berlin mit dem seinigen ein trauriges Zeugniß ausgestellt.

Die Aktenstücke beginnen mit einem „Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend." Die servilen Blätter haben diese Bezeichnung, und zwar ohne Ironie, eine „bescheidene" genannt. Wir nennen sie eine belehrende. Sie belehrt auf's Neue darüber, daß die Berliner Majestät nicht im Sinn hat, irgend etwas einzuführen, was nach Verfassung schmeckt. Sie betrachtet diese Fragen als bloße Verwaltungsfragen, die durch eine bloße Kabinetsordre geregelt und natürlich auch wieder anders gestellt werden können. Man ertheilt ein Patent über die „ständischen Einrichtungen," wie man ein Offizierspatent ertheilt, und hebt es nach Gutdünken wieder auf, wie man einen Offizier entläßt, wenn er mißliebig wird. Es wird nun zwar kein Mensch etwas dawider haben, wenn die „ständischen Einrichtungen," d. h. Einrichtungen, welche die fünfzehn Millionen Preußen einstweilen in fünferlei Geschöpfe eintheilen, damit sie sich feudalistisch abstufen und in ihrer

Trennung beſſer beherrſchen laſſen, wenn, ſagen wir, dieſe unſinnigen und empörenden „Einrichtungen" wieder über den Haufen geworfen werden; aber es treibt Einem die Galle in das Blut, zu ſehen, wie ein Menſch in ſeinem Dünkel ſolche Fragen, die in das innerſte Rechtsgefühl des Menſchen einſchneiden, als Reglementsfragen traktirt, Millionen wie Dominoſteine durcheinanderwürfelt, ſie beliebig heute auf das Brett pflanzt und morgen in die Schublade zurückwirft, kurz wie er das, was die ganze Welt als eine Rechts- und Verfaſſungsangelegenheit betrachtet wiſſen wollte, wie durch ein Exerzierreglement abfertigt, um die „ſtändiſchen" Puppen nach ſeinem Gutdünken tanzen zu laſſen, wie er die militäriſchen tanzen läßt. Kein Menſch aus dem Volk iſt gefragt worden, ob man die und die Einrichtungen ſchaffen, ob man dieß annehmen und das nicht annehmen wolle, ob man ſich zu dieſen Grundſätzen bekenne oder zu jenen, — nein, plötzlich, wie es Einem einfällt, eine Pfeife anzuzünden oder eine Promenade zu machen, erläßt der Herr in Berlin für beliebige Zeit ein „Patent" über die „ſtändiſchen Einrichtungen" und nolens volens muß der „vereinigte Landtag" nach Berlin kommen, um zu hören, zu was für einer Patentarbeit man ihn weiter zu gebrauchen gedenke. Wir für unſern Theil maßen uns an, das „Patent" für null und nichtig zu erklären wie Alles, was von einem andern Willen ausgeht, als dem freien Geſammtwillen des Volks.

Das Patent beginnt mit der üblichen Redensart: „Wir" u. ſ. w. Dieſes „Wir" iſt Styl der Kanzlei, deßhalb gebrauchen wir es ebenfalls. Warum aber die Könige, dieſe Feinde der Kritik, es gebrauchen, iſt uns nicht erklärlich. Das Wörtchen „Ich" iſt weit bescheidener, abſolutiſcher; das Wörtchen „Wir" iſt eine Umhüllung des ſchreienden „Ich" und eine königliche Inkonſequenz. Es iſt

aber zugleich eine Versündigung. Wenn „Gott" einmal eine Kabinetsordre oder ein „Patent" über die tellurischen „Einrichtungen" erläßt, so wird er sicher per Ich sprechen; das „Wir" würde auf eine antimonarchische Gesellschaft „Gottes" hindeuten, und doch gibt es bekanntlich nach Mahomet und dem König von Berlin nur einen einzigen. Wenn aber „Gott" per Ich redet, weil es nur einen einzigen, einen allmächtigen gibt, so ist es eine Versündigung gegen die Idee desselben, daß die Leute „von Gottes Gnaden," die politischen Stellvertreter „Gottes" und seiner isolirten Allmacht, in dem „von Gott ihnen verliehenen königl. Beruf" eine Vervielfältigung einführen. In dem uns vom Geist der Freiheit verliehenen demokratischen Beruf halten wir es nicht für zu spitzfindig, diese Frage zur Erörterung zu bringen, und sollten wir durch unsere Anregung religiöser Bedenken zur Reinigung des theologisch diplomatischen Styls beitragen, so werden wir in dieser Wirkung mit Vergnügen die Anerkennung erblicken, daß — ein einzelner Mensch ein einzelner Mensch ist, wie fünfzehn Millionen fünfzehn Millionen sind.

„Seit dem Antritt Unserer Regierung haben Wir der Entwickelung der ständischen Verhältnisse Unseres Landes stets Unsre besondere Sorgfalt zugewendet." Gegen die Wahrheit dieser Behauptung wird Niemand etwas einzuwenden haben. Se. Majestät hat ihr Bestes gethan, und zwar schon vor dem „Antritt ihrer Regierung," um die preußischen Menschen wie verschiedene Thierarten in der Staats-Menagerie „ständisch" von einander abzusperren; sie hat namentlich die „ständischen Verhältnisse" des Adels in's Auge gefaßt, hat neue Ritter und Grafen gemacht, hat angeordnet, daß Adlige, die sich ehrlos betragen, oder Verbrechen begehen, zu Bürgerlichen degradirt werden sollen, hat jetzt in den feudalistischen Thronschweif, der sich als Stütze der „Krone" durch das Land

hinabgliedert, als oberste Wirbelknochen sogar die „Prinzen Unseres Hauses" eingefügt, kurz die „Sorgfalt" für das „ständische" Mittelalter in so empörend deutlich hervorgetreten, daß Se. Majestät sich ihrer nicht noch besonders zu rühmen brauchte, um Glauben dafür zu finden. Bestänben in Preußen Sklaverei und Sklavenmärkte, die Berliner Majestät wäre naiv genug, sich zu rühmen, daß sie der „Entwickelung" der sklavischen „Verhältnisse stets ihre besondere Sorgfalt zugewendet" habe. Wir aber, mein Herr, wollen eben keine ständischen Verhältnisse, so wenig als wir Sklaverei wollen; wir wollen Menschen sein, freie, gleichgestellte Menschen, und wenn Sie uns auch mit zwanzig verschiedenen Farben anstreichen, wir werden sie alle wieder abwaschen, abwaschen nötigenfalls mit rothem Wasser, um die einzige Farbe zu behalten, womit wir auf die Welt gekommen sind, nämlich die menschliche.

„Unseres Landes." Wir heben auch diesen Ausdruck hervor. Wir sind schon so lang aus der polizeilichen Luft „unseres Landes" heraus, daß wir uns ganz entwöhnt haben, solche hochmüthige Eigenthumsbezeichnungen gleichgültig zu überhören. Das Land, worin das „Patent" vom 3. Februar erschienen ist, gehört fünfzehn Millionen Menschen, und ein Einziger nennt es sein. Wenn sich von diesen fünfzehn Millionen nur fünfzehn tausend wackere Männer mit Pulver und Blei zusammenfinden, so bürgen wir mit unserm Kopf dafür, daß jener Einzige in wenig Monaten eben so wenig mehr von seinem Lande reden als Patente fabriziren wird.

Die Majestät erklärt, daß ihr ein zweifaches Ziel „vorschwebe", nämlich erstens:

„Die Rechte, die Würde und die Macht der ihr von ihren Vorfahren ruhmreichen Andenkens vererbten Krone unversehrt ihren Nachfolgern in der Regierung zu bewahren." —

Hier haben wir alſo ſtaatsrechtliche Bekenntniſſe vor uns, woraus hervorgeht, daß der Staat ausdrücklich aus zwei Theilen beſteht, nämlich erſtens und vor allem Andern aus dem Haupt, der „Krone," und dann aus dem, was gleichſam den Unterleib des Staats ausmacht, den „Ständen." Die „Krone," dieſes Stück Metall auf einem Jeſuitenſchädel, hat „Rechte," hat „Würde," hat „Macht," die unverſehrt bleiben müſſen. Es hat „Kronen" gegeben, deren „Rechte" in der „Macht" beſtanden, die „Unterthanen" beliebig ſchinden und aufhängen zu laſſen, ja es gibt deren noch jetzt. Selbſt unter den „ruhmreichen Vorfahren" unſeres neuen Staatsrechtslehrers hat es ein Paar gegeben, welche beſtändig die Hand an ihrem Stock oder in der Taſche der Unterthanen hatten und beliebig prügelten und praſſten. Alle dieſe „Rechte" ſind „vererbt" worden, denn ſobald das Erbe in unbeſchränkter „Macht" beſteht, darf der Gebrauch, der davon gemacht wird, kein Gegenſtand der Nachfrage mehr ſein. Und dieſe „Rechte," dieſe abſolute Macht erklärt Friedrich Wilhelm der Vierte am 3. Februar 1847, ſeinen Nachfolgern unverſehrt erhalten zu wollen. Wer zu leſen weiß, wird dies Bekenntniß wenigſtens aufrichtig nennen; er wird zugleich die Gewißheit haben (wenn er ſie noch immer nicht gehabt haben ſollte), daß unter dem jetzigen Regiment, wie überhaupt nach den preußiſchen Herrſchgrundſätzen, kein einziges Volksrecht Anerkennung finden ſoll, denn wer mit den „Rechten" der „ruhmreichen Vorfahren" in Preußen die Anerkennung irgend eines Volksrechts für vereinbar hält, der wird ſich auch einbilden laſſen, daß um Mitternacht die Sonne ſcheinen könne. Dennoch lieſt man ſogar in „liberalen" Zeitungen, z. B. in dem Organ der politiſchen alten Weiber, der ſtupiden „kölniſchen Zeitung," ellenlange Hoffnungsartikel über die wunderbare „Entwickelung," welche der hohe Herr jetzt

dem preußischen Volk eröffnet habe. Man muß sich schütteln vor Ekel über dies unheilbare Geschlecht der kurirten Demagogen und hirnlosen Philister.

Das zweite „Ziel," welches der Majestät „vorschwebt," bezeichnet sie durch die Worte:

„Zugleich aber auch den getreuen Ständen Unserer Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, welche im Einklang mit jenen Rechten (der „Krone") und den eigenthümlichen Verhältnissen Unserer Monarchie dem Vaterlande eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist."

„Zugleich aber auch" — also gleichsam nebenbei werden die „getreuen Stände" gewürdigt, den „Rechten" der „Krone" mit Anleihen u. s. w. zu Hülfe kommen zu dürfen. Dem Unterleib mit seinen händischen Extremitäten wird die ehrenvolle „Wirksamkeit" zu Theil, nicht bloß auf Befehl, sondern auch „verfassungsmäßig" herbeizuschaffen zu dürfen, was die „Krone" verschlingt und vergeudet. Worin soll die „gedeihliche Wirksamkeit" sonst bestehen? Das „Patent" bezeichnet sie ja im weitern Verlauf ausdrücklich. Solche empörende Komödien nennen die loyalen Preußen Entwickelung und Verfassung!

„Getreue Stände." Es ist sehr bezeichnend, daß das Königthum alles dasjenige sich durch stehende Redensarten zu sichern sucht, was ihm der gesunde Menschenverstand oder die Wirklichkeit bestreitet. Es kann nicht von sich sprechen, ohne „von Gottes Gnaden" zu sein, weil es weiß, daß Niemand solchen Unsinn annehmen wird, wenn er ihm nicht täglich hundert Mal von Regierungswegen als unverletzlich aufgezwungen wird; es kann die „Unterthanen" nicht anreden, ohne sie seines Vertrauens zu versichern, weil es weiß, daß Niemand an diese Lüge glaubt; es kann nicht von den Bürgern oder Korporationen des Staats sprechen, ohne sie „getreu" zu nennen, damit sie durch diese aufgenöthigte Voraussetzung

in der stets gefährdeten Gewohnheit des Treuseins erhalten werden. So spricht das Königthum überall sein böses Gewissen aus. Wenn ein Vater seine Kinder, oder ein Mann sein Weib anredet, so fällt ihm nicht ein, die Angeredeten als liebend zu bezeichnen, sondern nur als geliebt; es fällt ihm nicht ein, mit scheuloſem Egoismus aus der Rolle der Angeredeten heraus zu sich selbst zu sprechen, denn er hat das Bedürfniß, die Versicherung seiner Liebe zu Weib und Kindern auszudrücken, nicht aber die Versicherung der fremden Liebe zu ihm als einen Pflichtzins einzukassiren. Er überläßt es Weib und Kindern, ihm zu sagen, daß sie ihn lieben, weil er dieser Liebe entweder gewiß ist, oder es verschmäht, sich selbst mit falschen Versicherungen zu belügen. Anders das Königthum. Durch und durch Lüge, füttert es sich auch mit Lügen, und damit es nicht verhungere, wenn die Kühe der „Unterthanen" ihre Thätigkeit einstellt, verschmäht es nicht, sein eigener Lügenkoch zu sein. Armes Königthum!

„Eigenthümliche Verhältnisse unsrer Monarchie." Wir haben von diesen „eigenthümlichen Verhältnissen," welche in Preußen andere Geschichts- und Naturgesetze erheischen sollen, als anderwärts, schon sonst gesprochen. Wir wiederholen auch bei dieser Gelegenheit, daß die „eigenthümlichen Verhältnisse unsrer Monarchie", welche in Preußen keine Arbeit möglich machen, in nichts Anderm bestehen, als in dem eigenthümlichen, auf Absolutismus und Verschlingung Deutschlands gerichteten System der Berliner Dynastie, ein System, welches unter dem Lügenschein der Liberalität alle Kräfte des Staats beständig zur Verfügung der dynastischen Projekte stellt und durch sein kompliziries, kunstreiches Getriebe allerdings so „eigenthümlich" ist, daß noch kein Machiavell ein ähnliches erfunden hat.

„Fortbauend auf den von Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät (welche Fastnachtsredensarten!)

gegebenen Gesetzen, namentlich auf der Verordnung über das Staatsschuldenwesen vom 17. Januar 1820 und auf dem Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände vom 5. Junius 1823, haben wir beschlossen, was folgt. „Zu den nicht aufgehobenen „Gesetzen" und „Verordnungen" der im lieben Gott ruhenden Majestät gehört auch das „Edikt" vom 27. Oktober 1810, das „Edikt" vom 7. September 1811, die „Verordnung" vom 22. Mai 1815, die „Kabinetsordre" an den Staatsrath vom 30. März 1817. Alle diese nicht aufgehobenen „Edikte", „Verordnungen", „Kabinetsordres" und „Gesetze", welche von einer Repräsentation des Volks, nicht der Stände, und einer mit Zuziehung der Staatsbürger zu entwerfenden Verfassungsurkunde reden, hat die jetzige Majestät zum „Fortbau" nicht für geeignet befunden, sie hat sie für nicht bindend erklärt und aus dem Verlauf der „ständischen Entwickelung" gestrichen. Das, von ihr selbst zur Zeit in die Welt beförderte „Gesetz" über die Provinzialstände auch, welches unter dem Schein einer „Repräsentation" die ohnmächtigen „Stände" zu Puppen der „Krone" macht, bildet den Grundstein für den ständischen Fortbau. Das fatale Gesetz über das Staatsschuldenwesen, welches ferner Staatsanleihen von der Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung" abhängig macht, wäre ebenfalls längst gestrichen oder für nicht bindend erklärt worden, wenn es nicht einen zu delikaten Punkt beträfe. Mit dem Geld und Kredit pflegt man bedenklicher zu verfahren als mit den „Rechten", denn Kreditlosigkeit eines Landes ist der Anfang zu seiner Revolution. Es wäre zu bedenklich gewesen, eine „Verordnung" abzuschaffen, welche eine Schuld von 180,091,720 Thalern betrifft, es wäre zu kühn gewesen, eine „Verordnung" zu vernichten, welche über diese Summe „unwiderrufliche" Festsetzungen enthält; es wäre zu gefährlich

gewesen, eine „Verordnung" über den Haufen zu werfen, welche „durch die Unterordnung dieser (Staatsschulden-) Angelegenheit unter die Reichsstände das Vertrauen zum Staat und zu seiner Verwaltung zu befestigen" ausdrücklich bestimmt und unumgänglich nöthig war. Man konnte also die fatale „Verordnung" vom 17. Januar 1820 über das fatale Staatsschuldenwesen nicht los werden; man konnte sie nicht ignoriren, wie diejenige vom 22. Mai 1815, welche kein Geld betraf und ein bloßes, lumpiges „königliches Wort" war. Was also anfangen? Der jetzige Kronenträger wußte Rath. Man mußte statt der Reichsstände", welche die Verordnung von 1820 im Auge hatte, als Surrogat irgend ein anderes Ding in's Leben rufen; man mußte riskiren, ob die Welt und die „Stände" dieses andre Ding als zur Garantie befähigte Reichsstände würden gelten lassen, oder nicht. Der Herr in Berlin hat es jetzt riskirt, er hat statt der „Reichsstände" unter allerlei beschwichtigenden und heuchlerischen Redensarten von „eigenthümlichen Verhältnissen," „gedeihlicher Zukunft" u. s. w. einen „vereinigten Landtag" durch ein „Patent" geschaffen, und erwartet „von der so oft erprobten Treue und Ehrenhaftigkeit" dieses Geschöpfs, daß es die nöthigen Dienste leisten werde. Wir für unsere Person erklären jeden „Landtagsabgeordneten", der auch nur einen Thaler Anleihen garantiren hilft, im Voraus für einen Feigling und Volksverräther. Zoll, wie das in der Stellung eines Abgeordneten allerdings nicht zu umgehen ist, an die früheren „Gesetze" u. s. w. angeknüpft werden, so steht wenigstens unbestreitbar fest, daß kein Abgeordneter befugt sein und gezwungen werden kann, in einer andern Qualität Anleihen zu bewilligen, als in der Qualität eines solchen Abgeordneten, wie ihn das „Gesetz" von 1820 wirklich will. Also in der

Qualität eines Volksdeputirten, der nach einer, mit Zuziehung von Volksmännern festgesetzten „Verfassungsurkunde" gewählt und gesandt ist. Konnte der Herr in Berlin die „Verordnung" vom 22. Mai 1815 abschaffen, so konnte er wenigstens nicht deren ausdrücklich festgehaltenen Geist und Willen aus der unabschaffbaren „Verordnung" vom 17. Januar 1820 hinaustreiben, und dieser Geist wird sich jetzt an die Seite jedes „Abgeordneten" stellen und ihn fragen, ob er einer von denen sei, welche jener „Verordnung" zufolge Staatsanleihen garantiren sollen und dürfen, oder nicht? Wer wagt diese Frage mit Ja zu beantworten? Wer wagt sie namentlich zu bejahen einer neuen „Verordnung" gegenüber, welche (s. unten) revolutionäier Weise sogar jene Festsetzungen von 1820 theilweise in dem Augenblick umstößt, wo sie sich auf dieselben beruft, indem sie für Kriegsfälle, also für die wesentlichsten Fälle, die Mitgarantie des „Landtags" beseitigt? Konnte der Heudtler in Berlin die Verordnung von 1820, auf deren Grund er die „ständische Mitwirkung" in Anspruch nehmen zu wollen erklärt, in ihrem Hauptpunkt, nämlich in der klauselfreien Bestimmung, daß neue Anleihen von den Reichsständen bewilligt, also immer, im Krieg wie im Frieden, bewilligt werden müßten, eigenmächtig und revolutionäier Weise umwerfen, bevor er die Stände zum Bewilligen zuließ, so konnte er auch die ganze „Verordnung" aufheben, so brauchte er überhaupt die Komödie der ständischen Mitwirkung nicht, und wir möchten es eben einen Verrath nennen, daß die Deputirten überhaupt nach Berlin gehen.

„Fortbauend" also auf den angeführten „Gesetzen" u. s. w. hat der König von Berlin „beschlossen, was folgt:"

1) Der „vereinigte Landtag" hat die Bestimmung, in Folge solcher Verschwendungen für den Pomp und

Apparat des Königthums, wie sie namentlich seit sieben Jahren stattgefunden haben, für neue Anleihen Garantie zu bieten und zu etwaigen Steuervermehrungen unterthänigst Ja zu sagen, denn man will bloß sich „seiner Zustimmung versichern." Diese Zustimmung hat man zwar im Grunde nicht nöthig, da sie durch die „von den Vorfahren ruhmreichen Andenkens vererbten Rechte" offenbar ausgeschlossen ist, aber es ist doch unter den jetzigen Zeitumständen, wo das Geld so viel zu bedeuten hat, räthlich und tröstlich, dem Volk entgegenhalten zu können, daß seine sogenannten Vertreter die Steuervermehrung gebilligt haben. Uebrigens entsteht hier die Frage, welche praktische Bedeutung eine Befugniß habe, welcher vielleicht niemals Gelegenheit geboten wird, sie geltend zu machen? Man sehe sich die Verhältnisse an. Erstens gibt es für den Fall der Noth oder der Revolution in Berlin einen „Staatsschatz," den man wahrscheinlich aus den Ueberbleibseln der vielen Millionen gebildet hat, welche seit langen Jahren erwiesener aber nicht zugestandener Maßen über das Bedürfniß hinaus an Steuern erhoben worden sind und über deren Verbleib die Welt nichts erfährt; zweitens will man im Falle des „Bedürfnisses" Staatsanleihen machen, für deren Verzinsung auch ohne Steuererhöhungen gesorgt werden kann; drittens wird für diejenigen Zeiten, wo Steuervermehrungen am Ersten nöthig werden, dem Landtag das Zustimmungsrecht durch die folgende Verordnung wieder entzogen; viertens werden durch dieselbe Verordnung die Hauptsteuern dem Einfluß des Landtags entrückt; fünftens endlich fragen wir: wie ist in einem schon so schwer und so vielfach besteuerten Lande eine Steuervermehrung in gewöhnlichen Zeiten denkbar? Die möglicher Weise unter Zustimmung des Landtags zu erhöhenden Steuern wären: Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbsteuer, Branntweinsteuer, Biersteuer,

Weinsteuer, Tabaksteuer, Mahl- und Schlachtsteuer, Runkelrübenzuckersteuer u. s. w. Wer wird aber für diese so hoch als möglich hinaufgeschraubten Steuern, deren theilweise Abschaffung oben zur Sprache gekommen ist, in gewöhnlichen Zeiten eine Erhöhung als möglich annehmen? Und wer wird außer ihnen noch an neue denken können? Man sieht also, daß das Recht, zu Steuererhöhungen und Vermehrungen die Zustimmung zu versagen, in der Praxis rein illusorisch ist, daß es nichts als einen von jenen Berliner Jesuitenpfiffen darstellt, wodurch das preußische Volk sich schon so oft hat hinter das Licht führen lassen. Wir nennen diesen Pfiff eben so schamlos als neue. Es gehört keine geringe Schamlosigkeit dazu, einem ohnehin ohnmächtigen Landtag wie zum Hohn dem Grunde nach ein Recht zuzusprechen und dann gleich hinterher alle die Ausnahmen festzusetzen, durch welche das Recht in der Praxis vollständig seine Bedeutung verliert. Der Mann in Berlin sagt: um euch einen Beweis meines „Vertrauens" zu geben und euch eine „gedeihliche Zukunft" zu sichern, werde ich ohne eure Garantie („Mitwirkung") keine Anleihen aufnehmen, ausgenommen in den Fällen, wo ich der Anleihen bedarf; auch werde ich ohne eure Zustimmung keine Steuern erhöhen und einführen — ausgenommen in den Fällen, wo ich eine Steuer brauche. Wenn noch irgendwo die Sprache die Bestimmung hat, Volkserhöhungen zu züchtigen, so wird ihr hier wieder eine eklatante Gelegenheit zur Exekution geboten. Man hat ein sinnloses Geschrei über die radikalen Schriftsteller erhoben, weil sie das deutsche, namentlich das preußische Volk zur Rache aufgefordert haben für alle die Mißhandlungen und Nichtswürdigkeiten, womit man es überhäuft. Wir fragen jetzt im Hinblick auf die so eben beleuchteten Jesuitenkniffe und Schamlosigkeiten, ob jene Schriftsteller Gründe hatten, die Sprache von 1789 zu führen oder nicht?

„Den vereinigten ständischen Ausschuß werden wir fortan periodisch zusammenberufen.“ Glückliches Preußen, welches Land kann sich mit dir vergleichen an ständischem Reichthum? Zunächst wurdest du im Jahr 1823 unter dem Vorsitz und der Hauptmitwirkung der jetzigen Majestät, statt mit einer ungetheilten Vertretung aller Klassen der Staatsbürger, beglückt mit vier Ständen, den Fürsten, den Rittern, den Städtern, den Bauern, und diesen vier Ständen sind jetzt noch als ein fünfter die „Herren“ auf den Kopf gepflanzt worden; mit jenen Ständen erhieltest du zugleich ein „Allgemeines Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände in der preußischen Monarchie;“ ferner hast du 11 „Gesetze“ und „Kabinetsordres“ über die „Anordnung der Provinzialstände“ und die „ständische Einrichtung“ in den verschiedenen Landestheilen; außerdem hast du eine „Verordnung“ über „ständische Ausschüsse“ aus den Provinzialständen; sodann eine dito über den Ausschuß aus dem „vereinigten Landtag,“ und damit noch nicht zufrieden, hast du jetzt auch noch das „Patent“ über einen „vereinigten Landtag“ und endlich eine „Verordnung“ über eine „ständische Deputation“ für das Staatsschuldenwesen erhalten. Wer sich nicht wie ein Wurm in diese „ständischen“ Verschlingungen hineingefressen hat, der wird sich gar nicht in ihnen zurechtfinden. In ein solches Labyrinth, in ein so komplizirtes Getriebe von „Verordnungen“ und „Einrichtungen,“ von denen die eine stets wieder die andre hervorruft, hat sich der Despotismus verwickelt, um seine Verpflichtungen zu umgehen und den dadurch hervorgerufenen Verlegenheiten zu entkommen. Die Verfassung einer Republik ist auf einigen Seiten abzumachen, denn die Freiheit ist einfach in Worten wie im Begriff; die Verordnungen über die „Verfassung“ des Despotenstaats Preußen füllen einen ganzen Band! An Preußen kann man lernen, daß nicht bloß dicke

Gesetzbücher schlechte Gesetze, sondern daß auch dicke Verfassungsbücher schlechte Verfassungen bedeuten. Und dieses fortwährende Aufnähen des einen „gesetzlichen" Lappens auf den andern, welches die Anschaffung eines neuen Kleides verhüten soll, nennt man in Preußen „Entwickelung!" Man flickt an dieser „Entwickelung" hoffentlich so lang, bis das alte Kleid die aufgehäuften Lappen nicht mehr hält, bis die nackte Blöße an allen Enden hervorplatzt und — die Ohnehosen sich nach einem bessern Schneider umsehen.

Uebrigens ist die Bestimmung der „ständischen Ausschüsse" klar. Der „vereinigte Landtag," wenn auch noch so ohnmächtig, imponirt wenigstens durch die große Zahl seiner Mitglieder und unter diesen können sich leicht Einzelne finden, welche durch kühnes Auftreten Verlegenheiten bereiten. Indem man sich nun vorbehält, nach Gutdünken an seiner Stelle den „ständischen Ausschuß" zu berufen, der aus verhältnißmäßig wenig Mitgliedern besteht, und dessen Wahl man schon durch Nichtgenehmigung leichter dominiren kann, düpirt man diejenigen, welche sich von dem „vereinigten Landtag" etwas versprochen haben und rühmt sich vor dessen „Gefahren." Man nimmt dabei an, daß der „ständische Ausschuß," der bei seinem ersten Auftreten von der öffentlichen Meinung so übel aufgenommen wurde, bessere Aufnahme finden werde, wenn er als Stellvertreter des allmächtigen „Vereinigten Landtags" nach Berlin reise. So schließt ein Puff sich an den andern an, und es ist in Preußen so weit gekommen, daß die Leute, wie jener Ritter vor lauter Bäumen den Wald nicht sah, vor lauter Puffen fast den Betrug nicht mehr sehen.

Wir kommen zu einem neuen Puff. In dem Patent heißt es weiter: „Dem vereinigten Landtag und in dessen Vertretung dem vereinigten ständischen Ausschuß übertragen Wir:

„in Beziehung auf den ständischen Beirath bei der Gesetzgebung diejenige Mitwirkung, welche den Provinzialständen durch das Gesetz vom 5. Junius 1823, §. III. Nro. 2, so lang keine allgemeine ständische Versammlungen stattfinden, beigelegt war." Dieses Gesetz von 1823 nun will, „so lang keine allgemeinen ständischen Versammlungen stattfinden, die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in den Personen- und in den Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstand haben, so weit sie die Provinz betreffen, den Provinzialständen zur Berathung vorlegen lassen." Zunächst ist zu bemerken, daß die „allgemeinen ständischen Versammlungen," welche das Gesetz von 1823 im Auge hatte, nach allen Antezedentien die auf Grund einer Verfassungsurkunde zu berufenden „Reichsstände" oder „Repräsentanten" des Volks sein sollten. Diese Repräsentanten nun (es versteht sich, daß wir uns nicht zu dem unwürdigen Prinzip der Repräsentation des einen mündigen Staatsbürgers durch einen andern bekennen) sind durch bekannte Wortbrüchigkeit beseitigt, und an ihre Stelle soll, wie wir gesehen haben, der „vereinigte Landtag" treten. Damit aber noch nicht zufrieden, überträgt man die Funktion dieses ohnmächtigen Landtags dem noch ohnmächtigern „Ausschuß" und konsequenter Weise auch die im §. III. Nro. 2 des Gesetzes vom 5. Junius 1823 den Provinzallandtagen zugeschriebenen und jetzt von diesen auf den „vereinigten Landtag" übergegangenen Befugnisse. Der Ausschuß also wird solchergestalt zur Hauptsache; für diesen am Leichtesten zu beherrschenden Ausschuß eskametirt man dem „vereinigten Landtag" und den Provinzialständen zugleich das Einzige, was sie halten. „Die Vorschrift im Art. III. Nro. 2 des Gesetzes von 1823 findet hiermit ihre Erledigung," heißt es weiter unten.

Die Provinzialſtände ſind alſo fortan das wirklich, was der Name beſagt, ohne daß ihre geringe allgemeinere Bedeutung, die ſie nun verloren haben, anderwärts eine beſſere Gelegenheit zur Geltendmachung erhalten hätte. Der Ausſchuß, der lächerliche Ausſchuß, den die Majeſtät in einem ihrer Gemächer empfangt, — das iſt jetzt die eigentliche „Landesvertretung" für die Provinzen wie für das Ganze. Man ſieht, daß in jeder Beziehung — den moraliſchen Effekt des abgenöthigten Schrittes und die Maſſenvereinigung der Deputirten abgerechnet — durch die neuen Einrichtungen" mehr verloren als gewonnen worden iſt. So erfüllt der Mann in Berlin „den von Gott ihm verliehenen königlichen Beruf!"

Dieſem „vereinigten Landtag," reſp. dem „vereinigten Ausſchuß," überträgt die Majeſtät ferner die „Mitwirkung bei der Verzinſung und Tilgung der Staatsſchulden" ſo wie „das Petitionsrecht über innere, nicht bloß provinzielle Angelegenheiten." Zunächſt ein Paar Worte über das „Petitionsrecht" im Allgemeinen. Daſſelbe findet ſich ſogar in Republiken, als Gewohnheitsüberbleibſel aus ariſtokratiſchen Zeiten. Wir erklären es für eine Unwürdigkeit, für eine Schande. Die Staatsbürger haben nicht zu bitten; ſie haben erſtens ihre Regierung d. h. ihre Geſchäftsführer zu wählen, dann haben ſie die Geſchäftsführer mit der Handhabung der von ihnen gegebenen Geſetze zu beauftragen, und wünſchen ſie ſpäter Veränderungen, oder ſonſt irgend etwas, ſo haben ſie dieſe Wünſche als Wünſche oder als Anträge auszuſprechen. Wie ſollten ſie aber zu Bitten kommen? Bitten richtet man nur an einen Herrn; freie Bürger aber ſind ſelbſt die Herren. So ſtellt ſich die Sache in einem freien, d. h. wirklichen Staat. In China; Rußland, Preußen u. ſ. w. iſt das Bitten natürlich noch am

Platz. Aber selbst da ist es auch das Minimum. Was sollten die Leute noch thun, wenn sie sich nicht einmal bitten und dabei auf preußische Manier „ersterben" dürften? Soll man ihnen etwa statt des „Petitionsrechts" ein Flehensrecht, ein Kriechensrecht, ein Winselungsrecht, ein Schweifwedelungsrecht ertheilen? Nein, das Petitionsrecht ist schon so hündisch, daß sogar das preußische „Landrecht" es garantirt hat. Dennoch wird jetzt der „vereinigte Landtag," resp. Ausschuß, ausdrücklich damit beglückt. Aber selbst diese Großmuth schleppt einen jesuitischen Hacken hinter sich her. In der folgenden Verordnung heißt es nämlich, daß sogar „Bitten" und „Beschwerden" nur dann „zur Kenntniß" der Majestät gebracht werden dürfen, wenn sie sowohl in der abgesonderten Versammlung des „Herrenstandes", als in der Versammlung der übrigen „Stände" berathen sind und sich in jeder dieser Versammlungen mindestens zwei Drittheile der Stimmen dafür ausgesprochen haben. Zunächst ist es schon ein sehr günstiger Zufall, wenn in einer fast zur Hälfte aus „Rittern" zusammengesetzten Versammlung, in welcher durch Zusammenschmelzung der Abgeordneten der servilen Provinzen mit denen der liberaleren die letzteren das auf den Provinziallandtagen bestandene Uebergewicht leicht verlieren können, sich zwei Drittheile für eine einiger Maßen gewichtige „Bitte" oder „Beschwerde" entscheiden. Gesetzt aber auch, ein solcher Zufall tritt ein, so wird wenigstens kein vernünftiger Mensch annehmen, dieselbe Entscheidung werde auch in der einstweilen aus 80 Mitgliedern bestehenden Versammlung der „Prinzen," „Fürsten," „Grafen" und „Herren" erfolgen. Wer wird die Verrücktheit begehen, zu glauben, die Berliner Prinzen u. s. w. würden jemals z. B. eine Bitte um Preßfreiheit und Volksrepräsentation, oder eine Beschwerde über die Büreaukratie u. s. w. unterstützen?

Und thun sie es nicht, so wird die Majestät sich hinter den Vorwand verschanzen, die „gesetzlichen" Vertreter oder „Organe" des Landes haben keine „Bitten" oder „Beschwerden" zu ihrer Kenntniß gebracht — Bitten und Beschwerden, deren Beachtung natürlich auch im Fall solcher „Kenntniß" das tel est notre plaisir nicht würden bestimmen können. Also selbst das „Petitionsrecht" — **die Provinzialstände haben in allgemeinen Angelegenheiten keines mehr** — ist durch die neuen „ständischen Einrichtungen" in allen Hauptsachen **völlig illusorisch, zu einer infamen Lüge gemacht.** So erfüllt der Mann in Berlin „den von Gott ihm verliehenen königlichen Beruf!"

Mit allen diesen Lügen und Jesuitereien rühmt sich der Mann am Schluß seines „Patents," „über die **Zusagen** seines höchstseeligen Herrn Vaters Majestät hinaus" gegangen zu sein. Zusagen? Also ein „**königliches Wort?**" Vortrefflich! In dem „Landtagsabschied für das Königreich Preußen" vom 9. September 1840 erklärte der Mann, daß jene „Zusagen" seines höchstseeligen Herrn Vaters Majestät „**völlig unverbindlich** für ihn seien, da schon seines in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät das Gesetz vom 5. Junius 1823 **an deren Stelle** habe treten lassen." Also die „Zusagen" waren erstens durch den Höchstseeligen zurückgenommen, und zweitens waren sie für den höchstseeligen Sohn nicht bindend; mit einem Wort, es existirte keine „Zusage" mehr. Weßhalb ihrer denn jetzt noch und zwar in einem „Gesetz" über die „ständischen Einrichtungen" Erwähnung thun, sich darauf stützen, darauf „fortbauen?" Da hat sich die Majestät auf eine bedauerliche Weise verrathen und gefangen. Sie hat verrathen, erstens, daß das Gespenst des „königlichen Worts" sie umschwebte, als sie das jesuitische „Patent" niederschrieb;

zweitens, daß nach ihrer Ueberzeugung das „königliche Wort" unerfüllt, mithin ihre Erklärung in dem erwähnten Landtagsabschied eine bewußte Lüge war; drittens, daß sie, da es jetzt eben so wenig erfüllt ist, das Bedürfniß fühlte, den moralischen Sinn des Volks über die Erfüllung zu beruhigen d. h. zu belügen. Denn daß das ganze „Patent" eine Lüge ist, haben wir gesehen. So erfüllt der Mann in Berlin „den von Gott ihm verliehenen königlichen Beruf!"

Durch die Lüge des „Patents" erklärt ferner der Mann in Berlin seinen „Unterthanen einen besondern Beweis seines Vertrauens gegeben" zu haben. Allerdings setzt es kein geringes „Vertrauen" auf die Beschränktheit und den Servilismus der Unterthanen voraus, wenn man sie durch solche „Verfassung" beglücken oder zufrieden stellen zu können vermeint. Ob das Vertrauen in diesem Sinn sich rechtfertigen werde, muß die Zukunft lehren; hat es aber einen andern Sinn, so protestiren wir schon jetzt dagegen, denn wir haben ebenfalls noch Ansprüche in Preußen geltend zu machen. Ein König, der dem Volk die freie Sprache wehrt und dabei von Vertrauen redet, der lügt; ein König, der das Volk, wo es mehr als einige Köpfe zusammensteckt, mit Bajonnetten auseinandertreiben läßt und dabei von Vertrauen redet, der lügt; ein König, der das Volk auf Schritt und Tritt belauren läßt und mit geheimer Justiz verfolgt und dabei von Vertrauen redet, der lügt; ein König, der dem Volk statt der versprochenen „Verfassung" ein jesuitisches Patent mit allen möglichen Klauseln gibt und dabei von Vertrauen redet, der lügt. Ein Despot ist überhaupt in unserer Zeit nur aufrichtig, wenn er die Polizei oder die Flinte reden läßt. Weg mit seinem Vertrauen! Es ist ja auch gar kein Gesichtspunkt, auf den im Auge vernünftiger Leute etwas ankommen kann, ob

ein König einem Volk so genanntes Vertrauen schenkt. Das Vertrauen eines Königs zu einem Volk ist in unserer Zeit und nach demokratischen Begriffen eine Beleidigung; es drückt weiter nichts aus, als daß er das Volk nach Einsicht und Gesinnung noch als reif für das Mittelalter ansieht. Wir Demokraten wollen kein Vertrauen von den Volksfeinden, so wenig als wir es ihnen schenken; wir betrachten und behandeln sie einfach als das, was sie sind, als unsre natürlichen und geschworenen Feinde. Mögen sie gegen uns das Gleiche thun, und sie thun es ja. Wir wollen uns einander bekämpfen und wo möglich vernichten, nicht einander vertrauen. Wer Sieger bleiben wird, das kann nicht zweifelhaft sein unter zwei Feinden, von denen der eine die Freiheitsbegeisterung, den Geist der Menschheit, der andre bloß die Schlechtigkeit und die brutale Gewalt zu Bundesgenossen hat.

Wir wären jetzt also mit dem „Patent" einstweilen fertig; überwinden wir uns nun auch noch zu einigen Bemerkungen über die angehängten „Verordnungen," aus denen wir bereits einige Punkte vorweggenommen haben. Die erste „Verordnung„ handelt von der Bildung des „vereinigten Landtags." Der §. 1 „thut uns zu wissen," daß der Landtag nur zusammentreten und auseinander gehen soll, wann, wo und wie es der Majestät einfällt. Es ist sehr liberal, die guten „Stände" nicht an bestimmte Zeiten zu binden, sondern sie bloß gelegentlich zusammenzurufen, so wie man Theevisiten auch nicht zu bestimmten Terminen gibt. Der Zweck dieser Liberalität ist sehr klar, zumal wenn man aus der folgenden „Verordnung" sieht, daß der „Ausschuß" längstens alle vier Jahre einberufen werden soll. Es macht keinen Eklat und bringt keine Bewegung hervor, einige Dutzend Ausschußmitglieder alle vier Jahre nach Berlin zum Thee zu „befehlen," mit 6—700 „vereinigten" Landtagsmitgliedern würde es

anders sein. Die läßt man zu Hause, namentlich wenn sie sich einmal nicht so aufgeführt haben, wie man es wünschte. Auch die Bestimmung des „Ortes" behält sich die Majestät vor, wahrscheinlich um das „ständische" Hoftheater auch gelegentlich in den „Provinzen" debütiren zu lassen, oder um die „Stände" an einen abgelegenen Ort zu bescheiden, wo sie so recht im Stillen und Geheimen, völlig ungenirt durch das unruhige Publikum, und vor allen Anfechtungen der öffentlichen Meinung vielleicht durch Festungsmauern gesichert, ihre „Wirksamkeit" und „Mitwirkung" bei der Ausleerung des Volkssäckels bethätigen können. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn der zweite Landtag nach etwa zehn Jahren — die erwünschte Ruhe und stetige Gesundheit bis dahin vorausgesetzt — in der Festung Spandau oder Graudenz zusammenträte.

Der §. 2 ist grausam. Er nöthigt die „Prinzen Unseres königlichen Hauses," die bisher schon mit so viel Geschäften „für des Vaterlandes Wohl" überbürdet waren, ihren „von Gott ihnen verliehenen Beruf" auch noch dadurch zu erschweren, daß sie „Sitz und Stimme im Stande der Fürsten, Grafen und Herren" übernehmen. Die armen Prinzen! Wie werden sie diese Prüfung überstehen? Hat man denn gar nicht bedacht, wie leicht sie durch diese schwierigen Funktionen des Sitzens und des Stimmens in die Nothwendigkeit gerathen können, ein geheimes Rendez-Vous, oder eine Reise nach Italien, oder einen Besuch bei dem geliebten Schwager und Onkel in Petersburg, oder eine Hetzjagd, oder ein Gelag, oder eine Parade zu versäumen und einem Theil der Millionen, welche sie als Lohn für ihre sauren Bemühungen beziehen, eine unnützere Bestimmung zu geben? Doch geschehen ist geschehen! Die Verordnung ist einmal erlassen, der §. 2 ist unerbittlich und die Prinzen werden sich herablassen müssen, mit ihren königlichen Sitz- und

Stimmerganen zwiſchen Fürſten, Grafen und Herren Platz zu nehmen, um — den neuen „Herrenſtand" bilden zu helfen. Man beachte die ſtyliſtiſche Fineſſe, womit dieſer Herrenſtand eingeſchmuggelt wird. In den „Geſetzen" über die Provinzialſtände einzelner Provinzen kommt zwar auch ein „Herrenſtand" vor (z. B. der „Herrenſtand der Niederlauſitz"), aber nur als untergeordneter Theil des „erſten Standes" welcher die Kollektivbezeichnung bildet. Da man nun die „Prinzen Unſeres königlichen Hauſes," wollte man ſie über den „erſten Stand" placiren, als Nr. 0 hätte anbringen müſſen, ſo blieb nichts übrig, als ſie jenem Stande zuzugeſellen; da ſie aber als Mitglieder des „erſten Standes" von ihrer königlichen Herrlichkeit Mehreres hätten einbüßen können, ſo mußte ihnen zu lieb ein neuer Stand kreirt werden. Wie ſollte man dieſes nennen? Es gab keine umfaſſendere und würdigere Benennung, als: Herrenſtand. Die andern ſind jetzt die Dienerſtände. Die ſtyliſtiſche Fineſſe aber, wovon wir ſprachen, beſteht darin, daß dieſer neue Herrenſtand nicht in einem Vorder- oder Hauptſatz als Neuigkeit friſch hingeſtellt iſt, ſondern, wie ſchon eingeführt und ſich von ſelbſt verſtehend, zur Vermeidung alles Aufſehens erſt in einem Nebenſatz zum Vorſchein kommt. Es heißt nämlich im erſten Satz: „Wir ertheilen den Prinzen u. ſ. w. Sitz und Stimme im Stande der Fürſten, Grafen und Herren auf dem Vereinigten Landtage." Dann heißt es weiter: „Außerdem bilden den Herrenſtand deſſelben" die und die. So iſt alſo der Herrenſtand da, man weiß nicht wie; genug, er iſt da und die publiziſtiſche und die unterthänige Terminologie der Preußen iſt mit einem Schlage um ein neues Stück Mittelalter bereichert. Wir wiederholen es, vielleicht die einzige Wahrheit, welche das „Patent" enthält, iſt die Verſicherung, daß ſeine Majeſtät

„der Entwickelung der ständischen Verhältnisse ihre besondere Sorgfalt zugewendet habe.“ Dieser Mann in Berlin ist im Stande, wenn es ihm einfällt, in fünf Minuten fünfzig „Stände“ zu „entwickeln.“ In einer Zeit, wo der erniedrigte Menschengeist sich überall erhebt und zum Bewußtsein seiner Würde zu gelangen anfängt, vermißt sich dieser Romantiker, dem Bau der Menschenerniedrigung durch einen einzigen Federstrich ein neues Stockwerk aufzupflanzen; in einer Zeit, wo das Bewußtsein des Menschenthums, der menschlichen Gleichheit und Gleichberechtigung, auch die Massen zu durchdringen beginnt, gibt dem Mann in Berlin sein „von Gott ihm verliehener königlicher Beruf“ die Phantasie ein, durch eine neue Unterscheidung das Reich der politischen Mythologie um ein ganzes Gebiet zu erweitern; in einer Zeit, wo die Hälfte der Menschheit nach Brod schreit, wo der Hungertod und die Verzweiflung Hand in Hand durch die Welt schreiten und mit prophezeiendem Blick den Unterschied der Stellungen und der Geldsäcke messen, weiß der „Herr“ in Berlin seinen „von Gott ihm verliehenen königlichen Beruf“ durch nichts Zeitgemäßeres zu erfüllen, als durch Konsolidirung eines drohnenhaften Herrenthums, dem zu lieb schon Tausende in Noth und Erniedrigung verelendet sind, eines Herrenthums, das die Faust der hungernden Blousenmänner recht bald zusammenreißen möge wie den Bau einer künstlichen Ruine, welche der benachbarten Bettlerhütte Licht und Sonne raubt! Nieder mit diesen Ständen! Nieder mit diesen Herren! Nieder mit diesen Herrenständen! Nieder mit allem Herrenthum der Welt!

Der „Herrenstand“ ist nicht ein bloßes Prunkstück des Königthums, er soll auch in der Wirklichkeit sich bethätigen. Er bildet zunächst, wie wir schon gesehen haben, als fürstliches Oberhaus ein Bollwerk gegen die „Bitten

und Beſchwerden" der Dienerſtände; er hat den Vorzug, ſich durch Stellvertreter erſetzen laſſen zu können, wahrſcheinlich, damit ſeine Zahl immer voll iſt; er hat ſeine abgeſonderte Verſammlung; er beſchmutzt ſich (§. 14.) nur dann durch Berührung mit den Dienerſtänden, wenn es Geldherbeiſchaffungen gilt, die er durch den Sukkurs ſeiner Stimmen ſichern helfen ſoll. Reicht dieſer Sukkurs nicht aus, ſo iſt ſchon das Mittel vorgeſehen, ihn ausreichend zu machen, denn „in Anſehung der Verſtärkung des Herrenſtandes behalten Wir Uns weitere Entſchließung vor." Man wird es bald erleben, daß es „Herren" regnet aus dem Olymp des Berliner Abſolutismus. Uebrigens ſind wir überzeugt, daß der Jupiter dieſes Olymps bei ſeinen geheimen Berechnungen der Zukunft in dem zu verſtärkenden „Herrenſtand" auch ſchon alle die kleinen Potentaten untergebracht hat, die er zu mediatiſiren gedenkt, wenn das bekannte Projekt einer Verſchlingung Teutſchlands zur Bildung eines Berliner Kaiſerreichs gelingen ſollte.

Im §. 4 wird dem „vereinigten Landtag" die in dem Staatsſchuldengeſetz von 1820 „vorbehaltene ſtändiſche Mitwirkung bei Staatsanleihen," d. h., dieſem Geſetz gemäß, bei allen neuen Staatsanleihen, zugetheilt, und es ſollen ſolche Anleihen „fortan nicht anders als mit Zuziehung und unter Mitgarantie des Vereinigten Landtags aufgenommen werden." Nun achte man auf die Berliner Art, „Geſetze" zu fabriziren. Nachdem nämlich im §. 4 die erwähnte „Geſetzes-Beſtimmung" erlaſſen iſt, ſagt gleich der §. 5, daß der §. 4 trotz ſeinem „nicht anders" — nicht gilt und daß man ihn nur in Friedenszeiten beachten werde, worauf der §. 6 ferner zu wiſſen thut, daß „im Fall eines zu erwartenden oder bereits ausgebrochenen Kriegs" die Majeſtät auf eigene Fauſt (d. h. „unter Zuziehung der ſtändiſchen Depu-

tation") Anleihen aufnehmen werde. Man muß in der That annehmen, daß ſolche „Geſetze," trotz ihren jeſuitiſchen Berechnungen, im Rauſch gemacht werden. Doch das iſt ihre heiterſte Seite. Die ernſte Seite aber bietet uns eine Willkür der revolutionären Reaktion dar, wie ſie in dieſer Form vielleicht noch nicht aufgetreten iſt. Die Kunſt, in einem und demſelben Athem ein „Geſetz" anzuerkennen und aufzuheben, es zu erlaſſen und zurückzunehmen, iſt wahrſcheinlich erſt von Friedrich Wilhelm IV. erfunden. Dieſe Kunſt iſt aber für unſre Sache von großem Werth. Sie iſt vortrefflich geeignet, die „legalen" Preußen und die „Legalen" überhaupt darüber zu belehren, was außerhalb der Demokratie Geſetze ſind. Nachdem die „Verordnung" vom 22. Mai 1815, obſchon ſie nicht aufgehoben iſt und von oben herab ausdrücklich als „königliches Wort" bezeichnet war, durch den jetzigen „Geſetzgeber" in die Rumpelkammer geworfen worden, betrachteten die Preußen wenigſtens das Staatsſchuldengeſetz von 1820 als einen Anker, an welchem ſie das Raubſchiff des Abſolutismus gelegentlich zurückhalten könnten. Da tritt plötzlich der Kapitän auf das Verdeck, kappt friſchweg, und zwar ganz nebenbei, mit dem Beil eines neuen „Geſetzes"-Paragraphen das Tau des von dem höchſtſeligen Vorgänger ausgeworfenen Ankers ab und geht sans façon, eine kleine Paſſagier-„Deputation" am Bord, unter Segel, um die Taſchen des Volks zu plündern. Denn daß die „Garantie" des „vereinigten Landtags" nicht durch die bloße „Zuziehung der ſtändiſchen Deputation für das Staatsſchuldenweſen" rechtlich erſetzt werden kann, iſt eben ſo klar, als daß der „vereinigte Landtag" nicht die verſprochene Repräſentation des Volkes bildet; und daß jene bloß aus acht Mitgliedern beſtehende Deputation, die ſchon bei einer Anweſenheit von fünf Mitgliedern Beſchlüſſe faſſen kann, ſehr leicht

zum Jasagen zu bringen sein wird, ist eben so gewiß, als daß der revolutionäre Absolutismus, wenn sie dennoch Nein sagen sollte, sich nicht um ihr Veto kümmern wird, sobald er für seine Projekte Geld braucht. Dabei sind wir einstweilen noch treuherzig genug, ihr eine Vetoberechtigung beizulegen. Wir müßten aber die Berliner Jesuiten nicht kennen, wenn wir uns nicht überzeugt halten sollten, daß das Wort „Zuziehung" nicht umsonst gewählt, ja daß es bestimmt ist, dem Absolutismus im vorkommenden Fall eine Hinterthüre zu öffnen. Wäre dieß nicht, so hätte man sich anders ausdrücken, so hätte man nicht den in Bezug auf den „vereinigten Landtag" gebrauchten Zusatz „und unter Mitgarantie" weglassen und über die Art der „Zuziehung," welche, obschon die Deputation den ganzen „vereinigten Landtag" repräsentiren soll, blos „durch den Minister des Innern geschieht," so wie über die Art ihrer Abstimmung bestimmte Anordnungen geben müssen.

Doch genug über diesen Punkt. Er wird dem Volk durch ein schlagendes Beispiel die so einfache Wahrheit zum Bewußtsein bringen, daß „Gesetze," welche es sich nicht selbst gibt, keine Gesetze, sondern nur Hand haben der Gewalt und geschriebene Willkür sind. Der König von Berlin vergißt „Gesetze," die ihm unbequem sind; er beseitigt „Gesetze," die ihm mißfallen; er gibt „Gesetze," die ihm dienen. Er hebt durch ein „Gesetz" Garantieen auf, wie er sie durch ein „Gesetz" schuf; er schafft durch ein „Gesetz" neue Stände *), wie er durch ein „Gesetz" Verfassungslügen

*) Es ist bekannt, daß auch die Provinzialstände, die „aus dem Wesen teutscher Verfassung" hervorgegangen sein sollen, nichts Anderes sind als ein vom Berliner Absolutismus improvisirtes, mit Gewalt auf die Gebirgte gepfropftes Kunstreis.

proklamirt. Wie soll er sich denn anders aussprechen, als durch ein „Gesetz?“ Er würde sich die Mühe, „Gesetze“ zu verfertigen, gar nicht nehmen, wenn sich sein Wille, seine Willkür auf leichtere oder sicherere Weise geltend machen könnte. Wie ist es möglich, daß ein aufgeklärtes Volk von fünfzehn Millionen solche nakte Diktate der Gewalt, solche hingeschriebene Einfälle, solche notirte Gelegenheitslaunen, solche stylisirte Kniffe als seine Gesetze ansieht, sie als solche befolgt, sie als solche achtet, ja sie mit einer Art religiöser Scheu im Munde führt? Es gehört in der That ein abgehärteter Verstand dazu, um einen solchen Orientalismus noch zu begreifen oder nicht geradezu darüber verrückt zu werden.

Wir gestehen, den Ekel vor diesem Berliner politischen Dunstkreise nicht lang mehr überwinden zu können und eilen zum Schluß.

Der §. 6 sagt: „Wenn im Falle eines zu erwartenden Kriegs“ u. s. w. Wann ist ein Krieg zu erwarten und wann nicht? In Preußen ist er hoffentlich jeden Tag zu erwarten, namentlich ein Revolutionskrieg. Folglich ist die Majestät stets befugt, mit „Zuziehung“ der „Deputation“ beliebige Anleihen zu kontrahiren.

Der §. 6 spricht von „Unserm Staatsschatz und sonstigen Reservefonds.“ Dieser Staatsschatz, von dem bisher nicht offiziell gesprochen wurde, taucht plötzlich und beiläufig auf wie der „Herrenstand.“ Gehört der Staatsschatz „Uns,“ d. h. der Majestät? Wo kommt der Staatsschatz her? Aus wie viel Millionen besteht er? Wer führt Rechnung darüber? Warum wird er nicht aufgedeckt? Wer hindert im Fall einer Revolution die Majestät oder die Prinzen, oder die Minister, mit dem „Staatsschatz,“ diesem brachliegenden Blutgeld des Volks, nach Rußland zu fliehen? Worin bestehen endlich die „sonst vorhandenen Reservefonds?“ Man sieht, in den

Finanzen, wie in der Gesetzgebung dieselbe Willkür, dieselbe Geheimtreiberei, derselbe Betrug. Eure „Gesetze" sind Gewalt und eure Finanzen sind Raub, weiter nichts.

§. 8. Die zugestandene Kontrole über die schon bestehenden Staatsschulden ist, was das Recht betrifft, ein ganz untergeordneter Punkt. Die Summen wie die Art der Tilgung und Verzinsung sind durch das Gesetz von 1820 einmal bekannt und bestimmt, so daß die Kontrole darüber bloß eine mechanische Theilnahme ist.

§. 9 belehrt uns, daß die „Zustimmung bei der Erhöhung oder Vermehrung der Steuern, wie oben schon erwähnt, eine Lüge ist.

§. 10 bekräftigt dieß recht königlich, indem die Majestät „sich vorbehält," im Fall eines Kriegs ganz auf eigne Faust den Säckel des Volks durch „außerordentliche Steuern" zu leeren.

§. 11 verkündigt in demselben Sinn, daß dem Landtag bei gewissen Gelegenheiten eine schematisirte Uebersicht des „Staatshaushalts," genannt Etat, „zur Information," also nicht einmal zur Prüfung vorgelegt werden, d. i. daß ihm nach büreaukratischen Tabellen auf die bisherige Art vorgelogen werden soll, es seien so und so viel Millionen Thaler und so viel Pfennige eingekommen und präzise eben so viel ausgegeben worden, daß dagegen die Hauptsache, nämlich „die Feststellung des Etats" und die Disposition über die „Ueberschüsse" ein „ausschließendes Recht der Krone verbleibt." Man schmelze sie ein und kaufe Brod dafür!

§. 16. „Auch die Ansicht der Minorität soll zur Kenntniß" der „Krone" gebracht werden. Vielverheißende Liberalität! Unbegreifliches Wagniß!

§. 18. Der „Herrenstand" und die Dienerstände erhalten besondre „Marschälle." Treten sie aber alle zu Einer Versammlung zusammen, so gebührt der Vorsitz

über die 6—700 Mitglieder dem Marschal der 80 „Herren.“ Dasselbe würde der Fall sein, wenn der Diener 6—7000 wären, denn ein „Herr“ wiegt mehr, als 1000 Diener.

§. 19. Die Mitglieder des Landtags stehen mit ihren Kommittenten in „keinerlei Verbindung“ und dürfen von denselben „weder Instruktionen noch Aufträge“ erhalten. Sie sind Abgeordnete, aber — nicht abgeordnet; sie sind Vertreter, aber — sie vertreten nicht; sie kommen aus dem Volk, aber — sie sollen sich nicht um das Volk bekümmern. Kurz, sie sind nicht Diener des Volks, sondern — der „Krone.“ Man schmelze sie ein und kaufe Pulver dafür.

§. 20. Kein „Unterthan“ darf bei dem Landtag eine Bitte oder Beschwerde einreichen. Diese sprechende Bestimmung gehört zu den „besondern Beweisen Unseres königlichen Vertrauens“ und ist ein Kommentar zu der an die „Unterthanen“ gerichteten Aufforderung des „Patents,“ „Uns bei diesem wichtigen Schritte getreulich zur Seite zu stehen und Unsere — nur auf des Vaterlandes Wohl gerichteten — Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.“ Heuchler, herunter mit der Larve!

§. 21. Einmal abgewiesene Bitten und Beschwerden dürfen nur erneuert werden, „wenn dazu neue Gründe sich ergeben.“ Die Abweisung selbst ist der erste neue Grund, denn sie ist in Preußen das beste Kennzeichen, daß eine „Bitte oder Beschwerde“ gegründet ist.

§. 23. Der Geschäftsgang auf dem Landtag wird besonders geordnet werden. Dazu wird vor allen Dingen strenge Geheimhaltung (schon vorbereitet durch eine kürzlich erschienene besondere Kabinetsordre) und schulmässige Aufsicht über die Redner (wie bei der bekannten Versammlung der „Ausschüsse,“ *) gehören. Wir müssen abwarten, wie die Schüler sich aufführen werden.

*) Man denke z. B. an folgende Bestimmung: „Wer spricht, steht auf und setzt sich wieder, sobald er seinen Vortrag beendigt

Die „Verordnungen" über den „vereinigten ständiſchen Ausſchuß" und die „ſtändiſche Deputation für das Staatsſchuldenweſen" können wir nach dem Geſagten übergehen. Auch iſt das Opfer, das unſer Stolz gebracht, indem er ſo lang durch das gewundene Geleiſe „königlicher Verordnungen„ einem gekrönten Jeſuiten nachgekrochen, zu groß, als daß wir uns überwinden könnten, es ferner zu vergrößern. Zum Schluß daher bloß noch ein Paar Worte an das preußiſche oder teutſche Volk.

Zunächſt wird, das iſt klar, jetzt die Reihe an den freiſinnigen Mitgliedern des Landtags ſein, die Gelegenheit zu einem feſten, muthigen, männlichen, energiſchen Auftreten zu benutzen. Man wird ſie durch abgekartete Manöver und beengende Formen zu dekontenanciren und zu lähmen ſuchen; mögen ſie darauf gefaßt ſein und die Geiſtesgegenwart nicht verlieren. Mögen ſie zunächſt ſich nicht mit entwürdigenden Salivationen der Loyalität und des „Taktgefühls" vor einem jeſuitiſchen Despoten beräuchern; mögen ſie durch Proteſte die Anerkennung dieſes Landtags als einer wirklichen Volksvertretung ablehnen; mögen ſie proteſtiren gegen alle Folgen, welche derſelbe auf Koſten des Geſetzes von 1820 und des Volks haben könnte; mögen ſie ſofort alle Anträge ſtellen, welche die Zeit fordert und in ihrer Stellung möglich ſind, namentlich auf Preßfreiheit, wahre Volksverfaſſung, Betheiligung des Volks an der Regelung des Staatshaushalts u. ſ. w. Nur auf dieſe Art können die Deputirten die ſeltne Gelegenheit ihrer Maſſenvereinigung würdig benutzen und der Gefahr entgehen, als genarrte Puppen und Werkzeuge des Abſolutismus in ihre Heimath zurückzukehren.

---

hat. Er darf ſeine Rede nur an den Departementschef, nicht aber an denjenigen richten, deſſen Anſichten er etwa widerlegen will." Solche Despotenkinderei iſt mehr als chineſiſch, und die haben die Zwölfhußmitglieder ſich gefallen laſſen!

Was die preußische Tagespresse betrifft, so sparen wir allen Rath und alle Ermahnungen. Die Niederträchtigkeit und Dummheit dieser Presse, namentlich der „liberalen," ist unheilbar, so lang es keine Preßfreiheit gibt.

Wenden wir uns daher an das eigentliche Volk. Wir verstehen darunter vor Allem diejenigen, welche in einem Despotenlande moralisch und physisch zu leiden haben, also die große Masse der Verfolgten und Intelligenten, der Gedrückten und der Armen. Wir verstehen darunter die Mehrzahl der Beamten, die Mehrzahl der Soldaten, die Mehrzahl der Bürger, denn wir, die Mehrzahl, sind es, welche von Wenigen gemißhandelt und geknechtet, betrogen und ausgebeutet werden. Werden wir endlich uns klar darüber, daß wir es zu keinem menschlichen Leben bringen, wenn wir es zu keiner männlichen Entschiedenheit bringen; daß wir bleiben, was wir sind, wenn wir nicht selbst zu handeln beginnen, wenn wir nicht unsre Stellung als Herren des Landes einnehmen und uns nach eigner Einsicht und eignem Bedürfniß unsern Staat einrichten. Wir haben jetzt an einem neuen, einem seltnen Beispiel gesehen, auf welche Weise unsere Feinde den Fortschritt und die „Entwickelung" zu einer bessern Zeit vereiteln. Durch solche Mittel lassen wir uns hinhalten, hinhalten, ewig hinhalten, und steigen geduldig in die Gruft mit dem Schandebewußtsein, alle unsre Ansprüche an das Leben unbefriedigt mit hinabnehmen zu müssen, mit dem Bewußtsein, uns tort gepreßt, tort betrogen, tort geduldet zu haben, während wir unsere Feinde in frecher Ueppigkeit und höhnendem Uebermuth an dem Tisch des Lebens und der Freiheit schwelgen sahen, der für uns Alle gedeckt war. Sie haben Alles, was sie begehren, und mehr, als sie begehren dürfen. Sie walzen sich im Ueberfluß der Erdengüter, sie haben das Gebiet der Freiheit für sich in Beschlag ge-

nommen und es zu einem Gebiet der Willkür umgewandelt. So ſteht es mit ihnen. Wir aber verkümmern in Noth, verſchmachten in Kerkern, irren umher in der Verbannung. Bei allen Genien der Menſchheit und bei allen Teufeln der Hölle, es muß anders werden!

Alle Hoffnungen ſind betrogen, alle Mittel ſind erſchöpft, alle Täuſchungen ſind zu Ende. Wir verdienen einen Platz im Narrenhaus oder im Zuchthaus, wenn wir noch länger die Beſſerung von unſern Feinden erwarten. Der König von Berlin hat ſich ein Verdienſt um uns erworben, er hat auch den Blödſichtigſten überzeugt, welchen Weg unter Königen die „Entwickelung" des Staats und des Volkslebens nimmt. Nachdem er und ſein Vater dreißig Jahre lang dem Volk praktiſche Lehren über den königlichen Gewaltmißbrauch und Meineid ertheilt, hat er jetzt beide vollſtändig ſanktionirt und „geſetzlich" begründet. Die weitere „Entwickelung" liegt vor Augen. Im Jahr 1847 erläßt er ſein „Patent;" im Jahr 1850 wird er nach langen Deliberationen der „Stände" und der Zeitungen etwa den Fortſchritt zur Namennennung einiger Redner des „Landtags" machen. Reife „Entwickelung!" Im Jahr 1855 wird er geſtatten, daß jeder Redner mehr als einmal ſprechen darf. Unerhörter Jubel! Im Jahr 1860 werden auserwählte Bürger durch das Schlüſſelloch des Ständeſaals lauern dürfen. Beiſpielloſer Fortſchritt! Und ſo wird die „Entwickelung" ſich fortſetzen. Jeder ſogenannte Fortſchritt, den man einführt, iſt nichts als ein Hemmſchuh des Fortſchritts. Die preußiſche „Entwickelung" richtet ſich nach Einfällen und Diktaten, und jeder Einfall iſt ein Kniff und jedes Diktat iſt ein Rechtsmord. Fällt es dem Mann zu Berlin ein, in ſeinem Intereſſe gehöre zur „ſtändiſchen Entwickelung," daß jeder der fünf „Stände" in einer Uniform von verſchiedener Farbe erſcheine, ſo

diktirt er dieſen Einfall durch ein „Geſetz," und morgen erſcheinen die „Herren" roth, die „Fürſten" weiß, die „Ritter" ſchwarz, die „Städter" blau und die „Bauern" grün. Darauf kommen die Färbereien in Flor, die ſervilen Zeitungen jubeln und wir, die Unterdrückten, ſehen uns um, wie weit wir noch bis zum Kirchhof haben.

Alſo ſtellen wir unſre Parole feſt; ſie iſt einfach! Keine Volksgeltung ohne Volksherrſchaft; keine Volksherrſchaft ohne Republik; kein Recht ohne den Willen; keine Freiheit ohne die That; kein Glück ohne die Freiheit. Sprechen wir es ernſtlich aus und entſchließen wir uns: Glück oder Vernichtung; Freiheit oder Tod; Recht oder — Blut!

In den Alpen, 22. Februar 1847.

Was und wer iſt liberal?

In unſerer Zeit iſt viel geſchehen, um die Köpfe aufzuklären, aber faſt eben ſo viel, um ſie zu verwirren. Und darunter verſtehen wir nicht allein diejenige Verwirrung, welche von den Feinden der Aufklärung künſtlich zu Wege gebracht zu werden pflegt, ſondern namentlich diejenige, welche von den Aufklärern ſelbſt ausgegangen iſt. Wir haben geſehen, wie gewiſſe Förderer der Entwickelung ihren Fäden plötzlich abbrachen, um ihn in der Luft wieder anzuknüpfen und wie die Herbſtſpinnen davon zu fliegen, wir haben geſehen, wie in Deutſchland Bezeichnungen, unter welchen bis dahin das Volk ſeine beſten Beſtrebungen zu begreifen pflegte, plötzlich von ſogenannten Verkämpfern nicht blos desavouirt, ſondern ſogar zu Kollektivbeſchimpfungen benutzt wurden, um Alles zu diskreditiren, was ſich nicht unter ihre neu aufgepflanzte Windfahne ſammeln wollte. Den Einſichtigen mußte dies ignoriren, den Kurzſichtigen konnte es nur verwirren. Natürlich ſchweben uns hierbei wieder vorzugsweiſe die Kommuniſten vor. Wenn eine Richtung, oder ein Syſtem, oder ein Glaube, oder ein Zuſtand als irrig und ver

wirklich erkannt und dargethan werden, so versteht es sich von selbst, daß damit zugleich die Bezeichnung derselben in Mißkredit kommt. Ein Anderes aber ist es, einen Begriff und dessen Ausdruck, die an sich stichhaltig sind, deßhalb zu verwerfen, weil sie durch Personen, welche sich deren Verkörperung und Verwirklichung zum Zweck machen oder anmaßen, zufällig nicht erschöpft werden; ein anderes ist es der praktischen Ausnahmen wegen die theoretische Regel umzustoßen; ein Anderes ist es, das Kind mit dem Bade auszuschütten, indem man die Sache der unvollkommenen Form wegen verwirft, in welcher sie hier oder da auftritt. Statt den Staat zu reformiren, will man den Staat verwerfen; statt das Gesetz zu humanisiren, will man das Gesetz abschaffen; statt den Liberalismus zur Wahrheit machen zu helfen, will man den Liberalismus zum Schimpfwort machen. Man lehnt sich dabei zum Theil an die Franzosen an, welche unter den „Liberalen" die illiberalen Bourgeois zu begreifen sich angewöhnt haben. Sonderbar, daß man eher auf solche unpassende Bezeichnungen kommen konnte, als auf die Forderung, sich der angemaßten Benennung würdig zu zeigen! Wird man, wenn ein Despot auf den Einfall kommen sollte, sich einen Menschen zu nennen, diesem Einfall zu lieb das Wort Mensch zum Schimpfwort werden lassen? Sicher nicht. Wie kommt man denn dazu, den Liberalismus auszuschimpfen, weil illiberale Menschen mit ihm koquettirt haben? Da geht man doch konsequenter in Belgien zu Werk, wo der Liberalismus den stehenden Gegensatz zum Jesuitismus bildet, wobei es sich indeß von selbst versteht, daß solche Entgegensetzung den Liberalismus weder beweisen noch erschöpfen kann.

Was und wer eigentlich liberal sei, ist noch so wenig erkannt, daß sogar Fürsten für liberal gelten oder sich dafür halten, während nichts näher liegt, als die Er-

kenntniß, daß ein Fürst niemals liberal sein könne, weil er, wenn er es sein wollte, zunächst aufhören müßte Fürst zu sein. Kenz die Verwirrung in den Urtheilen über den Liberalismus, sowohl auf Seiten der Verläufer, als auf Seiten der Stillsteher, ist so groß, daß man darauf bedacht sein müßte, eine neue Bezeichnung aufzufinden, wenn nicht die alte bei richtigem Gebrauch die praktischste wäre und bliebe. Halten wir sie daher als konservative Leute fest, aber untersuchen wir, worin ihr wahrer Sinn bestehe, und wer würdig sei, sie auf sich anzuwenden.

Stellen wir den Satz voran, daß der Liberalismus keine Sache des Belieben ist, sondern eine Sache der Vernunftnothwendigkeit. Es kann Niemand in einer Frage auf diese Weise liberal sein, während der Andere es auf die andere wäre. Der Liberalismus kann als ein anderer, ein praktischer Ausdruck für die Wahrheit gelten, und bei ihm heißt es wie bei der Wahrheit: entweder so oder gar nicht. Es gibt nur eine Wahrheit und auch nur einen Liberalismus.

Nach Aufstellung dieses Satzes machen wir die Unterscheidung, daß der Liberalismus zunächst Sache der Erkenntniß und dann Sache der Gesinnung ist; wir werden aber später darauf kommen, daß er nur Geltung hat, wenn Erkenntniß und Gesinnung sich zusammenfinden. Die Art, wie er sich im Leben geltend macht, führt auf die Frage der liberalen **Praxis**, für welche keine allgültige Richtschnur aufgestellt werden kann, da sie sich nach Zeit und Umständen richten muß.

Sehen wir nun zu, in welchen Gesetzen der Liberalismus sich als Vernunftnothwendigkeit darstellt, worauf wir dann an die Gesinnung die Forderung richten werden, diese Gesetze zu befolgen und zum Vollzug zu bringen.

Die drei Hauptgebiete, auf denen der Liberalismus sich bethätigen kann, sind das der **Religion**, das der

Politik und das der Sitte. Das der Religion stellen wir voran, denn es ist das wichtigste und einflußreichste, so lang — es noch existirt. An dieses Gebiet stößt die Spitze des Scheidewegs, der den Menschen entweder zur Freiheit oder zur Sklaverei, entweder zur Vernunft oder zur Unvernunft, entweder zum Glück oder zum Unglück, entweder zum Selbstbewußtsein oder zur Bewußtlosigkeit führt. An diesem Scheideweg steht geschrieben: entweder freier Mensch, oder willenloses „Geschöpf", entweder eigener Herr oder fremder Diener. Wir wollen dieß Entweder Oder nicht diktatorisch festsetzen, aber ein einfaches Dilemma führt schon darauf hin: entweder ist der menschliche Geist aus und durch sich selbst zur Existenz und zur Erkenntniß befähigt oder er ist es nicht. Im erstern Fall hat er keine andere Quelle der Erkenntniß anzuerkennen, als sich selbst; im zweiten Fall existirt er als menschlicher Geist, gar nicht, denn ein Geist, der erst durch eine fremde Inspiration entsteht, oder Leben gewinnt, ist eben nur dieser fremde Geist oder dessen Werkzeug. Es bleibt also hier platterdings keine andere Wahl, als sich auf die Seite des freien Geistes zu stellen oder den menschlichen Geist geradezu abzustreiten, was ja auch dadurch geschieht, daß man ihn einen Ausfluß des „göttlichen" nennt und an diesen fesselt. Wer sich für das Letztere entscheidet, der spricht dadurch auf das Bündigste aus, daß er auf freie Erkenntniß und Selbstbestimmung verzichte und sich allen Konsequenzen preis gebe, die aus der Ableitung seiner Existenz und Bestimmung folgen; wer sich für das Erstere entscheidet, der hat damit den Grund zu aller Freiheit gelegt. Er ist damit noch nicht zu aller Erkenntniß gelangt, aber er hat damit die Haupt-Vorfrage entschieden und die Berechtigung des menschlichen Geistes zu aller Erkenntniß anerkannt. Diese Anerkennung ist die Bedingung alles Liberalismus; sie statuirt die freie Forschung.

Zwei liberale Menſchen können durch dieſe freie Forſchung zu verſchiedenen Reſultaten gelangen; ſo bald aber einer von ihnen ſich beigehen läßt, etwa zur Rettung ſeines Reſultates oder aus Furcht vor einem andern der freien Kritik ſeines Mitforſchenden Schranken ſetzen zu wollen, hat er wieder aufgehört, liberal und damit vernünftig zu ſein, denn die beſchränkenden Mächte der Vernunft, können nur außerhalb der Vernunft, nämlich in dem Gebiet der Autorität oder des Glaubens, auf die Beine gebracht werden. Wer, von der Kette des Glaubens ſich losmachend, ſich in das Gebiet der freien Unterſuchung begibt und durch dieſe Unterſuchung etwa zur Annahme eines Gottes*) gelangt, hört auf, liberal zu ſein, wenn er dem Andern die Freiheit verkümmern will, durch ſeine Unterſuchung den Gott zu beſeitigen. Soll auf dem Gebiet der Forſchung und der Erkenntniß eine Polizei eingeführt werden, ſo iſt es doch immer nur der eine Menſch, der ſich anmaßt, gegen den Andern Polizei zu üben. Wer berechtigt ihn dazu? Und wer ſpricht dem Andern das Recht ab, ebenfalls Polizei zu üben? Alſo entweder keine Polizei oder eine gegenſeitige! Man würde aber dadurch bloß ausſprechen und feſtſetzen, daß der Menſch nur Vernunft habe, um bei ihrer Anwendung unvernünftig zu ſein, während die einzige Polizeiaufſicht, welche unter den Geiſtern beſtehen darf, die freie Kritik iſt.

Der Menſch muß endlich aufhören, ſich vor ſich ſelbſt zu fürchten. Er muß entweder ſeine Ver-

*) Wir ſtatuiren hier abſichtlich eine ſolche Anomalie oder einen ſolchen Widerſpruch, weil er eine ganze Klaſſe von „freien Forſchern" bezeichnet, die in einem deiſtiſchen oder pantheiſtiſchen Intermilien zwei entgegengeſetzte Standpunkte vereinigen zu können glauben. Ihr Verhalten gegen die „Atheiſten" liefert ſofort die Probe auf ihren Liberalismus. In der Regel rufen ſie die Polizei oder die Philiſter zu Hülfe.

nunft anerkennen oder ihr ganz entsagen. Erkennt er sie an, so kann er nicht voraussetzen, daß die Vernunft ihn zur Unvernunft führen müsse. Er muß also als Grundbedingung alles menschlichen Wesens und aller menschlichen Thätigkeit freie Wirksamkeit der theoretisirenden Vernunft festsetzen. Die Resultate dieser Wirksamkeit können nicht „gefährlich" für die Menschheit sein, sie können nicht etwa als etwas Aeußeres oder Feindliches auf sie einwirken, denn sie entwickeln sich nur in ihrem Schoß und kommen, je nachdem sie richtig oder falsch sind, entweder lebendig oder todt zur Welt, und die lebendigen müssen fortwirken, die todten werden begraben. Könnten sie aber auch „gefährlich" sein, so hätte dennoch kein Mensch das Recht, sie zu hindern, und ein solches Hinderungsprinzip, welches immer Despotismus ist, wäre jedenfalls gefährlicher, als irgend ein Resultat der freien Forschung jemals sein könnte.

Wer liberal sein will, muß vor allen Dingen dem Geist vertrauen, muß ihm freies Spiel nach allen Seiten lassen und sich nicht anmaßen, der Wahrheit, der einzigen Herrscherin in der Welt, in das Herrscheramt zu pfuschen. Er darf nicht zu der Annahme gelangen, daß bei freier Geistesthätigkeit die Unvernunft die Vernunft, die Unwahrheit die Wahrheit besiegen könne. Eine solche Annahme wäre eben die unvernünftigste der Welt, und ist sie dieß, so wäre es die illiberalste Inkonsequenz der Welt, dem freien Kampf ein Hinderniß in den Weg legen zu wollen.

Wer den theoretischen Kampf, es handle sich um Gott oder um den Teufel, irgend hindert und für gefährlich hält, der fürchtet sich entweder vor der Wahrheit, und dann vertritt er selbst die Unwahrheit, oder er fürchtet sich vor der Unwahrheit, und dann stellt er der Wahrheit, die er zu vertreten vorgibt, ein Armuthszeugniß aus.

Diesem Entweder Oder entgeht Niemand, der nicht den Muth hat, dem Geist freie Bahn zu lassen oder zu öffnen.

In Sachsen haben wir es erlebt, daß „liberale" Deputirte, welche jeden Tag das Wort Preßfreiheit im Munde führen, die Unterdrückung eines (sogar zensirten) Journals, der „teutschen Jahrbücher," gut hießen und geschehen ließen. Diese Thatsache bleibt eine der lehrreichsten in der Geschichte des illiberalen Liberalismus. Was sich die sächsischen Deputirten eigentlich unter Liberalismus und Preßfreiheit gedacht haben, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich haben sie gar nicht gedacht. Sie haben bloß gefühlt, daß die „irreligiöse" Richtung der „teutschen Jahrbücher" über ihre Köpfe hinausging; ihr Liberalismus war also — Vornirtheit und Despotismus, und welcher Despotismus schlimmer ist, derjenige der Schlechtigkeit oder derjenige der Vornirtheit, das ist nicht leicht zu entscheiden. Die sächsischen Deputirten haben bewiesen, daß sie die Hauptgesetze des Liberalismus nicht kannten, welche heißen:

§. 1. Vertraue dem Geist und beschränke ihn nicht.

§. 2. Nur der Geist hat Recht über den Geist, nicht die Polizei.

§. 3. Wer auf den Namen eines liberalen Mannes Anspruch machen will, der muß nicht bloß derjenigen Theorie, die ihm entgegen ist, sondern auch derjenigen, die er nicht begreift, freie Entwickelung lassen; er muß es um so mehr, da er nicht sicher ist, ob er sich nicht morgen selbst zu dieser Theorie bekennen werde, denn ein liberaler Mann vernirt sich niemals, bleibt stets disponirt, seine Ansichten aufzugeben, so bald sie durch bessere besiegt werden, gräbt also weder sich noch Andern den Weg der Entwickelung jemals ab, sondern läßt ihn fortlaufen in's Unendliche.

Da wir hier einstweilen von dem Liberalismus im

Gebiet der Religion und Theologie sprechen, so müssen wir den Zweifel anregen, ob die von uns aufgestellten Forderungen von denen anerkannt werden können, deren Geist nicht bis zum letzten Punkt des bisher ausgemessenen Forschungsgebiets vorgedrungen ist. Kann, um bestimmter zu sprechen, ein Mann der positiven Religion liberal sein gegen einen Mann der freien Geistesentwicklung? Wir behaupten: nein. Es ist nicht möglich, daß derjenige, welcher sich mit seinen Ansichten hinter die Mauer des Glaubens und der Autorität verschanzt hat, ohne Feindschaft denjenigen betrachte und behandle, der nur glaubt, was er erkennt, und keine andre Autorität gelten läßt, als den freien Menschengeist. Der Atheist kann den Bethruder belächeln und bedauern; der Bethruder kann den Atheisten nur hassen und verfolgen.

Wir sparen hier weitere Worte über diesen Punkt und stellen als ersten Satz im Katechismus des Liberalismus auf:

Nur der Aufgeklärte ist liberal.

Aus dem Gebiete der Religion und Theologie in das Gebiet der Politik ist nur ein Schritt. Der Autoritätsglaube oder das Glaubensbedürfniß, welches den Menschengeist im religiösen Gebiet nicht als eigenen Herrn und Gesetzgeber anerkennen oder ertragen kann, ist natürlich leicht disponirt, ihm auch im Gebiet der Politik einen fremden Herrn und Gesetzgeber überzuordnen, sofern dieser nur an jenen Glauben anknüpft und dadurch die religiöse Theologie in politische Theologie zu verwandeln weiß. So schießt denn auf die einfachste Weise, wie die Schößlinge aus der Zwiebel, aus der religiösen Theologie die Theokratie, die Despotie, die Monarchie, die Aristokratie hervor. Alle diese Herrschaftsformen sind ja nur dadurch möglich und bestehen ja nur darin, daß

man durch theologische Ableitung besondere Menschen „von Gottes Gnaden" geschaffen und diese aparten, berufenen, heiligen, unverletzlichen, göttlichen Racemenschen den Andern, welche sich selbst „entehren," welche selbst ihre „Krone" niederlegen, indem sie auf ihre Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verzichten, als Herren und Eigenthümer, im günstigen Fall als „Väter" und Vormünder übergeordnet.

Weitere Uebergänge sparen wir, um sofort zu dem einfachen Satz zu kommen, daß in der Politik wie in der Religion die Anerkennung der freien Forschung und Selbstbestimmung des Menschen erste Bedingung des Liberalismus ist. Indem wir aber die Selbstbestimmung voranstellen, indem wir also festsetzen, daß kein Mensch einen Herrn haben dürfe, sondern nur sein eigner Herr sei, daß kein Mensch eine Regierung anzuerkennen habe, die er nicht mit eingesetzt, daß kein Mensch Gesetzen zu gehorchen brauche, die er nicht selbst mitgegeben, schneiden wir den ganzen Wust von „Entwickelungen," „Einrichtungen" und „Anlagen" ab, in welchen jetzt noch die Hauptmasse der sogenannten Liberalen bewußtlos umherirrt, wir fassen also das Recht wie das Unrecht bei der Wurzel und sind radikal. Dem Wort „Aufgeklärt," unter welches wir im religiösen Gebiet die Möglichkeit des Liberalismus gestellt haben, lassen wir also im politischen das vielgebrauchte Wort „Radikal" entsprechen und stellen den zweiten Satz auf:

Nur der Radikale ist liberal.

Indem der Radikale die freie Selbstbestimmung des Menschen und somit des Volks voranstellt, verbindet er damit ein Prinzip der Gleichheit, denn wer nicht von einem Andern bestimmt werden kann, steht ihm rechtlich gleich. Diese Gleichheit ist indeß nur negativer Natur,

ſie wehrt nur das Unrecht ab, welches die Ungleichheit dem Willen der Menſchen anthun würde. Der Radikalismus muß aber weiter gehen, er muß auch das poſitive Gleichheitsprinzip aufſtellen und dieß führt namentlich auf die Fragen, welche man unter dem Wort „Sozialismus" zu begreifen angefangen hat. Der Radikalismus geht, ſeiner Wortbedeutung entſprechend, dem Recht wie dem Unrecht an die Wurzel oder auf den Grund, er begeht weder die Thorheit, einen Zuſtand oder ein Recht durch das zufällige Faktum der geſchichtlichen Exiſtenz begründen, noch begeht er die Ungerechtigkeit, auf ſolchem Grunde, wenn er vernunftwidrig iſt, weiter bauen zu wollen; er geht vielmehr darauf aus, den Boden des Unrechts einzuſtoßen oder umzuwühlen, damit ein haltbarer und für Alle geeigneter Grund, nämlich derjenige der Vernunft, die Stelle einnehmen könne. Der politiſche Radikalismus iſt weiter nichts, als die Forderung der politiſchen Vernunft, die Treue des vernünftigen Prinzips, die Konſequenz der vernünftigen Anſchauung. Hiernach mag auch auf die Konfuſion geſchloſſen werden, welche unter Radikalismus Alles zu verſtehen ſich gewöhnt hat, was nur irgend gegen ein einzelnes beſtehendes Uebel der alten Zeit auftritt. Hier heißt Einer „radikal," weil er bloß gegen die Jeſuiten; dort Einer, weil er blos gegen die Zenſur; dort Einer, weil er bloß gegen den Abſolutismus auftritt. Wollte man das Heer der „Radikalen" muſtern, ſo würde man vielleicht die Hälfte derſelben den Reaktionärs überweiſen müſſen. Wir erleben es ja auch alle Tage, daß der eine „Radikale" zum Poliziſten gegen den andern wird, weil er den Radikalismus in der Behandlung einer einzeln abgeriſſenen Frage ſucht und die radikale Anſchauung nicht über das ganze Gebiet des Geiſtes und der Entwickelung auszudehnen weiß. Es geht in der Politik wie auch in den andern Gebieten:

nur der ist wirklich liberal, der wirklich radikal ist, und nur der ist wirklich radikal, der entweder mit umfassendem Blick das ganze Gebiet der bisherigen Forschung überschauen kann, oder, ist dieß nicht der Fall, wenigstens im Allgemeinen auf alle Fälle an dem Recht der Vernunft festhält, Alles und Jedes ihrer Kritik zu unterwerfen und Alles und Jedes aus sich zu produziren, wozu sie fähig ist. Wer nicht auf der Höhe seiner Zeit steht oder irgend klein vom Geiste denkt, der kann nicht liberal sein, so wenig wie der Schwachäugige den Sonnenstrahl dulden kann. Nur wer innerlich ganz frei ist, kann ganz liberal sein, so wie nur der ganz froh sein kann, der ganz gesund ist.

Es versteht sich, daß dem Radikalismus sich in der Praxis nach Ort und Zeit andre praktische Gegenstände und Zwecke darbieten. In Preußen hat der Radikalismus andre Feinde zu bekämpfen, als in der Schweiz; in England andre, als in Nordamerika. Im einen Lande kämpft man noch für die Preßfreiheit, im andern schon mit der Preßfreiheit; im einen Lande hat man noch mit Königen, im andern bloß mit Aristokraten zu thun; im einen haben die Pfaffen das Heft in den Händen, im andern die Gelehrmänner. Diese Verschiedenartigkeit der Feinde, diese negative Verschiedenartigkeit kann aber das positive System des Radikalismus nicht variiren, denn dieß ist ein allgemeines, so allgemein wie die Vernunft selbst. Das Ziel ist überall dasselbe und es kann, wenn das Resultat der bisherigen Entwickelung in zwei gebräuchliche Entwickelungs-Bezeichnungen gefaßt werden soll, überall kein anderes sein, als: „soziale" Republik. (Wir für uns würden bloß sagen: Republik, da sich der „soziale" Zusatz von selbst versteht). Es fügt sich also dem Satz, nur der Radikale ist liberal, noch die nähere Bestimmung hinzu:

Nur der Republikaner iſt liberal.

Wer weniger iſt, als Republikaner, kann unmöglich liberal ſein, weil er das Grundgeſetz aller Freiheit, nämlich das Recht der Selbſtbeſtimmung und die Gleichheit nicht anerkennt und gegen alle hierauf gerichteten Beſtrebungen nothwendig von vornherein und „von Gottes Gnaden“ illiberal ſein muß. Er iſt ein politiſcher Gläubiger, und Glaube und Vernunft bilden in der Politik denſelben Gegenſatz wie in der Religion.

Will man vielleicht noch bei der Schätzung des Liberalismus nach Nationen zu Werke gehen, ſo möchten wir behaupten, daß keine mehr Anlage zum wahren Liberalismus habe, als die teutſche. Der auszeichnende Charakter der Teutſchen iſt die univerſale Geiſtes-Dispoſition und Gründlichkeit. Der Teutſche iſt disponirt zu allem Möglichen und unſere Nation iſt am meiſten frei von jener Einſeitigkeit, welche andern Nationen das Verſtändniß der höhern Welt zum größten Theil verſchließt. Die meiſten ziviliſirten Völker haben es in der praktiſchen Freiheit weiter gebracht als wir, aber die philoſophiſche Umfaſſung der ganzen Gedankenwelt, welche aus einem Prinzip, dem Prinzip der Freiheit heraus, Alles unter einen Geſichtspunkt bringt, haben die Teutſchen voraus. Und dieſe umfaſſende Anſchauung eben gehört, wie wir ſchon geſehen haben, zum wahren Liberalismus. Bringen die Teutſchen es in der That ſo weit, wie im Gedanken, ſo ſind ſie unfehlbar die erſte Nation der Welt.

Das dritte Feld für den Liberalismus hatten wir im Gebiet der Sitte eröffnet. Auch hier iſt ſeine Grundbedingung wieder die Emanzipation von außermenſchlicher Macht, Richtſchnur und Anſchauung. Wer das Gebot und die Natur der Sitte in den Wolken ſucht, der

kommt nothwendig dahin, die menschliche Natur zu tyrannisiren und sie zu ihrem eigenen Schreckbild zu machen. Er betrachtet einem eingebildeten Gesetz zu lieb als Tugend, was Unnatur ist, und macht zur Sünde, was menschlich ist. Er stellt einen ingrimmigen Moralgötzen hinter die Coulissen, welchem der Mensch seine Natur zum Opfer bringen soll, und beschwört die theologische Parole der Gewissensangst auf den Tisch des Lebens herab, damit sie die besten Gerichte mit ihrem Koth besudele. Wer sich von diesem theologischen Glauben an das „Böse" nicht frei macht, der muß ein menschenfeindlicher Rigorist und bornirter Moralpfaffe bleiben. Wird die Theologie abgeschnitten, so steht der Mensch für sich allein da, faßt seine Eigenschaften als menschlich auf, entstellt seine Natur nicht und wird human gegen seine Mitmenschen. Der humane Mensch kennt **keine** „Sünde," er kennt nur Verletzung der Rechte des einen Menschen durch den andern, denn der Mensch kann nur fehlen dem Menschen gegenüber, auch kennt er keine „Strafe," er kennt nur Besserung des Fehlenden im Interesse der sittlichen Menschheitsidee und der Gesellschaft, denn er glaubt nicht mehr an das Gespenst eines außermenschlichen Moralgesetzes oder an den Götzen eines theaterhaften Rächers, welche eine „Sühne" verlangen. Sodann aber führt er, von dem unsinnigen Glauben an das „Böse" befreit, die Fehler der Menschen auf die wahren Verhältnisse zurück, welchen sie allein entspringen, und treibt die Sünde der „Schuld" und der „Verbrechen" aus, um die Aufforderung zur Humanisirung der Gesellschaft durch Verdrängung der Unkultur und Regulirung der ökonomischen Mißverhältnisse an die Stelle zu setzen.

Wir beschränken uns auf das Gesagte, da wir diesen Gegenstand an einem andern Ort bereits weitläufiger behandelt haben, und stellen als dritten Satz auf:

Nur der Humane iſt liberal.

Es kann hier nicht die Abſicht ſein, auch nur die Grundlinien zu einem vollſtändigen Syſtem der Freiheit zu zeichnen. Es kam nur darauf an, die Hauptpunkte hervorzuheben, welche die Peripherie des Kreiſes markiren, innerhalb welches ſich der Liberalismus bewegt. Nachdem dieß geſchehen, nachdem ihm angedeutet worden, wo ſeine Grenze und ſein Gebiet iſt, kommt es noch darauf an, von dieſer Mahnung an ſeine Erkenntniß zu einer Aufforderung an ſeine Geſinnung überzugeben. Eine ſolche Mahnung iſt namentlich in Teutſchland am Platz, wo man es ſo trefflich verſteht, ſich eine abſtrakte Welt von „Gedanken" zu konſtruiren, in welcher man ſich die Erlaubniß holt, im Leben mit Eklat ſeine Geſinnung zu blamiren. Betrachten wir namentlich die Mehrzahl unſerer Profeſſoren, dieſe verderblichen Schmarotzerpflanzen auf dem Baum unſrer Bildung, deren Nichtsnutzigkeit nur ihr Dünkel gleichkommt und deren Dünkel nur von ihrem Serviliſmus übertroffen wird. Unter dieſen Leuten — von den wenigen ehrenwerthen Ausnahmen ſprechen wir natürlich nicht — gibt es eine ganze Maſſe, die durch liberale Bon Mots oder einzelne Ausführungen ſich unter Studenten und in Zeitungen ein oppoſitionelles Air zu geben wiſſen. Kommt es aber darauf an, ihre Ueberzeugungen konſequent durchzuführen oder im Leben zu bewähren, ſo enthüllen ſie ſich ſchamlos als Schleppträger der Gewalt und Verräther der Freiheit. Sie widerrufen morgen, was ſie heute dozirt, und ſtrafen ſich ſelbſt Lügen, wenn ſie einmal eine Wahrheit geſagt haben ſollten. Mit erhobener Naſe ſteigen ſie auf den Katheder hinauf, um das Auditorium zu amüſiren, und kriechen auf allen Vieren wieder herunter, um vor den Gewalthabern ihre

Hundereverenz zu machen. Eben jetzt beweis't wieder der Herr von Raumer und die vor ihrem „Vater und König in Unterwürfigkeit ersterbende" „Akademie der Wissenschaften" in Berlin, wie weit unsre Professoren die Niederträchtigkeit offen zu treiben wagen. Pfui über dies Geschlecht! Man sollte sie mit Hunden aus dem Auditorium hetzen, wenn anders Hunde die Verwandtschaft so weit ignoriren, daß sie einen teutschen Professor der klassischen Sorte noch angreifen.

Doch verlassen wir diese widerwärtige Gesellschaft. Der grose Besen, der in Teutschland so viel wegzufegen hat, wird auch unter ihr aufräumen.

Es wird von den teutschen Professoren keiner weitern Ausführung bedürfen, daß der Liberalismus, wenn er nicht That und Leben werden will, eben so wenig Werth hat, wie irgend eine andre „Tugend," die sich mit Wortbeuteleien und Phrasen begnügt. Damit aber der Liberalismus sich bewähre, ist ihm zunächst diejenige Entschiedenheit der Gesinnung nöthig, welche im bestimmten Fall nicht in Zweifeln schwankt, ob sie sich rechts oder links wenden solle oder wenden könne, sodann aber auch nicht unschlüssig bleibt, die nöthigen Mittel zum Zweck anzuwenden. Vom Liberalismus wird also vorab die Entschiedenheit im Parteiergreifen und im Handeln gefordert und wir behaupten daher:

Nur der Entschiedene ist liberal.

Mit dem Parteiergreifen und gelegentlichen Handeln ist es aber nicht genug. Die blose Partei spricht nicht immer das richtige Prinzip vollständig aus und hält es nicht immer unwandelbar fest. Es kann sich sogar fügen und fügt sich oft genug, daß die Partei aus Schlaffheit oder Unklarheit den Weg theilweise verläßt und einem ganz andern Ziel zuzustreben in Gefahr kommt, als dasjenige,

welches ihr im Allgemeinen vorgeschwebt hatte. Auch ist es wegen der Wirkung bei der Bekämpfung des Gegners sehr wichtig, daß man das einmal vorgesteckte Ziel nicht aus dem Auge läßt und sein Prinzip nicht durch widersprechende Abirrungen schwächt. Im politischen Kampf, dem theoretischen wie dem praktischen, bewährt sich daher nur der Mann der Konsequenz und rechtfertigt den Satz:

Nur der Konsequente ist liberal.

Doch auch die Konsequenz reicht nicht aus so wie im Krieg die bloße Taktik nicht ausreicht, wenn ihr Muth und Tapferkeit fehlen. Die Konsequenz der Prinziptreue muß, wenn sie den Anforderungen des Liberalismus vollständig entsprechen soll, sich bewähren als Charakter; sie muß in Wort und That zu jener Unwandelbarkeit, Unbeugsamkeit, ja Starrheit werden, welche Alles an ihren Zweck setzt und nicht bloß ihrem Prinzip nichts vergibt, sondern dasselbe auch um jeden Preis zu verwirklichen strebt. Der Charakter gibt nicht blos von dem Errungenen nichts nach, er gibt auch von dem zu Erringenden nichts auf. Er sagt auch nicht einmal: „Alles oder nichts," sondern er sagt ganz einfach: „Alles!" Die Wahrheit oder das Recht können nicht bloß kein Jota aufgeben, sondern sie haben auch das Bewußtsein ihres vollständigen Siegs und können, dürfen dieß Bewußtsein nicht verleugnen. Es ist diese Ungenügsamkeit des Charakters nicht etwa eine willkürliche Annahme, sondern sie folgt aus der Nothwendigkeit seines Begriffs, denn der Charakter ist vor allen Dingen etwas Ganzes. Deshalb ändert er sich auch nicht, wenn er sein Prinzip verwirklicht sieht. Es gibt hundert Freiheits-Apostel, die in der Opposition ultraliberal sind, aber die ersten Verräther ihres Strebens und ihrer Partei werden, wenn sie

den Sieg errungen haben. Solche charakterlose Oppenenten, denen es um das bloße Opponiren oder um noch Schlimmeres zu thun ist, müssen scharf beobachtet und im vorkommenden Fall auf das Unversöhnlichste gezüchtigt werden. Wir stellen den letzten Satz auf:

Nur der Charaktermann ist liberal.

Die Sätze also, in welche wir die Kennzeichen und Anforderungen des Liberalismus gefaßt haben, sind folgende:

I.

1) Nur der Aufgeklärte ist liberal.
2) Nur der Radikale (der Republikaner) ist liberal.
3) Nur der Humane ist liberal.

II.

1) Nur der Entschiedene ist liberal.
2) Nur der Konsequente ist liberal.
3) Nur der Charaktermann ist liberal.

Hiernach mögen wir Liberalen uns prüfen, ob wir unsren Namen verdienen oder nicht. Wir unsrerseits wollen da, wo es am Meisten Noth thut, bei dieser Prüfung mit wenigen Worten zu Hülfe zu kommen suchen. Von den teutschen Professoren sprechen wir nicht mehr. Diese unheilbare Menschenrace, welche ihrer Entwürdigung noch den Stempel der dünkelhaftesten Unfehlbarkeit aufdrückt, geben wir, die erwähnten wenigen Ausnahmen abgerechnet, vollständig auf. Wir haben also hauptsächlich diejenigen im Auge, welche sonst durch ihre öffentliche Wirksamkeit vorzugsweise berufen sind, die Anhaltspunkte für die Entwicklung des Volks zu bilden, nämlich die Publizisten und die Landtagsabgeordneten. Daß beide der Mehr-

zahl nach unter den jetzigen Verhältnissen nicht ohne Heuchelei bestehen und wirken können, ist eben so gewiß, als es traurig ist. Um so mehr aber haben sie Ursache, auf ihrer Hut zu sein, und, wenn sie nicht Alles sagen und thun können, was sie wollen und müssen, wenigstens nichts zu sagen und zu thun, was sie unterlassen können. Wer nicht sagt oder sagen kann, was er will, der sage wenigstens auch nichts, was er nicht will. Nicht sagen, was man will, und nicht wollen, was man sagt, ist geradezu nichtswürdig, es bezeichnet die unterste Stufe der Nichtigkeit und Feigheit. Wenn auch die Heuchelei mitunter Mittel sein muß, so laßt sie wenigstens nicht zum Grundsatz oder Zweck werden. Seine Prinzipien nicht gleich aussprechen und durchsetzen zu können, schließt wenigstens nicht die Aufforderung in sich, sie zu verrathen. Es kommt darauf an, alle gegebenen Mittel für unsre Zwecke auszubeuten, aber kein Mittel anzuwenden, welches dem Gegner dient. Wie wenig diese einfache Regel beachtet wird, darüber belehrt uns jeder Tag und jede Gelegenheit. Wenn der Gegner durch seine Gewaltmittel die Initiative in Händen hat, so folgt hieraus wenigstens nicht, daß man ihm bei seinen Zwecken entgegen komme und in die Hände arbeiten müsse. Aber es handelt sich hier vor allen Dingen darum, daß man den radikalen Bruch erkennt, der zwischen uns und den Leuten der alten Zeit besteht, daß man die Unmöglichkeit einer Vermittlung einsieht und nach dieser Einsicht handelt. Die Hauptschwäche der Opposition besteht darin, daß man mit unklarer Erkenntniß und unentschiedener Gesinnung sich halb auf sein eigenes und halb auf des Gegners Terrain stellt und, statt an den Sieg, immer nur an den Brückenbau einer Vermittlung denkt, um dann diese endlose und vergebliche Arbeit bei jeder Gelegenheit aufs Neue zu beginnen. Die Gewalt *bekehren* wollen statt sie zu *vernichten*, ist

eben ſo unſinnig als feige. Sie überliſten, iſt gut; ſie in die Enge treiben, iſt beſſer; ſie untergraben, iſt das Beſte; ſie ſtürzen, iſt das Allerbeſte und zugleich das Ende vom Lied. Wer dieß nicht im Auge hat, der iſt nach unſrer Anſicht weder in Bezug auf Erkenntniß noch in Bezug auf Geſinnung zu den Liberalen zu zählen. Hier iſt an keinen Mittelweg zu denken; wer an ihn glaubt, iſt bethört, wer ihn einſchlägt, iſt verloren. Alles wollen und vor nichts zurückſchrecken, das muß unſere Parole ſein, wenn wir uns nicht nach wie vor von unſern Feinden wollen auslachen laſſen.

Wir müſſen kämpfen, in Bezug auf unſre Ideen mit warmer Begeiſterung, aber in Bezug auf unſre Feinde mit nüchternſter Taktik. Mit dem Feind haben wir zu thun und nochmals mit dem Feind und immer mit dem Feind. Laſſen wir doch das nicht aus den Augen, nachdem wir ſo viel hundert und tauſend Mal darüber belehrt worden ſind. Zeigen wir, daß unſer Feind wirklich unſer Feind und daß der Feind unſrer Ideen unſer doppelter Feind iſt. Dem Feind gegenüber gibt es keinen andern Geſichtspunkt, als den des Siegs, und wo kein dauernder Sieg gedacht werden kann ohne Vernichtung, da muß das Ziel ganz einfach Vernichtung des Feindes ſein. Wenn auch der Kampf, das nothwendige Mittel der Entwickelung, niemals in der Menſchheit ruhen kann, ſo werden doch Tage kommen (und in freien Ländern ſind ſie zum Theil ſchon gekommen), wo er eine mildere Form annimmt, wo die Differenzen unter den Parteien nicht mehr ſo ſchroff und klaffend ſind, daß nur Vernichtung des einen Theils ſie beſeitigen könnte, und ſolche Tage werden die goldene Zeit der Humanität bilden; ſo lang aber dieſe Zeit noch nicht angebrochen iſt, ſo lang die Freiheit noch die Gewalt mit Bajonetten und Kanonen ſich gegenüberſtehen ſieht und an keine Heilung denken

kann ohne die Mittel der entschlossensten Entschiedenheit, so lang ist es verächtliche Schwäche und Wahnsinn zugleich, jene goldene Zeit in der Vorstellung poetisch zu antizipiren, um sie in der Wirklichkeit immer wieder in eine so viel größere Ferne rücken zu lassen. Denn unsre Feinde, die durchtriebenen, laboriren nicht an solchen Phantasieen und Sentimentalitäten, sie sind praktische Klugheitsmenschen und benutzen jede Schwäche und jedes Versäumniß von unserer Seite rücksichtslos zu ihrem Vortheil, ganz unbekümmert darum, ob solches Versäumniß in Beschränktheit oder in übertriebener Humanität seinen Grund hatte.

Könnte man doch unsre Oppositionsmänner dahin bringen, wenigstens im Prinzip mit unsern Feinden ganz und für immer zu brechen! Aber hier ist die Klippe, wo ihre „Mäßigung" und ihre „Klugheit" d. h. ihre Halbheit und Feigheit zu scheitern pflegt. Lieber, als mit den Reaktionärs, brechen solche Halbe mit den „Radikalen," die ihnen eben so unbequem sind, als jenen. Wir kennen „Liberale," die, wenn sie die Freiheit vollständig verwirklichen könnten, die Hand von diesem Werk zurückhalten würden, sei es, weil sie sich überhaupt vor der Freiheit fürchten, sei es, weil sie das Bewußtsein haben, daß sie in freien Zuständen überflüssig werden müßten. Der Halbe weiß, daß er nur in Zustände der Halbheit paßt, und will nichts Ganzes. Es gibt „Liberale," die, nachdem sie in den gegenwärtigen Zuständen dazu gelangt sind, eine Rolle zu spielen, diese Zustände aus demselben Grunde beizubehalten wünschen, aus welchem die Pfaffen die „Religion" kultiviren: sie wollen ihre Stelle behalten. Es gibt andre „Liberale," die sich darüber entsetzen, daß man Zustände und Ansichten angreift, über welche sie selbst innerlich längst hinaus sind. Aber sie fürchten, dieß zu gestehen, weil sie dadurch in die

Verlegenheit gerathen würden, zugeben zu müssen, daß sie nicht wagen, nach ihrer Ueberzeugung auch zu handeln. Dann gibt es wieder „Liberale," die ihr Prinzip oder Ideal aus der Beschränktheit der lokalen Wirksamkeit abstrahiren, welche ihnen vergönnt ist, und sich danach ein eigenes System von „Liberalismus" zurechtmachen, welches die Gefahren des Kampfes wie die Mühe des Fortschreitens gleichzeitig ersparen soll. Alle solche sogenannte Liberale, welche der liberalen Sache unendlich schaden, müssen der schärfsten Kritik unterworfen und, wenn sie sich als unheilbar zeigen, aufgegeben und als Feinde behandelt werden.

Wir wissen, durch welche Redensart sie solche Strenge brandmarken zu können glauben. Die Redensart heißt: „man sieht, wie nah der Radikalismus an den Despotismus gränzt." Durch solchen Unsinn glaubt ihr uns und unsre Forderungen zu beseitigen? Sagt sogar, der Radikalismus sei ein Despot, und wir wollen euch nicht widersprechen, wenn ihr nur Einsicht und Ehrlichkeit genug habt, zu erkennen, daß es ein Unterschied ist, ob das Recht und die Wahrheit ihre Verwirklichung durch freie Mittel „despotisch" verlangen, oder ob ein Despot seinen Willen seinem Unrecht und seiner Lüge unterwirft. Das Recht und die Wahrheit und die Vernunft und die Humanität und wie alle die Worte heißen, an deren Stelle ihr den Radikalismus als Schimpfwort substituiren möget, bezeichnen allerdings Despoten, denen kein gekrönter an Unbeugsamkeit und Ungenügsamkeit gleichkommt. Sie wollen herrschen und sie müssen herrschen; sie dulden nicht einmal „ständischen Beirath" oder sonstige Assistenz und Opposition; unumschränkt und ohne Pause und ohne ein Titelchen ihrer „angestammten" Ansprüche aufzugeben, wollen sie gebieten; ja sie beschränken ihr Herrschgelüste nicht einmal auf ein einzelnes Land,

ſondern gehen mit dem unerhörten Plan um, ſich die ganze Erde zu unterwerfen. Man muß geſtehen, daß dieß Despoten erſter Klaſſe ſind. Und dieſen Despoten dienen die Radikalen! Pfui über dieſe Despotendiener! Ein Hoch dagegen den liberalen Leuten, welche weder dem Recht, noch der Wahrheit, noch der Vernunft, noch der Humanität dienen, wohl aber dem König von Berlin, dem König von Dresden, dem König von Hannover und allen ſonſtigen Königen und Herren, die ein Henkerſchwert oder einen geraubten Geldſack in der Hand haben!

Der „gesetzliche" Weg in ungesetzlichen „Staaten."

Was ist Gesetz? Wir quälen uns Jahrzehnte, Jahrhunderte lang mit Begriffen, die so einfach sind wie die Regel von zwei Mal zwei. Die berühmtesten Schriftsteller haben Bücher geschrieben über die Gesetze, die Dichter haben das Gesetz besungen, die Politiker haben es angebetet, die Unterthanen haben sich dafür todtschlagen lassen, und doch weiß man, wie es scheint, heute noch eben so wenig, was Gesetz ist, wie vor hundert Jahren. Die Erscheinung wäre sehr auffallend, wenn es nicht noch weit auffallendere gäbe. Wir schleppen die Vorurtheile und Befangenheiten der Gewohnheit aus einer Generation in die andre herein, und in der Regel kommen wir erst darüber zur Besinnung, wenn wir sie schon hinter uns haben. Die Macht der Gewohnheit ist so groß, daß man selbst die Einsichtigsten nicht immer verantwortlich

machen kann für die Befangenheiten, in welche sie durch ihre Zeit und Entwickelungsperiode verstrickt werden. Werfen sie nur ein Viertel des Wustes ab, womit sie beladen sind, so sieht man ihnen in der Regel wegen der übrigen drei Viertel schon durch die Finger und stellt sich damit zufrieden, daß irgend ein Einzelner Kraft und Muth genug besaß, sich ganz durchzuschlagen auf den Boden der freien Vernunft, von wo er die ganze Misere überschauen und verrammen konnte. Montesquieu hat geschrieben über den Geist der Gesetze und ist dadurch eine berühmte Autorität geworden. Lebte er heute, er würde vielleicht schreiben über die Gesetze des Geistes. Andere Gesetze gibt es in der Menschheit nicht, und der Geist der Gesetze kann und darf kein anderer sein, als der Geist freier und humaner Menschen. Oder sollten die Gesetze etwa einen vom menschlichen verschiedenen Geist haben? Sie haben ihn bisher insofern gehabt, als die ersten Gesetze von der Gewalt und Autorität ausgegangen sind und die Gesetzgebung das vorwiegende Gewaltelement so lang durch die Geschichte herüberschleppen mußte, bis die Gewalt zum Sturz kam und die Demokratie mit dem Vernunftrecht an die Stelle trat, was bekanntlich noch wenig geschehen ist. Hiernach könnte man allerdings einen zweifachen Geist der Gesetze unterscheiden, nämlich einen, wie er bisher gewesen, und einen, wie er sein sollte. Diese Spaltung muß aber verschwinden, sobald sie im Staatsleben durch den Sieg des Rechts über die Gewalt ihren Ursprung verliert. Der menschliche Geist besaß leider bisher die eigenthümliche Bescheidenheit, daß er, statt seine eignen Gesetze zu schreiben und auszuführen, lieber der Dummheit und Brutalität das Amt überließ und sich selbst mit der Stelle des Amtsdieners begnügte. Soll er aber niemals avanciren? Soll der Herr immer Diener sein? Wenn die Mensch-

heit ihren Geist in den wichtigsten Dingen entbehren kann, so sollte sie aufhören, ihn länger zu unterhalten, und sich bloß auf ihre brutale Seite legen.

Was ist Gesetz? Was Naturgesetze sind, z. B. das Gesetz der Schwere, das Gesetz der Erdumdrehung u. s. w., darüber sind wir einig, wenn wir auch nicht ganz hinter den Vorhang geschaut haben, hinter welchem diese Gesetze entstanden und wirksam sind. Wir wissen jedenfalls, daß Naturgesetze die freie Wahl und Betheiligung der Körper ausschließen, welche ihnen gehorchen. Aber was ist menschliches, was ist staatliches Gesetz? Die Antwort ist enthalten in der Antwort auf die Frage: was ist Staat? Ein Staat ist eine konstituirte Gesellschaft freier, gleichberechtigter Menschen, welche gemeinschaftlich nach ihrer Gesammteinsicht und ihrem Gesammtwillen ihre öffentlichen Angelegenheiten ordnen und besorgen. Diese Erklärung ist in den Hauptpunkten erschöpfend. Sie zeigt, daß die meisten, jetzt bestehenden „Staaten" — eben noch keine Staaten sind. Aus ihr folgt auch, daß die meisten, bis jetzt bestehenden „Gesetze" noch keine Gesetze sind. Die Festsetzungen, wodurch die Staatsgesellschaft, wie wir sie so eben bezeichnet haben, die Richtschnur für die Ordnung ihrer öffentlichen Angelegenheiten zieht, sind ihre Gesetze, die wieder zerfallen in die Grundgesetze (die Verfassung) und die laufenden Gesetze. Hiernach sind also wirkliche Gesetze nur diejenigen, an deren Festsetzung die ganze Staatsbürgerschaft theils durch Berathung, also Geltendmachung ihrer Einsicht, theils durch Genehmigung, also Geltendmachung ihres Willens, betheiligt ist. Was nicht diesen Ursprung und Charakter hat, ist kein Gesetz, es kann nur ein Diktat oder geschriebene Gewalt sein. Gesetz ist ein sittlicher Begriff. Nur ein freier Mensch kennt Gesetze. Eine Gesellschaft freier Menschen kommt unter sich überein, Regeln festzustellen, worin sie ihr sittliches

Bewußtſein und ihren ſittlichen Willen ausſpricht, um dadurch ein dauerndes die Geſammtheit umfaſſendes Band des Glücks und der Sicherheit zu ſchaffen. Aus dieſer Geſellſchaft ſcheidet heute Einer aus durch Ortsveränderung, morgen Einer durch Tod; das umfaſſende Band aber bleibt und ſchlingt ſich um die Neueintretenden, wie es ſich um die Ausgeſchiedenen ſchlang. Zeigt es im Laufe der Zeit Mängel, wird es zu eng oder ſchadhaft, entſpricht es nicht mehr dem fortſchreitenden Bewußtſein oder dem veränderten Bedürfniß, ſo verſtändigt ſich die freie Geſellſchaft auf dieſelbe Weiſe über ſeine Veränderung, wie ſie ſich über ſeine urſprüngliche Feſtſetzung verſtändigte.

So alſo geſtaltet ſich ein wirkliches Geſetz. Es iſt ein ſittlicher Zwang, den jeder Bürger ſich freiwillig auferlegt der Geſammtheit wegen; es iſt eine Richtſchnur, welche die Geſammtheit zieht des Einzelnen wegen. Alſo ſeinen Charakter erhält das Geſetz nur durch den freien Willen derer, welche ſich ihm unterwerfen, und ſeine Rechtfertigung findet es nur in dem wirklichen Bedürfniß derer, welche es ſich geben.

Wir ſind kein teutſcher Profeſſor und beſtreben uns, für Alles einen einfachen und verſtändlichen Ausdruck zu finden. Durch die vorſtehenden kurzen Bemerkungen, welche die ſämmtlichen Werke von zehn teutſchen Profeſſoren überflüſſig machen, glauben wir auch dem ſchlichteſten Verſtand die Erkenntniß eröffnet zu haben, was Geſetz iſt und was es nicht iſt.

Die ſogenannten konſtitutionellen Staaten nähern ſich einiger Maßen einem geſetzlichen Zuſtand, indem dort das Volk mittelbar wenigſtens einigen Einfluß auf die Geſetzgebung hat. In den Ländern des abſoluten Regiments aber, z. B. in Preußen, exiſtirt kein einziges Geſetz. Ein Menſch, der auf einem Thron „göttlicher“

Geburt

Ungebundenheit für ſich kein anderes Geſetz kennt, als ſein egoiſtiſches Intereſſe, diktirt per Kabinetsordre, oder per Verordnung, oder per Edikt, oder per Patent — man ſieht, er ſorgt wenigſtens für Abwechſelung —, daß ſechszehn Millionen willenloſer Unterthanen dieß thun, jenes laſſen ſollen, und die ſechszehn Millionen Unterthanen thun und laſſen, wie befohlen, und nennen das Geſetzlichkeit.

Er diktirt, daß derjenige, welcher ihm eine Wahrheit ſagt, ein ſogenannter Majeſtätsverbrecher ſei und vier Jahre auf die Feſtung müſſe. Die Unterthanen ſehen es, hören es, fahren zuſammen, entſetzen ſich, bekreuzen ſich vielleicht, aber — das „Geſetz" muß geachtet, d. h. die Diktate der Barbarei und des Unſinns müſſen heilig gehalten werden.

Er diktirt, daß derjenige, welcher ſich dieſer Barbarei nicht fügen kann und ſein Menſchenrecht geltend machen will, ein ſogenannter Hochverräther ſei und entweder ſein Leben im Kerker zubringen oder es auf der Schlachtbank des Henkers laſſen müſſe. Die Unterthanen ängſtigen ſich, ſie wundern ſich, wenn's hoch kommt, wahrſcheinlich aber ſchimpfen ſie gar über den Hochverräther und halten jeden Falls ehrfurchtsvoll feſt an dem „geſetzlichen Zuſtand", d. h. an dem Zuſtand der „geſetzlichen" Sklaverei und Niederträchtigkeit.

Er diktirt, daß jeder Unterthan einen Knebel der Stummheit auf dem Munde tragen müſſe, und jeder Unterthan trägt mit Reſpekt und angeſtammter „Treue" den „geſetzlichen" Knebel.

Er diktirt, daß die und die Menſchen zehn Grad höher ſtehen ſollen, als die andern, und die andern ziehen in „geſetzlicher" Ehrfurcht den Hut ab vor der „geſetzlichen" Erhöhung.

Er diktirt, daß ein ehrlicher Mann ein Schurke und

ein Schurke ein ehrlicher Mann sei. Man stutzt vielleicht, sieht aber nach und nach doch ein, daß der hohe „Gesetzgeber" Recht hat, und neigt sich vor der „gesetzlich" auf den Kopf gestellten Moral.

Ein römischer Despot ernannte einst in seinem volkverachtenden Uebermuth sein Pferd zum Konsul, und das Pferd war „gesetzlicher" Konsul, wenn es auch keine konsularische Funktionen ausübte. Darüber wundern sich jetzt vielleicht Leute, welche Minister u. s. w. respektiren, die weit schlimmer sind, als das Pferd des Kaligula.

All' ihr Millionen Unterthanen, die ihr — wir wissen keinen andern Ausdruck — die politische Bestialität noch so weit treibt, daß ihr jede Laune und jede Willkür und jeden Unsinn und jede Unmenschlichkeit und jede Schurkerei eurer Despoten, sobald sie sich in die hergebrachte Form einer Kabinetsordre kleidet und im Amtsblatt publizirt wird, mit dem erhabenen Namen des Gesetzes belegt und euch dann in willenlosem Gehorsam davor in den Staub werft — wir fragen euch, ob es noch irgend einen Einfall in der Welt gibt, den man euch auf diesem „gesetzlichen Weg" nicht als unverletzliche Richtschnur für euer öffentliches Leben diktiren kann? Nicht genug, daß eure Despoten euch in Fesseln legen, ihr selbst drückt durch eure „gesetzliche" Gesinnung den Fesseln den Stempel der Unverletzlichkeit auf, und dann sprecht ihr, — es ist in der That himmelschreiend — von „Fortschritt" und „Entwickelung!"

Nachdem ihr einmal die geschriebene Gewalt für Gesetze erklärt und die Folgsamkeit gegen dieselbe unter dem Namen der Gesetzlichkeit zur Tugend gemacht habt, ist euer „gesetzlicher Weg" sehr einfach. Er ist unbedingter Gehorsam gegen die Gewalt, d. h. freiwillige Sklaverei.

Ihr fragt euch nicht, ob ihr, wenn ihr selbst euch Gesetze zu geben hättet, den Unsinn einer Majestät bestehen

laſſen, ob ihr Majeſtätsverbrecher ſchaffen, ob ihr geheime Juſtiz einführen, ob ihr rechtliche Leute in's Gefängniß ſchicke, ob ihr euch zur Stummheit verurtheilen, ob ihr für ein Heer von Henkersknechten euren Schweiß verſchreiben, kurz, ob ihr dieſen ganzen koloſſalen Wuſt von Mittelalter und Barbarei, welcher euer Staatsleben überwuchert, beſtehen laſſen, oder einführen würdet: nein, dieſe Frage ſtellt ihr euch nicht, ſie liegt euerm Hundethum zu fern, und euer Menſchenthum laßt ihr nicht zu Wort kommen. Ihr wißt einmal, daß jener Wuſt beſteht, ihr ſeht ihn, ihr gebt an ihm zu Grunde und das genügt euch; und damit dieß ſelige Genügen ſich in einer beſtimmten Form ausſprechen könne, habt ihr die „Geſetzlichkeit" und den „geſetzlichen Weg" erfunden. Eure angeſehenſten Leute, eure Volksmänner, eure Oppoſitionsredner, eure Zeitungsſchreiber — alle fließen ſie über von „Treue" und „Geſetzlichkeit", und wenn die Gewalt dennoch Einen von ihnen am Kragen nimmt, der ihr ſogar durch die „geſetzlichen" Barrikaden hindurch unbequem geworden, ſo beſteht der oppoſitionelle Antheil, den ihr an ihm nehmt, hauptſächlich darin, daß ihr ſeine „Geſetzlichkeit" rühmt und euch vor lauter „Geſetzlichkeit" über ſeinen Prozeß wundert, denn er hat ja den „geſetzlichen Weg" nicht verlaſſen, er „hat ſtets einen hohen Begriff von Geſetzlichkeit an den Tag gelegt", er iſt „keiner Ungeſetzlichkeit fähig," kurz die Gewalt hat ſich in ihm geirrt, denn im Grunde iſt er ein ganz loyaler Knecht, der höchſtens dann ſich rührt und unterthänige Einſprache thut, wenn die Tritte, die man ihm oder Andern gegeben, einmal nicht ganz in der geſetzlichen Form gegeben werden, welche die Tretenden ſelbſt dafür vorgeſchrieben haben.

Kommen wir zu der Wirkſamkeit und den Reſultaten eurer geſetzlichen Oppoſition. Wir nehmen an, es will oder muß Einer eurer Schriftſteller oder Deputirten gegen

gend Etwas von dem vielen Schlechten, das bei euch
eſteht", opponiren (verſteht ſich, gegen irgend eine Neben-
che, denn die Hauptſachen dürfen gar nicht berührt wer-
n). Wie fängt er das nun an? Er nimmt zunächſt
as Strafgeſetzbuch und die übrigen Geſetze zur Hand,
elche in der Sache zur Anwendung kommen können.
ach ſorgfältigem Suchen findet er, daß die „geſetzgebende"
ewalt trotz aller Vorſicht irgend ein Pförtchen offen
elaſſen, durch welches man zu Wort kommen könne,
hne ſofort eingeſteckt zu werden. Er kommt zu Wort
nd — die Gewalt ſchließt das Pförtchen zu. Neues
uchen. Es findet ſich ein neues Pförtchen. Man ſchließt
es ebenfalls zu. So geht das Suchen fort. Endlich
wird die Gewalt das ewige Zuſchließen müde und — ſie
ergreift irgend eins der „geſetzlichen" Mittel, wovon ſie
ſtets einen hinreichenden Vorrath hat und bei jedem Anlaß
neuen Vorrath aus dem Aermel ſchüttelt, um den zähen
Opponenten unſchädlich zu machen. Iſt er Beamter, ſo
wird er an das Ende der Welt verſetzt, wo er bald ver-
ſchollen oder mürbe gemacht iſt; iſt er Zeitungsredakteur,
ſo findet ſich irgend ein Vorwand, ſein Blatt zu unter-
drücken; iſt er Landtagsabgeordneter, ſo verwickelt man
ihn in einen Prozeß, um ihn vom Landtag zurückhalten
zu können. So hat die Gewalt, die von ſich aus und
für ſich „geſetzliche" Mittel erfinden und diktiren kann
nach Belieben immer Wege genug vor ſich, auf welchen
ſie die Opponenten abführen kann. Weiß ſie ihre „geſetz-
lichen" Präſervativmittel klug genug zu erfinden und heuch-
leriſch genug anzuwenden, ſo ſteht ſie immer ſicher, ſo
lang der unſinnige Wahn der „Geſetzlichkeit" im Volk erhal-
ten wird und derjenige in der irregeleiteten öffentlichen
Meinung Recht hat, der das Unrecht am „geſetzlichſten"
auszuüben verſteht. So kann es die Gewalt Jahrzehnte
forttreiben; Hunderte aus der Oppoſition werden ihr

fruchtlos geopfert; wer ihr entkommt, dessen ganzer Triumph beruht in einem glücklich durchgeführten Prozeß; die ihr wirklich gefährlich sind, entkommen ihr nicht und werden trakassirt, bis sie gebrochen sind; das Volk leidet unterdeß fort und fort Sklaverei und Noth und kommt endlich erst dann zur Besinnung, wenn seine Dränger im Uebermuth das Spiel übertreiben und den nackten Despotismus zuletzt offen aus der „gesetzlichen" Umhüllung hervortringen lassen. Dieses Ende ist das gewöhnliche. Es kommt aber auf die Schlauheit der Gewalt und die Energielosigkeit der Opposition an, dasselbe vielleicht ein halbes Jahrhundert länger hinauszuschieben, als es bei kühnem Auftreten der Volksmänner erfolgt wäre.

Ist denn, so fragen wir, der Gewinn eines Menschenalters gar nichts für Menschen, die nur ein einziges Mal leben? Kann unsre Zeit, die Zeit der kühnen Erfindungen, denn nicht die Erfindung machen, den Weg der politischen Entwickelung abzukürzen und schon die jetzige Generation an einem Glücke Theil nehmen zu lassen, das auf dem „gesetzlichen Weg" vielleicht erst der zweitfolgenden zu Theil wird? Soll in der Geschichte, deren Verlauf täglich neue Gesichtspunkte und Aussichten darbietet, die Langweiligkeit der Opposition immer die alte bleiben und sich immer nur nach alten Mustern richten? Wir verkennen das Verdienst derer nicht, welche der Gewalt auch auf ihrem Terrain entgegentreten und nur Fuß vor Fuß ihr weichen; sie halten den Geist der Opposition wach und unterhalten die Theilnahme des Volks an den politischen Kämpfen. Aber eine Entscheidung, namentlich einen Uebergriff der Entwickelung in eine neue Zeit, bewirken sie nur dann, wenn sie bei guter Gelegenheit sich zu einer kühnen That aufraffen, die jedenfalls nicht auf „gesetzlichem" Boden auszuführen ist.

Wir haben O'Connell vor uns, das berühmte Muſter „geſetzlicher Oppoſition." Hat dieſer Mann in ſeinem langen Leben erlangt, was er wollte und was er immer auf den andern Morgen verſprach? Er iſt geſtorben ohne Repeal und mit ihm ſterben Tauſende ſeiner Landsleute vor Hunger. Hätte O'Connell die Arme dieſer Verhungerten benutzt, als ſie noch ſtark waren, ſie hätten als Märtyrer ſterben können, aus deren Blut das Glück ihrer Landsleute hervorgewachſen wäre; und ſelbſt das augenblickliche Unterliegen der Irländer angenommen, ſo wäre eine fernere Rechtung derſelben nach einem durch Unterdrückung gerechtfertigten Aufſtand eine ſolche Anomalie neben der engliſchen Freiheit geweſen, daß ſie gar nicht als möglich zu denken iſt. Jetzt aber wüthet das Elend auf ſeinem „geſetzlichen Weg" fort, und wenn O'Brien keinen andern Weg einſchlägt, wird es fortwüthen wie bisher. Verhungerte ſind ſo wenig Märtyrer, als Sklaven, und ſind ſie begraben, ſo — iſt man ſie los.

Dieſe Lehre von der Fruchtloſigkeit der „geſetzlichen Oppoſition" unter ungeeigneten Verhältniſſen wird uns ſogar in einem Lande gegeben, dem alle Mittel ſolcher Oppoſition, freie Preſſe, freies Verſammlungsrecht und freie Agitation neben der größten perſönlichen Sicherheit zu Gebot ſtehen. Die Stellung Irlands zu England aber iſt der Art, daß ſie die Anwendung dieſer Mittel faſt durchgängig paralyſiren mußte. Wäre dieß nicht der Fall, ſo würden wir das Mittel der Revolution in Irland eben ſo wenig für gerechtfertigt halten, als es dann nöthig wäre. Wer unter ſonſt normalen Verhältniſſen freien Gebrauch der intellektuellen Oppoſitionsmittel hat, bedarf keiner Gewaltmittel und ſieht eine Ehre darin, ſie entbehren zu können.

Aber wir? Man gebe uns engliſche Preßfreiheit, engliſches Verſammlungsrecht, engliſche Sicherheit der

Perſon, und wir werden das Wort Revolution nicht mehr in den Mund nehmen. Wer aber in Teutſchland iſt noch ein ſolcher Thor, daß er glauben ſollte, es dort auf „geſetzlichem Weg“ auch nur zu einer engliſchen Freiheit bringen zu können? Wer iſt noch ein ſolcher Thor, wenn er nicht bloß die innern Zuſtände Teutſchlands, ſondern namentlich die hölliſche Koalition zwiſchen Preußen, Oeſterreich und Rußland in's Auge faßt?

Wir unſrerſeits haben die Blindheit abgelegt. Wir ſind die Lächerlichkeit, Gutmüthigkeit, Langweiligkeit und Verderblichkeit des Opponirens auf dem „geſetzlichen Weg“ in ungeſetzlichen „Staaten,“ d. h. auf dem von Despoten ſelbſt gemachten und geſtatteten Weg müde geworden. Wir opponiren „ungeſetzlich“ und „hochverrätheriſch.“ Wir geben der Gewalt unmittelbar mit dem ungeſetzlichen Schwert des ewigen Menſchenrechts zu Leibe, und wenn ihr Andern das nicht ebenfalls lernt, es wenigſtens nicht billigt und unterſtützt, ſo bleibt eure „geſetzliche“ Lächerlichkeit ſo groß, wie eure „geſetzliche“ Sklaverei.

Haben wir aber erſt dieſen Wuſt der „geſetzlichen“ Sklaverei und Barbarei auf „ungeſetzlichem“ Weg entfernt, ſo wollen wir, zu einer freien Staatsgeſellſchaft zuſammentretend, uns ſelbſt unſre Geſetze, vernünftige Geſetze, menſchliche Geſetze, wirkliche Geſetze ſchaffen und den als einen Unwürdigen behandeln, der ſie übertritt.

Politiſche Wallfiſchtonnen.

Man kennt den Kunſtgriff der Wallfiſchfänger, Tonnen in's Meer zu werfen, womit die Wallfiſche ſpielen, ſo daß ſie während dieſer Unterhaltung bequemer harpunirt werden können. Es gibt auch auf dem Lande Wallfiſchfänger. Sie heißen Despoten; ihr Wallfiſch iſt das Volk und ihre Tonnen von mannichfacher Art. Faſſen wir einige davon in's Auge, um die Zwecke der Jäger und die Blindheit ihres Wildes an den Tag zu bringen.

Die Lehre von den politiſchen Wallfiſchtonnen iſt im Grunde ganz einfach. Was in der Welt dem Recht und der Wahrheit widerſpricht, das kann natürlich ſeine Erhaltung nicht von rechtlichen und offnen Mitteln erwarten, ſondern wählt ſeine Mittel nach ſeiner Natur. Dieß gilt namentlich vom Despotismus. Die Mittel ſeiner Erhaltung ſind Gewalt und Liſt. So wie aber Alles ſich mit der Zeit kultivirt, ſo hat auch der Despotismus eine kultivirtere Geſtalt annehmen müſſen. Während er alſo früher die Gewalt ganz nakt und offen hervorkehrte, ver-

ſteckt er ſie jetzt unter „geſetzlichen" Formen; und während er früher die Liſt mit triumphirender Schamloſigkeit betrieb, wendet er ſie jetzt mit rechtlichem Anſtand und verſtohlen an. Wenn man ihm Zeit läßt, wird er ſich ſo weit kultiviren, daß man ihm ſogar die Gewalt nicht mehr anmerkt und die Liſt förmlich zur politiſchen Moral im Prieſterrocke wird. Man hat nirgendwo mehr Gelegenheit, ſolche Bemerkungen zu machen, als in Preußen, dem kultivirteſten Despotenlande der Welt. Dort werden auch die meiſten Wallfiſchtonnen verfertigt und es hat in neuerer Zeit keinen größern politiſchen Tonnelier gegeben, als Friedrich Wilhelm den Vierten. Er und Ludwig von München ſind bekanntlich die größten gekrönten Poeten der Gegenwart. Während aber der Eine die Lymphe ſeiner poetiſchen Ader in der Form unſchuldiger Verſe auffängt, dichtet der Andre mittelalterliche Einrichtungen; und ſo oft der Eine einen neuen Band Gedichte herausgibt, hat der Andre einen neuen „Stand" fertig.

Die politiſchen Wallfiſchtonnen ſind im Allgemeinen als Ableitungs- und Beſchäftigungsmittel zu bezeichnen, wodurch das Volk hingehalten und das despotiſche Streben der Wachſamkeit desſelben entzogen werden ſoll. Da das Volk zu kultivirt und regſam geworden iſt, um ſich noch ganz in der Stille knechten zu laſſen, ſo beſteht die Kunſt des Regierens jetzt darin, ſeiner Kultur und Regſamkeit Beſchäftigungen zu geben, die ſeine Aufmerkſamkeit und Thätigkeit möglichſt lang und auf möglichſt unſchädliche Weiſe in Anſpruch nehmen. Da in Preußen die Regierung die einzige konſtituirte Macht iſt und in Allem die Initiative hat, ſo ſteht das Volk neben ihr wie der Hund neben dem Tiſch und wartet, bis der hohe Speiſende ihm einen Broſamen ſeiner Gnade oder einen Knochen ſeiner Autorität oder eine Knacknuß ſeiner Weisheit zuwirft. Je nachdem nun das Volk geduldig oder ungeduldig,

hungrig oder genügsam ist, kann man bei dem Zuzuwersenden die Auswahl treffen und die Zeit abpassen. Für gewöhnliche Fälle genügt vielleicht eine, durch einen erkauften Korrespondenten verbreitete Zeitungsnachricht, daß man „dem Vernehmen nach" im Staatsrath oder anderswo ein Stück Mündlichkeit und Oeffentlichkeit oder ein derartiges Tagesthema unter den Fingern der Berathung habe. Ueber den Bissen fallen sofort sämmtliche zensirte Zeitungen her, die um keinen Preis etwas ungedruckt lassen, worin das Wort Regierung vorkommt, und das ganze Land hallt Monate lang von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit wieder. Da die Regierung immer hinter dem Vorhang operirt, so ist Alles, was dorther ertönt, Räthsel oder Orakel, und da die getreuen Unterthanen ihre Weisheit sonst gar nicht an den Mann bringen können, so quälen sie sich in pflichtschuldigem Eifer das ganze Jahr hindurch mit den Räthseln und Orakeln ihrer angestammten Regierung. Ist solch ein Räthsel, das auf dem Wege des „Vernehmens" in die Oeffentlichkeit gelangte, abgenutzt, so kommt ein zweites, indem das erste widerrufen wird, und nun muß die arme Unterthanenschaft die ganze Weisheit, die sie mit so viel Anstrengung von sich gegeben, wieder zu sich nehmen, damit sie noch versehen sei, wenn das dritte Räthsel kommt, wonach „dem Vernehmen nach" und, damit die Volksweisheit doch auch einige Befriedigung habe, nicht minder der Wirklichkeit nach eine neue Kirche oder ein pensylvanisches Gefängniß gebaut wird.

Kläglicher Zustand eines Volks, das sich auf solche Art behandeln, äffen und hinhalten läßt!

Die Tonnen, die man in das Meer des Journalismus wirft, dürfen natürlich nicht zu auffallend benutzt werden. Man darf sie nur anwenden, wenn es darauf ankommt, über irgend Etwas die öffentliche Meinung zu sondiren oder ihr das tägliche Brod der politischen Lange-

weile einiger Maſſen zu würzen. Neben ihnen ſind am Gebräuchlichſten ſogenannte patriotiſche Feſte, z. B. Feiern der Erinnerung an ſolche Tage, wo die Unterthanen ſich aus Liebe zur Sklaverei haben todtſchießen laſſen; oder Stiftungen und Schöpfungen, für welche man ihnen aus beſonderm Vertrauen erlaubt, ihr Geld herzugeben u. ſ. w. Die großartigſte Wallfiſchtonne dieſer Art iſt der Reiner Dom. Wenn man bedenkt, wie viel Geld, Phraſen, Begeiſterungen und Anſtrengungen die Unterthanen auf Aller höchſte Veranlaſſung ohne Arg an dieſes mittelalterliche Narrenhaus (denn die bloße Kunſt hat faſt kein Menſch im Auge gehabt) verſchwendet haben, ſo ſollte man ſie allerdings zu allem Möglichen für fähig halten.

Doch wir kommen an die Hauptart der politiſchen Wallfiſchtonnen, wir meinen die „Einrichtungen," wodurch man die „Entwickelung" fördert, und die Gegenſtände, womit man die ſogenannten Landesvertreter oder Landtagsabgeordneten beſchäftigt.

Wo die Gewalt der ſogenannten Regierung Alles in Allem iſt, da iſt nichts leichter, als irgend eine Einrichtung zu ſchaffen. Man fingirt ſie bloß, und ſie iſt da. Mag der Sinn der „Unterthanen" nach Weſten ſtehen, man ſchafft irgend eine Einrichtung nach Oſten, und alle Blicke müſſen ſich nach Oſten wenden. Nicht die Vernünftigkeit der Einrichtung, nicht das Bedürfniß derſelben iſt erörterlich; ihre bloße Exiſtenz reicht hin, dem Volk vielleicht Jahre lang zu thun zu geben. Sofort iſt hier die Preſſe beſchäftigt, die Anſichten der unkultivirten Leſewelt der neuen „Entwickelung" anzupaſſen; dort wird ein Heer von Beamten kommandirt, um die neue „Organiſation" zu leiten; dort wird eine Verſammlung veranſtaltet, um irgend eine unſchuldige Perſon zu wählen oder eine allerunterthänigſte Petition zu berathen — kurz die neue Einrichtung ſei ſo unnöthig wie ſie immer wolle, ſo unſinnig

wie sie immer wolle, so zeitwidrig wie sie immer wolle, sie ist einmal da, sie hat sich „entwickelt" und das Volk wird so mit ihr beschäftigt, daß es an gar nichts Anderes zu denken hat, als etwa an die Vorbereitung auf eine neue „Entwickelung," die ihm so wenig voran hilft, wie die andre. Durch solche Mittel fristet der kultivirte Despotismus sein Leben.

Doch die besten Wallfischtonnen waren in Preußen bis jetzt die Landtage. Sie haben die Bestimmung, das Volk glauben zu machen, es besitze eine „Verfassung" und „Vertretung." Damit dieser Glaube nicht zu bald erschüttert werde, mußte man den Landtagsabgeordneten doch auch Etwas zu thun geben, und so war es denn stets ein besonderes Stück Arbeit für die administrative Phantasie der Berliner Regierungskünstler, passende Gegenstände für den „ständischen Beirath" herauszufinden. Diese Arbeit war um so schwieriger, da man in Berlin die Hauptsachen ohne den „ständischen Beirath" zu besorgen pflegt. Dennoch hat es dem Berliner Erfindungsgeist bis jetzt eben so wenig an Stoff gefehlt, als den „getreuen Ständen" an gutmüthiger Geduld. Niemals ist es einem Abgeordneten eingefallen, darauf anzutragen, daß man die lächerlichen „Propositionen" zurücksenden, oder übergehen, oder den Beamten überlassen möge, zu deren Ressort sie gehörten; nein, mit allen Formlichkeiten, mit aller Feierlichkeit, mit aller Gründlichkeit, mit aller Ehrfurcht, deren ein loyales Gemüth nur irgend fähig ist, wurde auch das Lächerlichste und Empörendste aufgenommen, behandelt, berathen, begutachtet, und mit großer Befriedigung gingen dann die „Volksvertreter" nach Hause in dem stolzen Bewußtsein, vielleicht ein neues Licht über das Gebiet des „Nachtigallenfangs" oder der „Zuchtstierordnung" oder über irgend ein anderes Gebiet vielseitiger und ähnlicher Regionen verbreitet zu haben. Daheim wurde man dann als „Ver-

derer" der „Entwickelung" empfangen. Der Landtagsabſchied wurde mit loyaliſter Spannung abgewartet und ſiehe da! die Nachtigallen durften nicht mehr gefangen werden und die Zuchttiere mußten nach polizeilichem Reglement oder Allerhöchſter Verordnung ihren Geſchlechtstrieb befriedigen, ſo daß die Rübe in Verſuchung kamen, unterthänigſte Dankadreſſen an den „Thron" zu richten wegen Allerhöchſter Sorgfalt für ihre Liebhaber und „verfaſſungsmäßiger" Ordnung ihrer ehelichen Verhältniſſe.

Sollte in Preußen der Stoff zu Landtagspropoſitionen jemals ausgehen, ſo ſind wir erbötig, mit unſrer geringen Erinnerungsgabe zu Hülfe zu kommen. Einſtweilen empfehlen wir z. B. folgende, eben ſo zeitgemäße als wichtige Gegenſtände:

Ueber die legalſte Art der Raupenvertilgung.
Ueber „harmoniſche" Einrichtung des Kirchengeläutes.
Ueber gleichmäßige Beſorgung der Schafſchur.
Ueber Verbütung der Hundebegattung auf den Straßen.
Ueber Beſteuerung des Kaffeemühlenbetriebs.
Ueber polizeiliche Mittel gegen die Unſittlichkeit der Stubenfliegen.
Ueber Reorganiſation des Kaminfegerweſens.
Ueber Wanzenvertilgung zur Hebung des Familienlebens.
Ueber Uniformirung der Küſter.
Ueber Vermiethung der Schneckenhäuſer auf Domainengütern an Proletarier.
Ueber Beaufſichtigung der Kellerſpinnen.
Ueber Inokulation der Maikäfer.

Da die Verhandlungen über dieſe und ähnliche Gegenſtände ſehr ſchwierig ſein dürften, ſo erlauben wir uns, das Bild einer Berathung über die letztgedachte Propoſition, Inokulation der Maikäfer betreffend, ſchon im Voraus andeutungsweiſe zu entwerfen.

Se. Majeſtät, unſer Allergnädigſter König, hat die große Noth und Theuerung der gegenwärtigen Zeit in Allerhöchſt Ihre Erwägung zu ziehen geruht und in Ihrer ſtets wachenden Sorge für das Wohl Ihrer getreuen Unterthanen Ihr Augenmerk namentlich auf ein Uebel gerichtet, welches in ſeinen Folgen ſehr verderblich auf den Wohlſtand wirkt, und deſſen gründliche Hebung eine beſſere Zeit heraufzuführen verſpricht. Se. Majeſtät würde ſchon ſofort Allerhöchſte Hand angelegt haben, wenn der Gegenſtand nicht zu wichtig und zu eng verknüpft mit den nächſten Intereſſen der Unterthanen wäre, als daß er eine einſeitige Behandlung erlaubt hätte. Se. Maj. hat ſich daher entſchloſſen, zuvor den Beirath Ihrer getreuen Stände einzuholen und legt denſelben hiermit einen Geſetzentwurf über Inſidulation der Maikäfer vor, wodurch auf möglichſte Beſchränkung der Fortpflanzung dieſer verderblichen Inſektenart innerhalb der geſetzlichen Schranken hingearbeitet werden ſolle.

Bei den Verhandlungen verſtändigt man ſich zunächſt darüber, daß die Propoſition eine beſonders wichtige ſei und offenbar in die Kategorie derjenigen gehöre, welche nach dem Geſetz vom 5. Juni 1823 „Veränderungen in Perſonen und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenſtand haben," weßhalb der Präſident die Verſammlung um beſondere Aufmerkſamkeit erſucht und auf das von Sr. Majeſtät Allerhöchſt bewieſene Vertrauen hinweiſt.

Nachdem der Gegenſtand einer Kommiſſion überwieſen und von dieſer mit Hinzuziehung eines geheimen Medizinalraths, zweier Profeſſoren der Zoologie, zweier Thierärzte, zweier Hofgärtner und eines Feinſchmieds nach allen Seiten gehörig vorberathen worden, entwickelt der Berichterſtatter in einem längern, gediegenen Vortrag ſeine Anſichten über das wichtige Thema. Er hebt zunächſt die

edlen Absichten Sr. Majestät hervor, gibt dann einen kurzen Abriß der Geschichte der Maikäfer, weist deren Verderblichkeit im Gebiete der Obstbaumzucht nach und geht darauf zu einer gründlichen Prüfung der Mittel über, wodurch dieser Landplage am Wirksamsten begegnet werden könne. Bei dieser Prüfung bedauert er auf das Schmerzlichste, mit dem Allerhöchsten Gesetzesentwurf nicht ganz übereinstimmen zu können. Er glaube an Liebe zu der Allerhöchsten Person des Königs und zu dem gesammten Herrscherhaus von Niemanden übertroffen zu werden; aber eben dieser Liebe wegen sei er um so mehr verpflichtet, aufrichtig und freimüthig diejenige Meinung abzugeben, welche seine Ueberzeugung ihm diktirte, und diese Meinung gehe dahin, daß es zweckmäßiger sein dürfte, die Maikäfer zu kastriren, als ihre Fortpflanzungswerkzeuge zu inhibiren.

Sofort erhob sich ein Abgeordneter des Fürstenstandes, um das Votum des Berichterstatters zu bekämpfen. Er halte es für Pflicht, nicht bloß den Absichten, sondern auch den Ansichten Sr. Maj. möglichst nahe zu bleiben. Diese Ansichten gingen aber, wie sich dieß in hundert Fällen bewahrt habe, niemals dahin, zu exstirpiren, sondern bloß zu inhibiren. Er halte es daher für Mangel an Ehrfurcht vor der Krone, wenn man sich von den Ansichten Sr. Maj. so weit entferne, daß eine Uebereinstimmung unmöglich werde. (Vielseitiges „Brave!")

Ein Abgeordneter des Ritterstandes erklärt sich mit dem vorigen Redner nicht einverstanden. Kastriren sei nicht exstirpiren; hätte der Berichterstatter das Letztere im Sinn gehabt, so würde er auf Todtschlagen angetragen haben. Im vorliegenden Fall sei Kastriren eben nichts weiter als Inhibiren; er schließe sich dem Antrag des Berichterstatters an.

Derselben Meinung war ein Abgeordneter der Land-

gemeinden, wogegen ein Abgeordneter der Städte aus Rücksichten der Sittlichkeit, die auch Sr. Maj. offenbar vorgeschwebt, sich für das Infibuliren erklärt. Er macht außerdem noch darauf aufmerksam, daß es in einem christlichen Staat eine Anomalie sei, heidnische Gebräuche wenn auch nur in der Thierwelt, einzuführen, und daß durch dergleichen der Sinn des Volks unmerklich dem Geist unsrer heiligen Religion entfremdet werden müsse. (Bewegung.)

Ein zweiter Abgeordneter der Landgemeinden regt, namentlich im Hinblick auf den Punkt der Sittlichkeit, die Frage an, ob die Infibulation am weiblichen oder am männlichen Geschlecht der Maikäfer vorgenommen werden solle, eine Frage, welche der Gesetzesentwurf im Dunkeln gelassen habe. Die Versammlung beseitigt dieß Bedenken und nimmt die Infibulation des männlichen Theils als sich von selbst verstehend an.

Ein zweiter Abgeordneter der Städte hebt besonders den Kostenpunkt, so wie die technische Schwierigkeit hervor: er macht die kühne Einwendung, daß die Kosten der Infibulation sich höher belaufen könnten, als der Schaden, den die nicht infibulirten Maikäfer anrichten; da er aber an Liebe zu Sr. Majestät keinem Andern nachstehe, so stimme er für den Gesetzesentwurf.

Nachdem noch vierzig Redner für und gegen aufgetreten, stellt ein Abgeordneter des Ritterstandes das Amendement, man möge den Gesetzesentwurf annehmen, jedoch mit der unterthänigsten Bitte an des Königs Majestät, ihn probeweise nur für ein Jahr zur Ausführung bringen, dann ihn aber nebst einem amtlichen Bericht über den Erfolg dem Landtag zur definitiven Entscheidung nochmals vorlegen zu lassen.

Dieß Amendement fand vielseitige Unterstützung und wurde mit 60 gegen 20 Stimmen angenommen. Zwei

Mitglieder des Fürſtenſtandes, welche ſich der Abſtimmung enthielten, gaben ihr Separatvotum zu Protokoll, worin ſie ihre unbedingte Billigung des königlichen Geſetzesentwurfs ausſprachen und die Unverbrüchlichkeit ihrer loyalen Geſinnung deponirten.

Der darauf erfolgte Landestagsabſchied erklärt, daß Se. Majeſtät dem Antrag der getreuen Stände allergnädigſt zu willfahren geruht habe und den Geſetzesentwurf auf dem nächſten Landtag, nebſt den Protokollen der Behörden über die Reſultate der einſtweiligen Ausführung nochmals vorlegen zu laſſen die Gnade haben werde.

In dieſer Weiſe beſchäftigt man in Preußen mit „geſetzlichen" Tonnen den Wallfiſch des Volks und fördert deſſen „Entwicklung." Habe man dem Volk bloß ein politiſches Spielzeug, ſo ließe ſich die Sache noch von der heitern Seite auffaſſen. Der bittere Ernſt beſteht aber darin, daß es durch die Tonnen, die man ihm verwirft, und durch die Harpunen, die man ihm dabei in das Herz ſchleudert, um ſeine Entwickelung, um ſein Glück reinweg betrogen wird. An einer Einrichtung, die der Mann zu Berlin in fünf Minuten verfertigt, kann das Volk ein halbes Jahrhundert laboriren, ehe es ſie wieder los wird. Jede ſeiner Einrichtungen iſt ein Dorn im Fleiſch des Volks; ein ſolcher Dorn iſt in einem Nu hineingetrieben, aber er verurſacht ein lange ſchmerzendes Geſchwür und die Kraft des ganzen Körpers muß ſich verſchwenden, um ihn von dem Dorn durch Ausſchwären wieder zu befreien. Ehe das Volk z. B. von dem Geſchwür, welches ihm durch das unnatürliche, nichtswürdige, gewaltſam eingepfropfte Ständeweſen verurſacht wird, ſich wieder befreit hat, muß es ſeine ganze Kraft aufwenden, muß tauſend überflüſſige Maßregeln mitmachen, tauſend überflüſſige Beweiſe führen, tauſend überflüſſige

Kämpfe beſtehen und am Ende tauſend überflüſſige Schlüſſe thun. So iſt die Lage eines Volks, das nicht ſelbſt den Acker ſeines Staatsweſens beſtellt, ſondern den Staat zum ſtets bereit liegenden Miſtbeet herabwürdigen läßt, in welches der Eigenthümer ſeinen Egoismus, ſeine Einfälle, ſeine Launen, ſeine Kniffe ſäet.

Teutſche Dummheiten.

Wir können verſichern, daß es ſehr unangenehm iſt, das Wort „Dummheit" ſo häufig gebrauchen zu müſſen. Aber die unbarmherzigen regierenden und diplomatiſirenden Herren in Teutſchland laſſen Einem gar keine Auswahl. Ihr politiſches Inſtrument ſpielt nur zwei Stückchen, welche heißen „Schlechtigkeit" und „Dummheit," oder, da die Schlechtigkeit und Dummheit ſehr häufig ſynonim ſind, ſpielen ſie in der Regel nur ein einziges Stück. Dadurch iſt man natürlich auch beim Akkompagniren gebunden und muß ſich heute mit der Dummheit abmühen wie morgen und morgen wie heute. Die Reaktion iſt ſchon ihrer Natur nach eine Dummheit, ſie iſt auf die Dauer die größte, die es gibt; wenn ſie aber mit der Dummheit ihres Weſens auch noch die Dummheit der Mittel verbindet, ſo bringt ſie es zu dem, was man Ideal nennt,

nd man kommt in der That in Zweifel, ob es nicht Eitelkeit iſt, einer idealen Dummheit bei ihren Selbſtvernichtungsbeſtrebungen noch zu Hülfe kommen zu wollen. Doch ſelbſt auf dieſe Gefahr hin darf man die Ausführung löblicher Abſichten nicht unterlaſſen, und da in unſerm Vaterland die Dummheit der Regierten ſehr häufig mit der Dummheit der Regierenden rivaliſirt, ſo darf man immer hoffen, nach einer Seite hin Gutes zu ſtiften.

Laut den neueſten Nachrichten glauben in Teutſchland noch verſchiedene Leute an die Majeſtät. Namentlich unter den Richtern gibt es noch ſolche Dummköpfe, denn ſie verurtheilen ihre Mitmenſchen, wenn ſie einen Witz gemacht oder ein Gedicht vorgeleſen haben, zu zwei Jahren Feſtungsſtrafe. Sie thun das, entweder weil ſie Dummköpfe ſind, die einen gekrönten Jeſuiten, Saufbold oder Hurenpatron unter den Schuz des dummen Majeſtätsgeſpenſtes geſtellt wiſſen wollen, oder weil ſie Schurken ſind, die gegen ihre Ueberzeugung die Tugend des Majeſtätsbeleidigens zum Verbrechen machen. Was richtet man nun mit ſolchen dummen Beſtrafungen dieſer Tugend aus? Sie ſteigt dadurch nur im Kurs und mit ihr ſteigt der Haß gegen diejenigen, die durch die Beſtrafungen geſchüzt werden ſollten. Auch iſt dafür geſorgt, daß auf jede beſtrafte Majeſtätsbeleidigung hundert beſſere kommen, die man — es iſt entſezlich! — nicht beſtrafen kann. Wir z. B., die wir uns augenblicklich auf dem ſichern Stern Sirius aufhalten, treiben im Majeſtätsbeleidigen einen ſolchen Luxus, daß wir, ſollte Jemand Mangel in dieſem Artikel haben, ihm das crimen laesæ majestatis ſcheffelweiſe überlaſſen können. So eine hohle, dumme, faule teutſche Majeſtät ſteht bei uns wunderbarer Weiſe nicht einmal ſo hoch im Reſpekt wie ein andrer Lump oder Schurke, und wir beleidigen ſie eben ſo oft und unbedenklich, wie

Höchstdieselbe eine Kabinetsordre erläßt oder eine Menschenquälerei sanktionirt. Zum Frühstück Majestätsbeleidigung; zum Diner Hochverrath; zum Souper Revolution -- so treiben wir das Ding ganz ungenirt, und wir haben es förmlich darauf abgesehen, daß sich unsre guten Landsleute und ihre Majestäten an diese verpönten Gerichte gewöhnen sollen. Wir suchen diese verbotenen Dinge so geläufig und alltäglich zu machen, daß man sie zuletzt für wahre Kinderei halten muß. Wir suchen die Majestätsnerven so abzustumpfen, daß sie gegen das Landrecht u. s. w. eben so gleichgültig werden wie gegen den Koran; wir wollen es dahin zu bringen suchen, daß die Despoten ihre Majestät eben so wenig mehr begreifen wie die Unterthanen.

Wir werden diese löbliche Absicht selbst auf die Gefahr hin ausführen, daß wir von teutschen Professoren und Kammerjunkern des schlechten Styls und des Cynismus beschuldigt werden sollten. Wir werden sogar nicht vor dem Greuel zurückschrecken, unsern Styl so schlecht zu machen, wie der Gegenstand ist, den er behandelt, wenn wir nur dessen dürfen, unsern Zweck zu erreichen. Uebrigens handeln wir nicht ohne Auswahl. Es ist uns nicht gleichgültig, welche Majestät wir nehmen, und in der Regel geben wir uns nur mit ausgesuchten Exemplaren ab. Zu denen würde auch Heinrich der 72te gehören, wenn wir nicht fürchteten, von den Truppen dieses mächtigen Zaaren von Reuß-Kreuz Steif Schwerenoth unser Gebiet überzogen zu sehen. Weniger Besorgniß flößt uns schon der einäugige Verfassungsbandit in Hannover ein; doch lassen wir ihn bei seinem Alter in Ruhe, in der Erwartung, daß ihn nächstens ohnehin, wie die frommen Leute sagen, der Teufel holen wird. Mehr Verführerisches hat der Bube in Kurhessen, dem wir von Herzen wünschen, daß man ihm alle Tage mindestens funfzig Stockprügel gebe. Doch unsre Lieblinge sind der Jesuit in Berlin und der Narr in

München. Der Letztere würde auch dann Interesse für uns haben, wenn er sich nicht eines so verstandesmörderischen Styls befleißigte. Sein Styl aber ist ein förmlicher agent provocateur für die Majestätsbeleidiger. Wenn der Mann nicht auf einem sogenannten Thron säße, man hätte ihn bloß seines Styls wegen schon längst in's Narrenhaus gebracht. Wir für unsre bürgerliche Person würden es nicht wagen, im Ernst so partizipialisch aufzutreten, aus Furcht, als gefährlich für die öffentliche Sicherheit angesehen zu werden und unser armes Dasein in der Zwangsjacke beschließen zu müssen. So ein König aber geht für Alles frei aus, und könnte man einen leibhaftigen Pavian oder Barribal zum König machen, die getreuen Unterthanen, namentlich in Bayern, fielen andächtig auf die Knie, priesen begeistert seine Weisheit und thäten eventualiter mit pflichtschuldigster Bestialität Abbitte vor seinem Bildniß. Geberdete er sich aber wohl gar recht teutsch und cherusk'sch, so wäre er zugleich eines ewigen Nachruhms und der Beförderung unter die Götter gewiß. In Teutschland ist das Gebiet der Naturgeschichte noch großer Erweiterung fähig. Man theilt die Thiere gewöhnlich ein in Säugethiere, Vögel, Amphibien, Fische, Insekten und Würmer. Unterhalb dieser Klassen gibt es aber noch zwei: teutsche Despoten und teutsche „Unterthanen." Unterhalb der letztern ist weiter nichts mehr gedenkbar; und wenn auch der liebe Gott noch so allmächtig ist, er ist dennoch nicht im Stande, etwas Niedrigeres zu schaffen, als einen teutschen Unterthan, der einen teutschen Despoten anbetet und vor dessen Strafbildniß nicht einmal wahnsinnig wird.

Wir kommen auf dem Wege einer sehr natürlichen Ideenassoziation zu der schönen Spanierin in München. Wenn Fräulein Lola Montez nicht bloß vor dem Bildniß, sondern auch vor dem Original der partizipialkonstruirenden Majestät zu München als Magd des Herrn

erſchienen iſt, ſo konnte ſie dabei nur die löbliche Abſicht
haben, für ihre vielen Sünden Abbitte zu thun. Wi
chten dieſen heroiſchen Entſchluß der Spanierin, den
wer ſich eine ſo unerhörte Buße freiwillig auflegt, den
muß es Ernſt mit ſeiner Tugend ſein, wenn auch di
Sünden, die mit ſolcher Buße im Verhältniß ſtehen
ein erſchreckendes Maß erreicht haben mußten. Mein
Fräulein Lola ſtellen wir nicht zuſammen mit bayeriſche
Unterthanen, denn was ſie thut, iſt ein freiwilliger Ak
iſt eine Selbſtverläugnung, die an Größe grenzt, und ſ
iſt um ſo mehr über die Unterthanen erhaben, als die
jetzt nicht bloß die angeſtammte Majeſtät, ſondern au
deren Magdalena verehren, welche das, was ſie in de
kräftigen Armen von Männern geſündigt, in den ausg
mergelten Vorderbeinen eines gekrönten Pavians abbüß
(Wir haben wahrhaftig einen Styl wie die Jeſuitenblätt
in München und Luzern. Der alte Görres wird uns b
nicken.) Doch laſſen wir die Lola bei ihrem fromm
Werk und wenden wir uns wieder zu ihrem Bußerekut

Der Jeſuitenminiſter Abel hat nicht auf ſeine Faul
ſondern nur als rechte Hand der Majeſtät, d
Land des Beckbiers und der Walhalla auf eine We
geknechtet, daß er nebſt ſeinem Auftraggeber n
dem Galgen zu gelinde beſtraft werden würde, wenn m
ihre Staatsverbrechen unter das gegen die Unterthan
geltende Kriminalmaß bringen könnte. Oder gibt es n
ein mit Vernunft begabtes Weſen, welches ſich etwa e
bilden ließe, der Herr Ludewig habe von den Abelich
Schandthaten nichts gewußt und vielleicht 9 Jahre la
in den Armen der Publeirnen überſehen, daß er auf ein
geweihten Kirchhof hauſe, 9 Jahre lang über dem Ver
machen die Quälerei und Knechterei des Volkes aus
Augen gelaſſen? Entweder hat er davon gewußt u
dann verdient er nach Kriminalbegriffen mindeſtens

Galgen, oder er hat nicht davon gewußt und dann verdient er ihn ebenfalls, weil er sich nicht um seine Pflicht bekümmert hat. Man drehe die Sache, wie man wolle; jeden Falls ist Herr Ludewig der Hauptschuldige, und daß man dieß in Teutschland, der Majestät wegen, verkennen will, ist eine teutsche Dummheit ersten Ranges.

Diese Majestät nun lernt in der geilen Langeweile unter den vielen Huren (wir sprechen in der That so cynisch wie die Majestät handelt), die ihr das Geschäft des Knechtens und Verschwendens versüßen halfen, zufällig auch eine kecke und trotzige Spanierin kennen, welche mit ihrer antijesuitischen Gesinnung dem bisherigen System gefährlich zu werden droht. Das sieht Herr Abel und Kompagnie ein; er ist versichert, daß der alte Maitressenknecht eben so wenig dem Einfluß einer pikanten Dirne widerstehen wird, als diese Dirne sich dem Einfluß der Jesuiten unterordnet. Er wagt daher, der Majestät, vor welcher er bis dahin, obschon er sie herzlich verachtet, hofmännisch gekrochen ist, in einem zarten Punkt entgegenzutreten. Dieß bildet den Wendepunkt. Zu der beleidigten Brunst kommt der beleidigte Majestätsdünkel, und Herr Abel und die Jesuiten sind gestürzt, nicht weil sie Schurken und Freiheitsmörder sind, sondern weil sie in ihrer so lange Zeit ermuthigten Anmaßung endlich der Eitelkeit und Brunst eines gekrönten Narren zu nah zu treten wagten.

Da haben wir die einfache Auflösung des Räthsels! Da haben wir das Wesen der Ludwigschen Liberalität. Wir glauben recht gern, daß auch noch andre Anstöße hinzugekommen sind, z. B. Furcht vor revolutionären Gährungen, Eifersucht gegen das plötzlich so maßlos „liberale" Berlinerthum u. s. w. Sicher aber wäre die Wendung nicht so plötzlich eingetreten, wenn Lola Montez — ein Zwitter wäre. Daran hängt also das Loos, die

Freiheit, das Glück eines ganzen Volks. Kommt morgen eine jeſuitiſche Lola, welche die antijeſuitiſche ausſticht, ſo lenkt der Ochſe, welcher den Staatswagen zieht, wieder in ein anderes Geleiſe ein und der Kutſcher Abel fährt triumphirend zurück.

Und doch laſſen ſich die Unterthanen durch Monſieur Kolb, den journaliſtiſchen Hoflakai in Augsburg, und ähnliche Kreaturen einbilden, die Stellung des Herrn Abel habe ſchon ſeit einem Jahre geſchwankt und die jetzige Lage der Dinge (wir wollen ſehen, wie ſie wird) ſei ein Produkt der Liberalität jener Majeſtät, welche Menſchen vor ihrem Bildniß Abbitte thun läßt, welche zu ihrem Privatvergnügen unſchuldig Verurtheilte lebenslänglich im Kerker martert, welche das Land mit Klöſtern beſäet, welche das Mark des Landes an Verrücktheiten verſchwendet u. ſ. w. u. ſ. w. Welche Dummheit iſt größer, diejenige, die für ſolchen Unſinn Glauben erwartet, oder diejenige, die den Glauben gewährt? Despoten und Unterthanen, meſſt euch einmal, wir wollen ehrlicher Kampfrichter ſein, und wer von euch den Preis der Dummheit erringt, der mag den obernen Platz in der Walhalla erhalten.

Geſegnetes Teutſchland, geſegnetes Bayerland! Um Vieles beneidenswerth, ſeid ihr es am Meiſten wegen der Garantieen eures Rechtszuſtandes. Nicht die Regierung, nicht die Verfaſſung, nicht die Oeffentlichkeit, nicht das Recht iſt eure Stütze, ſondern — eine Dirne; nicht die Cypreſſen, nicht die Kammern, nicht die Preſſe, nicht das Volk führt die ſogenannte Beſſerung herbei, ſondern zufällig — eine Dirne! Und das Volk ſchämt ſich nicht bloß nicht, eine Dirne zu ſeiner Reformatorin zu haben, ſondern es ſchämt ſich auch nicht, den Patron anzujubeln, welcher erſt durch einen zufälligen Hurenkitzel auf den Gedanken kommt, eine Zeit lang weniger Despot und Obſku-

rant zu ſein, oder zu ſcheinen, als früher. Wahrlich, es koſtet Mühe, die Mehrzahl der Menſchen zur Menſchheit zu rechnen. Und doch kämpft man für ſie? Nun, es iſt wenigſtens für ihre Kinder.

König Ludwig von Bayerland, guter Freund, wir ſind kein moraliſirender Rigoriſt, wir faſſen Menſchlichkeiten gern menſchlich auf, und finden es ſehr erklärlich, daß du in deiner gekrönten Geſchäftsloſigkeit leicht verſucht ſein konnteſt, durch eine pikante Tänzerin deine erſtorbenen Lebensgeiſter aufkitzeln zu laſſen. Beſäßen wir die Macht, über dein und deiner Kollegen Loos zu entſcheiden, wir würden ſogar die Humanität begehen, dich auf deine Liebhaberei zu penſioniren und dich in einem deiner würdigen Harem der ſchönſten Aeffinnen Aſiens und Afrikas deine Tage beſchließen zu laſſen, ohne die mindeſte Beſorgniß, daß deine Bemühungen zur Fälſchung der Race beitragen könnten. Da du aber eine „Majeſtät" biſt oder ſein willſt, da du dich unterſtehſt, als politiſcher Herrgott das Schickſal eines ganzen Volks von dir abhängig zu machen, da du die Vermeſſenheit begehſt, als unverantwortlicher Sünder den Stab über Millionen Menſchen zu brechen, ſo legen wir deine Handlungen auf die Goldwage freier Gerechtigkeit und fordern von dir, daß du deine übermenſchliche Stellung in jeder Beziehung durch übermenſchliche Tugenden zierſt, oder ihr entſageſt. Thuſt du keins von beiden, ſo ſoll wenigſtens die Kritik dich um ſo derber und unbarmherziger geißeln, je mehr Macht du beſitzeſt, deine Nichtswürdigkeit zum Geſetz zu machen. Aber nicht blos das. Mit der Kritik königlicher Nichtswürdigkeiten hat die Gerechtigkeit nicht genug. Sie fordert Satisfaktion für das Volk, ſie fordert Vernichtung der Macht, das Volk zum Werkzeug königlicher Nichtswürdigkeiten zu machen.

Der freie Menſch hat eine andre Moral und Gerech-

tigkeit, als Sklaven und Despoten; leider hat er aber nicht, wie sie, sofort die Mittel zur Exekution seines Urtheils bei der Hand. Doch auch diese Exekution bleibt auf die Dauer nicht aus und endlich kommen alle die Verbrechen zum Gericht, welche bis jetzt als Handhabung der Gerechtigkeit sich gebärdet haben. Volksverdummung, Kabinetsjustiz, Gedankenmord und wie alle die Verbrechen heißen mögen, welche jetzt heilige Regierungsakte bilden, finden einst ihren Henker; und wir versichern euch, daß wir einen einzigen Zensurstrich weit eher für galgenwürdig halten, als den Mord, welchen der hungrige Wegelagerer an einem Volksräuber begeht. Fahrt nur fort, ihr gekrönten und ungekrönten Volksquäler und Menschenunterdrücker; euer Treiben findet sein Ende wie seinen Lohn. Und je mehr ihr eure Verbrechen gegen Menschengeist und Menschenrecht häuft, je länger ihr den Uebermuth begeht, die Zahlung eurer ungeheuren Schulden durch falsche Wechsel zu umgehen, je länger ihr fortfahrt, die Nahrung eurer Unersättlichkeit aus den Leiden des Volks und die Wollust eurer Despotenschwelgerei aus der Qual des besseren Theils der Menschheit zu saugen: desto bitter wird das Blut in den Herzen der Rächer gähren; desto schärfer wird die Vergeltung ihr Schwert schleifen; desto mehr wird sich das Bedürfniß der Volksbefreiung mit dem Bedürfniß der Volksrache versetzen, und wenn die Nemesis ihr Amt einem ganzen Volk überträgt, so verlaßt sie sich darauf, daß es gewissenhaft verwaltet wird!

Doch lassen wir diese ernsten Prophezeiungen, gewisse Leute könnten uns in ihrer Dummheit für „wohlmeinend" halten. Ergötzen wir uns lieber noch ein wenig an dieser Dummheit.

Seit ein Paar Jahren, namentlich aber in der jüngsten Zeit, hat die radikale Presse sich nicht blos herausgenommen, die Zensur zu verhöhnen, sondern auch Mittel

gefunden, sie in den Hauptsachen unschädlich zu machen. Von Stufe zu Stufe stieg sie in ihrer Vermessenheit, und je mehr Dummheiten begangen wurden, um sie zu vernichten, desto mehr steigerte sie ihren Ton, um die Dummheiten zu züchtigen. So hat man es denn glücklich so weit gebracht, daß jedes Bücherverbot von einer unerreichbaren Majestätsbeleidigung begleitet, daß jedes Verlagsverbot mit einer ganzen Ladung unbestraften Hochverraths erwidert und daß neben russischer Zensur offene Revolution gepredigt wurde. Dieses Verhältniß wurde mit der Zeit um so bedenklicher, da die Wirkungen der radikalen Presse durch das ganze Land fortgingen, ohne daß die Möglichkeit einer „Bestrafung" sie zu schwächen vermochte; nicht bloß die Zensur, sondern auch die Justiz, nicht bloß die geistigen, auch die leiblichen Henker waren verhöhnt und derjenigen Furchtbarkeit entkleidet, welche nur der Gelegenheit zu Exekutionen ihr Fortbestehen verdankt, so daß die Unterthanen sich die ihnen vorgeführte Revolutionswelt ohne jene Beklemmung anschauen konnten, welche sonst durch die Arbeit der Kerkerwärter und Blutknechte unterhalten wurde. Diese unerreichbare Wirksamkeit der Revolutionspresse neben der, lächerlicher Weise beständig fortarbeitenden, Zensurmeßelei, machte endlich den Herren da drinnen ein wenig bange; man ängstigte sich in physikalischen Ahnungen über die Atmosphäre, welche durch den Sturm neben und während der Windstille existiren könne. Und wie machte man sich Luft? Man öffnete dem Sturm offizielle Ventile, um ihn auch in das Gebiet der Windstille hineinzulassen: man druckte in Regierungsblättern Dinge ab, deren Verfasser man hätte köpfen lassen, wenn man ihrer habhaft geworden wäre. Gibt es eine größere Dummheit, als die, die Revolutionäre dadurch unschädlich machen zu wollen, daß man ihnen hilft? Die

radikalen Besenwichter sind euch nicht wenig Dank schuldig dafür, daß ihr die Revolution durch eure offiziellen Veröffentlichungen zum „legalen" Gegenstand der Unterhaltung gemacht habt. Oder glaubet ihr etwa, es sei ihnen um Heimlichkeit zu thun? Sie werden euch sicher alle ihre Schriften in Verlag geben, wenn ihr euch anheischig macht, ihnen auch ferner Druckkosten zu sparen. Sie wollen eben nichts Anderes, als Offenheit und Oeffentlichkeit. Sie wollen nicht heimlich konspiriren und Komplotte spinnen. Dazu sind sie nicht dumm genug. Sie wollen das Konspiriren zum öffentlichen Geschäft machen; sie wollen mit der Revolution eben die ganze Luft erfüllen, so daß man nicht athmen kann, ohne Revolution zu athmen. Sie halten eben, — es ist entsetzlich! — die Revolution für die größte Gerechtigkeit und Humanität, und machen sich Hoffnung, davon das ganze Volk zu überzeugen. Seht, welches Selbstvertrauen, welcher Uebermuth! Sogar nicht einmal mehr an den Satz zu glauben, daß die Gefahr der Revolution durch polizeiliche Veröffentlichung paralysirt werde — das ist in der That entweder ein sehr beredtsamer Freisinn oder eine große Thorheit. Warten wir ab, als was es sich herausstellen, ob die polizeiliche oder die vernünftige Ansicht von der Revolution die Oberhand behalten wird. Warten wir ab, ob unsrer Zeit die Sühnung vorbehalten war, die Revolution erst vollkommig zu negiren oder zu diskutiren und sie dann erst um so besser in's Werk zu setzen, sie erst geistig vorwegzunehmen und dann die physische Hand anzulegen. Wir unserseits sind eben so überzeugt, daß diese Art zu revolutioniren, eine ganz praktische und würdige ist, als wir überzeugt sind, daß jede gerechte Sache durch Oeffentlichkeit und Oeffentlichkeit nur gewinnen kann. Je mehr die Revolution sich vor der Revolution zur Verhandlung kommt, desto besser wissen wir später Bescheid damit und

deſto weniger fallen wir, wie die Franzoſen, in die Reſtauration zurück. Drum macht euch keine Sorge um uns, Ritter von der Dummheit. Bei Philippi ſehen wir uns wieder. Einſtweilen rufen wir euch zu: es lebe die Republik! Es lebe die Revolution!

Inhalt.

	Seite.
Ein Steckbrief	1
Oeffentliche Dankadreſſe teutſcher Preußen an die Herren von Ypſtein und Hecker	41
Preußiches und Teutſches, den preußiſchen und teutſchen Landtagsdeputirten gewidmet	78
Künftige Kabinettsordres Chims des Großen . . .	150
Preußiſch Kriegsartikel der neuen Zeit für Officiere und Gemeine	169
Eine Mahnung an die teutſchen Liberalen . . .	195
Rache euch deren	239
Die Schleuſen auf	277
Die Kölner Heyjagd	292
Der Schleswig-Holſteiniſche Nationalſturm . . .	318
Ein teutſches Rechenexempel	342
Revolutionäres	350
Anfrage, den Schweizern gewidmet	378
Meine Auswanderung aus Baiern	413
Das Parlament	452
Was und wer iſt liberal	492
Der geiſtliche Adel in ungeiſtlichen Staaten . .	511
Politiſche Wallfahrtsnonnen	525
Teutſche Turnbriefe	536

Druckfehler.

Seite	20,	Zeile	16 v. o.	lese	„glaubten" statt „glauben."
„	25,	„	8 v. u.	„	„Ihrem" statt „ihrem."
„	33,	„	10 v. u.	„	„einem" statt „einen."
„	91,	„	9 v. o.	„	„direkten" statt „direktem."
„	94,	„	11 v. u.	„	„anwiesen" statt „anweisen."
„	98,	„	9 v. u.	„	„Phase" statt „Klasse."
„	116,	„	7 v. o.	„	„ihn" statt „ihm"
„	120,	„	13 v. o.	„	„seinen" statt „seinem."
„	131,	„	4 v. o.	„	„mittelbaren" statt „unmittelbaren."
„	141,	„	9 v. o.	„	„furchte" statt „fürchte."
„	145,	„	11 v. u.	„	„diejenige" statt „die eine."
„	163,	„	6 v. o.	„	„indem" statt „in dem."
„	179,	„	13 v. o.	„	„sechen" statt „sehen."
„	201,	„	5 v. u.	„	„sich" statt „dich."
„	225,	„	15 v. o.	„	„ver" statt „von."
„	264,	„	11 v. u.	„	„Reformen" statt „Formen."
„	294,	„	11 v. u.	„	„beizubehalten" statt „beizuhalten."
„	307,	„	9 v. o.	„	„Kirchmesse" statt „Kirchenmesse."
„	310,	„	8 v. u.	„	„nichtigen" statt „wichtigen."
„	333,	„	8 v. u.	„	„Seiten" statt „Seine."
„	333,	„	4 v. u.	„	„gelegen" statt „gewesen."
„	358,	„	17 v. u.	„	„nergelnden" statt „mergelnden."
„	362,	„	9 v. u.	„	„Zuchtstierför-Ordnung" statt „Zuchtstier-Ordnung."
„	373,	„	11 v. u.	„	„richtigste" statt „wichtigste."
„	401,	„	8 v. u.	„	„doch" statt „dort"
„	423,	„	12 v. o.	„	„in welchen" statt „im welchem."

Teutſche Revolution.

Geſammelte Flugſchriften

von

K. Heinzen.

Bern.

Druck und Verlag von Jenni, Sohn.

1847.

Autographirte Zirkularnote

sämmtlicher Bundestagsgesandten an ihre resp. Regierungen.

Gehorsamster Bericht, eine gefährliche Schrift betreffend.

Der Herr Bundespräsidialgesandte Graf Münch hat unterm 18. v. M. mittelst Zirkularnote eine solche des königl. preußischen Gesandten mitgetheilt, des Inhalts, daß nach zuverlässigen Nachrichten eine Schrift des berüchtigten Karl Heinzen, unter dem Titel: „Die teutsche Revolution", hauptsächlich eine Sammlung der von ihm schon früher herausgekommenen Schandschriften nächstens in 5000 Exemplaren über Basel und Karlsruhe zur Verbreitung im übrigen Teutschland, namentlich nach Leipzig an den Buchhändler Jurany, versandt werden soll.

Die badischen, sächsischen und würtembergischen Behörden sind besonders darauf aufmerksam gemacht worden und zu gleichem Zwecke wird dem Ersuchen gemäß dieser Bericht an hochlöbliches Polizeiamt salva remissione abzugeben sein.

Frankfurt, den 19. Juni 1847.

J. J. v. Meyer.